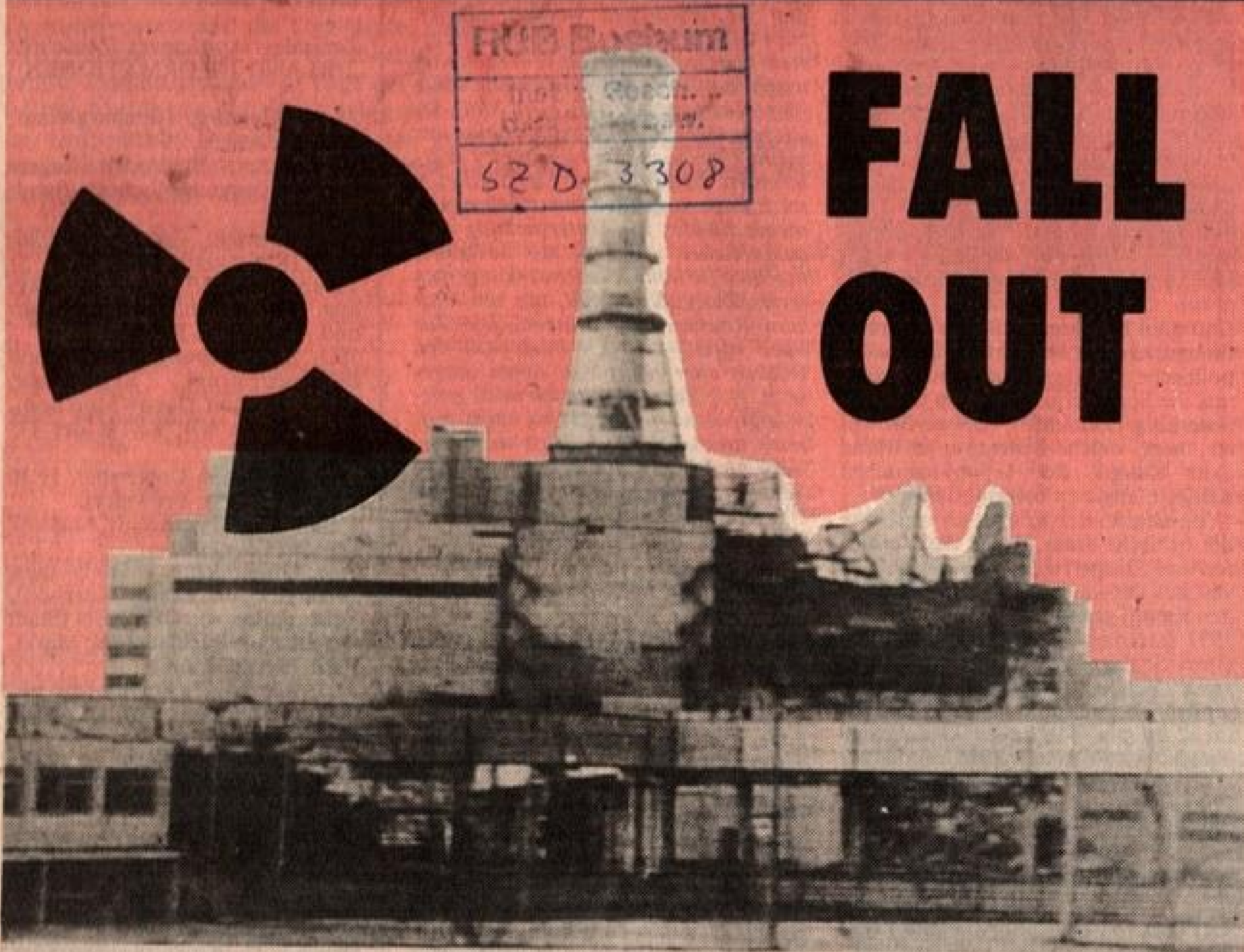
"Kein Frieden mit der NATO" — Kongreßbericht S. 17



Arbeiterkampf

Jg. 16, Nr. 270, 5. 5. 86 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

Interview mit Rainer Trampert über die Reise einer Delegation des Vorstands der Grünen in die UdSSR S.13



FALL OUT

Der radioaktive Ernstfall ist eingetreten. Zu recht zittert die Menschheit nun um ihre Zukunft: Auf einen Schlag hat sich als fürchterliche Wahrheit erwiesen, was die öffentliche Meinung zuvor als Übertreibung von Kritikern einer bestimmten industriellen Entwicklung verdrängen konnte. Erstmals ist der Reaktorkern eines Atomkraftwerks durchgeschmolzen, ein Brand zerstörte die Betonhülle, ungeheure Mengen an Radioaktivität wurden in die Atmosphäre abgegeben. Das Undenkbare, der Super-GAU, ist nicht, wie man uns glauben machen wollte, ein rein hypothetischer Begriff, sondern Realität geworden. Mystisch und irrational waren diejenigen, die diese Möglichkeit bis vor einer Woche in den Bereich absoluter Unwahrscheinlichkeit verbannen wollten; kritisch-rational die AKW-Gegner, denen man nachsagte, sie verstünden von der Sache nichts oder demonstrierten nur um des Putzes willen.

Nicht nur die Menschen in der Region von Kiew haben die Folgen einer wahrhaft internationalen Atompolitik mit Tod und schweren Krankheiten zu tragen — Anfang Mai hat eine riesige radioaktive Wolke nach Osteuropa Skandinavien, Mitteleuropa und sogar Italien heimgesucht. Man sieht sie nicht, man hört sie nicht, man schmeckt sie nicht, aber in München, Berlin, Darmstadt, Hamburg, im Saarland, Nordrhein-Westfalen und auf Norderney rattern in diesen Tagen die Geigerzähler, um eine häufig hundertfache und stellenweise über tausendfache Erhöhung der normalen Strahlenbelastung anzuzeigen.

Die Bundesregierung, bestrebt, die eigene Atomindustrie vor Kritik zu schützen, zeigt sich nicht nur unfähig, sondern vor allem unwillig, mit den Folgen von Tschernobyl umzugehen. Ihr erstes Anliegen ist die täglich verbreitete Versicherung, „bei uns" könne so etwas nicht passieren — angesichts der Beinahekatastrophen von Harrisburg und Windscale, angesichts der kaum mehr zu überblickenden Zahl von „Störfällen" in bundesdeutschen AKWs eine bodenlose Propaganda. Doch hinter den Kulissen wird nervös in Katastrophenplänen geblättert. Und wer Katastrophenpläne parat hat, der rechnet auch damit, daß sie einmal gebraucht werden könnten.

So wird selbst in dieser Situation noch eine der simpelsten Schulweisheiten unterschlagen: Daß kein Material auf Dauer der bei dieser Art der Energiegewinnung unvermeidlich auftretenden intensiven Neutronenbestrahlung standhalten kann, daß also schon deshalb kein Unfall „Zufall" ist und kein noch so ausgeklügeltes Sicherheitssystem diesen Faktor ausschalten kann. Und dabei handelt es sich nur um einen von vielen bekannten und vielleicht noch mehr unbekannten Gefahrenmomenten.

Aber in den Regierungsetagen weiß man, was angesagt ist: Eine Großstadt wie Hamburg ist im Umkreis von höchstens 80 km von vier AKWs umgeben. Das Rhein-Main-Ballungsgebiet ist nur 50 km von Biblis entfernt, Mannheim/Ludwigshafen hat sein Philipsburg, Hannover sein Grohnde, das Ruhrgebiet bekommt sein Kalkar und Bayern bekommt etwas, was andere Länder verschämt an die Küsten stellen, damit „es" hauptsächlich Felsen und Möwen bestrahlt — die WAA. Die Bundesrepublik ist das nicht nur mit Atomsprengköpfen, sondern auch mit Atomanlagen am dichtesten bestückte Land der Welt. Und sicher liegen dem Kabinett auch schon erste Meinungsumfragen vor, was die Bevölkerung jetzt von einer Abschaltung denkt ...

Über das genaue Ausmaß der Katastrophe schweigen sich die Regierungen in Ost und West aus. Selbst in der Bundesrepublik wird peinlichst die Bekanntgabe von Fakten verschwiegen, die zur Beunruhigung Anlaß geben. Einigen Informationen zufolge sollen sogar kritische Wissenschaftler beim Versuch, eigene Strahlenmessungen vorzunehmen, gehindert worden sein. Bonn, vertreten durch Forschungsminister Riesenhuber, stritt nach Bekanntwerden der Katastrophe jede Gefährdung durch radioaktiven fall out ab und beharrt immer noch auf dieser verantwortungslosen Position. Aber selbst die Atomlobbyisten in der offiziellen Strahlenschutzkommission empfehlen inzwischen eine Reihe von Vorsichtsmaßnahmen. Nichts ist mehr unbedenklich. Darum muß alles abgeschaltet werden!

Wie für den Katastrophenfall typisch, schwanken die Meldungen zwischen Panik und Beschwichtigung. Notorische Atomfanatiker vom Schlage der „Bild" verkaufen sich mit Sensationsmeldungen von 30.000 Toten in der Sowjetunion, während die hessische Landesregierung, die wegen der rot-grünen Koalition bei vielen als kritisch gilt, eilfertig erklärt, sie sähe keinen Grund, Atomkraftwerke abzuschalten. In Südpolen werden Jodtabletten verabreicht, während man hier pausenlos Entwarnung gibt. Die Strahlenschutzkommission Anfang Mai wörtlich: *„Die mit dieser kurzzeitigen Strahlenexposition verknüpfte mögliche Gesundheitsgefährdung durch Strahlenspätschäden ist klein im Verhältnis zu derjenigen durch die natürliche Strahlenexposition."* Absurd: Die natürliche Strahlung hat der Gattung in einigen hunderttausend Jahren nichts ausgemacht — gefährlich ist allein, was seit vier Jahrzehnten **hinzugekommen** ist. Das aber ist wirklich brisant. Entsprechend widersprüchlich äußert sich die Kommission weiter: *„Aus Gründen der Vorsorge sollte dennoch jede mit einfachen* (gemeint: billigen; Anm. AK) *Mitteln vermeidbare Strahlenexposition durch geeignete und praktikable* (wiederum gemeint: billige) *Maßnahmen vermieden werden."* Den Ratschlägen solcher Verharmloser und ihrem Medienmonopol wäre man jedoch auch im Ernstfall zwischen Brokdorf und Ohu ausgesetzt.

Fortsetzung S.4

US-Überfall auf Libyen

DER VORWAND

Die „Washington Post", die den Watergate Skandal auffliegen ließ, hatte im März 1981 Interessantes über eine Washington-Tripoli-Connection zu berichten: Die USA seien zu „einem der größten Lieferanten von militärischer Ausrüstung und Technik zur Unterstützung des weltweiten Terrorismus" geworden. Gemeint waren damit aber nicht jene Beispiele, an die mensch sogleich in solchen Zusammenhängen zu denken geneigt ist: Contras in Nikaragua, UNITA in Angola oder afghanische Rebellen. Sondern gemeint war ausgerechnet Libyen: Bis zu 50 US-Bürger seien bei der Terroristenausbildung in Libyen tätig. „Ehemalige CIA-Agenten, militärische Spezialisten und US-Unternehmen wirkten dabei zusammen."

Im November gleichen Jahres wurde das Verschwinden zweier ehemaliger CIA-Agenten aus Beirut gemeldet. Angeblich waren sie vom syrischen Geheimdienst entführt worden. Die zwei Agenten sollen Waffen nach Libyen verkauft und ehemalige US-Offiziere zur Terroristenausbildung nach Libyen vermittelt haben.

Die beiden Meldungen, die sich gewiß noch ergänzen ließen, weisen dar-

wiß noch ergänzen ließen, weisen dar-

auf hin, daß, was immer auf diesem Gebiet in Libyen geschehen sein mag und geschieht, US-Agenten zumindest tiefere Einblicke gewinnen konnten. Daß von den angeblich ausgestiegenen CIA-Männern ein Teil sicher nichts dabei findet, Salär von mehreren Seiten gleichzeitig zu beziehen, muß vorausgesetzt werden.

Eine weitere Meldung in diesem Zusammenhang: Im November 1978 flog der damalige Bundesinnenminister Baum zu Gesprächen nach Libyen. Thema: Die BRD wollte sich mit Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe an der Modernisierung der libyschen Polizei beteiligen. Im Gegenzug wollte die libysche Regierung bei der „Terrorbekämpfung" behilflich sein. Unter anderem vermittelte Libyen damals angeblich auch Kontakte des BKA zur PLO. Anläßlich der Baum-Reise wurde bekanntgegeben, daß schon seit einiger Zeit „ein intensiver Austausch in Sachen Polizei und Terrorismus" zwischen den beiden Seiten bestehe. Zu diesem Zweck sei der libysche Innenminister Belkassem schon im Juli 1977 in der BRD zu Gast gewesen. Zudem hatte Belkassem einige Jahre zuvor „zu Studienzwecken bei der Münchner Polizei hospitiert".

Für die angebliche „Nr. 1 des internationalen Terrorismus", Gaddafi, sind dies eigentlich recht seltsame Connections. Es drängt sich da der Gedanke an seltsame Freunde und Gäste Gaddafis auf wie etwa jenen geheimnisvollen Abu Nidal. Läßt man dessen fragwürdige „antizionistische" Kraftsprüche einmal beiseite, so besteht in der Praxis die Tätigkeit seiner Bande offenbar vorwiegend in der Ermordung sogenannter gemäßigter PLO-Funktionäre.

Fortsetzung S.9

Zum Libyen-Überfall siehe S. 9 - 13

Zum Libyen-Überfall siehe S. 9 - 13

VS-Anschlag in Celle:

Auf der Spur von Mauss

Was innerhalb der westdeutschen Linken immer wieder vermutet worden ist, ist nun in einem Fall erwiesen: Der Bombenanschlag auf die Mauer des Celler Gefängnisses vom 25.7.1978 — bislang immer der RAF zugeschrieben — wurde vom Staat selbst verübt. Genauer: Von hohen Beamten des niedersächsischen Verfassungsschutzes — sonst eher Schreibtischtäter — und Terrorexperten der GSG 9. Am 24.4.86, Schauplatz Landtag Niedersachsen, „ging die Bombe, nach acht Jahren, noch mal hoch" („Spiegel", 28.4.86). Der grüne Abgeordnete Georg Fruck legte das häßliche Ei auf den Tisch des hohen Hauses, als es um den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum Fall Werner Mauss (alias „Claude") ging. Und das ist kein Zufall, war doch jener Mauss — Privatdetektiv, BND-Agent, ein „Mann für besondere Fälle", einer mit „Verbindungen" zu allen möglichen „Dienststellen" — eben auch Mitarbeiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes bei der „Operation Neuland", die von 1976 bis 78 die „Schaffung brauchbarer Zugänge zu Terroristenkreisen (RAF und Bewegung 2. Juni)" zum Ziel hatte. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Bombe von Celle im Zusammenhang mit der „Operation Neuland" gesehen werden muß. Es sind aber Zweifel mehr als angebracht, den Celler Anschlag als das *einzige* Ergebnis eben dieser Operation anzusehen. Angesichts des momentanen Informationsstandes scheint es mehr als wahrscheinlich, daß die Politik der Provokation, Infiltration und Desinformation schon lange *vor* den Stammheimer Ereignissen, ja sogar *vor* dem Tod von Ulrike Meinhof geplant und *durchgeführt* worden ist.

Die offizielle Version

Erfreulicherweise noch vor Drucklegung dieser AK-Ausgabe hat der niedersächsische Innenminister Egbert Möcklinghoff einen zusammenfassenden Bericht für den Innenausschuß in Bonn verfaßt, auf den sich die offiziellen Stellen nach einigem Hin und Her nun geeinigt zu haben scheinen: Diesem Bericht zufolge wurde der mehrfach vorbestrafte Klaus-Dieter Loudil schon 1976 beim niedersächsischen VS angeworben. Anfang 77 wurde dann der kurz vor seiner Entlassung stehende Manfred Berger (dessen Existenz ursprünglich nicht zugegeben wurde) engagiert. Beiden soll es in der JVA Celle gelungen sein, Kontakt zu Sigurd Debus zu knüpfen. Während Berger gleich nach seiner Entlassung offenbar von Salzgitter aus seine Versuche startete, die „Szene" zu Befreiungsaktionen für Debus zu gewinnen, lief spätestens ab April 1978 die Vorbereitung des Anschlags an:

21.4.78: In Bonn beraten Albrecht, der damalige niedersächsische Innenminister Groß, Bundesinnenminister Maihofer und BKA-Abteilungspräsident (Terrorismus) Boeden über die Verwendung von Loudil als V-Mann in der „Szene". Es wird Übereinstimmung erzielt.

Fortsetzung S.6

Aus dem Inhalt



Kurt Waldheim?! — Ein Nazi?! — Wie können sie es wagen, das über mich zu sagen?!!! — Früher wären sie mit solchen Geschichten nicht davongekommen! — Früher hätten wir mit ihnen aufgeräumt.

(Aus: The Jerusalem Post, 27.3.86)

RadiAktiv beschlagnahmt!
Am 30.4.86 wurden die Wohnungen der presserechtlich Verantwortlichen
Bei einer Redakteurin wurde die Wohnungstür aufgebrochen, da nie-

RadiAktiv beschlagnahmt!

Am 30.4.86 wurden die Wohnungen der presserechtlich Verantwortlichen des RADI-AKTIV (bayrisches Anti-Atom-Magazin) durchsucht und insgesamt ca. 1200 Exemplare des RADI-AKTIV Nr. 7 beschlagnahmt.

Offensichtlich hat die Polizei und Staatsanwaltschaft zu einem Zeitpunkt, als nach einem Super-GAU in der Sowjetunion über Europa eine radioaktive Wolke steht, nichts Besseres zu tun, als die schon massive Kriminalisierung der WAA-Gegner nun auch an der RADI-AKTIV auszutoben.

Bei einer Redakteurin wurde die Wohnungstür aufgebrochen, da niemand zuhause war. Obwohl der richterliche Beschluß zur Durchsuchung schon vom 22.4.86 stammt, fand die Polizeiaktion erst am 30.4.86 statt. So dringend, daß in die Wohnung eingebrochen werden mußte, konnte es dann wohl doch nicht gewesen sein!

Auch fanden die Durchsuchungen zu einer Zeit — am frühen Nachmittag — statt, in der bei arbeitenden Leuten wohl kaum mit deren Anwesenheit gerechnet werden kann.

Drei Seiten des RDAI-AKTIV Nr. 7 mußten als Grund für die Aktion herhalten.

Auf S. 62 und S.73 soll zur Begehung strafbarer Handlungen aufgerufen worden sein. Auf S. 73 befand sich die sog. „Schwarze Liste", in der die Firmen aufgezählt wurden, die am Bau der WAA beteiligt sind. Außerdem befand sich auf der Seite die Dokumentation eines Bekennerschreibens zu einem Anschlag auf die Firma HOCHTIEF. Dies allein genügte natürlich nicht zur Konstruktion der Straftat. Also waren Polizei und Staatsanwaltschaft gezwungen, das RADI-AKTIV genauer zu lesen — und siehe da, sie wurden fündig: Auf S. 62 war ein Artikel aus der TAZ vom 11.3.86 zu lesen, der folgenden Passus enthielt:

„Sämtliche Firmen, die glauben, sich an der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedensten Mitteln deutlich gemacht werden, daß langfristig ihre Verluste größer sind als ihr Gewinn."

Wo hier eine Aufforderung zur Begehung von strafbaren Handlungen sein soll, ist uns unerfindlich. Offensichtlich fiel die Konstruktion auch der Staatsanwaltschaft schwer, denn erst die Kombination der Seiten ließ sie aktiv werden.

Den anderen Vorwand lieferte S. 3 des RADI-AKTIV. Darin wurde dazu aufgerufen, Informationen — auch geheime — über Polizeieinsätze und -planungen und über Justiz- und Regierungesanweisungen an das RADI-AKTIV weiterzuleiten. Wie berechtigt dieser Aufruf war, zeigt der Bombenanschlag des Verfassungsschutzes und der GSG 9 in Celle: Wie kann sich die Anti-WAA-Bewegung vor der Diskriminierung durch staatliche Gewaltakte schützen, wenn nicht auch durch Informationen und aufmerksame Beobachtung des Apparates. Denn durch Informationen aus dem Apparat heraus wurde erst bekannt,

— daß die Bombenlegertruppe GSG 9 zum erste Mal in Wackersdorf zum Einsatz gegen Demonstranten bereitstand,

— daß in Bayern Amtshilfe zwischen Bundeswehr und Polizei anläßlich der Demonstration gegen die WAA an der Tagesordnung ist (s. RADI-AKTIV Nr. 7 — soweit noch vorhanden!).

Beides wurde von den zuständigen Stellen zunächst abgestritten, um dann später als Selbstverständlichkeit hingestellt zu werden.

Fortsetzung auf Spalte 3

Das Ergebnis unserer Spendensammlung

SUMME 8.2.86(s.AK 267)	**40.851,05**
Neueingänge seither	
R.Sch.,Quickborn	500
Fl., Antirep	100
D., BO-Eimsbüttel	200
M., Hamburg	150
R., Braunschweig	1.500
KB Braunschweig	2.250
K.L., Göttingen	400
R + A., Bergedorf	100
D.St., Hamburg	50
KB-Dortmund u. Freunde	1.352
KB-Heidelberg	540
die wilde 13, Trier	50
KB-Stuttgart	290
M.L., Köln	100
B.B., Westberlin	100
KB-Nürnberg	3.170
E.N., Witten	50
R.M., Oldenburg	50
W.P., Rickling	2.000
KB-Bremen	1.000
M., Darmstadt	300
BO-Harburg	376
KB-Hannover	100
B.Power, Hamburg	250
E.O., Westberlin	100
H., Stuttgart	50
U., Bochum	100
KB-Bremen	500
St., Göttingen	200
U + U, Pohlheim	300
KB-Köln + Sympis	440
B.W., Hamburg	500
KB-Frankfurt	600
Zwischen 8.2. und 4.4.	**17.863**
GESAMTERGEBNIS	**58.714,05**

Wir beenden hiermit offiziell die „Weihnachtsspenden-Sammlung".

Wir danken allen Genossinnen und Genossen, allen Sympathiesant/inn/en und AK-Leser/inne/n für ihren Beitrag und das Zustandekommens dieses Ergebnisses. Wir haben damit unser Wunschergebnis und das Ergebnis des letzten Jahres um 50% übertroffen. Auch wenn wir nicht glauben, daß die Bourgeoisie mit dem Geldsack zu schlagen ist, so gibt dieses Ergebnis doch die Hoffnung, daß dem finanziellen auch ein politischer Aufschwung folgt.

Irland: Solidarität mit den republikanischen Frauen im Knast



Daß Sinn Fein regelmäßig zu Informationsrundreisen in Europa ehemalige politische Gefangene entsendet, diesmal die Sprecherin des „Stop the Strip Searching Committe" Briege Brownlee, zeigt, welche Bedeutung in Irland dem Kampf der republikanischen Kriegsgefangenen beigemessen wird.

Von Beginn des Krieges an versuchte der britische Staat, durch das Verhaften und Einsperren von politisch Aktiven aus der katholischen Bevölkerung den Kampf gegen die IRA zu ergänzen. 1971 internierte man kurzerhand auf einen Schlag 342 der IRA-Unterstützung Verdächtigte, die Zahl stieg schließlich auf ca. 1600 an. Heute ist die Zahl der politischen Gefangenen eher noch höher, seit 1976 werden sie als „Terroristen" von Sondergerichten abgeurteilt.

zung Verdächtigte, die Zahl stieg schließlich auf ca. 1600 an. Heute ist die Zahl der politischen Gefangenen eher noch höher, seit 1976 werden sie als „Terroristen" von Sondergerichten abgeurteilt.

Kampf gegen Isolationshaft

Seit 1976 führten die gefangenen Frauen im Gefängnis Armagh und die Männer im Hochsicherheitsgefängnis Long Kesh, in den H-Blocks einen verbissenen Kampf darum, den Status als politische Gefangene zurückzugewinnen, der den Internierten erlaubt hatte, gemeinsam und nach eigenen Vorstellungen im Knast zu arbeiten, Sport zu treiben und sich weiterzubilden. Erst der Hungerstreik der gefangenen Frauen und Männer von IRA und INLA im Jahr 1981 konnte den britischen Staat dazu bringen, gewisse Reformen am System der Isolationshaft in den H-Blocks und Armagh vorzunehmen. Den Gefangenen wurde endlich erlaubt, eigene Zivilkleidung zu tragen, ein, zwei Besuche, Briefe und Pakete pro Monat mehr als vorher zu bekommen. Die Knastbehörden versuchen, Schritt für Schritt auch diese Reförmchen wieder rückgängig zu machen. Vor allem versuchen sie jedoch, die in den H-Blocks üblichen Unterdrückungstechniken auf alle politischen Gefangenen auszudehnen. Während z.B. männliche Untersuchungshäftlinge in das neue Hochsicherheitsgefängnis Macgilligan eingesperrt werden, verschärfte man besonders die Situation im Frauengefängnis Armagh.

Seit Dezember 1982 muß sich jede Frau, die als Gefangene den Knast betritt oder verläßt, dem „Strip Searching" unterziehen, d.h. sie muß sich völlig nackt ausziehen und von Wärterinnen eingehend begutachten lassen. Offiziell als Sicherheitsmaßnahme gerechtfertigt, trifft diese Schikane vor allem die Frauen in Untersuchungshaft, die jede Woche zum Haftrichter müssen und dabei zweimal dem „Strip Searching" unterworfen werden. Briege Brownlee berichtete 1983, als sie nach 6 Jahren Haft gerade aus dem Knast in Armagh entlassen worden war, daß das „Strip Searching" immer öfter durchgeführt wurde, z.B. bei Verwandtenbesuchen, wenn frau den Knastflügel verließ, Fortbildungskurse besuchte o.ä. machte.

„*In der Zeit, in der ich dort war* (im Frauenknast Armagh), *bin ich neunmal gestripsearched worden, als ich zum Gericht mußte. (...) Nach der ersten Durchsuchung, als ich nach Armagh kam, war mir noch nicht völlig klar, was geschah. Das erste Mal, das ich zum Gericht ging, jedoch nahm mir meine Illusionen. Da lungerten 9 Wärterinnen herum. (...) Sie forderten mich dazu auf, mich auszuziehen und meine Kleider zur Untersuchung herauszureichen. Als sie sie bekamen, machten sie hämische Bemerkungen zu ihrem Zustand und Stil, nur um mich zum Reagieren zu bringen. Die Tür blieb offen, und ich blieb voll den Blicken aller neun von ihnen ausgesetzt. (...) Zuerst fühlte ich mich gedemütigt, dann forderten sie mich auf, mich umzudrehen, und ich wurde gewahr, daß man auf mich stierte. Meine Scham schlug in Ärger um.*" (An Phoblacht/Republican News)

Solidarität

Von Beginn an wurde der Kampf der Frauen und Verwandten gegen das „Strip Searching" von Frauen aus der irischen und englischen Frauenbewegung, von Sinn Fein und der irischen Linken unterstützt. Seit 1979 „Women Against Imperialism" vor dem Gefängnis in Armagh demonstrierten, versammelten sich zum 8. März, dem

„Strip Searching" von Frauen aus der irischen und englischen Frauenbewegung, von Sinn Fein und der irischen Linken unterstützt. Seit 1979 „Women Against Imperialism" vor dem Gefängnis in Armagh demonstrierten, versammelten sich zum 8. März, dem

internationalen Frauentag, alljährlich Frauen, um auf die Frauen im Knast aufmerksam zu machen und deren Kampf im Knast zu unterstützen. Dieses Jahr demonstrierten Hunderte von Frauen vor dem Knast in Armagh und dem Brixton-Knast in London, wo zwei Irinnen dem "Strip-Searching" unterworfen werden. In Irland hat die Bewegung gegen „Strip-Searching" breite politische Unterstützung gefunden. Prominente Iren wie Sean McBride, eine der führenden Persönlichkeiten bei amnesty international, Friedensnobel- und Leninpreisträger, Stadtverbände von Gewerkschaften z.B. von Dublin und Limerick, Umweltgruppen und 3. Welt-Solidaritätsgruppen, Lesbierinnen, Gruppen von Arbeitslosen und Mieterinitiativen fordern heute in Irland: Stop the Strip Searching! Delegationen, z.B. von den Dubliner Gewerkschaften besuchten die gefangenen Frauen in Armagh. (Da selbst die konservative Fianna Fail-Partei, größte der Parteien im Dubliner Parlament, sich gegen diese entwürdigende Schikane ausgesprochen hat, ist es durchaus denkbar, daß die Bewegung gegen Strip-Searching die britische Regierung erneut vor den Europäischen Gerichtshof oder eine ähnliche Instanz zitieren kann.) Die internationale Solidarität beschränkt sich bisher auf die englischsprachigen Länder wie Australien und Neuseeland und vor allem England, wo Frauengruppen, Studentenorganisationen, Gewerkschaftsgruppen und Teile der Labour Party den Widerstand gegen Strip-Searching in zunehmendem Maß unterstützen.

S.U., Irlandgruppe Aachen

Fortsetzung von Spalte 2

Wir sehen unsere Aufgabe unter anderem darin, solche Verstöße gegen das Grundgesetz öffentlich zu machen und vor einer Entwicklung zum Polizeistaat und dem völligen Abbau demokratischer Rechte zu warnen. Dies ist nur dann möglich durch umfassende Information der Öffentlichkeit, die ohnehin zunehmend ihr Vertrauen in den Apparat verliert angesichts der zahlreichen Skandale.

Wir fordern Euch auf, massenhaft das RADI-AKTIV zu abonnieren. Wir brauchen jetzt verstärkte Solidarität!

Spenden für den anstehenden Prozeß können auf folgendes Konto überwiesen werden: Postscheckkonto Nürnberg, Anita Aschenbrenner, Sonderkonto Nr. 113237-850.

Erklärung von RADI-AKTIV vom 1.5.86)

Sinn-Fein Rundreise

mit:
Danny Morrison, Abgeordneter des nordirischen Parlaments, Mitglied im Sinn Féin-Vorstand

Briege Brownlee, Stop the Strip Searching Commitee und Sinn Féin

Zentraler Ausrichter: Zeitschrift „IRLAND INFORMATIONEN"

28.5. Hamburg, Hamburg-Haus, Doormannsweg, 19 Uhr;
Veranstalter: Buchladen Gegenwind, Kommunistischer Bund, u.a.

29.5. Bremen, Consul-Hackfeld-Haus (Klubraum), 20 Uhr;
Veranstalter: ASTA der Uni Bremen (Kultur-, Internationalismus- und Anti-Kriegs-Referat)

30.5. Braunschweig, Freizeit- und Bildungszentrum, Nimesstraße, 19.30 Uhr (mit Danny Morrison),
Veranstalter: KB, ASTA der TU u.a.m.

30.5. Göttingen, Universität, 19.30 Uhr (mit Briege Brownlee);
Veranstalter: Fachschaft Anglistik der Uni Göttingen

31.5. Offenbach; DGB-Haus, 19.30 Uhr (mit Danny Morrison),
Veranstalter: die GRÜNEN (Stadt Offenbach), Buchladen am Markt, IGM-Jugend u.a.m.

31.5. Marburg, Kommunikations- und Freizeitraum, 20 Uhr (mit Briege Brownlee);
Veranstalter: GBAL, GAL-Sozialistische Fraktion, Feministische Frauenliste, ASTA-Internationalismus Referat, Buchladen

31.5. Marburg, Kommunikations- und Freizeitraum, 20 Uhr (mit Briege Brownlee);
Veranstalter: GBAL, GAL-Sozialistische Fraktion, Feministische Frauenliste, ASTA-Internationalismus Referat, Buchladen

Roter Stern, autonome Gruppen u.a.m.

1.6. Stuttgart, Gaststätte SPITTA-Eck (Straßenbahnlinie 2 u. 9, Haltestelle Arndt-/Spittastraße), 19.30 Uhr;
Veranstalter: Freunde der Sinn Féin und KB

2.6. Aachen, Bildungswerk für Friedensarbeit, Am Adalbert-Stein-Weg Nr. 257, 20 Uhr;
Veranstalter: die GRÜNEN (Stadt Aachen), Bildungswerk für Friedensarbeit, Irland-Komitee

3.6. Bonn, Gemeindezentrum Dottendorf, 20 Uhr;
Veranstalter: Stadtzeitung „de Schnüss". Buchladen 46, Stadtratsfraktion „die GRÜNEN", KB u.a.m.

4.6. Wuppertal, Universität, 16 Uhr;
Veranstalter: ASTA der Uni Wuppertal

4.6. Münster, KSG, Frauenstraße, 20 Uhr

5.6. Berlin, Technische Universität (TU), 19.30 Uhr

Bei den Veranstaltungen in Münster und Berlin standen die örtlichen Unterstützungsbündnisse zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht fest.

Möglicherweise wird noch eine weitere Veranstaltung am 27.5., dem Tag der Ankunft der Sinn Féin-Delegation, in *Dortmund* stattfinden.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Aktionen und Stellungnahmen gegen den US-Angriff auf Libyen

- Ein Überblick -

Über 100.000 Menschen haben in der BRD und Westberlin zwischen dem 15. und 20. April ihren Protest gegen den US-Bombenangriff auf Libyen auf die Straße getragen. Beeindruckender als die bloße Zahl der Demonstranten sind die Umstände, unter denen so erfolgreich mobilisiert werden konnte. In Westberlin, wo mit 15.000 Teilnehmern die größte Demonstration am Tage des Überfalls stattfand, legten drei parteilose Aktive aus der Friedenskoordination Ort und Zeitpunkt der Demo einfach fest. Den Rest erledigten Telefonrundrufe, Seminaragitationen und Rundfunkkontakte. Nicht viel anders lief es in Hamburg, aber auch in kleineren Städten.

„Die Friedensbewegung hat ihre große Kraft gezeigt" und Antworten „auf die Herausforderungen imperialistischer Kriegspolitik" gegeben, schreibt die „UZ" (24.4.). In der Tat — das von den Umständen diktierte Tempo ließ politische Meinungsverschiedenheiten vorübergehend in den Hintergrund treten. Hatte die Westberliner SEW nach den ersten Angriffen der US-Navy in der Großen Syrte irgendwelche Aktionen noch mit dem Hinweis auf ihren Fünfjahresplan (8. Mai, UNO-Jahr des Friedens u.a.) abgelehnt — jetzt halfen solche Ausflüchte nicht mehr.

Zur Klärung der politischen Streitfragen konnte die hektische Woche wenig beitragen. Sozialdemokraten beunruhigt am Libyen-Überfall vor allem die befürchtete „Eskalation des Terrors"; die DKP duldet keinerlei Kritk an der SPD; die Grünen haben immer noch ihre Probleme mit dem NATO-Austritt. Es wäre schon ein großer Schritt vorwärts, wenn sich die „Bewegung" und die sie tragenden Strömungen für den Tag X weiterer militärischer Aggressionen gegen Libyen auf gemeinsame Aktionen einigen könnten.

Im folgenden ein Überblick über Aktionen gegen den US-Bombenangriff und eine Nachlese wesentlicher Publikationen zum Thema.

Schleswig-Holstein

In *Flensburg* demonstrierten am 15.4. 350 Menschen. In *Kiel* waren es am Dienstag zunächst 400 gewesen; am Samstag versammelten sich 5.000 Leute zur — so die „taz" — „größten Demonstration in der Geschichte der schleswig-holsteinischen Friedensbewegung". In *Lübeck* gingen 400 Menschen auf die Straße. Zu kleineren Aktionen kam es auch in *Rendsburg*, *Schleswig* und *Norderstedt*.

Hamburg

In Hamburg gab es am Tag des Überfalls auf Libyen gleich zwei Demonstrationen: eine von etwa 1.500 Studenten am Mittag, die dem US-Konsulat einen Besuch abstatteten; eine weitere mit anfangs 5.000, dann bis zu 10.000 Teilnehmern in den Abendstunden. Zu einer weiteren Demonstration am 19.4. kamen nur noch 2-3.000 Menschen und fast ebenso viele Uniformierte, die den Demonstrationszug in dichtem Spalier vor den Blicken der Restbevölkerung abschirmten („Gefangenentransport").

Bremen

In *Bremen* demonstrierten am 15.4. 3.000 Menschen, am 19. noch einmal 5.000, darunter auch ein stärkerer sozialdemokratischer Block. Am Sonntag wurde zusätzlich von 1.000 Aktiven für etwa drei Stunden die *Garlstedter* US-Kaserne blockiert. 650 *Bremerhavener* zogen am 15.4. nach einer Kundgebung Richtung „Officer's Club" im amerikanischen Wohnviertel. Ein Sprecher der Bremerhavener Jusos erklärte, „Amerika würde ohne das NATO-Bündnis im Rücken keine Bomben werfen."

Niedersachsen

In *Emden* fand am 16.4. eine Demonstration mit einer für örtliche Verhältnisse beachtlichen Zahl von 250 Teilnehmern statt. — In *Oldenburg* gab es am Dienstag zuächst eine spontane Demonstration mit 500 Beteiligten. Am Samstag demonstrierten noch einmal 1.300 Menschen. Aufgerufen hatten neben Linken und Grünen auch mehrere DGB-Gewerkschaften und der SPD-Ortsverein Stadtmitte. Streit gab es um einen „nicht verabredeten" Abstecher von 250 Demonstranten aus dem Sponti-Anarcho-Spektrum, die kurzfristig den Pferdemarkt als Hauptverkehrsknotenpunkt blockierten. — In *Hannover* zogen aufgerufen von Grünen und DKP am 15.4. 2.000 Menschen zum Amerikahaus, wo eine US-Flagge verbrannt wurde. Kundgebungsredner Garbe (MdL, Grüne) wertete den Überfall auf Libyen als „Tat eines verückten Filmhelden". Ohne Festnahme endete am 16.4. eine Blockadeaktion gegen den wichtigsten Anfahrtsweg zur Hannover-Messe. 50 Leute hatten mit einem Feuer aus Autoreifen und Baumstämmen für eine halbe Stunde den Verkehr lahmgelegt. Ein Transparent „Wegen Libyen" verdeutlichte den Sinn der Aktion. Nochmals etwa 1.500 Menschen beteiligten sich am 19.4 an einer Innenstadt-Demonstration, zu der das unabhängige Spektrum (BIs, Autonome, GABL, „Kein Frieden mit der NATO") aufgerufen hatte. — Nach einer Demonstration von 300 *Hildesheimer* Studenten am Tag des Bombenangriffs demonstrierten am Samstag noch einmal doppelt so viele. — In *Braunschweig* und *Lüneburg* demonstrierten jeweils 300 Menschen; 1.000 waren es am 15.4. in *Göttingen*.

Nordrhein-Westfalen

Nach einer spontanen Demonstration am Dienstag fanden sich bis zu 2.000 *Bielefelder* zu einer Protestkundgebung ein. — Jeweils zwischen 2.000 und 3.000 demonstrierten in *Münster* und *Köln*, 400 in *Witten*, 500 in *Hagen*, 250 in *Herford*. — In *Dortmund*, wo am 15.4. zwischen 400 und 600 Menschen auf die Straße gegangen waren, besetzten drei Tage später 20 Aktive aus dem unabhängigen Friedensspektrum kurzzeitig die Geschäftsstelle der CDU. — 700 kamen am 15.4. in *Bonn* zusammen, wo am 19.4. noch einmal 40.000 aus dem ganzen Bundesgebiet demonstrierten. Aufgerufen hatte der Koordinierungsauschuß der Friedensbewegung; die Mobilisierung war wesentlich vom DKP-Spektrum getragen worden. Unschöner Begleitumstand: einer Gruppe libyscher Demonstanten wurde auf der Abschlußkundgebung das von ihnen lautstark geforderte Rederecht verweigert.

Hessen

Der *Frankfurter* Demonstrationszug wuchs auf seinem Weg zum weiträumig abgesperrten US-Generalkonsulat von 500 auf 1.500 Teilnehmer. Zwei Sternenbanner und eine schwarz-rotgoldene Fahne wurden Opfer eines autonomen Vergeltungsschlages. — Die am Samstag von 600 Menschen in *Hanau* durchgeführte (lange vorher geplante) Aktion gegen Sprengschächte wurde aufgrund der aktuellen Ereignisse zu einer anti-amerikanischen Demonstration mit 100.000 DM Sachschaden (Polizeiangabe). — Ebenfalls am 19.4. bildeten in *Darmstadt* etwa 600 Demonstranten eine Menschenkette um die Cambrai-Fritsch-Kaserne.

Baden-Württemberg

In *Tübingen* fand auf Initiative von Schülervertretern am Freitag während der Unterrichtszeit eine Schülerdemonstration mit mindestens 500 Teilnehmern statt. — Am 19.4. gab es in *Stuttgart* zwei Demonstrationen: Zu der einen, initiiert von DKP und SPD, kamen 300, zu der anderen, initiiert von einem „unabhängigen Plenum", 4.500 (siehe Kasten) .— Angeführt von einem Transparent mit der Aufschrift „US-Terror & NATO-Treue = bombensichere Zeiten" zogen ebenfalls am 19.4. 2.000 Menschen durch die *Heidelberger* Innenstadt zum von starken Polizeikräften abgeschirmten US-Hauptquartier. — In *Freiburg* demonstrierten am Dienstag 1.000 und am Samstag zwischen 3.000 und 4.000. Extratouren bei der Vorbereitung der zweiten Demonstration machten die Grünen sowie die DKP und ihre Bündnispartner. Sie wollten im Aufrufflugblatt lediglich die Bundesregierung (nicht den Staat BRD) als Komplizen der US-Aggression genannt haben und verlangten die Streichung zweier kritischer Sätze über die SPD. — Jeweils 400 bis 500 Teilnehmer hatten die Demonstrationen in *Ulm* und *Ravensburg*. Kleinere Aktionen gab es u.a. in *Baden-Baden*, *Karlsruhe*, *Schopfheim* und *Lörrach*.

In Stuttgart waren am Tag des Bombardements, teils von den Grünen, teils von der DKP-nahen „Landesfriedensberatung" initiiert, einige spontane Demonstrationen gelaufen. Am Abend des Tages kamen 250 Leute aus allen Teilen der „Szene" zusammen, um das weitere Vorgehen zu beraten. Angeödet von dem Verhandlungsgebaren der Vertreter mancher Organisationen riß den mehrheitlich Unorganisierten der Geduldsfaden: Man wolle kein langwieriges Aktionsbündnis, sondern möglichst eine Demo starten; außerdem sei man sich doch im Grundsätzlichen einig: Stopp der Aggression gegen Libyen und NATO-Austritt! Eine Abstimmung ergab, daß 90% der Anwesenden dafür waren, nicht nur den US-Angriff zu verurteilen, sondern insgesamt die NATO. DKP-Vertreter und zwei grüne Funktionäre fanden das unpassend.

Die DKPler hatten ohnehin zur zentralen Demonstration nach Bonn fahren wollen, wurden aber anderen Sinnes, als die Grünen nun wg. gemeinsamer Demo an sie herantraten. Es entstand das „ganz breite Bündnis" von DKP-Spektrum, Grünen, Jusos und auch christlichen Friedensgruppen, die auf die Diffamierung der Unabhängigen durch die DKP erstmal reinfielen.

Am 19.5. schlug die Stunde der Wahrheit: Die Grünen waren in quasi letzter Minute aus dem Bündnis mit der DKP ausgestiegen, das „Unabhängigen-Plenum" hatte mit allen Kräften mobilisiert, Plakate verklebt und Flugblätter verteilt mit der Parole „Stoppt die Aggression gegen Libyen — Raus aus der NATO!". 4.500 Menschen beteiligten sich an der Demonstration der Unabhängigen, an der Spitze ein großes „Raus aus der NATO"-Transparent. Zur Auftaktkundgebung der DKP waren nur 300 Leute gekommen, von denen sich der größte Teil alsbald der Anti-NATO-Demo anschloß.

Westberlin

Die Mobilisierung am Tag des Überfalls lief weitgehend an den alteingesessenen politischen Organisationen vorbei. Nach relativ magerem Beginn schwoll die Demonstration bis auf 15.000 Teilnehmer an, unterstützt durch die Berichterstattung im SFB-Jugendfunk. Nach der Demonstration gab es Glasbruch in Höhe von 1,5 Millionen DM (SFB). Die Demonstration am Samstag, zu der die AL aufgerufen hatte, mobilisierte nur noch 6.500 Menschen.



Foto: M. Stroux

Und außerdem ...

demonstrierten am 15.4. 800 *Nürnberger* und versammelten sich in *Trier* einen Tag später 550 Leute zur, meldete unser Berichterstatter, „größten Spontandemo seit Menschengedenken". (Zahlenangaben nach Berichten aus den örtlichen KB-Gruppen sowie nach „taz", „UZ", „Frankfurter Rundschau" und Lokalpresse.)

Aus den unzähligen Flugblättern, die auf den Demonstrationen verteilt wurden, den Presse-Erklärungen und Appellen der bundesdeutschen und ausländischen Linken, der Grünen und der Sozialdemokraten können wir hier nur einen kleinen Teil vorstellen. Zitiert werden vor allem jene Passagen, die sich — über die Verurteilung des Bombenangriffs hinaus — mit den Konsequenzen beschäftigen: Soll die Friedensbewegung weitergehende Forderungen stellen — NATO-Austritt? — oder lieber den „mäßigenden Einfluß" dieses oder des nächsten (vielleicht sozialdemokratischen) Bundeskanzlers auf die amerikanischen Bündnispartner einklagen?

„Wir Sozialdemokraten appellieren..."

Der *Parteivorstand der SPD* (namentliche Unterzeichner: Brandt, Rau und Vogel) ruft die „lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger" auf zum „Zusammenstehen für Vernunft und Besonnenheit gegen Terror und Bomben". Gleichzeitig leistet er Selbstkritik: „Eine den Weltfrieden bedrohende Krise hat sich gefährlich zugespitzt. Politiker, auch in Europa, müssen selbstkritisch sagen, es fehlte an Entschlossenheit, Besonnenheit und Vernunft, der drohenden Eskalation rechtzeitig entgegenzuwirken. Nun gibt es Tote und Verletzte. Männer, Frauen und Kinder wurden Opfer des internationalen Terrorismus und jetzt auch der miitärischen Operationen Amerikas gegen Libyen." Die US-Regierung wird ermahnt: „Auch die Absicht, Unschuldige zu retten, erlaubt es nicht, Unschuldige zu töten." Noch einmal wird die in diversen Fernseh-Interviews breitgetretene sozialdemokratische „Besorgnis" wiederholt: „Die Bombenangriffe werden Terrorismus eher anstacheln und zu Solidarisierungen in der islamischen Welt führen." Besonders schlimm finden die Sozialdemokraten, „welch geringes politisches Gewicht (...) den europäischen Verbündeten beigemessen wird. (...) Die Bundesregierung erfuhr nämlich von der Aktion erst aus Zeitungen." Letztere Behauptung stimmt zwar nicht, schafft aber sozialdemokratisches Profil in der „Terrorismusbekämpfung". Anders als der schlafmützige Kohl können seine Amtsvorgänger auf Erfolge verweisen: „Die Bundesrepublik hat unter sozialdemokratischen Bundeskanzlern terroristischen Anschlägen und Drohungen mit Besonnenheit und Festigkeit widerstanden und dabei Erfolge erzielt." Das ist sogar noch viel zu bescheiden. Namentlich der letzte sozialdemokratische Bundeskanzler hat, wie wir seit neuestem wissen, sogar aktiv bewiesen, daß seine Partei „Bomben gegen den Terrorismus" keineswegs prinzipiell ablehnt. Aber alles zu seiner Zeit — und dann „mit Besonnenheit und Festigkeit".

Der *Bremer Landesvorstand der Jungsozialisten* hat „kein Verständnis für die bisherige laue Reaktion der SPD-Führung, insbesondere des Kanzlerkandidaten Rau, auf die Vorgänge in Libyen." Die Jusos fordern von ihrer Partei „eine klare und unzweideutige Distanzierung vom Staatsterrorismus der USA!".

Kohl gegen Reagan aufhetzen!

So weit wie die Bremer Jusos geht die *DKP* nicht. Ihr Präsidium will Kanzler Kohl Mut machen: „Jetzt genügt es nicht, wenn die Bundesregierung von den USA fordern: Niemals dürfen vom Boden der Bundesrepublik aus Flugzeuge zum Angriff auf andere Länder starten. (...) Jetzt erst recht: Hände weg von SDI!"

Auch der Bonner *Koordinierungsausschuß* der Friedensbewegung verzichtet auf jedes kritische Wort an die Adresse der SPD. Er erinnert Kohl an seinen Amtseid: „Dem Verfassungsauftrag entsprechend erwartet die Öffentlichkeit jede nur erdenkbare Einwirkung auf die USA durch den Bundeskanzler, damit sie den eingeschlagenen Weg nicht fortsetzt." Ohne weitere Erläuterungen schließt sich der Satz an: „Es gilt jetzt aus der weiteren Einbeziehung der NATO in diese Kriegshandlungen Konsequenzen zu ziehen."

Blasses Grün

Die Stellunganhmen aus den beiden *grünen Zentralen (Bundestagsfraktion, Bundesgeschäftsstelle)* heben sich von den Erklärungen aus dem von grüner Seite oft kritisierten „DKP-Spektrum" kaum ab. Auch sie verzichten vollständig auf eine Kritik an der SPD. Immerhin richten die Grünen etwas klarere Forderungen an die Bundesregierung, von der sie verlangen,

— „ mit allem Nachdruck die Bombenangriffe der USA auf Libyen zu verurteilen

— dafür Sorge zu tragen, daß von deutschem Boden (auch nicht von US- oder NATO-Stützpunkten!) keine Aggressionen gegen Libyen oder andere Staaten ausgehen, und daß in kriegerische Handlungen verwickelte Militärmaschinen keine Überflugrechte erhalten

— das war-time-host-nation-support-Abkommen, mit dem sich die Bundesrepublik zur Unterstützung solcher Abenteuer verpflichtet hat, sofort zu kündigen."

An die heikle Frage des NATO-Austritts tasten sich die Grünen nur heran, um da, wo es spannend wird, abzubrechen: „Die direkte Unterstützung der USA durch die britische Regierung und die Billigung des Überfalls durch andere NATO-Staaten zeigen, daß die Mitgliedschaft in der NATO automatisch zur Beteiligung an Angriffskriegen anderer Mitgliedstaaten führt." Punkt und Absatz!

Ähnlich wird in der Stellungnahme der *Grünen im Bundestag* verfahren. „Schon jetzt machen die Ereignisse unmißverstädlich klar, welche Gefahr für europäische Staaten aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der NATO von der kriegerischen Politik der USA gegen Libyen ausgeht", erklärt die Fraktion, ohne diesem klugen Gedanken noch einen weiteren Satz folgen zu lassen.

Einen Schritt weiter wagt sich *Fraktionssprecher Ludger Vollmer*. „Die Vorgänge im Mittelmeer" sind für ihn „ein weiterer Anlaß, die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik in Frage zu stellen." Was ihn allerdings nicht hindert, gleich wieder den Blick auf den von allen Parteien umworbenen Wähler der Mitte zu richten und ohne Rücksicht auf sinnvolle Satzanschlüsse fortzufahren: „Wir verurteilen jede Form des Terrorismus, sei es durch Ghaddafi, sei es durch Reagan."

Die *Hamburger GAL* ist Mitunterzeichnerin einer Erklärung „Vom Staatsterrorismus zum Interventionskrieg in Libyen", in der die Gefahr weiterer, dann unter direkter Beteiligung der europäischen NATO-Staaten durchgeführter Kriegshandlungen gegen Libyen belegt wird. In einem Vorspann zu diesem Papier formuliert die GAL gemeinsam mit der *Hamburger Friedenskoordination* ihre Befürchtung einer weitergehenden Eskalation: „Wir wagen uns kaum auszumalen, was aus den bisherigen Sympathiekundgebungen für die US-Politik (Geißler, CDU), den sogenannten Zwischentönen (Kohl, Bundeskanzler, und Rau, Kandidat) und den seichten Distanzierungen (Vogel, SPD) wird, wenn die 'Amerikaner' erneut zuschlagen oder gar einen offenen Krieg gegen Libyen beginnen."

Bei Nordwind 30 Mio Tote

Nachdruck aus Arbeiterkampf Nr. 97, Jan. 1977



Bei Nordwind 30 Millionen Tote. Die Karte zeigt den Weg der Strahlenwolke nach dem größtmöglichen Unfall in einer Aufarbeitungsanlage im Emsland — errechnet vom »Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz« nach den Zahlen des Regierungsgutachtens

Aus: STERN, 13.1.77

Aus: STERN, 13.1.77

(...) *„Bei Nordwind 30 Millionen Tote"* — so beschreibt der „Stern" vom 13. Januar die Folgen eines „Betriebsunfalls" beispielsweise in einer Wiederaufbereitungsanlage im Emsland. Zugrunde liegt dieser Schätzung ein GEHEIMES Regierungsgutachten! Auch der „Spiegel" vom 17. Januar nahm sich des Themas an: *„Beinahe-Katastrophen hat es in der gerade 25-jährigen Geschichte der Atomkraft schon mehrmals gegeben: Hunderttausende von Menschen schwebten dabei in Lebensgefahr, radioaktiv verseuchte Ruinen blieben als Mahnmale in der Landschaft."*

Im Gegensatz dazu will die Regierung der Bevölkerung offiziell kräftige Beruhigungspillen verordnen. Millionen von Mark werden in eine breit angelegte Kampagne gepulvert, die uns weismachen soll, daß Kernkraftwerke die sicherste Sache von der Welt seien. So heißt es beispielsweise dazu in einer offiziellen Beruhigungs-Broschüre: *„Es muß festgestellt werden, daß alle auf der ganzen Welt bis jetzt gebauten bzw. im Bau befindlichen Kernkraftwerke ein so hohes Maß an Sicherheit erreicht haben, daß die Wahrscheinlichkeit für einen Schaden, der für die Umgebung eine wie auch immer geartete Gefährdung bedeutet, als sehr gering bezeichnet werden kann ..." „Bei den Rechnungen wurde vorausgesetzt, daß im Umkreis von 32 km um den Reaktor 15 Millionen Menschen wohnen. Nach der Studie tritt der wahrscheinlichste Unfall mit einer Häufigkeit von 1:17.000 pro Jahr auf* (d.h. einmal in 17.000 Jahren könnte sich ein derartiger Unfall in einem KKW ereignen!). *Bei diesem Unfall gibt es weder Tote noch Verletzte. Maximal vier Schilddrüsenerkrankungen können eintreten ... Die schlimmstmöglichen Folgen treten nach einem Unfall mit den u n g ü n s t i g s t e n Randbedingungen auf. Zu beklagen wären dann 2.300 Tote, 5.600 akute Erkrankungen ... Die Wahrscheinlichkeit hierfür beträgt allerdings nur 1:1 Milliarde pro Jahr, d.h. einmal in 1.000 Millionen Jahren kann ein solcher Unfall eintreten. Anders interpretiert: Bei 100 Kernkraftwerken sind 10 oder mehr Tote nur alle 2.500 Jahre, über 100 Tote nur alle 10.000 und mehr als 1.000 Tote nur einmal in 1 Million Jahren zu erwarten."* Die Gefahr, vom Blitz getroffen zu werden, sei demnach 25 mal so hoch wie die Gefahr, bei einem KKW-Unfall ums Leben zu kommen! (Zitiert aus der Broschüre „Zum besseren Verständnis der Kernenergie", herausgegeben von den Hamburger Elektrizitätswerken und der Nordwestdeutschen Kraftwerke-Aktiengesellschaft, S. 25/26 und S. 31.)

So sieht die offizielle Einschläferungs-Propaganda d e r Stellen aus, die an dem Bau von KKW's unmittelbar beteiligt und interessiert sind. Es hat also seinen Grund, wenn beispielsweise das vom „Stern" zitierte Regierungsgutachten, das für den schlimmsten Fall den Tod von 30 Mio. Menschen in der BRD (die Hälfte unserer Bevölkerung!!!) annimmt, seit fünf Monaten geheimgehalten wird. Selbst beim schwächsten der angenommen schweren Unfälle *„kann die Strahlenbelastung in 100 Kilometer Entfernung noch 15 mal so hoch wie die absolut tödliche Dosis sein"*. Das könnte beispielsweise der Fall sein, wenn in dem geplanten KKW Brokdorf bei einem Unfall das innere Sicherungssystem versagt und der Reaktorkern schmelzen sollte. Die Menschen unserer Stadt würden dabei entweder auf unvorstellbar grauenvolle Weise ums Leben kommen oder in kaum weniger grauenvoller Weise als Atom-Krüppel „überleben".

Hinzu kommen die wohlweislich noch gar nicht näher erforschten Folgen, die sich bei einem „normalen" unfallfreien Betrieb eines KKW für die Umgebung ergeben. Gesichert ist, daß insbesondere ungeborene Kinder im Mutterleib durch die „normale" Strahlung erhöht gefährdet sind, und daß auch Kinder mit ihren schwächeren Körpern der Strahlung ganz besonders ausgesetzt wären. Auch der Anstieg von Krebserkrankungen bei Erwachsenen muß als gesicherte Folge eines „normalen" KKW-Betriebs gelten. (...)

Antiquariatstip:
„Harrisburg war nur der Anfang" Herausgeber: AKW-Nein-Kommission des Kommunistischen Bundes, Verlag J. Reents, Hamburg, 1979

FALL OUT

Fortsetzung von Seite 1

Im Beschwichtigen übten sich CDU wie SPD, CSU wie FDP, Bundes- wie Länderbehörden. Andererseits: Schiffe und Fahrzeuge aus Osteuropa wurden wegen Strahlenverseuchung zurückgeschickt, landwirtschaftliche Einfuhren sollen streng kontrolliert werden. In dieser primitiven Sichtweise fängt die Gefährdung östlich der Grenze an, westlich davon hört sie abrupt auf. Eine größere Dummheit ist kaum vorstellbar. Radioaktive Wolken kennen keinen „eisernen Vorhang".

Wem also glauben? Den Nachrichten von gestern oder denen von heute? Den scheinbar vernünftigen oder den scheinbar panischen Experten? Die Antwort ist klar: Wer über Jahr und Tag die atomare Katastrophe als Hirngespinst abgetan hat, klammert sich, auch wenn sie eingetreten ist, daran, daß alles halb so schlimm sei. Wer dagegen vor eben dieser Gefahr dringend gewarnt hat, dessen Einschätzungen haben Gewicht. Das sind in diesem Fall die Bürgerinitiativen, die Grünen, Ökoinstitute und kritische Wissenschaftler. In den bürgerlichen Medien dringen sie nicht einmal heute durch. Aber auf ihre Stimme sollte man hören.

Demnach ist auch in der Bundesrepublik, ca. 2.000 km vom Unglücksort entfernt, der fall out keineswegs auf die leichte Schulter zu nehmen. Die Gefahr ist höher bei Kleinkindern und Menschen, die ohnehin krebserzeugenden Situationen ausgesetzt sind. Keine Frischmilch trinken, Vorsicht bei Frischgemüse, das aus deutschen Landen „aktiv" auf den Tisch kommt (die erlaubten Grenzwerte sind viel zu hoch!), bei Regen die Straße meiden, zwar nicht gerade Jodtabletten schlucken (wegen der Schockwirkung der auf einen Schlag aufgenommenen Menge), wohl aber statt des üblichen Salzes das in Lebensmittelgeschäften erhältliche Jodsalz (vorausgesetzt, es ist nicht auch schon aktiv...) benutzen usw. — alles das ist ernstzunehmen. Das schlichte, einfache Alltagsleben der Menschen auch in Mitteleuropa ist berührt, die Konsequenzen sind noch nicht absehbar. In weiten Teilen der Bundesrepublik hat eine halbe Woche genügt, um die Strahlendosis abzubekommen, der man normalerweise im Verlauf eines vollen Jahres ausgesetzt ist.

Besonders problematisch: Während in Schweden vierzehn unterschiedliche radioaktive Spaltprodukte aus Tschernobyl gemessen und bekanntgegeben wurden, stellen die hiesigen Behörden eine offenkundig manipulierte Berechnung an: Es wird nur die gesamte gemessene „Beta-Aktivität" angegeben und auf die vergleichbare Wirkung des radioaktiven Jod 131 umgerechnet, um daraus die Belastung abzuschätzen. Dieser Stoff ist aber nur eines der Spaltprodukte. Tatsächlich wurden auch in der BRD schon Caesium (kann sich in allen Zellen anbauen), Strontium (befällt das Knochenmark) und vor allem Neptunium nachgewiesen. Letzteres zerfällt binnen zweier Tage in Plutonium, **ist also in der Realität Plutonium.** Nach Informationen der Grünen hat die Bundesregierung in diesen Tagen nicht nur versucht, Ergebnisse der Meßstationen zu manipulieren oder deren Bekanntgabe zu verzögern, **sie verschweigt vor allem, daß die radioaktive Wolke von Tschernobyl nach ersten Analysen zu 9,3% aus Neptunium, und das heißt: Plutonium, bestehen soll.**

Für die weitere Entwicklung wird vieles vom Wetter abhängen. Der Westwind als natürlicher und wichtigster „Schutz" vor modernster Technik — kann es eine deutlichere Sprache der Hilflosigkeit, einen klareren Ausdruck für Bankrotterklärungen geben? Doch auch die günstigsten Wetterverhältnisse werden nicht verhindern, daß die radioaktive Wolke noch jahrelang in der Atmosphäre bleiben und um die Erde kreisen wird.

Noch weit dramatischer ist die Lage der Menschen, die aus der Umgebung von Tschernobyl evakuiert werden mußten, und selbstverständlich muß man auch um die Bürger Kiews Angst haben. Die entgegen den Vorstößen Gorbatschows, die Öffentlichkeit nicht zu scheuen, geradezu unglaubliche Informationspolitik der Sowjetunion hat bisher kaum etwas nach außen dringen lassen. Mit Sicherheit kann aber davon ausgegangen werden, daß die Anfang Mai bekanntgegebenen, für diesen Zeitpunkt vielleicht zutreffenden Zahlen — zwei Tote, zwanzig Schwerverletzte, zweihundert leichter Verletzte — ein trügerisches Bild ergeben. Die Gruppe Ökologie Hannover hat sehr schnell eine Computer-Simulationsstudie mit den Daten des betroffenen sowjetischen Atomkraftwerks durchgeführt, um sich ein grobes Bild machen zu können. Demnach müßte am Unglücksort selbst eine sofort tödliche Strahlung herrschen. In 10 km Entfernung würde die Strahlendosis massenhaft akute, tödlich verlaufende Strahlenerkrankungen hervorrufen. In 100 km Entfernung (Kiew) käme man, dieser Abschätzung zufolge, immer noch auf eine Dosis von 10 rem. Dies ist nach der herrschenden westlichen Sicherheitsphilosophie in etwa die vorgesehene jährliche Höchstbelastung für Arbeiter und Angestellte von Atomanlagen. 25 rem gilt in westlichen Katastrophenplänen als „Gefährdungsdosis", diese Pläne sind jedoch von der Atomlobby diktiert. Was das zu bedeuten hat, mag man sich daran veranschaulichen, daß niemand von denen, die solche Pläne ausgearbeitet haben, sich jetzt freiwillig nach Kiew begeben würde. Dementsprechend haben dort tätige westliche Firmen ihre Mitarbeiter zurückgerufen.

Der Moskauer KPdSU-Vorsitzende, Jelzin, hat anläßlich seines Aufenthalts beim Hamburger Parteitag der DKP ein paar dürre Fakten genannt: *„Von Hubschraubern werden Säcke mit Sand, mit Blei und mit Bor abgeworfen, um eine dichte Kuppel über der Zone der Havarie zu schaffen. Die Radioaktivität ist wesentlich gesunken: Aber sie beträgt immer noch 200 Röntgen pro Stunde."* („Tagesschau", 2.5.86) **Größenordnungsmäßig** stimmt das mit der Hannoveraner Studie überein. Ausgehend von diesem unbestätigten Bild dürfte die Sowjetunion mit der Evakuierung einer 30 km Zone rund um Tschernobyl in etwa die gleichen Maßnahmen getroffen haben, die in westlichen Katastrophenplänen für einen solchen Fall vorgesehen sind (Evakuierung in einem Gebiet mit 100 rem Strahlenbelastung).

Reicht das? Was wird mit den 2,5 Millionen Einwohnern Kiews? Was tun mit der Strahlenruine, die auf Jahre hinaus Boden, Luft und Wasser verseucht? Wie wird das gesamte Industriegebiet des Dnjepr-Beckens beeinträchtigt? Muß nicht die Ernte in der Ukraine vernichtet werden? Offenbart nicht die Ost-West-Terminologie „sicher, sauber, billig" angesichts dieser Realität einen ungeheuren Zynismus?

Wir wissen nur eines: Die Methode, abzuwarten, solange es geht, zu schweigen, bis sich nichts mehr verschweigen läßt, erst zu reagieren, wenn zuletzt auch der äußere, sinnlich wahrnehmbare Schein die Gefahr der unsichtbaren, aber berechenbaren Strahlung bestätigt hat — diese Methode ist **in jeder Hinsicht** verheerend.

Und sie kommt uns — **in jeder Hinsicht** — bekannt vor. Sie ist uns als Atomstaat gewissermaßen heimatlich vertraut. *„Das System angreifen, nicht die Technik"*, versuchte Strauß am 4.5. eine plumpe Flucht nach vorn, um die „neuerliche Verteufelung der Atomenergie" abzuwenden. Weiß er, was er da sagt? Das englische System angreifen wegen Windscale und das amerikanische wegen Harrisburg?! In beiden Anlagen ist es seinerzeit zu einem teilweisen GAU, zum teilweisen Schmelzen des Reaktorkerns gekommen. Mehr Glück als Verstand, nach dem Urteil von Fachleuten sogar **reines Glück** ließ damals das Allerschlimmste nicht eintreten.

Uns kann das nicht passieren? **Hätte die unkontrollierbare Entwicklung in Harrisburg 1979 nur 30 Minuten länger angehalten, wäre es auch dort zum Super-GAU gekommen,** räumt auch der „Spiegel" (5.5.86) ein. Wer selber nur um Haaresbreite an der Katastrophe vorbeigeschrammt ist, gerade eine winzige halbe Stunde vom atomaren Horror entfernt, der bei einem Druckwasserreaktor wie Three Miles Island wahrscheinlich noch schlimmer ausgefallen wäre, der müßte mit solchen Reden politisch bis in die Steinzeit und zurück erledigt sein, wenn es in der Politik des 20. Jahrhunderts mit rationalen Maßstäben zuginge. „Legt die herrschende Klasse still!", hieß es auf einer Westberliner Demonstration. Diese Leute müssen weg, wenn der Menschheit ihr Überleben lieb ist. Eine Revolution ist weniger gefährlich als ein Super-GAU.

Auch die Informationspolitik der Verantwortlichen, der bedenkenlose Umgang mit angeblich tolerablen Grenzwerten war damals nicht anders. Und wenn schließlich das Organ der AKW-Betreiber, „atomwirtschaft" (12/83), trotz aller Systemkonkurrenz dem durchgebrannten Sowjetreaktor hohe Sicherheit bescheinigte — *„die Verläßlichkeit des ganzen Systems ist sehr (!) hoch dank der Überwachungs- und Kontrollmöglichkeit der einzelnen horizontal liegenden Kanäle"* — dann muß auch der Letzte wissen, woran er ist. Dann ist der Schluß zwingend, daß hüben wie drüben mit den gleichen Standards gearbeitet wird, daß also die westliche *„Verläßlichkeit"* genauso, wie es sich in Tschernobyl gezeigt hat, *„sehr hoch"* ist.

Mag jemand vielleicht noch der Vollständigkeit halber an Pershing-Unfälle denken oder, wegen anderer aktueller Ereignisse in der Welt, überlegen, was im Kriegsfall mit Atomanlagen passiert? Lieber nicht? Verständlich. Lieber abschalten!

Die Anti-AKW-Bewegten und hoffentlich nicht nur sie werden sich also wieder in die Bürgerinitiativen begeben, sich organisieren. Literatur ist vorhanden, Erfahrung auch. Wir werden Gegeninformation leisten. Wir werden demonstrieren, Anhörungen und Veranstaltungen durchführen. Wir werden sicher bald auf einem Bundestreffen unsere Schritte abstimmen. Wir werden auch die Grünen wieder in den Bundestag befördern — freilich nicht, um wie in Hessen über den vorsichtigen Einstieg in den Einstieg vom Ausstieg zu räsonnieren. Falls wir die Stillegung aller Atomanlagen wieder nicht erreichen, sollte sich niemand Illusionen machen: Der nächste Super-GAU kommt nicht erst in 10.000 Jahren. Aber wo er kommt, das weiß niemand.

Katastrophenpläne für das Unmögliche

Die bislang öffentlich bekanntgewordenen, streng geheimen Katastrophenpläne für den Notfall eines angeblich sowieso nie eintretenden GAU bestätigen vor allem eines: Es gibt keinen wirksamen Schutz vor den Folgen eines Atomunfalls. Der Bevölkerung werden Jodtabletten verabreicht, die staatlichen Sicherheitskräfte haben Verseuchte auszusondern und die betroffene Zone abzuriegeln.

Am 10. März 1977 haben Freiburger AKW-Gegner den bundesdeutschen Katastrophenplan für das elsässische AKW Fessenheim entwendet und bekanntgemacht. Er besteht aus zwei Teilen: Meldungen an die Bevölkerung und Weisungen an die Polizei. Beispiel: Die Bevölkerung wird über Rundfunk alle 15 bis 30 Minuten gewarnt. *„Zum Schutz der Gesundheit wird dringend gebeten, sofort geschlossene Räume aufzusuchen und alle Fenster und Türen zu schließen. Stellen Sie Be- und Entlüftungsanlagen ab, um eine radioaktive Verunreinigung des Körpers, der Kleidung und der Wohnungs- und Wirtschaftsräume zu vermeiden. Aus Sicherheitsgründen empfehlen wir auch der Bevölkerung der in der Umgebung der betroffenen Orte liegenden Gemeinden, sich in die Häuser zu begeben. Es wird davor gewarnt, sich außerhalb des Gemeindegebiets zu bewegen. Bleiben Sie ruhig und besonnen. Sie erhalten in Kürze weitere Informationen."*

An die Polizei geht die Weisung: *„Bei Personen und Sachen, die aus dem Gefahrenbereich kommen, ist eine Überprüfung der Kontamination (radioaktive Verseuchung) durch geeignete Fachkräfte zu veranlassen. Erforderlichenfalls sind diese Personen abzusondern und namentlich zu erfassen. Hierzu wird bemerkt, daß die Dekontamination nicht Aufgabe der Polizei ist. Je nach Gefahrenlage ist sicherzustellen, daß die Hilfsdienste und die eigenen Kräfte nicht zu dicht an die Gefahrenbereiche heranfahren."*

Die Bevölkerung wird beruhigt, wenn sie Hilfskräfte in Schutzanzügen sehen sollte. Dies habe nichts mit erhöhter Gefahr für den einzelnen zu tun, sondern diene nur dem Schutz der Hilfskräfte, die besonderen Belastungen ausgesetzt seien. Eine Evakuierung der Bevölkerung wird bei radioaktiver Belastung von 100 rem erwogen (ein Wert, der durchaus den Schätzungen für die 30-km-Zone um Tschernobyl entspricht). Für Werte darunter wird angeraten: *„Wasserdichte Regenkleidung, besonders auch für Kopf und Füße, ist unabhängig vom Wetter ein sehr wirksamer Schutz gegen radioaktive Verunreinigung; wenn Sie das Haus verlassen, nützt ein Regenschirm nur bei Regen; bei Wind und bei jeder Staubentwicklung atmen Sie im Freien möglichst durch ein Taschentuch."*

Ganz anders die Weisungen an die Polizei zum „Schutz der eigenen Kräfte": *„Besteht die Möglichkeit der Kontamination oder Inkorporation, so*

Fortsetzung nächste Seite

Kein sowjetisches Harrisburg

Havarie bei Kiew

Der Kernkraftwerksunfall in der Sowjetunion löst Betroffenheit aus.

Schon vor mehr als 30 Jahren stellte die Sowjetunion der Drohung mit der Atombombe durch die USA-Regierung die Perspektive einer vielfältigen friedlichen Nutzung der Atomenergie entgegen. Die Sowjetunion war das erste Land der Welt, in der Wissenschaftler, unbedrängt von Profitgesichtspunkten und unter Anwendung aller vorhandenen wissenschaftlich-technischen Kenntnisse, auch aller erdenklichen Sicherheitsmaßnahmen, ein Kernkraftwerk bauten. Und nie zuvor in der mehr als dreißigjährigen Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie in den sozialistischen Ländern gab es einen ähnlichen Unfall.

Noch ist über die konkreten Ursachen der Havarie in Tschernobyl nichts bekannt. Eine Regierungskommission untersucht sie. Hinweise auf generelle technische Mängel, wie sie jetzt in westlichen Massenmedien verbreitet werden, entbehren daher jeder sachlichen Grundlage. Erkennbar wird der Vorfall genutzt, um das schäbige Geschäft der antisowjetischen Propaganda zu schüren und von den Verbrechen imperialistischer Machtpolitik, von Reagans Angriffen gegen Libyen und Nicaragua bis zur Fortsetzung der US-Atomtests, abzulenken.

Bei nüchterner Überlegung ist es angesichts der langjährigen unfallfreien Verwendung von Kernkraftwerken in sozialistischen Ländern wahrscheinlich, daß die Havarie von Tschernobyl spezielle Gründe hat,

die nicht in der Technik generell liegen. Mit Harrisburg und der langen Reihe von Störfällen auch in bundesdeutschen Kernkraftwerken, die nur durch Zufall nicht in einer großen Katastrophe endeten, ist der Vorfall in der Sowjetunion nicht zu vergleichen. Denn da waren nachweislich mögliche technische Sicherheitsstandards aus Profitgründen nicht beachtet worden. Derartige Gründe sind in der Sowjetunion ausgeschlossen. Die sozialistische Gesellschaftsordnung tut alles und gibt große Summen aus, um die Sicherheit von Produktion und Arbeit zu gewährleisten und zu kontrollieren.

Es ist verständlich, daß Fragen bleiben, die im Augenblick nicht geklärt werden können. Wir beteiligen uns nicht an Spekulationen. Wir sind gewiß, daß die sowjetische Regierung alles tun wird, um die genauen Unfallursachen mit aller notwendigen wissenschaftlichen Akribie zu untersuchen und bekanntzugeben.

Gerade in diesem Augenblick dürfen wir nicht davon ablenken lassen, daß die wichtigste Mahnung auch des Unfalls von Tschernobyl darin besteht, vor allem die militärische Anwendung der Kernenergie für immer zu verhindern. Es ist die Sowjetunion, die dafür mit dem Gorbatschow-Plan vom 15. Januar weitreichende Vorschläge vorgelegt hat. Und es sind die USA unter Reagan, die sich immer noch weigern, alle Atomversuche endgültig einzustellen – ungeachtet der damit verbundenen Gefahren radioaktiver Verseuchung.

Georg Polikeit

Die UZ in der Rolle der FAZ (30.4.86) ...

... und die FAZ in der Rolle der UZ (30.4.86)

Tschernobyl

R.F. Noch läßt sich das ganze Ausmaß des Reaktorunfalls von Tschernobyl nicht beurteilen. Es müssen jedoch erhebliche Mengen radioaktiver Stoffe in die Umwelt gelangt sein. Über die Schäden kann man angesichts der spärlichen Informationen nur spekulieren. Man darf zumindest hoffen, daß alles glimpflicher endet, als befürchtet. Die medizinische Versorgung der Opfer von Strahlenunfällen bereitet große Schwierigkeiten. Die Behandlung der Strahlenkrankheit stellt an Arzt und medizinische Technik höchste Anforderungen. Gegen die langfristigen Folgen der Strahlung, die Tumoren, gibt es so gut wie keine Therapie.

Daß sich das nun wohl folgenschwerste Unglück der Kerntechnik gerade in der Sowjetunion ereignet hat, darf eigentlich niemanden überraschen. Gewiß, die Atomenergie ist, anders als die Chemie, eine vergleichsweise junge Industrie. Weil es an Erfahrungen fehlte, waren die Sicherheitsanforderungen im Westen von vornherein hoch. Später wurden sie noch erhöht. Die Sowjetunion glaubte jedoch auf hinderliche,

wiß, die Atomenergie ist, anders als die Chemie, eine vergleichsweise junge Industrie. Weil es an Erfahrungen fehlte, waren die Sicherheitsanforderungen im Westen von vornherein hoch. Später wurden sie noch erhöht. Die Sowjetunion glaubte jedoch auf hinderliche,

weil die Störanfälligkeit und die Kosten erhöhende Sicherheitseinrichtungen, weitgehend verzichten zu können. Sicherheitsbehälter und Notkühlung gelten als Luxus, die dem Fortschritt des Sozialismus entgegenstünden.

Diese kein Risiko scheuende Haltung entspricht der Rücksichtslosigkeit, mit der die Sowjetunion und das gesamte sowjetische Lager die Natur mißhandeln. Die Industrialisierung kannte keine Grenzen. Tote Seen, verschmutzte Flüsse, sterbende Wälder, verpestete Städte, Salzwüsten, Bodenerosionen — und nun radioaktiver Fallout — ergeben eine erschütternde Bilanz. Statt der Zerstörung Einhalt zu gebieten, plante man weitere die Natur ruinierende Projekte. Sogar die Umleitung von Flüssen wurde ernsthaft erwogen. Die Behebung eines Schadens wäre damit nur durch noch weit größere Verwüstungen erkauft worden. Gegen diese Projekte gab es jedoch bereits Widerstände. Der Unfall von Tschernobyl dürfte die noch schwachen Stimmen stärken, die es mit dem Umweltschutz in der Sowjetunion ernst meinen. Die Erholung der Natur wird freilich noch lange auf sich warten lassen, gerade nach einem solchen Strahlenunfall.

Unfall von Tschernobyl dürfte die noch schwachen Stimmen stärken, die es mit dem Umweltschutz in der Sowjetunion ernst meinen. Die Erholung der Natur wird freilich noch lange auf sich warten lassen, gerade nach einem solchen Strahlenunfall.



Beispiele für Evakuierungszonen um norddeutsche Atomkraftwerke

Beim Atom-Unfall in Harrisburg wurde die Evakuierung der Bevölkerung in einem Umkreis von 32 Kilometer um den Meiler vorbereitet. Auf die Kernkraftwerke Stade oder Krümmel übertragen, würde dies in beiden Fällen bedeuten, daß auch die Millionenstadt Hamburg mindestens zur Hälfte geräumt werden müßte.

Aus: SPIEGEL, 17.1.77

Heute muß es heißen: Um Tschernobyl wurde in einem Umkreis von 30 km evakuiert. Der AK-Leser möge außerdem mit einem Zirkel noch einen gleichgroßen Kreis um das AKW Brokdorf ziehen, das noch in diesem Jahr ans Netz gehen soll.

Fortsetzung von vorheriger Seite

darf der Gefahrenbereich im allgemeinen nur mit der dafür vorgesehenen Schutzausrüstung betreten werden. Essen, Trinken und Rauchen im Gefahrenbereich ist von den eingesetzten Polizeibeamten wegen der möglichen gesundheitlichen Schädigung in jedem Fall zu unterlassen. Innerhalb des Gefahrenbereichs dürfen sich auch Polizeibeamte mit Schutzausrüstung nur möglichst kurzzeitig aufhalten. Die aufgenommene Einzeldosis sollte im allgemeinen 3 rem nicht überschreiten." (Quelle: ARBEITERKAMPF 101, 21.3.77)

Allerorten wurde in der Katastrophenplan-Debatte Ende der siebziger Jahre zu beruhigen versucht, daß hierzulande die Frühwarnung ausreiche, daß sich die Leute in aller Seelenruhe ins Auto setzen und ihren Wohnort verlassen. Skeptiker wiesen schon damals darauf hin, daß die entstehende Panik etwa in Großstädten zu einem noch größeren Chaos führen würde, als dies schon unter normalen Bedingungen zur Hauptverkehrszeit der Fall ist. Da ist schon realistischer, was Holger Strohm Anfang der siebziger Jahre in seinem Buch „Kernenergie" als Expertenmeinung wiedergab: Die Evakuierung einer Großstadt wie Hamburg sei *„vollkommen unmöglich und daher sprechen die wenig bekanntgewordenen Evakuierungspläne folgerichtig davon, die verseuchte Bevölkerung in dem betroffenen Gebiet einzuschließen und wichtige Personen mit Hubschraubern rechtzeitig zu evakuieren. Da die verseuchte, zum Tode verurteilte Bevölkerung aber kaum freiwillig in dem für sie tödlichen Gebiet bleiben wird, ist zwangsläufig Schußwaffengebrauch notwendig"* (zitiert nach AK 94, Nov. 76).

Allein die Stillegung aller Atomanlagen gewährleistet den notwendigen Schutz vor der Radioaktivität.

DKP-Vorstand: Unbeirrt für AKWs

Benutzen die bürgerlichen Medien die Katastrophe von Tschernobyl zur Hetze gegen die Sowjetunion? Jawohl, sie benutzen.
Lenken sie vom US-Überfall auf Libyen, der Bedrohung Nicaraguas, SDI, Atomtests und so weiter ab? Jawohl sie lenken ab.

Das mag man dem Chefredakteur der „UZ" und dem DKP-Parteivorstand allenfalls noch zubilligen, die hierin das **Wesentliche** an der Atomkatastrophe von Tschernobyl sehen. Wie aber können sie ernsthaft glauben, mit solcher argumentativer Billigware der Kritik am real existierenden Sozialismus zu entgehen? Wird das Geschehen in der Ukraine dadurch weniger schlimm, die Verantwortung von Regierung und Partei der UDSSR weniger schwerwiegend?

Man kann den Kommunismus, bzw. das, was sich dafür ausgibt und weltweit auch so verstanden wird, kaum mehr diskreditieren, als durch solche Statements. Hat es denn keinen schweren Unfall, in sowjetischen Meldungen zwischenzeitlich sogar Katastrophe genannt, gegeben? Sind nicht sowjetische Bürger, Arbeiter, Bauern und ihre Kinder unmittelbar und langfristig gefährdet? Hat diese Katastrophe nicht auch internationale Dimensionen? Man braucht nicht in einen Detailstreit um rem und Becquerel einzutreten, um zumindest eines zu erkennen: Wir haben es mit einem radioaktiven Ausstoß eines Vielfachen der Hiroshima-Bombe zu tun. Selbst wenn man sensationelle Übertreibungen der Boulevardpresse kritisiert, müßte man blind sein, um die unvermeidlichen Folgen für die Menschen zu übersehen. Vor allem natürlich für jene, die in der nächsten Umgebung von Tschernobyl leben. Zumal als DKPler könnte man wenigstens die Maßnahmen zur Kenntnis nehmen, die von der polnischen Regierung aus gutem Grund ergriffen werden.

Dies alles mit dem Hinweis auf die US-Kriegspolitik wegbiegen zu wollen, ist Zynismus, ist das Gegenteil von sozialistischer Politik. Hier darf es keine Vermischung mit der Ablehnung der imperialistischen Kriegspolitik geben, sondern eine unzweideutige Stellungnahme zum Geschehenen muß her. Das mag angesichts der bürgerlichen Hetze nicht leicht sein, zumal auch wir viel Sympathie für die sowjetischen

Vermischung mit der Ablehnung der imperialistischen Kriegspolitik geben, sondern eine unzweideutige Stellungnahme zum Geschehenen muß her. Das mag angesichts der bürgerlichen Hetze nicht leicht sein, zumal auch wir viel Sympathie für die sowjetischen

Abrüstungsvorschläge haben und in der Vergangenheit um ein entspannteres Verhältnis zur DKP bemüht waren.

Für die DKP führt kein Weg mehr vorbei an einer rigorosen Korrektur ihrer Position, wonach die östliche Atomenergie ebenso nützlich sei, wie die westliche verderblich ist. Sie muß die sattsam bekannten wissenschaftlichen Nachweise und Argumente ihrer Gefährlichkeit endlich zur Kenntnis nehmen, und das bedeutet: Stillegung aller AKWs. Das Makabre an der derzeitigen Situation ist nicht, daß die antisowjetischen Medien hierzulande voll draufhalten. Makaber ist es, vom Herausgeber in der „FAZ" die Klage zu lesen, daß *„die sowjetische Bevölkerung über die Risiken atomarer Anlagen und über das Verhalten in Unglücksfällen, bei denen radioaktives Material freigesetzt wird, nichts weiß"*, und daß es der SU an Verantwortung für „das Öko-System Erde" fehle. Während umgekehrt die „UZ", die sich als Organ der bundesrepublikanischen Opposition begreift, im Fall Tschernobyl in die klassische „FAZ"-Rolle schlüpft: beschwichtigend, verharmlosend, Vertrauen in die offiziellen Stellen fordernd — die Untersuchungskommission in der SU, die schon alles richten werde, beschwörend und das Bundesinnenministerium zitierend, das keine Gefährdungen sieht.

Vielleicht erklärt das, warum die DKP einerseits auf ihrem Parteitag steigende Mitgliederzahlen bejubeln kann, andererseits wohl noch nie in ihrer Parteigeschichte so sehr im gesellschaftlichen Abseits stand wie heute. Darüber kann man nicht schadenfroh sein. Die Verantwortung für diese Situation kann sie nicht zum wiederholten Male den bürgerlichen Hetzmedien zuschieben. Dies zu ändern, hätte sie selber in der Hand.

Verniedlichungen in der „UZ"

Erstmals am 30.4. berichtete die „UZ" vom Unfall in Tschernobyl. Von Beginn an wurde hierfür die Bezeichnung „Havarie" gefunden, die zweifellos nicht zufällig ist. Diese Bezeichnung aus dem Seerecht meint einen mehr oder weniger glimpflich verlaufenen Unfall, etwa eine Kollision. Glimpflich ist auch der Tenor in der „UZ": Gemeldet wird vor allem das dürftige Bißchen an sowjetischen Informationen, selbstverständlich als wahr: Die Beschädigung des Reaktors habe *„zum Entweichen einer gewissen Menge radioaktiver Stoffe geführt ... Die Strahlungssituation im Kraftwerk und seiner Umgebung ist stabilisiert worden"* (2.5.86). An anderer Stelle wird davon gesprochen, daß die entweichende Radioaktivität *„ständig zurückgegangen"* sei. Mit spürbarer Erleichterung wird berichtet: *„Die Arbeit der Betriebe, Kolchosen, Sowchosen und anderer Einrichtungen verläuft normal"*. Ansonsten besteht die „Gegenöffentlichkeit" der „UZ" zur „Horrorkampagne" der BRD-Medien aus unzähligen Versicherungen des Bundesinnenministeriums, von Länderministern und Behörden, daß keine Gefahr bestehe, werden ausgewählt solche beschwichtigenden Stimmen aus Skandinavien zitiert. Auch in der DDR herrsche keine Gefahr, und Polen wird nicht einmal erwähnt.



Dreißig Jahre Sicherheit

Atemberaubend schnell begab sich „UZ"-Chefredakteur Georg Polikeit aufs Glatteis. Bereits am 30.4. veröf-

Dreißig Jahre Sicherheit

Atemberaubend schnell begab sich „UZ"-Chefredakteur Georg Polikeit aufs Glatteis. Bereits am 30.4. veröf-

fentlichte er den nebenstehenden Kommentar. Nie sei in dreißig Jahren Kernenergie etwas passiert. Höchste Sicherheitstechnik und fehlende Profitorientierung seien in der Sowjetunion Garanten dafür. „Wir beteiligen uns nicht an Spekulationen", versichert er und spekuliert munter drauflos. Die Technik war's nicht, sondern „spezielle Gründe". Der CIA? Menschliches Versagen? Der Suff? Für die behauptete hundertprozentige Sicherheit spricht beides nicht. Die These von der absolut sicheren Technik wird am 2. Mai wiederholt. Wie der Ertrinkende nach dem Strohhalm, greift die „UZ" zur bundesdeutschen Zeitschrift der Atomindustrie „Atomwirtschaft" die im Dezember 1983 dem Tschernobyler Reaktortyp hohe Verläßlichkeit des Systems, der Kontrolle und Überwachung bescheinigt hätte. Kommentator Wolfgang Breuer darf erneut den *„langjährigen unfallfreien Betrieb von Kernkraftwerken in sozialistischen Ländern"* als Bestätigung für *„die hohe Zuverlässigkeit der dortigen Sicherheitssysteme"* beschwören (UZ, 2.5.86).

Am 3.5. veröffentlicht die „UZ" eine 7-Punkte-Erklärung des DKP-Parteivorstands. In den Punkten eins bis drei werden der SU und den Opfern Mitgefühl ausgesprochen, Vertrauen in die Fähigkeit der SU bekundet, die Krise zu bewältigen und Spekulationen abgelehnt. Punkt 4 unterscheidet sich von Polikeits Kommentar dadurch, daß auch Risiken der Kernenergie eingestanden werden: *„Die friedliche Nutzung der Kernenergie ist mit Risiken in neuen Dimensionen verbunden. Das erfordert neue Dimensionen und Konzeptionen bei der Entwicklung sicherheitstechnischer Maßnahmen zur Ausschaltung derartiger Risiken. Dazu gehören auch neue und intensivere Formen der internationalen Zusammenarbeit"*. Das ist allerdings das Gegenteil eines Abschieds von der Kernenergie, sondern könnte durchaus darauf hinauslaufen, einen höheren technischen Standard im Westen anzuerkennen.

Im Gegensatz dazu steht dann aber die Bestätigung des Mannheimer DKP-Beschlusses von 1978 in Punkt 5. Die grundsätzliche Befürwortung der „friedlichen Nutzung der Kernenergie" erfährt ihre Einschränkung, wo diese zum *„Mißbrauch für Zwecke großkapitalistischer Profitmacherei und imperialistischer Machtpolitik"* benutzt wird und dazu dient, den Atomwaffensperrvertrag zu umgehen. Die DKP stimmt kerntechnischen Anlagen zu bei *„Garantie der Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten"*, bei *„ausreichendem Umweltschutz"*, sowie *„wirksamer demokratischer Kontrolle"* und Nachweis des Energiebedarfs. So lange diese Bedingungen nicht erfüllt sind, ist sie sogar dafür, den Betrieb einzustellen. Nach wie vor scheint außer Frage zu stehen, daß in Tschernobyl diese Bedingungen erfüllt waren.

Nichts, aber auch gar nichts hat sich damit an der bisherigen DKP-Position geändert. Ist das die *„Mahnung von Tschernobyl"*? Polikeit hat sie ja bereits so interpretiert, daß der Unfall mahne,die militärische Anwendung der Atomenergie zu verhindern. Der DKP-Parteivorstand zielt in den Punkten 6 und 7 seiner Erklärung in die gleiche Richtung: Ablehnung der antisowjetischen Kampagne im Westen und Hinlenkung auf, wie es entlarvend heißt, *„die eigentlichen Gefahren der Kernenergie"*, die *„in ihrem militärischen Mißbrauch liegen"*. Womit erklärt wird,daß die Katastrophe von

che Richtung: Ablehnung der antisowjetischen Kampagne im Westen und Hinlenkung auf, wie es entlarvend heißt, „die eigentlichen Gefahren der Kernenergie", die „in ihrem militärischen Mißbrauch liegen". Womit erklärt wird,daß die Katastrophe von

Tschernobyl gar keine „eigentliche Gefahr" sei.

Opposition?

Die Haltung der Partei zur Kernenergie ist innerhalb der DKP-Mitgliedschaft bekanntermaßen umstritten, was sich auf der Ebene der offiziellen Politik allerdings bisher nicht niederschlug. Dies war für die Partei auch so lange durchzuhalten, wie die Einteilung in gute östliche und schlechte westliche AKWs funktionierte. Nach Tschernobyl kann man nur hoffen, daß die Mitglieder der DKP sich einer notwendigen Auseinandersetzung nicht entziehen. Positiver Kontrast zur Parteipresse ist die schnelle Reaktion des Hamburger „Bündnis", ein zum Zwecke des Eingreifens in die Wahlen gegründeter Zusammenschluß unter starker Hegemonie der Hamburger DKP und ihrer Bündnispartner. Bereits am 30.4. verteilte das Bündnis eine Erklärung zu Tschernobyl, in der es u.a. hieß: *„Dieser Unfall ist ein erneutes Signal dafür, daß die Gefahren der Kernenergie-Erzeugung wesentlich größer sind, als von Betreibern der Atomkraftwerke in Ost und West angegeben. Er ist auch ein Signal zum Umdenken für die Kernenergiebefürworter in unseren eigenen Reihen!"*. Solange „absolute Sicherheit" und „risikofreie Entsorgung" nicht gewährleistet werden könnten, unterstütze das „Bündnis" *„die Forderung der Umweltinitiativen und -verbände nach Stillegung aller Atomkraftwerke"*. International müßten „alternative Energiekonzepte" entwickelt und „weltweiter Ausstieg aus der Atomenergie" erreicht werden. Unterschrieben wurde dieser Aufruf auch von einem Mitglied des Hamburger DKP-Bezirksvorstands.

Zu befürchten ist, daß demnächst (d.h. mit realsozialistischer Verspätung) ein innerparteilicher Ausrichtungsprozeß einsetzt, auf dem von oben „die richtige Linie" durchgesetzt wird. Womit ein paar tausend Leute lahmgelegt wären, statt daß sie für die Anti-AKW-Bewegung mobilisieren. Auch politische Katastrophen vollziehen sich manchmal in Kettenreaktionen.

VS-Anschlag in Celle: Auf der Spur von Mauss

Fortsetzung von Seite 1

3.5.78: In Wiesbaden treffen sich Hessens Ministerpräsident Börner, Staatssekretär Schmidt vom Justizministerium Hessen, Staatssekretär Mohrhoff von der niedersächsischen Staatskanzlei, Ministerialdirektor Jüllig vom niedersächsischen VS und beraten eine Begnadigung von Loudil: Börner erklärt sich zu diesem Schritt bereit, wenn Bundesinnenminister Maihofer zustimmt.
11.5.78: Maihofer befürwortet in einem Schreiben an Börner die Begnadigung.
23.5.78: Börner gibt Albrecht telefonisch (!) sein o.K.
26.5.78: Loudil verläßt den Knast in Celle, um „außerhalb" eingesetzt zu werden. Anmerkung: Bis zu dieser Stellungnahme Möcklinghoffs war immer die Rede davon gewesen, daß Loudil von einem Knasturlaub am 1.6.85 nicht zurückgekehrt sei — **in Wirklichkeit war er schon begnadigt!**
19.6.78: Wiehe, Beschaffungsamt im niedersächsischen VS, trägt dem Staatssekretär im Bundesinneministerium, Fröhlich, die konkrete Planung vor; dieser stimmt zu und gibt grünes Licht für den Einsatz der GSG 9.
10.7.78: Der neu ernannte Innenminister Möcklinghoff wird in die geplante Aktion eingeweiht.
18.7.78: Justizministerium und Landeskriminalamt Niedersachsen werden informiert.
20.7.78: Justizminister Schwindt informiert den Leiter der JVA Celle, Dr. Kühling, über den geplanten Anschlag. Zweite Anmerkung: Im ganzen Knast war Dr. Kühling der einzige Informierte. ***Nach* dem Anschlag ist dieser Mann verantwortlich für die Entscheidung, *Isolationshaft* für Sigurd Debus zu verhängen — mit der perversen Begründung, er sollte befreit werden!**
25.7.78: Der Anschlag wird durchgeführt.
26./27.7.78: Loudil und Berger werden als verdächtige Personen bezeichnet; der Anschlag wird mit einem ominösen „Dellwo-Papier" in Zusammenhang gebracht, in dem angeblich zu Anschlägen auf die Knäste aufgerufen wurde.
12.12.78: Der Generalstaatsanwalt in Celle wird eingeweiht. Januar 80: Dem ermittelnden Staatsanwalt wird mündlich versichert, daß Loudil und Berger nicht verantwortlich gewesen seien.
9.9.80: Die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe wird unterrichtet.

Berger sitzt seit 1981 wieder ein, u.a. weil er ausgehändigte falsche Papiere für kriminelle (schon wieder) Zwecke mißbraucht (?) haben soll. Loudil wohnte seit 1979 in Witzenhausen un-

9.9.80: Die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe wird unterrichtet.

Berger sitzt seit 1981 wieder ein, u.a. weil er ausgehändigte falsche Papiere für kriminelle (schon wieder) Zwecke mißbraucht (?) haben soll. Loudil wohnte seit 1979 in Witzenhausen un-

ter dem Namen Loudil, ist aber seit der Enthüllung mit behördlicher Hilfe von dort verschwunden.

In der öffentlichen Debatte um den Anschlag verteidigte Albrecht sein damaliges Vorgehen. Die Aktion sei angesichts der „terroristischen Bedrohung" nötig gewesen, die Bevölkerung sei sicher einsichtig genug, die Notwendigkeit ihrer damaligen Täuschung einzusehen, und er würde jederzeit unter vergleichbaren Umständen wieder so handeln. Gegen Gesetze sei dabei nicht mal verstoßen worden. Es sei schließlich nur Eigentum des Bundes beschädigt worden, Personen seien nicht zu Schaden gekommen (zynisch angesichts der dadurch ausgelösten, letzlich tödlichen Iso-Haft für Debus), die GSG9 sei vom Sprengstoffgesetz „bekanntlich" ausgenommen, eine Straftat sei nicht vorgetäuscht worden (wie dieses, fragt sich der staunende Beobachter) und Rebmann, der sich zunächst in lämmerhafter Unschuld präsentierte, ist schnell bei der Hand mit der Ablehnung einer Anzeige, die die Grünen gegen Albrecht und Co. wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung erstatteten.

Provokationen

Offenbar unmittelbar nach seiner Entlassung begann Berger mit der Durchführung seines Auftrags. Sowohl in Salzgitter im „Wilden Huhn" als auch in Hannover und Frankfurt tauchte dieser Vogel auf und warb um Unterstützung für eine Debus-Befreiungsaktion. Im Februar 1978 ging dann eine Polizeimeldung rund, derzufolge bei einer Routinekontrolle ein Mercedes-Sportcoupe geflohen sei, später aber — ohne Fahrer — aufgefunden wurde; „entdeckt" wurden u.a. Waffen, ein Bild von Debus sowie Hinweise auf eine bevorstehende generalstabsmäßig geplante Befreiungsaktion in Celle. Unklar ist, ob dabei auch das sogenannte „Dellwo-Papier" gefunden wurde. Für eine RAF-Aktion wäre Debus, der ja keinesfalls zum eigentlichen RAF-Kern gezählt wurde, allerdings auch kaum vorrangig gewesen. Berichtet wird aber, daß Berger mit einem angeblichen Brief von Debus seine Provokationen zu legitimieren suchte.

Im Zusammenhang mit diesen ominösen Schriftstücken ist von Bedeutung, **daß Ronaln Augustin, seinerzeit Mithäftling von Debus in Celle, sich darüber beschwert hatte, daß seine Schreibmaschine während einer Vernehmung von Dritten benutzt worden sei.** Schon Ende Mai —so wird weiter von Opfern der Geheimdienst-Operation berichtet — seien Berger und der soeben „entflohene" Loudil in Hannover aufgetaucht. Im Herbst 78 trieben sich beide in der Hamburger „Szene" herum, wo sie die beiden einzigen „Erfolge" organisiert haben sollen. Zum einen sollen sie die Tips gegeben haben, die im November 78 zur Aufdeckung einer ETA-Gruppe in Hamburg geführt hätten („Situationisten"). Eine Zusammenarbeit von ETA und RAF war aber bisher von niemandem angenommen worden, sodaß dieser „Erfolg" als genauso gefälscht anzusehen ist wie die Aufdeckung eines „Volksgefängnisses" in Hamburg-Winterhude im Januar 1979, in dem eine vermutlich von den beiden dort deponierte Bombe das Hauptindiz darstellte. Für diese Bombe wurde wegen unerlaubten Sprengstoffbesitzes ein 30jähriger Mann zu rund 2 1/2 Jahren Haft verurteilt.

Bis heute werden diese beiden Aktionen als die wesentlichen „Erfolge" der „Infiltration" von den verantwortlichen Stellen genannt — ein eher dürftiges Ergebnis, das mehr Fragen aufwirft als beantwortet. Es mag ja sein, daß Loudil und Berger, wie gelegentlichen Andeutungen entnommen werden kann, ihre sorgsam behütete Freiheit wesentlich im „eigenen Interesse" benutzt haben, was im Prozeß gegen Berger 1981 ja auch eine Rolle gespielt hat. Es spricht auch für die sogenannte Sympathisantenszene, in der sich Berger hauptsächlich bewegt hat, daß dessen „Vorschläge" als Provokationen erkannt wurden. Es darf aber ruhig angenommen werden, daß das jetzt Bekannte nur ein Teil der gesamten Operation gewesen ist. Dafür spricht ein weiteres Detail, das nahezu übereinstimmend von Möcklinghoff wie auch von einem Opfer der damaligen Infiltrationsbemühungen berichtet wird. Im Jahr 78 tauchte als dritte Person ein

kannte nur ein Teil der gesamten Operation gewesen ist. Dafür spricht ein weiteres Detail, das nahezu übereinstimmend von Möcklinghoff wie auch von einem Opfer der damaligen Infiltrationsbemühungen berichtet wird. Im Jahr 78 tauchte als dritte Person ein

Jugoslawe bei Brigitte Heinrich in Frankfurt auf und schlug einen Debus-Befreiungsversuch vor (Brigitte Heinrich ist heute Europa-Abgeordnete der Grünen). Er habe noch zwei Kumpane, einen Klaus-Ludwig (Loudil) und einen Manfred (Berger). Und nun wird's spannend: Dieser Jugoslawe, ein Jelco Susic, erwähnte ein Funksprechgerät, über das Debus im Knast verfüge. Möcklinghoff selbst gibt zu, daß man Debus zum Schein einmal ein Funkgerät, einmal eine Säge zuspielte, um beides jeweils nach kurzer Zeit „zufällig" bei Zellendurchsuchungen aufzufinden. Der Staatsapparat hat also ein Funkgerät in den Knast eingeschmuggelt, dessen Auffindung wiederum ein „Beweis" für die angeblich geplante Befreiung von Debus war. Funkgeräte pflegen nicht gerade klein zu sein, in brauchbarer Ausführung haben sie die Dimension einer Pistole, und es soll sich niemand wundern, wenn wir dabei sofort an Stammheim denken....

„Operation Neuland"

Wie anfangs erwähnt, lief von 1976 bis 78 eine geheimdienstliche „Operation Neuland", in der Top-Agent Werner Mauss, die „Wunderwaffe" Herolds (ehemaliger BKA-Chef), der „enge Freund" Gemmers (Frankfurter Polizeipräsident) usw., eine maßgebliche Rolle spielte. In dieser Operation war auch der niedersächsische VS involviert. In den dürren Worten eines amtlichen Berichts an den Hannoveraner Untersuchungsausschuß zu Mauss (M.) liest sich das folgendermaßen:

„Ziel dieser in den Jahren 1976 bis 1978 durchgeführten Opperation war die Schaffung brauchbarer Zugänge zu Terroristenkeisen (RAF und Bewegung 2. Juni).

Die Zunahme der terroristischen Gewaltakte begründete die Auffassung, man könne durch die Anwerbung politisierter, intelligenter Straftäter brauchbare Erkenntnisse im TE-Bereich gewinnen. M. war auf Anfrage bereit, entsprechende Tips zu geben und nannte in diesem Zusammenhang den Namen eines in Haft befindlichen Straftäters X. Zur Vorbereitung einer Zusammenarbeit des X mit der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde wurde Verbindung zu Sicherheitsbehörden außerhalb Niedersachsens und zur Staatsanwaltschaft aufgenommen. M. trat zunächst als Tippgeber auf. Er unterstützte sodann Planung und Durchführung eines Auslandsensatzes des X mit dem Ziel, die Ausbildungslager für deutsche Terroristen im Ausland zu erkennen. Hierbei wurde das unter Tarnnamen auf M. zugelassene Flugzeug benutzt. Weiter wurden die bestehenden Kontakte des M. zu ausländischen (europäischen) Dienststellen genutzt. M. war dabei jeweils als freier Mitarbeiter einer nicht niedersächsischen deutschen Sicherheitsbehörde tätig. Er kann hinsichtlich der Operation „Neuland" nicht als VM der niedersächsichen Verfassungsschutzbehörde bezeichnet werden, da er hierfür weder Zuwendungen erhielt noch ein Verpflichtungsverhältnis bestanden hat."

Im Rahmen von „Operation Neuland" hatte Mauss mit eben jenen Beamten des VS zu tun, die die Bombe in Celle gelegt haben: Wiehe, Borrak und Jüllig. Zumindest einer von diesen war auch mit von der Partie beim Flug nach Jordanien, wo Mauss mit V-Mann X. (bis heute unbekannt) angebliche Ausbildungslager westdeutscher Terroristen auskundschaften wollte. Ob allerdings dieser X. mit einem der im Zusammenhang mit Celle stehenden V-Leuten identisch ist, scheint fraglich, eher ist er ein *weiterer* Beleg für das Ausmaß staatlicher Infiltrationen und Provokationen. Pläne dazu hat es ja nicht nur in Niedersachsen gegeben: So berichtete der ehemalige BKA-Spitzenbeamte Kollmar vor dem Langemann-Untersuchungsausschuß von ähnlichen Überlegungen im BKA (bei dem Kollmar 1977 ausgeschieden war). Und Möcklinghoff im Innenausschuß: Es habe *„nach der einhelligen Meinung aller Fachleute nur einen Weg (!) gegeben: Den Versuch, mit Vertrauensmännern in den harten Kern des Terrorismus einzudringen."* Demnach ist davon auszugehen, daß Geheimdiensoperationen dieses Typs beim Staatsschutz erste Priorität hatten — seit mindestens 1976.

Ein Mann für besondere Fälle: Werner Mauss

Es ist bezeichnend, daß die Enthüllungen über die Bombe von Celle im Zusammenhang stehen mit dem niedersächsischen parlamentarischen Übertuschungsausschuß zum Fall Werner Mauss, der nicht nur bei der „Operation Neuland" mit niedersächsischen Behörden zusammenarbeitete.

Offiziell gilt Mauss als Privatdetektiv, der zumindest bis 1976 wesentlich für die HUK (Versicherungen) tätig war. Dabei geht es um die Wiederbeschaffung von gestohlenen Gegenständen, wobei ein Teil der Versicherungsprämie zwischen Detektiv und Tätern geteilt wird. Es sind Fälle gekannt geworden, wo diese „versicherungstechnische Abwicklung" das eigentliche Ziel des Diebstahls war. Doch Mauss war immer mehr als nur Versicherungsdetektiv. Die ganze Zeit über war er (oder ist noch) V-Mann des Bundeskriminalamtes, der Mann für besonders schmutzige Geschäfte; diese Geschäfte waren so schmutzig, daß 1976 angeblich ernsthaft erwogen wurde, auf seine direkte Mitarbeit im BKA zu verzichten. Stattdessen wurde er 1976 an die Sicherungsgruppe Bonn „überstellt", die ihn dann fallweise an andere Sicherheitsorgane „auslieh". Offiziell war Mauss freilich nie Angestellter des BKA. Die Vielzahl der ihm zur Verfügung gestellten Identitäten wie auch die bekanntgewordenen Aufträge legen den Schluß nahe, daß Mauss ein Glied aus jener Grauzone zwischen Geheimdiensten, Polizei und großer Kriminalität ist, deren Aufdeckung aus einsichtigen Gründen vom Staatsapparat mit allen Mitteln verhindert wird. So ist es dem niedersächsischen Untersuchungsausschuß bis heute nicht gelungen, Mauss — der im übrigen vom ehemaligen Bundesinnenminister und Geheimdienstexperten Hermann Höcherl (CSU) verteidigt wird — als Zeugen zu vernehmen. Immer wieder wird gegen entsprechende Anträge lapidar mitgeteilt, Herr Mauss sei nicht greifbar, im Auftrag nicht-niedersächsischer Stellen gerade tätig usw. Seinen Einstieg in die Anti-Terrorkampagne machte Mauss spätestens 75/76, bei „Neuland" und parallel dazu bei der Festnahme des der RAF-Mitgliedschaft verdächtigen Pohle in Griechenland. Hier soll Mauss den entscheidenden Hinweis gegeben haben. Nach kolportierten Meldungen soll Mauss in Verfolgung einer „Versicherungsangelegenheit" als „Lange, Beamter des Bundeskriminalamtes" 1976 Zugang zum Knast in Celle gehabt haben, wo er in mindestens einem Fall einen dort Einsitzenden zur Zusammenarbeit erpressen wollte. Während der 1985 bekannt gewordene Einsatz scheiterte, muß Mauss bei anderer Gelegenheit allerdings jenen ominösen X aufgetan haben, der dann als V-Mann für den niedersächsichen VS tätig wurde. Mit jenem X und den VS-Beamten flog er dann nach Jordanien. Mehr ist über Mauss in niedersächsischen Zusammenhängen z.Zt. nicht in Erfahrung zu bringen.

Tatsache aber ist, daß Mauss im Oktober 1977 (!) zusätzlich einen Waffenschein auf eine seiner Tarnidentitäten ausgestellt bekam. Irgendwann 1977 hat Mauss den ehemaligen Flick-Bevollmächtigten, Bonner Landschaftspfleger und Herrenausstatter Eberhard v. Brauchitsch kennengelernt, der als Vertrauter Schleyers das von dessen Entführern verlangte Lösegeld zusammenstellte. In Presseberichten wird Mauss als *Kontaktmann* zum Genfer Anwalt Payot (über den die Verhandlungen mit den Entführern liefen) und möglicher Geldbote für die Lösesumme genannt. Es könnte also durchaus sein, daß Mauss ein Begleiter des Schleyer-Sohns Eberhard gewesen ist, der um den 14./15.10.77 von der Schweiz aus versuchte, mit den Entführern in Kontakt zu treten. Daß Mauss zumindest beste Kontakte zum big bussiness hatte, wird auch für die folgenden Jahre bestätigt: Er war nämlich Adressat der milden Gaben des Kapitals an den BND in den Jahren 1978f (HUK-Verband, Flick etc.), die im letzten Jahr für Aufsehen gesorgt haben. Etwa eine knappe Million soll damals an „Herolds Wunderwaffe" geflossen sein. Es ist bisher nicht geklärt worden, für welche „abgeschirmte Aktion" Mauss damals das Geld bekam; angeblich hatte er den Auftrag, vier von Jugoslawien Ende 1978 freigelassene RAF-Mitglieder um Brigitte Mohnhaupt ausfindig zu machen. Jedenfalls reiste Mauss damals im Jemen, in Frankreich und Jugoslawien umher.

Und noch einmal, 1982 in der „Operation Ulrich", arbeitete Mauss für den niedersächsischen VS. Er erbot sich, eine der schillerndsten Figuren des *rechten* Untergrunds ausfindig zu machen: Udo Albrecht, jenen Nazi, der bei einem Lokaltermin an der DDR-Grenze „fliehen" durfte (wie man heute annehmen muß, war es eine in jeder Hinsicht abgesprochene

sich, eine der schillerndsten Figuren des *rechten* Untergrunds ausfindig zu machen: Udo Albrecht, jenen Nazi, der bei einem Lokaltermin an der DDR-Grenze „fliehen" durfte (wie man heute annehmen muß, war es eine in jeder Hinsicht abgesprochene

„Flucht", bei der angeblich nur die vorherige Begnadigung durch die NRW-Regierung fehlte...), und der einer der Kronzeugen für die immer wieder aufgestellte Behauptung einer Rechts-Links-Verbindung im internationalen Terrorismus ist. Klar an Albrecht scheint lediglich, daß er Kontakte zur PLO hat und dem WSG-Chef Hoffmann den Autohandel in den Libanon ebnete. Die „Operation Ulrich" brachte angeblich kein Ergebnis, Udo Albrecht blieb verschwunden.

Von allen anzunehmenden Operationen ähnlicher Art ist die Bombe von Celle nicht gerade die „professionellste". Zu viel spricht in der konkreten Durchführung dafür, daß hier mit der „heißen Nadel" genäht wurde. Sogar die ahnungslos ermittelnde Polizei war sich damals sofort im Klaren, daß hier eine ganze Armada von „Attentätern" am Werk gewesen sein mußte. Angesichts des realen Ergebnises der Bombe (150 DM Sachschaden) deutet manches darauf hin, daß es eine Reihe niedersächsischer Beamten dringend danach gelüstete, ein authentisches Einsatz-Erlebnis an der „Terrorfront" zu haben. Der Bombenanschlag von Celle ist aber dennoch ein harter Beweis für den gezielten Versuch des Staatsapparates, in die „Terrorszene" einzudringen; dies begann nicht erst 1978, also *nach* Stammheim, sondern schon weit vorher. Der Luftfahrschein auf den Tarnnamen A1, mit dem Mauss seine Jordanienreise im Zusammenhang mit der „Operation Neuland" unternahm, wurde schon 1975 ausgestellt, zu einem Zeitpunkt also, an dem in Stammheim noch alle lebten. Der Verdacht ist begründet, daß da noch einiges aufzudecken ist: Einiges, wohinter vielleicht sogar der Albrecht/Möcklinghoff-Skandal verblaßt.

E./KB Hamburg

Selbst gelegt — selbst entschärft



Im bescheidenen Archiv des AK fand sich eine Notiz, die sich auf eine Meldung des Westberliner „Tagesspiegels" vom 17.4.80 bezieht. Dort hieß es:

„Der führende (!) Experte des Landes Nordrhein-Westfalen für Terroristenbomben steht im Verdacht, selbst Bomben gelgt zu haben ... Der 38jährige Regierungsangestelle Schmidt-Tapke aus Rattingen soll Sprengsätze u.a. bei Wahlveranstaltungen im vorigen Jahr in der Nähe des CDU-Vorsitzenden Kohl und des SPD-Vorsitzenden Brandt gelegt und später selbst entschärft haben."

Schmidt-Tapke dementierte. Er soll „unser wichtigster Spezialist für sogenannte subversive Kampfmittel" in NRW gewesen sein, bis 1976 sogar der einzige Fachmann auf diesem Gebiet in dem Bundesland. Schmidt-Tapke wurde am 1.4.80 vom Dienst beurlaubt, befand sich aber weiter auf freiem Fuß.

Vertraulich: Möcklinghoff!

Den im folgenden dokumentierten Bericht gab der niedersächsische Innenminister am 29.4.86 vor dem Innenausschuß des Bundestags ab. Der Text ist um einige wenige Passagen gekürzt, die in den bürgerlichen Medien zutreffend wiedergegeben wurden. Weggefallen sind die Ausführungen Möcklinghoffs zur Rechtslage — ein Kapitel für sich. Natürlich ist dies nur eine Version jenes ersten bekanntgewordenen VS-Anschlags, und natürlich stimmt sie nicht. Heftig widerspricht z.B. der verdächtigte niederländische Bürger der Staatsschutz-Behauptung, er sei eine ,,TE-Schlüsselfigur'' gewesen. Ebenso widerspricht ein Hamburger der Behauptung, er sei es gewesen, der in einer (alsbald aufgeflogenen) Wohnung ein ,,Terror-Waffenlager'' zusammengebracht habe. Ebenso widersprechen Leute aus Salzgitter, die von den VS-Provokateuren heimgesucht worden waren, der Unterstellung, sie hätten in den Untergrund gehen wollen. Und genauso ist der Darstellung zu widersprechen, der verstorbene Sigurd Debus habe mit ,,krimineller Energie'' die abenteuerlichsten Ausbruchspläne aus der Haft verfolgt. Liest man den ministeriellen Bericht aber so, daß all die furchterregenden Erkenntnisse, die der Staatsschutz in dieser Operation gewann, in Wirklichkeit auf Vorgängen beruhten, die er selbst zuvor inszeniert hatte, dann ergibt sich ein außerordentlich interessantes Bild von den Methoden der Herren des Morgengrauens, welche nach den Worten eines bundesdeutschen Parteisekretärs und Goebbels-Verschnitts ,,eigentlich einen Orden verdient hätten''.

P.S.: Hessens Börner erklärte zum Anschlag von Celle, ,,keinen Erklärungsbedarf'' zu haben — wohl weil er hoffte, mit dem Märchen über die Runden zu kommen, er habe den V-Mann Loudil erst 1979 begnadigt (und vielleicht erst im nachhinein von der Sache erfahren). Nun gibt es in der Tat kaum mehr ,,Bedarf'': Die Sache ist klar.



Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vor diesem Kreise brauche ich nicht die Erinnerung an die Situation der Jahre 1976 bis 1978 zurückzurufen. Sie alle wissen, welche furchtbaren Taten von der RAF, der Bewegung ,,2. Juni'' und von anderen Terroristen begangen worden waren, und Sie wissen, daß die Gefährlichkeit des Terrorismus auch und insbesondere auf der nahezu perfekten Konspiration und Abschottung des harten Kerns der Terroristen beruhte. Um rechtzeitig Aufschluß über bevorstehende Morde oder Entführungen oder andere Aktionen zu erhalten, gab es nach der einhelligen Meinung aller Fachleute nur einen Weg: den Versuch, mit Vertrauensmännern in den harten Kern des Terrorismus einzudringen. Nur so schien das Ziel erreichbar, Aufenthalt, Planung und logistische Basen terroristischer Gruppen rechtzeitig zu erkunden und so der Exekutive Möglichkeiten zur Festnahme und Verhinderung schwerster Straftaten zu geben.

Wichtigste Vorbedingung für ein solches Einschleusen war es, einen Weg zu finden, der die Einzuschleusenden einerseits als vertrauenswürdig auswies, andererseits die Terroristengruppen gewissermaßen zwangsläufig dazu bringen mußte, ihnen bisher Unbekannte aufzunehmen oder zumindest an sich herankommen zu lassen. Und die dritte Voraussetzung, die wichtigste Voraussetzung war, daß diese V-Leute sich dem Zutritt zu diesen Kreisen keinesfalls etwa durch Handlungen erkaufen durften, die eine Gefährdung für Leib oder Leben von Menschen bedeutet hätten.

Es gab einen solchen Ansatz: Mitte der 70er Jahre war es offenbar geworden, daß von Terroristen, die bereits in Justizvollzugsanstalten inhaftiert waren, starke Impulse auf die in Freiheit lebenden terroristischen Gewalttäter und deren Aktionen ausgingen. Dabei bedienten sie sich durchaus nicht selten sogenannter ,,anpolitisierter'' Allgemeinkrimineller. Hier gab es eine einmalige Chance für die Verfassungsschutzbehörde. Sie konnte zwei in der JVA Celle einsitzende Straftäter anwerben und zwar im August 1976 Klaus Loudil und im Februar 1977 Manfred Berger. Klaus Loudil hatte sich selbst gegenüber der Polizei zur Mitarbeit angeboten und war an die Verfassungsschutzbehörde verwiesen worden. Grund für diese Anwerbungen war vor allem die Tatsache, daß beide gute Kontakte zu dem inhaftierten Terroristen Sigurd Debus hatten. Debus war am 30.5.1975 vom Landgericht Hamburg wegen schweren Raubes und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, der der RAF nahestehenden ,,Debus-Bande'', zu einer Freiheitsstrafe von 12 Jahren verurteilt worden. Er saß zunächst in der JVA Hamburg-Fuhlsbüttel ein; am 12.7.1976 war er aus Sicherheitsgründen in die JVA Celle verlegt worden.

Sigurd Debus war von fanatischem politischem Eifer und krimineller Energie erfüllt. Von Anfang an betrieb er seinen Ausbruch aus der Justizvollzugsanstalt und bemühte sich um den Aufbau einer Terror-Aktionsgruppe, mit der er nach geglücktem Ausbruch terroristische Aktionen selbst schwerster Art ausführen wollte. Er bemühte sich vom Beginn seiner Haftzeit an, mit Hilfe anderer Häftlinge aus der JVA Verbindungen zu früheren Mittätern und Helfern aufzunehmen, die ihm bei seinem Ausbruch unterstützen und bei späteren terroristischen Aktionen mitwirken sollten. Zwei dieser Häftlinge waren Loudil und Berger.

Ziel der Operation war es, diese beiden V-Leute zu den engsten Vertrauten von Debus in der Haftanstalt zu machen. Dabei kam die führende Rolle Klaus Loudil zu, während Manfred Berger mehr ein Helfer als ein Handelnder war. Es war nun beabsichtigt, mit diesen beiden V-Leuten zunächst das Umfeld von Debus und seine Verbindungen aufzuklären und sie allmählich durch ihre ständigen Kontakte nach außen hin so aufzubauen, daß sie von der TE-Szene ,,voll angenommen'' würden und auch, ohne daß es zu einer ,,Befreiung'' des Debus kam — die im Gegenteil verhindert werden mußte! — in den harten Kern von TE-Gruppierungen eindringen konnten.

Durch das scheinbare Eingehen auf die Planungen von Sigurd Debus gelang es ihnen auch in der ersten Phase, das uneingeschränkte Vertrauen zu gewinnen, seine Planungen in Einzelheiten zu erfahren und seine ehemaligen und in Aussicht genommenen Mittäter kennenzulernen. Debus bildete diese beiden Mithäftlinge mit Hilfe eines von ihm selbst entworfenen 25 Seiten langen Schulungspapiers aus, entwickelte eine Methodik des Verschlüsselns geheimer Nachrichten und eines einfachen Verfahrens latenter Schrift. Berger, der sich bereits im gelockerten Strafvollzug befand und am 22.9.1977 auf Bewährung entlassen wurde, bekam von Debus Legitimationen und Empfehlungsschreiben und wurde beauftragt, von ihm gegebene Kontaktadressen aufzusuchen. Dabei mußte er eine Vielzahl von Kassibern überbringen. Auch Loudil erledigte bei Urlauben solche Kassibertransporte.

Es wurde damals eine G10-Maßnahme gegen Debus erwirkt, so daß keine Bedenken dagegen bestanden, diese Kassiber vor ihrer Weiterleitung einzusehen und entsprechende Maßnahmen zu treffen. Auf diese Art und Weise konnte der illegale und konspirative Kommunikationsweg innerhalb der JVA, aber vor allem der zu anderen außenstehenden Personen aufgedeckt werden. Der Inhalt des illegalen Briefwechsels von Sigurd Debus zu einer Vielzahl von Personen der in- und ausländischen Unterstützer der TE-Szene konnte erkannt werden. Eine Reihe von bisher nicht bekannten Angehörigen des Umfeldes von Terroristen konnte erkannt werden. Es wurden Hinweise auf den Verbleib eines Teils der Beute aus den Straftaten der Debus-Bande gewonnen, und ein Teil des erbeuteten Bargeldes konnte sichergestellt werden. Mit wachsendem Vertrauen wuchs die ,,Qualität'' der Aufträge. Das ermöglichte es, zu besonders wertvollen Informationen zu gelangen, die auch erste größere Erfolge ermöglichten. So konnten Informationen über illegale Waffentransporte durch ausländische Terroristen an Gewalttäter in der Bundesrepublik Deutschland erlangt werden. Ein erster Höhepunkt war es, als einer der beiden V-Leute aus dem Ausland zwei Maschinenpistolen und zwei Pistolen abholen und für den geplanten Ausbruchsversuch von Debus an einem sicheren Ort deponieren mußte: am selben Tag noch wurden diese Waffen asserviert. Debus — das sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt — wähnte die Waffen gut aufgehoben in dem ihm von dem V-Mann genannten Versteck. Die Operation erforderte es, auf bestimmte andere Forderungen einzugehen. So forderte Debus beispielsweise, ihm ein Funkgerät in seine Zelle einzuschleusen, mit dessen Hilfe er mit in Freiheit befindlichen Genossen vor der JVA Kontakt aufnehmen wollte. Mit Genehmigung des Justizministers und mit Wissen der Leitung der JVA Celle wurde ein entsprechendes Gerät — allerdings nur für eine Nacht — eingeschleust. Damit hatte Debus ein Erfolgserlebnis. Die Vertrauensmänner hatten ihre ,,Tüchtigkeit'' bewiesen. Konkrete Ausbruchsversuche wurden scheinbar unterstützt. Geeignete, mit der JVA abgesprochene Maßnahmen sorgten dafür, daß diese nicht realisiert werden konnten ...

(...) Debus verlangte nunmehr — nachdem Berger vorzeitig aus der Strafhaft entlassen worden war und bei einer Gruppe des terroristischen Umfeldes in Salzgitter angesiedelt worden war — von Loudil, er solle von seinem nächsten ,,Knasturlaub'' nicht in die JVA zurückkehren. Vielmehr sollte er abtauchen, um von außerhalb der JVA Debus bei seinem Ausbruch zu helfen. Vorher sollte er ihm eine flexible Säge, ein sogenanntes ,,Engelshaar'' noch beschaffen. Wäre der VM diesem Verlangen des Debus nicht nachgekommen, so wäre er unglaubwürdig geworden. Da Debus die Hilfe von außen in einem Sprengstoffanschlag sah, der ihm ein Entweichen durch die Mauer ermöglichen würde, bot sich hier die Chance, einem V-Mann eine Handlung zuzuschreiben, die ihn als Gewalttäter empfehlen, die aber gleichzeitig so gesteuert werden konnte, daß niemand gefährdet oder verletzt werden konnte. Außerdem würde nunmehr für Terroristenkreise die Notwendigkeit bestehen, einen solchermaßen ausgewiesenen und einer Straftat verdächtigen Gesinnungsgenossen aufzunehmen. Vorher mußte eine legale Möglichkeit gefunden werden, das Abtauchen zu ermöglichen, ohne den VM zu enttarnen. Hierfür war die Abstimmung mit der für Loudil zuständigen Vollstreckungsbehörde, der Staatsanwaltschaft Kassel, erforderlich. Eine Überprüfung der Rechtslage entsprechend einem im Februar 1978 mit der Staatsanwaltschaft Kassel geführten Gespräch ergab, daß ein Überschreiten des ,,Gefängnis-Urlaubes'' ohne vorherige Rückkoppelung mit den zuständigen Stellen nicht zu vertreten war. Eine Entlassung auf Bewährung nach Verbüßung von 2/3 der verhängten Freiheitsstrafe war zu diesem Zeitpunkt aus Rechtsgründen nicht möglich. Es blieb nur der Weg über eine Entscheidung der hessischen Gnadenbehörde.

Es kam zu mehreren Besprechungen.

Am 21.4.1978 trafen sich in Bonn der Niedersächsiche Ministerpräsident, Dr. Albrecht, der damalige Innenminister von Niedersachsen, Herr Groß, Herr Bundesinnenminister Maihofer und Herr Abteilungspräsident Boeden, der Leiter der Abteilung Terrorismus im BKA. Ein Protokoll über diese Sitzung existiert nicht ...

(...)

Am 3.5.1978 fand in der hessischen Staatskanzlei eine Besprechung statt, an der folgende Personen teilgenommen haben:

MP Börner

StS Bartholomä
— Hessische Staatskanzlei

StS Schmidt
— Hessischer Justizminister

StS Mohrhoff
— Nieders. Staatskanzlei —

MD Jüllig
— Nieders. Ministerium des Innern
— Abteilung 4.

In dieser Besprechung teilte Ministerpräsident Börner gegenüber Staatssekretär Mohrhoff — Nds. Staatskanzlei — mit, er sei zu einer Begnadigung bereit, sobald eine befürwortende Stellungnahme des BMI vorliege. Diese Stellungnahme gab der Bundesminister des Innern, Prof. Dr. Maihofer, mit Schreiben vom 11.5.1978 an Ministerpräsident Börner ab. Am 23.5.1978 teilte Ministerpräsident Börner dies Ministerpräsident Albrecht telefonisch mit, mit dem Bemerken, die Gnadenentscheidung sei inzwischen ergangen und werde beim Hessischen Justizminister verwahrt. Hiernach konnte Loudil seit dem 26.5.1978 außerhalb der JVA Celle eingesetzt werden. Es handelt sich insoweit im technischen Sinne um eine Strafunterbrechung im Gnadenwege.

Zwischenzeitlich hatte Berger im Auftrag des Debus Verbindung zu dem Niederländer Henk Wubben aufgenommen. Wubben war eine äußerst konspirative Schlüsselfigur der niederländischen TE-Szene mit weitreichenden Verbindungen und Führungsberechtigungen über Geldmittel, Waffen, falsche Papiere pp. Er stellte ausdrücklich sich und seine Mittel für die Befreiung des Debus zur Verfügung.

Da sich zur gleichen Zeit zwei der aktivsten Mitglieder von der Gruppe des terroristischen Umfelds in Niedersachsen lösen und in den Niederlanden mit Hilfe des Henk Wubben untertauchen wollten — zwei weitere Angehörige der TE-Szene aus Hamburg sollten mit in den Untergrund gehen — lag es nahe, Loudil nach der notwendig gewordenen ,,Flucht'' in diese Gruppe zu integrieren.

Der sich anbietende Weg, eine solche Integration zu erreichen, war, den Forderungen des Debus entsprechend, einen weiteren Befreiungsversuch vorzutäuschen: es wurde zunächst das ,,Engelshaar'' (flexible Eisensäge) in die Zelle des Debus eingeschleust. Diese Eisenfeile wurde von der Gefängnisleitung bei einer Kontrolle während eines Hofganges des Debus ,,zufällig'' entdeckt. Vorgesehen war weiterhin der von Debus verlangte Sprengstoffanschlag auf die Mauer.

Dieser konnte nunmehr durchgeführt werden, da Debus keine Möglichkeit mehr hatte, aus der Zelle auszubrechen. Andererseits hatte er auch für einen solchen Fall dennoch die Sprengung verlangt. Sie sollte ein Warnzeichen für die ,,Schweine'' sein. Die Sprengung sah er also auch und gerade unter diesen Umständen als Vollzug seines Begehrens an.

Am 19.6.1978 hatte der damalige nds. Beschaffungsleiter Wiehe den Sachverhalt Herrn Staatssekretär Fröhlich BMI vorgetragen, der seine Zustimmung erklärte, die Sprengung durch Beamte der GSG 9 vornehmen zu lassen.

Ich selbst wurde am 10.7.1978, unmittelbar nach meiner Amtsübernahme, durch den Verfassungsschutz Niedersachsen über das Vorhaben unterrichtet. Am 18.7.1978 erhielten der Justizminister und der zuständige Abteilungsleiter im Landeskriminalamt Kenntnis. Der Leiter der JVA Celle wurde durch den Justizminister Schwindt am 20.7.1978 unterrichtet. Außerdem wurden die Vorsitze der im Nieders. Landtag vertretenen Fraktionen der SPD und der CDU informiert.

Es wurden alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um keinerlei Personen zu gefährden. Beamte des Verfassungsschutzes hatten sich weiträumig um das Gelände verstreut und konnten garantieren, daß keine Person in der Nähe der Mauer war oder sich ihr näherte. Durch anstaltsinterne Maßnahmen war sichergestellt, daß keine Streifengänge im Hof erfolgten. Der fragliche — gut ausgeleuchtete — Streckenabschnitt innerhalb der JVA war von einem Turm aus kontrolliert. Die Sprengladung war — nach entsprechenden Versuchen — so bemessen worden, daß sie nur die Mauer leicht eindrücken konnte, um ein Loch in der Größe zum Durchschlüpfen zu sprengen. Tatsächlich wurde keine einzige Fensterscheibe beschädigt. Die Aktion wurde am 25.7. um 2.54 Uhr durchgeführt. Unmittelbar nach der Tat entfernten sich die Beteiligten und ließen einige Gegenstände zurück, die dann später in der Presse entsprechend genannt wurden (Paddelboot, Sprengschnur).

Nach der Tat fiel der Verdacht wie beabsichtigt auf Loudil und Berger ...

(...)

Die beiden V-Leute, Loudil und Berger, hielten sich zur Tatzeit in einem Vorort von Hannover in Anwesenheit eines Beamten der Verfassungsschutzbehörde auf. Sie waren eingeweiht; das war erforderlich, da der Verdacht auf Loudil gelenkt werden sollte und dieser sich unter Berufung auf diese Tat nach den Niederlanden absetzen sollte. Das geschah auch. Die erstrebte Kontaktaufnahme zu Henk Wubben kam jedoch nicht zustande; möglicherweise hatte dieser doch Verdacht geschöpft. Es gelang jedoch, Loudil nach Frankreich zu bringen, wo er wertvolle Hinweise auf Angehörige einer baskischen Untergrundorganisation der ETA geben konnte, die sich in Paris aufhielten. Das ermöglichte die Aufklärung mehrerer von dieser Gruppe begangener Straftaten. Später wurde er in Hamburg — nach Unterrichtung des Leiters des dortigen Landesamtes für Verfassungsschutz über den Gesamtkomplex — eingesetzt, wo er ebenfalls Kontakte zu Angehörigen des terroristischen Umfeldes bekam. Hier trug er dazu bei, daß die Polizei eine konspirative Wohnung erstürmen konnte; dort wurde eine 5-Kilo-Bombe gefunden. Sie war zündfertig, konnte aber vom V-Mann noch vorher unbrauchbar gemacht werden. Außerdem gab es Anhaltspunkte, daß diese Wohnung als ,,Volksgefängnis'' für eine geplante Entführung vorgesehen worden war. Auch eine weitere konspirative Wohnung konnte aufgrund seiner Angaben entdeckt werden. Bei dieser Gelegenheit war es möglich, zurückliegende Straftaten aufzuklären. Schließlich ermöglichten es die Kontakte, die der V-Mann nunmehr hatte, den bevorstehenden Ausbruchsversuch eines anderen Angehörigen des TE-Umfeldes aus Schwalmstedt (Hessen) zu verhindern.

Im Februar 1979 mußte der V-Mann aus der Szene gelöst werden. Er hat sich in der Zwischenzeit — mit Unterstützung des Verfassungsschutzes — eine Existenz geschaffen. Er ist auch nicht mehr straffällig geworden, jedenfalls sind keinerlei entsprechende Hinweise bekannt geworden.

Die jetzige Veröffentlichung hat ihn auf das höchste gefährdet. Es sind alle Maßnahmen getroffen worden, um ihn, seine Lebensgefährtin, sowie den anderen V-Mann zu sichern ...

Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek "La Belle":

Wie aus Hinweisen Beweise wurden

In der Nacht vom 5. auf den 6. April 1986 explodierte eine Bombe in der Westberliner Diskothek ,,La Belle''. Ein schwarzer us-amerikanischer GI und seine türkische Freundin kamen dabei ums Leben, über 200 Menschen wurden verletzt. Dieser Bombenanschlag diente den USA als Vorwand, militärische ,,Vergeltung'' gegen Libyen zu üben, denn hinter dem Bombenschlag stand Libyen, dafür habe Reagan *,,unwiderlegbare Beweise''*.

Statt dieser Beweise, nach denen Mitglieder des libyschen Volksbüros in Ostberlin die Verantwortung für den Anschlag tragen würden, eröffnen die Beweisführungen aus Washington und Bonn einen kleinen Einblick in die Zusammenarbeit der Geheimdienste beider Länder, wie sie den Vorwand für die US-,,Vergeltung'' zusammengezimmert haben.

Funksprüche

In den Westberliner Sonntagszeitungen waren die Täter bereits wenige Stunden nach dem Anschlag ausgemacht. Daß es sich um ,,libysche Terroristen'' handele, sei nicht unbedingt falsch, die *,,Große Syrte ist nach Berlin übergeschwappt''*, meldete die ,,Berliner Morgenpost'' am 6.4. Und laut ,,Tagesspiegel'' vermutete der Westberliner Staatsschutz die Attentäter *,,in Kreisen arabischer Terroristen''*.

Einen Tag später beruft sich die ,,Süddeutsche Zeitung'' auf einen amerikanischen Regierungsbeamten; die Mitverantwortung Gaddafis gelte als *,,so gut wie sicher''*.

Der US-Botschafter in der BRD, Burt, verkündete wiederum einen Tag später in der ,,Bild''-Zeitung, daß es nunmehr *,,klare Hinweise''* auf eine libysche Beteiligung gebe. Der US-Kommandeur in Westberlin, Griffith, will in der Nacht des 5. April, zwei Stunden vor dem Anschlag auf die Diskothek, eine konkrete Warnung vom US-Geheimdienst erhalten haben. Und die libyschen Agenten seien in den letzten Wochen — von Ostberlin aus — besonders aktiv gewesen.

Die Westberliner Polizei dementierte in der ,,Bild''-Zeitung die Meldung, daß zwei Stunden zuvor eine konkrete Warnung vor dem Anschlag erfolgt sei; sie haben ,,keinen spezifischen Be-

in der ,,Bild''-Zeitung die Meldung, daß zwei Stunden zuvor eine konkrete Warnung vor dem Anschlag erfolgt sei; sie haben ,,keinen spezifischen Be-

zug zu Berlin gehabt''. Überhaupt betonten Westberliner Staatsschutz und die eigens eingerichtete Kommission, die eng mit dem BKA und amerikanischen ,,Sicherheitsbehörden'' zusammenarbeitet, es gebe keinerlei Spuren und nicht einmal Hinweise, die auf Libyen deuten. Die Polizei ermittle in alle Richtungen, auch in ,,rechtsextremen Kreisen''.

Und aus Bonn wurde lediglich vage von ,,Hinweisen'' gesprochen, neue Erkenntnisse lägen nicht vor. Der Sprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn, Chrobog, meinte allerdings, die BRD habe *,,die amerikanischen Interessen im Auge''* (,,Tagesspiegel'', 8.4.86). Doch offensichtlich kam die Sache bereits am 6.4.86, wenige Stunden nach dem ,,La Belle''-Anschlag, ins Rollen. Laut ,,Washington Post'' (7.4.) habe die US-Regierung neue militärische Anschläge gegen Libyen in Planung gehabt. Ende März habe Gaddafi weltweite Anweisungen für Anschläge auf US-Einrichtungen gegeben, die von westeuropäischen und amerikanischen Geheimdiensten abgehört und entschlüsselt worden seien.

Wenn klare Beweise vorlägen, daß der ,,La Belle''-Anschlag auf das libysche Konto gehe, dann würden sich die USA ,,Vergeltungsschläge'' gegen Libyen vorbehalten.

Das heißt, am 6. April stand für die USA bereits fest, daß sie in absehbarer Zeit die erneute militärische Konfrontation suchen würden — allein der Anlaß dazu mußte noch entsprechend vorbereitet werden.

Dies geschah auch. Am 9.4. gaben die USA bekannt, über Funksprüche zwischen dem libyschen Volksbüro und Tripolis zu verfügen, aus denen hervorgehe, daß die Drahtzieher des Anschlags in Libyen sitzen würden. Zum damaligen Zeitpunkt wurden diese Funksprüche von Bonn als *,,interpretierbar''* kommentiert. Es wurde in Bonn (und vom Westberliner Staatsschutz) von einigen *,,Hinweisen''* gesprochen, die aber *,,nicht ausreichend''* seien.

Diese sehr widersprüchlichen Darstellungen mußten ein Ende haben. **Die ,,FAZ'' enthüllte am 9.4., daß in der Nähe von Bonn auf Druck der USA ein gemeinsamer ,,Arbeitsstab'' eingerichtet wurde; auf welcher ,,Ebene'' dieser arbeite, wolle niemand sagen. Die USA jedenfalls seien ,,sehr umtriebig'', um zu Maßnahmen gegen Libyen zu gelangen.**

Laut ,,Berliner Morgenpost'' vom 10.4. sei sich Reagan inzwischen *,,fast sicher''*, daß hinter dem ,,La Belle''-Anschlag Libyen stehe. Einzige ,,Beweisführung'': die Funksprüche, die kurz vor dem Anschlag und kurz danach abgehört und entschlüsselt wurden.

Zur gleichen Zeit berichtete die ,,Washington Post'', daß Bonn lediglich die US-,,Interpretationen'' dieser Funksprüche in englischer Sprache erhalten habe, die nur aus *,,vagen Informationen''* bestünden. So war es nicht verwunderlich, daß der Koordinator der Geheimdienste im Bundeskanzleramt, Schreckenberger, noch am 10.4. von *,,Verdachtsmomenten''*, nicht aber von ,,Beweisen'' gegen Libyen sprach.

Am 11.4. dann sprach Nato-Oberbefehlshber Rogers von *,,unbestrittenen Beweisen''*, ohne jedoch neue zu präsentieren. Unmittelbar nach der US-Aggression gegen libysche Städte (15.4.) sprach Reagan von *,,unwiderlegbaren Beweisen''*. Interessant nun, wie Bonn sich dieser Version anschloß. In einer vorbereiteten Regierungserklärung von Kanzler Kohl wurde in der ursprünglichen Fassung noch von *,,Beweisen''* gesprochen, dies aber dann durch die Formulierung *,,deutliche Hinweise''* abgeschwächt. Vor dem Bundestag sprach Kohl einen Tag später schon von *,,beweiskräftigen, nachrichtendienstlichen Quellen''*, wonach das libysche Volksbüro in Ostberlin für den Anschlag verantwortlich sei. Kohl betonte dabei, daß sich diese ,,Beweise'' nicht auf amerikanische, sondern bundesdeutsche nachrichtendienstliche Recherchen stützten. Wie das? Die Auflösung ist simpel: die USA versorgten die BRD-Geheimdienste zunächst nur mit ihrer eigenen Übersetzung der entschlüsselten Funksprüche, die nach Angaben des Innenministeriums nichts taugten. Einige Tage später schickten die USA ihr Original-Material nach, welches von bundesdeutschen Nachrichtendiensten selbst noch einmal entschlüsselt wurde. Die Erkenntnisse des

die USA ihr Original-Material nach, welches von bundesdeutschen Nachrichtendiensten selbst noch einmal entschlüsselt wurde. Die Erkenntnisse des

amerikanischen und westdeutschen Geheimdienstes deckten sich voll und ganz, aber Regierungssprecher Ost mochte nicht ausplaudern, warum der BND dafür einige Tage länger zur Dechiffrierung brauchte als der CIA.

Die von Kohl gepriesenen ,,eigenen'' Erkenntnisse beruhten also auf den gleichen Quellen, auf die sich die USA von Anfang an stützten: den abgehörten Funksprüchen — die in der Anfangsphase nach dem ,,La Belle''-Anschlag von den USA und der BRD als sehr ,,vage'' bezeichnet wurden. So wurden aus ,,Hinweisen'' neue ,,Beweise'' zusammengezimmert. Vieles spricht dafür, daß die ganze Propagandamaschine für die Version der Libyen-Connection im genannten Bonner ,,Arbeitsstab'' angelaufen ist — und es die USA waren, die die Libyen-Version für die Begründung ihrer ,,Vergeltung'' mit Bonn ,,vereinheitlichten''.

Die Funksprüche selbst jedoch taugen zur Beweisführung nichts. Überhaupt einmal unterstellt, daß diese abgehörten Funksprüche existieren, so ist der erste vor dem Anschlag sehr allgemein gehalten und besagt nichts. Der zweite unmittelbar nach dem Anschlag kann mit Sicherheit nicht auf ,,La Belle'' bezogen sein, denn dieser Funkspruch datiert vom 6.4.86, um 1.30 Uhr — die Bombe im ,,La Belle'' ging jedoch erst um 1.49 Uhr hoch!

Die Opfer

Waren also die angeblichen Funksprüche zwischen Tripolis und Ostberlin in keiner Weise beweiskräftig, so mußten zur zusätzlichen Abstützung der Libyen-Connection noch andere Beweise her. Am 12.4. berichtete die ,,Berliner Morgenpost'', daß der Westberliner Polizei zwei libysche Tatverdächtige durch die Lappen gegangen seien: Bereits am 27.3 wollten zwei Libyer namens Elamin und Chraidi von Ostberlin nach Westberlin fliegen. Während Elamin an der Grenze zurückgewiesen wurde, hielt sich Chraidi kurzfristig in Westberlin auf, war aber zur Tatzeit schon längst wieder im Osten. Charidi reiste unter falschem Namen in Westberlin ein und soll vor zwei Jahren einen libyschen Dealer erschossen haben. Nun wird gemutmaßt, der Mord habe politische Hintergründe gehabt. ,,Bild'' berichtete jedenfalls gleich, daß Chraidi von Westberlin aus die Anweisungen für den Bombenanschlag gegeben habe. Sehr schnell jedoch zog man diese Version wieder aus dem Verkehr.

Am 17.4., nach der US-Militäraktion, nahm die Westberliner Polizei einen seit elf Jahren in dieser Stadt lebenden staatenlosen Palästinenser namens Hasi fest, der bis heute verdächtigt wird, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein. Wie die ,,taz'' in einem Kommentar zutreffend schrieb, weist Hasi alle ,,typischen Terroristen-Merkmale'' auf: Er gilt als unpolitisch, ist polizeilich gemeldet, steht im Telefonbuch und befand sich in seiner Wohnung, die ihm die Polizei bei der Festnahme einschlug. Der Verdacht besteht darin, daß Ahmad Hasi zwei Brüder hat. Der eine davon soll seiner Freundin eine Bombe mitgegeben haben, die in einer El Al-Maschine von London nach Israel hochgehen sollte. Offiziell wurde nun behauptet, die Festnahme Hasi's erfolgte aufgrund von Hinweisen der Londoner Polizei. Jedoch Fehlanzeige! Die Londoner Polizei suchte nicht Hasi, sondern den anderen Bruder, der sich wenig später tatsächlich in London der Polizei stellte, weil er mit den Anschlägen genau so wenig zu tun hat wie Hasi. Es handelt sich also um einen Fall von Sippenhaft. Die einzigen ,,Beweise'' gegen Hasi: Er war einmal in Tripolis, habe seinen Londoner Bruder getroffen und es seien Aufzeichnungen gefunden worden, die sich im Nachhinein als Kritzeleien und ein arabisches Gedicht entpuppten.

Hasi und sechs Asylbewerber, die in Abschiebehaft sitzen, wurden rund 100 Disko-Besuchern gegenübergestellt — keiner erkannte Hasi, mehrere jedoch die Asylbewerber. Über 17 Stunden dauerten diese Zwangsvorführungen, der Haftbefehl wurde Hasi erst sehr viel später ausgehändigt.

Obwohl buchstäblich nichts gegen Hasi vorliegt, wurde seine Untersuchungshaft vorläufig verlängert. Selbst die ,,Berliner Morgenpost'' spekulier-

Obwohl buchstäblich nichts gegen Hasi vorliegt, wurde seine Untersuchungshaft vorläufig verlängert. Selbst die ,,Berliner Morgenpost'' spekulier-

te, daß es eigentlich eine Frage der Zeit sei, wann Hasi wieder aus der Haft entlassen werde.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Rechtsanwältin Angst hat, sich öffentlich zu dem Fall zu äußern; sie erhalte eine Unzahl von Drohanrufen, vor allem aus rechtsradikalen (!) Kreisen.

Hasi wird außerdem beschuldigt, an einem Sprengstoffanschlag in Westberlin am 29.3.86 beteiligt gewesen zu sein. Denn eine Woche vor ,,La Belle'' explodierte eine Bombe ähnlichen Zuschnitts in den Räumen der ,,Deutsch-Arabischen Gesellschaft''; sieben Araber wurden dabei verletzt. Hasi soll sich in dieser Gesellschaft aufgehalten haben, die hauptsächlich soziale Beratungen, Kulturveranstaltungen, Sprachkurse usw. anbietet. Auch hier tappt die Polizei im Dunkeln.

Die Bombe

Nach Abschluß aller Spurensicherungen in ,,La Belle'' gibt es keinerlei Hinweise auf Art und Herkunft der Bombe. Sie soll 3 bis 5 kg Sprengstoff enthalten haben und aus dem **,,militärischen Bereich''** stammen. Dieser Anhaltspunkt spricht durchaus dafür, daß hinter dem Anschlag auf die Diskothek auch rechtsradikale Kreise stehen könnten.

Die Diskothek

Die Diskothek ,,La Belle'' in Westberlin ist keine spezielle Disko, in der nur US-Soldaten verkehren. Die Besucher sind hauptsächlich Westberliner, Leute arabischer Herkunft, Türken und vor allem *schwarze* GI's. Also eher eine Diskò mit recht gemischtem Publikum — im Unterschied zu zahlreichen Diskotheken, in denen der Anteil der US-Soldaten weitaus höher ist. Als Anschlagsobjekt gegen die USA war ,,La Belle'' also der denkbar ungeeignetste Ort. Auch daraus kann gefolgert werden, daß ganz andere Kreise hinter dem Anschlag stecken als libysche.

Westberlin — als Kriegsvorwand besonders geeignet

Bemerkenswert ist, daß sich die USA bei ihrer ,,Selbstverteidigung'' gegen Libyen auf die UN-Charta, Artikel 51, berufen. Sie sieht die individuelle bzw. kollektive Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs vor. In der Tat: Westberlin ist der einzige Ort in Europa, für den die USA formal ein ,,Recht auf Selbstverteidigung'' geltend machen können, da Westberlin bekanntlich den Alliierten Hoheitsrechten untersteht. Und die ,,La Belle'' liegt in Friedenau, wo die USA als Besatzungsmacht ihre alliierten Kontrollrechte ausüben.

Der Anschlag auf ,,La Belle'' paßte den USA gut. Allzu gut.

D./Westberlin

Quellen: „Berliner Morgenpost", „BZ", „Bild" „Tagesspiegel", „tageszeitung, „Frankfurter Rundschau", „Frankfurter Allgemeine Zeitung", „Süddeutsche Zeitung", „Die Zeit" — alle Ausgaben ab 6.4. bis 29.4.86



Kontrollen im Westberliner Nahverkehr

Notstand und Ausländerhatz in Westberlin

Der Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek ,,La Belle'' diente nicht nur den USA zum Vorwand für ihre militärische Aggression gegen Libyen. Springer-Medien und die CDU/CSU-Scharfmacher Laufs und Fellner forderten in diesem Zusammenhang eine systematische und lückenlose Überprüfung aller in der BRD lebenden Ausländer und Asylbewerber. Die Gelegenheit istr für diese Reaktionäre günstig, auch gleich gegen die ,,Asylantenschwemme'' zu Felde ziehen, die nun ,,gebremst'' werden müsse.

In Westberlin sind die Forderungen von Laufs und Fellner seit dem 13.4.86 Realität. Bereits am 9.4.86 kündigten die drei alliierten Stadtkommandanten ,,außergewöhnliche Maßnahmen'' infolge des ,,La Belle''-Anschlags an. Einige Tage später machten die drei Westalliierten von ihrem Hoheitsrecht Gebrauch und erließen einen ,,Berlin Kommandatura Letter'' (BKL), der — so ist es bei den Besatzungsmächten üblich — nicht veröffentlicht wurde. Die Maßnahmen, die unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung erlassen wurden, beinhalten:

— Restaurants und Tanzlokale werden ,,unauffällig'' überwacht;
— alle ein- und ausreisenden Ausländer Westberlins werden systematisch auf Listen erfaßt; die Maßnahme trat schon Ende März in Kraft;
— Einreiseverbote und Ausweisungen von Personen werden durchgeführt, die als ,,Bedrohung der Berliner Bevölkerung'' gelten;
— die Besucher des Amerika-Hauses werden schärfer kontrolliert;
— Westberliner Polizisten patroullieren in großer Anzahl auf dem Flughafen Tegel;
— alle Grenzübergänge zwischen Ost- und Westberlin werden schärfer kontrolliert, um das ,,Schlupfloch für internationale Terroristen zu stopfen'';
— alle S- und U-Bahnzüge, die den Ostberliner Bahnhof und Grenzübergang Friedrichstraße durchfahren, werden von Polizeikräften nach Ausländern durchsucht und überprüft, die als verdächtig gelten;
— libysche Diplomaten aus Ostberlin dürfen entweder gar nicht einreisen, oder sie werden von einem Polizeifahrzeug begleitet.

Allein 600 Polizisten durchkämmen alltäglich sämtliche S- und U-Bahnzüge nach Ausländern; alle, die irgendwie ,,südländisch'' aussehen, werden kontrolliert, müssen aus den Zügen, um ihre Daten überprüfen zu lassen. An einem einzigen Tag wurden so rund 2500 Menschen kontrolliert, die Gesamtzahl geht in die Tausende.

Zurecht bezeichnete die Alternative Liste (AL) diese Maßnahmen der Alliierten als Notstandsübung; die Massenrazzien würden erheblich dazu beitragen, die ohnehin vorhandene Ausländerfeindlichkeit zu schüren.

Pikanterweise führen die Alliierten genau das durch, was der berüchtigte Ex-Innensenator Lummer schon immer wollte — nämlich schärfere Grenzkontrollen zur Eindämmung der ,,Asylantenschwemme''. Die Alliierten hatten seinerzeit Lummer gebremst, da sie auf der Freizügigkeit ,,Groß-Berlins'' bestehen würden. Honecker rieb sich auch schon die Hände, daß die Grenze zwischen der geteilten Stadt nun westlicherseits wie eine Staatsgrenze kontrolliert würde. Die Alliierten bezeichneten ihre Maßnahmen denn auch gleich als ,,außerordentlich und provisorisch''.

Gegen diese ausländerfeindlichen Notstandsmaßnahmen kam es zu zahlreichen Protesten. Mehrmals wurden von Gegnern dieser Maßnahmen ,,kollektive U-Bahn-Fahrten'' organisiert, die die polizeilichen Kontrollen unmöglich machten. In einem Fall wurden insgesamt 80 Demonstranten festgenommen.

D./Westberlin

US-Überfall auf Libyen:
Die NATO war mit dabei!

Die USA haben wieder zugeschlagen! Das ‚Vietnam-Trauma' meint man überwunden zu haben. Der größte US-Luftangriff seit dem Vietnam-Krieg traf in der Nacht zum 15. April die libyschen Städte Tripolis und Bengasi. Am Abend zuvor waren von den südenglischen US-Basen Lakenheath und Upper Heyford 24 US-Bomber vom Typ F-111 sowie von den Stützpunkten Mildenhall und Fairford US-Tankflugzeuge — angeblich zu Manöverzwecken — gestartet. Nach dem — wahrscheinlichen — Umfliegen des französischen und spanischen Hoheitsgebiets und dem Anflug über das Mittelmeer griffen die 14 noch verbliebenen Bomber gegen 2 Uhr die libysche Hauptstadt an, um die „Zentralen des Terrorismus'' zu zerstören. Gleichzeitig waren 14 Kampfflugzeuge vom Typ Intruder (‚Eindringling') sowie Jagdbomber vom Typ Corsair (‚Pirat') und F-18 Hornet (‚Hornisse') von den beiden US-Flugzeugträgern im Mittelmeer aufgestiegen. Während die ‚Intruder' Bengasi angriffen, schossen die Jagdbomber Raketen gegen libysche Radarstellungen sowie Such- und Feuerleitstellungen. Das libysche Radar wurde außerdem durch das elektronische Störfeuer von vier elektronischen Kampfflugzeugen von Typ EF-111-E ausgeschaltet.

Die USA bombardierten Tripolis und Bengasi — doch die europäischen NATO-Partner waren nicht so unbeteiligt, wie sie es gern darstellen möchten. Die gesamte militärische Infrastruktur der NATO im Mittelmeerraum dürfte den USA für den Angriff zur Verfügung gestanden haben. Bei der faktischen, direkten Koppelung zwischen amerikanischen und NATO-Stellen hat die Formel von der „nationalen Operation der USA'' (NATO-Generalsekretär Lord Carrington) nur eine scheinheilige deklamatorische Funktion. Die militärische Vorbereitung und Planung des Angriffs gegen Libyen lag zum Beispiel in den Händen des NATO-Oberbefehlshabers Bernard Rogers, der ja gleichzeitig Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa (‚Europa' im weitesten Sinne!) ist. Rogers verfolgte den Ablauf der Militäraktion vom NATO-Hauptquartier SHAPE in Mons bei Brüssel aus. (Die Einsatzzentrale vor Ort lag in einem Aufklärungsflugzeug über dem Flugzeugträger „America''.) Die konkreten Vorbereitungen des militärischen Stabes von General Rogers für den Angriff wurden in der Zentrale der US-Streitkräfte in Europa (EUCOM) in Stuttgart erarbeitet. Die Bombardements wurden in der BRD militärisch vorbereitet — aber kein Politiker und MADler will davon gewußt haben? Auf die Frage, ob die US-Verbündeten in Europa von der Militäraktion vorher informiert worden seien, antwortete Rogers: „Natürlich sind die Alliierten von der Operation informiert worden!''

Wo NATO-Staaten nicht direkt, wie zumindest Großbritannien, eine Mitverantwortung für die Bombardierungen tragen, da läßt sich allerdings deren enge militärische Verzahnung mit der NATO und den USA aufzeigen. Jeder Staat, der in der NATO verbleibt, trägt automatisch auch die amerikanische Aggressionspolitik voll mit. Denn die militärstrategische Funktion des Mittelmeers ist nicht nur gegen die Sowjetunion und den Warschauer Pakt gerichtet, sondern auch gegen die Völker des Nahen Ostens sowie Afrikas: Unterstützung der zionistischen Politik Israels, Kontrolle des Status Quo bzw. Roll Back antiimperialistischer Staaten, Sicherung der Rohstoffausbeutung etc. Auch wenn es innerhalb der NATO Meinungsverschiedenheiten in der ‚Behandlung' der arabischen und afrikanischen Staaten gibt, so hat sich doch die Bombenpolitik der USA praktisch durchgesetzt. Das militärische Hauptinstrument der US-Politik im Mittelmeer ist die 6. US-Flotte. Ihre Stützpunkte liegen in Rota (Spanien), Gaeta, Neapel, und dem sizilianischen Sigonella (Italien), Sounda Bay (Kreta/Griechenland) und Izmir (Türkei). Das Kontingent der 6. US-Flotte besteht aus zwei Flugzeugträgern, einem Hubschrauberträger, einem Lenkwaffen- und zwei herkömmlichen Kreuzern, fünf Lenkwaffenzerstörern, zwanzig weiteren Zerstörern, zwanzig U-Booten sowie 15 sonstigen Einheiten samt amphibischen Eliteverbänden mit 1800 Marinesoldaten. Zu den militärischen Aktionen und Aufgaben der 6. Flotte gehören nicht nur die Bombardements gegen den Libanon und Libyen, sondern auch — wie der Staatssekretär im BRD-Verteidigungsministerium, Lothar Rühl, einmal erläuterte — die Durchführung „begrenzter Interventionen mit Luftstreitkräften und kleineren Truppenlandungen an fremden Küsten''. Das Rückgrat für die 6. Flotte



Aus US-Sicht Gaddafi und Europa. Die „Welt'' übernahm diese Karikatur am 24.4.86 aus dem „Cincinnati Enquirer''.

ist das NATO-Stützpunktsystem im Mittelmeerraum. So haben die USA bereits seit 1943 einen Stützpunkt auf den portugiesischen Azoren. Dieser Stützpunkt ist ein Pfeiler für die Luftbrücke im Kriegs- und Krisenfall zwischen den USA und Europa bzw. dem Nahen und Mittleren Osten. So trug die über Lajes Air Base laufende Luftbrücke der USA entscheidend dazu bei, daß Israel 1973 im Oktober-Krieg nach anfänglichen Rückschlägen eine Wende herbeiführen konnte. Auch für den Einsatz der Schnellen Eingreiftruppe (oder für militärische Operationen zwischen Großbritannien und dem Nahen Osten dürfte Lajes Air Base auf den Azoren von hervorragender Bedeutung sein.

Richten wir unsere Augen weiter ostwärts, stoßen wir auf das neue NATO-Lieblingskind Spanien. So wohlbekannte Neckermann-Urlaubsinseln wie die Balearen oder die kanarischen Inseln entpuppen sich hier als unversenkbare Flugzeugträger. *„Für die Sicherung der Südflanke Europas sind die Balearen aufgrund ihrer dominierenden Rolle im westlichen Mittelmeer von ausschlaggebender Bedeutung. Die Balearen bilden einen von Land her ständig vorgeschobenen Posten zur Kontrolle des westlichen Mittelmeers sowie des Zugangs zu Gibraltar und Nordafrika. Der Besitz der Balearen ist in einem Krieg besonders wichtig, da das Mittelmeer für isolierte maritime Auseinandersetzungen nur wenig Raum bietet und diese Inseln auch zentral — also für Kontrolle günstig — im westlichen Teil dieses Raumes liegen. Im Kriegsfall müßte die NATO bzw. die 6. Flotte ihre Schiffe durch Luftstreitkräfte unterstützen können. Das ist von dieser Inselgruppe mit ihren Flugplätzen auf Ibiza, Menorca und Mallorca möglich, wobei durch diese vorgeschobene Stationierung Vorteile erzielt werden, die sonst nur durch gefährdete oder teure Flugzeugträger und bei geringer Kapazität erreicht werden: Präsenz, kürzere An- und Abflugwege und längere Einsatzzeiten im Seegebiet.'' (Anm.)*

Die westliche Einfahrt ins Mittelmeer wird von Spanien und Großbritannien kontrolliert, und zwar durch die Briten von der spanischen Küste aus über Gibraltar und durch die Spanier von der marokkanischen Küste durch die Stützpunkte Ceuta und Melilla. Die US-Stützpunkte auf spanischem Boden — neben den vier größeren Basen noch 16 ebenfalls strategisch bedeutende Fazilitäten — waren mit Sicherheit an der Vorbereitung und Durchführung des amerikanischen Angriffs auf Libyen beteiligt. Nicht nur, daß die vorzeitig ausgefallenen plus eine wahrscheinlich getroffenen F-111 auf dem Luftstützpunkt Torrejon de Ardoz (mit der längsten Landepiste Europas) gelandet sein dürften. Dieser Stützpunkt beherbergt außerdem den Stab der 16. US-Air-Force, der für den Einsatz und die Versorgung aller amerikanischen Fliegerverbände im Mittelmeerraum zuständig ist. In Torrejon liegen auch Tankflugzeuge von Typ KC 135, wie sie während der Aktion zum Einsatz kamen. Ob von Torrejon vorher Tankflugzeuge nach Mildenhall und Fairford gebracht wurden oder ob die KC 135 gar direkt von Torrejon eingesetzt wurden, entzieht sich unseren elektronischen Aufklärungsmöglichkeiten. Dagegen läßt sich mit Sicherheit sagen, daß der US-Stützpunkt Moron de la Frontera als Versorgungsstation für die Bomber der 6. Flotte dient, also auch für die ‚Intruder', die Bengasi bombardierten. Der Flottenstützpunkt Rota war in die Planung des Angriffs insofern eingespannt, als Rota als Operationsbasis für die Seeaufklärung mit ‚Aufklärungsflugzeugen' großer Reichweite ausgerüstet ist. Rota bietet außerdem logistische und andere Unterstützungsmöglichkeiten für die Kriegsschiffe der 6. Flotte, einschließlich der Flugzeugträger.

Lassen wir Frankreich, das trotz seiner eingeschränkten NATO-Mitgliedschaft auch im regen militärischen Informationsaustausch mit den anderen NATO-Staaten steht, einmal außer Acht, so stoßen wir auf das Libyen gegenüber liegende Italien. Auch wenn in konservativen Kreisen immer wieder die ‚moderate' Haltung Italiens gegenüber den arabischen Staaten beklagt wird, so darf das nicht über die Vorbereitungen zu einem verstärkten militärischen Engagement Italiens hinwegtäuschen. Der Aufbau einer eigenen ‚Schnellen Eingreiftruppe' und die stärkere Konzentration auf den Süden entspricht der strategisch beherrschenden Position Italiens im Mittelmeerraum. Vor allem durch die ‚Starfighter' und ‚Tornados' (die übrigens im Vergleich mit den amerikanischen F-111 für derartige Aktionen wie gegen Libyen als überlegen gelten) kann mit entsprechender Raketenbewaffnung

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 1

ternationalen Netzen und Zentralen in Verbindung gebracht. Eine reihe von Staaten wurden als Helfer, Stützpunkt und Auftraggeber des Terrorismus re-

turen organisiert wird, umso manipulierbarer und infiltrierbarer wird er für Geheimdienste und rechtsradikale Provokateure. Gerade die USA haben in

biet.'' (Anm.)

Die westliche Einfahrt ins Mittelmeer wird von Spanien und Großbritannien kontrolliert, und zwar durch die Briten von der spanischen Küste

F-111 für derartige Aktionen wie gegen Libyen als überlegen gelten) kann mit entsprechender Raketenbewaffnung

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 1

DER VORWAND

Das heißt, Abu Nidal (und die ihn stützenden Stellen in Libyen und Syrien) läßt mit eindeutiger Systematik genau jene Gruppe der PLO „liquidieren'', die aus israelischer Sicht die gefährlichste, da unangenehmste ist. Unangenehm nämlich, weil sie den zionistischen Staat mit der einzigen Herausforderung konfrontiert, die ihm ernste Schwierigkeiten bereitet: Verhandlungen und eine politische Lösung, letztlich Anerkennung der palästinensischen Nation als gleichberechtigten Nachbarn und Partner. Da fällt es denn auch nicht schwer, die Meldung der US-Presse zu verstehen, Abu Nidals Hauptquartier in Libyen sei bei den Bombenangriffen im April „kein Ziel'' gewesen.

Die inhaltlich weitgehend gleichgeschalteten Medien des NATO-Teils der Welt flankieren die in Gang kommende Kriegsführung der USA mit einer heftigen Propaganda-Kampagne gegen den „internationalen Terrorismus'', als wäre dieser entweder eine völlig neue Erscheinung oder als hätte er in den letzten paar Jahren einen enormen Aufschwung genommen und bediene sich qualitativ neuer Methoden. Nichts davon entspricht selbstverständlich den Tatsachen. Ein kleiner Rückblick zeigt, daß das „Phänomen'' des Terrorismus Ende der 60er Jahre aufzutreten begann. Kausale Zusammenhänge bestanden vor allem zur Eskalation der US-Aggression in Vietnam, zu den Jugendrevolten in den meisten kapitalistischen Ländern um 1968 und zum israelischen „Blitzkrieg'' vom Juni 1967. Anschläge wie die beiden, die von den USA zur Rechtfertigung des Angriffs auf Libyen herangezogen wurden — die Bomben im Berliner „La Belle'' und in einem Flugzeug — sind in jeder Hinsicht geringfügige Ereignisse, verglichen mit früheren terroristischen Aktionen. Erinnert sei beispielsweise an die Bombe in einer Swissair-Maschine 1970 (47 Tote) oder das Massaker auf dem Flugplatz von Rom 1973 (31 Tote).

Seit es terroristische Aktionen gibt, werden diese auch mit angeblichen internationalen Netzen und Zentralen in Verbindung gebracht. Eine reihe von Staaten wurden als Helfer, Stützpunkt und Auftraggeber des Terrorismus regelmäßig genannt: Libyen, Syrien, Irak, Südjemen, gelegentlich Algerien, in manchen Zusammenhängen Cuba („Carlos''), und immer wieder auch die Sowjetunion als die eigentliche, geheime Hauptzentrale: „Die Akademie des Terrorismus liegt auf der Krim'' oder „Die Spuren des internationalen Terrorismus führen zum KGB'' hieß es schon 1981.

Ebenso alt wie die Anprangerung bestimmter Länder als „Piratenhäfen des internationalen Terrorismus'' ist die Forderung, diese Länder politisch zu isolieren, wirtschaftlich auszuhungern und schließlich militärisch anzugreifen. Ansatzweise ernst gemacht hatte mit der Forderung nach militärischen Aktionen in früheren Jahren nur Israel. Irgendeine reale Dringlichkeit für USA und NATO, jetzt plötzlich eine militärische Eskalation gegen Libyen einzuleiten, ist aus der Entwicklung des Terrorismus heraus jedenfalls nicht zu interpretieren. Der Aufschwung des „internationalen Terrorismus'', der jetzt behauptet wird, besteht nur in der Phantasie geheimdienstlicher Desinformations-Spezialisten. Die Wahrheit ist, daß es seit einem Zeitraum Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre insgesamt einen deutlichen qualitativen Rückgang des Terrorismus gegeben hat. Linksradikale Strukturen, die in den 70er Jahren eine zentrale Rolle gespielt hatten, sind zerschlagen oder entscheidend angeschlagen: die RAF, die Roten Brigaden Italiens, die japanische Rote Armee, die palästinensische PFLP. Ihre Niederlage hat Platz geschaffen für eine folgenschwere Veränderung in der Praxis und im Erscheinungsbild des Terrorismus. Anstelle einer erkennbaren antiimperialistischen Strategie sind vielfach Vorgänge getreten, die allenfalls von politischer und moralischer Verwirrung, oft aber wohl auch von gezielten geheimdienstlichen Eingriffen künden. Beispielhaft sei an die Serie von antijüdischen Anschlägen Anfang der 80er Jahre erinnert, Bomben vor Synagogen, Schüsse und Handgranaten gegen jüdische Kindergärten in westeuropäischen Hauptstädten. Je weniger der Terrorismus von einer linksradikalen Ideologie geleitet und von stabilen linksradikalen Strukturen organisiert wird, umso manipulierbarer und infiltrierbarer wird er für Geheimdienste und rechtsradikale Provokateure. Gerade die USA haben in den letzten 15 Jahren wirklich ernsthaftere terroristische Herausforderungen erlebt als die Bombe in einem Westberliner Lokal, das von GI's besucht wird. Wenn dennoch gerade jetzt dieser Anschlag zum Vorwand genommen wird, um eine gigantische Militärmaschine in Marsch zu setzen, die sich zur Bekämpfung des Terrorismus strukturell sowieso absolut nicht eignet (z.B. Flugzeugträger, strategische Bomber, Kriegsschiffe), so ist die propagandistische Manipulation eigentlich offensichtlich. Die Mobilisierung der Militärmaschine selbst ist der Zweck der Aktion. Mehr noch als anderswo gilt im militärischen Bereich das Prinzip „Wer rastet, der rostet''. Die gigantische Maschine muß gelegentlich in Aktion gesetzt werden. Das gilt besonders, wenn extreme Militärausgaben und strategische Umorientierungen öffentlich gerechtfertigt werden müssen. Auch geht es darum, die NATO, die ansonsten nur ein Eventualbündnis im Ruhestand ist, gelegentlich daran zu erinnern, daß sie ihrem Zweck nach eigentlich ein Kriegsbündnis unter Hegemonie der USA sein sollte. Daß sich dies schon in einem so harmlosen, risikoarmen Fall als problematisch erweist und nur unter deutlichem Murren der europäischen Verbündeten vor sich geht, beweist, wie weit der Weg noch ist, die NATO gegen ihren eigentlichen Gegner, die Sowjetunion, in Form zu bringen. Der Terrorismus, noch dazu verkörpert in Gestalt eines zweifelhaften „Revolutionsführers'' wie Gaddafi und eines militärisch wehrlosen Staates wie Libyen, ist da für den Anfang ein idealer Partner. Einerseits gerade unberechenbar genug, um als Gefahr darstellbar zu sein, andererseits schwach genug, um die eigenen Verluste minimal zu halten und eine unkontrollierte Eskalation mit größtmöglicher Sicherheit auszuschließen. Ein Gegner zum Austoben und Einüben. Grenada, Libyen — nach ihrer politisch-militärischen Niederlage in Vietnam fängt die größte Kriegsmaschine aller Zeiten ganz klein wieder an. Ein aus der Bahn geworfener Ex-Weltmeister im Schwergewicht, der zu Übungszwecken Kinder verdrischt und nach Dackeln tritt.

Die EG: Federführung beim Kampf gegen den ''internationalen Terrorismus'' angestrebt

„Zwei Ziele müssen jetzt im Vordergrund eines gemeinsamen erfolgreichen Handelns stehen: Einmal müssen wir unsere Anstrengungen noch weiter verstärken, um gemeinsam den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Zum anderen müssen jetzt politische Mittel eingesetzt werden, um die Ursachen dieses Terrorismus zu beseitigen'', erklärte Kanzler Kohl nach dem Bombenangriff. Kohl hielt sich damit streng an die Vorgaben des EG-Außenministertreffens vom 14.4. in Den Haag, auf dem die wesentlichen Maßnahmen gegen Libyen, die inzwischen in die Tat umgesetzt worden sind, beschlossen wurden.

Auffällig am Kommunique des EG-Ministerrats ist zuallererst, daß der bevorstehende Luftangriff — er begann fast unmittelbar nach Ende der Konferenz — mit keinem Wort erwähnt wurde, obgleich der US-Sonderbotschafter Walters in den Tagen vor dem Ministertreffen bei den Regierungen um Verständnis und Unterstützung für militärische Aktionen geworben hatte. Mit anderen Worten: Alle wußten Bescheid, doch niemand, auch die spanischen oder griechischen Sozialisten nicht, fiel der US-Regierung wenigstens politisch in den Arm. Gleich einleitend drohen die EG-Außenminister Libyen für den Fall von Übergriffen auf EG-Staaten eine gemeinsame Antwort der EG an, die nach Lage der militärischen Vorbereitungen durchaus kriegerischer Natur sein könnte. Der konkrete Maßnahmenkatalog gegen Libyen sieht die Einschränkung der Bewegungsfreiheit des diplomatischen Personals, die Reduzierung der diplomatischen Vertretungen Libyens und schärfere Visa-Kontrollen gegen libysche Staatsbürger vor. Mit der Umsetzung dieser Beschlüsse ist in den meisten EG-Staaten schon begonnen worden. Die Bekräftigung einer Übereinkunft aus dem Januar, nach Libyen keine Waffen mehr zu exportieren, bedeutet insbesondere für die Waffenhändler der BRD, Frankreichs, Englands und Italiens einige Verluste.

Den Passagen der Ministererklärung, die in jeder Hinsicht die politische Einheit mit den USA unterstrichen, da sie die Legende von Libyen als „Hort des Terrors'' neue Nahrung verschafften, folgt die Willenserklärung zu mehr internationaler Kooperation im „Kampf gegen den Terrorismus''.

Dieser Kampf soll nicht allein durch engere Zusammenarbeit der EG-Länder verschärft werden; auch die Staaten des Warschauer Paktes, der Arabischen Liga, der Islamischen Konferenz und der Blockfreien Bewegung sollen einbezogen werden. Den EG-Staaten geht es bei der internationalen Polizeizusammenarbeit neben Repressalien gegen linke Gruppen auch um mehr politischen Einfluß auf die Ausrichtung möglicher Partner. Innerhalb Westeuropas bestehen in Kreisen der Bundesregierung die weitreichendsten bekanntgewordenen Vorstellungen: Eine westeuropäische Polizeiorganisation nach dem Vorbild des FBI soll geschaffen werden.

Das Vorgehen der EG-Staaten enthält Elemente des Widerspruchs zu den Methoden der USA, weil die Westeuropäer hoffen können, aus dem Zusammenspiel von wirtschaftlichem Einfluß (bis auf Libyen und Albanien sind alle Mittelmeeranrainer durch Assoziations- und Kooperationsverträge an die EG gebunden) und polizeipolitischer Zusammenarbeit selbst stärkeres Gewicht im Nahen Osten zu gewinnen. Aufgehen kann die EG-Rechnung andererseits nur, wenn die subtilere imperialistische Variante im Vergleich zu den militärischen Schlägen der USA verlockender erscheint.

fo.

Quellen: Frankfurter Allgemeine Zeitung; Die Tageszeitung; The Times; Le Figaro; Le Point (alle im April 1986).

Panzerkreuzer Washington

Mit der militärischen Aktion gegen die libysche Regierung hat der US-Imperialismus demonstriert, daß eine neue Phase im Kampf um die Weltherrschaft angebrochen ist. Früher wurden unliebsame Regierungen weggeputscht wie in Chile oder dort, wo es ein Leichtes war, mittels einer Marine-Invasion abgesetzt, wie in Grenada. Ab nun nimmt sich der US-Imperialismus das Recht heraus, unliebsame Regierungen in Grund und Boden zu bombadieren. Soweit es der Gegner zuläßt, wird auf den — noch kleinen — roten Knopf gedrückt.

Der Terror ist immer und überall

Lassen wir zunächst die auf die Person Gaddafi zugeschnittene Agitation beiseite. Im März legte Vize-Präsident Bush seinen Bericht über die Errichtung einer ,,Einsatzgruppe zur Terrorbekämpfung'' vor. Dieser Gruppe wird der Status eines Ministeramts zugewiesen; sie soll einen festen Sitz im Nationalen Sicherheitsrat der USA einnehmen. Dem Problem ,,Terrorismus'' wird in der inneramerikanischen Politik ein gleichwertiger Platz neben Haushaltsdefizit und SDI eingeräumt. Die neue ,,Einsatzgruppe'' soll sowohl die organisatorischen Schritte der Anti-Terror-Politik bestimmen, als auch auf die Gesetzgebung maßgeblichen Einfluß ausüben. Erster Schritt soll die Einführung der Todesstrafe für diejenigen sein, die eine US-amerikanische Geisel töten. (iat, 7.4.86)

Desweiteren legte der Sonderbotschafter für Anti-Terrorismus, Robert Oakley, im März einen Bericht über Stand und Einschätzung des Terrorismus vor. In diesem Bericht wird ein Szenario gemalt, nach dem der internationale Terrorismus in den letzten beiden Jahren sprunghaft zugenommen hat. Für 1985 zählte er 800 Vorfälle, bei denen 23 US-Bürger getötet und 139 verletzt wurden. Der Nahe Osten, Lateinamerika und Westeuropa sind die Hauptschauplätze dieser Vorfälle. Als Verantwortliche stehen dort Khomeiny neben Abu Nidal, die RAF, die Roten Brigaden, die Basken (!), und die Guerilla in El Salvador.

Neben typischen Besonderheiten kennzeichnet nach Oakleys Meinung die Guerilla in El Salvador.

Neben typischen Besonderheiten kennzeichnet nach Oakleys Meinung die Gruppen allgemein eins: *,,Keine von ihnen, was immer sie oder ihre Unterstützer behaupten, sind irgendwelche romantischen Freiheitskämpfer, deren Angriffe entschuldigt werden können, weil sie für eine politische ‚gerechte Sache' kämpfen. Sie vollführen kriminelle Akte, in vielen Fällen versuchen sie vorsätzlich so viele unschuldige Menschen wie möglich zu töten oder zu verwunden ...''.*

Natürlich können die USA ihr Militär einsetzen, um gegen Terroristen loszuschlagen. Aber dafür brauchen die USA in neutralen oder befreundeten Ländern deren Mitwirkung. Der Gebrauch der *,,legalen Macht, Terroristen zu verfolgen, wird sehr stark von den Einstellungen des befreundeten Landes beeinflußt''.* Auf die positiven Erfahrungen in der Vergangenheit mit Großbritannien wird ausdrücklich verwiesen.

In einer Art Schlußfolgerung erläutert Oakley, warum die US-Regierung weiterhin mit terroristischen Angriffen gegen sich und andere rechnet. *,,Es gibt zu viele Gründe, zu viele verschiedene Akteure, und zu viele politische, religiöse, soziale und nationalistische Reibungspunkte in der Welt, die Individuen dazu bringen, zu Terroristen zu werden. Zu viele Gruppen denken, daß sie einen politischen Einfluß im Sinne ihrer Sache haben können — vergrößert noch durch die Medien in der ganzen Welt — und dann gibt es Regierungen, die dem Reiz erliegen, Terrorismus als eine billige Form der Kriegsführung zu sehen.''* (iat, 3.3.86)

Eine andere Vorbereitung für die Aktion gegen Libyen lieferte die Konferenz über ,,low-intensity-warfare'' an der National Defense University Mitte Januar. Dort antwortete Außenminister Shultz auf ein Statement von Margret Thatcher. Sie sagte, daß Aktionen gegen ein anderes Land in Sachen Terrorbekämpfung gegen internationales Recht verstoße und nur noch mehr Chaos erzeuge. Shultz nannte diese Position ,,absurd'' und führte weiter aus, *,,Daß es substantielle rechtliche Grundlagen für die Ansicht gibt, daß ein Staat, der terroristische oder subversive Angriffe gegen einen anderen Staat unterstützt, oder der Terroristen unterstützt oder in ihrer Planung ermuntert, (...) für Angriffe selbst verantwortlich ist.''*

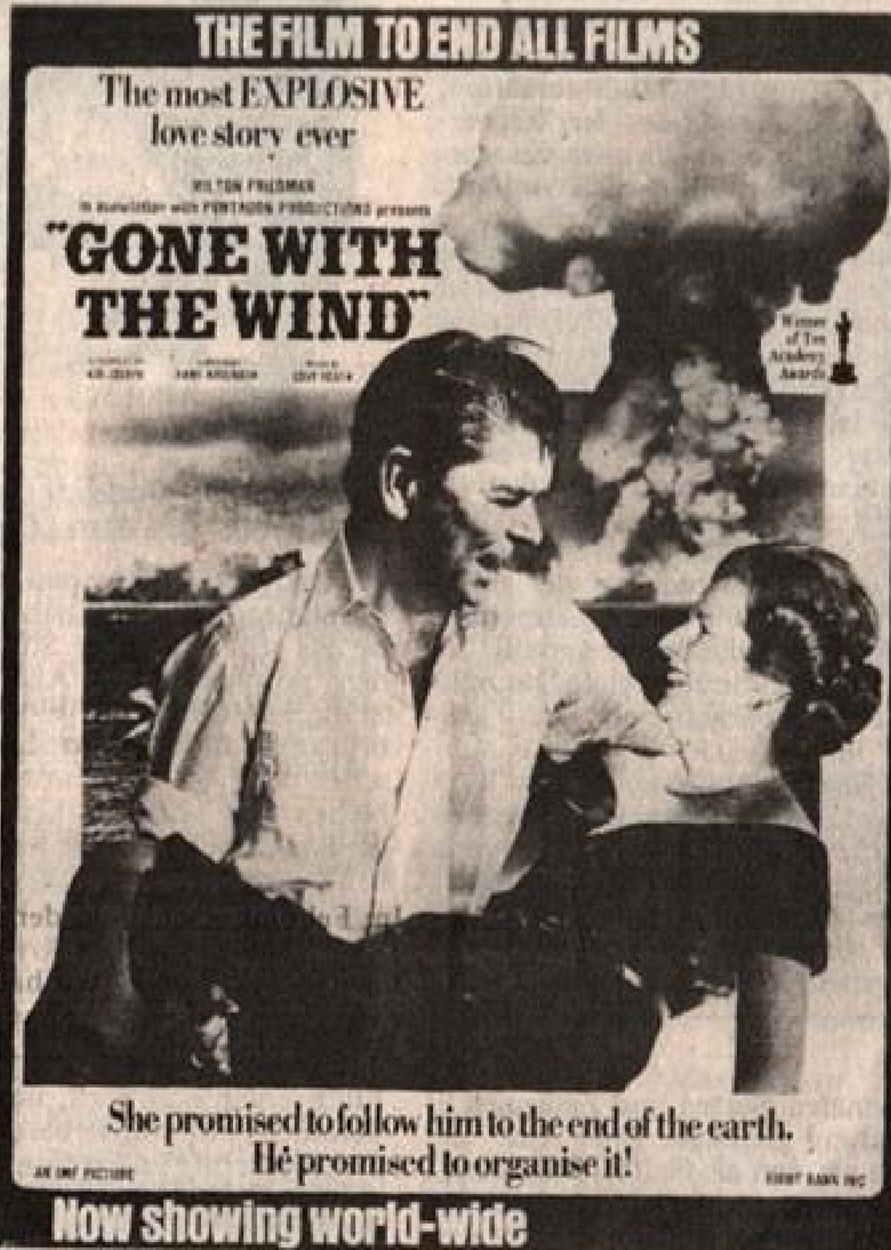
Shultz zitierte den US-Präsidenten, daß Libyen eine *,,bewaffnete Aggression gegen die USA nach dem vorhandenen internationalen Recht''* begangen habe, *,,weil es eine materielle Unterstützung für Gruppen gewährt hat, die US-Bürger angreifen.''*

Ein Rechtsberater des State Department unterstützte Shultz und meinte, daß dieser Standpunkt durch die UN-Charta und verschiedene UN-Resolutionen gedeckt sei. Zwar lasse das internationale Recht keine ,,Vergeltung'' gegen den Terrorismus zu, aber ,,*es ist*

lutionen gedeckt sei. Zwar lasse das internationale Recht keine ,,Vergeltung'' gegen den Terrorismus zu, aber ,,es ist

uns erlaubt zurückzuschlagen, um zukünftige Attacken zu verhindern'' — nach der Doktrin der Selbstverteidigung. Shultz erntete auf dieser Tagung heftige Kritik, unter anderem die, daß mit einer solchen Argumentation die Sowjetunion gesetzmäßig Honduras besetzen könne, da Honduras die von den USA unterstützen Rebellen beherberge. Das gleiche gelte für Fälle, in denen die USA im eigenen Land Rebellen für die Konterrevolution in anderen Ländern ausbilden. Zusammenfassend wurde Shultz' Ausführungen vorgeworfen, daß ,,sie nahe daran seien, das internationale Recht in Sachen Terrorismus außer Kraft zu setzen.'' (WP, 26.1.86)

In welche Richtung solche Erörterungen über Recht und Unrecht gehen, zeigt eine republikanische Gesetzesvorlage Mitte April dieses Jahres. Nach diesem Gesetz wird dem US-Präsidenten in gewissen Fällen freie Hand gegeben, das Staatsoberhaupt eines anderen Landes erschießen zu lassen. Solche Handlungen werden bisher durch Bundesgesetze und Richtlinien verboten. Dies Gesetz wurde praktisch von den republikanischen Fraktionsführern vorgelegt, ist also nicht Produkt irgendwelcher parlamentarischen Randgruppen.



Weiterhin ist mit diesem Gesetz der Versuch verbunden, das War powers

Weiterhin ist mit diesem Gesetz der Versuch verbunden, das War powers act außer Kraft zu setzen; mit jenem wurden 1973 Nixon Grenzen gesetzt, den Vietnam-Krieg ohne Konsultationen der parlamentarischen Institutionen fortzuführen. Die Notwendigkeit des jetzt vorgelegten Gesetzes wurde mit dem Entscheidungsnotstand begründet, der bisher immer wieder produziert werde, indem der Präsident in Stunden wichtiger Entscheidungen irgendwelchen demokratischen Gepflogenheiten nachgehen muß. (NYT, 18.4.86)

Zwar war es in den USA kein Geheimnis, daß der Tod Gaddafis bei den letzten Angriffen zumindest billigend in Kauf genommen wurde. Sowohl Shultz als auch andere hatten ,,aus ihrem Herzen keine Mördergrube'' gemacht: ,,Der Grund ist nicht, Gaddafi in seine Schachtel zu tun, (obwohl) da gehört er hin'' sagte Shultz schon während der März-Angriffe auf Libyen. Teilweise wurde es auch als möglicher Fehler der Aktion festgestellt, daß Gaddafi nicht getötet worden war; immerhin waren vier 2.000-Pfund Bomben auf sein Hauptquartier geworfen worden. (news, 28.4.86)

Nachdem solche ,,Mutmaßungen'' überhand genommen hatten, sahen sich die Verantwortlichen in den USA immerhin gezwungen, öffentlich die Position zu beziehen, daß solches nicht in ihrem Sinne gewesen sei. Es wurde sogar eine CIA-Studie bemüht, die nachwies, daß Gaddafis Tod bei einem solchen Angriff nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 1:1.000 zu erwarten gewesen wäre.

Wie und warum Gaddafi?

Die Geschichte der letzten fünf Jahre zeigt, daß auch die USA nicht in der Lage sind, ihre Rhetorik jederzeit und überall Wirklichkeit werden zu lassen. Politisch gab es immer wieder schwankende Mehrheiten für verdeckte Aktionen oder wirtschaftliche Maßnahmen. Auch im Winter 1983, als in Beirut mehr als 240 US-Marines durch ein Himmelfahrtskommando des ,,Heiligen Islamischen Krieges'' in die Luft gesprengt wurden, war die US-Maschinerie nicht in der Lage, eine Gegenattacke nach israelischem Muster zu fahren. Zunächst war man geschockt, sodann unentschlossen. Die französische Regierung hatte die USA wiederholt zu einer ,,Strafaktion'' gegen Stationen und Lager in Baalbek aufgefordert, und schlug dann auf eigene Faust los. Als die USA schließlich doch noch am 4. Dezember ihre Bomber losschickten, verloren sie zwei ihrer kostbaren Maschinen durch die Luftabwehr Syriens.

US-Präsident Reagan konnte damals sein Image durch die Invasion auf Grenada, die fast zeitgleich mit den Beiruter Ereignissen stattfand, halten. Zumindest wurde der Regierung klar, daß bloße Rhetorik auf Dauer bei den Massen nicht verfängt. Und so macht sich im Winter 1985 das Oberkommando der US-Streitkräfte an das Planen einer Aktion gegen Libyen unter folgenden Maßgaben: Es mußte eine schnelle, für die US-Soldaten relativ sichere Aktion sein; die auszuwählenden libyschen Ziele mußten in etwa dem entsprechen, als was sie später in der Agitation ausgegeben wurden: militärische Institutionen. (WP, 7.1.86)

Wie sich heute jeder ausrechnen kann, war die Attacke im März gegen

Wie sich heute jeder ausrechnen kann, war die Attacke im März gegen die libyschen Luftabwehreinrichtungen ein erster Test für den späteren Angriff.

Nach den Überfällen auf die Flughäfen von Rom und Wien wurde eine massive Kampagne gegen Libyen als Terrorbasis und Gaddafi als der Drahtzieher diverser terroristischer Unternehmen aufgezogen. Verschiedene CIA-Studien bildeten die Grundlage dafür, Gaddafi als Psychopathen zu qualifizieren, der auf hochhackigen Schuhen, geschminkt, mit einem Teddybär auf dem Arm versucht Geschichte zu machen. (WP, 2.2.86)

In der Vor- und Aufbereitung des Angriffs gegen Libyen hat wieder einmal das Medium Fernsehen seine Rolle als vierte Gewalt in der Welt bewiesen. Immer wieder gingen die Bilder aus Rom und Wien, von der gesprengten Diskothek in Westberlin, von der demolierten TWA-Maschine über die US-TVs. Und auch die In-Szene-Setzung des Luftangriffs war sowohl auf die militärischen wie medienmäßigen Notwendigkeiten abgestellt. Die Bomber starteten in Großbritannien kurz nach der New Yorker Mittagszeit. Der Angriff erfolgte gegen 7 Uhr abends, und als der Erfolg feststand, konnten Reagan, Shultz und Weinberger zur besten Sendezeit der Abendnachrichten vor die Kameras treten. Das US-amerikanische Volk war quasi live dabei, als die Kinder, Frauen und Männer in Libyen in den Trümmern ihrer Häuser starben.

Die Bedrohungskampagne verfing. Niemand registrierte mehr, daß 1985 und 1984 nicht mehr und nicht weniger US-Bürger Opfer terroristischer Aktionen geworden waren als 1973 und 1974, nämlich etwas mehr als 40 pro Jahr. Und schon gar nicht mehr war bewußt, daß jedes Jahr mehr als 17.000 US-Bürger im eigenen Land von den eigenen Mitbürgern ermordet werden. Ein Medienfachmann sagte zu dieser Kampagne: ,,Der kumulative Effekt beim 1.000maligen Sehen eines Flugzeuges mit einem Loch darin ist, daß es den Anschein hat, als sei dies fast 1.000mal paasiert.'' Auch ,,liberale'' Medien haben so dazu beigetragen, daß die gegenwärtige US-Regierung ihre hardliner-Politik durchsetzen kann. (news, 28.4.86)

Die libysche Regierung und das Land Libyen mit seinem Volk hatten das Pech, daß alle Voraussetzungen für eine solche gewünschte, begrenzte Aktion dort vorhanden waren, und noch sind. Angefangen von den geographischen ,,Vorteilen'', die ein Küstenland der US-Navy bietet, bis dahin, daß der Solidarisierungseffekt gegenüber einem Politiker wie Gaddafi ungleich geringer ist als beispielsweise gegenüber einem Land wie Nicaragua. Für den durchschnittlichen US-Ame-

Der US-Nervenkrieg gegen Libyen

Am Tage nach seiner Amtseinführung am 21. Jan. 1981 machte Reagan Libyen zu einem der Hauptgesprächspunkte während einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates der USA. Unter Federführung des damaligen Außenministers Haig wurden bis zum Sommer 1981 mehrere Expertisen zum Thema Gaddafi/Libyen erstellt, US-Ölfirmen wurden gebeten ihre Angestellten aus Libyen zurückzuziehen, und im Kongreß wurden CIA-Operationen diskutiert. Im August 1981 kam es zu einem kurzen Luftkampf zwischen der US Air Force und libysche Flugzeugen über der Großen Syrte. Die libysche Regierung beansprucht bekanntlich den entsprechenden Luftraum ebenso wie die Gewässer der Großen Syrte als zu ihrem Hoheitsgebiet gehörig. Zwei libysche Jäger wurden damals abgeschossen.

Im Oktober des gleichen Jahres wurden erste Berichte über libysche ,,Selbstmordkommandos'' veröffentlicht. Pläne über wirtschaftliche Sanktionen ließen sich zu diesem Zeitpunkt nicht durchsetzen, da solche Maßnahmen sowohl vom Finanzminister Donald Regan als auch von Wirtschaftskreisen abgelehnt wurden. Die damalige Meldung über ein Todeskommando gegen Reagan und andere Politiker wird heute als eine ,,Ente'' angesehen.

Am 10. Dezember 1981 verbot die US-Regierung, mit US-Pässen nach Libyen zu reisen. Am 10. März 1982 wurde der Import libyschen Rohöls untersagt. Diese Maßnahme hatte aus US-amerikanischer Sicht keinen Effekt, da Libyen das Öl stattdessen in Europa absetzte. Die Regierung entschied dann, daß bis zu den Präsidentschaftswahlen im Nov. 1984 keine ,,dramatischen oder

entschied dann, daß bis zu den Präsidentschaftswahlen im Nov. 1984 keine ,,dramatischen oder

riskanten'' Aktionen unternommen werden sollten.

Mitte Dez. 1984 startete die Regierung eine neuerliche Kampagne, US-Bürger zum Verlassen Libyens zu drängen. Das war eine mehr oder weniger verdeckte Aktion und sollte das Potential an ,,Geiseln'' bei künftigen Militäraktionen der USA gegen Libyen verringern. Dieser Aufruf hatte jedoch so gut wie keine meßbaren Ergebnisse.

Die nächste Runde lief Mitte 1985. Die CIA unternahm einige verdeckte Aktionen, um Gaddafi in seiner Position zu destabilisieren. Weiterhin wurden zu diesem Zeitpunkt bereits erste militärische Planungen begonnen.

Nach den Anschlägen auf die Flughäfen von Wien und Rom Ende 1985 wurden die vorbereiteten Papiere des Pentagons und des Weißen Hauses veröffentlicht; am 7. Jan. 1986 verhängte Reagan einen Boykott gegen Libyen. Am 14. März wurde im Nationalen Sicherheitsrat der USA die Aktion ,,Prärie Feuer'' beschlossen: Danach überfahren am 24./25. März Teile der 6. US-Flotte im Mittelmeer die Grenzlinie, jenseits der die libysche Regierung ihre Hoheitsgewässer reklamiert. Zwei libysche Schnellboote werden versenkt; die US Air Force greift Radar- und Flugabwehrstationen in Libyen an.

5. April: In der Diskothek La Belle explodiert eine Bombe, ein US-Soldat und eine Türkin sterben. In den nächsten Tagen dampft die 6. US-Flotte erneut gen Libyen. Gen. Walters reist als Spezialgesandter der USA durch Europa; am 14.4. treffen sich nochmals die EG-Außenminister, während die US-Bomber schon im Anflug auf Tripolis und Benghazi sind. Durch die US-Bomben werden nach Schätzungen mehr als 100 Menschen getötet.

Fortsetzung von vorheriger Seite

jedes Ziel im Mittelmeer erreicht werden. Für die militärische Beherrschung des Mittelmeers von besonderer Bedeutung sind auch hier die Marinestützpunkte der 6. US-Flotte. Von militärischer Relevanz ist ferner der Stationierungsort der Cruise Missiles in Comiso an der Südküste Siziliens. Zurecht ist darauf hingewiesen worden, daß die Cruise Missiles im Sinne der angeblichen NATO-Nachrüstung gegen sowjetische SS-20 eigentlich im Norden hätten stationiert werden müssen. Der Stationierungsort im äußersten italienischen Süden, wie u.a. auch entsprechende Äußerungen von Ex-US-Präsident Nixon, machen deutlich, daß die in Comiso stationierten Cruise Missiles vorrangig für den Einsatz gegen afrikanische und arabische Staaten gedacht sind — allen voran gegen Libyen!

Auch der so störrische NATO-Partner Griechenland diente mit als Angriffsplattform gegen Libyen. Hier wurden mal wieder die engen Grenzen des wortradikalen Protestes eines Andreas Papandreou deutlich, dem keine Taten folgen. Griechenland hatte sich noch vor drei Jahren von den USA zusichern lassen, daß die US-Stützpunkte in Griechenland nur zu Verteidigungszwecken benutzt werden dürfen. Was man unter ‚Verteidigungszwecken' zu verstehen hat, bekamen die Libyer am 15. April zu spüren.

Auf Kreta befindet sich der sog. Homeport der 6. US-Flotte; Souda Bay gilt gleichzeitig als größter Militärhafen im Mittelmeer. Die Luftwaffenbasis Heraklion auf Kreta dient vor allem als Luftaufklärungs- und Kommunikationszentrum. Hier befindet sich eine Verbindungs- und Überwachungszentrale mit einer der ganzen östlichen Mittelmeerraum, Teile Nordafrikas und des Nahen Ostens sowie der Sowjetunion abdeckenden Kapazität; von hier aus werden auch routinemäßig Aufklärungsmissionen an Libyens Küste geflogen. Das Kommunikationszentrum Nea Makri bei Athen ist u.a. für die Auswertung der Nachrichten von der 6. US-Flotte zuständig.

Ähnliche Funktionen wie die US- und NATO-Stützpunkte in Spanien, Italien und Griechenland üben auch entsprechende Einrichtungen auf Zypern und in der Türkei sowie in Ägypten aus.

Wenn sich alle diese Staaten inklusive der BRD darauf zurückzuziehen versuchen, die hätten mit dem amerikanischen Angriff auf Libyen nichts zu tun, so muß allein aufgrund der zahlreichen militärischen Verflechtungen festgestellt werden, daß gegen Libyen kein reiner US-Angriff, sondern ein Nato-Angriff stattfand. Wollten sich die übrigen NATO-Staaten in einer glaubwürdigen Art von einer aggressiven Militärpolitik distanzieren, dann müßten sie schon aus der NATO austreten und den USA und der NATO jegliche militärische Nutzung ihres Territoriums untersagen.

Antimil-Kommission, KB Göttingen

Anmerkung:
Ulrike Borchardt, Spanien und die NATO, Hamburg 1980, S.13

rikaner ist sodann zwischen dem allgemeinen Tumult im Nahen Osten auch keine Differenzierung möglich, da bis zum Frühjahr 1986 die wenigsten gewußt haben dürften, daß es Libyen überhaupt gibt.

Nicht Festung, sondern Schlachtschiff USA

Aus US-amerikanischer Sicht haben sich die bürgerlichen Regierungen Europas wie Feiglinge verhalten, außer Margret Thatcher, die ihren Tribut aus der US-Unterstützung im Malvinenkrieg zurückzahlen konnte. Aber immerhin, wenn die Europäer nun wenigstens zu Anstrengungen im internationalen Anti-Terrorismus bereit sind, hat es doch etwas gebracht. Von den konservativen bis zu den liberalen Medien wurde den übrigen NATO-Partnern die Frage gestellt, was es denn auf sich habe, daß ein Bündnis ausgerechnet dann nicht funktioniert, wenn der US-Imperialismus es mal braucht.

Gefeiert wird die neue Reagan-Doktrin als ein Mittelweg zwischen dem alten Isolationismus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg und dem ,,Internationalismus'' der vergangenen 40 Jahre. Das heutige Bild ist das ,,*Schlachtschiff Amerika — oder besser noch, die letzte Woche auf den Punkt gebracht — der Flugzeugträger America, der über die sieben Ozeane dampft, seine Flagge in befreundeten Häfen zeigt, und, falls herausgefordert, Luftangriffe gegen die Unfreundlichen fliegt. Aber (Reagan) hat einen Mittelweg gefunden zwischen dem Unilateralismus und dem, was man vielleicht traditionellen Internationalismus nennen kann, Reagan hat sich eine bestimmte Art zugelegt, die Verbündeten im Voraus zu konsultieren, ihre Unterstützung willkommen zu heißen, wenn sie sie anbieten, oder ihre Befürchtungen zu mildern, wenn sie abweisend sind — aber er wird ihre Rückendeckung nicht zur Voraussetzung für Aktionen Amerikas machen.'' (Time, 28.4.)*

Die politische Praxis der USA hat gezeigt, daß es im bürgerlichen Lager einen breiten Konsens gibt, heute eher bereit zu sein als vor ein paar Jahren, Politik mit Kanonen zu machen. Die Jahre nach Nixon waren geprägt durch die Dezentralisierung von politischen Entscheidungen. Zu sehr saß vielen bürgerlichen Politikern die Erfahrung im Nacken, daß Nixon und Kissinger in der Lage waren, das Weiße Haus zum Entscheidungszentrum für alles zu machen. Nixon scheiterte am zerbrechenden Konsens über die Fortführung des Vietnamkrieges. Die Reagan-Ära ihrerseits baut viele dezentralisierende Elemente wieder ab, das ZK sitzt wieder im Weißen Haus. Für eine begrenzte Zeit gewannen in diesem Frühjahr diejenigen die Macht der Entscheidungen, die mehr auf die militärische Karte setzen. Mittel zu ihren Zwecken war der Angriff auf Libyen. Die Tatsache, daß diese Politik im bürgerlichen Establishment frenetisch gefeiert wurde, daß die US-Gesellschaft aufgrund ihrer innergesellschaftlichen Erosion einen äußeren Feind braucht, den internationalen Terrorismus, gibt allen Recht, die vom US-Imperialismus nichts als Krieg erwarten.

wo./Imp.-Kom.

Abkürzungen der Zeitungen: iat: US Policy — information and texts (Info. der US-Regierung); WP: Washington Post; NYT: New York Times; news: US News and World Report (Reagan-freundlich)

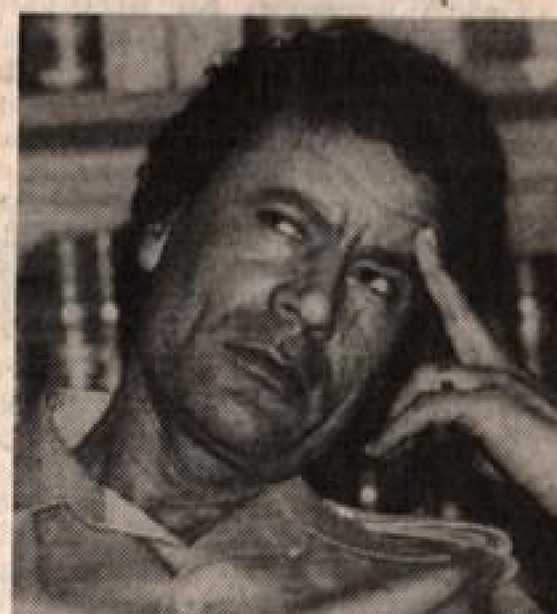
Gaddafi versinkt ... in den Fußstapfen Nassers

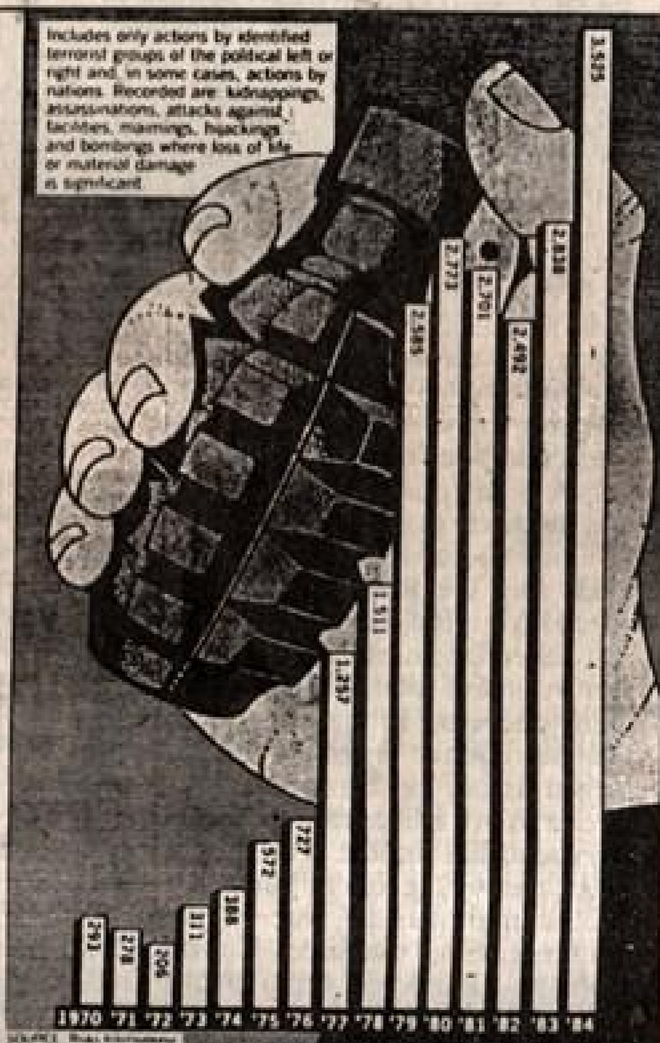
Ausgesprochen kleinlaut stellte sich Gaddafi zweieinhalb Tage nach dem nächtlichen Angriff der US-Luftwaffe auf Tripolis und Bengasi der Öffentlichkeit. Das späte und ungewohnt bescheidene Auftreten, ebenso wie Gerüchte über Schießereien oder gar Aufstände innerhalb Libyens gaben zu einer Vielzahl Spekulationen Anlaß. War Gaddafi gestürzt, entmachtet, verletzt oder gar bei dem Luftangriff getötet worden, war ein Bürgerkrieg ausgebrochen?

Keine dieser von Teilen der westlichen Presse begierig aufgegriffenen Vermutungen hat sich bisher bewahrheitet. Längerfristig können allenfalls eine Einschränkung der Macht Gaddafis, kurzfristig auch eine Änderung seines bisher großmäuligen und kraftmeierischen Auftretens erwartet werden.

Empörung und Betroffenheit über den mörderischen US-Angriff herrschten im linken Lager und in Teilen der Bevölkerung, vor allem weil eine Eskalation der Auseinandersetzung und eine mögliche Konfrontation der Großmächte befürchtet wurden. Jahrelang haben die USA Gaddafi in einer wahren Propagandaschlacht als Terrorist Nummer eins und Statthalter der Sowjetunion im Nahen Osten aufgebaut, als Hauptfeind Nummer drei nach der Sowjetunion und Kuba, und damit die Aggressions- und Destabilisierungspolitik gegen das dreieinhalb Millionen Menschen zählende Volk gerechtfertigt. Welches sind die Ziele der US-Politik gegenüber Libyen? Und wer ist dieser Gaddafi wirklich, der auch Wohlmeinenden eher als Wirrkopf und Maulheld, denn als ernstzunehmender Politiker erscheint? Was sind seine innen- und außenpolitischen Ziele, die häufig genug in lächerlich radikalen Sprüchen vorgetragen werden? Und was ist die innen- und außenpolitische Wirklichkeit? Ist er der uneigennützige Unterstützer der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, und natürlich an erster Stelle, der Palästinensischen Befreiungsfront? Gibt es in seiner Politik etwas, das den unverhältnismäßigen Zorn der USA, Boykottmaßnahmen, militärische Drohungen und Angriffe begründen könnte? Vielleicht sein freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion? Oder ist er tatsächlich der Drahtzieher des weltweiten Terrornetzes?

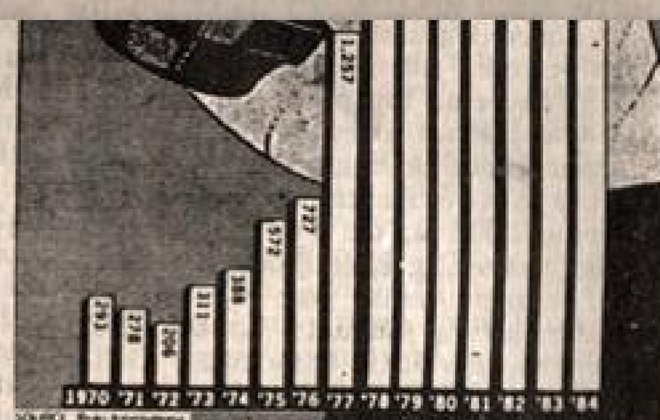
Diese Fragen sollen in diesem Artikel untersucht werden. Der erste Teil behandelt die Interessen der USA, das libysch-sowjetische Verhältnis und die libysche Außenpolitik. Der zweite Teil wird sich mit der Innen- und Wirtschaftspolitik Gaddafis, seiner islamischen Volksdemokratie und der libyschen Opposition im In- und Ausland befassen.





Terroristische Aktivitäten nehmen zu!

Mit der Überschrift wurde diese Statistik in der Washington Post am 3.1.86 aufgemacht. So wurde u.a. die rasante Zunahme des Terrorismus während der Libyen-Kampagne ,,bewiesen'': Optisch sind die heutigen Zeiten zehnmal ,,terroristischer'' als Anfang der 70er Jahre.



Mit der Überschrift wurde diese Statistik in der Washington Post am 3.1.86 aufgemacht. So wurde u.a. die rasante Zunahme des Terrorismus während der Libyen-Kampagne ,,bewiesen'': Optisch sind die heutigen Zeiten zehnmal ,,terroristischer'' als Anfang der 70er Jahre.

Zum Luftangriff der USA

Im Februar erschien in der Zeitschrift ,,The Middle East'' ein Artikel (,,Why Libyia is the target'' (Weshalb ist Libyen Zielschreibe)) (1), in dem auf das Interesse der USA hingewiesen wird, die seit Sommer 1985 in Libyen stationierten sowjetischen SAM 5-Raketen auszuspionieren (2), indem Libyen zu ihrem Einsatz provoziert wird. SAM 5-Raketen sind weitreichende Boden-Luftraketen auf neuestem Stand, außerhalb der Sowjetunion waren sie bisher nur in Syrien stationiert. Von dort wurden sie nach Gesprächen zwischen den USA, der Sowjetunion und Syrien abgezogen, weil sie die uneingeschränkte Kontrolle der israelischen Luftwaffe in der Region ernsthaft bedrohten (3). Dafür wurde Syrien bei einer Neuordnung im Libanon freie Hand gelassen, die aber bekannterma-

zuspionieren (2), indem Libyen zu ihrem Einsatz provoziert wird. SAM 5-Raketen sind weitreichende Boden-Luftraketen auf neuestem Stand, außerhalb der Sowjetunion waren sie bisher nur in Syrien stationiert. Von dort wurden sie nach Gesprächen zwischen den USA, der Sowjetunion und Syrien abgezogen, weil sie die uneingeschränkte Kontrolle der israelischen Luftwaffe in der Region ernsthaft bedrohten (3). Dafür wurde Syrien bei einer Neuordnung im Libanon freie Hand gelassen, die aber bekannterma-

ßen nicht durchsetzbar war. Die Sowjetunion verlegte die etwa zwölf SAM 5-Batterien und 2.000 Militärberater nach Libyen, um die Bereitschaft zu demonstrieren, befreundete Staaten im Nahen Osten zu schützen. Selbstverständlich stehen die Raketen unter alleiniger Kontrolle der sowjetischen Militärberater.

Die Bombenanschläge auf die Schalter der israelischen Luftfahrtgesellschaft in Wien und Rom am 27. 12 85, für die die USA und Israel umgehend die Abu Nidal-Gruppe und Libyen verantwortlich machten (4), obwohl es eher Beweise für eine syrische Verwicklung gibt (5), wurden zum Anlaß genommen, Libyen zum wiederholten Male mit ,,Bestrafung'' zu drohen und die Stimmung — vor allem in der amerikanischen Bevölkerung — weiter anzuheizen. Im Zuge der so geschaffenen Krisensituation wurden fünf EA-6B ,,Prowler''-Aufklärungsflugzeuge auf die NATO-Base Sigonella (Sizilien) verlegt. Sie kamen beim Luftangriff zum Einsatz. AWACS-Frühwarnflugzeuge kontrollierten das östliche Mittelmeer, die auf Flugzeugtägern stationierten Frühwarnflugzeuge E-2C ,,Hawkeye'' wurden ebenfalls eingesetzt (1).

Die SAM 5-Batterien können ein wichtiger Grund für die jüngsten militärischen Provokationen (Manöver im Golf von Syrte) und für den Luftangriff gewesen sein. Die Aggressionen waren geradezu darauf angelegt, einen libyschen Gegenschlag zu ermuntern. Der amerikanische Präsident Reagan versuchte Ende Februar den französischen Präsidenten Mitterand für ein gemeinsames militärisches Vorgehen zu gewinnen. Er wolle neue Manöver in der Großen Syrte durchführen, um deren internationale Natur zu demonstrieren (6). Im übrigen sei er besorgt über die inzwischen einsatzfähigen SAM 5-Raketen. Sollten libysche Flugzeuge aufsteigen oder libysche Raketen eingesetzt werden, um die amerikanischen Operationen zu stören, würde das amerikanische Militär zurückschlagen und die Raketenbatterien zerstören. Frankreich solle zur gleichen Zeit einen Luftangriff auf libysche Truppen in Nord-Tschad durchführen (7). Mitterand lehnte ab (8).

Ein weiterer Grund dürfte die Tatsache sein, daß Reagan seinen vielfältigen Ankündigungen, dem Drahzieher des weltweiten Terroristennetzes eine Lektion zu erteilen, endlich einmal Taten folgen lassen mußte. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, daß die Differenzen bezüglich eines militärischen Eingreifens zur Terroristenbestrafung, die zwischen Außenminister Shultz und Verteidigungsminister

einen Luftangriff auf libysche Truppen in Nord-Tschad durchführen (7). Mitterand lehnte ab (8).

Ein weiterer Grund dürfte die Tatsache sein, daß Reagan seinen vielfältigen Ankündigungen, dem Drahzieher des weltweiten Terroristennetzes eine Lektion zu erteilen, endlich einmal Taten folgen lassen mußte. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, daß die Differenzen bezüglich eines militärischen Eingreifens zur Terroristenbestrafung, die zwischen Außenminister Shultz und Verteidigungsminister

Weinberger bestehen, diesmal offensichtlich ausgeräumt waren. Gaddafi verstärkte durch maßlos übersteigerte Kriegsdrohungen das günstige Klima für einen Angriff. Auf einer Pressekonferenz am 1.1.86 drohte er einen Krieg auszulösen, *,,der im Fall eines Angriffs auf Libyen das ganze Mittelmeer, den Nahen Osten und wahrscheinlich die ganze Welt in Brand setzen wird.'' ,,Ein Angriff gegen Libyen würde der Beginn eines endlosen Krieges gegen den Imperialismus und Zionismus bedeuten.'' ,,Wir hoffen, daß die USA und Israel den Irrtum begehen werden, uns anzugreifen...''* Das libysche Volk habe die Unterstützung der arabischen Nation und aller von Frieden und Freiheit begeisterter Völker. Die Welt könne erst in Frieden leben, wenn die USA und Israel, die internationalen Basen des Terrorismus, zerstört seien; Frieden und Sicherheit in der Nahostregion könnte erst dann wieder hergestellt werden, wenn alle Juden in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt sind. Das libysche Volk sei gut im Umgang mit Waffen ausgebildet und werde seine Selbstverteidigung sichern. *,,Wenn Menschen in Libyen angegriffen werden, werden wir die Amerikaner in den Straßen Amerikas und die Israelis in den Straßen des besetzten Palästina verfolgen''* (9).

Die Sowjetunion hielt sich — erwartungsgemäß — in diesem Konflikt auffallend zurück. Eine Woche vor dem Angriff, als die Absichten der USA mehr als deutlich waren, zogen sich die sowjetischen Schiffe diskret zurück (10). Ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums ließ nach dem Angriff durchblicken, daß der sowjetische Botschafter in den USA Kenntnis von dem bevorstehenden Angriff gehabt habe, daß die Sowjetion jedoch nicht in der Lage gewesen sei, Gaddafi zu warnen (11). Andere Quellen berichten, daß die Sowjetunion Libyen etwa eine Stunde vor dem Angriff gewarnt habe, was möglicherweise dazu geführt hat, daß Gaddafi nicht ums Leben kam. Der sowjetische Staatschef Gorbatschow versicherte Gaddafi die Solidarität der Sowjetunion und sagte weitere moralische, diplomatische, politische und militärische Unterstützung zu. Etwa zehn Tag später liefen sowjetische Schiffe in libysche Häfen ein, um diese Solidarität zu demonstrieren. Ein Außenministertreffen beider Länder ist erst für die nächsten Wochen vorgemerkt. Die Sowjetunion hatte nicht vor, sich im Falle eines Angriffs der USA auf Libyen militärisch zu engagieren. Nur zwei Wochen vor dem Angriff ließ das sowjetische Außenministerium erklären, die Sowjetunion und Libyen hätten das Projekt, einen Freundschaftsvertrag zu schließen, nach drei Jahren aufgegeben. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern seien freundschaftlich und würden ausgedehnt, sollten aber nicht auf eine andere juristische Ebene gebracht werden (12). Damit wäre ein weiteres Ziel der US-Provokation erreicht: Die Sowjetunion hat wieder einmal demonstriert, daß sie nicht willens und in der Lage ist, ihre Partner im Nahen Osten wirkungsvoll zu schützen.

Die strategischen Interessen der USA

Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts zeigten Großbritannien und die USA starkes Interesse an Stützpunkten in Libyen und an einem ihren Interessen dienenden Regime. Vor 1805 planten die USA, den Herrscher von Tripolis zu stürzen und durch seinen Bruder zu ersetzen, der im ägyptischen Exil lebte. Dieser Umsturzversuch wurde 1805 zugunsten eines Vertrages zu den Akten

Die strategischen Interessen der USA

Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts zeigten Großbritannien und die USA starkes Interesse an Stützpunkten in Libyen und an einem ihren Interessen dienenden Regime. Vor 1805 planten die USA, den Herrscher von Tripolis zu stürzen und durch seinen Bruder zu ersetzen, der im ägyptischen Exil lebte. Dieser Umsturzversuch wurde 1805 zugunsten eines Vertrages zu den Akten

gelegt, was heftige Kritik im Kongreß auslöste. Weitere Versuche, Stützpunkte entlang der libyschen Küste zu errichten, folgten. Die USA wollten eine eigene Position zwischen den französischen (Tunesien und Algerien) und britischen (Ägypten und Sudan) Einflußgebieten aufbauen. Erst nach der Unabhängigkeit Libyens 1951 erhielten die USA den Stützpunkt Wheelus-Air-Base und weitere militärische Nutzungsrechte (1954). In einer CIA-Studie zur Regierungszeit Eisenhowers wurde Libyen 1959 als strategisch wichtige Pufferzone zwischen dem Nahen Osten und Nordafrika, gegen den arabischen Nationalismus und für die Kontrolle des östlichen und südlichen Mittelmeeres eingeschätzt.

Diese strategische Bedeutung hat Libyen heute noch für die USA, auch wenn sich das politische und militärische Umfeld verändert hat. Ägypten ist nach dem Tode Nassers vollends an die Seite der USA gerückt, ist aber nicht zuletzt wegen seiner ungeheuren innenpolitischen Probleme ein wenig verläßlicher Bündnispartner. Tunesien und Marokko wurden aus der französischen Kolonialherrschaft direkt in die USA-Abhängigkeit entlassen. Die USA besitzen eine Vielzahl von militärischen Stützpunkten in Mittelmeerländern, hinzu kommt die im Mittelmeer stationierte Sechste Flotte. Riesige Ölfunde haben das Land seit Mitte der sechziger Jahre noch interessanter für die USA werden lassen. Politik und Polemik Gaddafis sind zumindest ein Störfaktor für die amerikanische Politik im Nahen Osten. Sein Zweckbündnis mit der Sowjetunion hat den Einfluß des ,,Reichs des Bösen'' in dieser

Fortsetzung nächste Seite

Pershing-2 werden scharf gemacht

Parallel zu der Aggression gegen Libyen wurde — ebenfalls unter Leitung des US-Eucom in Stuttgart — eine Alarmübung mit Pershing-2 Raketen durchgeführt.

25. März 86: Zum ersten Mal seit der Beinahe-Katastrophe mit einer Pershing-Rakete am 11.1.85 rücken aus dem US-Lager Mutlangen wieder drei Raketen zu einer Alarmübung aus — gleichzeitig mit dem ersten Angriff auf Libyen durch die 6. US-Flotte.

15. April: Kurz nach dem US-Luftwaffenangriff auf Tripolis und Benghasi verlassen fünf Konvois die Stellung Mutlangen.

16. April: Je sechs Pershing-Raketen verlassen Mutlangen und Neu-Ulm. Alle Raketen führen Sprengköpfe mit sich. Die Raketen nehmen teils sofort, teils später Stellungen in der Nord- und Südpfalz ein. Zwei Pershing-2 machen einen Halt bei Phillipsburg in der Nähe des dortigen A-Waffen-Lagers; eine Rakete fährt auf das Gelände des AKW-Phillipsburg — zeitgleich mit sowjetischen Schiffsoperationen vor der libyschen Küste.

17. April: Pershing-2 werden über den Rhein nach Germersheim verschifft, und zwar von einer Pioniereinheit der Bundeswehr.

18. April: 15 Pershing-2 befinden sich in der Pfalz, drei mehr, als bestätigterweise in Neu-Ulm und Mutlangen ausgefahren sind. Möglicherweise kommen diese drei Raketen aus dem Depot Weilerbach/Pfalz.

Die Raketen üben in Waldstellungen den Ernstfall, d.h. das Startmanöver wird ausgeführt und in letzter Minute vor dem Start, vor Zünden des Treibstoffes abgebrochen. Die ausführenden Soldaten wissen dabei nicht, ob dieses Manöver eine Übung oder tatsächlich der Atomkrieg ist.

Wahnsinn mit Methode

Die Pershing-2 Raketen eröffnen den Militärs zwei Optionen. Zum einen ist es ein Angriff auf Libyen selber, was aufgrund der Reichweite der Raketen möglich ist. Dazu fragte der Spiegel am 17. Oktober 1983: *,,Warum müssen es Pershing-2 sein, die von deutschem Boden aus, und nur von deutschem Boden aus, Libyen bedrohen?''*

Zum anderen ist ihre Hauptfunktion, die ,,Nichteinmischung'' der Sowjetunion zu erzwingen. Dazu der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Jürgen Brandt, auf Kabinettssitzung am 31.3.1982: *,,Es geht bei der Nachrüstung nicht darum, (...) etwa dem Waffensystem SS 20 entsprechende Waffensysteme des Westens entgegenzusetzen. Es geht vielmehr darum, der Allianz Optionen für politisches Handeln zu erhalten, die sie zur Reaktion (...) in dem Bereich zwischen ,nur' politischer Druckausübung durch die SU und einer großen militärischen Auseinandersetzung der Blöcke befähigen.''*

Jürgen, Stuttgart

Die aktuellen Informationen stammen aus der ,,Pressehütte/Mutlangen''.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Region gestärkt (13).

Die USA standen dem Putsch der „Freien Offiziere" zunächst abwartend bis positiv gegenüber. Ein Jahr vor dem Umsturz teilten sie dem libyschen König Idris mit, daß die gewährte Militärhilfe nicht zwangsläufig die Erhaltung seines Thrones bedeuten würde. Wenige Tage nach der Machtübernahme erkannten die USA das Gaddafi-Regime an. Nur wenige Monate später warnte der CIA Gaddafi vor einem Putsch, mehrere Mitglieder des Revolutionsrates wurden verhaftet. Noch 1971 verhinderten die britischen und amerikanischen Geheimdienste einen Umsturzversuch der monarchistischen Opposition, obwohl die USA und Großbritannien schon ein Jahr zuvor ihre Stützpunkte in Libyen hatten aufgeben müssen.

Gaddafis Politk der nationalen Unabhängigkeit (Schließung der Militärbasen, Verstaatlichung des Erdölsektors gegen angemessene Entschädigung (1973)) und eine ab 1973 veränderte Außenpolitik zeigten, daß die USA doch nicht auf den richtigen Mann gesetzt hatten. 1972 begannen die USA mit Aufklärungsflügen, nachdem Libyen Waffen in der Sowjetunion gekauft hatte, die die westlichen Länder nicht zu liefern bereit waren. 1973 wurde der amerikanische Botschafter zurückgerufen und nie wieder eingesetzt. Dies war der Auftakt der bis heute andauernden Destabilisierungs- und Aggressionspolitik gegenüber Libyen, in die sich ab 1977 unter dem Präsidenten Giscard d'Estaing auch Frankreich einmischte (zusammen mit Ägypten plante es 1980 einen Umsturzversuch) (14).

Unter der Präsidentschaft Carters verschlechterten sich die Beziehungen der USA zu Libyen ständig, entgegen manch gegenteiliger Einschätzungen. 1977 setzte das Pentagon Libyen auf die offizielle Feindesliste (15). 1978 beschlossen das Außenministerium und der Nationale Sicherheitsrat ein Embargo gegen Libyen. Waren im Wert von 400 Millionen Dollar wurden zu-

der Nationale Sicherheitsrat ein Embargo gegen Libyen. Waren im Wert

von 400 Millionen Dollar wurden zurückgehalten, darunter auch sämtliche Ersatzteile für acht gelieferte C-130 Hercules-Transportflugzeuge. Elf weitere, bereits bezahlte Flugzeuge lieferten die USA nicht mehr aus (16). Bereits 1979 führten die USA ein Flottenmanöver im Golf von Syrte durch. 1980 schlossen die USA ihre Botschaft in Libyen unter dem Vorwand antiamerikanischer Demonstrationen.

Gaddafi hatte gerade in dieser Zeit den USA Entgegenkommen signalisiert, stieß aber auf wenig Gegenliebe. Einige direkte Kontakte wurden angebahnt. Am spektakulärsten war die Teilnahme des Präsidentenbruders Billy Carter an der Feier zum 10. Jahrestag der Revolution 1979. Sie wurde im amerikanischen Wahlkampf weidlich gegen Jimmy Carter ausgenutzt. Nicht nur seinem Bruder Billy, sondern auch dem Präsidenten selbst wurde der Vorwurf gemacht, von Gaddafi bezahlt zu werden (17). Die Geiselaffäre in Iran trug ein übriges dazu bei, Carter als Schwächling gegenüber dem internationalen Terrorismus zu denunzieren.

Die Reagan-Regierung entfachte von 1980 an eine regelrechte Kampagne, um Libyen international zu isolieren und auf den Sturz Gaddafis hinzuarbeiten. Eine Fülle von angeblichen Informationen über Gaddafi, die seine Rolle als „Agent des internationalen, von der Sowjetunion gestützten Terrornetzes" beweisen sollten, überschwemmten den amerikanischen Bücher- und Zeitungsmarkt, zeitgleich mit entsprechenden CIA-Berichten über das verbrecherische Treiben Gaddafis (18). Quellen sind grundsätzlich Berichte aus Libyen feindlich gesinnten Staaten (siehe unten). Wirtschaftliche Boykottmaßnahmen, politische und diplomatische Isolierung, militärische Provokationen (seit 1981 führten die USA 18 Luft-See-Manöver an libyschen Grenzen durch), Unterstützung der Oppositionsgruppen im In- und Ausland, Planung und Unterstützung von Umsturzversuchen wurden in der Folgezeit mit diesen zum großen Teil erfundenen Geschichten begründet (vergleiche dazu ausführlicher AK 221 und 269).

Libyen und die Sowjetunion

In den ersten Regierungsjahren griff Gaddafi die Sowjetunion sehr scharf an. Sein wilder Antikommunismus, in seiner „Dritten Universaltheorie" (ab 1973) niedergeschrieben, seine antisowjetischen Tiraden und Taten ließen die USA in den ersten Jahren zunächst abwarten. 1970 schlossen die Sowjetunion und Libyen erste Waffengeschäfte ab, etwas später ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. Dies hinderte Gaddafi allerdings nicht, die Politik der Sowjetunion im Nahen Osten weiterhin zu kritisieren. 1970 fingen libysche Flugzeuge eine Maschine ab, die Putschoffiziere in den Sudan bringen sollten. Der Putsch gegen den damaligen Staatschef Numeiri wurde maßgeblich von der sudanesischen KP unterstützt. Gaddafi, damals guter Freund Numeiris, hoffte, daß seine Vereinigungsbemühungen mit Sudan und Ägypten erfolgreich sein würden. 1972 begrüßte er die Ausweisung der sowjetischen Berater aus Ägypten und kritisierte den Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und Irak. 1973 bezichtigte Gaddafi die Sowjetunion des Imperialismus und des Verrats an der arabischen Nation, weil die Sowjetunion sich um einen Waffenstillstand während des Oktoberkrieges bemüht hatten.

Obwohl Gaddafi weiter gegen die Bemühungen polemisierte, eine Genfer



Palästina-Konferenz unter Schirmherrschaft der beiden Großmächte einzu-

Palästina-Konferenz unter Schirmherrschaft der beiden Großmächte einzu-

berufen, führte Kissingers Politik der kleinen Schritte und die sich anbahnenden zweiseitigen Verhandlungslösungen zwischen den Kriegsparteien (Ägypten/Israel, Syrien/Israel) zu einer gewissen Interessensidentität der Sowjetunion und Libyens. Im Juni reiste der libysche Ministerpräsident Jallud erstmals mit einer imposanten Delegation nach Moskau, um weitere Verträge über Zusammenarbeit und Waffenlieferungen abzuschließen. Auf der Militärparade zum fünften Jahrestag der Revolution (1.9.74) waren erstmals sowjetische Waffen und Panzer zu sehen. Libysche Zeitungen beschrieben in dieser Zeit die Sowjetunion als den einzigen Staat, der ohne Bedingungen Waffen- und technische Hilfe leistet, die die Sowjetunion sehr gern gegen harte Währung verkaufte. Der Umfang der Waffenlieferungen ist niemals veröffentlicht worden; nach Geheimdienstquellen sollen sie bis 1980 einen Umfang von 12 Milliarden Dollar erreicht haben.

Im April 1981 reiste Gaddafi zum ersten Mal nach Moskau. Der Besuch war bis dahin immer wieder aufgeschoben worden. Nicht zuletzt der gestiegene Druck seitens der USA wird Gaddafi zu diesem Schritt bewogen haben. Gaddafi wußte seinen Besuch, immerhin der eines islamischen Revolutionsführers in einem atheistischen Land, ausgesprochen stilvoll zu gestalten. Zwar kam Gaddafi, um über eine Reihe wichtiger Fragen zu verhandeln: weitere, und vor allem neueste sowjetische Waffen, Lieferung von nuklearer Technologie, technische Hilfe auf libyschen Ölfeldern und die öffentliche Zusicherung, daß die Sowjetunion Libyen im Falle eines ausländischen Angriffs schützen würde. Zunächst aber hatte er andere Wünsche: Er wollte in der geschlossenen Moskauer Moschee beten, mittels Lautsprecher sollten Gebete von Minarett erklingen. Erst als ihm diese Wünsche gewährt wurden, legte er einen Kranz am Lenin-Mausoleum nieder; man konnte zur Tagesordnung übergehen. Die libysche Nachrichtenagentur feierte das Auftreten Gaddafis als Sieg der Gläubigen über die Ungläubigen. Im Juni reiste Jallud wiederum nach Moskau, um die Verhandlungen zu beenden. Sowjetische Beamte beruhigten die westlichen Korrespondenten: Die Sowjetunion werde Gaddafi nicht unterstützen, wenn Libyen das Ziel eines äußeren Angriffs werde.

Immerhin ankerten im Juli 81, einen Monat vor dem Syrte-Zwischenfall, sowjetische Kriegsschiffe in Tripolis, die Sowjetunion lieferte Libyen Uran und einen Forschungsreaktor, außerdem 800 km weitreichende SS 12-Raketen. Freundschaftlicher ist das libysch-sowjetische Verhältnis bis heute nicht geworden, die Sowjetunion wird sich hüten, auf ihren unberechenbarsten Verbündeten im Nahen Osten zu setzen, dessen Außenpolitik allenfalls als abenteuerlich bezeichnet werden kann (20).

Außenpolitik Libyens

Gaddafi sieht sich in der Nachfolge Nassers, dessen außenpolitische Ziele er übernahm: arabische Einheit, Blockfreiheit und Befreiung arabischen Landes von ausländischer Vorherrschaft. Leider ist er bestenfalls Nassers Karikatur. Gaddafis Politik ist gekennzeichnet von völliger Realitätsferne und totaler Überschätzung der eigenen Bedeutung und der seines Landes. Zudem scheint er völlig zu übersehen, daß sich die politische Landschaft im arabischen Raum von der Machtübernahme Nassers 1952 bis hin zum Sturz des libyschen Königs Idris grundlegend gewandelt hat.

Sturz des libyschen Königs Idris grundlegend gewandelt hat.

Die Einheit der arabischen Nation zu verwirklichen, war auch Nasser nicht gelungen (u.a. gescheiterte Fusion mit Syrien); schon nach dem ersten israelisch-arabischen Krieg 1948 war kein arabisches Regime mehr bereit, sich mit kriegerischen Mitteln auf die Seite der Palästinenser zu stellen, trotz aller Wortradikalität und allen Säbelrasselns. Die Befreiung der Suezkanalzone und der nachfolgende Krieg Großbritanniens, Frankreichs und Israels gegen Ägypten 1956 endete nur deshalb nicht mit einer Niederlage und der Besetzung des Sinai durch Israel, weil die USA und die Sowjetunion gemeinsam Waffenstillstand und Rückzug erzwangen. Die USA verfolgten dabei freilich sehr eigennützige Interessen: Sie wollten den Einfluß der alten Kolonialmächte zugunsten der eigenen Präsenz zurückdrängen.

Nasser hat sich immer um die Kontrolle der Palästinenser und der PLO bemüht und sehr früh Guerilla-Operationen von ägyptischen Boden aus verboten. Im übrigen hat er sich nach dem Juni-Krieg — in Kenntnis der israelischen Überlegenheit — auf zweiseitige Verhandlungen unter Schirmherrschaft der USA eingelassen (Rogers-Plan 1970), ausschließlich interessiert an der Wiedergewinnung des Sinai.

Ohne diese Tatsachen zu berücksichtigen, begann Gaddafi, sein außenpolitisches Konzept mit der ihm eigenen Großmäuligkeit in die Praxis umzusetzen. Es umfaßt: Blockfreiheit, Arabische Einheit, Befreiung Palästinas und nationaler Befreiungskampf/Antiimperialismus.

Gaddafi löste zunächst die amerikanischen Stützpunkte im eigenen Lande auf und eiferte fortan gegen jedes — vergleichweise noch so mächtige arabische — Land, das das Ziel der Befreiung Palästinas aufgab und eine prowestliche Politik betrieb. Das schaffte ihm gleich mehr als ein halbes Dutzend Feinde unter den arabischen Regimes, mit denen er ja eigentlich eine einheitliche arabische Nation aufbauen wollte.

In den ersten Jahren bemühte er sich, verschiedene Staaten für eine Vereinigung mit Libyen zu gewinnen. Wenige Tage nach der Machtübernahme der „Freien Offiziere" reiste der spätere Ministerpräsident Jallud in den Sudan. Dort hatte im Mai eine nasseristische Revolution stattgefunden. Anschließend fuhr er nach Kairo und berichtete Nasser von dem libyschen Wunsch, sich mit Sudan und Ägypten zusammenzuschließen. Die Charta von Tripolis (27.12.69) legte den Grund für die Vereinigung, die auch anderen arabischen Staaten offenstehen sollte. Die Gründung der „Föderation Arabischer Staaten" (17.4.71) in Bengasi stieß auf so starke Opposition im Sudan, daß Numeiri sich dankend zurückzog. Stattdessen trat Syrien der Föderation bei. Ende 1972 war die Föderation sang- und klanglos dahingeschieden. Gaddafi brachte umgehend einen neuen Plan auf den Tisch: Diesmal sollte es eine Vereinigung nur mit Ägypten sein. Um Sadat unter Druck zu setzen, organisierte Gaddafi im Juni 1973 einen Volksmarsch in Richtung ägyptischer Grenze. Im August reiste er persönlich nach Ägypten; Sadat aber bereitete in Syrien und Saudi-Arabien den Krieg gegen Israel vor. Niemand unterrichtete Gaddafi.

Der Oktoberkrieg leitete offen einen Wechsel in der Politik der Frontstaaten zu Israel ein. Ursachen waren: Die gemeinsame Front gegen Israel war längst aufgebrochen, Jordanien hatte sich nicht einmal mehr am Krieg beteiligt; die Folgen der Niederlage 1967; das Erstarken eigenständiger palästinensischer Organisationen und die wachsende Unabhängigkeit der PLO, die einen eigenen palästinensischen Staat forderte. Die arabischen Regimes wollten bis dahin zwar den von Israel besetzten arabischen Boden befreien, strebten aber keine palästinensische Staatsgründung an. Jordanien und Ägypten hatten schon 1948 Restpalästina besetzt. Syrien betrachtet u.a. Palästina als zum syrischen Großreich gehörig. Das Ziel, Israel zu vernichten, wurde auch verbal aufgegeben. An der Seite der USA setzten sich die Frontstaaten für die Rückgewinnung der 1967 besetzten Gebiete ein. Saudi-Arabien, prowestlich und äußert reaktionär, begann eine wichtige Rolle im Nahen Osten zu spielen (wichtigster Geldgeber, mit dem Libyen auch nicht ansatzweise mithalten kann, und bedeutendstes Mitglied der OPEC). Während Numeiri an der Seite der sich mehr und mehr prowestlich orientierenden Staaten blieb, begann Gaddafi jeden Staat zumindest verbal zu bekämpfen, der eine Verhandlungsregelung mit Israel anstrebt oder unterstützt und eine engere Allianz mit den USA eingeht. Dieser Anspruch führte zu einer verwirrenden und schwer durchschaubaren Außenpolitik. Gaddafi versteht sich zwar als großer arabi-

zu einer verwirrenden und schwer durchschaubaren Außenpolitik. Gaddafi versteht sich zwar als großer arabi-

scher und islamischer Führer, angesichts seiner realen Bedeutungslosigkeit blieb ihm aber nichts anderes übrig, auf die wechselnden Koalitionen im arabischen Raum zu reagieren. Partner sucht er sich in der Regel danach aus, wie feindselig sie dem israelischen Staat und den USA wenn auch nur taktisch gegenüberstehen.

Gaddafi fordert die Zerstörung Israels und die Rückkehr der Juden in ihre Herkunftsländer, u.a. mit der rassistischen Begründung, Araber und Juden seien auf allen Ebenen so verschieden, daß eine Integration nicht möglich sei. Daher sei es ein Naturgesetz, gegen Israel zu kämpfen (21). Trotz dieser Wortradikalität, die Gaddafi nie versucht hat in die Tat umzusetzen, liegt man völlig fehl mit der Annahme, wollte man daraus eine konsequente Unterstützung Gaddafis für die PLO ableiten. Zunächst unterstützte Gaddafi nur Al-Fatah, da die linken Organisationen Kommunisten und Atheisten seien. Die Hilfe für Al-Fatah stellte er 1975 ein und verteilte nun Geld und militärische Hilfe direkt vor allem an die Organisationen, die einer Verhandlungslösung mit Israel ablehnend gegenüberstehen. Zeitweise billigte er das Konzept des Mini-Staates, den er als Sprungbrett für die Zerstörung Israels ansah. Er stimmte der syrischen Intervention in den Libanon zu, die den linken libanesischen Kräften und der PLO schwerste Niederlagen bereitete (22). 1979 mischte er sich am „Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk" ganz massiv in die Politik der PLO ein. Er beschuldigte die PLO-Führung, zu kompromißbereit gegenüber den USA und den reaktionären arabischen Staaten zu sein, und schlug vor, den Kampf gegen die israelisch-arabische Allianz zu konzentrieren, den Suezkanal zu zerstören und die ägyptischen Ölfelder auf dem Sinai anzugreifen. Außerdem riet er der PLO, eine Demokratie nach libyschem Muster (siehe unten) einzuführen. Dieses Ansinnen führte zum Bruch mit der PLO-Führung, Mitglieder der Al-Fatah wurden in Libyen verfolgt und ausgewiesen. In der Folgezeit nahm er Gespräche mit Fatah-Dissidenten auf: Ende 1979 traf er sich mit Naji Allusch, der die Arabische Volksbefreiungsbewegung gegründet hatte, und, wie sollte es anders sein, mit Abu Nidal (23).

Die Meinungsverschiedenheiten wurden 1981 wegen der israelisch-syrischen Raketenkrise und der Bombardierung des Südlibanons und Beiruts zunächst übertüncht. Gaddafi zeigte sich auf seine Art hilfsbereit: Er schickte arabische Freiwillige zur Stärkung der PLO-Kräfte, sowjetische Raketen, um die israelische Luftüberlegenheit zu brechen, und weitreichende Artillerie, um über die Nordgrenze nach Israel und in die „christlichen" Enklaven feuern zu können. Der syrische Präsident Assad akzeptierte diese brüderliche Hilfe grollend (25), wohl weil sie insgesamt spärlich und wirkungslos war. Bleibt zu erwähnen, daß Gaddafi den Abzug der PLO aus Beirut als Verrat brandmarkte und den PLO-Kräften empfahl, auszuharren und sich umbringen zu lassen.

Für diese Art „antiimperialistischer" Politik Gaddafis ließen sich noch eine Reihe von Beispielen anführen. Erwähnt werden soll seine Politik gegenüber der Frente Polisario. Letztere erkannte er zwar an, nicht aber die von ihr proklamierte Arabisch-Saharauische Demokratische Republik. Gaddafi ist einfach gegen die Bildung eines weiteren arabischen Nationalstaates, wäre er doch ein weiterer Stein auf dem beschwerlichen Weg zu der von ihm erträumten arabischen Einheit. Insgesamt war die militärische und finanzielle Hilfe für die Frente Polisario unbeständig und unzuverlässig und kann mit der algerischen Unterstützung nicht verglichen werden. Das Abkommen mit Marokko wird diese Hilfe weiter einschränken.

Im Rahmen seines islamischen Antiimperialismus griff Gaddafi vor allem Saudi-Arabien, Ägypten und Sudan scharf an, unterstützte offen viele Oppositionsgruppen und schürte Putschversuche. In Libyen wurde die sudanesische Nationale Front trainiert und ausgerüstet. Sie versuchte im Juli 1976 Numeiri zu stürzen. 1977 mündeten die gegenseitigen Angriffe Libyens und Ägyptens in bewaffnete Auseinandersetzungen, die beigelegt wurden, als klar wurde, daß eine Offensive für niemanden schnell erfolgreich sein würde. Im November 1981 einigten sich Mubarak und Gaddafi darauf, sich nicht militärisch anzugreifen.

Es wäre völlig falsch anzunehmen, Libyen stände hinter den meisten oder allen Umsturzversuchen im arabischen Raum oder wäre das sichere Hinterland für alle möglichen Oppositonsgruppen und Befreiungsbewegungen. Am Beispiel der PLO wurde deutlich, daß libysche Unterstützung immer auch mit massiven Einmischungsversu-

gruppen und Befreiungsbewegungen. Am Beispiel der PLO wurde deutlich, daß libysche Unterstützung immer auch mit massiven Einmischungsversu-

chen verbunden und keineswegs verläßlich ist. Die sudanesische Nationale Front hätte jahrelang in Äthiopien Stützpunkte. Für den Aufstand in der südtunesischen Stadt Gafsa, der im Januar 1980 von 60 tunesischen Exilanten begonnen wurde, machten die USA und Tunesien Libyen verantwortlich, obwohl amerikanische Beamte verlauten ließen, daß nicht Libyen, sondern eher Algerien den Aufstand unterstützt habe, was wahrscheinlich genauso absurd ist.

Mit Annäherung an die Sowjetunion verbesserten sich die Beziehungen zu Äthiopien und Südjemen. Gaddafi gab die Unterstützung des reaktionären Flügels der eritreischen Befreiungsfront in diesem Zusammenhang schrittweise auf. Am 19.8.81 schlossen Libyen, Äthiopien und Südjemen einen Vertrag, der den Widerstand dieser Länder gegen die US-Präsenz in der Region unterstreichen sollte.

Ende der siebziger Jahre wurden Nordafrika und die Sahel-Zone verstärkt Objekt der libyschen Außenpolitik, die jetzt nicht mehr so sehr mit arabischen Einigungsbestrebungen, sondern mit einem islamischen antiimperialistischen Kampf begründet wurde. Gaddafi baute eine „islamische Streitmacht" aus nordafrikanischen Freiwilligen auf, die auf der Militärparade zum 10. Jahrestag der Revolution erstmals präsentiert wurde. Sie war damals 5.000 Mann stark. Besonders Mauretanien erfreute sich nun neuer Fusionspläne Libyens. Gaddafis Ambitionen in Nordafrika stießen vor allem auf die Kritik des damaligen Staatschefs in Senegal (Gaddafi hatte gerade seine massive Einmischung im Tschad begonnen). Gaddafi, der die wirtschaftlichen und politischen Verbindungen der nordafrikanischen Länder zur alten Kolonialmacht Frankreich kritisierte, schloß im Juli 1980 das Volksbüro im Senegal und ließ fortan die diplomatischen Beziehungen über das Volksbüro in Paris laufen. Begründung: Senegal sei ein Frankreich völlig unterwürfiges Land.

Ganz sicher ist Libyens Politik nicht nur von reinem Idealismus geprägt, gegenüber dem Tschad stehen handfeste machtpolitische Ambitionen dahinter. Libyen hat den uranreichen Nordstreifen des Tschad seit Jahren annektiert. Es beruft sich dabei auf ein 1935 zwischen Frankreich und Italien ausgehandeltes, nie ratifiziertes Abkommen. Im November 1980 intervenierten libysche Truppen im Tschad, um die Regierung Goukouni Ouddeis gegen die von Frankreich unterstützten Habre-Rebellen zu unterstützen. Grundlage war ein im Juni geschlossenes Verteidi-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gungsabkommen. Gleichzeitig planten Frankreich und Ägypten einen Umsturzversuch in Libyen.

Das Tschad-Abenteuer war — neben der militärischen Intervention Libyens in Uganda zum Schutze des damaligen Diktators Idi Amin (er hatte 1972 die Beziehungen zu Israel abgebrochen) — die einzig militärisch erfolgreiche Operation Libyens. Der Erfolg war bekanntlich nicht von langer Dauer.

Gaddafi hat den verschiedensten Gruppierungen innerhalb Europas und in der ganzen Welt finanzielle und militärische Hilfe versprochen: islamischen Bewegungen auf den Phillippinen und in den USA, Befreiungsbewegungen in Afrika, der Linken im Libanon, der PLO, Oppositionellen in arabischen Ländern, europäischen Organisationen von der IRA bis zur ETA. Wie groß die tatsächliche Unterstützung war, wird sich nie herausfinden lassen. Festzuhalten ist jedoch, das zwischen Worten und Taten Gaddafis eine riesige Kluft besteht. Die Geheimdienste imperialistischer und arabischer Länder tragen mit gezielt lancierten Falschmeldungen erheblich zu dem Verwirrspiel bei. Ein besonders glaubwürdiges Beispiel sei hier angeführt. Der ägyptische Präsident Sadat und der Journalist Heikal haben das Verdienst, es der Weltöffentlichkeit bekannt gemacht zu haben: Am 15.4.73 lief die „Queen Elizabeth II" mit vielen amerikanischen Juden an Bord im Hafen von Haifa ein, um den 25. Jahrestag der israelischen Staatsgründung zu feiern. Zwei Tage später befahl Gaddafi dem Kommandanten eines in einem libyschen Hafen liegenden ägyptischen Unterseebootes, auszulaufen und mit einem Torpedo das Passagierschiff im Mittelmeer zuversenken. Der Kommandeur sendete von offener See aus eine kodierte Meldung an seinen Stützpunkt. Sadat befahl dem Kommandeur, unverzüglich nach Alexandria zurückzukehren (26).

Anzumerken sei, daß Iran, Irak, Syrien, Israel und die verschiedenen Strömungen im Libanon vermutlich in weit aus mehr „Terrorakte" als Libyen verwickelt waren und sind.

Nahost-Kommission

Anmerkungen:

(1) Judith Perera, Why Libya is the target, aus: The Middle East, February 1986
(2) Syrien schoß während der Raketenkrise 1981 ein oder zwei SAM 6 — oder SAM 8 — Raketen auf israelische Flugzeuge ab. Die dabei gesammelten elektronischen Daten ermöglichten Israel, zu Beginn der Libanon-Invasion 1982 die syrisch-sowjetischen Raketenbasen auf dem Boden zu zerstören. Was u.a. sicher dazu beigetragen hat, Syrien von einem Eingreifen endgültig abzuhalten.
(3) Der Artikel geht davon aus, daß weder die USA noch die Sowjetunion eine Konfrontation im Nahen Osten wollen und daß die Sowjetunion sich zu diesem Kompromiß bereit erklärte, weil die Spannungen gegenüber Syrien u.a. wegen des Wunsches nach syrischer Kontrolle über modernste sowjetische Waffen angewachsen sind, und weil sie eine einseitige Aktion Israels befürchteten, auf die zu reagieren sie gezwungen wären.
(4) Abu brach im November 1983 mit Irak, danach soll Libyen sein Hauptunterstützer sein. Nach eigenen Angaben arbeitet er zur Zeit nur mit Ahmed Jibril zusammen (Le Monde, LM, 31.12.85).
(5) Attentäter sollten in Libanon ausgebildet und über Damaskus nach Europa gereist sein.
(6) Gaddafi hat 1981 beschlossen, in der großen Syrte etwa 100 Meilen von der Küste entfernt, eine Todeslinie zu ziehen. Diese Zone ist für die Schiffahrt verboten.
(7) Libyen hält den Aozou-Streifen an der Grenze zu Libyen besetzt.
(8) LM, 29.4.86
(9) LM, 3.1.86
(10) LM, 25.4.86
(11) LM, 18.4.86
(12) LM, 30./31.12.85
(13) Claudia Wright, Libya and the West: Headlong into Confrontation?, in: International Affairs, 1, 1981/82, S.13 - 41
(14) Counterspy, Washington, Jg. 6, Heft 1, Nov. 81-Jan. 82, vgl. ausführlicher Arbeiterkampf 221, S. 36/37 und Nachdruck des AIB-Artikels in Arbeiterkampf 269, S. 28/29
(15) International Herald Tribune, 29.1.77
(16) Neue Zürcher Zeitung, 27.6.78
(17) Colin Legum u.a. (Hrg), Middle East Contemporary Survey, 1979/80, S. 643, Wright, a.a.O.
(18) Wright, a.a.O., S. 17
(19) Rene Otayek, Libye et Afrique: Contraintes Strategiques et Relations d'influence, in: Annee Africaine 1980, Nathan Alexander, The Foreign Policy of Libya: Inflexibility Amid Change, in: Orbis, 4, 1981, S. 818 - 846
(20) Angaben nach: Roberto Aliboni, Panarabismus und Internationalismus in der Außenpolitik Muammer el-Khadafis, in: Europa-Archiv, 37, 10.7.82, S. 405 - 414, John K. Cooley, The Libyan Menace, in: Foreign Policy, 42, 1981, S. 74 - 93, Wright, a.a.O, Otayek, a.a.O., Alexander, a.a.O.
(21) Hanspeter Mattes, Islam und Staatsaufbau, Das Theoretische Konzept und das Beispiel der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahriyya, Juni 1982
(22) Wright, a.a.O.
(23) Vgl. Arbeiterkampf 169, S. 42, MECS, a.a.O. S. 639
(24) Wright, a.a.O., S. 37
(26) Cooley, a.a.O., S. 84. Alle nicht gekennzeichneten Zitate in diesem Kapitel nach: Mohamed A. El-Khawas, Libya's Foreign Policy: A Balanced Sheet, aus: Cecil Blake (Hrg), Libya, Terrorist or Terrorisized..., 1982, Ottawa, und Literaturangaben unter (20).

Entspannungspolitik mit gleichzeitigem Mitrüsten

Interview mit Rainer Trampert über die SU-Reise des BV der GRÜNEN



Der Grüne Bundesvorstand vor der US-Botschaft in Moskau

Das folgende Interview mit Rainer Trampert über die Reise des Bundesvorstands der GRÜNEN in die Sowjetunion führte für uns Manfred Kühle, Mitarbeiter im BUF, der selbst im vergangenen Jahr mit einer Delegation des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung die Sowjetunion bereiste und dort mit Vertretern der Regierung, der offiziellen und der unabhängigen Friedensbewegung sprach.

Das Gespräch findet im Schatten der Atomkraftwerkskatastrophe in der Ukraine statt. Was fällt Dir im Rückblick des Besuches des Grünen Bundesvorstandes in der Sowjetunion zum „Thema" ein?

Wir haben die Frage der sogenannten „friedlichen Nutzung der Atomenergie" und der Möglichkeit von Katastrophen dort mehrfach erwähnt und sind total auf Unverständnis gestoßen. Wir sind mit einer absoluten Wissenschafts- und Technikgläubigkeit konfrontiert worden. Die SU hat vor, bis zum Jahre 1990 jedes Jahr sechs neue Druckwasserreaktoren in Bau zu nehmen. Sie hat vor, im nächsten Planjahrfünft die Atomstromproduktion um das Zweieinhalbfache zu erhöhen. In der „Prawda" hat es eine Kampagne gegeben, die auf die Fließbandproduktion von AKWs zielte.

In den Auseinandersetzungen um diese Frage haben wir z.B. mit dem im Ministerrange stehenden Prof. Israel, der für Umweltkontrollen zuständig ist, ähnliche Aussagen zu hören bekommen, die bei uns von der IG Bergbau gegeben werden. Wir wurden gefragt, ob wir in die Höhlen zurückwollten. Uns wurde erklärt, daß die Atomenergie die sauberste Energieform sei. Der ganze Sektor „Atomproduktion" ist in dem Bereich Umweltkontrollen nicht enthalten, weil er normale Produktionsmaschine sei und mit Umwelt nichts zu tun habe, wurde uns gesagt.

Auf der anderen Seite ist es aber bedeutsam, was in der Bundesrepublik aus diesem Unfall gemacht wird. Leute wie Zimmermann und Riesenhuber starten mit Unterstützung der Bild-Zeitung eine Kampagne, daß alles schlecht ist, was aus dem Osten kommt. Die Kampagne hat einen Doppelcharakter. Einmal betrügen sie die Menschen, damit sie hier nicht auf die Idee kommen, daß wir genauso auf einem Vulkan leben. Damit soll ein neues massives Aufleben der Anti-AKW-Bewegung gebremst werden. Zweitens ist ihnen aber der Unfall in der Sowjetunion sehr lieb, um von der globalen Kriegsgefahr abzulenken, in die uns die USA mit ihrem Bombenangriff auf Libyen gebracht haben. Ohne zu beschönigen, was in der Sowjetunion geschehen ist, müssen wir deshalb hier sagen, daß die Atomenergienutzung insgesamt eine Kriegserklärung an die Menschheit ist und wir hier keinen Deut sicherer leben als die Menschen in der SU. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann was wo hochgeht.

Jens Scheer hat in der TAZ sehr klar herausgestellt, daß ein vergleichbarer Unfall in der BRD weitaus größere Folgen hätte, weil aufgrund der Berstgefahr die Radioaktivität schnell und konzentriert freigesetzt werden würde.

Aber zurück zu Eurer Reise. Während bisheriger Besuche grüner Politiker in der Sowjetunion gab es immer Protestaktionen, die sich gegen Maßnahmen in der Sowjetunion und demonstrativ an die sowjetische Führung richteten. Diesmal war es anders. Ihr habt vor der US-Botschaft in Moskau demonstriert. Wie kam es dazu, und wie haben Eure Gastgeber darauf reagiert?

Angesichts der Meldungen über mögliche US-Aktionen gegen Libyen vor unserer Abreise haben wir unter uns abgesprochen, daß wir in einem solchen Falle in Moskau gegen die von den USA ausgehende Kriegsgefahr demonstrieren werden. Ganz konkret haben wir Transparentstoff und Farbe mitgenommen, haben das Programm in Moskau unterbrochen, uns selbständig gemacht, uns selber Taxen gesucht und sind dann zur US-Botschaft gefahren. Bei unseren Gastgebern hatten wir hinterlassen, daß wir in der US-Botschaft eine Erklärung überreichen wollten, um auf diese Weise Eventualitäten vorbeugen zu können. Die Botschaft war dann von sowjetischer Miliz umstellt, die so tat, als gäbe es uns gar nicht.

Interessant ist, daß wir mit unserem Besuch fast jeden Tag im sowjetischen Fernsehen und Rundfunk waren, diese Aktion jedoch nicht über die Medien verbreitet wurde, weil sie offensichtlich die Regeln des Staates verletzt hat.

Bitte schildere kurz den Ablauf der Reise und Eure interne Vorbereitung. Was wolltet Ihr vermitteln und was herausbekommen?

Die Reise war von unserer Seite aus nicht wie ein Staatsakt behandelt worden. Wir wollten nicht so tun, als könnten wir mit der Fahrt die Welt bewegen. Uns kam es darauf an, Informationen und Standpunkte auszutauschen, um uns ein besseres Bild von den Entwicklungen in der SU machen zu können — national wie international. Dazu gehörte der Bereich der Friedenspolitik und die Einschätzung, was sich in der Sowjetunion nach dem 27. Parteitag ändern wird. Dazu zählte auch ein Austausch über ökologische Probleme und Demokratie sowie Widerstand in der SU. Unsere Reise war so angelegt, daß wir sowohl staatsoffizielle als auch außerstaatliche Gespräche, wie z.B. mit der Trust-Gruppe, hatten. Innerhalb des Besuchsprogramms würde ich unterscheiden zwischen den hochkarätigen Gesprächen von Gromyko über Jelzin bis hin zu anderen ZK-Mitgliedern, und zweitens Pflichtübungen, die auch interessant waren, z.B. Gespräche mit dem Friedenskomitee, Besuch in Leningrad, eines Betriebes und eines Eishockey-Länderspiels. Drittens gab es dann die Ebene von außerstaatlichen Gesprächen in Privatwohnungen, die zwar nicht gern gesehen aber toleriert wurden, und ein Kennenlernen der Subkultur in den Städten durch nächtliche Spaziergänge.

Die Repression gegen die Trust-Gruppe ist in der letzten Zeit ja wieder verstärkt worden. Was haben Euch die Mitglieder der Trust-Gruppe über ihre Situation berichtet?

Wir haben einen ganzen Nachmittag mit etwa 25 Mitgliedern der Trust-Gruppe, von denen zwei extra aus Leningrad angereist waren, verbracht. Es bestand ein riesiges Interesse, mit uns in Kontakt zu kommen. Sie haben die Repression der letzten Zeit geschildert. Ich will einige Beispiele nennen. Um die Verbindung von Ökologie und Frieden symbolisch darzustellen, haben sie in einem Betonviertel zwei Blumenbeete gepflanzt. Daraufhin sind sofort Milizionäre gekommen, haben die Blumen wutentbrannt herausgerissen und Aktionen dieser Art verboten, weil sie illegal seien. In einem anderen Fall wurde einer Frau die dreijährige Tochter weggenommen, weil sie keine „sowjetische Erziehung" mehr gewährleisten könne. Das Vergehen der Frau bestand darin, daß sie zu einem offiziellen Gespräch der Greenham Common-Frauen mit dem Sowjetischen Friedenskomitee mitgekommen war und sich während der Vorstellung als Moskauerin zu erkennen gegeben hat. Daraufhin sollte sie sofort festgehalten werden, was allerdings aktuell verhindert werden konnte. Danach ist sie aber zu zweieinhalb Jahren auf Bewährung verurteilt worden, und man hat ihr das Kind weggenommen. Ein weiteres Beispiel: Die Trust-Gruppe hat auf Moskauer Straßen versucht, Unterschriften für das Helsinki-Abkommen zu sammeln. Dabei ist eine Frau verhaftet und in einem Krankenwagen in eine psychiatrische Klinik gefahren worden. Sie ist zwar nach einem Monat wieder freigekommen. Andere bleiben aber länger dort. Wir haben selber im Straßenbild Moskaus erlebt, wie jemand von Zivilen und Weißkitteln gegriffen wurde und in einen Krankenwagen mit Faustschlägen und Fußtritten hineingeprügelt wurde.

Welchen Eindruck hast Du von den politischen Intentionen der Gruppe?

Die Gruppe setzt sich aus unterschiedlichen Leuten mit unterschiedlichen Interessen zusammen, die eigentlich nur durch die Repression des Staates gegen sie geeint werden. Einige wollen sich mit einer eigenständigen Friedenspolitik an die Bevölkerung wenden, weil sie davon ausgehen, daß eine Grundlage für die Verhinderung von Kriegen der Abbau von Feindbildern und der Abbau von Ressentiments der Völker untereinander ist. Andererseits gibt es in der Gruppe Juden, die am liebsten morgen nach Israel ausreisen würden, oder Baptisten, die in die USA wollen. Dann gab es einen Trotzkisten, dessen Freund in Sibirien ist und der ganz andere politische Ansprüche hat als beispielsweise ein Baptist. Politisch kann das kaum zusammengehen. Allerdings bieten sie sich gegenseitig einen Schutz, weil sie alle unter Repression zu leiden haben. Die Gruppe selbst ist so zusammengesetzt, wie sie ein Staat Sowjetunion zur Zeit hervorbringt, wie der Staat in seiner spezifischen Zusammensetzung Widerstand hervorbringt. Fast unvorstellbar für uns hat die Gruppe ein einheitliches Prinzip: Alle Gesetze der SU müssen strikt eingehalten werden. Gerade das führt häufiger dazu, daß sie für verrückt erklärt werden und in Kliniken kommen, weil sie juristisch nicht belangt werden können.

Gab es Hinweise auf spezielle Repressionen, die auf antisemitischen Tendenzen beruhen?

Es gab Berichte über Einzelfälle. Intellektuelle staatskritische Leute erhalten Berufsverbot, wer aus religiösen Gründen den Dienst mit der Waffe ablehnt, kommt ins Gefängnis. Die Juden sprächen davon, daß große Teile der Bevölkerung einem vom Staat geschürten Antisemitismus aufgesessen seien und sie es schwer haben, wenn sie sich auf den Straßen als Juden zu erkennen geben. Wir haben das an Feinheiten in Gesprächen mit ZK-Mitgliedern gemerkt. So gibt es eine russische Aussprache jüdischer Namen und eine bestimmte jüdische Version, die eigentlich nur im verächtlichen Sinne übernommen wird. Und immer wenn wir die russischen Namen nannten, dann antworteten die ZK-Gegenüber sofort mit der jüdischen Version. Es gibt also einen latenten Antisemitismus.

Chruschtschow berichtet in seinen Memoiren von den antisemitischen Wortspielen Stalins.

Da muß bis heute einiges in der Führung hängengeblieben sein.

Alle Welt redet von der neuen sowjetischen „Reformpolitik". Auch unter Linken scheinen sich Hoffnungen und Illusionen über den neuen wirtschaftspolitischen Kurs breit zu machen. Auch Grüne sprechen von „interessanten Entwicklungen". Ein Großteil Eures Programms war diesem Bereich gewidmet. Wohin entwickelt sich die SU, und welche Folgen sind zu erwarten?

Wir haben darüber ausführlich mit dem neuen Kandidaten im Politbüro, Jelzin, gesprochen, der gerade in der Bundesrepublik ist. Ich bin nach dem Studium der Gorbatschow-Reden und der kritischen Leserbriefe mit einigen Erwartungen hingefahren und komme ziemlich ernüchtert zurück. Der neue Kurs wurde von Jelzin und anderen mit folgenden Begriffen zusammengefaßt: wirtschaftliches Wachstum wie noch nie, Elektronifizierung, Atomifizierung, strengste Arbeitsdisziplin und gnadenloser Kampf dem Schlendrian unter den Werktätigen. Hinzu kommt eine gewisse Säuberung der trägen Elemente in der Bürokratie. Ich bin in Moskau auf eine öffentliche Plakatwand mit vielen Fotos gestoßen. Darauf waren Köpfe, die den Plan übererfüllt hatten und Köpfe, die wegen Schlendrian entlassen wurden, also Pranger. In einer neuen Ausgabe von „Neues Leben", die von der Prawda herausgegeben wird, sind Berichte aus den Betrieben abgedruckt, wie die Beschlüsse des 27. Parteitages zu Ehren Gorbatschow umgesetzt wurden. Ein Auszug: „Wir haben aber diesen Menschen einen unversöhnlichen Kampf angesagt, die nicht arbeiten wollen. Von denjenigen, die nicht arbeiten wollen, haben wir uns getrennt. Das alles wirkte sich sofort positiv auf die Produktionsergebnisse aus. In unseren gemeinsamen Haus muß Ordnung herrschen." Eine klare Ausgrenzung aller „faulen Elemente", die wir auch bei uns im Kapitalismus kennen.

Da die Führung weiß, daß die Leute in ebenso schlechten Arbeitsverhältnissen wir hier nicht nur für die Ehre mehr arbeiten, werden neue und uns längst bekannte „Anreizsysteme" eingeführt. Arbeitnehmer dürfen gekündigt werden und werden dann Arbeiter auf Abruf für minderwertige Arbeiten. In den Betrieben werden moderne Leistungsbewertungen eingeführt. Das Lohnsystem wird gestreckt. Für Ingeneure, Meister und Techniker gibt es mehr zu verdienen, ebenso für besonders Fleißige,dafür weniger für die, die nicht so können. Dazu zählt ein wenig Markt. Überschüsse in der Agrarproduktion dürfen von den Kollektiven versilbert werden. Die neue Welle der Mitverantwortung in den Betrieben wird immer wieder auf Rationalisie-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

rungsvorschläge und höhere Arbeitsleistung für „Qualitätsprodukte" konkretisiert. Wir haben Jelzin gefragt, was für Demokratie und Selbstverwaltung übrig bliebe und ob irgendwann abgegangen werde vom Ausbau des Zentralstaates, der in alle Lebensbereiche hineindirigiere, und eingestiegen werde in eine Phase des absterbenden Staates und Selbstverwaltung der Menschen, wie Lenin den Sozialismus in „Staat und Revolution" charakterisiert hatte. Jalzin brachte den Unterschied von heute zu früher auf folgenden Nenner: Früher mußten die Leute den Plan erfüllen und abliefern, was sie mehr erarbeiten hatten. Wer hatte da Lust, mehr zu arbeiten? Heute muß der Plan erfüllt werden, aber Überschüsse dürfen zum Teil für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur genommen werden. So erziehen sich die Menschen gegenseitig zu mehr Arbeit. Er nannte als Beispiel: Es sei eine ganze Stadt neu gebaut worden ohne Einkaufsmöglichkeit. Mit den Mitteln, die über den Plan hinaus erwirtschaftet werden, können sie sich ein Einkaufszentrum gönnen. Als weiters Beispiel nannte er die Verbesserung einer medizinischen Versorgung vor Ort. Allmählich wolle man auch zu einer größeren Entscheidungskompetenz der Betriebsführungen übergehen, aber keine Wahlen und Abwahlen von Führungen einführen.

Mein Eindruck war, daß der neue Plan Japan und China gleichzeitig ist. Elektronik und Arbeitsdisziplin kombiniert mit Leistungsbezahlung und etwas Markt.

Hinzu kommt, daß das neue Topmanagement die Bürokratie rationalisieren will und deshalb im mittleren Management säubern will. Das Heer der
nagement die Bürokratie rationalisieren will und deshalb im mittleren Management säubern will. Das Heer der
Bürokraten schlägt aber zurück. Einer sagte mir außerhalb des Protokolls: Jelzin soll mal in Moskau die Röhren putzen, hier leben allein 700.000 Beamte. Kritikbriefe in der Prawda gegen die Trägheit der Bürokratie und gegen deren Sondervergünstigungen führten inzwischen zu einer öffentlichen Selbstkritik des Chefredakteurs wegen ungerechtfertigter Angriffe. Die Bemerkung von einem Angegriffenen klang danach, sie hätten schon viele mit neuen Ideen kommen und gehen sehen.

Welche Erwartungen haben die Sowjets in Bezug auf die Genfer Verhandlungen? Gab es Unterschiede in der Bewertung unter Euren Gesprächspartnern, etwa was die Einschätzung der Bereitschaft der USA anbelangt, auf einzelne der diversen Abrüstungsvorschläge einzugehen?

Ich habe keine unterschiedlichen Einschätzungen festgestellt. Es gab nur stereotype Wiederholungen. Wir haben darüber mit Gromyko als unserem höchsten Gesprächspartner, mit dem Friedenskomitee und den ZK-Mitgliedern Semjanin und Sagladin gesprochen. Es hieß immer, daß die Sowjetunion friedlich sei, „friedliche Koexistenz" wolle und die Genfer Verhandlungen einen Schritt voranbringen, die USA aber aufrüsten und aggressiv sei. Das war der Tenor. Wir haben dann nachgefragt, ob sie ernsthaft meinten, daß die Verhandlungsebene etwas bringen würde und sie nicht selber die Lage so beurteilen würden, daß die NATO und die USA sich nicht darum scheren, wie oft verhandelt wird, sondern das nur als Fototermin nutzen, um gleichzeitig die nächsten Aufrüstungsschritte in Gang zu setzen. Wir haben gefragt, ob sie nicht selbst ein kritischeres Verhältnis zu ihrer Illusionsmacherei, was die Möglichkeiten der Verhandlungen angeht, einnehmen könnten. Doch das war außerhalb der Denkweise. Ihre Position ging sogar so weit, daß sie eigenständige Besuche bei westlichen Friedensbewegungen ablehnen würden, soweit dadurch die westliche Staatsführung verletzt werden könnte. Auf konkrete Vorschläge hin, sie könnten vor der Friedensbewegung ihre Vorschläge erläutern, wurde eingewandt, das könnte eine Verletzung der Bundesregierung zur Folge haben und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der BRD darstellen.

Auch in der Frage einseitiger Abrüstungsschritte habt Ihr eine Abfuhr erhalten?

Dazu ein klärendes Wort. Wir sind natürlich nicht mit dem erhobenen Zeigefinger in die Sowjetunion gefahren, um der Sowjetunion ihrerseits einseitige Abrüstungsvorschläge zu empfehlen. Wir haben betont, daß wir bei uns für einseitige Abrüstung kämpfen, daß wir ihre Abrüstungsvorschläge im atomaren und jetzt auch im konventionellen Bereich als ernst akzeptieren. Aber gleichzeitig wollten wir wissen, ob sie sich vorstellen können, den nächsten Aufrüstungsschritt, z.B. SDI, einmal nicht mitzuvollziehen, und sei es aus Gründen einer dann möglichen ökonomisch verbesserten Lage für die Menschen in der SU, die unweigerlich zerstört werden würde, wenn auch die SU 1.000 Mrd. für ein SDI-Programm ausgeben müßte, oder sei es deshalb, weil die Overkill-Kapazitäten für den Abschreckungsmoment ausreichen.

Sie gaben uns recht damit, daß ein sowjetisches SDI-Programm in die ökonomische Situation herbe einschlagen würde. Da die „Sicherheit" der SU aber an erster Stelle stehe, müßte dieser Schritt der USA von einem gleichen der Sowjetunion beantwortet werden.

Wie haben sie das militärstrategisch begründet?

Die Sicherheit der Sowjetunion sei nur herstellbar, wenn sie auf jeder Ebene und in jeder Waffengattung gleiches zu bieten habe.

Gorbatschow hat doch aber in einer Erklärung zum Abrüstungsvorschlag hervorgehoben, daß die Menschheit von der Philosophie der Waffengleichheit wegkommen müsse (Stichwort Keule). Habt Ihr versucht, auf diesen Widerspruch hinzuweisen?

Wir haben das angesprochen und gefragt, ob das Zitat die Abschreckungstheorie infrage stelle. Wieder kam stereotyp: die Sicherheit steht an erster Stelle, und die heißt Waffengleichheit. Wir haben dann weiter insistiert und gefragt, ob die SU unterhalb der Abschreckungsfähigkeit einseitige Schritte einleiten könnte, beispielsweise mit der Vernichtung chemischer Waffen. Auch daran wird nicht gedacht. In Bezug auf eine Verlängerung des Moratoriums wurde erklärt, die Zeit sei vor-
Auch daran wird nicht gedacht. In Bezug auf eine Verlängerung des Moratoriums wurde erklärt, die Zeit sei vor-
bei. Sie kämen wissenschaftlich in Rückstand, wenn sie nicht wieder mit den Atomtests begännen. In dieser Richtung haben sich sowohl Sagladin als auch Semjanin und Gromyko geäußert.

Wann könnte Deiner Ansicht nach der Zeitpunkt gekommen sein, an dem die Sowjets ihre Propaganda erneut umstellen und ihre Politik der konstruktiven Vorschläge zugunsten konfrontativer Elemente ablösen?

Es bleibt, glaube ich, bei der Doppelgleisigkeit sowjetischer Politik, Abrüstung ernsthaft anzubieten und gleichzeitig die Vorrüstungsschritte der USA mitzuvollziehen — Entspannungssemantik bei gleichzeitiger Mitrüstung.

Die Sowjets haben vor dem Bombardement in Libyen den USA Zurückhaltung signalisiert. Habt Ihr das angesprochen und gefragt, ob sie sich strategisch in einer schwächeren Position fühlen als z.B. während der Suez-Krise, wo den Engländern und Franzosen massiv gedroht wurde? Soll diese „Zurückhaltung" auch aufrechterhalten bleiben, wenn Reagan möglicherweise zum letzten Gefecht gegen Gaddafi blasen sollte?

Wir haben nicht gezielt nach der politischen Schwäche der Sowjetunion gefragt. Gromyko deutete an, daß Afghanistan für ihre internationale Politik ein Klotz am Bein wäre, den sie lieber heute als morgen wieder los wären. Zur Einschätzung der US-Politik wurde uns gesagt, die USA unter der Führung Reagans erhebe den Anspruch auf globale Beherrschung der Erde und würde die gesamte Politik und militärische Aggression danach ausrichten, auf diesem Kurs voranzukommen. Die Sowjetunion antworte darauf, daß sie keinen ihrer Freunde auf der Erde im Stich lassen wolle, das gelte für Afghanistan genauso wie damals für die CSSR. Von Gromyko wurde ausdrücklich betont, auf Libyen antworte man auf diplomaticher Ebene: Rückzug von der Außenminister-Konferenz. Gipfelgespräche wären auch dadurch nicht infrage gestellt.

Habt Ihr in diesem Zusammenhang nach Nicaragua gefragt?

Konkreter wurde mehr über Afghanistan geredet, und wir stellten die Frage, ob dies die erwähnte freundschaftliche Hilfe sei. Wir haben materielle Hilfe für Nicaragua als selbstverständlich und richtig angesehen.

Es scheint sich herauszukristallisieren, daß die Sowjetunion der BRD eine Schlüsselstellung in Europa einräumt. Im Positiven wie im Negativen. Ein sowjetischer Diplomat hat jüngst behauptet, der Weg zu einer europäischen Friedensordnung führe über die Bundesrepublik. Dabei gehen die Sowjets offensichtlich von einer unterschiedlichen europäischen und amerikanischen Interessenlage aus. Dies konsequent zu Ende gedacht, würde angesichts der ökonomischen Potenz in Europa bedeuten, daß die Sowjets die Herausbildung einer westeuropäischen Supermacht einkalkulieren — in der Hoffnung, daß die Interessengegensätze zu einer Schwächung der bisher weitgehend von den USA bestimmten strategischen Ziele der NATO kommen könnte. Mit anderen Worten, glauben die Sowjets langfristig mit zwei westlichen Supermächten besser auskommen zu können?

Das weiß ich nicht. In unseren Gesprächen ist diese Einschätzung nicht bestätigt worden, sondern eine gegenteilige hervorgehoben worden. Es wurde immer betont, sie hätten nicht vor, die Bundesrepublik aus dem NATO-Verband herauszulösen. Es wurde stärker darauf hingewiesen, daß Europa in der Abhängigkeit von den USA sei und man deshalb ausdrücklich mit den USA zu Abrüstungsschritten kommen müsse, denen sich dann Europa anschließen könnte. Der Schlüssel für eine andere Entwicklung liege in den USA. Ich weiß nicht, ob sie uns alles erzählt haben, aber in diesem Zusammenhang haben sie nur bedauert, daß es im Rahmen von Eureka zu militärischen Projekten kommen könnte.

Auf den Raum für europäische Abrüstungsinitiativen angesprochen, wies Gromyko allerdings darauf hin, daß sie mit einer Bundesregierung sofort über den Abbau aller Mittelstreckenraketen in Europa verhandeln würden. Ich finde das ausgesprochen wichtig, weil die SPD erst vor kurzem wieder geäußert hat, sie wolle sich als kommende Bundesregierung dafür einsetzen, daß die USA und die Sowjetunion am Verhandlungtisch abrüsten sollen. Es wird mit keinem Wort erwähnt, daß der Gorbatschow-Vorschlag Möglichkeiten für eine Bundesregierung enthielte, mit der Sowjetunion eine Ver-
der Gorbatschow-Vorschlag Möglichkeiten für eine Bundesregierung enthielte, mit der Sowjetunion eine Ver-
schrottung der Mittelstreckenraketen zu beginnen. Natürlich unter einigen weiteren Bedingungen, wozu der Stopp atomarer Aufrüstung in Frankreich und Großbritannien gehört. Die SPD dagegen legt von vornherein die Abrüstungsverhandlungen in die Hände der USA, um nicht dahin kommen zu müssen, eigene Initiativen zu verfolgen.

Während Eurer Reise hat Gorbatschow den 11. Parteitag der SED besucht. In der bürgerlichen Presse ist viel über den Spielraum der SED gegenüber der BRD geunkt worden. Betrachten die Sowjets Deiner Ansicht nach die deutsch-deutsche Politik eher als ein Druckmittel gegenüber der Bundesrepublik, um sie von ihrem NATO-Aufrüstungskurs abzubringen, oder eher als ein Mittel, um auch in stürmischer internationaler See Ost-West-Kontakte in entspannungsfreundlichere Zeiten hinüberzuretten?

Die zweite Einschätzung ist die richtigere. Die deutsch-deutschen Verhältnisse wurden dauernd im Zusammenhang mit Entspannungspolitik angesprochen, so von Sagladin und Semjanin. Es wurde auf die Wichtigkeit abgehoben, unabhängig von der internationalen Lage gleichzeitig eine deutsch-deutsche Entspannungspolitik aufrechtzuerhalten. Auch die Bedeutung, die sie unserem Besuch beigemessen haben — abgesehen vom roten Teppich und militärischen „Ehren" haben sie uns wie eine Staatsdelegation behandelt — wurde immer wieder damit begründet, daß man große Hoffnungen habe, nach den nächsten Wahlen eine sozialdemokratische Entspannungspolitik mit grüner Unterstützung erhalten zu können.

Wurden denn konkrete Kriterien dafür benannt, welche Veränderungen — abgesehen von atmosphärischen Verbesserungen — im Rahmen einer zweiten sozialdemokratischen Entspannungsphase vorgenommen werden könnten; Veränderungen, die sich von der Kohl-Regierung unterscheiden?

Das wurde angedeutet in einer größeren Hoffnung auf zwischenstaatliche Beziehungen unter Anerkennung der Grenzen, die von der jetzigen Bundesregierung strikt abgelehnt wird. Das kam ferner in der Bejubelung sozialdemokratischer Politiker zum Ausdruck.

Brandt, Lafontaine, Bahr?

Lafontaine rangiert bei ihnen an allererster Stelle. Uns gegenüber wurde dagegen eher Unverständnis signalisiert hinsichtlich unserer Weigerung, die SPD unter allen Bedingungen an die Regierung zu bringen. Gleichzeitig haben sie aber die Hoffnung, daß die Grünen dies tun. Das wurde von den Gesprächspartnern häufig erwähnt. Wir haben auch dort versucht, mit ihnen über ein realistischeres Bild der SPD zu diskutieren. Aber wir bekamen zur Antwort, daß bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen in der Welt nichts anderes (besseres?) als ein sozialdemokratischer Kurs zu bekommen sei. Wir sind direkt darauf hingewiesen worden, daß wir nicht so stark seien, um die Entwicklung in unserem Sinne beeinflussen zu können. Bei aller Anerkennung für unsere Forderungen, etwa nach einseitigen Abrüstungsschritten in der Bundesrepublik, wurden uns, und im Grunde auch der Friedensbewegung, kaum Chancen eingeräumt. Insgesamt war es sehr zwiespältig. Bei aller Orientierung auf die SPD sieht man in uns eine Kraft, die — wenn sie sich als Partei ausdehnt und gemeinsam mit der Friedensbewegung eine Entwicklung in Gang setzt — ihren Abrüstungsinteressen entgegenkäme. Insofern setzt man einerseits auf die Realität, in der wir uns nicht durchsetzen können, und andererseits auf die Zukunft.

Alles in allem, habt Ihr Erkenntnisse mitgebracht, die der Linken und der Friedensbewegung nützlich sein können und bestimmte Handlungskonsequenzen verstärken sollten?

Wichtig hier wäre für die Friedensbewegung die Frage nach den Beziehungen Sowjetunion — Bundesrepublik, um eine europäische Abrüstung hinzubekommen. Also dort nicht mitzumachen, worauf die SPD ständig verweist, nämlich auf die Verhandlungen Sowjetunion — USA.

Ansonsten gab es für die Linke Anregungen in Hülle und Fülle, die ich in Stichworten ansprechen kann. Da ist einmal eine realistischere Einschätzung, die ich über die alltägliche Unterdrückung in der Gesellschaft mitgenommen habe. Eine Bewertung, die ich aus dieser Woche mitnehme, ist, daß es sich bei der SU um einen Klassenstaat handelt, den man vielleicht in
daß es sich bei der SU um einen Klassenstaat handelt, den man vielleicht in
vier Klassen einstufen kann: Einmal den Obersten Sowjet und die Parteiführung als höchste Klasse, die auch ohne Kapitalbesitz alle Vergünstigungen wie eine herrschende Schicht hier erhält. Auf Telefonanruf wird jedes Bedürfnis befriedigt. Darunter gibt es die Klasse der Werktätigen, die die Arbeitsdisziplin einhalten. Darunter gibt es die Werktätigen, die ihre Arbeitsdisziplin nicht einhalten. Die würde ich als dritte Klasse beurteilen. Ganz unten — als vierte Klasse — stehen dann die, die in der Öffentlichkeit abweichende Meinungen äußern und die bestraft werden — zum Teil als Terroristen verknackt werden. Dazu zählen auch z.B. die Trust-Leute.

Zu unseren Erkenntnissen zählt auch die Einschätzung, daß der gesamte neue Gorbatschow-Plan im wesentlichen eine Produktionsschlacht ist. Ich habe selten soviel Beifall bekommen wie mit der folgenden Einschätzung des neuen Kurses: Ich habe gesagt, er sei eine Modernisierung des alten Lenin-Wortes von 1920, „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung" in „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektronifizierung". Der Moskauer Parteichef Jelzin hat mir ganz freudig erregt das letzte Wort „Elektronifizierung" aus dem Mund genommen — er hat mich gar nicht aussprechen lassen, so einverstanden ist er mit dieser Charakterisierung gewesen.

Wir haben sehr viel darüber diskutiert, was denn von Demokratisierungsprozessen übrig bleiben würde, bei dieser beginnenden Produktionsschlacht. Es ist wohl festzustellen, daß es in den Betrieben eine Teilliberalisierung gibt. Dies durch eine Streckung der Lohnsysteme, indem Leistung in Zukunft besser bezahlt wird. Teilweise dürfen Überschüsse in Zukunft in Selbstverwaltung angelegt werden. Das gilt besonders für den Agrarbereich, wo die Kollektive Überschüsse auf den Markt bringen und versilbern dürfen. Das gilt mit Einschränkungen auch für die Produktionskollektive, die ihre Überschüsse in Reinvestitionen und für verbesserte soziale Infrastruktur anlegen können. Diese Liberalisierung wird aber gleichzeitig von einer härteren Gangart mit Verhaftungen gegenüber Gruppen, die als antisowjetisch bezeichnet werden, begleitet. Gerade in der Trust-Gruppe gibt es die Einschätzung, daß die Teilliberalisierung dazu führt, daß man umso härter abweichende Meinungen bekämpfen muß, weil man Angst hat, daß sonst alles aus dem Ruder läuft.

Ein weiterer interessanter Aspekt wäre die Gesellschafts- und Familienpolitik und die Kultur. Nur soviel dazu: In jedem zweiten Gespräch wurde die zu hohe Scheidungsrate von 40% beklagt und immer wieder die Kleinfamilie als stabiler Hort der sozialistischen Ordnung und eines jeden Staatswesens hochgejubelt. Als wir nach den ersten Gesprächsrunden nur Männerdelegationen vorgesetzt bekommen hatten und fragten, ob auch Frauen in verantwortlichen Positionen wären, hatten wir im Restprogramm jedesmal zwei Frauen in der sowjetischen Delegation, sozusagen per Knopfdruck. Wir wurden dann gefragt, ob wir nun zufrieden seien. Zur Kultur ein Wort zu dem, was unsereins so auffällt: Es gibt viel Subkultur. Wir trafen auf jede Menge Animateure, die gegen ein Entgeld privates Vergnügen vermitteln wollten. Ein ZK Mitglied sagte uns, der Alkoholismus sei auch deshalb so weit verbreitet, weil die Leute nicht wüßten wohin. Vor dem zweiten Weltkrieg hattte Moskau 2 Millionen Einwohner und 30 Theater, jetzt habe Großmoskau 9 Millionen Einwohner, es sei aber bei 30 Theatern geblieben, deren Besuch für einen Normalsterblichen unerreichar wäre.

Insgesamt halte ich das gegenseitige Kennenlernen für nützlich und würde wirklich allen in der Linken oder in der Friedensbewegung empfehlen, solche Reisen wahrzunehmen. Wir haben zwischen KPdSU und Grünen ständige Kontakte vereinbart. Dazu gehören Seminare zu politischen Themen, dazu gehört auch die Einladung einer Delegation der Hamburger GAL nach Leningrad, um Fragen der Stadtentwicklung, Verkehrsplanung, Umweltschutz, kommunale Friedenspolitik, ökonomische Wiederverwertung von Müll etc. zu besprechen. Gut ist es dabei, wenn es gelingt, neben den Staatskontakten auch außerstaatliche Besuche hinzubekommen.

Vielen Dank

Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion: Zwischen Aufbruch und Beharrung

Nach einer einwöchigen Wirtschaftsdelegationsreise nach Moskau erklärt Eckhard Stratmann, Ex-MdB der GRÜNEN im Bundestag, zum Stand der Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion":

1. Vier Wochen nach dem Parteitag der KPdSU ergibt sich hinsichtlich der Wirtschaftsreformen ein sehr uneinheitliches Bild. Die weitgehendsten Reformvorschläge werden von den Reformwissenschaftlern der Akademie der Wissenschaften (A. Aganbegjan, Bogomolow) vorgelegt: sie fordern eine weitgehende Zentralisierung der Wirtschaftslenkung auf der gesamtstaatlichen Ebene, verbunden mit einer weitgehenden Dezentralisierung der Wirtschaft auf regionaler und betrieblicher Ebene. Dies soll ergänzt werden durch eine Demokratisierung der Wirtschaft auf der betrieblichen Ebene. Von diesen Wissenschaftlern werden Ungarn und China als Vorbild für sowjetische Reformen gesehen.

Mit Professor Aganbegjan, Wirtschaftsberater von Gorbatschow und Chefredakteur der wissenschaftlichen Wirtschaftszeitung Eko, wurde ein Artikelaustausch vereinbart. Den GRÜNEN wurde die Möglichkeit zugesagt, in der Zeitschrift Eko über das Thema „Marxismus und Ökologie", über grüne Wirtschaftspolitik zu schreiben.

2. Die angestrebten und beschlossenen Wirtschaftsreformen zeigen auf den verschiedenen Ebenen erhebliche Realisierungsdefizite.

— Während das staatliche Planungskomitee Gosplan zu einer wissenschaftlichen Denkzentrale weiterentwickelt werden soll und von konkreten wirtschaftlichen Entscheidungsangelegenheiten entlastet werden soll, ist z.B. seine Umweltschutzabteilung weiter mit der Mittelvergabe für Kläranlageninvestitionen belastet.

— Obwohl der Übergang zu indirekt ökonomischen Lenkungsmitteln beschlossen ist, herrscht im Umweltschutz weiterhin eine rein administrative Lenkungsmethode vor, indirekt ökonomische Mittel gelten als ideologisch unerwünscht.

— Die sozialistische Selbstverwaltung auf der Unternehmensebene ist bisher auf die Brigadeebene beschränkt. Die Wahl von Abteilungs- und Betriebsleitern wird höchstens als Fernziel anerkannt, und dies auch von Gewerkschaftsleitern in den Betrieben.

— Die Gewerkschaft zeigt wenig Vorwärtsdrängen in Richtung sozialistischer Selbstverwaltung. Sie hat eine erhebliche Rolle hinsichtlich der Disziplinierungs- und Effektivierungskampagne.

— Es zeigt sich lediglich ein vorsichtiger und schrittweiser Übergang zu Gewinnorientierung und zu Markt- bzw. Vertragsverhältnissen. Vorreiterrolle bei diesen Reformen spielt der agrarindustrielle Komplex, wo das Großhandelssystem eingeführt werden soll und flexible Preise und Gewinnorientierung am weitesten fortgeschritten sind.

Für die Systemauseinandersetzung zwischen realsozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftssystemen könnte in der Zukunft das Bestreben in der Sowjetunion und in Ungarn eine größere Rolle spielen zu Formen der betrieblichen Selbstverwaltung (Wahl der Arbeitsgruppenleiter, Abteilungsleiter und Betriebsleiter) kommen. Solche Versuche der Selbstverwaltung sind in den westlichen Industriestaaten weitgehend unbekannt und unerwünscht.



Foto: Duplus

Der Hunsrück, ein einziges Waffenarsenal

Sanfte Hügel, kleine Dörfer — dazwischen Militär, Militär, Militär: der Hunsrück. Mittendrin die Todesbasis Hasselbach, die größte Atomwaffenbasis Europas, wo die Stationierung der 96 Cruise Missiles begonnen hat. Doch nicht nur das: Die ganze Region entblättert sich wie ein Lehrbuch — hier findet sich nahezu alles, was der Militarismus auf bundesdeutschem Boden zu bieten hat. Vorneweg seine Tradition: Hier bauten schon die Nazis Flugplätze und Straßen für ihre Kriegsmaschine, hier starteten Hitlers Wunderwaffen — unweit der Stelle, wo heute die unterirdische Befehlszentrale der NATO-Luftstreitkräfte versteckt am Berghang liegt. Hier werden nicht nur die Marschflugkörper stationiert, sondern auch Patriot-Raketen und womöglich die neuen binären Chemiewaffen. Hier donnern amerikanische und deutsche Tiefflieger permanent über die Häuser, hier mußten schon 17 Dörfer dem Militär weichen. Jedes zweite Auto auf den Straßen trägt ein amerikanisches Kennzeichen, und wer hier nicht für's Militär arbeiten will, hat einen schweren Stand.

Über 60 militärische Anlagen von NATO, USA, Bundeswehr und Frankreich ballen sich in und um den dünnbesiedelten Hunsrück — eine Region, die schon seit Jahrhunderten als Aufmarsch- und Rückzugsgebiet des Militärs mißbraucht wird. 1938 bauten die Nazis die Hunsrückhöhenstraße von Koblenz zur Westfront; Dörfer entlang der Strecke werden geschleift, damit sie nicht den Truppenaufmarsch behindern. Heute liegen an der Höhenstraße wieder die wichtigsten Militäranlagen: die US-Airbase Hahn, die Cruise-Missile-Basis Hasselbach, das US-Atomwaffenlager Morbach und diverse Bundeswehr-Kasernen und -depots. Rund 15.000 US-Soldaten sind im Hunsrück stationiert; mit den Cruise Missiles kommen noch einmal 3.000 GIs und Angehörige dazu.

Das Militär ist der größe Arbeitgeber der Region: US- und Bundeswehr-Einrichtungen wurden zum Auffangbecken für viele Arbeitskräfte, die sich in der traditionellen Landwirtschaft nicht mehr ernähren konnten. Diese Einbahnstraße in der Sozialstruktur wird öffentlich noch gefördert: So organisiert das Arbeitsamt Bad Kreuz-
nicht mehr ernähren konnten. Diese Einbahnstraße in der Sozialstruktur wird öffentlich noch gefördert: So organisiert das Arbeitsamt Bad Kreuz-
nach Trainingskurse für junge Arbeitslose in Einrichtungen der US-Armee, damit sie dort bessere Einstellungschancen haben.

Die Vermietung von Häusern und Wohnungen an die Amis ist eine Geldquelle, die sich viele nicht entgehen lassen — zahlen die Amis doch wesentlich mehr als einheimische Mieter. Auch wenn es schwer ist, im Hunsrück jemanden zu finden, der sich offen und überzeugt für die CM-Stationierung und andere Aufrüstung ausspricht, so kennzeichnet doch die Haltung „Wes' Brot ich eß ..." das Verhältnis vieler Menschen zum Militär. Ein Umstand, den sich Stationierungsbefürworter in Parteien und Behörden zunutzen machen, wenn sie jetzt zum Beispiel den Bau neuer „housings" Wohnanlagen für Amerikaner als wirtschaftlichen Segen für die betroffenen Gemeinden preisen. In Wirklichkeit fallen dabei nur die kleinen Brocken für die heimische Wirtschaft ab: Denn die neuen „housings" werden aus Fertigteilen gebaut, und die kommen aus den USA

„Hier wird für die Ewigkeit gebaut"

Zwischen den Dörfern Hasselbach (knapp 200 Einwohner) und Bell (400 Einwohner) liegt die Cruise-Missile-Basis auf einem Gelände von insgesamt 70.000 Qudratmetern. Auch diese Basis verkörpert Tradition: 1939 rodeten hier zuerst die Nazis den Wald für den Bau eines Militärflugplatzes. Nach dem schnellen Ende des Feldzuges gegen Frankreich blieb der Flughafen unvollendet liegen — die Hitlerjugend benutzte fortan Startbahnen und Baracken zu Übungszwecken. Gleich nach der Gründung der Bundeswehr (1955) tummeln sich wieder deutsche Soldaten auf der ehemaligen Wehrmachtanlage; wenig später werden auf einem Teil des Geländes die ersten amerikanischen Kurzstreckenraketen stationiert. Diese werden später durch die atomar bestückten Nike-Hercules-Raketen abgelöst — bis auch diese Stellungen 1980/81 abgebaut werden und die Planungsarbeiten anlaufen für die größte und „sicherste" Basis atomarer landgestützter Marschflugkörper in Europa.

1984 beginnt der Bau der Raketenstellung „für die Ewigkeit", wie Hunsrücker Bürger es entsetzt genannt haben: Sechs gigantische Erdbunker aus Stahlbeton, Kosten rund 300 Millionen Mark, stellen die einzige „gehärtete" CM-Basis in Europa dar. In jedem Bunker werden vier MAN-Raketenfahrzeuge mit Abschußvorrichtungen für je vier Cruise-Missiles
Bunker werden vier MAN-Raketenfahrzeuge mit Abschußvorrichtungen für je vier Cruise-Missiles
untergebracht, außerdem Sonderfahrzeuge für die technische Ausstattung wie Radar und Stromerzeugung. Im bunkerähnlichen Hochsicherheitstrakt befinden sich auch die Lager für atomare Sprengköpfe. Zur gesamten Basis gehören außerdem Mannschaftsgebäude, Werkstatthallen, Treibstofflager, alles überragt von einem 30 Meter hohen Stahlbeton-Turm.

Bisher sind die Bauarbeiten wegen des langen Winters zwar noch nicht beendet, doch seit Januar sind beeits die ersten Marschflugkörper auf der US-Airbase Hahn eingetroffen; die Zugmaschinen und Begleitfahrzeuge für eine CM-Einheit befinden sich im nahegelegenen Bundeswehr-Depot Kappel. Seit Ende März soll die erste Staffel auch schon einsatzbereit sein, verkündete Minister Wörner. Zur Erinnerung: Die Marschflugkörper bekommen ihr Ziel und die Flugbahn einprogrammiert, sie können bis auf 30 Meter Flughöhe heruntergehen, den Radar unterfliegen und erreichen Entfernungen bis über 2.500 Kilometer, also vom Hunsrück nach Moskau und noch weiter, mit einem Atomsprengkopf von 20facher Hiroshima-Vernichtungskraft.

Bis 1987 soll die Stationierung aller 96 Cruise Missiles abgeschlossen sein. Ein Teil von ihnen wird zu „Friedenszeiten" ständig im Gelände herumfahren: ein 500 Meter langer Konvoi mit 18 Begleitfahrzeugen soll zu Übungszwecken vorgesehene Abschußplätze anfahren und in Stellung gehen. Die Vorstellung, daß über ihre kurvigen Straßen und durch ihre Dörfer demnächst Atomsprengköpfe chauffiert werden, beunruhigt die Hunsrücker Bevölkerung besonders, nachdem erst Anfang dieses Jahres bekannt wurde, in welch eklatantem Maß bereits bisherige US-Munitionstransporte gegen jegliche Sicherheitsbestimmungen verstossen. Der Landrat im Kreis Birkenfeld darf auf Anordnung des Mainzer Innenministeriums keine amerikanischen Munitionstransporte mehr kontrollieren, nachdem sich herausgestellt hatte, daß jeder zweite Transport nach deutschen Vorschriften sofort hätte aus dem Verkehr gezogen werden müssen. Für Unruhe haben auch bereits Übungsausflüge von Pershing-II-Einheiten durch den südlichen Hunsrück gesorgt.

Zurück zur Hasselbach NATO-Basis: Bisher ist das weitläufige Gelände von außen einsehbar und nur durch Zaun und NATO-Draht gesichert. Nach neuesten Meldungen wird angeblich erwogen, als Sichtschutz eine drei Meter hohe Mauer zu bauen. Am Tor zur Baustelle, mit Blick auf die halb-
lich erwogen, als Sichtschutz eine drei Meter hohe Mauer zu bauen. Am Tor zur Baustelle, mit Blick auf die halb-
fertigen Bunker am Horizont, wird seit fast zwei Jahren jeden Sonntag ein Friedensgottesdienst gegen die Stationierung gehalten. Hier haben sich seit Januar auch mehrere Frauen für eine Dauermahnwache niedergelassen. Das Gelände der Basis gehört zu Hasselbach auf der einen Seite und zu Bell auf der anderen Seite. Die Gemeinderäte beider Dörfer hatten sich einstimmig gegen das NATO-Bauvorhaben ausgesprochen.

Unter den 200 Einwohnern von Hasselbach, das in Sichtweite der Basis liegt, geht jetzt vor allem die Angst um, daß ihr Dorf über kurz oder lang verschwinden muß. Hasselbach liegt in der äußeren Sicherheitszone um die Cruise-Stellung, und nach dem „Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für militärische Zwecke" haben die Militärs in dieser Zone auch im Frieden jegliche Kompetenzen — bis zur Evakuierung der Bevölkerung. Hasselbach wäre nicht das erste Dorf, das im Hunsrück von der Landkarte verschwindet. Jüngstes Beispiel ist Eckweiler, ein Dorf beim Bundeswehr-Flugplatz Pferdsfeld, wo die Bewohner vor vier Jahren vor dem Lärm der Phantom-Tiefflieger flüchteten. An den Nachbarorten Rehbach, der direkt in der Flugschneise lag, erinnert nur noch ein Gedenkstein: „Einebnung 1972".

Den Atompilz stolz im Wappen

Der US-Flugplatz Hahn ist die Hauptversorgungsbasis für die Cruise-Missile-Stellung Hasselbach. Die Airbase ist in Luftlinie 15 Kilometer entfernt und mit 5.000 Armeeangehörigen und 800 Zivilbeschäftigten die größte US-Anlage der Region. Das 50ste taktische Jagdbombergeschwader, das hier stationiert ist, demonstriert seine atomare Bewaffnung ganz unverblühmt mit einem Atompilz in seinem Wappen. Das Atomwaffenlager, nachts taghell beleuchtet, liegt am Rand des Flugplatzgeländes. Der Basis den Namen gab das Dorf Hahn, das am Ende der Start- und Landebahnen liegt; bekannter ist der Nachbarort Lautzenhausen geworden, der mit Puffs und Bars für die GIs seit den 50er Jahren als Südenpfuhl des Hunsrücks von sich reden machte. Der Name Lautzenhausen wurde zum Symbol dafür, wie das US-Militär auch in sozialer Hinsicht den Hunsrück versaut hat. In Lautzenhausen liegt die größte „Housing"-Anlage der Amerikaner. Die Air-Base wird für 200 Millionen Mark ausgebaut. Erst unter der Drohung der Enteignung verkaufte die Gemeinde Lautzenhausen weitere Grundstücke an die US-Army.

Die vermutliche Funkleitstelle für die Cruise-Missiles liegt im Wald der Nachbargemeinde von Hasselbach, Wüschheim, wo sich verschiedene US-Elektronikanlagen und ein Munitionsdepot befinden. (Deshalb tauchte „Wüschheim" auch als bundesdeutscher CM-Stationierungsort in den Pentagon-Papieren auf und wurde 1982 durch einen „stern"-Artikel bekannt.)

Kommt auch noch Giftgas in den Hunsrück

Die Hiobsbotschaften über immer neue Aufrüstungsprojekte im Hunsrück reißen nicht ab: Jetzt ist die Diskussion darüber entbrannt, ob in Idar-Obestein die neuen binären Giftgase der USA stationiert werden. Denn das US-Depot Nahbollenbach bei Idar-Oberstein ist neben den anderen süddeutschen Orten Kaiserslautern, Niesau, Karlsruhe und Germersheim im NATO-Infrastrukturplan 1985-90 als Chemie-Lager genannt. Baubeginn für diese Lager ist nach dem NATO-Plan, der in der Region durch zwei Rundfunksendungen bekannt wurde, bereits Mitte 1986.

Die binären Waffen bestehen aus zwei getrennten chemischen Substanzen, deren volle giftige Wirkung sich erst bei der Mischung entfaltet.

Bisher hat der US-Kongreß 126 Millionen Dollar für die Produktion der Binärwaffen ab 1. Oktober 1986 unter dem Vorbehalt bewilligt, daß der NATO-Ministerrat formal zustimmt. Wenn die BRD in diesem Gremium, das aus den Verteidigungs- und Außenministern aller NATO-Staaten besteht, am 22. Mai ihr „Ja" zur Chemieproduktion gibt, ist damit auch klar, daß in der BRD stationiert werden kann. Daß die Bundesregierung nicht daran denkt, die Produktion zu verhindern, wurde daran deutlich, daß Kanzler Kohl vor der Presse schlicht leugnete, daß eine Stationierung in der BRD überhaupt vorgesehen sei. Ist die Produktion der neuen Nervengase erst einmal angelaufen, kann sich die Bun-
BRD überhaupt vorgesehen sei. Ist die Produktion der neuen Nervengase erst einmal angelaufen, kann sich die Bun-
desregierung ohnehin die Hände in Unschuld waschen: Denn nach dem deutsch-amerikanischen Truppenstatut von 1954 kann die USA eine „Modernisierung" der vorhandenen Chemiewaffenbestände sowieso ohne vorherige Konsultation vornehmen, wie General Kroesen jetzt vor dem Streitkräfteausschuß des US-Senats betonte. Wenn der Produktions-Beschluß im NATO-Ministerrat sang- und klanglos über die Bühne geht, würde auch den Giftgas-Gegnern im US-Kongreß der Wind aus den Segeln genommen — diese Befürchtung geht aus dem Situationsbericht einer Kritikergruppe im US-Kongreß hervor. Käme es dagegen wegen politischer Kontroversen in Westeuropa zu einer Vertagung des Beschlusses, so dieser Bericht, könne das Chemie-Projekt auch im Kongreß bei den kommenden Haushaltsberatungen noch gekippt werden. (Nach Nahe-Zeitung vom 26.3.)

Derweil kam der rheinland-pfälzische SPD-Landesvorsitzende Scharping von einem USA-Besuch mit der Nachricht zurück, in Washington werde überlegt, die Cruise Missiles im Hunsrück auch als Träger für C-Waffen einzusetzen. Eine derartige Planung würde jedenfalls schlüssig machen, warum in Idar-Oberstein Giftgase gelagert werden sollen.

Die vergessene Rakete: Patriotstationierung

Kaum im Blick der Friedensbewegung ist bisher die Stationierung der amerikanischen Patriot-Raketen, für die im Hunsrück bereits zwei Stellungen fertig sind: Dichtelbach bei Rheinböllen, eine ehemalige Nike-Stellung, und Grenderich nahe Zell/Mosel, wo eine völlig neue Militäranlage gebaut wurde. Zieht man zwischen den beiden Orten auf der Karte eine Linie, so liegt in der Mitte die Cruise-Missile-Basis Hasselbach, und das ist kein Zufall. Denn die Patriots gelten zwar offiziell als Flugabwehrraketen, aber werden zu Anti-Raketen-Raketen weiterentwickelt und sollen unter anderem die Erstschlagfähigkeit von Pershing II und Cruise Missiles sichern. Auch gibt es Pläne, die Patriots atomar zu bestücken. Vorgesehen ist eine Koppelung mit den fliegenden Spionage- und Gefechtsleitständen AWACS, die Einsatzbefehle direkt in die Patriot-Stellungen weitergeben können, sowie über Satellit (SDI).

Befehlsbunker „Erwin" — 15 Stockwerke tief

Bei der Ansammlung von Waffensystemen im Hunsrück darf ein Kriegshauptquartier nicht fehlen. Als multinationale, nicht der NATO unterstellte Dienststelle wurde 1981 das „Systemzentrum EIFEL" eingerichtet. „EIFEL" steht für „Elektronisches Informations- und Führungssystem für den Einsatz der Luftwaffe" und befindet sich in einer weitverzweigten unterirdischen Bunkeranlage, unauffällig am Fuß des Bergs Ruppelstein im Kreis Birkenfeld versteckt. Dieses Hauptquartier hat nach vorliegenden Informationen die Aufgabe, mit diversen Radarstationen den europäischen Luftraum zu überwachen und im Ernstfall koordinierte Einsatzbefehle zu geben. Oberirdisch ist von der Anlage nur ein unscheinbarer Betonbau zu sehen.

Ein Professor rühmt die „Leidensfähigkeit" der Hunsrücker

Wie reagieren die Menschen im Hunsrück auf die Allgegenwart des Militärs, in einem Landstrich, wo die CDU seit 1945 dominiert und wo sich Meinungen gewöhnlich nur über Generationen ändern? Bezeichnend für das Klima im Hunsrück war in den vergangenen Monaten der Wirbel um eine Äußerung des Hunsrücker FDP-Abgeordneten Wolfgang Rumpf, der im Bundestag die „ungebrochene Verteidigungsbereitschaft" der Hunsrücker Bevölkerung gerühmt hatte. Nach einer Flut empörter Leserbriefe in der Lokalpresse sah sich er FDP-Professor genötigt, seine Äußerung öffentlich zu interpretieren und goß noch mehr Öl ins Feuer, indem er nun gar von der „Leidensfähigkeit" der Bevölkerung sprach.

Als wenig später eine ausgesuchte Crew von Hunsrücker Kommunalpolitikern auf die Bonner Hardthöhe geladen wurde, um sich von Wörner „rich-

Fortsetzung nächste Seite

Aktion „Licht in's Dunkel der Aufrüstung" am 24. Mai im Hundsrück

Aktionsgruppen, die sich am Aufbau und der Weiterentwicklung der Aktionen Zivilen Ungehorsams auch im Hunsrück beteiligen wollen (und natürlich nicht nur die), sind aufgerufen, an diesem Tag mit Farbe, Pinsel und viel Fantasie in den Hunsrück zu kommen, um auf den Straßen vor den zahlreichen Militäranlagen (Cruise-Missiles-Basis bei Hasselbach, Flugplatz bei Hahn, Bundeswehr-Depot Kappel, Patriot-Raketenstellungen bei Dichtelbach und Grenderich und ggf. noch an anderen Orten) zu schreiben und zu malen, daß diese Straßem durch diese Anlagen zum Krieg führen.

Die Militarisierung und Aufrüstung im Hunsrück soll so für alle, die sich durch diese Region bewegen, transparent gemacht werden. Die Militäranlagen sollen als Einrichtungen für den Krieg gebrandmarkt werden.

Für die Aktion „Licht ins Dunkel der Aufrüstung" steht bisher folgender Rahmen fest: Für die einzelnen Militäranlagen gibt es jeweils verantwortliche Aktionsgruppen (Anschriften bei u.a. Kontaktanschrift zu erfragen), die sich jeweils eigenständig um Farbe, Pinsel, Text- und Bildvorlagen für die Straßenmalerei und ihre Absicherung (bzgl. des Straßenverkehrs) kümmern.

Die Malaktionen an den Zäunen und auf den Straßen vor den Militäranlagen sollen am 24. Mai um 11.00 Uhr beginnen. Um 15.00 Uhr werden alle vor der Cruise-Missiles-Basis bei Hasselbach zusammenkommen, um dort gemeinsam zum Abschluß die gesamte Straße vor dem Gelände mit Anti-Kriegs-Gemälden und Texten zu gestalten. Alle sind eingeladen, zu den Malaktionen vor- wie nachmittags auch spontan mit eigener Farbe und eigenen Ideen hinzuzukommen.

Parallel zu den Malaktionen soll in einigen Orten der Region mit Infotafeln laufend (mittels Sofort-Bild-Fotografien) über die Aktion und ihren Zweck informiert werden. Ein Flugblatt, auf dem die jeweilige Kriegsführungsfunktion der Militäranlagen erläutert wird, wird zur Zeit erstellt. Dieses Flugblatt, der Aktionsaufruf und weitere Informationen sind bei der unten stehenden Kontaktadresse erhältlich.

Fortsetzung von vorheriger Seite

tig" informieren zu lassen, lehnten die Gemeinderäte vom Cruise-Standort ab. Der Bürgermeister der Gemeinde Bell forderte Wörner in einem Brief auf, „in den Hunsrück zu kommen und unseren Bürgern Rede und Antwort zu stehen. Den Plan, einige ‚ausgesuchte' Bürgermeister und Gemeinderäte nach Bonn einzuladen, lehnen wir ab. Die Bürger haben gemeinsam die Risiken zu tragen, deshalb sollten sie auch alle hier vor Ort unterrichtet werden." (Hunsrücker Zeitung, 2.4.)

Die Stimmung bei vielen Menschen im Hunsrück, auch wenn sie sich nicht zur Friedensbewegung zählen, ist von Kritik und Mißtrauen gegenüber Behörden und Politikern geprägt. Dazu haben nicht nur die beharrlichen Aufklärungsaktionen der örtlichen Friedensinitiativen beigetragen, sondern auch die staatlichen Stellen selber. So mußten sich die lokalen Politiker ihre Informationen bei der Friedensbewegung holen, um zu erfahren, was in ihrer Gemeinde eigentlich stationiert wird. Das große Kreuz, das Christen am Tor zur Cruise-Missile-Basis aufstellten, wurde bei Nacht und Nebel mehrmals geklaut, und die GIs waren blöd genug, sich vom Fotografen der Lokalzeitung dabei auch noch formatfüllend erwischen zu lassen. Andere Kreuze, die der Aktionskünstler Bernd Eitelgörge an der NATO-Basis aufgestellt hatte, wurden vom Bauamt unter fadenscheinigen Begründungen abgeräumt und verbrannt, auch wieder bei Nacht. Die Teilnehmer des Friedensgottesdienstes, der jeden Sonntag vor der NATO-Baustelle stattfindet, werden von der Bundeswehr observiert — kurz: die Repräsentanten der Stationierung haben es selber geschafft, sich in die moralische Defensive zu manövrieren.

Daß die örtlichen Friedensinitiativen, die über ein Netz von Stammtischen organisiert sind, in der Region zu einem anerkannten und etablierten Faktor geworden sind, hat auch seine Kehrseite: „Unsere Friedensbewegung", das sind im Hunsrück die netten Leute von nebenan im Unterschied zu den auswärtigen Chaoten, eine Spaltung, die zum Beispiel von der Lokalpresse geschürt wurde, als in den vergangenen Jahren vom autonomen Frauen-Widerstandscamp im Hunsrück Aktionen gemacht wurden. Es ist zu erwarten, daß das Ausspielen der örtlichen Initiativen gegen auswärtige Friedensaktivisten auch im Vorfeld der bundesweiten Herbst-Demonstrationen von geneigter Seite aus betrieben wird, obwohl ja auch in

im Vorfeld der bundesweiten Herbst-Demonstrationen von geneigter Seite aus betrieben wird, obwohl ja auch in

den Hunsrücker Initiativen ein unterschiedliches politisches Spektrum versammelt ist. Um sowohl den Bedenken örtlicher Initiativen als auch dem Mißtrauen in der Bevölkerung zu begegnen, düfte das beste Mittel sein, wenn von außerhalb möglichst vielfältige Kontakte in die Region aufgebaut werden und bereits im Sommer eine Dauerpräsenz der Friedensbewegung im Hunsrück gibt.

Ch.

Der Bonner Koordinationsausschuß (KA) der Friedensbewegung hat bekanntlich zu einer bundesweiten Großdemonstration im Hunsrück am 11. Oktober aufgerufen. Über diesen Beschluß hinaus ist allerdings von KA-Seite bisher nichts weiter passiert, und für den 11.Oktober steht bisher nur fest, daß die Kundgebung auf dem Beller Marktplatz abgehalten werden soll, das ist ein Platz ziemlich dicht an der NATO-Basis.

Im unabhängigen Teil der Friedensbewegung hat gemeinsam mit den Hunsrücker Friedensinitiativen eine Diskussion über Aktionen des Zivilen Ungehorsams im Vorfeld der Herbstdemonstrationen begonnen. In einem Papier der Göttinger Graswurzel-Werkstatt, das bei der BUF-Konferenz Anfang März im Hunsrück diskutiert wurde, werden als Aktionsideen genannt: „Wiedereröffnung gesperrter Wanderwege, Orts-Besichtigungen und Besetzungen, Behinderungen des militärischen Verkehrs, Aktion ‚Bürger kontrollieren das Militär', Veränderung und Entfernung militärischer Markierungen und Schilder ..." In einer Stellungnahme der örtlichen Friedensinitiativen heißt es: „Wir suchen nach Formen des gewaltfreien Widerstandes, die unsere Arbeit nicht erschweren, die den Kontakt zum unentschlossenen Bürger erhält und an unsere Arbeit vor Ort anknüpfen. Allgemeingültige Formeln haben wir noch nicht gefunden und wird es wohl auch nicht geben. Wir wissen nur: Bei allem, was wir tun, ist die Diskussion mit der Bevölkerung sehr wichtig. In diesem Sinne gilt auch unser Apell an alle Gruppen, die uns in irgendeiner Weise unterstützen wollen."

Konkretes Ergebnis der Diskussion ist bisher die Aktion „Licht ins Dunkel der Aufrüstung", zu der die Koordinationsstelle „Ziviler Ungehorsam" in

Weitere Aktionsplanung/Aktionskonferenz

Mit dieser Aktion am 24. Mai besteht für die teilnehmenden Aktionsgruppen die Möglichkeit, die Militärregion Hunsrück wie auch die dort lebenden Menschen kennenzulernen und sich selbst dort bekannt zu machen. Aus der Vorbereitung dieser Aktion und ihrer Durchführung mögen Ideen für weitere und weitergehende Aktionen entstehen. Diese sollen bei der Aktionskonferenz „Ziviler Ungehorsam im Hunsrück" am 7. & 8. Juni 1986 (voraussichtlich in Koblenz oder im Hunsrück) abschließend beraten werden. Dort wird über die konkrete Aktionsvorbereitung und Mobilisierung entschieden werden.

Sorgen wir alle gemeinsam für Bunte und vielfältige Aktionen für den notwendigen Widerstand gegen Aufrüstung und Mili-

Sorgen wir alle gemeinsam für Bunte und vielfältige Aktionen für den notwendigen Widerstand gegen Aufrüstung und Militarisierung! Laßt uns gemeinsam mit Text und Bild Licht ins Dunkel der Aufrüstung bringen!

Dieter Schöffmann, Koordinationsstelle „Ziviler Ungehorsam", Bremen, den 7. April 1986

Kontakt für die Aktion und die Aktionskonferenz:
Koordinationsstelle „Ziviler Ungehorsam", Am Schwarzen Meer 67, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/4985966

(Pfarrerin Jutta Dahl)

'Kommt und seht es Euch an, was hier im Hunsrück passiert'



Polizeieinsatz bei einer Aktion von Frauen des autonomen Widerstandscamp 1984. Foto: Dupius

Absprache mit den Hunsrücker für Sonnabend, den 24. Mai aufruft. An diesem Tag, der auch als bundesweiter Aktionstag der Friedensbewegung gilt, soll durch Bemalungs- und Öffentlichkeitsaktionen die Aufmerksamkeit auf die diversen Militäranlagen in Hunsrück gelenkt werden. (Aufruf siehe Kasten) Für den 7./8. Juni wird zu einer Aktionskonferenz „Ziviler Ungehorsam im Hunsrück" aufgerufen, die voraussichtlich in Koblenz stattfinden wird. Neben dem Widerstandscamp der autonomen Frauen, das in diesem Sommer wieder in Reckershausen bei der NATO-Basis organisiert wird, bereiten auch die gewaltfreien Aktions-

Sommer wieder in Reckershausen bei der NATO-Basis organisiert wird, bereiten auch die gewaltfreien Aktions-

gruppen ein Sommercamp vor, das „Grundlage und Ausgangspunkt für Aktionen" sein soll und „der bundesweiten Unterstützung und Weiterführung des regionalen Widerstands dienen" soll. Anzustreben ist auf jeden Fall, daß dieses Camp nicht nur für ein spezielles Bezugsgruppen-Publikum offen ist, sondern für alle, die im Sommer für Tage oder Wochen Aktionen im Hunsrück unterstützen wollen oder dort einen anti-militaristischen Aktiv-Urlaub verbringen möchten — im Sinne des Appells der Hunsrücker „Kommt und seht euch an, was hier im Hunsrück passiert."

Denn neben Aktionen vor Ort, die das Militär stören oder behindern, wird es entscheidend darauf ankommen, daß der Stationierungsvorgang bundesweit in allen Einzelheiten bekannt wird und daß möglichst jede/r Aktive, nicht nur aus der Friedensbewegung, weiß, was sich am Zaun der Hasselbacher NATO-Basis gerade tut.

Ch.

Info-Material und Adressen:
Als Überblick über die Militarisierung im Hunsrück hat die regionale Friedenszeitung „Hunsrück-Forum" eine Extra-Ausgabe erstellt, die für 1,50 Mark und Porto bei u.g. Adressen erhältlich ist. Eine umfassende Broschüre soll dort ebenfalls in diesen Tagen erscheinen.
Hunsrück-Forum, Postfach 451, 6540 Simmern, Tel. 06746/1639
Friedensbüro (der Initiative Rhein-Hunsrück/Nahe-Mosel), Hauptstr. 40, 6544 Kirchberg, Tel. 06763/3709
Koordinationsausschuß der Friedensbewegung, Dorotheenstr. 20, 5300 Bonn, Tel. 0228/692904

"Man muß nur mal den Schritt wagen"

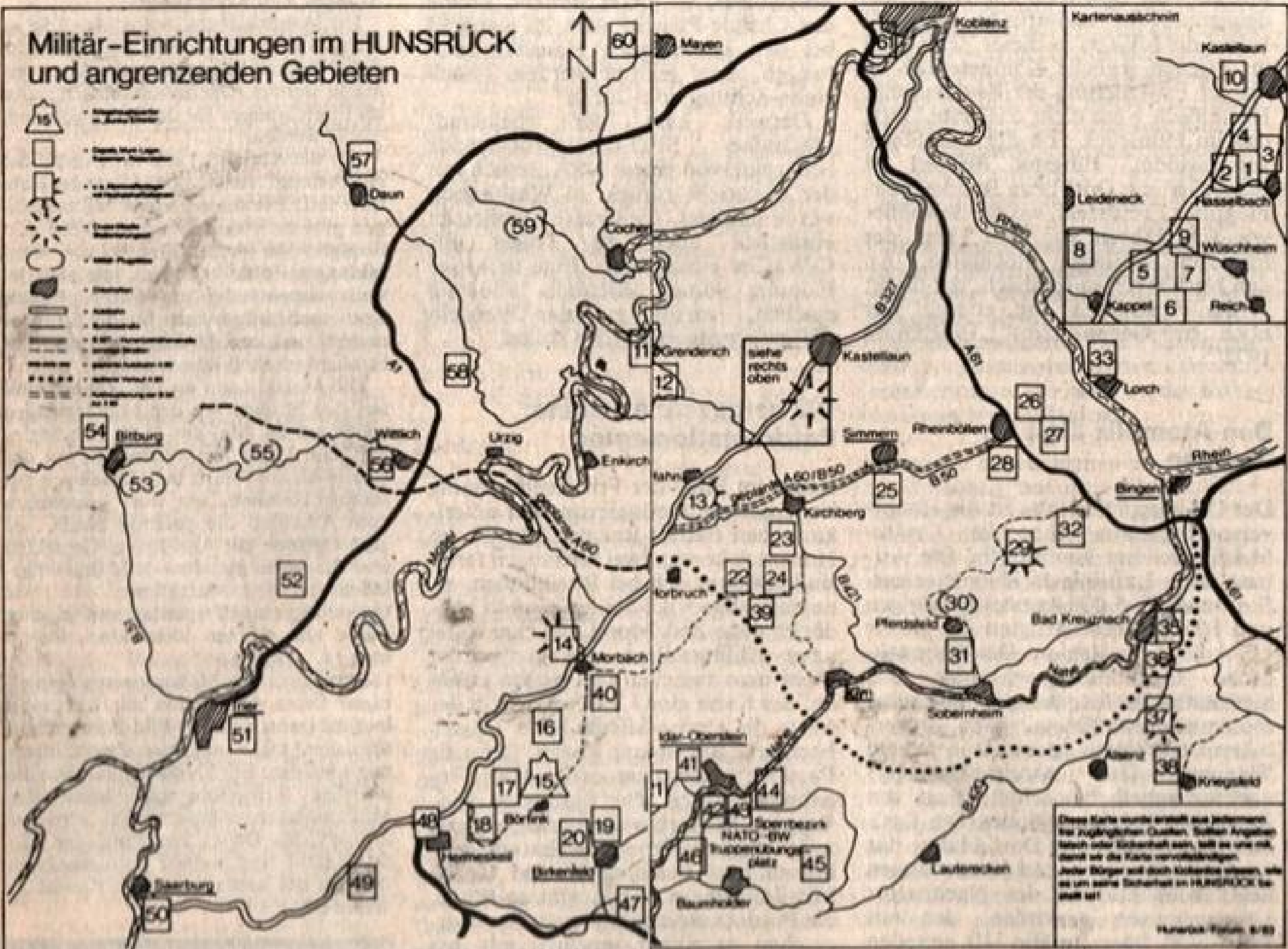
Lesetip zum Hunsrück

Wer wissen möchte, wie die Menschen im Hunsrück denken und fühlen, aus welchen Motiven und mit welchen Mitteln sie sich gegen die Raketen engagieren, kann sich mit einem Buch bestens informieren: **Sabine Stange, „Kriegsvorbereitungen im Hunsrück — Der Einfluß der Raketenstationierung auf den Alltag der Menschen" (Klartext Verlag Essen, 16 DM).** Die Autorin läßt ihre Hauptfiguren selber erzählen: Die Bäuerin Lore Kneip, die ihren Acker an die Friedensbewegung verpachtet hat; den Gemeinderatsvertreter Gerhard Lorenz, der vom braven Bürger zum Observationsobjekt der Polizei wurde; die Schreinerin Hilde Brück, die keine Aufträge mehr vom Militär annimmt ... und viele andere. Die Episoden und Gesprächsnotizen machen anschaulich, wie der Widerstand der Hunsrücker aus ihrem Alltag entstanden ist und welche Bedeutung es in einer konservativen, ländlichen Region hat, wenn Einzelne aufstehen und sagen: „Ich mache das nicht mehr mit!"

Sabine Stanges Buch enthält aber nicht nur diese Portraits, die der Großstadtmensch gerührt abends im Bett schmökern kann, sondern auch nützliche Sachinformationen zum Hunsrück, garniert mit mehreren Lagekarten der militärischen Einrichtungen. Kurz: Für alle Hunsrück-Besucher in diesem Sommer und Herbst der passende „alternative Reiseführer".

Von Seiten der autonomen Frauen, die in den vergangenen

Von Seiten der autonomen Frauen, die in den vergangenen drei Sommern ein Widerstandscamp im Hunsrück organisiert haben und dies auch für dieses Jahr vorbereiten, ist eine dickleibige Dokumentation mit Berichten und Stellungnahmen herausgebracht worden: **„Frauenwiderstand im Hunsrück — Frauengeschichte(n) 1983 — 1985"** (29,80 DM). Zu beziehen über: Selbstvertrieb Ursel Kornfeld, Nassauische Straße 53, 1 Berlin 31.



Erläuterungen zu der Karte: Militär-Einrichtungen im Hunsrück

1. Hasselbach, „B-Battery", US-Atomwaffenlager (alte Nike-Hercules-Stellung); Stationierungsort für die Cruise Missiles in der BRD
2. Hasselbach, Kasernengelände vom Atomwaffenlager Nr.1
3. Hasselbach, alte US-Reparatur-Stellung, 50 Meter v. Nr.1; f. Bunker f. CM
4. Hasselbach/Kastellaun, Bundeswehr-Standortübungsplatz & Kaserne (Fernmeldeb.)
5. Wüschheimer Faas, an Hunsrückhöhenstr., Tropoec.-Antennenmast (& f. Radio), US-Air-Force, „6911-te Electronic Security Squadron"; vermutl. später Funkleitstelle f. CM-Transporter
6. Wüschheimer Faas, „C-Battery", US-Reparatur-Stellung mit Erdbunkern
7. Wüschheimer Fass, US-Bunker-Anlage; Munitionsdepot mit Erdbunkern
8. Kappel, Bundesw.-Zentrallager f. elektron. Bauteile m. großem Helikopter-Landeplatz
9. bei Wüschheim, kl. BW-Fahrzeugdepot
10. Kastellaun, Bundesw.-Munitionsdepot und Lager
11. Grenderich, geplante neue NATO-Flugabwehrstellung mit „intelligenten PATRIOT"-Raketen
12. Tellig/Moritzheim, Bundesw.-Raketenstellung
13. Hahn, US-Flugplatz m. F 16 (Trägersy. f. CM-Tomah.) & F 4E; m. Hochsicherh.-Trakt f. A-Waffen
14. Morbach/Wenigerrath, US-Atomwaffenlager & Mun.-depot f. US-Flugplatz Hahn (Nr. 13)
15. Börfink, Kriegshauptquartier NATO, Europa-Mitte in Bunker-Anlage Erwin, Luftraumüberw.
16. Erbeskopf, Radar-„Dome" für Bunker Erwin, Nr. 15
17. Ruppelstein, BW & NATO, milit. Anlagen (vermutl. Radarleiter f. Raketen)
18. Sandkopf, milit. Funk-Radar-Anlage
19. Birkenfeld, H.-Hertz-Kaserne BW, 2. Luftwaffendiv.; Versorgungseinheit f. Erwin (Nr. 15)
20. Birkenfeld, BW-Kaserne für Mobile Einheit (Nachschub)
21. Niederbrombach, Bundespost/BW, Fernmeldebunkeranlage (m. Geheimleitungen)
22. Weitersbach, BW-Munitionslager, ca. 70 Zivilangestellte
23. Dickenscheid, alte US-Martin-Mace-Raketenstellung (derzeit priv. verpachtet)
24. Rhaunen, Mess-Sonde f. radioakt. Verstrahlung d. Umwelt (Verbind. z. Politikerbunker, Eifel)
25. Ohlweiler/Holzbach, BW-Lazarett-Depot
26. Rheinböllen/Dichtelbach, US-Raketenstellungen (ehem.Nike) f. „Intell. Patriot" (jetzt umgebaut)
27. Kandrich, Funkleitstelle für Patriot f. US-Anlage Nr. 16
28. Rheinböllen, BW-Munitionslager mit umfangr. Bunkeranlagen
29. Spabrücken, US-Munitionsdepot, vermutl. auch mit Atomwaffen f. Pferdsfeld
30. Pferdsfeld, BW-Flugplatz (u.a. immer Phantoms m. Atomwaffen unter US-Kontrolle)
31. Sobernheim, BW-Kasernengelände u.a. f. Flugplatz Pferdsfeld (Nr. 30)
32. Stromberg, größeres BW-Depot
33. Lorch, BW-Standortübungsplatz; Kasernen und in Felsen gehauener Geräte- & Muni.Bunker
35. Bad Kreuznach, US-Hubschrauberplatz mit über 30 Hubschraubern
36. Bad Kreuznach, US-Kasernen u. sonst. US-Wohnanlagen & Muni-/Tanklager
37. Fürfeld, US-Munitionslager, u.a. mit Atommunition
38. Kriegsfeld, US-Muni-Lager, u.a. mit chemischen Waffen
39. Rhaunen, BW-Reservelazarett
40. bei Morbach, Französisches Munitionslager
41. Idar-Oberstein, Rilchenbergkaserne, Raketenschule der BW
42. Idar-Oberstein, Straßburgkaserne, US-Luftlandeeinheit; Kasernengelände u.m.
43. Idar-Oberstein, Klotzbergkaserne, Artillerieschule & Top-Bat der BW., u.m.
44. Nahhollenbach, sehr großes US-Fahrzeugdepot und Zentrallager
45. Baumholder, NATO & BW-Truppenübungsplatz; m. US-Flugplatz; US-Kaserne m. 19.000 Pers.
46. Reichenbach, US-Raketenstellung (Nike) am Rande von Truppenübp. (Nr. 45)
47. Hoppstädten-Weiersb., US-Anlage m. alten Feldflugplatz
48. Hermeskeil, BW-Einheit & Nachschub-Einheit
49. Kell, Militärgelände (vermutl. Muni.lager)
50. Saarburg, franz. Garnison m. Kasernen
51. Trier, franz.Garnison (Kasernen u.a.)
52. Föhren, US-Raketenstellung und Hubschrauberlandeplatz
53. Bitburg, US-Flugplatz mit F 15 (& A-Waffen-Lager)
54. Wiersdorf, US-Militärgelände (im Gespräch als Test- & Reparaturbasis für Cruise Missiles)
55. Spangdahlem, US-Flugplatz u.a. mit F-4C & F-4D F-4G
56. Wittlich (b. Altrich), franz. Garnison & Munitionsdepot
57. Daun, versch. BW-Anlagen
58. Hontheim, US-Raketenstellung (ehem. Nike) f. Patriot vorgesehen
59. Büchel, BW-Flugplatz mit Munitionslager (u.a. für A-Waffen)
60. Mayen, BW-Einheit
61. Koblenz, größte BW-Garnisonsstadt, BW-Krankenhaus

''Kein Frieden mit der NATO'' — nötiger denn je!

Bericht und Anmerkungen zum Kongreß am 12./13.4.86 in Köln

Am 12./13. April fand in Köln der Diskussions-Kongreß *„Frieden mit der NATO?"* statt. Mit rund 500 Teilnehmern war aller vorheriger Pessimismus des Koordinationskreises wegen etwaigen zu geringen Interesses widerlegt. Noch bevor es richtig losging, gab es Streit darum, ob der „Linken Deutschland-Diskussion" eine (autonome) Arbeitsgruppe zugestanden werden könne. „Kein Frieden mit den Nazis!" war die Parole eines Flugblattes und eines Transparents auf dem Podium von einer Bonner Gruppe. Nach Stellungnahmen gegen die LDD und einer Antwort von Rolf Stolz wurde die Gruppe und ihr Büchertisch bei wenigen Gegenstimmen vom Kongreß verbannt. (s. Extra-Artikel dazu).

In den Eingangsreferaten wurde die Notwendigkeit erörtert, die NATO-Frage in der Friedensbewegung zur Diskussion zu stellen, die Geschichte der NATO dargestellt und ein Überblick zu den unterschiedlichen Positionen in der Friedensbewegung zum NATO-Bündnis gegeben. Zum Abschluß des Auftaktplenums kam auch ein Vertreter der spanischen Anti-Otan-Bewegung zu Wort. Dieser Bericht wurde am Abend — ergänzt von einem Vertreter aus dem Baskenland und mit einem Referat zu Irland fortgesetzt. Berichtet wurde über die Niederlage beim Referendum in Spanien zur Nato-Mitgliedschaft, wie von ihren erstaunlichen Erfolgen bei der (z.T. erstmaligen) Organisierung einer starken Protestbewegung, wobei speziell im Baskenland sogar eine mehrheitliche Ablehnung gegen die NATO-Mitgliedschaft Spaniens zu verzeichnen war.

Den ganzen Nachmittag über tagten zwölf Arbeitsgruppen. Für diese Debatte war im Voraus ein umfangreicher Kongreß-Reader mit zahlreichen Beiträgen erschienen. Die AGs hatten ganz unterschiedlichen Charakter: Es gab stärker informative Arbeitsgruppen, z.B. zur Rolle der NATO gegenüber Südafrika und in der Türkei, zur Geschichte der NATO, zum militärisch-industriellen Komplex und SDI-Programm, zur Kriegsführung der NATO im Inneren, etc.; dann ein Reihe von Arbeitsgruppen, in der Vertreter verschiedener Positionen miteinander diskutierten, ob die BRD als „Biedermann oder Brandstifter" in der

ter verschiedener Positionen miteinander diskutierten, ob die BRD als „Biedermann oder Brandstifter" in der

NATO anzusehen sei, oder wieweit Widersprüche in der NATO von der Friedensbewegung nutzbar seien. In der weitaus größten Arbeitsgruppe stritten Vertreter verschiedener Positionen über die unterschiedlichen Bewertungen der NATO-Frage. Zum Abschluß des Kongresses fand dazu auch noch eine Podiumsdiskussion statt.

Am zweiten Tag behandelte das Plenum nach den Arbeitsgruppen-Berichten noch zwei Resolutionen: eine zum US-Angriff auf Libyen. In einem Telegramm teilten die Grünen mit, daß sie 10.000,- DM als Zuschuß für Protestaktionen gegen den US-Überfall zur Verfügung stellen würden. Einen Tag vor dem Bombenangriff der USA auf Libyen war man sich einig, für einen solchen Fall überall örtliche Protestaktionen durchzuführen. Einige kritisierten, daß nicht schon auf dem Kongreß eine Beratung über bundesweite Aktivitäten aufgenommen worden sei.

Außerdem wurde eine Abschlußerklärung verabschiedet, die wir hier dokumentieren. Mit dieser Abschlußerklärung, die auf einen Konsens der Teilnehmer zielte, sollte wenigsten der gemeinsame Wille dokumentiert werden, auf der Basis gemeinsamer Kritik an der NATO, die Frage der NATO-Mitgliedschaft auch gemeinsam stärker zu diskutieren bzw. in den Vordergrund zu stellen. Trotz dieses Kompromißcharakters der Resolution erhoben Vertreter der Friedensliste gegen Teile der Resolution massive Bedenken. Der von ihnen formulierte Schlußabsatz erhielt dann ganze 15 Stimmen. Auf der anderen Seite gab es auch Stimmen, die aufgrund des Kompromißcharakters der vorgelegten Resolution den Sinn einer solchen Verabschiedung anzweifelten.

Einige Anmerkungen zum Kongreß

Zweifellos, die Diskussion um die NATO-Mitgliedschaft und die Forderung nach einem Austritt aus der NATO hat Zulauf. Die Debatte innerhalb der Grünen vor allem nach dem Vorstoß Schilys für die NATO, das Interesse an diesem Kongreß, vor allem aber nach dem US-Bombenüberfall auf Libyen haben hier deutlich gemacht, daß diese Frage nicht einfach mehr ausgeklammert werden kann.

Trotz einer überraschend großen Teilnehmerzahl, interessanten Debatten und Referaten erbrachte der Kongreß keine faßbaren Ergebnisse für gemeinsame weitere Schritte oder Perspektiven. Tatsächlich eine gemeinsame Anti-NATO-Propaganda aufzunehmen, dafür ist der Kreis doch sehr eng.



Foto: Helmut Reder

Ein „offener Kongreß"

Für den Versuch, andere Gruppen und Strömungen in die Vorbereitung und Organisierung mit einzubeziehen, wurde ein hoher Preis gezahlt. Das ganze sollte ein offener Debattenkongreß werden, auf Ergebnisse würde es erst einmal nicht so sehr ankommen. Neben linken Gruppen und Initiativen und den später hinzukommenden Grünen war im Trägerkreis nur noch die Friedensliste vertreten. So gab es dann einen Kongreß, wo auf Referentenebene die unterschiedlichen Strömungen bis hin zu SPD-Vertretern in der Friedensbewegung präsent waren.

Schwierigkeiten mit der Friedensliste

Aber selbst die Friedensliste, die sich tatsächlich für diesen Kongreß stark gemacht hatte, war auf dem Kongreß nur mit ihrem Organisationsstab vertreten, andere glänzten gleich ganz durch Abwesenheit. So konnte man dann hohes Lob über den „offenen Charakter" der Debatte hören, und die Friedensliste unternahm bis zur letzten Minute alle Anstrengungen, um selbst ein Meinungsbild über unterschiedliche Schlußpassagen der Abschlußresolution zu verhindern. Das Bedürfnis von Anti-NATO-Kräften, aus denen sich die Teilnehmer weitgehend zusammensetzten, über weitere Schritte zu beraten, war bereits in der Anlage des Kongresses stark heruntergeschraubt worden. Positiv hat die Einbeziehung der Friedensliste eigentlich keine sichtbaren Ergebnisse gebracht.

lich keine sichtbaren Ergebnisse gebracht.

Europa den Europäern

Die politischen Positionen der Friedensliste oder aus der DKP-Ecke sind auch kaum für eine ernsthafte Auseinandersetzung geeignet. Die Forderung nach „friedlicher Koexistenz" ist selbstverständlich ein berechtigtes Anliegen sowjetischer Außenpolitik, als Konzeption einer oppositionellen Bewegung jedoch vollkommen untauglich. Die daraus abgeleitete Bündniskonzeption, die auf „vernünftige" Kräfte im herrschenden Lager, speziell der SPD, zielt, war auf dem Kongreß zudem äußerst miserabel vertreten, so daß eine ernsthafte Auseinandersetzung gar nicht stattfand. So führte etwa Bernd Greiner in seinem Einleitungsreferat zum Beleg für die NATO-Widersprüche in der Pose eines Geschichtskenners an, daß europäische Länder den geplanten Atomwaffen-Einsatz der USA in Korea verhindert hätten (Beleg überflüssig), zudem seien eben andere Europäer gegen einen NATO-Austritt der BRD wegen des zu befürchtenden deutschen Nationalismus (Ausführungen überflüssig). Da ist dann auch die Debatte nicht mehr spaßig. Referent K.D. Bredthauer von den DKP-nahen „Blättern" wandte sich in seinem Reader-Beitrag gleich an die Kapitalisten: *„Europa ist vielmehr durchaus das ‚gemeinsame Haus' der Europäer (...) Zu den Bewohnern des ‚gemeinsamen Hauses' gehören nun einmal die Russen und andere Völker der Sowjetunion und die Amerikaner leben nun einmal auf einem anderen Kontinent. (...) Wenn die Westeuropäer über ihre wirtschaftliche Zukunft, ihre Konkurrenzfähigkeit besorgt sind, sollte sich ihr Augenmerk vor allem auf die enormen Reserven richten, die in einer (...) west/osteuropäischen Zusammenarbeit liegen."*

Linke Sozialdemokraten

Aus der linken sozialdemokratischen Ecke hat eigentlich nur Andreas Zumach offene Worte gefunden, selbstverständlich sei die NATO nicht akzeptabel und auch nicht reformierbar. Ansonsten vertrat er eingebunden in eine ost/westliche Kirchenkreis-Debatte die Konzeption einer west/östlichen „Sicherheitspartnerschaft", die aber erst vermittels Abrüstung, speziell einseitiger Abrüstung in NATO-Ländern erreichbar sei. Auf der anderen Seite schaffte es der Juso-Vertreter auf dem Podium ganz penetrant, am Thema des Kongresses vorbeizureden, es schien mehr ein diplomatischer Besuch zu sein, bei dem das SPD-Wahlprogramm erläutert wurde. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Bemühungen um einen SPD-Spitzenvertreter für eine tatsächlich NATO-Pro/Kontra-Debatte im Vorwege gescheitert waren; nach unterschiedlich langer Bedenkzeit (und Rückfrage) gab es jeweils Absagen. Verständlich, daß die SPD, so lange nicht genug Druck dahinter ist, sich gern als Sachwalter der Friedensbewegung annimmt, aber möglichst keiner NATO-Debatte.

Grüne

Auffällig war es, daß die grüne Beteiligung am Kongreß erst dann richtig in Schwung kam,nachdem Schily plötzlich die NATO-Mitgliedschaft befürwortete.

Ansonsten verfolgen gerade die linken Kräfte bei den Grünen, speziell die Ökosozialisten, den Versuch, das Konzept der „einseitigen Abrüstungsschritte" allgemein durchzusetzen. (s. dazu Artikel in diesem AK). Die NATO-Frage ist in dieser Konzeption zumindest zweitrangig, wenn es auch „nicht ungewollt" sei, wenn solche Abrüstungsschritte die Frage der NATO-Mitgliedschaft auf die Tagesordnung setzen würden. Aber auch hier ist, speziell nach dem US-Überfall auf Libyen wieder eine stärkere Anti-NATO-Orientierung im Vormarsch ist, wie sich natürlich insgesamt sagen läßt, daß nach dem US-Überfall der Kongreß vermutlich unvergleichlich größeren Zulauf gehabt hätte.

BUF

Für den BUF als Initiator der Sache ist zu sagen, daß nach anfänglicher Euphorie und dann auftretenden Schwierigkeiten (z.B. mit der Friedensliste, Befürchtungen um die Durchführbarkeit des Kongresses und zusätzlichen internen Problemen) sich doch über die Gebühr Personen aus der Vorbereitung ausgeklinkt hatten, zuviel, meine ich, um seine Ziele im Kongreß einzubringen. Doch der Kongreß war allemal dazu angetan, einer Weiterarbeit hier Auftrieb zu geben.

HH

Ein Bündnis für die Aufrüstung ist für uns nicht akzeptabel

Erklärung der Teilnehmer des Anti-NATO-Kongresses am 12./13.4.86

Abrüstungsinitiativen der Friedensbewegung in NATO-Staaten, in Westeuropa und Amerika, sind bisher gescheitert. Die wichtigsten westeuropäischen Regierungen und die Vormacht USA weigern sich konsequent, ihren Aufrüstungskurs zu beenden. Dies gilt für minimale Schritte, wie die Beendigung von Atomtests, erst recht aber für den Stopp strategischer Aufrüstungsmaßnahmen im Weltraum oder auf der Erde oder die Herrichtung der Bundesrepbublik zum konventionellen und atomaren Kriegsschauplatz. Dieser Aufrüstungskurs wird durch die beteiligten Regierungen über die NATO koordiniert, gesteuert und effektiviert. Damit wird das Militärbündnis NATO auch zunehmend Gegenstand kritischer Betrachtung der Friedensbewegung.

NATO-Staaten haben nach dem 2. Weltkrieg indirekt und direkt die meisten Kriege zu verantworten und selbst geführt. Offiziell soll die NATO nur dem Schutz der Mitgliedsstaaten dienen. Das gemeinsame Interesse an der bestehenden Weltwirtschaftsordnung zugunsten der Industrieländer führt aber zu gegenseitiger Unterstützung und Koordination in jedem Kriegsfalle. Die NATO-Stützpunkte in der Bundesrepublik sind nicht nur Hinterland für solche Interventionen, sondern inzwischen hat sich die Bundesrepublik vertraglich zu solchen Hilfeleistungen verpflichtet.

Die NATO ist gegenwärtig in Europa der größte Unsicherheitsfaktor. Sie betreibt militärische Aufrüstung statt friedlichen Ausgleich und Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas und zementiert damit die Spaltung Europas in zwei feindliche Blöcke. Trotz immer wieder bekundeter Abrüstungsbereitschaft seitens der Sowjetunion und des Warschauer Paktes erzeugt die NATO mit Hilfe von Unwahrheiten das Feindbild von der „Gefahr aus dem Osten". Innenpolitisch soll mit Hilfe des Antikommunismus verhindert werden, daß Auseinandersetzungen frei und vernunftgebunden im Interesse der Menschen ausgetragen werden können.

Die USA ist keinesfalls die einzige Macht in der NATO, die für mehr Aufrüstung und Konfontration eintritt. Die Bundesrepublik selbst drängte in den 50er Jahr gegen Widerstand auf eine Wiederbewaffnung und auf eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Aktuell tritt sie für eine Stärkung der NATO und ihres westeuropäischen „Pfeilers" ein, für verstärkte konventionelle Aufrüstung, eine Raketenabwehr und nicht zuletzt für den (Mit-)Besitz von Atomwaffen.

Der NATO-Partner Bundesrepublik ist über jeden Zweifel erhaben, für Abrüstung einzutreten. Dafür stehen die Unterzeichnung des SDI-Rahmenabkommens, das die US-Regierung bestärkt, den größten Aufrüstungsschub in der Menschheitsgeschichte vorzunehmen, und die jüngsten Vorstöße Dreggers und Todenhöfers von der CDU, die sich gegen jeden Abbau von atomaren Mittelstreckenraketen wandten, sind deutliche Zeugen. In der "Frontstaatsituation" braucht auch die Bundesrepublik die Hochrüstung der NATO als Pressionspolitik der „Abschreckung" gegenüber Osteuropa.

Innenpolitisch wird die NATO als der Garant für Frieden, Sicherheit und Freiheit dargestellt. Die Staatsräson erklärt Gegner der NATO zu Staatsfeinden und Helfern und Helfershelfern Moskaus. Das NATO-Bündnis soll als unantastbar erklärt werden. Dagegen setzen wir unsere Erkenntnis:

Die Konfrontationspolitik der NATO und die sie tragenden Regierungen
— gefährdet die Sicherheit und reduziert den „Frieden" zu einem Nicht-Krieg auf dem Pulverfaß,
— macht Freiheiten zur Ware im Schlußverkauf militärstrategischen Zynismus,
— verlangt ungeheure materielle Opfer, bindet unsere Phantasie und Fähigkeit zur Lösung humaner Aufgaben und soll auch die Menschen in Osteuropa zur Verschleuderung ihrer Ressourcen für militärische Zwecke zwingen.

In der Friedensbewegung gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob eine tatsächliche Friedenspolitik und Abrüstungsschritte im Rahmen des NATO-Militärbündnisses durchgesetzt werden können.

— Eine Position geht davon aus, daß die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO offen und offensiv infrage gestellt werden muß, damit notwendige einseitige Abrüstungsmaßnahmen überhaupt Realität werden können.

— Andere meinen, daß einseitige Abrüstungsschritte, eingebunden in eine Strategie einseitiger Abrüstung notwendig die Frage der NATO-Mitgliedschaft stellen und zu einer Auflösung und Destruktion der NATO bzw. zu einem NATO-Austritt führen. Dies ist politisch gewollt.

— Eine weitere Position will mit sicherheitspartnerschaftlichen Lösungen und einseitigen Abrüstungsschritten die Abschaffung der Militärblöcke und die Etablierung einer europäischen Sicherheitsordnung erreichen.

— Ausgehend von der Erkenntnis, daß die NATO die Triebkraft der Aufrüstung ist, steht das Konzept „Friedliche Koexistenz/Entspannung" für das Ziel, im Systemantagonismus eine Rückkehr zum Kalten Krieg zu vermeiden, politische und militärische Entspannung (= Abrüstung) und umfassende Zusammenarbeit durchzusetzen und im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems die Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt aufzulösen, wobei einseitige Abrüstungsschritte für möglich gehalten werden.

Gemeinsam wenden wir uns gegen die Vorstellung, die NATO sei zu Verteidigungszwecken gegründet und stelle einen „Hort des Friedens" dar. Wir nehmen alle Versuche, die NATO zur „Heiligen Kuh" zu erklären und damit unseren Abrüstungsforderungen entgegenzutreten, zum Anlaß, um umso

Fortsetzung nächste Seite

Dietrich Schulze Marmeling:

'Sicherheitspartnerschaft', NATO-Reform, 'Entspannungspolitik', 'alternative Verteidigung'

Alternativen zum NATO-Austritt?

1. Das Dilemma einer jeden NATO-Reformpolitik

Folgt man der Reformlogik konsequent, die besagt, daß eine „Westeuropäisierung der NATO", ein engeres Zusammenrücken der westeuropäischen NATO-Staaten eine Möglichkeit ist, auf die USA — als besonders aggressive NATO-Vormacht — mäßigend einzuwirken, so müßte man mit Akribie die Landkarte Westeuropas nach Ländern abgrasen, die noch nicht in der NATO sind, jedoch — aufgrund der besonderen Betonung westeuropäischer Identität oder gar der Erfreulichkeit, daß dort mal wieder Sozialdemokraten/Sozialisten der Regierungsgeschäfte walten — für einen NATO-internen Reformkurs in Betracht kommen könnten. Nicht genug damit: Als nächstes müßte man diese Länder dann dazu bewegen, unbedingt der NATO beizutreten, im Sinne der Stärkung „unserer" NATO-internen Reformfront. Auch wenn dies, was in der Regel in solchen Fällen der Fall ist, zunächst einmal einen kräftigen qualitativen wie quantitativen Aufrüstungsschub für diese Länder implizieren würde, was „unserem" eigentlichen Anliegen — Abrüstung und Entspannung — entgegensteht. So ergibt es in der Logik der „Westeuropäisierung" durchaus einen Sinn, wenn Willy Brandt die formell noch neutrale Republik Irland dazu auffordert, ihre „anachronistische Neutralität" zu suspendieren, um einen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas im Rahmen einer „westeuropäisierten NATO" zu leisten. Die irischen Friedensfreunde sind darob natürlich entsetzt, zumal der zentrale Gegenstand friedenspolitischer Arbeit auf der „grünen Insel" in der Agitation für die Beibehaltung der ohnehin schon arg relativierten „irischen Neutralität" besteht, sowie das Verschwinden britischer — und somit NATO-Truppen — aus dem Nordosten Irlands. In der Logik der Reformierbarkeit durch „Westeuropäisierung" der NATO verharrend ist es natürlich auch folgerichtig, sich für einen NATO-Beitritt Spaniens stark zu machen. Dort regiert ja immerhin, im Gegensatz zum vorher erwähnten Beispiel, ein Sozialist, gewissermaßen ein „südeuropäischer Enkel" Willy Brandts, der beabsichtigt, den westeuropäischen NATO-Reformflügel zu stärken. Zu dem Preis, daß die spanische Armee, eigentlich eher den innenpolitischen Gegnern der sozialistischen Regierung zugeneigt, mit westeuropäischer und US-Hilfe kräftig aufgerüstet wird, modernisiert wird (nicht im Sinne von „Demokratisierung", wie es gern behauptet wird, sondern zum Zwecke der Beseitigung archaischer — und somit militärisch uneffektiver — Strukturen) und USA/NATO das Land in Zukunft noch unverschämter in ihre kriegsstrategischen Planungen einbeziehen werden, als das bislang bereits der Fall ist. Spanien ist auch ein gutes Beispiel dafür, wie sich die konservative amerikanische und die sozialdemokratische NATO-Politik gegenseitig ergänzen. Die westeuropäische Sozialdemokratie, allen voran — wie bereits im Falle Portugals — die bundesrepublikanische, votiert für den spanischen NATO-Beitritt unter „Westeuropäisierungsaspekten". Entsprechend führte Gonzales seine Pro-NATO-Kampagne. Den USA kann es eigentlich völlig egal sein, mit welcher Begründung Spanien dem Bündnis beitritt, denn so oder so stärkt der spanische Beitritt die NATO insgesamt gegenüber dem Warschauer Pakt und der Dritten Welt. Es erweitert das für die NATO im Kriegsfall zur Verfügung stehende Territorium „in die Tiefe" und verschafft der NATO zusätzliche Operationsoptionen im Mittelmeer. Da die „Westeuropäisierung" im Rahmen der NATO erfolgt, muß jede Stärkung des „europäischen Pfeilers" auch zwangsläufig der Stärkung des Bündnisses insgesamt zugute kommen.

2. Mäßigung von NATO und USA durch Stärkung des „westeuropäischen Pfeilers"?

Eine derartige „Strategie" ist ein Widerspruch in sich. Denn: Sinn und Zweck militärischer Allianzen ist nicht, daß sich die dort versammelten Nationalstaaten gegenseitig hinsichtlich ihrer militärischen Aktionsfähigkeit gegenseitig paralysieren. Sinn und Zweck von Militärbündnissen, erst recht der NATO, ist vielmehr, nationalstaatlich organisierte militärische Potenzen zu addieren, zwecks Erhöhung der Abschreckungskraft gegenüber einem gemeinsamen Kontrahenten. Desweiteren gilt es durch Arbeitsteilung das Spektrum militärischer Optionen zu erweitern, auf daß auch solche Optionen wahrnehmbar werden, die die militärischen Fähigkeiten eines einzelnen Nationalstaates übersteigen. Die BRD wurde z.B. seinerzeit Mitglied imwestlichen Bündnis, weil man sich von einer Ankoppelung der militärischen Potenzen anderer Staaten an die BRD eine Erhöhung der bundesrepublikanischen Abschreckungsfähigkeit gegenüber der Sowjetunion erhoffte. Adenauer beabsichtigte, die „deutsche Frage" aus einer Position der Stärke gegenüber der SU zu stellen, um so die gesellschaftspolitischen Vorzeichen, unter denen die Wiedervereinigung erfolgen sollte, diktieren zu können. Völlig konfus wird es diesbezüglich, wenn, wie es im übrigen tatsächlich bisweilen geschieht, Autoren aus dem „Reformspektrum" anmerken, die westeuropäischen NATO-Staaten — allen voran die BRD — würden mäßigenden Einfluß auf die besonders aggressiven USA ausüben, um dann andererseits wenig später völlig unbefangen gegen einen NATO-Austritt der BRD mit dem „Argument" ins Feld zu ziehen, eine NATO-freie BRD gliche einem „entfesselten Prometheus", würde ergo die Kriegsgefahr in die Höhe treiben. Hier existiert zweifelsohne ein dringender Entscheidungsbedarf: Entweder diszipliniert Kohl Reagan, oder Reagan Kohl. Beides geht jedenfalls nicht. Tatsächlich ist es so, daß sich USA und BRD durch gemeinsame NATO-Mitgliedschaft hinsichtlich ihrer militärischen Fähigkeiten ergänzen und gegenseitig bestärken.

Um den Sinn des transatlantischen NATO-Bündnisses anhand eines kriegerischen Beispiels aus jüngster Zeit — dem Malvinenkrieg — und am Beispiel eines anderen westeuropäischen Landes — nämlich Großbritannien — noch einmal zu verdeutlichen: Ohne die tatkräftige Hilfe der USA und der NATO, der sich London aufgrund der gemeinsamen Bündnismitgliedschaft versichern konnte, wäre es recht fraglich gewesen, a. ob Großbritannien überhaupt eine Armada in Richtung Südatlantik entsandt hätte, mit dem Auftrag, die Malvinen zurückzuerobern, b. daß Großbritannien diese Auseinandersetzung militärisch erfolgreich bestanden hätte.

Die westeuropäischen NATO-Partner schlossen im Nordatlantik (Ärmelkanal und NATO-Nordflanke) die „Lücken", die durch die südatlantische Mission der britischen Armada entstanden waren. Auf diese Weise erfolgte die militärische Abdeckung der Intervention gegenüber dem gemeinsamen Hauptkontrahenten Warschauer Pakt. Die USA wiederum dienten dem NATO-Partner mit logistischen (Satelliten etc.) und rüstungstechnologischen/materiellen („Sidewinder"-Raketen etc.) Hilfeleistungen. Als die USA zunächst aufgrund von innerad-

keten etc.) Hilfeleistungen. Als die USA zunächst aufgrund von innerad-

ministrativen Widersprüchen zauderten, drohte London mit der Zündung einer Nuklearbombe über der argentinischen Stadt Cordoba für den Fall, daß die kriegerische Auseinandersetzung mit den eigenen und konventionellen Mitteln nicht erfolgreich zu gestalten war. Den USA wurde dadurch kommuniziert, daß sie — wollten sie diese Aktion, die wohl den gesamten Subkontinent gegenüber der westlichen/nördlichen Welt tiefgreifend entfremdet hätte — verhindern, der britischen Streitmacht gefälligst auf „konventionellem" Wege zur Seite springen sollten. Desweiteren erinnerte London, und dies wurde auch in allen NATO-Hauptstädten verstanden, an die gemeinsamen ordnungspolitischen Interessen der NATO. Preisfrage: Wer hat hier auf wen mäßigend Einfluß genommen? Gegenfrage: Hat es sich nicht vielmehr so verhalten, daß die Tatsache der NATO-Mitgliedschaft des sich militärisch stark und sicher Wähnens London erst zur Intervention ermuntert hat?

Zudem sollten sich die Befürworter einer Stärkung der „westeuropäischen NATO-Säule" darüber im klaren sein, daß dies mit einem Mehr an regionaler Aufrüstung korrespondiert. Denn das Ausmaß des Mitspracherechts innerhalb der NATO — dessen Ausweitung ein wesentliches Ziel jeder „Westeuropäisierungs-" und Reformpolitik ist — wird nach dem Umfang des militärischen Beitrags definiert, den ein Land bereit ist, im Rahmen der NATO zu leisten. Führende SPD-Politiker wie Horst Ehmke haben dies auch wiederholt eingestanden: Ehmke 1984 in einem Arbeitspapier für die SPD-Bundestagsfraktion: „Europa muß mehr Verantwortung für die Verteidigung der europäischen Zentralfront übernehmen." Was bedeutet das anderes, als zusätzliche regionale Aufrüstung? Die Stärkung der „europäischen Säule" der NATO erfolgt somit primär auf dem Weg der gesonderten Aufrüstung der westeuropäischen Staaten und hat somit die Stärkung der NATO insgesamt — d.h. auch der USA — zum zwangsläufigen Ergebnis. Die gesonderte westeuropäische Aufrüstung heizt jedoch den Ost-West-Rüstungswettlauf zusätzlich an.

Es ist somit überhaupt nicht verwunderlich, daß das, was bislang unter dem Etikett „Stärkung des europäischen NATO-Pfeilers" real praktiziert wurde und wird, wenig mit Abrüstung, um so mehr mit Aufrüstung zu tun hat. Hier nur einige Stichworte: 1. „Konventionalisierung" der NATO-Strategie das unmittelbare Schlachtfeld eines kommenden Krieges in Westeuropa betreffend (= konventionelle Aufrüsung); 2. Die Debatte um eine integrierte europäische Nuklearstreitmacht oder andere Möglichkeieten eines bundesdeutschen „Fingers am nuklearen Abzug" (inklusive der Debatte um ein BRD-Mitspracherecht bezüglich der Einsatzplanung der taktischen Nuklearstreitkräfte Frankreichs); 3. Die Aufhebung der WEU-Restriktion, die es der BRD z.Zt. ihrer Gültigkeit untersagten, strategische Trägersysteme zu produzieren (ergo solche Waffen, mit denen sich vom BRD-Territorium aus sowjetisches „Sanktuarium" erreichen ließe); 4. Eine nicht-nukleare europäische „Verteidigungsinitiative" (EDI/EVI, als militärische Ergänzung zum vornehmlich ökonomischen EUREKA-Programm), sozusagen als „europäisches Pendant" zum amerikanischen SDI-Projekt; 5. Die Bemühungen um Standardisierung der westeuropäischen Rüstungsproduktion, zwecks Senkung der bislang enorm hohen Stückkosten von Rüstung und zwecks Verbesserung der westeuropäischen Position in der Konkurrenz mit den USA um Anteile am NATO-internen wie globalen Rüstungsgütermarkt.

3. Das Problem der „sicherheitspolitischen Logik" der BRD

Die Befürwortung der „Stärkung des westeuropäischen Pfeilers" der NATO als friedenspolitisch sinnvolle Option setzt voraus, daß es Widersprüche zwischen den westeuropäischen NATO-Staaten und der Bündnisvormacht USA gibt, die von ihrem Charakter her unter abrüstungs- und entspannungspolitischen Aspekten ausbeutbar, funktionalisierbar sind. Zwar sind NATO-interne Interessendivergenzen

funktionalisierbar sind. Zwar sind NATO-interne Interessendivergenzen

überhaupt nicht zu leugnen, doch bieten diese keinen positiven Ansatzpunkt für die hiesige Friedensbewegung. Am Beispiel von SDI — wo Teile der Friedensbewegung ja gar die Möglichkeit einer „Koalition der Vernunft" erblicken, die sich dann von Uwe Beitz bis Berthold Kniekrehm, Herbert Genscher bis Hans-Dietrich Mies erstrecken soll — will ich dies in der gebotenen Kürze darlegen (ausführlicher hierzu mein Beitrag in der Broschüre „Die BRD in der NATO", hg. von der Dokumentationsstelle Friedens- und Sicherheitspolitik e.V.).

Zunächst müssen wir klären, welcher Art die westeuropäischen SDI-Bedenken sind. Die Westeuropäer befürchten zuallererst, daß im Zuge eines ABM-Wettlauf der Großmächte sowjetische Raketenabwehrstrukturen entstehen könnten, die zwar nicht dazu taugen, die gigantischen Nuklearstreitkräfte der USA zu neutralisieren, wohl aber eventuell die Abschreckungskraft kleinerer Nuklearstreitkräfte sogenannter nuklearer „Drittstaaten" relativieren. Ein sowjetisches ABM-System könnte zur Entkoppelung dieser „dritten" Nuklearstreitkräfte von dem US-Nuklearарsenal fühen. Wie begegnen nun die westeuropäischen Staaten diesem „Problem"? Frankreich modernisiert und erweitert seine nationale Nuklearstreitmacht (z.B. Ausrüstung mit zusätzlichen „Eindringhilfen" etc.), in der BRD wird der Ruf nach einer eigenen nuklearen Option lauter. Die BRD befürchtet zudem, daß eine sowjetische ABM-Struktur die in ihrer NATO-Strategie-Interpretation eine bedeutende Rolle spielende „vorbedachte Eskalation" erschwert sowie der BRD die mit einer eigenen nuklearen Option verbundenen strategischen Erwägungen („glaubwürdige Ankoppelung" an das US-Nukleararsenal) versperrt.

Desweiteren werden Überlegungen angestellt, ein konventionell armiertes, bodengestütztes „europäisches Verteidigungssystem" zu installieren — etwa entsprechend jener SDI-Komponente, die für die „Endphase" des Anflugs ballistischer Raketen gedacht ist — zwecks Abwehr sowjetischer Raketen kurzer und kürzerer Reichweite sowie der eurostrategischen SS-20. Der miese diesbezügliche Hintergedanke einiger EDI-Befürworter, der wiederum Rückschlüsse auf die „sicherheitspolitische Logik" der BRD zuläßt: Ein EDI-System bietet zwar für die „enge" und dichtbesiedelte BRD keinen ausreichenden Schutz vor anfliegenden gegnerischen Raketen, aber die Sowjets wären gezwungen — um sicher zu sein, daß eines der anvisierten Ziele auch getroffen wird — die „Mehrfachabdeckung" der Ziele zu praktizieren bzw. ihre nukleare Attacke derart massiv zu gestalten, daß dies quasi zwangsläufig die USA mit ihren nuklearen Streitkräften auf den Plan rufen wür-

Fortsetzung nächste Seite



Foto: H.W.

Fortsetzung von vorheriger Seite

bohrender nach dem Sinn eines Militärbündnisses zu fragen, das den Abrüstungswillen der Bevölkerung schon mehr als einmal mit Füßen getreten hat und im Kriegsfalle den sicheren Untergang herbeiführen würde.

Kontroverse Schlußpassagen

die 1. Version erhielt 15 Stimmen (Antrag J.B. Runge/Friedensliste):

Die NATO ist nicht Teil natürlicher bundesdeutscher Staatsräson und darf es nicht werden. Die Friedensbewegung tut gut daran, wenn sie die NATO nicht zum Tabu-Thema macht. Die unkritische Zustimmung zur NATO, so verbreitet sie in der Öffentlichkeit noch weitgehend ist, so gefährlich ist sie. Die Friedensbewegung muß stärker als bisher kritische Fragen an die NATO und ihre Politik stellen und das NATO-kritische Bewußtsein in unserem Lande stärken. Dabei ist es legitim und nützlich, wenn Teile der Friedensbewegung die Mitgliedschaft der BRD selbst infrage stellen. In der Friedensbewegung sollte mehr als bisher über die positiven Alternativkonzepte zur herrschenden Un-Sicherheitspolitik nachgedacht und offen diskutiert werden, um selbst politikfähiger zu werden. Dabei werden auch im Zusammenhang mit der NATO-Frage Antworten zur Friedens- und Realitättauglichkeit der Konzepte gegeben werden müssen.

die 2. Version (der Kongreßmehrheit)

Wir fordern die Friedensbewegung auf, die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO als Staatsdoktrin offen in Zweifel zu ziehen und die Auseinandersetzung mit all jenen zu suchen, die die Frage eines NATO-Austrittes tabuisieren wollen. Nichts spricht dafür, daß eine politisch neutrale Bundesrepublik an Sicherheit einbüßen würde. Ein einseitiger Austritt könnte vielmehr den Prozeß der Auflösung der europäischen Militärblöcke befördern und die Politik der Überlegenheit und Vorrüstung der NATO beenden helfen. In diesem Sinne begrüßen wir alle Initiativen, die den Status der Bundesrepublik in der NATO ändern und ihre Einbindung lockern wollen. Entscheidendes Kriterium für die Friedensbewegung bleibt darüber hinaus, die Voraussetzungen für reale Abrüstungsmaßnahmen in unsersem Lande zu schaffen!
Frieden mit der NATO ist nicht möglich!

Die Resolution wurde bei über 400 Kongreßteilnehmern bei einer Gegenstimme angenommen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

de. Ein EDI würde somit — so das Kalkül — die Ankoppelung der USA an den europäischen Kontinent und die ,,Sicherheitsinteressen'' der BRD — zwecks Potenzieren der europäischen/-bundesrepublikanischen Abschreckungsdrohung — glaubwürdiger gestalten.

Ähnliche Überlegungen standen seinerzeit auch beim NATO-,,Doppelbeschluß'' Pate,der ja mehr eine bundesrepublikanische denn eine amerikanische Kreation war. Die Logik, die seinerzeit beim ,,Doppelbeschluß'' Pate stand, wurde erst kürzlich wieder evident, als Wörner, Dregger, Todenhöfer u.a. gegen Reagans Antwort auf den Gorbatschow-Plan einwandten, dies würde die ,,Entkoppelung'' der USA von den ,,Sicherheitsinteressen'' der BRD bedeuten.

Wo bitte schön sind hier die Bruchstellen, an denen die hiesige Friedensbewegung ansetzen könnte, um ein Bündnis mit Teilen der etablierten Politik zu suchen? Ist es nicht vielmehr so, daß nicht nur die USA, sondern vielmehr die ,,sicherheitspolitische Logik'' der BRD selbst einer Entspannungspolitik, die tatsächliche Abrüstung beinhaltet (im Gegensatz zu dem, was in den 70er Jahren unter diesem Etikett stattfand) und einem ,,sicherheitspartnerschaftlichen'' Auskommen mit der SU im Wege steht? Das Umgehen der BRD und anderer westeuropäischer NATO-Staaten mit den NATO-internen Widersprüchen — nämlich gesonderte westeuropäische Aufrüstung, um die in Frage gestellte Verkoppelung mit den USA zu rekonstruieren bzw. sich eine regionale Rückversicherung für den Fall des ,,Ausfalls'' von US-Garantien zu verschaffen — muß unter entspannungs- und abrüstungspolitischen Aspekten verheerende Folgen zeitigen. Denn: Die SU sieht sich gleich mehreren Antipoden gegenüber, die jeder für sich eine eigene Abschreckungsoption beanspruchen (siehe damalige Diskussion um die Einbeziehung britischer und französischer Nuklearsysteme in die Genfer INF-Verhandlungen), deren nukleare Arsenale im Konfliktfall der SU jedoch in ihrer Gesamtheit gegenüberstehen würden (zumal die ,,Drittstaatenarsenale'' sich ja gar nicht ,,autonom'' begreifen, sondern eine glaubwürdige Ankoppelung der USA gewährleisten sollen). Die ,,sicherheitspolitische Logik'' der Westeuropäer wirkt somit zusätzlich antreibend auf den Ost-West-Rüstungswettlauf.

Hieraus resultiert für die Friedensbewegung die Notwendigkeit, die ,,sicherheitspolitische Logik'' der BRD,

den Ost-West-Rüstungswettlauf.

Hieraus resultiert für die Friedensbewegung die Notwendigkeit, die ,,sicherheitspolitische Logik'' der BRD,

die nicht einmal ein ,,Kräftegleichgewicht'' zwischen NATO und WP dulden kann (weil es die US-Garantien für die BRD relativieren muß, womit die Abschreckungskraft — hinsichtlich ihrer politisch-offensiven Instrumentierung — Schaden erleidet), frontal anzugreifen. Dies kann sie am Besten mit der Forderung nach einem NATO-Austritt, nicht nur deshalb, weil ein solcher Voraussetzung für jede Politik der Entspannung und der ,,Sicherheitspartnerschaft'' ist, sondern auch, weil die BRD-NATO-Mitgliedschaft der Ausdruck der bundesrepublikanischen ,,sicherheitspolitischen Logik'' ist. Ohne NATO-Mitgliedschaft bricht diese Logik zusammen. Denn ohne die Ankoppelung an die militärischen Potentiale der anderen NATO-Staaten, verfügt die BRD über keine politisch offensiv instrumentierbare Abschreckungsoption. Dies ist ja auch der Grund, warum — entgegen demagogischen Behauptungen von Reformbefürwortern — niemand im ,,herrschenden Block'' für einen NATO-Austritt der BRD plädiert. Denn ein solcher würde eine Schwächung der BRD hinsichtlich ihrer Abschreckungsfähigkeit gegenüber dem WP und ihrer Interventionsfähigkeit gegenüber der Dritten Welt bedeuten. Die BRD ist niemals zum NATO-Beitritt gezwungen worden und sie ist auch heute nicht wider eigenen Willen Mitglied in diesem Bündnis. Im Gegenteil: Die BRD hat beispielsweise in den 50er Jahren die sowjetische Bedrohung besonders dreist übertrieben, um auf diese Weise die USA und andere westliche Staaten mit möglichst umfangreichen Truppenkontingenten auf dem BRD-Territorium möglichst eng an ihre ,,sicherheitspolitischen Interessen'' zu binden. Auf diese Weise ergab sich eine Abschreckungsdrohung gegenüber der SU, deren Ausmaß die Fähigkeiten der BRD überstiegen hätte und auch noch heute übersteigen würde.

4. „Alternative Verteidigung" — Alternative zum NATO-Austritt?

Es ist eigentlich schwer einzusehen, warum sich einige Leute aus der Friedensbewegung über einen Zustand den Kopf zerbrechen, der eigentlich recht prächtig ist, nämlich: Die Nichtführbarkeit eines Krieges für die BRD, weder als Angriffs- noch als Verteigungskrieg (wobei diese Unterscheidung heute nur noch bedingt einen Sinn ergibt), da jede Kriegsführung an der europäischen Zentralfront die Vernichtung der BRD (oder zumindest eines erheblichen Teils derselben) implizieren würde. Das bedeutet, daß die Herrschenden fürchten, daß die BRD aus Kriegshandlungen entlang der europäischen Zentralfront so geschwächt hervorgehen würde (aufgrund ihrer geostrategischen Lage, dichten Besiedlung, industrielle Infrastruktur im grenznahen Bereich, geographische Enge, Verkehrsverbindungen in Nord-Süd-Richtung, ergo parallel zum ,,Frontverlauf'' etc.), daß sie in der internationalen Hierarchie gegenüber der SU wie den anderen westlichen Staaten abfallen würde. Dies kann jedoch kaum Sinn einer Kriegshandlung sein.



Die ,,alternativen Verteidiger'' machen sich nun darüber Gedanken, wie die BRD — im Falle des Versagens der Abschreckung — effektiv militärisch verteidigt werden könnte, also so, daß dies nicht die ,,Selbstvernichtung'' auf den Plan setzen würde. Diese Überlegungen korrespondieren zwangsläufig mit der NATO-Debatte um eine Effektivierung der NATO-Strategie, im Sinne erhöhter Abschreckungswirkung durch Kriegsführungsfähigkeit. Denn: Abschreckung ist natürlich nur unter der Voraussetzung glaubwürdig, daß ich im Falle ihres ,,Versagens'' auch dazu in der Lage bin, die militärische Drohung wahr zu machen. Das Dilemma der ,,alternativen Verteidigung'' ist nun, daß die — da dem Entwurf einer ,,sinnhaften'' militärischen Verteidigung verpflichtet — zwangsläufig in das Kriegsführungsmilieu abrutscht. Es kommt von daher auch nicht von ungefähr, daß diesbezüglich z.T. die gleichen Waffensysteme gehandelt werden, die auch in der aktuellen Debatte um eine ,,Konventionalisierung'' der NATO-Strategie eine Rolle spielen.

Zudem sitzen die Befürworter ,,alternativer Verteidigung'' auch einer Illusion auf, die den Blick für das, was eigentlich dringend ansteht, nämlich Abrüstung, völlig versperrt. Das Di-

ternativer Verteidigung'' auch einer Illusion auf, die den Blick für das, was eigentlich dringend ansteht, nämlich Abrüstung, völlig versperrt. Das Di-

lemma jeder Form von Kriegsführung in Europa lautet nämlich, daß sie nur unter der Voraussetzung gelingt, daß sich der Gegner auf die eigene Kriegsführungslogik auch einläßt. Die NATO versucht diesem Dilemma dadurch zu begegnen, daß sie sich bemüht zeigt, dem WP möglichst viele denkbare militärische Optionen zu verweigern, so daß er sich sozusagen auf ,,unsere'' Kriegsführungslogik, unser ,,Kriegsbild'' einlassen muß. Obgleich dies der NATO kaum gelingen dürfte, t a u g t die NATO-Strategie dazu zweifelsohne eher, als das, was unter dem Stichwort ,,alternative Verteidigung'' gehandelt wird. Ist die ,,alternative Verteidigung'' überhaupt dazu in der Lage, die Kriegshandlungen des Gegners (immer gesetzt den Fall, die SU hegt agressive Absichten gegenüber der BRD, was ich bestreite) so zu beeinflussen, daß diese nicht die Zerstörung der BRD bedeuten? Wohl kaum. Es gibt überhaupt keinen Anlaß dafür zu meinen, die SU würde sich gegenüber einer ,,alternativen Umrüstung'' der BRD komplementär verhalten. Wenn man sich ihre sogenannte ,,Nach-Nachrüstung'' anschaut, muß man eher davon sprechen, daß sie ,,spiegelverkehrt'' agiert. Die Stationierung von Nuklearwaffen in der DDR und CSSR war ja weniger eine Antwort auf die NATO-,,Nach''rüstung, denn eine Antwort auf die Modifizierung der NATO-Strategie (,,Konventionalisierung''). Die ,,Nuklearisierung'' der Kriegsführung im grenznahen Bereich sollte deutlich machen, daß es eine Illusion ist zu meinen (wie ,,airland-battle'' und die Neufassung der ,,vorbedachten Eskalation'' es suggerierten), der Nuklearkrieg beginne erst hinter Polen. Mit der ,,Nuklearisierung'' wurde vielmehr signalisiert, daß bereits konventionelle Kriegshandlungen unter Einbeziehung der DDR und CSSR-Territorien die Gefahr der nuklearen Eskalation in sich bergen.

Man muß sich desweiteren darüber im Klaren sein, daß jede ,,defensive Umrüstung'' erst einmal Aufrüstung bedeutet, die wiederum sowjetische Antworten provoziert. Und da die SU der NATO technologisch deutlich unterlegen ist, neue konventionelle Technologien jedoch in zahlreichen Alternativmodellen eine bedeutende Rolle spielen, dürfte es relativ unwahrscheinlich sein, daß die SU so reagiert, wie man es sich hierzulande seitens der ,,alternativer Verteidiger'' wünscht.

Wir sollten uns von daher für Aufrüstung anstatt von Umrüstung entscheiden. Ich würde sogar behaupten, daß es möglich ist, die Forderung nach einem NATO-Autritt mit der Forderung nach einer Auflösung der Bundeswehr zu verbinden. ,,Alternative Verteidiger'' müssen realisieren, daß die Bundeswehr nur im Rahmen eines ,,offensiven Abschreckungskonzeptes'', das zudem die Kriegsführung erlaubt, einen Sinn ergibt. Wenn wir davon ausgehen, daß die BRD im Rahmen eines Kosten-Nutzen-Kalküls nicht zu verteidigen ist, gleich ob wir eine ,,alternative'' oder eine ,,etablierte'' Verteidigung praktizieren, ergo ,,Kapitulation'' in jedem Fall das ,,kleinere Übel'' ist. Wenn wir desweiteren davon ausgehen, daß Abschreckung nur unter den Voraussetzungen Wirkung zeitigt, daß sie glaubwürdig ist, und Glaubwürdigkeit wiederum gleichbedeutend mit Kriegsführungsfähigkeit ist, welche jedoch nicht mehr zu realisieren ist. Welchen Sinn ergibt dann eine Bundeswehr, ganz gleich, ob sie defensiven oder offensiven Charakters ist! Ich bin hier — entgegen meiner eigenen Auffassung — davon ausgegangen, daß die SU hegemoniale Absichten in Europa verfolgt und auch dazu bereit ist,diese — sollte sich die Gelegenheit bieten — mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Unter der Annahme, die SU hegt derartige Absichten nicht und will nur in Ruhe gelassen werden, ist jeder Gedanke über militärische Verteidigung ohnehin Zeitverschwendung.

Das Fatale an der ,,alternativen Verteidigung'' ist, daß sie in einem relativ verbreiteten ,,Pazifismus'' (genauer: Kriegsunwilligkeit), der recht diffus ist, aber sich immerhin aus der richtigen Erkenntnis speist, daß Kriegsführung — gleich ob Verteidigung oder Angriff — für die BRD keinen Sinn mehr ergibt, entgegen arbeitet, indem sie suggeriert, militärische Verteidigung sei im Rahmen eines Kosten-Nutzen-Kalküls möglich.

Brand(t)gefährlich ist es, diese ,,alternative Verteidigung'' auch noch im Rahmen der NATO durchsetzen zu wollen. Selbst konservative Bundeswehrgeneräle wie aber auch NATO-Rogers geben ja bereits seit einiger Zeit zu bedenken, daß die NATO-Einheiten nur zur Offensive taugen, im defensiven Bereich hingegen starke Defizite aufweisen. Tatsächlich ist es so, daß die erfolgreiche Offensive (oder

nur zur Offensive taugen, im defensiven Bereich hingegen starke Defizite aufweisen. Tatsächlich ist es so, daß die erfolgreiche Offensive (oder

Kriegsführungsfähigkeit) die Fähigkeit zu auch defensiven Operationen voraussetzt (Schutz der Flanken, Aufrechterhaltung der Operationsfreiheit im eigenen ,,Hinterland'', Schutz des Nachschubs, Abwehr von Gegenoffensiven etc.). Mal sehr vereinfacht ausgedrückt: Was nutzt es der NATO, wenn sie kurz vor Warschau steht, wenn die Rote Armee zeitgleich über die Rheinbrücken marschiert? Gefährlicher (hinsichtlich Kriegsführungsfähigkeit) als eine nur offensive Armee ist eine Armee, die sowohl zur Offensive wie zur Defensive in der Lage ist.

Das Problem der Friedensbewegung ist nun, daß sie nicht die Macht besitzt, darüber zu entscheiden, ob die ,,alternative Verteidigung'' (oder Defensivierung) als Alternative oder Ergänzung zu den herkömmlichen Strukturen und der existierenden Bewaffnung eingeführt wird. Im Rahmen der NATO bedeutet ,,Defensivierung'' zudem ,,negative Arbeitsteilung''. Eine ,,defensivierte'' Bundeswehr wäre für die Abwehr von Gegenangriffen am bundesrepublikanischen Abschnitt der ,,europäischen Zentralfront'' sowie die Bekämpfung der ,,ersten Welle'' der WP-Streitkräfte zuständig, während den alliierten Verbänden die Aufgabe raumgreifender Offensiven zufiele. Tatsächlich wird innerhalb der NATO über solche Formen der Arbeitsteilung, die sowohl den NATO-internen Widersprüchen wie der für notwendig empfundenen Effektivierung der NATO-Strategie Rechnung tragen, längst diskutiert.

Ein weiterer Einwand gegen ,,alternative Verteidigung'' wäre, daß der ,,Demokratisierungsinhalt'' der diesbezüglichen Entwürfe sehr gering ist. Sie alle stellen primär auf militärische Effizienz ab. Somit laufen sie jedoch Gefahr, eine zusätzliche Militarisierung der Gesellschaft zu bewirken, anstatt der Vergesellschaftung des Militärischen. Wo das hinführen kann, zeigt das österreichische Konzept der ,,Umfassenden Landesverteidigung'' (ULV), das auch noch den Kriegsdienstverweigerer in die Verteidigungsplanung einbindet. Es bemüht sich um eine Anbindung der ,,sozialen Verteidigung'' (die in logistischer Hinsicht von Interesse sein kann) an die militärische Verteidigung, mit dem Ziel der Etablierung der ,,total wehrbereiten'' Gesellschaft.

5. Einige Anmerkungen zum „Souveränitätseinwand"

Ein beliebter Einwand gegen den NATO-Austritt der BRD ist die angeblich vorhandene mangelnde Souveränität der BRD. Hier geht es ergo einmal mehr um das Verhältnis der BRD zur NATO und den USA. Abgesehen davon, daß hier gerne historische Fakten verdreht werden (auf die ich hier jedoch nicht eingehen möchte), ist hierzu anzumerken:

— ,,Souveränität'' ist nur bei oberflächlicher Betrachtung eine juristische/völkerrechtliche Angelegenheit, denn die juristische Definition bzw. das Ausmaß juristisch eingeräumter Souveränität ist nur Ausdruck politischer, ökonomischer und militärischer Machtverhältnisse im internationalen System. Im heutigen internationalen System und seiner Hierarchie sind die Bestimmungsfaktoren für Souveränität ökonomischen, militärischen (und darüber vermittelt politischen) Charakters. Die BRD mag zwar formell/juristisch nur ,,eingeschränkt souverän'' sein, in der Realität zählt die BRD jedoch zu den souveränsten Staaten überhaupt im internationalen System. Die BRD ist z.B. faktisch souveräner als die Niederlande, obgleich diese wiederum juristisch souveräner sind. Es war ja schließlich die BRD, die den Niederlanden die ,,Nach''rüstung aufoktroiert hat, und nicht umgekehrt die Niederlande, die die BRD zur Stationierung veranlaßten.

— Die Debatte ist auch deshalb völlig verkehrt, weil die BRD z.B. nicht wider eigenen Willen US-Truppen auf ihrem Territorium stationiert. Es verhält sich ja genau umgekehrt: In den USA überlegen einige Senatoren laut, die US-Präsenz in der BRD zu verringern, worauf die hiesigen etablierten Politiker eine Erneuerung der amerikanischen Garantien verlangen. Der ,,herrschende Block'' möchte also, daß wir — wie von Teilen der Friedensbewegung immer wieder behauptet wird — ein ,,besetztes Land'' bleiben, da er sich davon eine Erhöhung der Abschreckungswirkung gegenüber dem WP erhofft. Die Debatte um die US-Truppenpräsenz und ein Ausscheren aus der NATO ist somit keine Debatte um Souveränität. Das Problem sind nicht primär die USA, sondern der ,,herrschende Block'' in der BRD und seine ,,sicherheitspolitische Logik''.

— Auch die USA unterliegen einer ,,eingeschränkten Souveränität'', dadurch, daß sie von sowjetischen Interkontinentalraketen bedroht werden und sie zudem durch die Verkoppelung mit den Westeuropäern durch diese eventuell in einen Krieg hineingezogen werden können.

— ,,Sicherheit'' und ,,Souveränität'' müssen nicht automatisch miteinander korrespondieren. Finnland ist z.B. ,,formaljuristisch'' weniger ,,souverän'' als die BRD, es verfügt z.B. nicht über die ,,Freiheit'', auf seinem Territorium ein offensives Kriegsführungspotential gegen die SU aufzubauen. Dennoch wähnen sich die Finnen — und dazu haben sie Grund — erheblich sicherer als die BRD-Bevölkerung.

— Das Schlagwort von der ,,Resouveränisierung'' der BRD ist äußerst fragwürdig und von seiner Wirkung her kontraproduktiv. Um dies an einigen Stationen faktisch erfolgender ,,Resouveränisierung'' deutlich zu machen: Notstandsgesetzgebung, Suspendierung der WEU-Restriktionen und ganz aktuell die Debatte um einen BRD-,,Finger am nuklearen Abzug'' (letzteres wird ja damit begründet, daß mehr als 40 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges der BRD endlich die völlige Gleichstellung mit anderen NATO-Staaten gebühre).

— Das Problem der Friedensbewegung ist nicht, daß die BRD im Verhältnis zu den USA über zuwenig Souveränität verfügen. Das Problem der Friedensbewegung lautet vielmehr, daß im Verhältnis BRD-Bevölkerung zu BRD-Regierung ein Mangel an Souveränität zu beklagen ist. So blieb es z.B. der Bevölkerung verwehrt, über die Stationierung der sogenannten Mittelstreckenraketen selbst zu entscheiden.

Das Gerede von der ,,eingeschränkten Souveränität'' — als Hindernis des NATO-Austritts — verschleiert nur, wo die Probleme tatsächlich anfangen: Bei der ,,sicherheitspolitischen Logik'' des herrschenden Blocks''.

Münster/Altenberge, 17. März 1986

Volker Böge

Volker Böge

Konzept 'einseitiger Abrüstungsschritte': ''NATO-Austritt durchaus politisch beabsichtigt''

1. Die Friedensbewegung braucht keinen neuen Minimalkonsens, sondern eine neue politische Perspektive. Die Konzeption Einseitiger Abrüstung und Blockzersetzung kann eine solche Perspektive eröffnen. Über eine Strategie Einseitiger Abrüstung können die heute noch weitgehend unverbunden nebeneinander stehenden konkreten tagespolitischen Forderungen der Friedensbewegung einerseits und ihre langfristigen Zielvorstellungen andererseits miteinander vermittelt werden. Die Orientierung am Prinzip Einseitiger Abrüstung kann das politische Handeln vom ersten Schritt bis zu den Fernzielen anleiten.

2. Die Konzeption Einseitiger Abrüstung kann für die verschiedenen Strömungen der Friedensbewegung zur bündnispolitischen Klammer werden, da es möglich ist, sich von unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen und mit unterschiedlichen Begründungen auf das Prinzip der Einseitigen Abrüstung zu beziehen (gleichzeitig kann ein klarer Trennungsstrich zur etablierten Politik gezogen werden: zur Friedensbewegung gehört, wer sich praktisch für einseitige Abrüstungsschritte einsetzt — nicht aber, wer nur über Abrüstung redet und reale Schritte von irgendwelchen Verhandlungsergebnissen abhängig machen will). Das Konzept Einseitiger Abrüstung läßt sich zum einen aus einem allgemeinen, z.B. christlich motivierten, pazifistischen Bekenntnis oder einer radikal antimilitaristischen Haltung ableiten, ebenso aber auch aus einer antiimperialistischen Position, die den US- und NATO-Imperialismus in der Offensive gegen die SU/WVO und die Völker der Dritten Welt sieht, und schließlich auch aus einer Analyse, die im Block- und Abschreckungssystem an sich die entscheidende Kriegsursache sieht. Von jeder dieser Positionen aus kann die Forderung nach Einseitiger Abrüstung allgemein und nach spezifischen einseitigen Abrüstungsschritten konkret erhoben werden. D.h.: eine gemeinsame Handlungsperspektive eröffnet sich, ohne daß man sich vorab auf eine gemeinsame einheitliche Analyse aller Ursachen der Kriegsgefahr verständigen müßte, m.a.W.: bei Akzeptanz der politischen Differenzen wird doch zugleich eine gemeinsame politische Praxis möglich, die über Minimalkonsens-Forderungen hinausgeht.

3. Einseitige Abrüstung ist nicht ein bloß außen- und friedenspolitisches, sondern ein auch und gerade auf innenpolitische Veränderungen abzielendes Konzept. Einseitige Abrüstung muß von den Basisbewegungen durch Druck von unten, insbesondere mittels Aktionen zivilen Ungehorsams, gegen die etablierte Politik durchgesetzt werden: sie verlangt folglich innergesellschaftlich eine weitgehende Demokratisierung der Außen- und Sicherheitspolitik. Einseitige Abrüstung ist mithin kein etatistisches Konzept (wie etwa ,,Friedliche Koexistenz'' oder ,,Sicherheitspartnerschaft''), sondern ein basisorientierter Ansatz.

4. Das Eintreten für Einseitige Abrüstung erfordert und ermöglicht die Organisierung sozialer Massenlernprozesse, insofern Einseitige Abrüstung die überkommenen Bedrohungsängste und Feindbilder infrage stellt und innergesellschaftlich ein neues politisches Verständnis von Sicherheit fördert (mehr Sicherheit nicht durch mehr Rüstung, sondern durch Abrüstung). Erst auf diesem Wege können Handlungsspielräume für eine neue nicht-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

bedrohliche, auf Verständigung und Vertrauensbildung ausgelegte Außenpolitik erschlossen werden.

5. Einseitige Abrüstung ist dazu geeignet, den Herrschenden die Mittel zur Kriegsführung aus der Hand zu schlagen, Kriegsführungsoptionen zu durchkreuzen und damit eine auf militärische Drohungen abgestützte Außenpolitik unmöglich zu machen. Regierungen, die von der Bevölkerung auf den Weg Einseitiger Abrüstung gezwungen werden, können keine aggressive Außenpolitik mehr betreiben.

6. Einseitige Abrüstung unterscheidet sich wesentlich vom traditionellen Rüstungskontrollansatz etablierter Politik. Einseitige Abrüstung setzt nicht auf bi- oder multilateral ausgehandelte und vertraglich festgelegte Maßnahmen wie die Rüstungskontrollpolitik, sondern auf bewußt einseitig durchgeführte, selbstverpflichtende Abrüstungsschritte. Durch einseitige Maßnahmen, die Rüstungspotentiale abbauen und militärische Optionen einschränken, sollen Bedrohung und Bedrohtheitsgefühle der „Gegenseite" vermindert werden. Dadurch kann diese angeregt werden, ihrerseits einseitige Schritte durchzuführen. D.h.: durch einseitige Initiativen soll ein mehrseitiger Abrüstungsprozeß angestoßen, die Aufrüstungs- in eine Abrüstungsdynamik umgekehrt werden. An die Stelle der — gescheiterten — „Kommunikation durch Worte" (Rüstungskontrollverhandlungen) soll eine „Kommunikation durch Taten" (je einseitige Abrüstungsschritte) treten. (Das heißt jedoch nicht, daß im Prozeß einseitig-mehrseitiger Abrüstung vollkommen auf Verhandlungen und Verträge verzichtet werden soll, allerdings ginge es bei diesen nurmehr darum, die Ergebnisse des einseitig-mehrseitigen Abrüstungsprozesses vertraglich festzuschreiben; Einseitige Abrüstung ist das Entscheidende, Verhandlungen und Verträge haben nur noch Hilfsfunktion.)

7. Unsere Strategie einseitiger Abrüstung bezieht sich auf die BRD und die NATO. Wir wollen die BRD zu einseitigen Abrüstungsschritten zwingen. Dabei rechnen wir damit, daß einseitige Abrüstungsmaßnahmen der BRD positive Ausstrahlungen auch auf andere NATO-Staaten und auch auf die Staaten der WVO haben werden. Wir verstehen einseitige Schritte der BRD allerdings nicht als „Vorleistungen", auf die andere Staaten gefälligst mit „Gegenleistungen" zu antworten haben. Gleichwohl ist es politisch sinnvoll, eigene einseitige Maßnahmen mit Einladungen an andere Staaten zur Erwiderung zu verbinden. Vieles spricht dafür, daß zumindest mittel- und langfristig derartigen „Einladungen" gefolgt wird, daß sich also ein Prozeß der mehrseitigen einseitigen Abrüstung entwickeln kann und so Bedrohungslügen und Feindbilder praktisch widerlegt werden können. Nur unter dieser Voraussetzung scheint auch die Annahme gerechtfertigt, daß einseitige Abrüstungsschritte in der eigenen Gesellschaft auf Dauer mehrheitsfähig bleiben und immer einschneidenderen Charakter bekommen können. Wir „fordern" von der „Gegenseite" also keine „Antworten" auf einseitige Schritte, sondern wir beziehen in unser Kalkül mit ein, daß einseitige Abrüstung der eigenen Seite innergesellschaftlich langfristig nur durchsetzbar sein wird, wenn es zu „Antworten" kommt. Wenn die „Gegenseite" auf Dauer nicht antwortet, wird ein Prozeß einseitiger Abrüstung in der eigenen Gesellschaft keine Mehrheiten mehr finden und folglich zum Stillstand kommen. Allerdings rechnen wir damit, daß die Staaten des Ostens aus eigenem Interesse heraus einseitige Schritte positiv beantworten werden, so daß die Rüstungsdynamik tatsächlich in eine Abrüstungsdynamik umgekehrt werden kann. Dieses Kalkül beruht nicht zuletzt auf der Annahme, daß Einseitige Abrüstung auf westlicher Seite die Position der autonomen Friedensbewegungen in Osteuropa stärkt, weil sie zentralen Begründungsmustern für deren Unterdrückung die Glaubwürdigkeit entzieht. Einseitige Abrüstung ist also ein internationalistisches Konzept, es rechnet mit dem Druck der Basisbewegungen in Ost und West, die sich wechselseitig in ihrem Bemühen um Abrüstung stärken. Bevor sich jedoch die Verhältnisse auf der anderen Seite einschneidend ändern können, müssen wir hier bei uns den Prozeß Einseitiger Abrüstung und Blockzersetzung offensiv vorantreiben und erste Erfolge erreichen.

8. Einseitige Abrüstung zielt nicht allein auf Verminderung der Rüstungen, sondern auch auf Veränderungen der internationalen politischen Verhältnisse, konkret insbesondere die Auflösung der Blöcke. Dabei geht es nicht um ein „Überflüssigwerden" der Blöcke an einem schönen St. Nimmerleinstag und auch nicht um eine gleichgewichtsorientierte und parallel verlaufende „Blocküberwindung", sondern zunächst einmal konkret um die einseitige Schwächung, Zersetzung und Destruktion der NATO (allerdings wieder mit dem Kalkül, daß ein solcher Prozeß nicht ohne Rückwirkungen auf den anderen Block, die WVO, bleiben wird). Je spezifische einseitige Abrüstungsschritte schwächen stets die Kriegsführungsfähigkeit der NATO und stellen sie damit praktisch infrage. Dies ergibt sich nicht als ein quasi „Abfallprodukt" Einseitiger Abrüstung, sondern ist durchaus politisch beabsichtigt. Einseitige Abrüstung läßt sich auf Dauer nicht im Rahmen der NATO verwirklichen. Einseitige Abrüstung ist nur gegen die NATO durchsetzbar. Forderungen nach konkreten Schritten einseitiger Abrüstung bergen stets Sprengstoff für den NATO-Zusammenhalt. Wenn sich in der Auseinandersetzung um die Durchsetzung solcher Forderungen die NATO-Frage stellt, die NATO-Mitgliedschaft der BRD zur Disposition steht bzw. die NATO in eine Zerreißprobe geführt wird, so ist uns das gerade recht. Denn wir gehen davon aus, daß es mit der NATO keinen Frieden geben kann, daß die Schwächung, Desintegration und schließlich Aufhebung dieses Kriegsbündnisses unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen. Im Prozeß Einseitiger Abrüstung und Blockzersetzung kann und soll es auch zum Austritt einzelner Staaten aus der militärischen Integration der NATO bzw. zum Rücktritt vom NATO-Vertrag kommen. Insofern ordnet sich die Forderung „BRD raus aus der NATO" in eine Konzeption einseitiger Abrüstung und Blockzersetzung ein. Allerdings wird in diesem Zusammenhang der NATO-Austritt nicht als Selbstzweck oder Endziel verstanden, sondern als ein Zwischenschritt auf dem Weg zu vollständiger Abrüstung und zu einer von Blöcken freien Neuen Europäischen Friedensordnung; er ist funktional auf diese Ziele bezogen. Diese Relativierung soll nicht die besondere strategische Bedeutung eines solchen Schrittes herunterspielen, wohl aber die Einordnung der NATO-raus-Forderung in eine Gesamtstrategie deutlich machen. Andererseits kann die NATO-Austrittsforderung wiederum überhaupt nur operationalisiert werden, indem man konkrete Schritte einseitiger Abrüstung und Blockzersetzung angibt, die an einen solchen NATO-Austritt heranführen können (wenn man den NATO-Austritt nicht allein als einen rein formaljuristischen Akt begreift).

9. Ein von der BRD ausgehender Prozeß der einseitig-mehrseitigen Abrüstung, der — wie bereits angesprochen — nur unter der innenpolitischen Voraussetzung des Drucks starker Basisbewegungen und der Demokratisierung der Außen- und Sicherheitspolitik vorstellbar ist, könnte über mehrere Etappen zu einer von Blöcken freien Neuen Europäischen Friedensordnung führen. Wesentliche Stationen auf diesem Weg wären die Entnuklearisierung der BRD (und anderer Staaten und die Schaffung atomwaffenfreier Zonen), der Rückzug ausländischer Streitkräfte aus der BRD (und aus anderen Staaten), die Abrüstung der Bundeswehr (orientiert am politischen Prinzip der Nicht-Bedrohung anderer Staaten und Völker), die Lockerung der NATO-Integration einschließlich eines Austritts der BRD und anderer Staaten aus der NATO.

10. Eingeleitet werden könnte ein solcher Prozeß durch folgende drei erste einseitige Schritte, die bereits heute in der bundesdeutschen Bevölkerung mehrheitsfähig gemacht werden können und die die GRÜNEN ins Zentrum ihrer friedenspolitischen Forderungen gestellt haben:
— Sofortiger und bedingungsloser Abbau und Abzug von Pershing II und Cruise Missiles
— Reale Kürzung des Rüstungshaushalts
— Kündigung des Wartime Host Nation Support-Abkommens mit den USA
Mit der Durchführung dieser Maßnahmen könnte sowohl den anderen NATO-Staaten als auch den Staaten der WVO deutlich die Bereitschaft signalisiert werden, in eine grundlegend neue Außenpolitik einzusteigen.

KPI: Im Sog von SPD und NATO

Am 9.-13. April fand in Florenz der 17. Parteitag der PCI statt. Er war von der Parteiführung vorzeitig einberufen worden, nachdem die Niederlagen der PCI bei den letztjährigen Kommunal- und Regionalwahlen sowie beim Volksentscheid über die „Scala Mobile" eine lebhafte Diskussion über den künftigen Kurs der Partei ausgelöst hatten.



KPI-Chef Alessandro Natta

Die PCI hatte bei den Regionalwahlen im Mai '85 das schlechteste Wahlergebnis seit 1972 zu verzeichnen gehabt. Sie war auf ca. 30% der Stimmen zurückgefallen, was den Sturz der „linken Magistrate" aus Kommunisten und Sozialisten (PSI) in vielen wichtigen Großstädten zur Folge hatte. Nur einen Monat später hatte sich die 5-Parteien-Koalition unter Regierungschef Craxi (PSI) zum ersten Mal seit Jahren in einer wichtigen sozialen Frage gegen die Arbeiterbewegung durchgesetzt: sie erreichte eine knappe Mehrheit im Volksentscheid gegen die „scala mobile", d.h. die automatische Anpassung des Lohns an die Inflationsrate.

Natta will in die SPD

Für die Diskussion hatte das Zentralkomitee unter Führung von Generalsekretär Alessandro Natta der Partei schon vor Monaten Thesen vorgelegt, die in sämtlichen PCI-Sektionen bis zum Parteitag diskutiert wurden. Die Weichen wurden auf „Erneuerung" gestellt. So liefen Nattas Thesen und der Parteitag unter dem Motto: „Eine moderne Reformpartei — Ein Programm und eine Alternative für Italien und Europa". Alessandro Natta machte in seinem dreistündigen Referat vor über 1.000 Delegierten klar, wohin die „Große Erneuerung" gehen soll: Man müsse „Teil der europäischen Linken werden". Konkret: man müsse engere Verbindungen mit den deutschen Sozialdemokraten, den französischen Sozialisten und der englischen Labour Party aufnehmen. Die oft genug auftauchenden, fast wörtlich übersetzten Passagen aus dem Buch von Peter Glotz, „Manifest für eine europäische Linke", brauchten daher niemand zu verwundern. Anhand dieses Buches wurde in vielen PCI-Sektionen diskutiert. Während sich in der BRD kaum jemand für das Glotz-Werk interessiert, ist es in Italien im Moment das meistdiskutierte Buch überhaupt. Nicht umsonst hatte Natta vor einigen Monaten erklärt: „Wäre ich in der BRD, wäre ich Mitglied der SPD".

Regierungsgeil

So wurde die „Große Erneuerung", von der „Unita" (Tageszeitung der PCI) als *„Wende für die PCI und ihre Politik im Kampf für eine alternative Reformkraft"* angekündigt, dann doch nur die Fortsetzung der Rechtswende, die man schon beim 16. Parteitag 1983 unter dem Kurs der „Demokratischen Alternative", gebilligt hatte. Schon damals hatten ca. 90% der Delegierten für den Verbleib Italins in der NATO sowie für eine Annäherung und Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Partei gestimmt.

Innenpolitisch bedeutet die beschlossene Erneuerung das Streben nach Teilnahme an einer „Programmregierung", deren Aufgabe es zunächst sein soll, notwendige Verfassungsänderungen voranzutreiben. Erst in einer späteren Phase soll die „Linke Alternative" folgen, ein „Kabinett aus Kommunisten, Sozialisten und anderen fortschrittlichen Kräften bis hin zu aufgeschlossenen Katholiken". Angestrebt wird eine Regierungsbeteiligung unter dem Motto „dabeisein ist alles". Das Pech der PCI ist jedoch, daß ihr olympischer Geist von der PSI kaum honoriert werden wird. Die PSI, die gegenwärtig die Vorkämpferin für eine Modernisierung des italienischen Kapitalismus darstellt, hat es jedenfalls im Moment nicht nötig, sich um die Einbindung der PCI in die Regierung Gedanken zu machen: Die derzeitige Regierung ist trotz der chronischen Skandale und Krisen recht stabil und hält sich für italienische Verhältnisse mit über zwei jahren Regierungsdauer schon außergewöhnlich lange.

Europäisierung der NATO

Im außenpolitischen Teil seiner Rede ging Natta recht ausführlich auf die Situation im Mittelmeer und auf das Verhältnis seiner Partei zur USA ein. So schoß er sich auf Ronald Reagans Mittelmeerpolitik ein, indem er die *„schwerwiegende und verantwortungslose Entscheidung"* des US-Präsidenten, *„mit provokatorischer, kriegerischer Absicht"* die 6. Flotte zu mobilisieren, anprangerte; gleichzeitig verurteilte er jedoch auch *„dieunzulässigen Drohungen Ghaddafis"*, Italien bei einem Angriff der USA zu bombardieren. Das SDI-Projekt wurde von Natta kritisiert, weil es gegen den Geist von Genf verstoße und eine „neue Phase der Abrüstung und Entspannung" behindere. Doch dann wird unter der Überschrift *„Die redliche Akzeptierung der NATO fordert die Respektierung seiner ausschließlich defensiven Bestimmungen und der Souveränität unseres Landes"* für eine *„autonome, italienische und europäische Initiative im Bereich der geschlossenen Verträge"* plädiert, um nochmals klarzustellen, daß es Frieden für die PCI nur mit der NATo und mit einem starken Westeuropa gibt. Und weiter im Originaltext Natta: *„In unserer Partei gab es nie Freunde von Reagan ... Eine Partei wie die unsere kann dem aber nicht mit Antiamerikanismus begegenen. Es wäre auch absurd, wenn man die Tiefe der inneren Widersprüche und die ernsthaften Probleme, die sich auch im amerikanischen Volk und in den politischen Kräften der Vereinigten Staaten ausdrücken, übersehen würde."* Deswegen dürfe man auch nicht die historisch gewachsenen und stabilen Beziehungen zwischen Europa und den USA belasten. Im Unklaren ließ Natta jedoch, mit welchen „demokratischen Kräften in den USA" man zusammenarbeiten müsse, genauso wie er auch seine Vorstellungen über „autonome, europäische Initiativen" nicht konkret ausführte. Der anwesende KPdSU-Vertreter machte ganz in Harmonie und erklärte, auch seine Partei gehöre ja zur „europäischen Linken". Ein Redner dankte es ihm auf seine Weise mit den Worten: *„Wir finden Gorbatschow besser als Reagan, aber die USA ist uns lieber als die Sowjetunion."* Das kann noch heiter werden.

Die Parteilinke um Ingrao und Castellina trat nur vereinzelt auf die Bildfläche. Sie holte sich eine klare Abstimmungsniederlage, als sie von den Delegierten mehr Distanz vom US-Imperialismus verlangte. Und auch die Forderung der „Moskau-Fraktion" um Armando Cossutta, der schärfere Maßnahmen zur Überwindung des Kapitalismus und eine eindeutige Stellungnahme für die Friedenspolitik der Sowjetunion und gegen die USA beschließen lassen wollte, blieb isoliert und ohne Einfluß auf den Verlauf des Kongresses. Die Parteilinke zog daraufhin um der Einigkeit willen ihre Änderungsvorschläge zurück. Spannender wurde es nur noch, als ein Antrag gegen die Nutzung der Kernenergie in einer Abstimmung unerwartet knapp mit 17 Stimmen verlor. Allerdings hätte eine Ablehnung des Atomprogramms sowieso nur symbolischen Wert gehabt: Die PCI-Parlamentarier hatten bei der Parlamentsentscheidung im Oktober '85 zum wiederholten Mal für den Ausbau der Kernenergie gestimmt. Nicht abgestimmt wurde über den Antrag, die PCI in „Partei der Arbeit" umzubenennen. Dies wurde als Gegenleistung der Rechten gegenüber dem Rückzug der Änderungsanträge der isolierten Parteilinken gesehen. Doch das war gar nicht mehr nötig: Schließlich wurde das vom ZK vorgeschlagene Parteiprogramm mit nur 17 Enthaltungen und ohne Gegenstimmen angenommen.

Fazit

Natta war zufrieden, und der Parteirechte, Giorgio Napoletano jubelte: **„Jetzt sind wir endlich auf dem Boden des Reformismus gelandet."**

Das allerdings ist eine noble Untertreibung: „Reformistisch" kann sich nur nennen, wer wenigstens Reformen anstrebt. Der KPI geht es aber überhaupt nicht erstrangig um Reformen, sondern um den Einstieg in die Regierungsbeteiligung, und die Partner und die Inhalte bei diesem Geschäft sind ihr relativ gleichgültig. Die Verbrüderung mit der SPD und die Unterstützung der NATO sollen beim Run auf Ministersessel Pluspunkte bringen.

Doch das wird der PCI nichts nützen. Denn die Herrschenden Italiens sehen die PCI immer noch lieber als Opposition, die die sozialen Bewegungen (Arbeiter-, Studenten- und Friedensbewegung) außerhalb der Regierung besser integrieren und kontrollieren kann. Und noch eins hat sich gezeigt: Die Parteilinke hat völlig abgewirtschaftet, um „der Einheit willen" gekuscht und ihre Anträge zurückgezogen. Sozialdemokraten, wohin man blickt.

Uwe, z.Zt. Perugia

Programmentwurf 'Frieden' der GRÜNEN:

Für einseitige Abrüstung, aber kein ja zu 'Raus aus der NATO!'



„Wacht auf Verdammte dieser Erde ..."

Über den Wert eines grünen Wahlprogramms kann man sicherlich streiten. Es gibt schon zahlreiche Friedensprogramme der Grünen, die im Prinzip alle noch gültig sind. Bedeutung hat die Programmdiskussion allerdings für die Bestimmung des innerparteilichen Standorts. Mit dem jetzt vorgelegten Wahlprogrammentwurf Frieden (1) soll nach mehrjähriger Vorbereitung eine neue Konzeption „einseitiger Abrüstungsschritte" bei den Grünen zum allgemeinen Prinzip und Konsens gemacht werden, was vermutlich sogar erfolgreich sein wird. An der Ausarbeitung dieser Konzeption haben vor allem Kräfte der AL in Westberlin und Ökosozialisten vom linken Flügel der Partei (2) in der Bundes-AG-Frieden gearbeitet.

Nach eigenem Verständnis soll diese Konzeption auch dazu dienen, die Vorstellungen innerhalb der Grünen von „alternativen Verteidigungs"-Modellen und „defensive" Umrüstungsprogrammen, die Supermachtstheoretiker, sowie Versuche des Ausverkaufs friedensprogrammatischer Forderungen zugunsten einer „Regierungsfähigkeit", zurückdrängen.

Wir wollen hier aus linker Sicht betrachten, was dabei herausgekommen ist.

„Einseitig abrüsten — wir machen den ersten Schritt"

So lautet das Motto der Konzeption. *„Statt über Abrüstung nur zu reden, muß eine Seite endlich mit der Abrüstung beginnen — schrittweise ohne Vorbedingungen. Wir fordern von der UdSSR/Warschauer Vertragsorganisation keine 'Gegenleistungen' für einseitige Abrüstungsmaßnahmen der westlichen Seite, weil wir nicht in das fruchtlose Gleichgewichts- und Rüstungskontrolldenken zurückfallen wollen."*

Einseitige Abrüstung sei *„die konsequenteste Politik gegen den offensiven Kurs der NATO (...) Sie vermindert*

kontrolldenken zurückfallen wollen."
Einseitige Abrüstung sei *„die konsequenteste Politik gegen den offensiven Kurs der NATO (...) Sie vermindert*

die Mittel zur Führung von Kriegen und durchkreuzt damit Kriegsführungsoptionen." Eine Konzeption, die auf einer schrittweisen Abrüstung beruht, ist schwerlich die konsequenteste Form der Politik, aber vielleicht ist das heute bei den Grünen so. Wer sich bei den Grünen heute auf die Suche nach einem mehrheitsfähigen Konzept begibt, auch wenn er keineswegs ein Anhänger einer Regierungsbeteiligung ist, der landet ziemlich automatisch bei einem staatlichen Reform- oder Umbau-Programm. Das Friedensprogramm soll folglich an vorhandenem Bewußtsein ansetzen (können) und sogar über den Hebel staatlicher Abrüstungsmaßnahmen dem Bewußtsein vorauseilen oder wie es heißt, über einseitge (vollzogene) Abrüstungsschritte *„auch in der eigenen Bevölkerung das Bewußtsein verändern."* Das ist natürlich keineswegs besonders „realistisch", wie dies die Verfechter dieser Konzeption gerne beanspruchen. Es ruft vielmehr auch einige Kuriositäten hervor. „Langfristig" sei Friedenspolitik *„nur möglich durch eine Veränderung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen"* (gemeint ist ja wohl die Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses und des Systems), langfristig will man eine gewaltfreie Gesellschaft und eine soziale Verteidigung. Doch auch der Weg dahin soll unbedingt gewaltfrei sein: *„Wir werden nichts verändern können, wenn es uns nicht gelingt, durch uns selbst und durch unser Zusammenleben etwas vorwegzunehmen und auszuprobieren von dem, wie wir uns eine gewalt- und repressionsfreie Gesellschaft vorstellen."* Diesen schlichten Glaubenssatz (anders geht es nicht), soll zumindest die Friedensbewegung der BRD übernehmen (auch weltweit?), so steht es im Programm. Im krassen Gegensatz dazu verkündet der Entwurf: *„einseitige Abrüstung heißt nicht, alle Waffen sofort zu verschrotten."* Nicht einmal die in Saarbrücken auch den Alternativ-Verteidigern abgerungene Passage, daß man unbedingt gegen jeden kriegerischen Einsatz der potentiellen Mordmaschinerie Bundeswehr sei, findet sich heute noch in dem Programmentwurf.

Das vorhandene Bewußtsein in der Bevölkerung (unterstellt man einmal eine Mehrheitsfähigkeit für Abrüstungsschritte, an der sich reformerisch ansetzen ließe (4)) hat natürlich einen Pferdefuß, nämlich eine große Mehrheit für Bundeswehr und NATO. Als Ursache nennt der Programmentwurf *„Bedrohtheitsvorstellungen im Westen"*, mit denen sich weitere Aufrüstung legitimieren lasse und die durch den *„offensiven Charakter"* sowjetischer Militärdoktrin (5) *„verstärkt"* werde. Da hat die Einseitigkeit natürlich auch Grenzen: *„Eine Strategie einseitiger Abrüstung wird allerdings auf Dauer nur innergesellschaftlich mehrheitsfähig bleiben können und damit fortsetzbar sein, wenn die Staaten des Ostens — zumindest mittel- und langfristig — einseitige Schritte positiv beantworten."* Das ist natürlich schlecht, denn selbst eine vollständig abgerüstete BRD würde keineswegs automatisch die Voraussetzung schaffen, daß der Warschauer Pakt sich nicht doch mit einem überlegenen Potential der Rest-NATO rumzuschlagen hätte. Das ist nun mal das Dumme in der Bundesrepulik, auch wenn man heute (im Vergleich zur Weltmacht Sowjetunion) zu einer zweitrangigen Großmacht abgesunken ist: Auf eine Militärmacht in der BRD oder im Militärbündnis NATO, die dem Warschauer Pakt zumindest Paroli bieten kann, am besten sogar niederwerfen könnte, möchte die große Masse der Bevölkerung nicht verzichten. In eine vergleichsweise sichere Situation wie die Finnlands möchte hier „die Bevölkerung" nicht geraten, weil dieses Land nun mal militärisch dem WVO unterlegen ist. In Ländern wie etwa Nicaragua oder Libyen wäre es eh undenkbar, eine Militärmacht zu fordern, die der Weltmacht USA gewachsen wäre, obwohl diese Länder — im Unterschied zur BRD — ja tatsächlich militärisch bedroht sind. Auf die Idee, daß mit einem Massenbewußtsein in der BRD, das derartig vom Großmachtdenken durchdrungen ist, kaum Friedens-Staat zu machen ist, darauf sind die Grünen nicht gekommen.

Wie aggressiv ist die Sowjetunion?

Wie aggressiv ist die Sowjetunion?

Wir haben es vernommen, die Sowjetunion ist irgendwo mitverantwortlich für die Situation.

Allerdings gibt der Programmentwurf der NATO eine „besondere" Verantwortung für den Rüstungswettlauf. Die USA verfolgten das Ziel einer militärischen Überlegenheit über die Sowjetunion, Kriege und Nuklearkriege sollen in Europa wieder führbar und gewinnbar gemacht werden, gleichzeitig solle damit die Sowjetunion „in Schach" gehalten werden, um freie Hand bei Interventionen in der „3. Welt" zu haben. Soweit, so klar.

Die Sowjetunion *„reagiere"* mit Aufrüstung ihrerseits. Sie strebe *„nach vermeintlichen 'Gleichgewichten"* (also offenbar einer Fiktion), um sich in Verhandlungen *„möglichst starke Positionen"* zu sichern (militärische Verhandlungsmasse, damit etwas zur Verschrottung angeboten werden kann?). In der Sowjetunion gebe es ein *„Fundament für ihre militarisierte Außenpolitik"* und einen *„militärisch-industriellen Komplex"* (6). Dann wird sogar behauptet, daß die militärische Entwicklung allgemein (also auch bei der SU) Entwaffnungs- und Erstschlagsoptionen schaffen würde. Und die SU betreibt *„ihrerseits Macht- und Drohpolitik"* (s. die Intervention in Afghanistan). Ansonsten haben die Grünen psychologisches Verständnis für die „offensive Militärdoktrin". Wegen der Erfahrungen des zweiten Weltkriegs (heute nicht mehr?) sei es verständlich, wenn in der Seele des russischen Bären *„tiefverwurzelte Bedrohungsängste"* steckten. Als Akt einer Außenpolitik der *„Selbstbeschränkung"* (uff!) und Entlastung Osteuropas will das Programm sich dann auch mit den Nachkriegszutänden bescheiden. Mit dem Konzept der „einseitigen Abrüstungsschritte" will man aber auch die „autonome und Bürgerrechtsbewegung" in Osteuropa zu einer entsprechenden Konzeption einseitiger Abrüstung ermuntern.

Nun mag ja dieser Programmentwurf zumindest der verwaschenste sein, was die Bedrohung durch die Sowjetunion gemäß Supermachtstheorie ausmacht, die bisher immer einen Platz in grünen Programmaussagen gefunden hat und im Konsens berücksichtigt werden will. Ob aus der Intervention in Afghanistan eine allgemein Droh- und militärische Machtpolitik der SU folgt, wie die NATO sagt oder eben nicht ob „wir" nun durch die SU auch, gleichermaßen oder gar nicht bedroht sind, oder „wir" im Gegenteil eine Kriegsbedrohung für Osteuropa darstellen, da ist im Programm-Entwurf der Grünen bestenfalls alles irgendwo richtig ordentlich vermatscht.

Nachdem die USA gerade dabei sind, zügig ihr „Vietnam-Syndrom" zu kurieren (um es auch mal psychologisch zu sehen) und schon eine prächtige Massenstimmung für Bomben auf Tripolis und anderswo herrscht, nachdem die Sowjetunion einige, auch aus Sicht der Grünen beachtenswerte Abrüstungsvorschläge gemacht hat, könnten auch die Grünen ein wenig mit dem Zeitgeist gehen, und die bei ihnen verwurzelte Supermachtstheorie wieder etwas tiefer in die Rumpelkammer stecken.

Ob die Abrüstungsvorschläge der SU eine Abrüstungsbereitschaft deutlich machen könnten (oder vielleicht doch nicht), wird überhaupt gar nicht erst erwogen. Stattdessen begeht der Entwurf die Peinlichkeit, SS-20 und Pershing II als **eine** Aufrüstungsrunde zusammenzufassen. Das war bis 1983 in der Friedensbewegung nicht üblich, da möchten wir z.B. auf das Gutachten Gerd Bastians verweisen.

Das Abrüstungssofortprogramm

Das Paket erster Abrüstungsschritte umfaßt dreizehn Punkte, darunter werden drei Punkte besonders hervorgehoben, *„ohne die (...) eine friedenspolitische Wende, die diesen Namen und die Unterstützung der GRÜNEN verdient, nicht denkbar"* sei. Damit soll offensichtlich ausgesagt werden, daß dies so etwas wie essentielle Punkte einer Unterstützung einer SPD-Regierung sein müßten, wenn man denn eine friedenspolitische Wende wolle. Offen streiten mögen dafür wohl nicht einmal die linken Grünen, nicht mal in den Entwurf ist es aufgenommen worden. Gefordert werden

wohl nicht einmal die linken Grünen, nicht mal in den Entwurf ist es aufgenommen worden. Gefordert werden

1. **der bedingungslose Abzug der neuen US-Mittelstreckenraketen** (ohne Verhandlungen, ohne Wenn und Aber),
2. eine **reale Kürzung des Rüstungshaushaltes**, wobei insbesondere neue Großwaffensysteme und das NATO-Infrastrukturprogramm aufs Korn genommen werden.
3. sei **das Wartime Host Nation Support-Abkommen zu kündigen**, weil es die Kriegsführungsfähigkeit auf dem europäischen Kriegsschauplatz verbessern soll und der Absicherung der US-Interventionspolitik diene.

Weiterhin werden (mit anschließenden Detailausführungen) genannt:

4. Keine bundesdeutsche Beteiligung an SDI, EUREKA und EVI;
5. Beseitigung der atomaren Gefechtsfeldwaffen;
6. Beseitigung der chemischen Waffen;
7. Beseitigung der offensiven Rüstungskompenten (Ablehnung von Airland-Battle, Rogersplan, usw.);
8. Abzug aller ausländischen Kräfte;
9. Verkürzung der Wehr- und Zivildienstzeit auf zwölf Monate und Realisierung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung; darunter wird die Abschaffung aller Gewissensprüfungen und die Aufhebung sämtlicher Verurteilungen von Kriegsdienst- und Totalverweigereren verlangt;
10. Keine Kriegsvorbereitung durch „Zivilverteidigung", konkret wird allerdings lediglich die Entmilitarisierung des Katastrophenschutzes und die Offenlegung und Einstellung der Notstandsplanungen gefordert;
11. Abschaffung des Rüstungsexportes;
12. Stop der militärischen Umweltzerstörung;
13. Aufbau einer Friedensforschung.

Gegenüber diesen direkten Forderungen sind früher genannte Zielvorstellungen praktisch aus dem Reformvorhaben rausgefallen. Es wird zwar noch das (oben erwähnte) Ziel einer gewaltfreien Gesellschaft und einer sozialen Verteidigung genannt, wofür aber die Bedingungen nicht gegeben seien.

NATO-Austritt gewollt?

Nach Darstellung der bürgerlichen Presse haben die Grünen vor allem den NATO-Austritt im Sinn, für die Frankfurter Rundschau und Allgemeine gab das jeweils die Schlagzeile für die Vorstellung des gesamten grünen Programm-Entwurfes her. *„Nicht einfach platt 'Raus aus der NATO'"*, heißt richtig die Überschrift in der taz. (7) Immerhin wird zwar die NATO im Programm ganz kräftig kritisiert, zur NATO-Mitgliedschaft ist aber nur ein schlapper Satz im Programm zu entdecken: *„Eine solche Politik (wie sie die Grünen fordern) wirft die Frage nach dem Verbleib in der NATO auf. Unsere Antwort ist: wir streben aktiv*

schlapper Satz im Programm zu entdecken: *„Eine solche Politik (wie sie die Grünen fordern) wirft die Frage nach dem Verbleib in der NATO auf. Unsere Antwort ist: wir streben aktiv*

einen blockfreien Status der BRD an." Die Programm-Kommission macht hier ausnahmsweise einen Zusatzantrag für einen zu ergänzenden Halbsatz: *„der den Austritt aus der NATO erfordert."* Der Zusatz der Programm-Kommission und die Entwicklung der letzten Zeit machen es wahrscheinlich, daß diese Frage auf dem Parteitag noch zur Diskussion und Nachbesserung anstehen könnte. Die Rücksichtsnahme in diesem Punkt ist hier wiederum nur parteitaktisch zu erklären (vielleicht konsensfähig), einen politischen Sinn macht das nicht. Die Grünen werden damit für Rau nicht regierungsfähiger, sondern das ist lediglich eine Ermunterung für Glotz & Co, den Grünen ein positives Verhältnis zur NATO abzuverlangen, wenn man überhaupt ins Geschäft kommen wolle. Man kann hier zu Recht grüne Schwachstellen vermuten. Natürlich wäre es etwas völlig neues, wenn einzelne Abrüstungsschritte sich durchsetzen lassen würden. An der grundlegenden Situation eines Aufmarschzentrums BRD für den Kriegsfall würde das noch nicht unbedingt etwas ändern. Hier fängt eine grundsätzliche Alternative erst beim Austritt aus der NATO an. Da müßte man aber in der Tat am vorhandenen Bewußtsein entsprechend arbeiten. Das Konzept von einzelnen Abrüstungsschritten hat den „Vorteil", an der Kritik als „zuviel" betrachteter Rüstung ansetzen zu können und ist damit eine Bündniskonzeption, die konkret jeweils bei Null anfangen kann. Damit ist diese Konzeption natürlich auch keine grundsätzliche Alternative zur SPD-Propaganda, der man dann jeweils Halbherzigkeit bzw. das Gegenteil in der Praxis bescheinigen kann. In Schwierigkeiten aber käme der SPD-Kurs, der sich vermeintlich der Sorgen und Nöte der Friedensbewegung annimmt, an der NATO-Frage, da könnte die SPD wohl schlecht mitziehen. Daß die Grünen allerdings hier offen eine Gegenposition nutzen würden, ist nicht unbedingt zu vermuten. In den bürgerlichen Medien werden sie trotzdem eine Anti-NATO-Partei bleiben, die den Austritt will.

Keine alternative Verteidigung

Erfreulicher fällt im Entwurf die Abgrenzung von Alternativ-Verteidigern aus, die bekanntlich auch in den Grünen Reihen zu finden sind: *„Die Friedensbewegung und mit ihr DIE GRÜNEN dürfen es sich nicht zum Anliegen machen, alternative Militärmodelle zu entwerfen, da die Gefahr besteht, daß diese wieder arbeitsteilig in die NATO-Strategie integriert werden und zu einer konventionellen Aufrüstung führen."* Genauer müßte es heißen: Modelle, die durchaus auf eine Ergänzung und eine Effektivierung vor allem des Territorialheeres zielen. Defensiv-

zu einer konventionellen Aufrüstung führen." Genauer müßte es heißen: Modelle, die durchaus auf eine Ergänzung und eine Effektivierung vor allem des Territorialheeres zielen. Defensiv-

verteidigung mache - so der Entwurf - *„friedenspolitisch nur dann Sinn, wenn sie in eine Strategie einseitiger Abrüstung eingebettet ist."* Also Abrüstung vor allem der „offensiven" Systeme statt Umrüstung ohne Abrüstung, soll es heißen.

Man kann diesen Programm-Entwurf von zwei Seiten her betrachten. Als Konzept für die Gesamtpartei hat er in einer Reihe von Punkten und vielleicht sogar in der Substanz (das haben wir hier nicht untersucht) eine ganze Reihe von Fortschritten aus linker Sicht zu bieten, wenn dies aber auch aus der Sicht der linken Grünen (aus deren Feder das Programm weitgehend stammt) der Weisheit letzter Schluß sein soll, dann ist das sicherlich ein Rückschritt.

HH

Anmerkungen

(1) Es gibt zwei Programm-Entwürfe, die auf dem grünen Programm-Parteitag zur Abstimmung stehen: für den Teil „Frieden" eine 15-seitige Langversion und vier Seiten als Teil des Kurzprogramms.
(2) Siehe den Text von Volker Böge zur einseitigen Abrüstung, den er für den Anti-NATO-Kongreß geschrieben hat und den wir in dieser Ausgabe dokumentieren.
(3) Es fehlt eine ganze Reihe positiv zu nennender Punkte, wie die Beurteilung der NATO-Politik, die Abgrenzung von einer europäischen Alternative, die Beschreibung einer aktiven Rolle der BRD in der NATO, etc.
(4) Wenn man feststellt, daß es eine besondere Angst vor dem Kriegsfall Europa und speziell den dabei zu befürchtendem atomaren Untergang gibt, während etwa gleichzeitig in Großbritannien die Friedensbewegung im Malvinen-Krieg untertaucht, so kann man mit Fug und Recht behaupten, daß es die „mangelnde" Überlegenheit der NATO und die Vernichtungsdrohung durch die sowjetische Rüstung ist, die diesen Zustand einer Kriegsfurcht hier im Massenbewußtsein herbeigeführt hat. Für eine Rechtfertigung reicht das nicht aus, aber umgekehrt kann man dabei wohl kaum die sowjetische Rüstung als zentrales Hindernis für Abrüstungswillen hier betrachten.
(5) Die „offensive Militärdoktrin" der SU besagt, daß man versuchen möchte, nicht wie im 2. Weltkrieg den Kriegsschauplatz bei sich allein im Land zu haben, mehr erst einmal nicht.
(6) Zumindest der CIA hat inzwischen seine Behauptung zurückgenommen, es gebe in der Sowjetunion Firmen, die reinweg auf Rüstung ausgerichtet seien, meistens seien dies auch bei anderen Produkten hervorstechende Unternehmen.
(7) FR, 3.4.; FAZ, 2.4.; Sabine Stamer in der taz, vom 27.3.1986

Auf dem grünen Programmkongreß Pfingsten in Hannover soll das Umbauprogramm verabschiedet werden. Darum ist im Vorfeld ein parteiinterner Streit ausgebrochen. Die Konfliktlinie läuft im wesentlichen entlang der alten Trennungslinie zwischen den Realos auf der einen, Fundis und Ökosozialisten auf der anderen Seite. Im Verlaufe seiner Erstellung hat sich das Programm zu einer Domäne der grünen ,,Realpolitiker'' entwickelt, die eine Chance witterten, über konstruktive Vorschläge zur Überwindung kapitalistischer ,,Fehlentwicklungen'' die linken Strömungen in der Partei, die immer noch nicht ganz mit der Systemopposition gebrochen haben, zurückzudrängen. Bereits die Programmanlage unterstellt die Umbaufähigkeit des Kapitalismus. Das Bemühen der Umbaugruppe in der Bundestagsfraktion ging im Verlaufe der Erarbeitung dahin, diese auf möglichst alle gesellschaftlichen Bereiche auszudehnen. Herausgekommen ist der programmatisch-rationale Versuch eines Gesamtprogramms, wie diese Gesellschaft etwas besser werden könnte, eine Wundertüte vermeintlich machbarer Konzepte, die — werden sie wohlsortiert — die realpolitische Regierungsfähigkeit der Partei erhöhen könnten.

Demgegenüber mühen sich die Linken um eine Zuspitzung auf Reformkonzepte, die den Grünen in der Auseinandersetzung mit und Abgrenzung zur SPD eine Entwicklungsdynamik als Opposition erhalten sollen. Doch die Gesamtrichtung wird das kaum verändern können. Mittlerweile soll das Programm nicht verabschiedet, sondern zunächst einmal an die Basis zurückverwiesen werden, womit es bis zur Bundestagswahl voraussichtlich vom Tisch wäre. Die Chance dafür steht nicht schlecht. Auf dem umfangreichen viertägigen Programmkongreß steht es ganz hinten auf der Tagesordnung und könnte im Schnellverfahren als Material verabschiedet werden. Es sei denn, die Parteitagsbasis stellt die Tagesordnung um.

„Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen"

„Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen"

Wer substantiell Neues vom Grünen ,,Umbau der Industriegesellschaft — Programm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung'' (1) erwartet hatte, wird enttäuscht. Alles, was da zur ,,Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen'', an Schritten ,,zu einer ökologischen Wirtschaft'', zu ,,einer demokratischen und sozialen Wirtschaft'' und zu mehr ,,sozialer Gerechtigkeit'' — so die Schwerpunktthemen — gefordert wird, entspricht dem Stand der Diskussionen in der Grünen Partei und wurde in Einzelpaketen schon in Form von Bundesgesetzen in den Bundestag eingebracht, wobei diese Grünen Initiativen allesamt scheiterten.

Zur ,,Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen'' fordern die Grünen ein ganzes Paket von staatlich verordneten und verschärften Ge- und Verboten, (Produktions)auflagen, steuerlichen Umweltabgaben zur dringend notwendigen Reparatur und Sanierung der Umwelt (Luft, Boden, Wasser). Wer wollte das alles nicht? Das Problem besteht nur darin, daß all diese ökologischen Themen in der BRD längst zum Allgemeingut gehören — es allerdings an der praktischen Umsetzung mangelt. Denn diese richtet sich nach den Restrukturierungs- und Verwertungserfordernissen bundesrepublikanischen Kapitals, denen dieser Staat die entsprechenden Rahmenbedingungen zu gegebener Zeit setzt. Die Grünen fordern nicht mehr, aber auch nicht weniger, was in anderen kapitalistisch fortgeschrittenen Ländern (USA, Japan, Schweden) zum Teil schon zu den Umwelt-Standards gehört. Die ökologische Innovation der Produktion und teilweise auch Produkte entspricht ja durchaus den Erfordernissen des ,,modernen'' Kapitals, setzt sich jedoch weltweit ungleichmäßig und ungleichzeitig durch. Die ökologischen Innovationsforderungen der Grünen stoßen genau dort an ihre Grenzen, wo das westdeutsche Kapital schlicht ,,nein'', oder ,,nein, noch nicht'' sagt.

Bei ihren Schritten zu einer ,,ökologischen Wirtschaft'' geht es den Grünen ebenso um staatliche Eingriffe, die eine Ökologisierung der kapitalistischen Produktionsstruktur fördern sollen. Staatliche Auflagen, steuerliche Abgaben, Ge- und Verbote von Produktionsweisen und Produkten sollen diese Umstrukturierungen einleiten. Das reicht vom ,,ökologischen Landbau'' zugunsten der Förderung bäuerlicher Kleinbetriebe (wer soll diese ökologisch-landwirtschaftlichen Erzeugnisse bezahlen?), einer Dezentralisierung der Energiewirtschaft plus Stillegung aller Atomanlagen bis hin zur



Umbau der Industriegesellschaft:
Das "grüne Godesberg"

Seit März kursiert der Entwurf eines Programms der Grünen für den ,,Umbau der Industriegesellschaft''. 500 Teilnehmer haben auf einer Vorkonferenz am 26. und 27. April darüber diskutiert. Ein ,,grundlegender ökologischer Umbau der Wirtschaft'' wurde gefordert, die Frage nach der ,,Struktur der herrschenden Besitzverhältnisse'' aufgeworfen, um den ,,Marsch in den Unternehmerstaat'' abzuwenden. Dieser FR-Bericht (28.4.) behandelte allerdings nicht das Grünen-Treffen, sondern den Bezirksparteitag der traditionell linksverbal auftretenden SPD Hessen-Süd. Bei den Grünen warfen die linken Kritiker des Programmentwurfs den Autoren der Umbaugruppe gerade das Fehlen der Machtfrage vor und unterstellten ihnen ,,Machbarkeitswahn''. Im Wettlauf um die besseren Reformkonzepte können die Grünen dennoch hoffen, die Nase vorn zu haben, denn auf Bundesebene wird Hessen-Süd in der SPD nicht mehrheitsfähig sein.

,,sanften Chemie''. Und die Rüstungsproduktion soll zugunsten derer Konversion völlig wegfallen. Das kostet die Chemieindustrie 20.000, die Rüstung 164.000 Arbeitsplätze — wogegen bei der ,,Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen'' ein Plus von 93.000 und im Energiebereich sogar von 190.000 Arbeitsplätzen entstehen würde.

Die Grünen haben bei ihrem ökologischen Umbau durchaus mit einkalkuliert, daß zur Umsetzung ihrer Forderungen per Saldo ein realer Abbau des Lebensstandards der Bevölkerung stattfinden würde. Zum einen durch eine gewollte Besteuerung zu Lasten der Bevölkerung (Erhöhung der Mineralölsteuer, um vom Auto wegzukommen), zum anderen werden die Kapitalisten, die auf sie zukommenden steuerlichen Belastungen in der Gesamthöhe von 20 Mrd. DM durch Kostenüberwälzungen (Preiserhöhungen) an die Verbraucher weitergeben.

(Preiserhöhungen) an die Verbraucher weitergeben.

„Soziale Gerechtigkeit"

Um diese Negativeffekte zu kompensieren, haben sich die Grünen im sozialpolitischen Teil ihres Umbauprogamms einiges einfallen lassen. Vor allem durch die Erhöhung der Steuerfreibeträge bei niedrigem Einkommen und durch eine Erhöhung der materiellen Grundsicherung (1.000 DM monatlich, für alte Menschen 1.200 DM) auf Basis der vorhandenen Sozialsysteme (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und -hilfe) wollen die Grünen erreichen, daß per Saldo die Menschen mit niedrigem Arbeits- bzw. Sozialeinkommen künftig materiell besser gestellt werden sollen — zuungunsten der höher Verdienenden und der Vermögenden.

Außerdem verlangen die Grünen eine eheunabhängige Kinderförderung (Erziehungs- und Betreuungsgeld unabhängig vom Einkommen), wobei sie betonen, daß sie damit nicht der Privatisierung der Kinderbetreuung das Wort reden wollen. Und im Bereich des Gesundheitswesens fordern die Grünen einen weitgehenden Umbau; die ,,Verschwendung'' soll durch Senkung der Ärzteeinkommen, Senkung der Arzneimittelpreise auf EG-Niveau und Minimierung des Arzneimittelmißbrauchs abgebaut werden zugunsten eines Ausbaus der personellen und finanziellen Sicherstellung der medizinischen Versorgung, wobei dem Ausbau der häuslichen Pflege ein besonderer Stellenwert zukommt. (Hier müssen die Grünen aufpassen oder klarstellen, daß die ,,Privatisierung'' der Pflege, die sie aus der ,,fremdbestimmten'' und in der Tat kritikwürdigen Kasernierung alter Menschen in Heimen herleiten, nicht-konservativen Vorstellungen Vorschub leisten, die unter Slogans wie ,,Hilfe zur Selbsthilfe'', ,,Selbstverwaltung'', Nachbarschaftshilfe usw. den Abbau des Sozialstaats betreiben.)

„Demokratische und soziale Wirtschaft"

Das Grüne Konzept zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit besteht aus einer weitgehenden und fast kritiklosen Übernahme von Vorstellungen und Forderungen der SPD, des DGB oder der britischen Labour Party (2). Die Grünen fordern die drastische Verkürzung der Wochenarbeitszeit (35-Stunden-Woche) plus Abbau der Überstunden, den Ausbau von Freistellungsregelungen (u.a. auch für den Bereich häuslicher Pflege und Kinderbetreuung) und eine Umlagefinanzierung der Ausbildung (bei gesetzlicher Garantie von Ausbildung).

Was die Erweiterung der demokratischen Rechte anbelangt, fordern die Grünen den Ausbau der betrieblichen und Montanmitbestimmung bei formaler Gleichstellung von Kapital und Arbeit, und die Einrichtung von regionalen Wirtschafts- und Sozialräten zur Förderung und Restrukturierung einer ökologisch orientierten Wirtschaft in den bundesrepublikanischen Regionen; im Unterschied zur SPD sehen die Grünen vor, diese Räte neben Vertretern von Kapital und Gewerkschaften auch mit Vertretern von Umwelt- und Verbraucherverbänden (Drittelparität) zu versehen.

Und zur Förderung ihrer speziellen Klientel, den selbstverwalteten oder Alternativbetrieben, in denen die Grünen bereits die ,,Keimzelle'' einer nicht von Ausbeutung und Markt diktierten Produktions- und Arbeitsweise sehen

von Ausbeutung und Markt diktierten Produktions- und Arbeitsweise sehen

(wobei sie Probleme der chronischen Selbstausbeutung plus struktureller Gewalt der Marktgesetze ausblenden), wollen die Grünen eine ,,Vernetzung'' dieser Betriebe mit Belegschaftsinitiativen nach dem Vorbild Londons erreichen, wo auf diesem Weg mittels staatlicher Flankierung ca. 3.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Einzig und allein die grüne Quotierungsforderung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen rückt von der Nachahmung der Konzepte von SPD und DGB ab. Im Ergebnis behaupten die Grünen die folgenden Arbeitsplatzeffekte ihrer Vorschläge:

— 639.000 neue, qualitative Arbeitsplätze würden durch den ökologischen Umbau geschaffen. 474.000 alte abgebaut — per Saldo also nur ein Plus von 165.000. Das ist nicht viel, gemessen an den über 22 Millionen Arbeitsplätzen in der BRD.

— Die geforderten quantitativen Maßnahmen (Beschäftigungsprogramme) könnten rechnerisch 1,2 Millionen Arbeitsplätze schaffen, von denen die Hälfte durch Produktivitätssteigerungen kompensiert würden.

— Die Umverteilung der öffentlichen Haushalte bewegt sich in einer Gesamtgrößenordnung von 183 Mrd. DM, davon ca. 54 Mrd. DM für ökologische Reparatur bzw. Umbau, der Rest für Umbaumaßnahmen des Sozialstaats (Gesundheit, Grundsicherung, steuerliche Umverteilung, eheunabhängiges Kindergeld usw.).

— Qualitativ betrachtet, werden allein in den Bereichen Rüstung und bei der einkalkulierten Verringerung der Konsumnachfrage (minus 240.000 Arbeitsplätze!) rund 400.000 Arbeitsplätze abgebaut, die durch Aufstockung der Beschäftigten in den Bereichen Energie (190.000), Gesundheit/Pflege (150.000) und der Sanierung von Luft, Wasser und Boden (93.000) überkompensiert werden würden.

Selektives Wachstum

Was die Grünen fordern, läuft — Wachstumsdiskussion hin, Wachstum her — auf ein Modell des selektiven Wachstums hinaus, wie es schon vom SPD-Strategen Erhard Eppler (3) entwickelt wurde.

Kennzeichnend für dieses Wachstumsmodell ist, daß ökologisch orientierte Wachstumsfelder zuungunsten traditioneller Wirtschaftssektoren ,,umgebaut'' werden sollen, *ohne* dabei die privatwirtschaftliche Akkumulation anzutasten.

(Von daher zieht auch die grüne Abgrenzung von früheren sozialdemokratischen Beschäftigungsprogrammen nicht, die die Grünen wegen der ungeliebten ,,Wachstums''effekte ablehnen; denn faktisch fördern sie ja durchaus mit ihren Beschäftigungsumbauten reales ,,Wachstum''). Selektiv ist dieses grüne Umbau-Modell auch deshalb, weil die Restrukturierungsmaßnahmen als Antwort auf die ökologische und soziale Krise allein mit *staatlichen* Instrumentarien durchgeführt werden sollen, die allerhöchstens Eingriffe in das ,,*wie* produzieren'' vornehmen können, *nicht* jedoch darüber bestimmen können, *was* produziert wird, wenn dieser Bereich kapitalistischer Akkumulation und Verwertung unterworfen bleibt.

Die Grünen und „ihr" Staat

Die Grünen geben auch keine Antwort auf die zweite Frage, nämlich wie sie den Umbau über *staatliche* Instrumentarien bewerkstelligen wollen. Mangels fehlender Massenbasis der Grünen und ihrer inneren Verparlamentarisierung haben sich die Grünen fast vollständig darauf versteift, im kapitalistischen Staat den ,,Hoffnungsträger'' ihres geplanten Umbaus zu sehen. Auch das muß jedoch schlicht ins Auge gehen, wenn staatlich iniitierte und flankierte Eingriffe in den Restrukturierungsprozeß des Kapitals (,,wie produzieren'') nicht begleitet werden von *gesellschaftlichen* Veränderungen. Ist dies nicht der Fall (und dem ist bekanntlich so), so handelt es sich beim grünen Umbau-Programm bestenfalls um ein rechnerisches Modell, schlimmstenfalls um Spielereien, wobei sich die Grünen sogar an die strenge Haushaltskonsolidierungspolitik halten, denn die Finanzierung ihres Modells läuft ohne staatliche Neuverschuldung ab.

Kurz und gut: die Grünen beantworten nicht die entscheidende Frage, wie denn der ,,Ausstieg'' aus der herrschenden ,,Entwicklungslogik'' und der ,,Einstieg'' in eine grüne ,,Entwicklungslogik'' praktiziert werden soll. Sie stellen eben nicht die berühmte *Machtfrage*.

Grüne Staatsillusionen

Dieser Vorwurf an die Grünen ist uralt; nur wurde er traditionell immer gegenüber der Sozialdemokratie erhoben, die mit konzeptionellen Reformentwürfen eine lange Erfahrung besitzt, aber bekanntlich nie Fragen der Realisierung beantwortet. Doch lassen wir das einmal beiseite.

Denn in den beiden vorliegenden Präambel-Entwürfen (eine mehr ,,realpolitische'' Variante, Mehrheitsvotum genannt, und eine mehr ,,ökosozialistische'' Variante, Minderheitsvotum genannt) wird auf diese Vorwürfe durchaus geantwortet — in traditionell-sozialdemokratischer Sichtweise.

Da ,,diese Gesellschaft (...) nicht mit einem Schlage aus den Angeln gehoben werden'' könne, so die Mehrheitler, konzentrieren die Grünen sich eben auf das scheinbar Machbare. Das grüne ,,Gesamtszenario'' des Umbaus solle das ,,Wünschbare'' mit ,,dem technisch und ökonomisch Möglichen'' zusammenbringen. Das klingt doch irgendwie vertraut.

Und auch die Minderheitler sprechen davon, die vorhandene grüne Lücke ,,zwischen dem heute Erreichten und Erreichbaren und unseren langfristigen Zielen (zu) schließen'', es handele sich um eine ,,konkrete und realisierbare'' Antwort. Grundlegende Reformen sollen dort durchgesetzt werden, ,,wo sie nach dem Stand der gesellschaftlichen und parlamentarischen Kräfteverhältnisse möglich sind'', der ,,politische Wille dazu gegeben ist'' usw. Die Mehrheitler stellen sich die gesellschaftlichen Veränderungen als ,,einen Prozeß'' vor, ,,der aus vielen einzelnen Schritten bestehen wird und dabei Kurz-, Mittel- und Langfristenperspektiven verbinden muß'' — und die Minderheitler sprechen von der ,,schrittweisen'' Überwindung des Kapitalismus zu einem dritten, grünen Weg.

Hier wird der Modellcharakter des grünen Umbau-Szenarios einfach in machbare Realpolitik verwandelt, dem Wahlvolk und eigenen grünen Mitgliedern vorgegaukelt, der anvisierte grüne Einstieg sei auch praktisch umsetzbar. Staats- und Reformillusionen werden hier genährt, die bar jeder gesellschaftlichen Realität sind und eine weitere Sozialdemokratisierung der Grünen zum Ausdruck bringen — im Lager der ,,Realos'' wie auch bei den ,,Ökosozialisten'', die sich zu wesentlichen Teilen auf das Umbau-Programm geeinigt haben (von Hubert Kleinert bis Eckhart Stratmann).

Außerdem — und auch das entspricht ja durchaus dem klassischen ,,Schritt-für-Schritt''-Reformismus — beruht die grüne Strategie auf einem mechanistischen Verständnis von gesellschaftlichen Veränderungen: erst Einstieg in den Umbau, dann Umbau, dann noch mehr Umbau und dann die grüne Republik. Gesellschaftliche Veränderungen haben sich jedoch noch nie nach dem Prinzip des Treppensteigens vollzogen. Das Fatale am grünen Umbau-Programm ist ja nicht, daß eine ökologische und soziale Feinabstimmung versucht wurde, sondern daß der grüne Einstieg in den Umbau als hier und heute machbar ausgegeben wird.

Zumindest die Minderheitler haben in einigen Passagen ihrer Präambel diesen Widerspruch erkannt. Auf der einen Seite sprechen sie von der Realisierbarkeit ihres Umbaus — auf der anderen Seite konstatieren sie (als Zugeständnis an den ,,fundamentalen'' Flügel der Partei?), daß ihrem Umbau etwas ,,Modellhaftes'' anhafte, ohne ,,starken Druck'' der Bevölkerung sei ,,der Umbau (...) nicht zu verwirklichen'', sondern allerhöchstens ,,diese oder jene Reparatur- und Umstellungsmaßnahme''. — Eben!



Grüner Umbau konkret: Minister Fischer beim Chemie-Konzern Merck (aus: Werkszeitung „MERCK informiert", 20.2.86)

Anmerkungen:
1) Alle Zitate aus Die Grünen, „Umbau der Industriegesellschaft — Programm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung", Bonn, März 1986
2) Das ist kein Versehen, sondern die Grünen berufen sich geradezu auf die Konzeptionen von SPD, DGB und Labour Party, etwa auch bei den Vergesellschaftungsforderungen der Stahlindustrie
3) Vergl. u.a. Eppler, „Wege aus der Gefahr", Reinbek 1981; der Hauptunterschied zwischen grünen und sozialdemokratischen Reformkonzepten dürfte in ihrem Kern beinhalten, daß die Grünen die Exportorientierung des „Modell Deutschland" ablehnen (vergleiche dazu das Minderheitenvotum in der Präambel des grünen Umbau-Entwurfs); allerdings haben die Grünen an diesem Punkt noch nicht weitergedacht, etwa die währungs- und geldpolitischen Implikationen, die Frage des Produktions- und Marktumfangs usw. nicht einmal thematisiert.

D./Westberlin

"Subversiv staatsfeindlich" Jugend'putsch' in der GAL Altona

Ein Interview mit den 'Drahtziehern'



GAL-Altona

Foto: M. Stroux

„Spannung will derzeit nicht aufkommen", Bewegung sei eigentlich nur von außen zu erwarten, insbesondere vom Ausgang der niedersächsischen Landtagswahl, schrieb ich in der Märznummer dieser Zeitung zur Situation in der Hamburger GAL vor den Bürgerschaftswahlen im November. Weit gefehlt. Bewegung kam von ganz anderer Seite. Überwiegend Jugendliche haben im Bezirksverband Hamburg-Altona der GAL den Vorstand übernommen. „Geputscht" sagen der alte Vorstand und die Gruppe um die drei Bezirksabgeordneten. Ganz bestritten wird dieser Vorwurf von der neuen Gruppe nicht.

Etwa 60 Leute versammelten sich am 7. April zur monatlichen Mitgliederversammlung. Ungewöhnlich viele, sonst waren es meist um die 20. Als die Tagesordnung auf die Vorstandsneuwahlen zusteuerte, wurde das Anliegen der Neuen deutlich. Bei den „Alten" klingelte es, man versuchte die Versammlung zu schließen und nahm vorsorglich die Kasse und die Kartei mit. Die Mehrheit blieb; 37 Leute wählten einen völlig neuen Vorstand, der sich mit viel Elan an die Arbeit machte. Die große Mehrheit der Neu-Wähler war erst in den Tagen vorher in die GAL eingetreten.

Dieses Vorgehen hat zunächst einen tiefen Graben aufgerissen zwischen denen, die für vier Jahre GAL-Arbeit im Bezirk, für Kontinuität und Durchstehvermögen trotz allgemeiner Müdigkeit und Langeweile in der GAL stehen. Und jenen, die fast ihre Kinder sein könnten, sich nicht an die übliche Gremienarbeit halten, sondern im Handstreich und voller Aktionismus und ohne je eine Parlamentsausschußsitzung besucht zu haben einfach den

sein könnten, sich nicht an die übliche Gremienarbeit halten, sondern im Handstreich und voller Aktionismus und ohne je eine Parlamentsausschußsitzung besucht zu haben einfach den

ganzen Laden übernehmen. Wer wollte die Verbitterung der „Alten" nicht verstehen, wenn jetzt andere GAL-Bezirke den Putsch der Neuen begrüßen, ihnen Geld für ihre Arbeit zur Verfügung stellen, wenn weit weg von Altona klammheimliche Freude auftritt und gönnerhaft das Experiment der „jungen Leute" verfolgt wird? Kleinliche Schuldzuweisungen sind im Altonaer Konflikt an der Tagesordnung. Drahtzieher werden dingfest gemacht und ihnen finstere Absichten unterstellt.

Was liegt da näher, als diese „Drahtzieher" selber nach ihren Absichten zu befragen. Im Altonaer Volxbureau der GAL — wie die Räume nach dem US-Überfall auf Libyen heißen — sprach ich mit Aram und Kadee.

Aram war bis 1983 Bezirkssekretär der Altonaer GAL und hat vorher schon in der Bunten Liste Eimsbüttel mitgearbeitet, mit 29 Jahren ein „Altlinker" mit Vergangenheit und Erfahrung. Kadee sorgt maßgeblich für das Erscheinen der Zeitung „Hungrige Herzen", ein Jugend- und Kulturmagazin für den „Lockeren Aufstand", das in einer Auflage von 3000 Exemplaren vertrieben wird. Was sind das für Leute, die „Hungrigen"? frage ich Kadee. „Unernsthafte Autonome", antwortet er grinsend, wenigstens hätten wir im AK diese Gruppe einmal so charakterisiert, was ihnen sehr gefallen habe.

Drahtzieher? Daß die beiden einen maßgeblichen Einfluß haben, bestreiten sie nicht. Wer allerdings die billigste aller Erklärungen verfolgt, manipulierte Jugendliche am Gängelband finsterer Absichten, übersieht den ernstzunehmenden Teil des Konflikts in der GAL. 400 mehr weniger aktive Mitglieder der GAL Altona haben Zuwachs bekommen: 130 neue Mitglieder in gut vierzehn Tagen (durchschnittliches Alter: 22,5 Jahre, wie die beiden angeben) stürzen sich mit Begeisterung in die aktive Arbeit. Eine neue Bewegung?

hr.

Ihr habt am 7. April in der GAL Altona einen neuen Vorstand gewählt. Die neue Mehrheit kam von Leuten, von denen bislang nur eine Minderheit aktiv in den üblichen GAL-Strukturen gearbeitet hat. Wozu habt ihr das gemacht?

Kadee: Der Schritt war völlig logisch. Man hat schon in der Vergangenheit die GAL aus dem außerparlamentarischen Spektrum benutzt, man hat bei der Hausbesetzung in Mottenburg (1985) angefragt, ob sie das unterstützt, man hat nach Unterschriften für Demos gefragt und gerade die Altonaer GAL hat sich immer recht träge verhalten. Da ist es logisch, daß man dann irgendwann auf die Idee kommt, gut, in den Verein gehen wir rein und dann haben wir bessere Möglichkeiten für unsere außerparlamentarische Politik.

Wieso logisch? Man kann sich natürlich auch was anderes überlegen, als in so einen „trägen Haufen" zu gehen.

Wieso logisch? Man kann sich natürlich auch was anderes überlegen, als in so einen „trägen Haufen" zu gehen.

Aram: Logisch finde ich das auch nicht. Wenn man sich aber die GAL-Entstehungsgeschichte anschaut, wenn man weiß, daß sie sich letztendlich aus der Anti-AKW-Bewegung entwickelt hat, wenn man sich die politische Praxis der Leute, die heute in der GAL sitzen anschaut, wie sie vor zehn Jahren war, wo sie in Grohnde militant am Bauzaun gekämpft haben und heute, wo sie brav in Ausschüssen sitzen, dann ist das schon ein ziemliches Trauerspiel. Für uns bot sich der Schritt an, weil die GAL ja immer noch das Primat einer linken außerparlamentarischen Politik beansprucht, und in theoretischen Verlautbarungen nirgendwo der Gedanke verfolgt wird, man könne eine gute, linke reformerische Politik durchsetzen, wenn nicht gleichzeitig die Bedingungen einer starken außerparlamentarischen Bewegung gegeben sind. Solche Bewegungen unterliegen ja nun einer eigenen Dynamik und die GAL hat bald bemerkt, es fehlt so was wie eine politische Organisation und von daher war für uns ein Platz frei, der noch nicht besetzt war. Die Programmatik der GAL, ihr Erscheinungsbild nach außen, ist ja keinesfalls so, daß man den Eindruck hat, das ist ein Rentnerhaufen, sondern es handelt sich um sehr fortschrittliche Inhalte.

Es gab Streit mit dem alten GAL-Vorstand. Ihr habt auf die Vorwürfe, es sei nicht rechtmäßig zugegangen bei der Vorstandswahl, geantwortet, euer Vorgehen sei satzungsgemäß, es sei GAL-üblich, daß Mitglieder neu eintreten und auch gleich stimmberechtigt sind. Seht ihr eurer Vorgehen im Ernst nicht als „Putsch" sondern meint, der „lockere Aufstand" sei durch die GAL-Satzung abgedeckt?

Aram: Ich würde das nicht für einen lockeren Aufstand halten. Die Methode, wenn man sie isoliert betrachtet, ist eine vollkommen unkorrekte. Bloß das Problem ist, daß man das nicht so losgelöst betrachten darf. Rechtmäßig war das Vorgehen, es gibt z.B. keine Bezirkssatzung. Da näher drauf einzugehen, halte ich nichts von, das hat keine Relevanz in unserer Argumentation. Wir haben auch sofort erklärt, daß wir einen Fehler gemacht haben, indem wir sechs von uns in den Vorstand gewählt haben, statt nur drei Plätze zu besetzen und die anderen drei freizulassen.

Was sagt ihr denn zu dem Vorwurf des alten Vorstands, daß ihr eure Ziele, Kritiken und Ansprüche und Vorhaben nicht „in den dafür vorgesehen Gremien der GAL vorgetragen" habt?

Kadee: Das stimmt so nicht. Es sind unsere Ziele von außen an die GAL rangetragen worden. Bei der Mottenburger Hausbesetzung, bei der Anfrage einer Altonaer Schülerzeitung nach Unterstützung, die kurz abgefertigt wurde. Wenn man zur GAL kam, saßen da Leute, die ihr außerparlamentarisches Desinteressse raushängen ließen. Es stand für uns nicht die Alternative, ein zwei Leute da reinzuschicken die nach und nach mitarbeiten, daß immer mehr Leute eintreten, die wären da einfach verschlissen und

schicken die nach und nach mitarbeiten, daß immer mehr Leute eintreten, die wären da einfach verschlissen und

vor lauter Langeweile fertig gemacht worden. Uns ging es darum, hier massenhaft ein Signal zu setzen, deutlich zu zeigen, soundsoviel Leute sind wir, die alle irgendwo arbeiten und was machen wollen.

Aram: Wenn der alte Vorstand klagt, das sei nicht in den GAL-Strukturen diskutiert worden, muß ich ihm recht geben. Viele hätten es sicherlich auch gerne gesehen, wenn diese Kritik in den GAL-Strukturen vorgetragen worden wäre. Bloß übersieht das halt, daß die GAL-Strukturen dermaßen von der Haupttätigkeit der GAL, der ehrenamtlichen Verwaltungstätigkeit, dominiert sind, daß dies auf Menschen, in deren Adern Blut fließt, äußerst abstoßend wirkt. Wobei diese Arbeit durchaus positive Aspekte hat. Sie ist aber in erster Linie uneffektiv, wenn man das Verhältnis von input und output vergleicht und wenn man vor allem sieht, was dort an menschlicher Kreativität und Arbeitskraft abgezogen wird.

Also wurde euer Vorgehen von aktiven Jugendlichen getragen? Eure Kritiker sagen, die sind doch die Hanseln von Aram, die Marionetten von Berufsjugendlichen, gar die fünfte Kolonne der „Hungrigen Herzen".

Aram: Der Vorwurf der Drahtzieherrolle an Kadee und mich ist insofern richtig, insbesondere bei Kadee, daß er einer derjenigen ist, die das stark organisiert haben, daß sich ein Gruppenbildungsprozeß vollzieht. Den Jugendlichen und anderen Beteiligten zu unterstellen, daß sie eine manipulierte Masse sind, übersieht schlicht und ergreifend, daß sie ein Bewußtsein darüber haben, was sie wollen und was nicht.

Und was ist denn nun mit den Vorwürfen, daß besonders die „Hungrigen Herzen" reichlich abgesahnt haben und jetzt mit dem „Putsch" nur noch an die demnächst verschlossenen Geldquellen ranwollen?

Kadee: Es ging um die Räume, deren Kündigung uns angedroht wurde. Die hätte ja nicht nur die „Hungrigen Herzen" getroffen, die die Räume zweifellos stark nutzen, sondern auch verschiedene Initiativen, die hier arbeiten. Die Schülerzeitung, die Antifa, Kontraste Medien, türkische Gruppen. Es wird das ganze Problem auf die „Herzen" verlagert, die zweifellos die Räume sehr stark nutzen. Es war aber in der Vergangenheit so, daß dies fast die einzigen Räume waren, die von außerparlamentarisch arbeitenden Gruppen genutzt werden konnten. Die Raummöglichkeiten in Altona waren schlecht. Daraus haben die Leute auch moralisch ein Recht abgeleitet, daß die GAL sowas gefälligst zu unterstützen hat. Es wäre ihr ja auch kein Zacken aus der Krone gebrochen. Es ging hier um was anderes. Es ging darum, daß insgesamt ein Bedürfnis vorherrschte, in größeren Zusammenhängen Politik zu machen. Es gibt zwar unheimlich viele Initiativen, die ganz gute Arbeit machen, es gibt aber heute keinen Plenumscharakter, wo man sich untereinander berät.

Habt ihr neben der Kritik an den verkrusteten Strukturen der alten GAL auch Kritik an den politischen Inhal-

Habt ihr neben der Kritik an den verkrusteten Strukturen der alten GAL auch Kritik an den politischen Inhal-

ten? Was versteht ihr unter der von euch häufig proklamierten „neuen Kultur"?

Aram: Diese Sätze sind zugegeben alle sehr plakativ und sympathieheischend, sagen aber erstmal wenig aus. Da war ein guter PR-Manager am Werk ...

... bei euch?

Aram: ... ja, wir sind sowieso PR-mäßig besser als der alte Vorstand. Eine andere Kultur, frischer Wind und so weiter meint einfach nur, daß die GAL eine Entwicklung gemacht hat, die vorher nicht bewußt diskutiert worden ist. Es gab zwar Kritiker, aber es hatte sich eine Eigendynamik inganggesetzt. Die permanente Bezirksversammlungs- und Ausschußarbeit hat dazu geführt, daß diese zum Schwerpunkt wurde und hat den Charakter von Terminen ausgemacht. Eine politische Fragestellung wurde hauptsächlich so diskutiert: stellen wir einen Antrag oder machen wir eine Anfrage. Es gibt daher auch keine andere Möglichkeit, als sich außerhalb dieser Struktur zu konstituieren und Projekte zu entwickeln. Wir haben ja was vorgelegt. Wir waren in der GAL diejenigen, die nach dem US-Überfall auf Libyen bereits nachmittags mit einem Flugblatt auf dem Markt waren, Plakate nicht nur im Stadtteil verklebt haben. Danach haben wir eine Veranstaltung gemacht, auf der sich rund 400 Leute drängelten. Da wird niemand drum herumkommen, daß da mehr hintersteckt.

Noch mal zu den Räumen hier. Einer unserer ersten Beschlüsse war, aus den schrecklichen Räumen hier rauszukommen. Sie sind viel zu teuer und denkbar ungeeignet für das angestrebte Ziel, ein politisches und kulturelles Zentrum der GAL zu schaffen, nicht im Rahmen eines Bürobetriebes, sondern in einem lockeren Rahmen, wo man auch was essen und trinken kann.

Seht ihr die alte Altonaer GAL als einen Einzelfall einer schlecht funktionierenden Organisation an oder entspricht sie nicht vielmehr dem GAL-Durchschnitt? Glaubt ihr, daß euer Vorgehen landesweit Signalfunktion in der GAL haben wird?

Kadee: Ich hoffe natürlich auf landesweite Signalfunktion. Es sind schon Wandsbeker GAL-Mitglieder hier eingetreten. Aus anderen Bezirken haben sich schon Leute gemeldet. Ich hoffe, daß darüber im außerparlamentarischen Spektrum breit diskutiert wird, das zeigt sich z.B. in der Berliner Autonomen-Zeitschrift „Unzertrennlich", die über den Vorgang berichtet hat. Das Ding Altonaer Verhältnisse schaffen, ist schon in aller Munde, was ich sehr begrüße.

Aram: Ich hoffe auch darauf, daß sich solche Verhältnisse in anderen Bezirken einstellen. Ich denke, daß sie sich aber nicht darüber herstellen, jetzt putschen wir mal. Das wäre eine äußerst fatale Angelegenheit, weil ich das immer in der Verknüpfung mit Inhalten sehe. Und wenn uns das gelingt, was wir uns vorgenommen haben, zumindest zu dreißig Prozent umzusetzen, wird das durchaus den Charakter einer Vorbildfunktion haben können, um Unzufriedene und Zurückgezogene neu zu mobilisieren und andere Leute, die der Parteicharakter der GAL gestört hat, zum Schritt in die GAL zu bewegen.

Noch mal zur inhaltlichen Kritik an der alten GAL?

Aram: Benennen könnte man da schon einiges. Doch darum geht es gar nicht so sehr. Das was die GAL in den Bezirksversammlungen macht, halte ich im wesentlichen für korrekt. Was ich der GAL vorwerfe, ist das fatale Verhältnis von reingesteckter Arbeit zum Erfolg. Aber man muß halt sehen, daß viele GAL-Mitglieder, die heute die Arbeit tragen, nicht automatisch zu Kämpfern im außerparlamentarischen Bereich werden, wenn sie ihre Tätigkeit einstellen, sondern eher gar nichts mehr machen. Von daher ist es gut, wenn sie ihre Ausschußarbeit machen. Der Eindruck, der häufig von uns erweckt wurde, daß diese Arbeit für'n Arsch ist, das halte ich für falsch. Da werden schon vernünftige Sachen gemacht und wir sollten keine Probleme haben, uns damit zu arrangieren.

Siehst nur du das so oder gibt es da bei euch auch andere Meinungen? In euren Papieren nennt ihr euch „staatsfeindlich subversiv"; ihr wollt „die Kids wieder auf die Straße holen"; auf der Demo nach dem US-Überfall habt ihr mit „Waffen für Gaddafi" provoziert; ihr habt den Biber — das GAL-

feindlich subversiv"; ihr wollt „die Kids wieder auf die Straße holen"; auf der Demo nach dem US-Überfall habt ihr mit „Waffen für Gaddafi" provoziert; ihr habt den Biber — das GAL-

Wappentier — vermummt mit schwarzem Stern auf rotem Untergrund verziert. In Diktion und Bild ist das nicht typisch für das, was die linke GAL bisher sagte und trieb. Seht ihr da keinen besonderen Widerspruch?

Kadee: Ja, ich habe da auch eine größere Kritik als nur die parlamentarische Verkrustung. Etwa wie die GAL zur Hafenstraße verfahren ist, indem sie diesen Abgrenzungsbeschluß formuliert hat. Der Hauptpunkt ist, daß sie sich zu sehr in die Parlamente verstrickt hat, dazu langweilige Politik gemacht hat, daß sie nicht mehr ernst nimmt, was sich außerparlamentarisch regt. Sie klinkt sich vielfach aus Aktivitäten aus, weil sie zu sektiererisch sind, statt sie zu unterstützen ...

Aram: Wo denn? Du mußt mal ein inhaltliches Wort verlieren. Aus welchen Projekten klinkt sie sich aus?

Kadee: Zum Beispiel die Antifa-Arbeit, die bei ganz wenigen Leuten belassen wird. Da wird zwar mal von der GAL aufgerufen, aber unterstützt wird das nicht. Da wird rumgejammert, wenn irgendwelche Skins verhauen werden, und ich sehe auch bei der Hafenstraße, daß die GAL weit davon entfernt ist zu verstehen, was die Leute wollen. Sie hat in der Vergangenheit zwar moralische Unterstützung geleistet, aber mehr nicht. Ich sehe heute bei der GAL schlichtweg keine praktischen Ansätze, wo außerparlamentarisch was in Bewegung gesetzt wird.

Aram: Also, das stört mich jetzt ein bißchen. Das was nicht läuft an GAL-Politik kritisiere ich ja auch. Ich finde aber 'ne Sauerei, daß der ungekrönte Chef von „Hungrige Herzen" das hier so einbringt, weil der GAL-Landesvorstand ja schon so weit war und gesagt hat, macht ihr ein Kompromißpapier, um die Sache dann weiter zu diskutieren. Was nicht gekommen ist, ist dieses Papier. Da solltest du etwas ruhiger sein.

Kadee: Das ist doch völlig albern. „Hungrige Herzen" sollte die GAL wieder aus der Scheiße rausziehen, in die sie sich selber hineinmanövriert hat. Wir haben ja nicht den Vorschlag eines solchen Kompromißpapiers gemacht, sondern der Landesvorstand selber.

Aram: Ja, aber du hast das akzeptiert und dich anschließend in Schweigen gehüllt. Ich habe Kritik daran, wie der Landesvorstand die Sache behandelt hat. Aber ich habe genauso Kritik daran, wie von seiten sogenannter undogmatischer Linker der Überfall auf die „taz" behandelt wird und die Hafenstraßenerklärung, die sich nicht distanziert, sondern mit klammheimlicher Freude reagiert, mit Schweigen bedacht wird. Ich weiß ja aus Diskussionen mit dir, daß du durchaus der Meinung bist, daß solche Auseinandersetzungformen absolut nicht drin sind innerhalb der Linken.

Fortsetzung nächste Seite



Foto: AK

Männerrecht: Freispruch im Gynäkologenprozeß

Wenn eine Frau
— nicht naiv ist
—mehrere Verhältnisse hatte
— Kollegen auf ihr Zimmer einlädt
— der Arbeitstag lang war
— die Kollegen alkoholisch enthemmt
— sie sich körperlich nicht massiv genug zur Wehr setzt
— und sich außerdem widersprüchlich verhält
dann ist sie selbst schuld, wenn sie vergewaltigt wird und die Kollegen freigesprochen werden.

So geschehen im sogenannten Berliner Gynäkologenprozeß, der zu unserer großen Empörung mit Freispruch endete.

Zwei Gynäkologen der Universitäts-Frauenklinik Pulsstraße, Dr. Christoph Stadler und Dr. Wolfgang Hardt, waren angeklagt, eine Kollegin während des gemeinsamen Nachtdienstes im Dezember 1983 vergewaltigt zu haben.

Während die beiden Ärzte berichteten, man hätte sich in lockerer Stimmung bei einer Flasche Wein getroffen und sexuelle Handlung wären in gegenseitigem Einvernehmen erfolgt, schilderte die Ärztin das Vorgehen der beiden Gynäkologen als brutal: Sie sei wie ein Pingpongball hin- und hergeschleudert worden und ihr wäre der Kittel vom Leib gerissen worden.

Da es keine Augenzeugen gab, stand Aussage gegen Aussage. Allerdings konnte eine Ohrenzeugin berichten, daß sie lautes Poltern und Schreie aus dem Raum der Narkoseärztin gehört hatte. Sogar einen Hilferuf hatte sie vernommen, ihn allerdings für unbedeutend gehalten, da sie die Stimme ihres Vorgesetzten in dem Raum erkannt hatte.

Erste Instanz...

In erster Instanz befand das Gericht die beiden Ärzte für schuldig und verurteilte sie wegen Vergewaltigung in Tateinheit mit sexueller Nötigung und gefährlicher Körperverletzung zu Freiheitsstrafen von je zwei Jahren und drei Monaten.

Das erste Verfahren hatte für erhebliche Aufregung und Empörung in der Öffentlichkeit gesorgt. Zum einen wurde dadurch sehr stark ins öffentliche Bewußtsein gebracht, daß Vergewaltiger in allen gesellschaftlichen Kreisen und Schichten zu finden sind — also auch unter Ärzten — und daß der Vergewaltiger einer Frau durchaus bekannt sein kann. Zum anderen stieß die Strategie der Verteidigung auf immer größere Kritik. Nach der bewährten Taktik in Vergewaltigungsprozes- die Strategie der Verteidigung auf immer größere Kritik. Nach der bewährten Taktik in Vergewaltigungsprozes-sen, das Opfer zur Angeklagten zu machen und sie als eine Frau darzustellen, die sexuell jederzeit verfügbar sei, hatten die Verteidiger hemmungslos im Vorleben der Anästhesistin rumgewühlt.

Das Urteil des ersten Verfahrens war wegen formaler Fehler aufgehoben worden, und im Februar 86 begann das Revisionsverfahren.

Zweite Instanz: Die Verteidiger

Die beiden Angeklagten konnten diesmal mit zwei neuen Verteidigern aufwarten. Die Anwälte Panka (galt bislang als links) und Ziegler, die durch ihre Verteidigung im Schmücker-Prozeß bekannt wurden, lösten die untragbar gewordenen alten Verteidiger ab. Für sie war es nun ein Leichtes vor dem Hintergrund der Schlammschlacht des ersten Prozesses einen sachlichen und moderaten Ton einzuschlagen. Allerdings brauchten sie in dem Spiel mit verteilten Rollen auch gar keine Leumundszeugen gegen die Narkoseärztin. Der Ruf der Ärztin war bereits durch das erste Verfahren festgelegt. Und so wurde ihr als Motiv unterstellt, sie hätte Anzeige erstatten müssen, da sie einem Professor des Klinikums, zu dem sie ein Verhältnis hatte, nicht eingestehen konnte, die beiden Kollegen animiert zu haben. Zum Männerbild der Anwälte Ziegler und Panka gehört auch — wie es der Chef der Universitätsfrauenklinik Prof. Eindermann als Zeuge so schön formulierte — Gynäkologen vergewaltigen nicht. Schließlich seien sei keine „halbstarken Rocker", sondern „erfahrene Männer", die keinesfalls Beruf, Karriere und Familie aufs Spiel setzen würden.

Nebenbei: Das sexuelle Vorleben der Ärzte, die Einstellung zu Frauen im allgemeinen und ihre Liebschaften waren natürlich nie Gegenstand des Verfahrens.

Der Vorsitzende

Eine besonders unrühmliche Rolle in diesem zweiten Verfahren spielte der Vorsitzende Richter Hoyer. Seine Befangenheit zeigte sich nur zu deutlich, als er über drei Frauen Ordnungshaft verhängte, die sich von einem Zuschauer belästigt und beschimpft fühlten. (s. AK 269) So reichten ihm zum Ende des Verfahrens dann auch drei Minuten, um das Urteil „Freispruch" zu begründen: Zu viele Zweifel und Widersprüche seien in der Aussage der Nebenklägerin offengeblieben. Außerdem habe die Ärztin das Begehren des Angeklagten erkannt, denn sie sei nicht naiv — sprich: selbst schuld.

Der Staatsanwalt

Der Staatsanwalt

Für den Ausgang des Verfahrens war der Strafantrag des Staatsanwaltes ebenfalls von Bedeutung. Obwohl von der Sachlage her sich gegenüber dem ersten Prozeß nichts geändert hatte, forderte er eine wesentlich geringere Bestrafung: Statt viereinhalb Jahre wie im ersten Verfahren sollten ein Jahr auf Bewährung und 30.000 DM Geldstrafe ausreichen. Er hielt zwar nach wie vor die beiden Gynäkologen für schuldig, plädierte aber für einen minderschweren Fall, denn durch den Ruf der Ärztin (zahlreiche Verhältnisse in der Klinik) schloß ihre Einladung, nach dem Verständnis der Angeklagten, sexuelle Kontakte mit ein. Außerdem seien sie alkoholisch leicht enthemmt und bereits längere Zeit im Dienst gewesen. Aber des Zynismus' noch nicht genug: Es sei bei der Gewaltanwendung nicht mehr Kraft angewendet worden, als für ihr Vorhaben notwendig gewesen sei.

Die Nebenklägerin

Es braucht wohl nicht erklärt zu werden, daß die Narkoseärztin in diesem Prozeß einen besonders schweren Stand hatte. So wurde sie zum einen von zahlreichen Ärzten der Klinik mit scheinbarer Anteilnahme, an ihren guten Ruf und natürlich den der Klinik zu denken, unter Druck gesetzt. Deshalb wollte sie zwischenzeitlich die Anzeige wieder zurücknehmen, denn es ginge ihr lediglich um einen Denkzettel. Diese Rücksichtnahme wurde ihr perfiderweise zum Schluß im Plädoyer der Verteidiger vorgeworfen nach dem Motto: der Vergewaltigungsvorwurf könne nicht erst gemeint sein.

Die Narkoseärztin hatte zu ihrer Vertretung der Nebenklage zwei Anwältinnen. Diese forderten in ihrem Plädoyer kein bestimmtes Strafmaß, sondern ein Berufsverbot. So richtig die Forderung nach Berufsverbot auch ist, so fragt sich doch, ob nicht die gleichzeitige Forderung nach Bestrafung konsequenter und glaubwürdiger gewesen wäre. Ingrid Strobl bemerkt dazu treffend in der EMMA: „Zweck der Übung ist doch, festzustellen, welchen Preis ein Mann für ein Verbrechen gegen eine Frau zu zahlen hat, und ob es möglich ist, gegen die herrschende Praxis der Männerjustiz den Preis höher zu treiben. Es ist der Versuch, durchzusetzen, daß eine Frau wenigstens ein klein wenig mehr wert ist als ein Lippenstift. That's all."

Insgesamt ist zu diesem Urteil zu sagen, daß trotz aller in der Öffentlichkeit geführten Diskussionen um Vergewaltigung, trotz gewachsener Sensibilisierung zu diesem Thema, die Klischees der Männergesellschaft über Vergewaltigung sich wieder einmal durchgesetzt haben. Wieder einmal ist bewiesen worden, daß die herrschende Rechtsauffassung, Vergewaltigern muß ihre Tat bewußt sein, sich als Unrecht für Frauen erweist. Und leider und zu ver- worden, daß die herrschende Rechtsauffassung, Vergewaltigern muß ihre Tat bewußt sein, sich als Unrecht für Frauen erweist. Und leider und zu ver-ständlich wird der Anteil der Frauen steigen, die nach einer Vergewaltigung diese nicht anzeigen werden. Stattdessen wird von vielen Frauen über Selbstjustiz nachgedacht.

I., Westberlin

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wollen die Leute, die jetzt „geputscht" haben, auch die Parlamentsarbeit übernehmen oder was wird da diskutiert?

Aram: Ich kann da wirklich nur für mich sprechen, weil der Diskussionsprozeß darum nicht abgeschlossen ist. Für mich ist vollkommen klar, daß unser Vorhaben nur dann vernünftig laufen kann, wenn anerkannt wird, nicht nur daß in den Parlamenten gearbeitet wird, sondern daß diese Arbeit für die GAL auch ein sehr wichtiger Bestandteil ist , daß sie natürlich auch ein Wahlverein ist, der viele Stimmen für die Vertretung in den Parlamenten bekommen muß. Das mit den vielen Stimmen ist natürlich auch ein Problem. Ich bin nicht so ein Freund davon, daß es unsere Aufgabe ist, unser Potential dadurch zu erweitern, daß wir die Elbvororte stärker in unser Potential einbeziehen. Denn das hat auch immer Rückwirkungen auf die Politik so einer Partei.

Kadee: Ich habe zum Parlament ein zwiespältiges Verhältnis. Mir geht es vor allem darum, die Leute dahin zu kriegen, daß dieser Staat Scheiße ist, ohne daß ich dahin taktische Umwege machen muß. Ihnen wo immer möglich aufzuzeigen, daß ein neuer Staat hermuß. Insofern will ich auch keine Parlamentsarbeit machen, die nur darauf abzielt, Wählerstimmen zu bekommen. Ich habe nicht das Ziel, die Interessen der Elbvororte, sprich der Reicheren aufzugreifen. Mir geht es um ein Sammelbecken der Linken, wo tatsächlich mal wieder eine Praxis ingang gesetzt wird. Und dann muß man sehen, wie man das über die Parlamente klarbekommt.

Wird man demnächst jemanden von
hen, wie man das über die Parlamente klarbekommt.

Wird man demnächst jemanden von den „Hungrigen Herzen" im Bezirksparlament Altona sehen?

Kadee: Von den „Hungrigen Herzen" wird bestimmt keiner ins Bezirksparlament gehen. So viel ist auf jeden Fall sicher.

Aram: Wir haben das bereits besprochen und gesagt, daß wir selbstverständlich den Wahlkampf gemeinsam betreiben, sofern uns das inhaltlich möglich ist. Da gibt es eine ganze Reihe von Dingen, also die Ausländerpolitik, die die GAL betreibt, da dürfte es kaum Widerspruch zu geben, wie zu vielen anderen Themen auch. Mir sind die Schwerpunkte der Wahlkampfplanung nicht genau bekannt. Selbstverständlich bringen wir eigene Schwerpunkte ein. Etwa die uralte und nach wie vor richtige Forderung nach Legalisierung von Cannabis zu popularisieren. Ich halte sie keineswegs für eine Randgruppenpolitik. Die Gruppe der Haschisch-Raucher ist dermaßen groß, das ist ein ungeahntes Wählerreservoir. Da glauben wir auch in bürgerliche Schichten vorzudringen, nicht nur Leute aus den Elbvororten, sondern bei Angestellten.

Soll es in der GAL eine Arbeitsteilung geben zwischen einem parlamentarischen Zweig, den die Gruppe um den alten Vorstand ja wesentlich mit abgedeckt hat und zwischen euch Außerparlamentarischen?

Aram: Ich glaube, daß aus unserem Kreis niemand vorhat, in die Bezirksversammlung zu gehen, weil das viel zu arbeitsintensiv ist. Ich würde das machen, wenn man mir garantiert, daß ich nur einmal im Monat hinkommen brauche und dann Hetzreden halten dürfte. Dann würde ich mich wählen lassen. Ansonsten nicht, weil ich nicht bereit bin, meine ganze Arbeitskraft für so ein Projekt einzusetzen.

Kadee: Es ist ja bezeichnend, als wir dem alten Vorstand Arbeitsteilung vorgeschlagen haben, er solle ruhig seine alte Arbeit weitermachen, da haben sie reagiert: Dann dürfen wir wohl die Scheißarbeit machen und ihr habt den Spaß. Der sieht plötzlich seine eigene Tätigkeit als Scheißarbeit. Wenn die ihre bisherige Arbeit so bezeichnen, müssen sie sich selber mal Gedanken darüber machen, ob sie vielleicht was anderes machen wollen. Ansonsten wollen wir die bisherige Arbeit nicht behindern.

Seht ihr eine Chance für eine gedeihliche Zusammenarbeit oder gütliche Einigung nach einiger Zeit?

Kadee: Gütliche Einigung wohl nicht, aber vielleicht friedliche Koexistenz. Ich glaube nicht an eine Einigung. Ich persönlich habe schon oft gesagt, daß ich schon gegen diese Fahrradhäuschen hier in Altona/Ottensen bin und hab mich damit ja auch unbeliebt gemacht.Das hat mehr Puppenstubencharakter, was man da haben will, das ist nicht meine Art Politik zu machen. Über eine Bezirkspolitik, die sowas fordert, kann es schon zu Auseinandersetzungen kommen.

Aram: Das finde ich nun wieder unwahrscheinlich borniert. Kadee will einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen, daß diese Fahrradhäuschen mehr bedeuten (Zwischenruf: Wählerstimmen). Sie sind der Versuch, das erste Mal Flächen, die bislang für Autos und Parkplätze vorbehalten waren, für das Fahrrad zurückzugewinnen und gleichzeitig die Möglichkeit zu geben, das Fahrrad halbwegs sicher aufzubewahren. Das finde ich ganz ausgezeichnete Politik, die ich vielleicht nicht so entwickelt hätte, weil ich einen anderen Schwerpunkt habe. Das nicht zu sehen finde ich borniert. Und ich glaube, es gibt keine Alternative zu einer Einigung mit den bisherigen Trä- nicht zu sehen finde ich borniert. Und ich glaube, es gibt keine Alternative zu einer Einigung mit den bisherigen Trä-gern von GAL-Politik. Daß uns eine Einigung gelingt, da bin ich fest von überzeugt.

Wie lange glaubt ihr, haltet ihr euer aktivistisches Vorgehen durch?

Kadee: Ich denke, die wahre GAL sollte so lange weitermachen, so lange die Leute da sind. Wenn ein Abbröcklungsprozeß stattfindet, daß die Leute austreten oder nur wenige aktiv sind, dann müßte man wieder den Schritt unternehmen auszutreten, weil das gefährlich enden kann. Ich habe keinesfalls vor, eine Eichhörnchenarbeit innerhalb der GAL zu machen — genausowenig wie Eichhörnchenarbeit im Bezirksparlament.

Aram: Ich glaube nicht, daß wir das sehr lange durchhalten. Das halte ich auch in dieser Form nicht für wünschenswert, weil wir eben bislang viel zu wenig einen inhaltlichen Findungsprozeß betreiben konnten und im Grunde genommen ein ganz billiges Opfer für jede Gruppierung darstellen, weil der Grad an Vereinheitlichung dermaßen gering ist. Mit dem Anschein von antibürgerlicher Politik kann man die Leute sehr schnell ansprechen. Ich selbst werde stark dafür kämpfen, daß sich das ändert und es uns gelingt, nicht so sehr über Aktionismus, sondern über inhaltliches Arbeiten Veränderung und Kontinuität reinzubringen.

Kadee: Das muß schon beides gleichberechtigt sein, sowohl das Inhaltliche als auch der Aktionismus. Ich möchte nicht den Aktionismus zugunsten inhaltlicher Auseinandersetzung zurückschrauben. Ich habe die Vorstellung, daß man eine Gruppe von umherschweifenden Rebellen bildet, die wissen, warum sie das eine oder andere machen.

Ich danke euch für das Gespräch.



Foto: AK

Am 1. Mai machten Frauen während der Demonstration auf die sich immer mehr häufenden Fälle von Gewalt gegen Frauen aufmerksam. Sie standen mit Schildern auf Stühlen am Rande der Demonstration, außerdem verteilten sie ein Flugblatt mit dem Teil der in diesem Jahr bekannt gewordenen Fälle von Gewalt und Vergewaltigungen an Frauen in Hamburg.



Aufruf zum „Putz" in Bonn: „Aktion Muttertag" 84

"Aktion Muttertag"

Über die Schwierigkeiten, mit der ASF ins Geschäft zu kommen

Die „Aktion Muttertag" — vor drei Jahren gegen die „Wenderegierung" ins Leben gerufen — kündigt für den kommenden Bundestagswahlkampf an, die Parteien mit den Forderungen der Frauen zu konfrontieren und sie an ihren Taten zu messen. Dieses Versprechen wird jedoch nicht durchgehend eingelöst. Bei der SPD drückt frau gern ein Auge zu.

Die „Aktion Muttertag" ruft auch in diesem Jahr wieder zu einer bundesweiten Aktion in Bonn am Muttertag auf. Unter dem Motto „Nicht Blumen — Rechte fordern wir" ist eine Demonstration mit anschließender Kundgebung und Kulturprogramm geplant.

Bereits in den letzten beiden Jahren hatten die Organisatorinnen der „Aktion Muttertag" zu Großveranstaltungen in Bonn aufgerufen, die sich in erster Linie gegen die „Wenderegierung" richteten. Waren es im ersten Jahr vor allem Frauen aus der DKP und ihr nahestehenden Organisationen (wie z.B. die Demokratische Fraueninitiative — DFI) sowie einzelne Gewerkschaftsfrauen und die Fraueninitiative 6. Oktober, die die „Aktion Muttertag" ins Leben gerufen und organisiert hatten, beteiligten sich in dem darauffolgenden Jahr auch autonome Frauenorganisationen wie z.B. die Frauenhäuser und die § 218-Koordination sowie die Grünen.

Dies war möglich gewesen auf der Grundlage wesentlicher Änderungen in den Forderungen. So wurde auf Drängen und Kritik der § 218-Gruppen nach langen und zähen Debatten die schwammige und reformistische Forderung nach „Erhalt der sozialen Indikation bei § 218" zugunsten der Forderung nach „ersatzloser Streichung des § 218 aus dem Strafgesetz" geändert (s. AK 259, Juni 85).

Bisher nicht gelungen war es den Organisatorinnen der „Aktion Muttertag", die SPD in das Bündnis zu bekommen (bislang hatte der Bundesvorstand der ASF, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, eine Beteiligung an der Aktion abgelehnt). Das sollte nun in diesem Jahr endlich anders werden. Frau war darum allzu schnell bereit, Abstriche von erkämpften Positionen zu machen und den sozialdemokratischen Schwestern weitgehende Zugeständnisse zu präsentieren, was sich aber letztlich nicht auszahlte — die Schwestern von der SPD zeigten sich nämlich undankbar.

„Muttertag" oder „8.März"?

Unterschiedliche Einschätzungen über Inhalt und Bedeutung des „Muttertages" als neuem „Frauenprotesttag" führten auch in diesem Jahr wieder zu kontroversen Diskussionen. Auf dem „Frauenratschlag" im November 1985, auf dem in dem gesamten Bündnis über die weitere Arbeit und die Perspektiven für das Wahlkampfjahr 86 diskutiert wurde, schlugen die Frauen der §218-Koordination vor, sich wieder mehr dem 8. März als eigentlichem Frauenkampftag zuzuwenden, der mittlerweile zu einem langweiligen Traditionstag zu verkommen drohte. Außerdem hielten sie eine inhaltliche Schwerpunktsetzung in der Agitation für notwendig, damit die „Inhalte nicht in einem allgemeinen Forderungskatalog wie im letzten Jahr untergehen" (aus der Stellungnahme der § 218-Gruppen für den Frauenratschlag 85). Diese Schwerpunkte sollten sich an den massivsten Angriffen, die derzeit gegen die Frauen geführt werden, orientieren, wie beispielsweise beim § 218 und der Frauenerwerbslosigkeit.

Die Frauen der § 218-Guppen blieben mit ihrem Vorschlag, sich mehr auf den 8. März zu konzentrieren und am Muttertag kleinere örtliche Aktionen zu organisieren, jedoch in einer traurigen Minderheit. Die Mehrheit der im Bündnis vertretenen Frauen wollte auch in diesem Jahr am Muttertag wieder eine zentrale bundesweite Aktion in Bonn. Die Notwendigkeit einer breiten Aktion, in der es gelingen könnte, noch mehr „neue Frauen" zu gewinnen, wurde beschworen und Mechthild Jansen von der DFI prognostizierte: „Wir (könnten) unsere Kraft vielleicht nutzen und einsetzen, um unsere Aktion spürbar zu verbreitern, um perspektivisch zu einer großen ‚Massenbewegung' zu werden." Sie wies darauf hin, daß die IGM-Frauenkonferenz bereits eine Unterstützung der „Aktion Muttertag" beschlossen hätte — wovon allerdings nie viel zu spüren war — und daß es auch bei der ASF veränderte Beschlüsse gäbe (die ASF tauchte auf dem Ratschlag nach eigener Aussage als „Beobachterin" auf). Dem Internationalen Frauentag bescheinigte Mechthild Jansen zwar, ein „zentrales Datum der Frauenbewegung" zu sein, und es sei „durchaus legitim, auch über einen für alle Frauen gemeinsamen zentralen internationalen Frauentag nachzudenken", doch: „Soweit sind wir m.E. noch lange nicht" war da zu hören. Der eigene wert des Muttertages bestehe darin, die ganze verlogene Frauen- und Mutterideologie umzudrehen (...) und im Blick auf unsere Aufgabenstellung uns als Frauenbewegung weit zu öffnen, neue Frauen, die unzufrieden sind mit dem wie es ist, dazuzugewinnen." Warum dies nicht auch am 8. März möglich sein soll, der ja mittlerweile auch von den Gewerkschaften wieder aufgegriffen wird, blieb unbeantwortet. Fakt ist jedenfalls, daß schon im letzten Jahr die Teilnehmerinnenzahl bei der Aktion in Bonn von 10.000 (im Jahr 84) auf knapp 4.000 gesunken war. Von einer „Massenbewegung" am Muttertag sind wir also weit entfernt.

Einziger Kompromiß auf dem „Ratschlag": angenommen wurde der Vorschlag, sich in diesem Jahr auf Schwerpunkthemen zu konzentrieren, wie „Gewalt gegen Frauen / § 218, Frauenerwerbslosigkeit / Frauenerwerbsarbeit und Frieden und Internationale Solidarität".

Eintrittskarte für die SPD

„Meßt die Parteien an ihren Taten und unseren Forderungen!", schreiben die Frauen in ihrem Aufrufflugblatt zur Muttertagsaktion 86. Wie wenig ernst diese Aussage jedoch von einzelnen Frauen in dem Bündnis gemeint ist, zeigte sich, als die SPD-Frauen an die Tür klopften. Schnell schob frau ihnen den Sessel hin, damit sie auch bequem Platz nehmen könnten; zu schnell war frau bereit, von erkämpften Positionen abzurücken.

Auf der Trägerinnensitzung (Delegiertinnentreffen) Mitte Januar gab frau den Forderungen der ASF für ihren Eintritt in das Bündnis sofort nach: die Forderung nach „ersatzloser Streichung des § 218" sollte aus dem Aufruf gekippt werden. In einem ersten Flugblattentwurf von Mechthild Jansen (DFI) und Jutta Redmann (FI 6.Oktober)) fiel die Forderung nach Streichung des § 218 einfach unter den Tisch. Da hieß es dann nur noch: „Selbstbestimmungsrecht der Frau beim Schwangerschaftsabbruch". Diese zwar richtige Forderung war natürlich ohne einen konkreten Hinweis, was damit gemeint war, viel zu allgemein. Angesichts der Tatsache, daß es den § 218-Gruppen nach langwieriger Überzeugungsarbeit in dem Bündnis gelungen war, die Forderung nach „ersatzloser Streichung des § 218" durchzusetzen, mußte dieses Herummogeln um klare Positionen auf ihren Widerstand stoßen. Sie stellten mit Recht fest, daß die ASF auf keinem der „Ratschläge" den Versuch unternommen hatte, ihre Forderung nach Fristenregelung zur Diskussion zu stellen, und daß überhaupt kein Grund bestand, vom Bündnis erarbeitete Positionen der ASF als Eintrittskarte zu opfern. In einer Stellungnahme forderten sie den Trägerinnenkreis auf, sich nicht zu „Wahlhelferinnen" der SPD machen zu lassen und sich an die Beschlüsse der beiden „Frauenratschläge" zu halten, die die „ersatzlose Streichung des § 218" beschlossen und den § 218 in diesem Jahr zu einem Schwerpunktthema erklärt hatten. Die § 218-Frauen schlugen stattdessen einen Kompromiß vor, in dem die Forderung nach „ersatzloser Streichung des § 218" an erster Stelle und als Mehrheitenmeinung des Bündnises dargestellt und die „Fristenregelung" als eine Minderheitenposition deutlich gemacht werden sollte.

Auf der darauffolgenden Sitzung des Trägerinnenkreises Ende Februar gab es dann eine überwältigende Mehrheit, die in jedem Fall die „ersatzlose Streichung des § 218" in dem Aufruf wissen wollte. Nach zweistündiger Debatte, in der die ASF permanent versuchte, den Frauen aus den § 218-Gruppen „Konsensunfähigkeit" zu unterstellen, mußte sie sich dann letztlich doch geschlagen zeigen. Die Forderung nach „ersatzloser Streichung des § 218" blieb vor der Forderung nach Fristenregelung; eine klare Definition in Mehrheiten- und Minderheitenposition kam jedoch nicht durch.

„Die Kohlregierung muß weg!" — Und die SPD?

„Für mich ist die erste Aufgabenstellung: die ‚Wenderegierung' muß weg! (...) Gleichzeitig sollten wir aber den Finger darauf halten, daß die Wende bereits unter der sozialliberalen Regierung begonnen hat (...)" (Mechthild Jansen auf dem 2. Frauenratschlag 85). Von der ersten „Aufgabenstellung" war im zweiten Entwurf für ein Aufrufflugblatt viel zu merken: in fast jedem Absatz wurde die frauenfeindliche Politik der Regierungsparteien aufgegriffen und kritisiert. Dagegen: ‚Kein Wort' zur frauenfeindlichen Politik unter der SPD!

So kam es auch hier zu scharfen Auseinandersetzungen um Inhalt und Ziel des Aufruftextes zwischen den SPD-Frauen einerseits, mit Unterstützung von Jutta Redmann (FI 6.Oktober), die die ASF „unbedingt dabei haben" wollte und den § 218-Frauen auf der anderen Seite, die logischerweise keine Lust hatten, einen „Wahlaufruf für die SPD" zu unterschreiben.

Auch in den Forderungen für „Frieden und internationale Solidarität" kamen die Kontroversen und z.T. unvereinbaren Standpunkte zwischen sozialdemokratischer und konsequenter linker Politik zum Tragen. Auch hier war frau im Vorwege von den alten noch gerade konsensfähigen Forderungen aus dem letzten Jahr ohne vorherige Diskussion einfach abgerückt und hatte sie auf sozialdemokratisch-feministische Aussagen zurechtfrisiert. Da wurde z.B. lediglich eine „Kürzung" der Rüstungshaushalte gefordert und an anderer Stelle die Forderung nach „Beteiligung von Frauen an Abrüstungsverhandlungen" erhoben. Dagegen fehlten wichtige Forderungen aus dem letzten Jahr wie z.B. „Verzicht auf alle atomaren, chemischen und konventionellen Waffen im Weltraum und auf der Erde."

Weil frau aber auch auf die Frauen aus den § 218-Gruppen wohl nicht ganz verzichten wollte, vielleicht auch deren scharfe Kritik in der Öffentlichkeit fürchtete, war Mechthild Jansen, die in dem Bündnis eindeutig das Zepter in der Hand hält, sehr darum bemüht, auf die Kritik und Änderungsvorschläge der § 218-Koordination einzugehen und solange zwischen ASF und § 218-Frauen zu verhandeln, bis Kompromisse gefunden waren. Dabei kamen im Endeffekt z.T. sehr allgemeine, wenig konkrete Aussagen und Forderungen zustande. Immerhin war es den § 218-Frauen gelungen, die beabsichtigte Schonung der SPD ein bißchen aufzuknacken und eine, wenn auch nicht direkt formulierte aber nicht zu übersehende Wahlaussage für die SPD zu verhindern.

„Nur mitdiskutiert"?

In der Einschätzung der Absichten der ASF hatte frau sich allerdings verkalkuliert.

Nachdem es den SPD-Frauen immerhin gelungen war, den Aufruf in den Aussagen und Forderungen noch stärker als im letzten Jahr auf allgemeine Plattheiten festzulegen, und nachdem sie den „Lohnausgleich" bei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung gekippt hatten, war ihr die ganze Sache dann anscheinend immer noch zu weit links angesiedelt. Offenbar war das Ziel — Wahlkampf für die SPD — nicht ausreichend erreicht.

Nachdem die erste Auflage des Aufrufs noch mit der Unterschrift des ASF-Bundesvorstands erschienen war, zog die ASF plötzlich ihre Unterschrift für jede weitere Auflage zurück. Offizielle Begründung: „Unzureichende Absprache über den Unterstützerinnenkreis und eine nicht mit der ASF abgestimmte Vorabveröffentlichung des Aufrufs" (auf dem neben den Trägerinnen der „Aktion Muttertag" noch weitere Erstunterzeichnerinnen unterschreiben sollten). Die ASF sei außerdem proportional bei den Erstunterzeichnerinnen nicht ausreichend vertreten. Nun behaupten die Organisatorinnen zwar das Gegenteil. Die Vorabveröffentlichung sei mit der stellvertretenden ASF-Vorsitzenden Heidi Streletz abgesprochen worden und die ASF hätte wie alle anderen Organisationen zwei Unterschriften von Erstunterzeichnerinnen vorlegen können.

Daß die „Gründe" der ASF für ihren Ausstieg lediglich vorgeschoben sind, demonstrierte sie nochmals auf der letzten Trägerinnensitzung. Als Mechthild Jansen der ASF anbot, sie bei der zweiten Auflage des Flugblattes besser zu berücksichtigen, lehnte diese immer noch dankend ab. Die ASF sei ja sowieso nie wirklich Mitglied in der „Aktion Muttertag" gewesen, sondern hätte lediglich „nur mitdiskutiert", war die Antwort von Karin Junker (ASF-Bundesvorstand)). Bei soviel Frechheit, sollte frau meinen, wäre es eigentlich an der Zeit, die SPD-Frauen endlich mal an ihren „Taten" zu „messen". Aber auch hier bleibt frau mal wieder ganz brav, wenn's um die Schwestern in der SPD geht. Anstatt das Kind mal beim Namen zu nennen — die ASF sah ihre Positionen im Aufruf nicht genügend durchgesetzt, also zieht sie sich lieber zurück (oder war's vielleicht sogar ein Rückpfiff von ganz oben?) —, anstatt der ASF ihre Taktiererei um die Ohren zu hauen, bietet frau ihr dann noch zu guterletzt einen Redebeitrag auf der Demonstration an.!

Lediglich die § 218-Frauen und die Grünen protestierten entschieden gegen das Verhalten der SPD-Frauen und wandten sich energisch gegen das Redeangebot für die ASF. Die markigen Worte im Aufruf „mischt euch ein in den Wahlkampf, meßt die Parteien an ihren Taten und unseren Forderungen", sind somit mal wieder in Treue zur SPD zur reinen Phrase verkommen. Das Bündnis hat eine gute Chance vertan, in den kommenden Bundestagswahlkampf mit klaren, radikalen politischen Aussagen vom Standpunkt der Frauenbewegung einzugreifen.

Sy. (Hamburg) in Zusammenarbeit mit anderen Genossinnen

Aufruf zur Gegendemonstration

FÜR EIN MENSCHENWÜRDIGES LEBEN!

Am 10. Mai 1986 plant die ‚Bewegung für das Leben e.V.' anläßlich der 10jährigen Reform des § 218 einen Sühnegottesdienst und eine Kundgebung in Hadamar. Mit dem Aufruf ‚Mensch achte den Menschen' setzen sie Abtreibungen heute mit den Massenmorden im Faschismus gleich. Dieser Zusammenhang wird durch den Ort ihrer Aktion zusätzlich dokumentiert. Die psychiatrische Klinik in Hadamar wurde von den Nazis als Vernichtungsanstalt im Rahmen der Euthanasie gebraucht. Opfer dieser Vernichtung waren ‚nicht-arische' Gruppen und sogenanntes ‚unwertes Leben' — nämlich pflegebedürftige Menschen —, die keine Leistung mehr erbringen konnten und nur als Kostenfaktor gesehen wurden.

§218

Die ‚Bewegung für das Leben' ist ein Dachverband von ca. 25 Organisationen, deren Mitglieder sich aus Teilen der reaktionären Ärzteschaft, der katholischen oder evangelischen Christen und Mitgliedern von rechten Gruppierungen zusammensetzen. Gemeinsamer Nenner ist die Gegnerschaft gegen die Abtreibung.

Diese Kreise arbeiten mit bevölkerungspolitischen Argumenten, die einer traditionellen Familienideologie und völkischem Gedankengut entstammen, welches ein behinderten- und ausländerfeindliches Klima verschärft und Frauen unter besonderen moralischen Druck setzt. In ihren Veröffentlichungen nennen sich diese Gruppierungen nicht nur Abtreibungsgegner, sondern auch Lebensschützer und Lebensrechtler. Schützenswert erscheint ihnen lediglich ungeborenes Leben, nicht aber das Leben und die Lebensbedingungen der Frauen und der geborenen Kinder. Außerdem sollen nur bestimmte Frauen Kinder bekommen. In der Praxis sieht es so aus, daß behinderte, ausländische, ledige und sozialrandständige Frauen weniger oder gar nicht gebären sollen und geschädigtes Leben gar nicht erst geboren wird.

Mit ihrer Agitation versuchen sie das politische Klima in der BRD so zu beeinflussen, daß eine Verschärfung des § 218 politisch durchsetzbar wird und Frauen davon abgehalten werden sollen, Schwangerschaften abzubrechen. Diese Gruppierungen sind an allen Versuchen, die Reform des § 218 zu kippen, beteiligt. Auch die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht 1984 zur Abschaffung der Finanzierung der Notlagenindikation auf Krankenschein geht auf das Betreiben dieser Kreise zurück.

Wir wenden uns auf das schärfste gegen jede Diffamierung, die Frauen zu Mörderinnen macht und sie in die faschistische Tradition stellt.

Wir fordern:
- das Selbstbestimmungsrecht der Frauen
- die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch
- die Finanzierung der Schwangerschaftsabbrüche auf Krankenschein
- ausreichend ambulante und schonende Abbruchmöglichkeiten
- kostenlose und unschädliche Verhütungsmittel für Frau und Mann
- die zuständigen Behörden auf, das Pro-Familia-Zentrum in Gießen schnellstens zu genehmigen und die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Außerdem sprechen wir uns gegen alle Angriffe aus, die sich gegen dieses Zentrum richten.

Wir wenden uns auf das schärfste gegen die geplanten Aktionen der ‚Bewegung für das Leben'!

Demonstration und Kundgebung am 10. Mai 1986 um 9.30 und 12.30 Uhr in Hadamar ab Bahnhof

Vorläufige Unterstützerliste:
Bundesvorstand Die Grünen; Bundesweite Koordination der § 218-Gruppen; Bundesweiter Zusammenschluß der Behinderten- und Krüppelinitiativen.

Literaturtips zum Thema Stammheim

In unserer Berichterstattung zum Thema Stammheim in AK 267, 268 und 269 waren wir bemüht, den in Artikeln früherer Jahre vorliegenden Informationsstand in aller Kürze zu aktualisieren. Die Kenntnis dieser Materialien wird im Folgenden vorausgesetzt.

Darüberhinaus wird aber mancher Leser, manche Leserin das Bedürfnis haben, zu unterschiedlichen Fragen in Veröffentlichungen der zurückliegenden Jahre einzusteigen.

Zu einigen Aspekten sollen im Folgenden Hinweise zu früheren das Thema betreffenden Veröffentlichungen zusammengestellt werden.

Wer die angegebenen Quellen heranziehen will, muß sich vermutlich auf eigene Archive besinnen, beziehungsweise ihm/ihr erreichbare KBler/innen um entsprechende Einsichtsmöglichkeiten angehen. Im übrigen ist ein Register aller AK-Veröffentlichungen bis einschließlich des 1.Halbjahrs 77 nach wie vor erhältlich.

In einer z.Zt. in Vorbereitung befindlichen Broschüre zum Thema Stammheim werden wir eine ausführlichere Literaturliste zum Thema vorlegen, die auch Nicht-KB-Veröffentlichungen umfangreicher berücksichtigen soll.

1) Rund um die unmittelbaren Vorfälle der Stammheimer Nacht:
— „Das Wunder von Stammheim'', AK 116;
— „ 'Selbstmord' — 'Endlösung' des Staates'', AK 118;
— „Weitere Selbstmorde in Vorbereitung'', AK 118;
— „Die staatstreue Linke nach Stammheim'', AK 119;
— „Aufruf und Fragenkatalog für einen internationalen Untersuchungsausschuß'', AK 119;
— „Das Wunder von Stammheim geht weiter'', AK 120;
— „Rebmann-Show geplatzt'', AK 121;
— „Stammheim — Schwamm drüber?'', AK 123;
— „Arbeitsmaterial zum Prozeß gegen die 'Wunder von Stammheim'', Mai 79;
(Teile des hier genannten Materials wurden vom KB anläßlich des ge-
drüber?'', AK 123;
— „Arbeitsmaterial zum Prozeß gegen die 'Wunder von Stammheim'', Mai 79;
(Teile des hier genannten Materials wurden vom KB anläßlich des ge-
gen ihn wegen seiner Zweifel an der offiziellen „Selbstmord''-These angestrengten Staatsverleumdungs-Prozesses in einer Broschüre zusammengefaßt. Die Broschüre ist vergriffen.)

2) Zum Staatsapparat, speziell dem Krisenapparat 77 und der Frage der „Veränderung der Demokratie'':
— Zum Stammheim-Prozeß: „Schauprozeß der Bourgeoisie gegen die Revolution'', AK 62, Juni 75
— „Bilanz der Verfolgung'', — eine Übersicht aus dem Jahre 76, enthalten in „Droht ein neuer Faschismus?'', Reents Verlag, Hamburg 1976;
— „Internationaler staatlicher Terrorpakt geschlossen', AK 85, Juli 76;
— Das „ 'Reform'-Programm des Anti-'Terrorismus' '', enthalten in „1956 — 76: 20 Jahre KPD-Verbot . Kampf dem Antikommunismus,'', KB-Broschüre von 1976.
— „Nach Schleyer — 'Führerbunker' in Bonn'', AK 120;
Siehe dazu auch die Dokumentation der „Antifaschistischen Russell-Reihe 5 — nach Schleyer; 'Sonderkommandos' in der BRD — zügiger Ausbau der neuen GeStaPo,'' Reents Verlag, Hamburg 78;
— „Psychologische Kriegführung — Teil der 'Ausbauplanung Innere Sicherheit 1978 — 81'', Fakten zur 'Dialog'-Strategie der Staatsorgane nach 77, AK 127;
— „ 'Innere Sicherheit' — Liberalisierung oder Volksverdummung'' — eine Auseinandersetzung mit der 'Dialog'-Politik des damaligen Innenministers Baum;
— „Liberalismus — Folter: Neue Wege der Terrorismusbekämpfung, AK 221, Juni 82;
— „Strategie des Staates — Stabilität forever?' — Bedingungen und historische Zusammenhänge der Deeskalationsstrategie'', AK 247, Juni 84;
— „Der 'Sicherheitsstaat' und die Logik des Schreckens'', AK 266, Jan. 86.

3) Zur politischen Bewertung der Stammheimer Vorgänge für die Linke, speziell auch die RAF:
— Serie von Karl-Heinz Roth in AK 148, 149 und 151 unter dem Titel „Moral, Gehirnwäsche und Verrat...''
Roth prägte in der Auseinandersetzung mit Dissidenten der RAF und dem Verhalten der staatstreuen Linken das Stichwort 'Entsolidarisierung' und fragte nach der historischen Bedeutung der RAF;
— „Ein bitterer Auftakt: Zu den Hintergründen der Kampagne um Klein und Mahler'', AK 170;
— Unter der Frage „Gewaltfrei in den 3.Weltkrieg?' wird in AK 236, August 83 das Thema 'Gewalt' und die Veränderung der Haltung der Linken dazu seit Ende der 70er Jahreschwerpunktmäßig behandelt.

4) Geschichte der RAF, ältere und neuere Auseinandersetzungen mit der RAF:
— „Wem nützen die Bomben bei Springer?'', Broschüre des KB zur Politik der ersten RAF-Generation im ersten Halbjahr 1972 und zur staatlichen Anti-Terrorismus-Kampagne. (vergriffen)
— „Bilanz der RAF'', AK 20, Juli 72;
— „Nach dem Hungerstreik: Die RAF versucht sich zu erklären'', AK 256, März 85:
— „Eine Front in Europa? — Anmerkungen zum 'Kommando Patsy O'Hara' '', AK 255, Februar 85;
— „Action directe...'', AK 255, Februar 85;
— „Zur politischen Auseinandersetzung mit der Hungerstreikerklärung der RAF — Diskussionsbeitrag Suttgarter Autonomer'', AK 255, Februar 85
Februar 85;
— „Zur politischen Auseinandersetzung mit der Hungerstreikerklärung der RAF — Diskussionsbeitrag Suttgarter Autonomer'', AK 255, Februar 85
— „Grüne und Hungerstreik: Probleme der Gewaltfreiheit'', AK 255, Februar 85;
— „Eine neue Qualität des Terrorismus?'', AK 262, Sept. 85;
— „BND-Skandal: Geheimdienstsumpf parlamentarisch gedeckt'', AK 264, Nov 85;

5) Knast:
— Isolationsfolter und faschistische Knastärzte — Zur Situation politischer Gefangener in der BRD'', AK 44, Mai 74
— „Bundesregierung verweigert Beitritt zur Anti-Folter-Konvention, AK 261, August 85.

6) Nicht-KB-Literatur speziell zur Stammheimer Nacht:
— „Spiegel'', Nr. 11, März 1980 „Die Spur Nr. 6 blieb ein Geheimnis'' — Enthüllungen über die offenen Fragen der Stammheimer Untersuchung;
— 'Stern'', Nr 45, Oktober 1980 „Der Fall Stammheim'', wie im „Spiegel'' eine Auflistung der offenen Fragen.

Dies sind die beiden einzigen **umfangreicheren** Veröffentlichungen in der bürgerlichen Presse zum Thema Stammheimer Nacht im deutschsprachen Raum, sie sind allerdings sehr ertragreich. Mensch sollte sie, soweit erhältlich, in der Diskussion bereithalten.
— Als repräsentativ für große Teile der demokratischen Linken (und zwar der noch eher kritischen Teile) kann der Aufsatz von Peter Schneider „Der Sand an Baaders Schuhen'' in Kursbuch 51 vom März 78 gelten, in dem er eine staatliche wie eine linke Terrorismus-Hysterie gleichermaßen kritisiert.

Kommentar:

Softporno

1976 — ein Jahr vor dem deutschen Herbst in Stammheim — wurde in Marseille einem jungen Mann, der nach Überzeugung seiner Richter einen Sexualmord an einem Kind verübt haben soll, durch die Guillotine der Kopf abgeschlagen. An seiner Schuld gab es erhebliche Zweifel. Aber letztlich ist bis heute nicht geklärt, ob er Opfer eines Justizmordes wurde oder nur der Barbarei, die sich Todesstrafe nennt.

Ein französischer Regisseur hat darüber einen Film gedreht: „Der rote Pullover''. Ein Film, der den Prozeß gegen Ranucci — so hieß der angebliche Sexualmörder — und seine Hinrichtung in Szene setzt nicht nur als Verletzung bestehenden französischen Rechts, sondern eben auch als Justizmord. Ein Film, der nicht mit dem Spruch endet: „Ranucci wurde am 25.7.1976 in Marseille durch die Guillotine hingerichtet''. Er erspart dem Zuschauer nicht den letzten Akt. Ein Film, der auch die höchste politische Instanz Frankreichs nicht unangetastet läßt — den damaligen Präsidenten Giscard d'Estaing — , sondern behauptet, jener Präsident habe aus Rücksicht auf die „kochende Volksseele'' der Hinrichtung zugestimmt, obwohl er selbst an der Schuld des Verurteilten zweifelte, und damit den Mord perfekt gemacht.

Möglicherweise hat der Regisseur mit dem Film einen Kindesmörder rehabilitiert; möglicherweise hat er der Justiz zu Unrecht Justizmord vorgeworfen. Reinhard Hauff meidet mit seinem „Stammheim''-Film solch Risiko. Da werden Prozeßakten nachgefilmt — aufs „Glatteis'' begibt der Mann sich nicht. Und hat dafür auch die Erklärung parat: „Die letzte Wahrheit, wer das nun wie gemacht hat, ... , das bringt den Konflikt auf keine wesentlichere Ebene.'' Der französische Kollege hätte sich im „roten Pullover'' die Hinrichtung besser gespart — und die Kollegen in USA besser daran getan, den Film über „Sacco und Vancetti'' nicht mit der häßlichen Gewißheit zu belasten, daß die beiden auf dem elektrischen Stuhl umgebracht wurden. „Die letzte Wahrheit'', so Hauff, ist „eigentlich die des Konfliktes'' — das muß man doch nicht bis zum Ende zuspitzen.

Was hat die Oktobernacht in Stammheim mit einem (möglichen) Justizmord in Frankreich und einem tatsächlichen in den USA zu tun? Das Stuttgarter Oberlandesgericht konnte die Angeklagten nicht zum Tode verurteilen — diese „Strafe'' gibt es in der Bundesrepublik nicht. Aber: Hat Hauff den Ruf aus den Herbsttagen 1977 verdrängt, man möge die inhaftierten Mitglieder der RAF standrechtlich erschießen, um die Freigabe der Lufthansa-Maschine zu erzwingen. Mit dem „Standrecht'' hatte der deutsche Nazi ja knapp vierzig Jahre früher schon viele Probleme geregelt — und Monate nach Stammheim wird der Ministerpräsident, in dessen Bundesland Stuttgart liegt, wenn auch in anderem Zusammenhang, erklären, daß das, was damals Recht war, heute nicht Unrecht genannt werden dürfe. Im Ergebnis gab es vier tote Gefangene, davon zwei erschossen. Die Wahrheit darüber, wie es zu diesem Ergebnis gekommen ist — ob durch Mord oder Selbstmord — wird gegenwärtig und wahrscheinlich auch in absehbarer Zeit kein Regisseur auf die Leinwand bringen können.

Ein Film, der die Tode in Stammheim darstellte als Verwirklichung der Forderung nach dem Standrecht, wäre vielleicht nicht Nachzeichnung der Wahrheit — aber er würde mehr aussagen über die deutschen Verhätnisse als das Nachspielen aktenkundigen Prozeßgeschehens. Denn der Ruf, vermeintlichen „Übeltätern'' einen „kurzen Prozeß'' zu bereiten, gehört zu diesen Verhältnissen — nicht nur, wenn es um „Terroristen'' geht. Und die „Rübe-ab''-Mentalität ist hierzulande nicht wenig verbreitet. Das Fallbeil wurde 1949 nur abgeschafft, weil es die Nazis gar zu extensiv genutzt hatten. Es ist das Privileg von Filmemachern, nicht darstellen zu müssen, was belegbar und beweisbar ist (die wenigsten Filme sind Dokumentarfilme), sondern das, was wahr sein könnte. Aber wir sind nicht in Frankreich. Dort hatte man die Dreyfuß-Affaire schon hinter sich, als in Deutschland noch über Jahrzehnte das Dogma von der „Unfehlbarkeit'' des Oberlandesgerichtes gepflegt wurde. Hauff mag sich mutig vorkommen, insofern Majestätsbeleidigung begangen zu haben. Aber das „Undenkbare'' zu denken und dann noch gar zu verfilmen — da fehlt dem deutschen Filmemacher doch die Courage.

Herausgekommen ist etwas, was so ähnlich ist wie ein Soft-Porno. Da wird auch immer abgedreht, bevor es zu „unzüchtig'' wird. Das erspart Ärger mit der Zensur und das intellektuelle Publikum findet es schön — weil ein bißchen schon erlaubt ist, aber natürlich nichts übertrieben werden darf.

Bernd Rössner wird systematisch von Außenkontakten abgeschnitten

Ende letzten Jahres hat sich eine Genossin aus München entschlossen, Bernd Rössner, Gefangener aus der RAF, zu schreiben und zu besuchen. Das war in einer Situation, wo Bernd bereits seit einem halben Jahr keinen Besuch mehr bekommen hatte, nachdem sie jeden, der mit Bernd eine Auseinandersetzung hatte, rausgeworfen haben.

Von Anfang an wurde die Diskussion zu den beiden systematisch blockiert. Beschlagnahmungen von allem, was von draußen kam, seien es jetzt Postkarten („rev. Parolen'') oder Briefe wegen „Kampfaufruf verbunden mit Beleidigungen''.

Als die Genossin Besuchsantrag (mit jemand anderem zusammen) stellte, wurde ihr nie eine schriftliche Zusage geschickt. Erst durch mehrere Telefonate mit der gesamten Anstaltshierarchie, Rückfragen und Einschaltung eines Rechtsanwalts, konnte im Dezember der erste Besuch durchgesetzt werden. (...)

(...) und wo sie bevor sie zu Bernd
nate mit der gesamten Anstaltshierarchie, Rückfragen und Einschaltung eines Rechtsanwalts, konnte im Dezember der erste Besuch durchgesetzt werden. (...)

(...) und wo sie bevor sie zu Bernd konnte, noch in ein „Verhörzimmer'' geführt wurde, wo die Knastmannschaft und LKA sich versammelten (dort wurde ihr gesagt, sie dürfe nicht über NATO-Einrichtungen und Bernd nicht über Sicherheitsmaßnahmen innerhalb der JVA reden) (...)

Ein weiterer Brief, in dem die Genossin Bernd geschrieben hatte, wie für sie die Konfrontation mit dem Besuch gelaufen ist und auf sie gewirkt hatte, wurde mit „Kampfaufruf verbunden mit Beleidigungen'' angehalten. (...)

Am 25.2. sollte dann der Besuch laufen. Zu Anfang lief erst die übliche Prozedur und wieder Verhörzimmer. Es fing dann so an, daß ein LKA'ler sagte, sie hätten mit ihr noch was zu besprechen. Er hatte dabei eine Liste vor sich, wo er die Fragen runterlas. Dann hieß es, „ob das Autokennzeichen ... ihres sei'' und „wo sie denn am 31.1. gewesen sei'', ob sie denn ihr Auto verleihen würde oder nur selber fährt''.

Die Besucherin sagte daraufhin, daß sie hier sei, um den Besuch zu machen und das Gefühl hat, daß sie hier verhört wird und was das ganze jetzt sollte. (...)

Nachdem die Frau daraufhin eine Erklärung dafür verlangt hat, in welchem Zusammenhang das ganze steht, bekam sie darauf keine Antwort, sondern wurde weiter mit Fragen konfrontiert: „Das Auto sei am 31.1. nachmittags zwischen Ingolstadt und ? mit 3 Personen gesehen worden''. Die Personen wurden als ein Fahrer mit braunen Haaren und schlampiger Erscheinung, einem schlafenden Beifahrer und auf der Rückbank eine 28-30jährige Frau mit Brille und langen Haaren identifiziert''.

Was sie wissen wollten, wer diese Personen namentlich gewesen seien. Auf eine erneute Intervention, was das Verhör jetzt soll, sagte der LKA'ler, das würde er ihr nicht sagen, aber davon würde abhängen, „ob sie den Besuch bekommt oder nicht''. Die Genossin verließ daraufhin den Knast, wo sie noch sagte, daß sie unter diesen Umständen keinen Besuch machen würde. Nachdem sie wieder in München ankam, hatten wir erfahren, daß um 9 Uhr — also zu einem Zeitpunkt, wo sie wußten, daß die Besucherin schon unterwegs war — 2 Kripobeamte in ihrer Wohnung nach ihr gefragt hätten. Unter der Drohung, die Tür aufbrechen zu lassen, verlangten sie von der Bekannten, die zu dem Zeitpunkt sich in der Wohnung aufhielt, daß sie die Tür öffnete. (...)

Aufgrund der Tatsache, daß sie wußten, daß die Genossin nicht da war, gehen wir davon aus, daß sie sich die Möglichkeit erhofft haben, die Wohnung zu durchsuchen, ohne das jemand davon etwas mitbekommt.

Aufgrund dieser ganzen Sachen sind wir zu folgenden Einschätzungen gekommen:
— daß es offensichtlich ist, daß der Zeitpunkt des Verhörs, kurz vor einem Besuch bei einem Gefangenen also in einer Situation, in der man sich im Knast und ihrer Gewalt befindet, beabsichtigt und kalkuliert war.
— das ganze zielt auf die konkrete Entscheidung für die Konfrontation an

Besuch bei einem Gefangenen also in einer Situation, in der man sich im Knast und ihrer Gewalt befindet, beabsichtigt und kalkuliert war.
— das ganze zielt auf die konkrete Entscheidung für die Konfrontation an
der Stelle mit dem Besuch bei den Gefangenen, wo sie einen vor die Frage stellen wollen, entweder Besuch mit der Bedingung einer Kollaboration oder Versuchsverbot und offene Androhung gegen einen selbst.
(...)

Hinter diesen Vorstößen wird ihre Konstruktion über Gesamt-RAF sichtbar, wovon sie ausgehen:

Am Besuch bei Bernd wollten sie die Besucherin nötigen, dem Staatsschutz Informationen zu geben, zu sich selbst und seinem Zusammenhang, in dem man steckt, d.h. mit solchen Unterstellungen, man würde Illegale mit seinem Auto durch die Gegend kutschieren, soll untergeschoben werden, das man in der „Gesamt-RAF-Strategie'' eingebunden ist und neben den Jobs für die Illegalen hat man die Aufgabe der Gefangenenbetreuung. So wie sie's in ihren „4 Ebenen'', die sie propagieren, festgelegt haben.

Es zielt da auch genau auf unser Verhältnis zu den Gefangenen; solche Einschüchterungen und Verdächtigungen sollen bewirken, daß jeder, der die Auseinandersetzung, den Prozeß mit den gefangenen Genossen und Genossinnen für sich anpackt und will, abgeschreckt wird. Das hat auch den Zweck, Besuche zu verhindern, indem sie alle Genoss/inn/en von draußen mit Besuchsverboten überziehen und jede neue Auseinandersetzung durch solche Terrorisierungen verhindern und blockieren wollen.

Das ist ein klarer Angriff auf die politische Identität von jedem einzelnen, der sich in die gemeinsame Diskussion, in die Konfrontation stellt, konkret an dem Punkt: Gefangene und Widerstand. Es geht da um die Entscheidung für die Politik, wo sie den subjektiven Prozeß von jedem von uns nochmal auf einer neuen Stufe angreifen.
(...)

(Gekürzte Erklärung zu den Vorfällen am 25.2.86)

Die 'Bewältigung' von Stammheim

Thesen der KB-Gruppe Freiburg

Etwas Ungewöhnliches geschah: Ein Bündnis aus KB, Arbeitskreis kritischer Juristen und nach anfänglichen Schwierigkeiten auch der Orts-GRÜNEN rief zu einer Stammheim-Veranstaltung am 24.4.84. Mit über 400 Leuten war der Saal überfüllt. Ebensoviele fanden keinen Platz mehr und mußten nach Hause gehen. Die Veranstaltung soll wiederholt werden.

Aufs Podium geladen waren als Gäste Christiane Ensslin, Thilo Weichert (Grünen MdL Ba.Wü.). Eingeladen war zu Information und Diskussion um Themen wie die „Wunder von Stammheim", die „Sonderhaftbedingungen und Isolationstrakte", das Kontaktsperregesetz, sowie die „'Bewältigung' von Stammheim — damals und heute."

Das Publikum kam fast durchweg nicht aus der bekannten älteren Politszene, sondern setzte sich vorwiegend aus meist sehr jungen Leuten zusammen. Die Fragen konzentrierten sich vornehmlich auf die konkreten Vorgänge der Todesnacht. Das Informationsinteresse des Publikums, von dem ein Großteil die Stammheimer Ereignisse als Kinder erlebten, war sehr groß.

1.

„Nach Stammheim wird die Bundesrepublik nicht mehr dieselbe sein"
Diese Worte von Ulrike Meinhof gelten nicht nur für den BRD-Staat. Der „deutsche Herbst" von 1977 war auch — das ist unsere erste These — ein Umschlagspunkt für die bundesdeutsche Linke und für die linke Staatskritik.

Um diese These zu erläutern, bedarf es eines kleinen Rückblicks auf das politische Klima vor und nach der Stammheimer Todesnacht. Auf eine zunehmend radikale und militante Anti-AKW-Bewegung reagierte der Staat anläßlich der Kalkar-Demonstration im Herbst 77 mit einer bis dahin ungekannten öffentlichen Manifestation staatlicher Allmacht: Teilnehmer der Aktion werden an hunderten von Straßensperren im ganzen Bundesgebiet abgefangen, unter der Bewachung von MPi-bewaffneten Polizisten penibelst immer wieder durchsucht und kommen nur mit großer Verzögerung oder gar nicht zur Demo. Die neue Dimension staatlicher Repression prägt in der Linken den Begriff des Kalkar-Schocks.

Während der Schleyer-Entführung steigert sich der formierte Rechtsstaat zur offenen Mordhetze. Im Krisenstab regt Helmut Schmidt zu „abenteuerlichen Lösungsvorschlägen" an, und es wird über die standrechtliche Liquidierung der Gefangenen diskutiert. Der Publizist Golo Mann fordert am Vorabend der sogenannten Selbstmorde in Stammheim in einer Fernsehsendung die Erschießung von inhaftierten Terroristen als Geiseln.

Doch es geht nicht nur um die Gefangenen — eine beispiellose Sympathisantenhetze gegen alle wird inszeniert, die sich vollständig von revolutionärer Gewalt distanzieren, die kein Gelübde auf den Rechtsstaat ablegen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende in der bremischen Bürgerschaft versteigt sich zu der Forderung, die Gedichte von Erich Fried zu verbrennen. Die organisierte Jagd nach Sympathisanten zeigt Wirkung im linksliberalen und linkssozialistischen Lager. In eilfertiger Distanzierungswut üben sich bis dahin kritische Linke im Abfassen von Abgrenzungserklärungen und in der gei-

zialistischen Lager. In eilfertiger Distanzierungswut üben sich bis dahin kritische Linke im Abfassen von Abgrenzungserklärungen und in der gei-

stigen Isolierung jeder bewaffneten Politik. Als Beispiel sei das einstige „Forum für eine neue Linke", der westberliner „Lange Marsch" genannt, in dem sich Peter Brandt sogar in einen Aufruf hineinsteigert, „mit allen Kräften gemeinsam ... den Terrorismus zu isolieren." Jede Diskussion über revolutionäre Gewalt wird im „deutschen Herbst" 1977 zum Tabuthema Nr. 1 in der BRD und ist es bis heute geblieben.

Die rätselhaften „Selbstmorde" von Stammheim schließlich sind für die linke und liberale Öffentlichkeit kaum Anlaß zu kritischen Fragen. Während Blitzumfragen im Ausland ergaben, daß Millionen Italiener, Franzosen und Niederländer von der staatlichen Ermordung Andreas Baaders, Jan Carl Raspes und Gudrun Ensslins überzeugt waren und renommierte Zeitungen starke Zweifel an der „Selbstmord-These" äußerten, wurde in der BRD vor einer „Legendenbildung" gewarnt. Die liberale Öffentlichkeit reagierte gar nicht, die Linke kaum.

Der „deutsche Herbst" und die Unfähigkeit, mit Stammheim umzugehen, lähmt die westdeutsche Linke. Über eine längere Zeit werden revolutionäre Konzeptionen mehr und mehr fallen gelassen. Der Rückzug ins Private einerseits, der Aufstieg der Grünen andererseits kennzeichnet im folgenden das politische Klima. Dem quälenden Widerspruch zwischen eigenen reformistisch-staatstreuem Selbstverständnis und dem Verdacht eines staatlichen Geiselmordes begegnete man weithin mit kollektiver Verdrängung.

2.

Die Aufarbeitung von Stammheim heute — das ist unsere zweite These — läuft über das Herstellen eines distanzierten und ziemlich unhistorischen Geschichtsbildes: Entwicklung und Politik der RAF werden aus der Geschichte der Linken herausgelöst und als praktisch nur noch gruppendynamisch-psychologisches Phänomen dargestellt. Auf der anderen Seite wird im selben Geschichtsbild der absolute Vernichtungswille des Staates als Exzeß, als „Überreaktion des Rechtsstaates" abgetan.

Wichtiger noch als die beklemmende Farce des Prozesses finden wir das, was vorher und was nachher kam. Die RAF entwickelte sich seinerzeit aus einer breiten außerparlamentarischen Bewegung. Ein Teil dieser Bewegung machte sich auf den „langen Marsch durch die Institutionen" (politisch orientiert an SPD oder DKP), ein anderer Teil bildete die K-Gruppen der 70er Jahre, und einige Strömungen propagierten und praktizierten den bewaffneten Kampf hier und jetzt. Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach quer durch die norddeutsche Bevölkerung ergab 1971, jeder zehnte Befragte würde Angehörigen der Baader-Meinhof-Gruppe Unterschlupf gewähren und sie vor der Polizei verbergen. Der Anschlag etwa auf die Nachrichtenzentrale der US-Bomberflotte im Frankfurter IG-Farben-Haus stieß damals auf massenhafte Sympathie unter fortschrittlichen Menschen. Gegenüber hilflosen verbalen Protesten schien er vielen ein angemessener Schritt, der US-Kriegsmaschinerie gegen Vietnam in den Arm zu fallen. Nur durch die Unterschlagung solcher Tatsachen kann die Konfrontation Staat — RAF losgelöst von der Geschichte der Linken dargestellt werden. Auch im Buch von Stefan Aust findet mensch viel Anekdotisches, seitenweise wörtliche Dialoge (Bild war dabei?) — aber keine Darstellung der Diskussion über bewaffnete Gewalt in der Linken. Das Fazit, das suggeriert wird: die RAF-Politik ist das Ergebnis persönlicher Macken und unmenschlicher Gruppenstrukturen.

Die Politik des Staates — das heißt hier: der Bundesanwaltschaft, der Regierung Schmidt, des Polizeiapparats, fast der gesamten Presse und und und ... wollte damals — Zitat Helmut Schmidt — „bis an die Grenze dessen

gierung Schmidt, des Polizeiapparats, fast der gesamten Presse und und und ... wollte damals — Zitat Helmut Schmidt — „bis an die Grenze dessen

gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist" — und von Fall zu Fall weit darüber hinaus. Im Zuge der Terroristenfahndung wurden Dutzende von Menschen erschossen — bekannte Fälle sind Petra Schelm, Thommy Weisbecker, Georg von Rauch (er stand schon mit erhobenen Händen an der Wand und war nach Waffen durchsucht worden, als die Schüsse fielen), Werner Sauber, Willy Peter Stoll, Elisabeth von Dyck ... — die Reihe ließe sich fortsetzen. Die Fülle der juristischen Ungeheuerlichkeiten — Sondergesetze, Verteidigerausschlüsse, der Versuch etwa, Ulrike Meinhof zwangsweise einer Schädel- und Gehirnuntersuchung zu unterziehen — sind Stefan Aust kaum eine Seite wert. Zusammen mit seiner aufs Psychogramm reduzierten Schilderung der RAF bleibt ein Geschichtsbild, in dem die bundesdeutsche Wirklichkeit dieser Zeit marktgerecht und konsumentenfreundlich zurechtgebogen wurde. Der show-down im 7. Stock von Stammheim würde dieses Bild nur stören.

3.

Damit kommen wir zur dritten und letzten These: Das Urteil im Stammheimer Prozeß wurde nicht im Gerichtssaal gesprochen — es wurde in den Zellen vollstreckt. Anders als für die Macher von Film und Buch ist es für uns nicht vernachlässigbar, wie die Gefangenen zu Tode gekommen sind. Die Frage: Wie geht der Staat mit seinen politischen Gegnern um? Zu was ist er fähig? Was bedeutet das staatliche Gewaltmonopol, das etwa Otto Schily anerkennen will? — diese Fragen sind sehr aktuell für alle, die in der BRD für eine gesellschaftliche Veränderung kämpfen.

Kongreß in Bielefeld 30. Mai - 1. Juni 1986

»kein Staat mit diesem Staat?«

Freiheitsrechte, Repression und staatliche Hilfe in der Demokratie

Ort: Universität

GRÜNE, Jungsozialisten, Jungdemokraten, verschiedene Gruppen des ehemaligen SB-Spektrums und die Humanistische Union rufen zu einem dreitägigen Kongreß nach Bielefeld auf. Organisator ist der ASta der Universität Bielefeld. Geprüft werden soll, wie es gelingen kann, „zu einer konstruktiven Position innerhalb der innerstaatlichen Sicherheitsdiskussion zu gelangen".

Der Kongreß soll einer Bestandsaufnahme unserer Erfahrungen mit dem Staat dienen und darüberhinaus Zielperspektiven der Bürgerrechtsarbeit erörtern und ‚konkrete Utopien' entwickeln. Die Kritik an verschärften gesellschaftspolitischen Entwicklungen bleibe so lange hilflos, heißt es in dem Aufruf, „wie sie bei der bloßen Ablehnung oder dem ‚Lamento' stehenbleibt und keine konstruktiven Gegenkonzepte entwickelt. Ziel dieses Kongresses ist es somit auch, alte und neue Schwachpunkte ‚linker' Staatskritik deutlich zu machen, die es aufzuarbeiten gilt."

Die seit 10 bis 15 Jahren bestehende Zersplitterung der linken oppositionellen Kräfte in der BRD in revolutionäre und reformistische Ansätze, in staatsgegnerische und staatsloyale Tendenzen, in außerparlamentarischen Widerstand und parlamentarischen Lobbyismus, heißt es weiter in einem neben der Einladung verschickten Papier zu den Arbeitsschwerpunkten, habe zu einem politischen Vakuum geführt, das es zu thematisieren und zu füllen gelte.

Damit ist die Aufgabe des Kongresses als Integrations-Vehikel für GRÜN-linkssozialistische Politik klar umrissen. Kein Wunder, daß die SPD nach anfänglichen Zusagen schließlich doch nicht mittun mochte: Die Gewinnung eines eigenen Profils als Oppositionspartei in Sachen innerer „Sicherheitspolitik" ist ihr angesichts der bevorstehenden Wahlen selbstredend wichtiger als die Zubringerrolle für die GRÜNE Konkurrenz.

Die — zugegeben nicht sehr reichlich gesäten — Kräfte der radikalen Linken links der GRÜNEN wurden gar nicht erst in die Vorbereitungen des Kongresses einbezogen, weder als Mitträger, noch als Referent/inn/en. Als Besucher/innen des Kongresses sind sie, wie uns versichert wurde, jedoch nicht nur willkommen, sondern sogar erwünscht. Na bitte, wenn das nicht demokratisch gedacht und damit bereits konstruktiv für ein ganz anderes Staatsverständnis ist!

Die Suche nach den erwünschten konstruktiven Gegenkonzepten zur herrschenden „Sicherheitspolitik" soll in vier Schwerpunktbereichen stattfinden:

1) „Kein Frieden mit dem Staat"
Erörtert werden soll in mehreren AGs, ob angesichts der Militarisierung der Gesellschaft mit oder nur gegen diesen Staat eine Wende eingeleitet werden könne. AGs sind geplant zu: „Konsequente Kriegsdienstverweigerung", „Ziviler Ungehorsam" und „Zivilschutz".

2) „Frauenbewegung und Staat — Kein Staat mit diesem Staat?"
Herausgefunden werden soll, ob sich dieser patriarchalische Staat z.B. durch ein Quotierungsgesetz unterwandern lasse, wie ein feministischer Staatsbegriff aussehen könne, wie Feministinnen sich zum gegenwärtigen Staat verhalten könnten. Es wird die Frage aufgeworfen: 'Ein feministischer Marsch durch die Institutionen?''

Als AGs sind vorgesehen: „Zugangs- und Ausgangsbedingungen von Frauen in diesem Staat", „Sexuelle Gewalt gegen Frauen" (Änderung des Sexualstrafrechts?), „Finanzierung autonomer Frauenhäuser", „Staatliche Einrichtungen zur Gleichstellung der Frau" und „§218, Gen- und Reprotechnologien."

3) „Ausländer als ‚Inländer' in diesem Staat?"
Thema sollen Vorstellungen zur sozia-

tionspartei in Sachen innerer „Sicherheitspolitik" ist ihr angesichts der bevorstehenden Wahlen selbstredend wichtiger als die Zubringerrolle für die

3) „Ausländer als ‚Inländer' in diesem Staat?"
Thema sollen Vorstellungen zur sozia-

len, politischen und ökonomischen Gleichstellung der ausländischen Bevölkerung sein. AGs sind vorgesehen für: „Ausländergesetzgebung", „Partizipation", „ ‚Neofaschismus'/‚Ausländerfeindlichkeit'/‚Rassismus' ", „Asylrecht/-politik/Abschiebung mißliebiger Ausländer/-innen", „Auswirkungen des Ausländerrechts auf die Situation von Migrantinnen, besonders türkischer Frauen."

4) „Innere Sicherheit — wessen Sicherheit?"
Nach den „konstruktiven Positionen in der innerstaatlichen Sicherheitsdiskussion" soll in mehreren AGs geforscht werden, zur „Datenerhebung" (u.a. Verhalten gegenüber der neuen Volkszählung), zu den ‚Sicherheits'-Gesetzen („Gibt es zur glatten Ablehnung überhaupt eine Alternative?"), so zur Frage „Polizei dein Freund und Helfer?" (Fragen nach der Möglichkeit einer „qualitativ andere(n) Polizei"). Desweiteren soll es darüberhinaus eine separate AG zum Überwachungsstaat, sowie schließlich noch eine zu politischen Prozessen, speziell im Anwendungsbereich des § 129a StGB geben.

Das Eröffnungsplenum wird bestritten von: Martin Hirsch, Sibylle Plogstedt, Christian Ströbele und Doris Janshen. Die Diskussionsleitung hat Jürgen Seifert.

Ob aus der Plenumsdiskussion wie aus dem gesamten Kongreß mehr als ein allgemeines Räsonnement über die Rechtsentwicklung der Republik wird, dürfte allerdings weniger von diesem Podium, als vielmehr von der Zusammensetzung der Kongreßteilnehmer/-innen abhängen.

Nähere Informationen und Anmeldungen über die Adresse:
KONGRESSBUERO
„Kein Staat mit diesem Staat?"
c/o ASTA der Uni Bielefeld
Postfach 86 40
4800 Bielefeld 1
Telefon: (0521) 106-39 09

c/o ASTA der Uni Bielefeld
Postfach 86 40
4800 Bielefeld 1
Telefon: (0521) 106-39 09

''Einige unverzichtbare Klarstellungen''

von RA Weidenhammer zum Interview in AK 269

Rechtsanwalt Weidenhammer schrieb uns, bei der Nachkorrektur des Interviews mit ihm im AK 269 seien ihm „noch einige unverzichtbare Klarstellungen aufgefallen." Wir listen sie im Folgenden auf:

1. Wir berichteten unter der Zwischenüberschrift „Was nahm der Außenposten wahr?" von der Übertölpelung des Landtagsausschusses Baden-Württembergs durch die Stuttgarter Staatsanwaltschaft. Es handelt sich aber nicht um **den**, sondern um den **zweiten Landtagsausschuß**.

2. Unter derselben Zwischenüberschrift hieß es, die Stammheimer JVA sei zusätzlich von einer Mauer umgeben. Es handelt sich genauer nicht um eine zusätzliche **Mauer**, sondern um zusätzlichen **Stacheldraht**.

3. Der in diesem Abschnitt erwähnte Beamte **Hälsig**, der als einziger von den drei Außendienstbeamten bisher formell verhört wurde, hat in der Todesnacht nicht überhaupt **keinen Dienst**, sondern keinen Dienst **in der Abteilung III**, d.h. im Sicherheitstrakt, versehen.

4. Unter der Zwischenüberschrift „Wie kamen die Waffen in den 7.Stock"? hatten wir Rechtsanwalt Weidenhammer zitiert: „Beim Betreten des Hochsicherheitstraktes wurde jeder kontrolliert. Es ist mir unvorstellbar, wie jemand an diesen Kontrollen vorbei Waffen oder Waffenteile geschmuggelt haben soll."

Rechtsanwalt Weidenhammer möchte das an einem entscheidenden Punkt genauer beschrieben haben, und zwar: „Beim Betreten des Hochsicherheitstraktes wurde jeder Privatbesucher und Verteidiger kontrolliert. Nicht kontrolliert wurden US-Militärs und Geheimdienste. Es ist mir unvorstellbar, wie jemand sonst an diesen Kontrollen vorbei Waffen oder Waffenteile geschmuggelt haben soll."

5. Der Genauigkeit wegen ebenfalls nachkorrigieren wollen wir die Aussage unter der Zwischenüberschrift „Der Schuß, der Baader tötete", Andreas solle sich auf akrobatische Weise durch einen Genickschuß selbst getötet haben. Genauer und auch von erheblicher Bedeutung für die Bewertung der konkreten Vorgänge ist, daß er sich durch einen „aufgesetzten Nackenschuß" getötet haben soll — während die kriminaltechnischen Untersuchungen andererseits das unabweisbare Ergebnis erbracht haben, daß der tödliche Schuß aus einer Entfernung von ca. 30 cm abgegeben worden sein muß

Wer hat Baader geselbstmordet?

Stammheim:

rb. Bonn, 19. Oktober

Innenminister Maihofer springt aus seinem hellbraunen Ledersessel auf, schlägt die Hände zusammen, ruft erleichtert: „Geschafft!" CDU-Chef Helmut Kohl atmet auf: „Gott sei Dank." Dann drücken sich Bundeskanzler Schmidt, Kohl und Maihofer lange und stumm die Hände.



Tot: G. Ensslin

Hinweise, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nehmen das Bundeskriminalamt in Bonn-Bad Godesberg, Tel. 02221/352041, und jede andere Polizeidienststelle entgegen.

1986 H.P.

Wut und Ohnmacht

Hermann Prigann zu seinen Bildern

Die Auseinandersetzung um das Thema „Stammheim" hat viele Gesichter. Buch, Film, Theater, Zeitungsartikel, politische Veranstaltungen — es gibt viele Arten, sich der Wahrheit zu nähern oder sie zu vertuschen, sich einzumischen oder sich rauszuhalten, Kritik zu fördern oder zu nivellieren.

Auf diesen beiden Seiten bringen wir zwei (aus einer Serie von vier) Graphiken von Herman Prigann. Er ist Westdeutscher und lebt zur Zeit als freier Künstler in Wien. Im folgenden Text erläutert er seine Motivation und seine Art, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

F.

Die Entstehungsgeschichte der Bilder, die ihr auf diesen Seiten seht, fing damit an, daß ich die beginnende Diskussion um den Stammheim-Film mitkriegte, als ich im März in Hamburg war. Ich hab so einen Filmabend in der Kampnagelfabrik miterlebt.

Die Betroffenheit, die sich herstellte, war unterschiedlicher Art. Zum einen merkte ich: Das ganze Thema, das ganze Ereignis, die Erinnerung an die alten Freunde war doch soweit verdrängt durch das Leben, was man sonst lebt, daß — als es wieder wachgerüttelt wurde und das wurde es bei mir durch den Film — ich sehr erschüttert war über die Inhalte der Diskussion. Ich will darauf jetzt nicht weiter eingehen, aber den Schlußsatz einer Frau, mit dem die Diskussionsteilnehmer dann das Haus verließen, werde ich nie vergessen: 'Ja, Widerstand muß sein, aber nur ein bißchen.'

Das hat mir dann sozusagen den Rest gegeben und ich hab mir die Frage gestellt, wie es möglich ist, mit meinem bildnerischen Medium meiner Betroffenheit und dieser Thematik eine Aussage zu verleihen. Mit dieser Frage bin ich dann nach Wien, wo ich zur Zeit lebe, zurückgefahren. Dort war die Problematik eine neue: Dort gab es keine Stammheim-Auseinandersetzung. Hier hatte ich ja noch ständig die Anregung durch die Freunde, durch die ganze Umgebung. Das Thema war virulent. Von daher war man auch sehr angeregt, darüber nachzudenken. In Wien war da nichts mehr, doch in meinem Archiv, was ich seit Jahren mit mir führe, habe ich in jenen Jahren damals aktuell gesammelt: Flugblätter der RAF, Wandzeitungen der Polizei mit den roten Kreuzen, abgehakte — so ein Ding habe ich mal demontiert in einem guten Augenblick — , dann die Zeitungen aus den Tagen, wo 'Stammheim'' und „Mogadishu'' passierte.

Diese Dinge wieder vor mich legend habe ich mich dann gefragt, wie gehe ich vor, das jetzt zu visualisieren. Was ihr hier vor euch seht, ist das Ergebnis dieser Überlegungen. Ich habe bewußt jene alten Zeitungen gewählt und mit dieser Verfremdung gearbeitet. Mein Weg war nicht der, hier etwas zu illustrieren, sondern Faksimile zu verarbeiten. Diese Dinge sind Reststücke jener Ereignisse von damals, auch jene aktuellen Zeitungen, Flugblätter usw.

Mit diesen Dingen so umzugehen, daß ich diese Verfremdung da rein bringe, geht eigentlich davon aus, daß

aktuellen Zeitungen, Flugblätter usw.
Mit diesen Dingen so umzugehen, daß ich diese Verfremdung da rein bringe, geht eigentlich davon aus, daß

ich die Betroffenheit durch diese Vorgänge spürbar, sichtbar machen möchte. Bei dieser Thematik stellt sich bei mir immer wieder eine Mischung aus Wut und Ohnmacht ein, damals wie heute. Ich sehe mich außerstande, auch nur dafür mitzusorgen, daß die Wahrheit ans Licht kommt, was Stammheim angeht. Ich seh mich außerstande zu verhindern, daß Stammheim immer weiter geht. Und dieses sich Außerstande-Fühlen bringt eben dieses Gefühl von Wut und Ohnmacht zustande. Von daher die Aggression in dieser Form der Grafik.

Ich mute das jedem zu, weil ich glaube, daß Kunst eins immer transportieren sollte: Subjektive Gefühle. Ich glaube, nur über das Transportieren solcher subjektiven Gefühle habe ich eine Chance beim Betrachter und bei der Betrachterin ähnliches abzurufen, sie zumindest damit zu konfrontieren und ihre Einstellung, vielleicht auch ihre gefühlsmäßige Einstellung zu dieser Thematik Stammheim und dem Schicksal der Genossen und Genossinnen damals wie heute anzusprechen.

Ich hab keine Illustrationen gewählt: Für mich gibt es nichts zu illustrieren dazu. Ich hab auch nicht versucht, mit Stilmitteln, die vielleicht bekannter sind, Zeichnungen, Radierungen, einer schönen Lithografie zu arbeiten, weil für mich bei diesem Thema und dieser Art der Betroffenheit, die ich dazu habe, nur in Frage kommt, mit diesen rauhen stilistischen Mitteln zu arbeiten. Soweit zu den Bildern, die ihr hier seht.

Vielleicht noch etwas zu meiner Person und zu meinem Werdegang als Künstler, wieso ich mir überhaupt die Frage stelle, zu diesem Thema was zu machen und es in einer solchen Zeitung wie dem AK veröffentliche. Das hängt mit einem anderen Problem zusammen, das ich habe, nämlich daß ich seit vielen Jahren versuche, in meiner Kunst meinem politischen Anspruch gerecht zu werden, also im kulturellen Sinne verändernd mitzuwirken.

Da blende ich jetzt mal zurück in die 60er Jahre. Damals habe ich hier in Hamburg gelebt und in der Hochschule Lerchenfeld studiert und sehr früh eigentlich den normalen Rahmen des dort angebotenen Kunststudiums verlassen. Der erste Schritt war: So wie die Schule ist, gehts nicht weiter. Daraus folgte politische Arbeit im Asta und die Mitarbeit an der Umstrukturierung dieser Hochschule, Öffnung im weitesten Sinne. Der nächste Schritt war dann, Happenings zu machen. Diese Happenings flossen früher oder später in die ganze Anti-Vietnam-Demonstrations-Entwicklung, in die Anti-Springer-Kampagnen ein — d.h. ich habe meine Kunst auf die Straße, in die Bewegung gebracht.

Das ging eine ganze Zeit lang. Als nächstes Resultat aus diesen Schritten kam ich dann aber in Berührung mit Leuten in Hamburg, die auch eine Wut und eine Ohnmacht hatten, nur kein Mittel, das irgendwie umzusetzen, und den Weg der Selbstzerstörung gingen. Ich meine die ganze Szene der Fixer. Ein Stichwort vielleicht für die Hamburger, die das damals bewußt miterlebt haben: Hotel Utopia in Altona. Von hier aus hieß meine nächste Frage, wie kannst du als Künster soziale Probleme angehen, also: Ist Kreativität nur für dich als Subjekt ein Mittel, deine Wut und Ohnmacht an den bestehenden Verhältnissen auszudrücken oder hat die Kreativität, die man selber hat und die man auch lernen konnte umzusetzen, etwas in sich, was im positiven Sinne übertragbar ist. So ist damals die Idee enstanden, die Release-Organisation zu gründen, die einige Jahre dann ja auch — das will ich hier nicht weiter ausführen — gelebt hat, gewirkt hat und vielen Leuten, hoffe ich nach wie vor, geholfen hat, für sich selbst einen Weg zu finden.

Meine Tätigkeit für Release kulminierte dann in einer Anklage seitens Karlsruhe auf Veruntreuung öffentlicher Gelder und Bildung einer anarchistischen Vereinigung. Ich stand vor der Frage: Ausland oder U-Haft. Ich habe halt Ausland gewählt.

Dieses Ganze bringt für mich eine Erfahrung, die mir zeigt, daß man mit künstlerischen Mitteln sehr wohl in politisches, gesellschaftliches Geschehen eingreifen kann, daß also ästhetische Mittel, die man wählt, auch Waffen sein können. Sie können insofern Waffen sein, als man in dem Moment, wo man die genormte Ästhetik bricht, mit u.ä. empfunden wird, daß man dann Unruhe schafft. Das kann jeder bei sich selber erleben. Es gibt den Begriff des Schönen. Es gibt den Begriff des Schön-Findens, des „Das Finde-ich-Gut', „Das-Gefällt-Mir'' usw. Ich sehe aus meiner Lebenserfahrung eben meine Aufgabe darin, mit meinen künstlerischen Mitteln diese Kriterien ständig in Frage zu stellen, weil nur das eigentlich den eigenen Anspruch rechtfertigt, mit seiner Kunst in den gesellschaftspolitischen Raum zu arbeiten. Denn jeder jeden Tag umgegangen wird, was in der Kunst relevant ist, was als schöner ist für den Künstler ja nur definiert durch die ästhetischen Normen, die er zu durchbrechen hat. Das ist seine Aufgabe. Es ist keine revolutionäre Aufgabe. Es ist aber immer die Aufgabe der Revolte. Revolutionär kann das gar nicht sein, denn in dem Moment, wo ich Unruhe mache, wo ich Normen zerschlage oder in Frage stelle, innerhalb der Kunst und damit auch innerhalb des kulturellen gesellschaftlichen Rahmens, regeneriert sich ja das Normative. Das ist der Punkt, wo ich natürlich auch meine Ohnmacht wieder spüre und letztlich auch wieder zur Wut zurückkehre. Damit schließt sich der Kreis. Aus diesem Widerspruch werde ich nie ausbrechen können, solange wir eben in einer Gesellschaft leben wie der, in der wir leben. Den Bogen, den ich hier aufgezeigt habe, möchte ich jetzt wieder schließen zu den beiden Bildern, die ihr vor euch seht. Für mich schlägt sich all das, was ich gesagt habe, in diesen beiden Bildern nieder. Vielleicht werde ich auch verstanden, warum mich gerade dieses Thema dazu gebracht hat, das in dieser Form umzusetzen, warum mich dieses politische Thema einer Vergangenheit auch dazu provoziert hat, diese Stilmittel zu wählen.



Die ''Europäische Union'' — ein Ding der Unmöglichkeit?

Auf der EG-Gipfelkonferenz in Brüssel (März 1985) erklärten die damaligen zehn Regierungschefs die Absicht, bis 1992 einen gemeinsamen EG-Binnenmarkt zu verwirklichen. Und auf einer weiteren Konferenz in Luxemburg (Dez. 1985) wurde beschlossen, das Ziel einer Währungsunion in die Präambel des EWG-Gründungsvertrages aufzunehmen. Für Kanzler Helmut Kohl hatte nämlich im letzten Jahr ,,die Stunde der Wahrheit'' für die EG geschlagen. Die EG trat auf der Stelle, zerstritt sich lange Zeit über Agrar- und Haushaltsfragen, brachte mühselig die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal zum erfolgreichen Abschluß, schleppte sich dahin. 1984 und 1985 begannen dann EG-Institutionen und eigens dafür eingesetzte Kommissionen, an substantiellen EG-Reformen zu arbeiten. Denn es waren die drückenden weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, äußere Faktoren, die vor allem Frankreich und die BRD dazu trieben, verbindliche Maßnahmen zur Erreichung des Ziels einer wirtschaftlichen und politischen Union einzuleiten.



Teil 2: Wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Integration

In zahlreichen Memoranden haben vor allem die großen westeuropäischen Konzerne, ihr nahestehende Wirtschaftsinstitute usw. die Verwirklichung des Binnenmarktes angemahnt. Warum das Ganze? Lassen wir die Konzern-Strategen vom italienischen Konzern Olivetti zu Worte kommen. Dessen Chef de Benedetti beklagt zunächst die ,,provinzielle Einstellung'', die ,,die Industriepolitik der einzelnen Staaten prägt'' und fordert dann — allen westeuropäischen Monopolkapitalisten sicherlich aus dem Herzen gesprochen: ,,Die gesamte Gemeinschaft muß gleich dem amerikanischen und japanischen Beispiel ein geeigneter Inlandsmarkt sein, der eine gesunde Basis für weltweite Operationen bietet'' (1).

Warum bisher alle Pläne scheiterten

Schon die Gründungsväter der EWG hatten in den Römischen Verträgen von 1958 in Artikel 2 festgeschrieben: ,,Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftpolitik der Mitgliedsstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind'' (2).

Die ökonomischen Integrations-,,Sachzwänge'' sollten der Motor für die politische Integra-
der Motor für die politische Integra-
tion der EWG sein, so jedenfalls stellten sich das die damaligen herrschenden Klassen in den EWG-Ländern vor.

Heraus kam dabei immerhin die Zollunion, d.h. der Abbau aller Zölle innerhalb der Gemeinschaft, eine gemeinsame Außenwirtschaftspolitik (seit dem 1.1.1973) und der gemeinsame Agrarmarkt.

Ende der sechziger Jahre kam in der EG die Absicht auf, bis 1980 die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion zu verwirklichen.

Die Integration der EG-Staaten hat sich immer im Spannungsfeld der „Sachzwänge des Weltmarkts" einerseits und der nationalen ökonomischen und politischen Interessen andererseits bewegt. Im ersten Teil (AK 269) stellten wir die historische Entwicklung der EG und die unterschiedlichen nationalen Ausgangspositionen und Interessen der einzelnen EG-Staaten dar. Dem schloß sich die Vorstellung des „Europäischen Währungssystems" an.

In diesem zweiten Teil wird der Stand der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Integration in der EG dargestellt. Im Teil 3 (AK 271) kommen die chronischen Probleme der EG (Agrar- und Haushaltspolitik) zur Sprache und im abschließenden Teil 4 (AK 272) Fragen der politischen Integration.

Nicht behandelt wird die neokoloniale EG-Politik, weil es an dieser Stelle auf die Problematik der inneren Entwicklung der EG ankommt; nur am Rande werden militärpolitische Fragen gestreift, da dieser Komplex an anderer Stelle schon recht ausführlich behandelt worden ist.

Aus diesen Plänen wurde bekanntlich nichts. Die weltweiten Überakkumulationskrisen 1974/75 und 1980/83, der Zerfall des festen Wechselkurssystems, die schärfer werdenden Konkurrenzkämpfe, die Ölpreissteigerungen, die die Leistungsbilanzen der Industrieländer in unterschiedlichem Ausmaß durcheinander brachten — kurz: die deutlich zutage getretenen ,,Sachzwänge des Weltmarktes'' in den Krisen trieben die EG auseinander. Die nationalen binnen- und außenwirtschaftlichen Interessen traten in den Vordergrund. Da wurden in einigen Ländern (z.B. Frankreich) hohe Importhürden gegenüber Drittländern errichtet, Kapitalverkehrskontrollen eingeführt, staatliche Konjunkturprogramme aufgelegt, während die BRD — einmal mehr — die Krisen durch eine Exportoffensive relativ gut überstand. Die materielle Grundlage dieser wirtschaftlichen Divergenzen liegt in der ungleichmäßigen Entwicklungen in den jeweiligen EG-Ländern. Diese Disparitäten zeigen sich u.a.in der unterschiedlichen Produktivitätsentwicklung, den Lohnniveaus, den Wachstumsraten, den Inflationsraten, den Wirtschaftsstrukturen und den Zahlungsbilanzen in den Ländern. Und im Kern leiten sich aus der kapitalistischen ungleichmäßigen Entwicklung die unterschiedlichen nationalstaatlichen Politiken und Interessen ab.

Außerdem befindet sich die EG-Wirtschaftspolitik in dem Dilemma der Doppelfunktion der jeweiligen Staaten; zum einen hat der Staat die jeweils optimalen nationalen Verwertungsbedingungen des Kapitals zu gestalten, gleichzeitig muß er aber Rücksicht nehmen auf die sozialen Konflikte und auf die innerimperialistischen Widersprüche.

Von daher ist es nicht verwunder-

Von daher ist es nicht verwunderlich, daß es im institutionellen Rahmen der EG zu keiner gemeinsamen Wirtschaftspolitik gekommen ist.

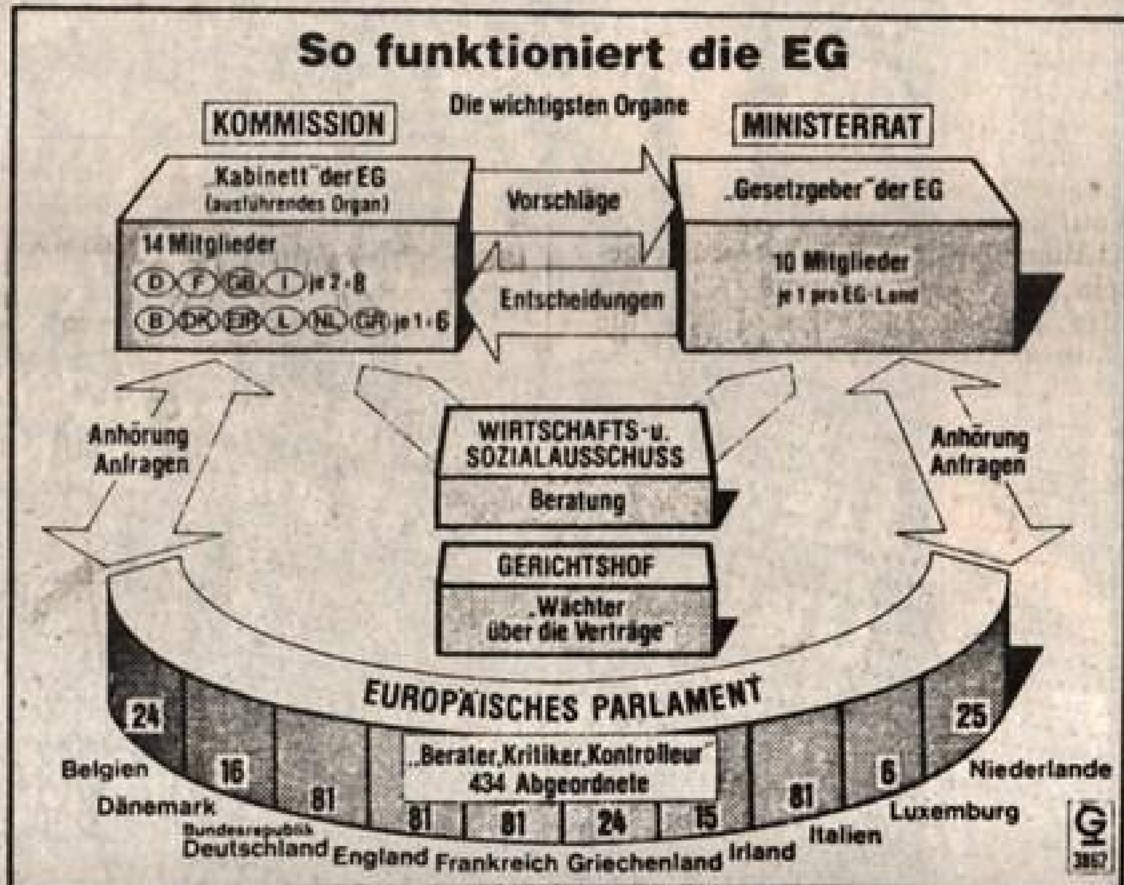
Die neuen „Herausforderungen"

Was der EG jedoch nicht gelang, das besorgten die Wirtschaftskrisen seit 1974/75. Denn etwa ab Mitte der 70er Jahre, deutlich zutage tretend dann Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre, gingen alle kapitalistischen Industriestaaten zur Austerity-Politik über. Dieser Wechsel vollzog sich ungleichmäßig und in den jeweiligen Ländern mehr (USA, Großbritannien) oder weniger (BRD) rigoros. Die Austerity-Politik war die Antwort auf die Überakkumulationskrisen des Kapitals. Sie besteht aus folgenden Elementen: im Vordergrund steht die Philosophie, den Kapitalisten durch eine breite Kostenentlastung unter die Arme zu greifen; dazu gehören u.a. eine Senkung der Löhne, strukturpolitische Maßnahmen zur Anhebung der Produktivität und Arbeitsintensität, großzügige steuerliche Entlastung.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ist eine restriktive Ausgabenpolitik, ein ,,Zurücknehmen'' des Staates aus dem privatwirtschaftlichen Sektor. Dies kommt in den Sparhaushalten und insbesondere im Sozialabbau voll zum Tragen. Und die monetaristische Seite dieser Politik besteht darin, die Inflationsraten drastisch zu senken. Außerdem hat die Austerity-Politik dafür gesorgt, daß der Kapitalismus wieder zu seinen ,,normalen'' Verhältnissen zurückgekehrt ist: die industriellen Reservearmeen sind in allen Ländern beträchtlich angewachsen, ein nennenswerter Abbau ist auch gar nicht (wg. Lohnsenkungen) gewünscht.

Es kann inzwischen konstatiert werden, daß alle kapitalistischen/imperialistischen Länder zu dieser Politik übergegangen sind (3).

Insofern haben die zyklischen Krisen des Kapitalismus in den letzten zwölf Jahren zu einer weitgehenden Konvergenz der Wirtschaftspolitiken, aber auch der Konjunkturverläufe geführt. Andererseits jedoch — und das ist die Kehrseite der Austerity-Politik — sind damit auch die Diskrepanzen, die ungleichmäßigen Entwicklungen in den kapitalistischen Staaten, weiter forciert worden. Die ohnehin schon konkurrenzfähigen Kapitale und Staaten (wie die BRD) haben ihre Weltmarktpositionen und ihre Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der EG festigen bzw. sogar noch ausbauen können, während etwa Großbritannien eher Gegenteiliges widerfahren ist.



Staatsanteil an der Wirtschaft (1958 und 1981)

	Einnahmen des Staates[1]) in v. H. des BIP[2])		Ausgaben des Staates in v. H. des BIP[2])	
	1958	1981	1958	1981
Belgien	25,7	45,7	27,9	58,2
Dänemark	27,7	52,2	26,3	62,0
BR Deutschland	35,9	43,8	34,3	47,8
Griechenland	19,4	29,3	22,0	29,7
Frankreich	35,8	45,9	34,9	47,8
Irland	25,5	43,2	27,3	57,5
Italien	28,3	40,4	29,7	49,4
Luxemburg	32,6	58,1	33,5	61,1
Niederlande	33,0	55,7	34,7	59,7
Großbritannien	32,2	42,9	31,7	45,1
EG	32,9	44,4	32,5	48,8

[1]) Steuern, Sozialbeiträge und sonstiges. [2]) Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Handelsblatt v. 25.3.1982, S. 22

Im Verlaufe der Krise 1980/83 sahen sich die EG-Mitgliedsstaaten im wesentlichen durch zwei Faktoren herausgefordert: zum einen kamen auf die Länder in unterschiedlichem Ausmaß die Probleme ihrer veralteten, nicht mehr wettbewerbsfähigen Industriesektoren zu. Vor allem die westeuropäischen Stahl- und Werftenindustrien standen vor einer größeren ,,Reinigungskrise''. Zum zweiten befindet sich die gesamte kapitalistische Produktion in einer technologischen Umbruchphase: die ,,Neuen Technologien'' (Mikroelektronik, Biotechnologien und neue Werkstoffe) dienen einerseits dazu, die Produktionskosten zu senken, andererseits ergeben sich daraus auch neue, weltweite Absatzmärkte. Mit dem understatement-Slogan von der ,,Eurosklerose'' wurde der Sachverhalt umschrieben, daß die westeuropäischen Länder gegenüber ihren Hauptkonkurrenten Japan und den USA ins Hintertreffen geraten waren. (4) Insgesamt trat im Verlaufe der zyklischen Krise 1980/83 die Schärfe des internationalen Konkurrenzkampfes deutlich zutage — und diese ,,Herausforderungen'' waren es im wesentlichen, die die EG-Länder zu forcierten Integrationsanstrengungen zwangen.

Bei der ,,Reinigungskrise'' insbesondere der westeuropäischen Stahl- und Werftenindustrien, aber auch der Automobilindustrien waren zwei Momente, bezogen auf die EG, wichtig. Die EG-Länder befanden sich vor allem mit den USA mehrfach in einem regelrechten ,,Stahlkrieg''. Der überbewertete Dollar und die weitgehend unrentable amerikanische Stahlindustrie hatte sich massiven EG-Stahlexporten zu erwehren, in deren Verlauf die USA Importquoten gegenüber den EG-Exporteuren durchsetzten. Gegenüber den USA traten die EG-Länder dank ihrer gemeinsamen Außenhandelspolitik relativ einheitlich und geschlossen auf (5).

Im EG-Rahmen jedoch flogen die Fetzen; die Massenstahlproduktion stieß an ihre Überproduktionsgrenzen, außerdem sorgten einige ,,Schwellenländer'' (Südkorea, Brasilien) dafür, daß ihre Massenstahlprodukte billiger waren. Dies führte bei den Stahlproduzenten in der EG zu einem massiven ,,Abspecken'' ihrer Industrien. Aufgrund der Furcht vor sozialen Kämpfen der von Massenentlassungen betroffenen Arbeiter jedoch vollzog sich das ,,Abspecken'' ungleichmäßig. In den meisten EG-Ländern wurde der kapitalistische ,,Ausleseprozeß'' durch staatliche Subventionen verzögert und teilweise abgemildert, nur in Großbritannien und schließlich auch in Frankreich (1985) wurde der Gesundschrumpfungsprozeß der nicht mehr konkurrenzfähigen Stahlkonzerne rigoroser unter Inkaufnahme größerer Streiks und Abwehrkämpfe der Arbeiter durchgezogen.

Bei alledem hatte die westdeutsche Stahlindustrie Konkurrenzvorteile; sie stellte sich größtenteils schon rechtzeitig auf die strukturellen Veränderungen ein, spezialisierte ihre Produktion (Spezialstähle, besondere Legierungen usw.) und modernisierte ihre Produktionsanlagen. Die westdeutschen Stahlkonzerne sprachen sich im EG-Rahmen daher auch für einen drastischen Subventionsabbau aus, da sie ohnehin einen Konkurrenzvorteil besaßen — stießen damit aber auf Ablehnung (6). Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich die beteiligten EG-Staaten intern auf ein Stahlabkommen, daß auf einem bestimmten Produktionsquotensystem beruht.

Insgesamt brachen anhand des Stahlkonflikts die unterschiedlichen nationalen Interessenlagen voll auf. Die BRD und Großbritannien wandten sich gegen jegliche protektionistische Maßnahmen gegenüber Drittländern — es sei denn, als Antwort auf die von den USA angedrohten Schutzmaßnahmen ihrer Industrie.

Vor allem Frankreich wollte EG-protektionistische Maßnahmen gegen Stahlimporte aus Drittländern durchsetzen, scheiterte aber innerhalb der EG (7).

EG (7).

Exkurs: „Technologische Herausforderungen", Antworten der EG und westeuropäische Monopolbildungen

Anhand des Beispiels der krisenbedingten ,,Gesundsch rumpfung'' der westeuropäischen Stahlindustrien ist soeben dargestellt worden, wie im EG-Rahmen diese strukturellen Probleme bewältigt worden sind. Ähnliches gilt im übrigen für die Werftindustrien — und in Ansätzen steht in den nächsten Jahren eine scharfe Auseinandersetzung im Kampf ums Überleben der Automobilindustrien an, Vorläufer hat es bereits in Großbritannien und Frankreich gegeben.

Doch es sind nicht so sehr die ,,traditionellen'' Industrien, die die Gemüter erregen, sondern die sogenannten Zukunftsindustrien in den genannten Bereichen Mikroelektronik, Biotechnologien und neue Werkstoffe (Substitution durch Keramik).

In der Tat sind alle EG-Länder hinsichtlich der Spitzentechnologien gegenüber ihren schärfsten Konkurrenten aus den USA und Japan etwas ins Hintertreffen geraten (4). Vor allem die Elektro-Konzerne in der EG sind daher auf den Plan getreten und fordern vehement eine engere industrielle Zusammenarbeit im EG-Rahmen, die Realisierung des gemeinsamen Binnenmarktes als Plattform für die Expansion des weltweiten Kampfes um Absatzmärkte und mehr staatliche Unterstützung. Wisse Dekker, Präsident des niederländischen Philips-Konzerns, sprach sich für eine EG-industrielle Kooperation aus, um in der Welt bestehen zu können. Er forderte mehr

Imperialismus

Mitspracherechte der Industrie in der EG. Die Begründungen lauten: die nationalen Binnenmärkte, ja selbst der Markt EG sei für die Dispositionen der Konzerne zu klein, die EG wäre allenfalls ein Sprungbrett zur Expansion auf den Weltmärkten; innerhalb der EG müßten einheitliche Industrienormen geschaffen werden, die eine Kooperation erleichterten — und schließlich wäre es wichtig, die national gestreuten Mittel lieber rationell auf EG-Ebene zu konzentrieren (8).

Die Erfolge auf staatlich-institutioneller Ebene sind bisher eher bescheiden ausgefallen. Zwar setzten sich die zwölf führenden westeuropäischen Konzerne, die sich seit 1982 regelmäßig beraten, bei der EG durch und erhielten das „ESPRIT"-Programm. Allerdings sind die Mittel dafür bescheiden, denn in den nächsten fünf Jahren kassieren die Großkonzerne 1,5 Mrd. DM. Im Rahmen des ESPRIT-Programms soll Forschung in den Bereichen Mikroelektronik, Informationsverarbeitung, soft-ware, Büro-Automaten und computerintegrierte Fertigung betrieben werden, sofern für diese Forschung mehr als fünf Jahre bis zur industriellen Serienproduktion benötigt werden.

Insgesamt, für die Jahre 1984 bis 1987, will die EG aus der Gemeinschaftskasse 8 Mrd. DM für industrielle Forschung und Technologie ausgeben. Das sind auf EG-Ebene nur bescheidene 3,5% der von den Mitgliedstaaten insgesamt aufgewendeten staatlichen Mittel für Forschung und Technologie. Auch an diesem Punkt zeigt sich also die klare Dominanz der *nationalstaatlichen* Prioritätensetzung gegenüber den ‚Gemeinschaftsaufgaben'.

Die Herausbildung westeuropäischer Industriemonopole oder Trusts stellt sich als ein sehr widersprüchlicher Prozeß dar. Abgesehen davon, daß die jeweiligen Gesellschaftsrechte und Normengesetze, Kartellrecht usw. der Mitgliedstaaten industrielle Kooperationen und Zentralisationen des Kapitals nicht gerade beflügeln (9), hat es in dieser Hinsicht zwar Fortschritte, aber auch viele Pleiten gegeben. Die Industriekooperationen der Konzerne Fiat-Citroen (Auto), Hoesch-Hoogovens (Stahl), VWF-Fokker (Flugzeuge), Dunlop-Pirelli (Autoreifen) oder Philips-Siemens-CII (Elektronik) sind allesamt wieder aus Gründen der Konkurrenz auseinandergefallen (10).

Auf der anderen Seite hat es gerade in letzter Zeit angesichts der „technologischen Herausforderungen" durch amerikanische und japanische Konzerne eine gewisse Zunahme industrieller Zusammenarbeit westeuropäischer Konzerne gegeben:

— Im Rahmen des ‚ESPRIT'-Programms arbeiten zwölf führende Konzerne Westeuropas zusammen, darunter u.a. Siemens und Nixdorf (BRD), Philips (Niederlande), CII (Frankreich), Thomson (Frankreich), Olivetti (Italien) und STC (Großbritannien).

— Auf dem Gebiet der Mikrochips
CII (Frankreich), Thomson (Frankreich), Olivetti (Italien) und STC (Großbritannien).

— Auf dem Gebiet der Mikrochips haben Olivetti und der US-Konzern AT&T einen Zehnjahresvertrag für industrielle Kooperation abgeschlossen. Olivetti kooperiert wiederum eng mit dem französischen Konzern CIT-Alcatel.

— An CIT-Alcatel ist wiederum der Philips-Konzern beteiligt, der — wie Olivetti — mit AT&T kooperiert. Außerdem gibt es Kooperations-, Forschungs- und Lizenzverträge von Philips mit Control Data (USA), Du Pont (USA) und Sony (Japan).

— Im Bereich der neuen Mikrochip-Generation arbeitet Philips wiederum eng mit Siemens zusammen. Siemens wiederum kooperiert mit den japanischen Firmen Fujitsu und Toshiba, während der britische Konzern STC mit dem US-Trust ITT zusammenarbeitet.

— Im Bereich der neuen Computer kooperieren Siemens, STC undBull (Frankreich).

— Im Bereich der Unterhaltungselektronik sind zwei Konzerne in der EG inzwischen marktführend: Philips, der Grundig kaufte und Thomson, der Telefunken schluckte.

— im Bereich der neuen Digital-Telefon- und Kommunikationssysteme arbeiten im Bereich der Forschung die italienische Italtel-Gruppe, CIT-Alcatel, Siemens und die Plessey-Company (Großbritannien) zusammen (11).

Insgesamt zeigt diese (keineswegs vollständige) Übersicht über laufende industrielle Kooperationen, daß sie im Prinzip dann zustande kommen, wenn dies den jeweiligen Konzerninteressen vorteilhaft erscheint; zumeist wird vor allem auf den Gebieten Forschung und Entwicklung zusammengearbeitet, um in diesem Bereich die Kapitale zu konzentrieren und Kosten zu sparen. Bemerkenswert ist auch die „Überseeische" Zusammenarbeit westeuropäischer Kapitale mit den technologisch führenden japanischen und amerikanischen Unternehmen.

Daran läßt sich exemplarisch zeigen, daß die Dialektik von Konkurrenz und Zentralisation des Kapitals sehr schnell vom „europäischen Geist" Abschied nimmt, wenn es westeuropäischen Konzernen vorteilhafter erscheint, aus Gründen der Profitabilität mit japanischen und/oder US-Konzernen zusammenzuarbeiten.

Die EG hat dabei einen geringen Stellenwert. Sie beschränkt sich vor allem auf die Grundlagenforschung (ESPRIT). Alle anderen bestehenden Programme der industriellen Zusammenarbeit laufen ohne EG-Rahmen ab, sei es EUREKA, das Luft- und Raumfahrtprojekt ESA, das JET-Kernfusionsprogramm, der Airbus oder die militärische Zusammenarbeit (Tornado usw.).

Die EG-Binnenmarkt-Diskussion

Um im weltweiten Konkurrenzkampf bestehen zu können, fordert der westeuropäische Kapitalistenverband UNICE seit langem die Verwirklichung eines gemeinsamen Binnemarktes in der EG, denn nur, wenn die nationalstaatlichen Schranken fallen, kann das Kapital seine Expansionspläne voll entfalten. Auch der BRD-Imperialismus verfolgt dieses Ziel. Voraussetzung sei eine Konvergenz der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten, um die Harmonisierung des Binnemarktes zu realisieren, was Formen der ohnehin betriebenen selektiven industriellen Zusammenarbeit innerhalb oder außerhalb des EG-Rahmens natürlich nicht ausschließe.

Differenzen tauchen vor allem zwischen Frankreich und der BRD in zwei Bereichen auf: Frankreich strebt den Binnenmarkt bei stärkerem Protektionismus gegenüber Drittländern an und möchte nach seinem „Planification"-Konzept eine stärkere staatliche Einflußnahme, während die BRD dies als „dirigistisch" ablehnt. Außerdem sieht Frankreich Fortschritte auf dem Wege der Realisierung des EG-Binnenmarktes eher über eine gemeinsame Währungspolitik (12).

Im letzten Jahr bestimmten die Binnenmarkt-Debatten in der EG die EG-Gipfeltreffen. Auf dem letzten Treffen der Regierungschefs in Luxemburg (Dez. 1985) konnte folgende Einigung erzielt werden:

1. Im alten EWG-Vertrag wurde die politische Absicht formuliert, bis Ende 1992 den Binnenmarkt „schrittweise zu verwirklichen". Der Binnenmarkt umfasse einen Raum, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital (...) gewährleistet ist" (13).

2. Zu diesem Zweck wurden einige EWG-Artikel aus den Römischen Verträgen geändert; im Prinzip geht es dabei um die Ersetzung des Einstimmig-

2. Zu diesem Zweck wurden einige EWG-Artikel aus den Römischen Verträgen geändert; im Prinzip geht es dabei um die Ersetzung des Einstimmig-

keitsprinzips in den EG-Ministerräten durch „qualifizierte Mehrheiten". Die Intentionen dieser Regelung liegen auf der Hand: insgesamt soll das faktische Veto-Recht in der EG beschnitten werden, um damit Möglichkeiten zu haben, in unterschiedlichem Tempo die Realisierung des Binnemarktes anzugehen. Die „Neinsager" in der EG kommen so unter Zugzwang, denn vor allem die BRD spricht offen von einer Politik der „Sogwirkung": die in bestimmten Bereichen vorpreschenden Staaten — und das werden in der Regel die stärkeren EG-Staaten sein — schaffen vollendete Tatsachen und setzen damit die „Neinsager" unter entsprechenden Druck.

Das System der „qualifizierten Mehrheiten" gilt allerdings nur für Bereiche, die nicht an die Substanz der nationalen Souveränität gehen, etwa in den Bereichen der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen, Ärzten, Selbständigen usw., die Vorschriften über den Eisenbahn-, Luft-, Straßen- und Seeverkehr, die Koordinierung der Devisenpolitik. Das Prinzip der Einstimmigkeit wird also nach wie vor beibehalten, wenn es ans Eingemachte geht: dazu zählen insbesondere das gesamte Steuerrecht und Steuersystem, die Liberalisierung des Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs und die EG-weite öffentliche Auftragsvergabe, die es beispielsweise dem Siemens-Konzern erlauben würde, in Griechenland ein Telefon- und Kommunikationssystem zu errichten. Eine weitere wichtige Frage ist die der technischen Normen. Denn trotz Abschaffung der Zölle bestehen in der EG nichttarifäre Handelsbeschränkungen. Vor allem die BRD, mit ihren über 20.000 DIN-Normen in ihrer deutschen Perfektion unnachahmlich, weist Importe aus anderen EG-Ländern mit der Begründung zurück, sie würden technischen Normen, Reinheitsgeboten oder Hygienevorschriften nicht entsprechen. Und die BRD ist bestrebt, ihre Normen zur Richtschnur in der EG zu machen, was den Kapitalisten nur nützt — zum Nachteil ihrer Konkurrenten.

Zwar wurden in Luxemburg die Römischen Verträge dahingehend geändert, daß nun auch der Bereich Forschung und Technologie als gemeinsames Aufgabenfeld der EG definiert wird, aber die vertragliche Festschreibung, die einzelstaatlichen öffentlichen Beschaffungsprogramme zu öffnen, gemeinsame Normen festzulegen und der EG-Zusammenarbeit entgegenstehende rechtliche und steuerliche Hindernisse zu beseitigen, unterliegen nach wie vor dem Prinzip der Einstimmigkeit (13).

Der Realisierung des Binnenmarktes stehen also angesichts der großen Brocken, die beiseite geschafft werden müßten (die EG-Kommission hat ein Paket von über 300 Gesetzesänderungen zur Verwirklichung des Binnemarktes geschnürt), große Hindernisse entgegen.





Dies soll an der Frage der Harmonisierung der Mehrwertsteuern näher erläutert werden. Solange die Mehrwert- und Verbrauchssteuern nicht harmonisiert sind (zum Vergleich: in den USA-Staaten sind die steuerlichen Unterschiede auf ein Niveau von ca. 2,5% beschränkt), können die Kontrollen über den Personen- und Warenverkehr in der EG nicht aufgehoben werden. Und die Unterschiede in der EG sind beträchtlich:

— es gibt EG-Länder mit „schlechter Steuermoral", die ihre Einkommens-, Vermögens- und Kapitalsteuern nicht einmal systematisch erfaßt haben und daher relativ hohe Verbrauchs- und Mehrwertsteuern erheben. Eine Harmonisierung dieser Verbrauchssteuern in jedem einzelnen EG-Land setzt daher eine Nivellierung dieser Steuern im EG-Rahmen voraus.

— Die Mehrwertsteuersätze schwanken beträchtlich; einige Länder erheben auch noch Luxussteuern auf Juwelen und PKWs, andere Länder erheben überhaupt keine Mehrwertsteuer auf Bücher, Zeitschriften, Medikamente und Nahrungsmittel.

— Für die BRD würde eine Harmonisierung der Mehrwert- und Verbrauchssteuern u.a. bedeuten, die Kaffeesteuern abzuschaffen (staatliche Mindereinnahmen: 1,5 Mrd. DM), andererseits die Weinsteuer einzuführen. Per Saldo würde die BRD Spielräume für eine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuern besitzen, andererseits aber um eine Anhebung des bisherigen Mehrwertsteuersatzes von 14% nicht herumkommen (14).

Die EG sind nicht die USA

Eine ganze Reihe von innerimperialistischen/innerkapitalistischen Widersprüchen zwischen den EG-Staaten lassen mehr als nur Zweifel aufkommen, wenn es um die Realisierung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes in der EG geht.

Als materielles Hindernis erweist sich die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen/imperialistischen Staaten. Einen Binnenmarkt, von dem alle Staaten gleichermaßen profitieren, wird es nicht geben. Daran ändert auch nichts die erreichte Konvergenz der Wirtschaftspolitiken (Austerity-Politik) und der Konjunkturverläufe in den EG-Mitgliedstaaten. Grundlegende Indikatoren wie die Produktivitätsraten, die Arbeitsintensität, die Lohnniveaus, die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt usw. können nicht beseitigt werden. Wer dabei am meisten profitieren wird, sagte Kanzler Kohl sehr offen in einem Interview: „... unsere Volkswirtschaft wird mit weitem Abstand der größte Nutznießer des großen europäischen Marktes sein. Wir werden ab 1986, nach dem Beitritt von Spanien und Portugal, rund 60% unserer Industriegüter in die EG exportieren. Im europäischen Binnenmarkt wird sich das noch weiter nach oben bewegen, weil wir — ohne andere zu unterschätzen — vor allem neben den großen Firmen einen besonders starken und dynamischen Mittelstand haben (...) Ein weiteres Plus: Wir haben einen ungewöhnlich hohen Ausbildungsstandard (...)" (14). Der BRD-Imperialismus mit seiner auf Export geradezu getrimmten Industrie(struktur), wird also im Falle einer weitergehenden Harmonisierung des EG-Binnenmarktes seine ökonomische Hegemonialstellung in Westeuropa noch ausbauen, seine Waren- und Kapitalströme werden die anderen EG-Länder durchdringen. Nutznießer des gemeinsamen Binnenmarktes wären natürlich auch andere konkurrenzfähige Konzerne außerhalb der BRD, teilweise in Form von Marktabsprachen untereinander, teils aber auch im scharfen Konkurrenzkampf.

Die Frage ist, ob sich die BRD mit ihren Zielen innerhalb der EG *politisch* wird durchsetzen können, denn kleinere EG-Staaten verfügen über genügend Sperriegel (Einstimmigkeitsprinzip im Ministerrat in allen wichtigen Fragen), um die ökonomisch-politischen Ziele der „Großen" zu blockieren.

Wahrscheinlicher dürfte eine Entwicklung sein, die im EG-Sprachgebrauch als „abgestufte Integration" bezeichnet wird. Die BRD wird Wert darauf legen, zumindest mit Frankreich gemeinsame Vorstöße in Richtung Binnenmarkt zu unternehmen und sich darüber hinaus zu den verschiedenen Fragen weitere Bündnispartner zu suchen, um mit ihnen gemeinsam in Einzelfragen vorweg zu marschieren. Mit dieser Politik entsteht die berühmte „Sogwirkung" auf diejenigen Staaten, die aus nationalen Interessen heraus nicht bereit sind, diesen Schritten zu folgen. An zwei Punkten aus jüngster Vergangenheit kann demonstriert werden, wie das dann abläuft:

sen Schritten zu folgen. An zwei Punkten aus jüngster Vergangenheit kann demonstriert werden, wie das dann abläuft:

— Großbritannien hatte sich lange Zeit geweigert, Änderungen an den Römischen Verträgen vorzunehmen und drohte somit, die gesamte EG-Reform scheitern zulassen. Erst als sich abzeichnete, daß außer Griechenland alle anderen Länder diese Reform befürworten, schwenkte Großbritannien um.

— Dänemark hat die EG-Reform von Luxemburg bis heute nicht akzeptiert. Das uneingeschränkte Einstimmigkeitsprinzip in den entscheidenden EG-Institutionen (Ministerrat) war die Grundbedingung der EG-Mitgliedschaft überhaupt. Ein Referendum soll nun Ende Februar über diese Luxemburger Beschlüsse entscheiden, wobei anzumerken ist, daß das ganze Projekt an Dänemark scheitern kann, da eine Änderung der EWG-Verträge der Zustimmung aller zwölf nationalen Parlamente bedarf.

Alle übrigen 11 EG-Staaten lehnten eine Neuaufnahme der Verhandlungen über die erzielten Kompromisse entschieden ab — und so ist kaum zu erwarten, daß Dänemark sich der Zustimmung zu den EG-Reformen verweigern wird.

Das Dilemma einer „abgestuften Integration" besteht, übrigens auch aus der Sicht des BRD-Imperialismus, darin, die ohnehin bestehenden wirtschaftlichen und politischen Disparitäten, die ungleichmäßigen Entwicklungen, festzuschreiben.

Und ein anderer Punkt ist bei der ganzen Binnenmarkts-Debatte überhaupt noch nicht öffentlich problematisiert worden: es geht um die Nivellierung des Lebensstandards in den EG-Ländern und darüber hinaus um die national völlig unterschiedlichen erkämpften Rechte der Arbeiterklassen. Das unterschiedlichen Niveau der Klassenkämpfe in den EG-Ländern kann den herrschenden Klassen ebenfalls noch einen gewaltigen Strich durch ihre Rechnungen machen.



Die Europa-Apologeten in den westeuropäischen Staaten möchten die „Vereinigten Staaten von Europa" nach dem Vorbild der „Vereinigten Staaten von Amerika" schaffen. Gemessen an den USA wird nicht einmal der Binnemarkt bis zum selbstgesteckten Ziel 1992 Realität sein — wenn es nicht ohnehin bei dieser bloßen politischen Absichtserklärung bleiben wird.

D./Westberlin

Anmerkungen:
1) „Wirtschaftswoche" 49 und 50-1984 über die „Europäische Industriepolitik"
2) Zitiert nach: H. Uterwedde, Die Europäische Gemeinschaft (EG) — Fortschritt oder Krise, Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin (West), 1983
3) Eine gute Übersicht über die Durchsetzung der Austerity-Politik findet sich in: Altvater/Hübner/Stanger, Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus, Westdeutscher Verlag, 1983
4) Vergl. ARBEITERKAMPF Nr. 256: Schlachtfeld „Neue Technologien", März 1985. Hier findet sich der Nachweis, daß die konstatierte westeuropäische „Technologielücke" zumindest für die BRD so nicht besteht.
5) Zum Stahlkonflikt siehe AK Nr. 257, April 1985: Der Mythos vom freien Welthandel
6) Das Auftreten der BRD gegen die Stahlindustrie-Subventionierung heißt natürlich nicht, daß die BRD selbst „ihre" Stahlindustrie noch heute subventioniert. Es ist bekannt, daß die lautesten Schreier des „freien Welthandels" in der Praxis ebenso gut zu Subventionen und Protektionismus greifen.
7) Siehe dazu Teil 1 dieser EG-Serie in AK 269, in dem eine Übersicht über die verschiedenen nationalen, ökonomischen und politischen Ausgangspositionen und Interessen der EG-Länder gegeben wird.
8) „Wirtschaftswoche" 36 und 50-1984
9) Der EG-Kapitalistenverband UNICE fordert seit langem entschiedene Liberalisierungen und Harmonisierungen.
10) „Wirtschaftswoche" 25-1984
11) „Wirtschaftswoche" 50-84 und 39-85
12) Über die westeuropäische Währungspolitik wird noch in Teil 3 zu sprechen sein.
13) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, 5.12.85
14) „Frankfurter Rundschau", 19.11.85
15) Kohl in „Wirtschaftswoche" 152-1986

desregierung, Bonn, 5.12.85
14) „Frankfurter Rundschau", 19.11.85
15) Kohl in „Wirtschaftswoche" 152-1986

Literatur:
Hrbek/Wessels, EG-Mitgliedschaft: ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland?, Europa-Union-Verlag, Bonn 1984
IPW-Forschungshefte: Neue Tendenzen der ökonomischen und politischen Integration der EG-Staaten, 3-1985
Zeitschrift „integration", Ausgaben 1984 und 1985.

Ägypten: Revolte und politische Opposition

Kairo brennt

Die Blut-Nacht

● 8000 Polizisten meuterten ● 300 Verletzte, 15 Tote ● Hotels in Flammen ● Frieden in Gefahr ● Stürzt Mubarak?

Deutsche Urlauber gejagt

„Sie warfen Steine auf alles, was sich bewegte“

In einem der wichtigsten Touristenviertel Ägyptens, in der Pyramidenstadt Gizeh nahe Kairo, rebellierten Ende Februar mehrere tausend Bereitschaftspolizisten. Luxushotels wurden in Brand gesetzt, Nachtclubs verwüstet, Flaschen mit alkoholischen Getränken zerschlagen. Symbole des Luxus und ausschweifenden Lebens, gleichzeitig Symbole der westlichen Einflußnahme, waren Zielscheibe des Protestes, dem sich hunderte Jugendlicher aus den ärmsten Schichten anschlossen. Bilder, die an Szenen in Teheran wenige Monate vor dem Sturz des Schahregimes erinnern und das Schreckensbild des extremen islamischen Fundamentalismus wachrufen.

Der Aufstand wurde rasch, konsequent und brutal vom Militär niedergeschlagen; nur vierzehn Tage später konnte der Übergang zur Normalität vermeldet werden, der Normalität des seit der Ermordung Sadats immer noch bestehenden Ausnahmezustandes. Wieso aber rebellierten ausgerechnet die Bereitschaftspolizisten, die bislang als eine der verläßlichsten Stützen des Regimes gelten? Gelassen trat Ägyptens Präsident Mubarak einen Monat nach dem Aufstand ausländischen Journalisten gegenüber, die Rebellion habe ihn keineswegs verwundert, Ursache seien die schlechte Verwaltung der Polizei, zu wenig Sold, zu schlechte Ernährung, zu dürftige Bekleidung. „*Eines ist jetzt schon ganz klar — es gab weder einen Einfluß von außen noch von religiösem Fundamentalismus.*" (1) So einfach, so klar?

Die Rebellion

Angeblich hatte das Gerücht die Rebellion ausgelöst, die Dienstzeit der wehrpflichtigen Bereitschaftspolizisten solle von drei auf vier Jahre verlängert werden. Die Wehrpflichtigen, abkommandiert zur 300.000 Mann starken Bereitschaftspolizei, stammen im wesentlichen aus den ärmsten Fellachen-Familien, häufig sind sie des Schreibens und Lesens nicht kundig. Untergebracht in gefängnisähnlichen Lagern am Rande der Wüste, äußerst schlecht ernährt und gekleidet, besoldet mit umgerechnet etwa zwölf Mark im Monat, müssen sie vor Regierungsämtern, diplomatischen Vertretungen, Banken und Luxushotels Wache schieben. Ein

umgerechnet etwa zwölf Mark im Monat, müssen sie vor Regierungsämtern, diplomatischen Vertretungen, Banken und Luxushotels Wache schieben. Ein

schreiender Widerspruch. Allzu verständlich wäre, wenn dies der Auslöser der Rebellion gewesen wäre, die geplante Verlängerung des Elends. Doch um wieviel besser ist ihr Schicksal in den Dörfern?

Etwa 20.000 Menschen sollen sich an der Rebellion beteiligt haben, nach offiziellen Angaben starben 107 Menschen bei den Auseinandersetzungen, 719 wurden verletzt (2).Es gibt etliche Anzeichen, dafür, daß die Rebellion organisiert war. Gemeutert wurde nicht nur in dem Touristenzentrum Gizeh nahe Kairo, wo die Bereitschaftspolizisten in Zeltlagern gegenüber den Luxushotels hausten, die sie zu bewachen hatten, sondern gleichzeitig in einem halben Dutzend Garnisonen im Nil-Delta, in Oberägypten und am Suezkanal. Die Aufständischen von Turah (nahe Kairo) stürmten als erstes das Staatsgefängnis, in dem die meisten der aus politischen und religiösen Gründen Verhafteten einsitzen, und befreiten moslemische Fundamentalisten, die nach dem Attentat auf Sadat zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren (3). Erste Äußerungen von Regierungsmitgliedern suchten die Verantwortlichen für die Rebellion denn auch in den Reihen der fundamentalistischen Moslems. Vierundzwanzig Stunden nach der Rebellion erklärte Präsident Mubarak im ägyptischen Fernsehen, bei der Meuterei handele es sich um eine von langer Hand geplante und zentral gesteuerte Aktion (3). Der neue Innenminister Saki Badr räumte in einem Interview mit der Kairoer Tageszeitung „Al Ahram" ebenfalls ein, die Rebellion sei möglicherweise von islamischen Extremisten provoziert worden. Er wolle nicht ausschließen, daß die Sicherheitskräfte von Extremisten unterwandert seien, die mit dem Sadat-Attentat 1981 in Verbindung gebracht werden. Die Behörden seien im Besitz von Dokumenten eines Führers von „Al Jihad" (Heiliger Krieg), aus denen hervorgehe, daß es nicht gelungen sei, Mubarak zu stürzen, da die Sicherheitskräfte nicht hätten unterwandert werden können (4). Gemeldet wurde außerdem, daß die Sicherheitskräfte nach einem Videofilm die Identität der Urheber haben feststellen können. Anführer der jugendlichen Angreifer der Nachtlokale in der Pyramidenstraße sei ein Mitglied von „Al Jihad" gewesen (5). Bei einem Teil der Rebellierenden sollen außerdem Geldbeträge von 50 ägyptischen Pfund gefunden worden sein (das Achtfache des Soldes der Bereitschaftspolizisten) (6).

Die Rebellion griff nicht auf andere Bevölkerungsteile über. Daß Befürchtungen in dieser Richtung bestanden, wird an der harten und gleichzeitig vorsichtigen Reaktion der Regierung deutlich. Mehr als 3.000 Menschen wurden verhaftet, über Kairo und andere Städte wurde eine Ausgangssperre verhängt, die allerdings für das Freitagsgebet aufgehoben wurde; Schulen und Universitäten, Hochburgen der extremen Fundamentalisten, wurden geschlossen. Der Innenminister und der Chef der Nachrichtendienste wurden entlassen bzw. kaltgestellt, die Polizeichefs der wichtigsten Departements ersetzt; umfangreiche Säuberungen im Innenministerium und innerhalb der Bereitschaftspolizei stehen bevor (7). Rund 20.000 Bereitschaftspolizisten sollen sofort entlassen und eine Eingreiftruppe für Notsituationen geschaffen werden. Mubarak traf sich am Tag nach dem Aufstand mit den Führern der legalen Opposition (8), die gemeinsam die Rebellion verurteilten. Die Presse hatte sehr offen über die Auseinandersetzungen berichten können. Über die Untersuchungen nach den Ursachen und über die Urheber des Aufstandes wurde hingegen Nach-

Auseinandersetzungen berichten können. Über die Untersuchungen nach den Ursachen und über die Urheber des Aufstandes wurde hingegen Nach-

richtensperre verhängt. Inzwischen hat der ägyptische Generalstaatsanwalt seine Untersuchungen gegen immerhin rund 2.500 Verhaftete abgeschlossen. Für 1.205 Bereitschaftspolizisten fordert er die Todesstrafe wegen Meuterei, illegalen Waffenbesitzes und Aufruhr, für 31 Zivilisten Haftstrafen oder Zwangsarbeit, gegen 1.172 Personen wurde das Verfahren eingestellt (9). Angesichts dieser Maßnahmen können die jetzigen Äußerungen der Regierung nur als Beschwichtigungsversuche aufgefaßt werden. Nach außen soll der Eindruck eines stabilen Regimes erweckt werden, wobei besonders auffallend ist, daß Libyen diesmal nicht als Drahtzieher der Unruhen genannt wird, obwohl Libyen, ebenso wie Syrien und der Iran, das ägyptische Volk aufgerufen haben, sich der Rebellion anzuschließen (der iranische Parlamentspräsident Rafsandjani beglückwünschte die ägyptischen Moslems nicht nur, sondern sagte ihnen eine große Zukunft voraus (10)). In der Vergangenheit hat Mubarak gern jede Gelegenheit ergriffen, den libyschen Staatschef Ghaddafi als Drahtzieher von Attentaten und Umsturzversuchen zu beschuldigen, wiederholt zogen ägyptische Truppen an der libyschen Grenze auf. Daß er diesmal — trotz Drängens der USA, doch einen gemeinsamen Waffengang gegen Libyen zu wagen (11) — selbst von verbalen Attacken Abstand nimmt, hat zum einen sicher außenpolitische Gründe (Wiederannäherung an das arabische Lager, der außerordentlich provokative Kurs der USA gegen Libyen, die Affronts der USA gegen Ägypten, wenn man an die Kaperung des ägyptischen Flugzeuges im Anschluß an die Entführung des italienischen Passagierschiffes Achille Lauro oder die Unnachgiebigkeit gegenüber den ägyptischen Friedensvorschlägen denkt). Schwerer dürften im Augenblick aber die innenpolitischen Schwierigkeiten wiegen: die ausweglose wirtschaftliche Situation, die hinreichend sozialen und politischen Zündstoff bietet, und eine erstarkende extremistische moslemische Opposition, die sich nicht nur die Errichtung eines islamischen Staates zum Ziel gesetzt hat, sondern auch gegen die Abhängigkeit von den USA und den ägyptisch-israelischen Frieden opponiert. Einige Beispiele aus der jüngeren Zeit verdeutlichen die innenpolitische Situation: Im Februar 1986 streikten 42.000 Arbeiter in der größten ägyptischen Textilfabrik in Machalla, weil ihnen der Lohn nicht für einen ganzen Monat, sondern nur für 26 Tage ausgezahlt wird(12). Versuche, die staatlichen Subventionen für Nahrungsmittel und Energie zu senken, haben in der Vergangenheit wiederholt zu großen Demonstrationen oder Aufständen (Januar 1977, Oktober 1984) geführt. Die antiamerikanischen Demonstrationen nach der Entführung der ägyptischen Verkehrsmaschine im Oktober 1985 mündeten schnell in Proteste gegen die sozialen Mißstände und das Regime Mubaraks. Als im Januar der ägyptische Polizist Khater, der Anfang Oktober sieben israelische Touristen auf der Sinai-Halbinsel im Amoklauf tötete, unter ungeklärten Umständen im Gefängnis starb, kam es zu großen Studentendemonstrationen. Khater wurde von der gesamten rechten und linken Opposition als Held und Märtyrer gefeiert.

Die wirtschaftliche Situation

Die wirtschaftliche Situation

Ägypten befindet sich in einer nahezu ausweglosen wirtschaftlichen Situation. Ohnehin belastet durch das koloniale Erbe (Überschuldung, einseitige Ausrichtung auf eine exportorientierte Baumwoll-Monokultur unter britischer Herrschaft), die Fehlentwicklungen unter dem Nasser-Regime (dessen Politik trotzdem bis in die Mitte der sechziger Jahre zu einer gewissen Verbesserung des Lebenstandards führte), die katastrophalen Folgen der Kriege mit Israel, insbesondere des Krieges 1967 (Schließung des Suezkanals, nachfolgender Abnutzungskrieg bis 1970) und den jahrelangen Boykott durch die kapitalistischen Staaten, verschärfte die von Sadat eingeleitete Politik der Öffnung (Infitah) die wirtschaftlichen und sozialen ProblemeÄgyptens zusehends. Die Auslandsabhängigkeit, insbesondere von den USA, wurde immer größer, ohne daß die nationale wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben wurde. Während die Masse der ägyptischen Bevölkerung unvorstellbar verarmte, häufte die neue und alte herrschende Schicht irrwitzige Reichtümer an.

Heute ist Ägypten mit mehr als 30 Mrd. Dollar im Ausland verschuldet, davon bei den USA mit 8 Mrd. Dollar, bei der Sowjetunion mit 4 Mrd. Dollar. Zum Vergleich: Das von der reichen Oberschicht ins Ausland verschobene Kapital beträgt mehr als das Doppelte der Auslandsschuld, nämlich 80 Mrd. Dollar (13). Für Zinsen und Tilgung müssen jährlich mehr als 3 Mrd. Dollar oder 35 % der Deviseneinnahmen aufgebracht werden, die Tilgung von 7 Mrd. Dollar kurzfristiger Kredite steht an. 1983 betrug das Außenhandelsdefizit 5 Mrd. Dollar. Mit der gleichen Summe ist der Staatshaushalt durch Subventionen für Nahrungsmittel und Energiepreise belastet. Die Zahlungsbilanz verschlechterte sich 1985 so dramatisch, daß die USA Ägypten zur jährlichen Wirtschafts- und Militärhilfe von 2,3 Mrd. Dollar 1986 500 Mio. Dollar zusätzlich zur Verfügung stellten. Mubarak hatte allerdings 1,8 Mrd. Dollar verlangt. Israel wird in diesem Jahr weitere 1,5 Mrd. erhalten.

Die USA hatten im Zusammenhang mit den Camp-David-Abkommen und dem ägyptisch-israelischen Friedensvertrag beiden Ländern etwa gleiche Wirtschafts- und Militärhilfe zugesichert. Abgesehen von den völlig ungleichen Bedingungen, zu denen die USA diese Hilfe vergibt, hat Israel seither pro Kopf der Bevölkerung 627 Dollar, Ägypten 55 Dollar erhalten. Ägypten bekommt jährlich 100 Mio. Dollar für die Tilgung der Auslandsschulden; der Rest wird über die berüchtigte US-Agency for International Development vergeben (AID) und muß für den Kauf amerikanischer Produkte verwendet werden. Das Geld ist vor allem eine direkte Hilfe für die amerikanischen Weizenfarmer und die US-Wirtschaft. Heute zahlen die USA 4/5 eines jeden Brotes in Ägypten. Projekte in Ägypten, die Produkte erzeugen, die mit amerikanischen Waren konkurrieren könnten, dürfen nicht unterstützt werden. Die AID wollte 1978 der Textilindustrie in Machalla 100 Mio. Dollar zuteilen. Nach Protesten der amerikanischen Textilfabrikanten wurde das Projekt nicht durchgeführt und kein ähnlicher Versuch unternommen. Jede Verwendung der Gelder muß mit der AID-Mission in Kairo abgesprochen werden und wird von ihr kontrolliert. Die rund 1 Mrd. Dollar Militärhilfe wird als Anleihe vergeben.

AID-Mission in Kairo abgesprochen werden und wird von ihr kontrolliert. Die rund 1 Mrd. Dollar Militärhilfe wird als Anleihe vergeben.

Die Opposition gegen diese Art von US-Wirtschaftshilfe wächst. Bereichern kann sich daran nur die parasitäre Infitah-Klasse, die vor allem an Konsumgüterimporten verdient und Kapitalien ins Ausland verschiebt, Produktion und Export hingegen vernachlässigt. Während unter Nasser — trotz aller Mängel — die Landwirtschaft gefördert wurde (Assuan-Staudamm, Landgewinnung, ganzjährige Bewässerung, gerechtere Verteilung des bebaubaren Landes), wird sie im Rahmen der infitah-Politik vernachlässigt. Die notwendigen Folgeprojekte des Assuan-Staudammes wurden beispielsweise nicht durchgeführt. Die hohen Nahrungsmittelimporte wirken der Steigerung der inländischen Nahrungsmittelproduktion entgegen. Seit 1970 ist die Nahrungsmittelproduktion von 100 % auf heute 85 % zurückgegangen; gleichzeitig wuchs die Bevölkerung in diesen Jahren um mehr als 15 Millionen (heute 49 Millionen) (14).

Aktuell verschlimmern äußere Faktoren die wirtschaftliche Situation Ägyptens dramatisch. Wegen des Verfalls der Erdölpreise sind die Einnahmen aus dem Erdölverkäuf drastisch gesunken. Im laufenden Jahr werden nach Angaben der ägyptischen Regierung Einbußen von 700 Mio. Dollar erwartet, im nächsten Jahr 1,2 Mrd. Dollar (15). Wegen des gesunkenen Welthandelsvolumens nehmen auch die Dollareinnahmen aus der Suez-Kanal-Schiffahrt ab. Die Erträge aus dem Tourismus haben sich ebenfalls vermindert, wozu die letzte Rebellion weiter beitragen dürfte. Drastisch gesunken sind außerdem die Rücküberweisungen der ägyptischen Arbeiter in den Erdölstaaten. Heute arbeiten noch etwa 3 bis 4 Millionen Ägypter im Ausland. Wegen der schwieriger gewordenen wirtschaftlichen Lage in den Erdölförderländern wird in nächster Zeit mit einem Rückstrom von Millionen Ägyptern gerechnet, die, einen besseren Lebensstandard als in ihrem Heimatland gewohnt, in die ägyptische Gesellschaft eingegliedert werden müssen. Das ist angesichts der Arbeitslosigkeit und der dramatisch steigenden Bevölkerungszahl (mindestens alle neun Monate nimmt die ägyptische Bevölkerung um eine Million zu, die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte jährlich um 400.000) ein weiteres Problem.

Vor dem Hintergrund der sich ständig verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Lage gewinnen gerade extreme moslemische Organisationen ständig an Einfluß.

Islamische Fundamentalisten

Wie groß der Einfluß der islamischen Fundamentalisten bei der Rebellion der Bereitschaftspolizisten tatsächlich war, läßt sich nur schwer beurteilen. Neben den schon oben angeführten Hinweisen auf eine auch organisierte Beteiligung moslemischer Gruppierungen geben Geschichte und Aktivitäten dieser Vereinigungen und das Verhalten der Regierung ihnen gegenüber weitere Aufschlüsse. Neben der Ulama, dem offiziellen Klerus, gibt es weit über hundert verschiedene Vereinigungen und Bruderschaften, deren wichtigste die Moslembruderschaft ist.
Die Moslembruderschaft, 1928 von Hassan al-Banna gegründet, definierte sich 1939 als politische Partei, deren wichtigste Ziele die Errichtung einer „islamischen Ordnung" und die Verbannung alles „Fremden" und „Westlichen" sind. In diesem Zusammenhang kämpfte die Moslembruderschaft gegen die britische Besetzung Ägyptens und gegen die jüdische Ansiedlung in Palästina.

Nach 1940 wuchs ihr Einfluß auf die ägyptische Politik, sie baute eigene militärische Verbände und einen eigenen Nachrichtendienst auf, verfügte über Verbindungen zum ägyptischen Regime und zu oppositionellen Gruppen. Entsprechend mysteriös und zwielichtig ist ihre Rolle in den Kämpfen gegen die Briten und das Regime vor der Machtübernahme der „Freien Offiziere" 1952. Die Moslembruderschaft wird für eine Vielzahl von Attentaten, für Vereitelungsversuche bei der Bildung der Vereinigten Nationalen Front und maßgeblich für den Brand von Kairo verantwortlich gemacht. Ihr Kontakt zu den „Freien Offizieren" lief über den späteren ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat.

Trotz dieser Vorgeschichte begrüßte die Moslembruderschaft zunächst die Machtübernahme der „Freien Offiziere", abwartend, ob sich ihr Handlungsspielraum unter dem neuen Regime vergrößern würde. Zusammen mit anderen politischen Häftlingen wurden die Moslembrüder aus den Gefängnissen entlassen; die Organisation durfte mit religiösen Zielen weiterexistieren, was natürlich für sie eine drastische Einschränkung ihres politischen Spielraumes bedeutete. Anfang 1954 wurde die Moslembruderschaft verboten.

was natürlich für sie eine drastische Einschränkung ihres politischen Spielraumes bedeutete. Anfang 1954 wurde die Moslembruderschaft verboten.

Nach einem Attentatsversuch auf Nasser wurden 15 Moslembrüder zum Tode verurteilt, über tausend verhaftet. Weitere Umsturzversuche folgten. 1965 und 1966 wurden wiederum zahlreiche Mitglieder verhaftet. Nach diesen Prozessen im Inland fast vernichtet, trat die Moslembruderschaft erst in den siebziger Jahren wieder massiv in Erscheinung.

Nasser bemühte sich zwar, seine Politik aus dem Islam heraus zu begründen (die Scharia, die islamische Gesetzgebung, blieb eine Quelle der ägyptischen Rechtsprechung, „Die moslemische Religion ist eine Religion, die zu 100 Prozent sozialistisch ist"), schränkte aber praktisch den politischen Einfluß von Klerus und Bruderschaften massiv ein. Abgesehen davon, daß die Politik Nassers auf den passiven Widerstand des Klerus stieß, erregten vor allem die von ihm eingeführte staatliche Kontrolle der religiösen Institutionen (Minister für religiöse Angelegenheiten), eine einheitliche nationale Rechtsprechung, die staatliche Kontrolle der al-Azhar-Universität den Unwillen des Klerus.

Nach dem Juni-Krieg 1967 begann, wie in allen anderen arabischen Ländern, die Phase der Reislamisierung. Die ägyptischen Fundamentalisten konnten nach dem Tode Nassers unter der Präsidentschaft Sadats aus verschiedenen Gründen sehr schnell wieder massiv auftreten. Saudi-Arabien hatte schon während der Nasser-Ära die Moslembruderschaft maßgeblich unterstützt, viele Mitglieder gingen dorthin ins Exil. Der zunehmende Einfluß Saudi-Arabiens auf die Politik Ägyptens (nach 1967 wichtiger Geldgeber) begünstigte Zugeständnisse an die Fundamentalisten. Die Moslembrüder fanden mit ihrer Analyse der Ursachen der Niederlage im Krieg 1967 (Abweichen vom Koran, während Israel ein religiöser Staat sei) und ihrer Kritik an den sozialen Mißständen, der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation und der zunehmenden Korruption Widerhall in breiten Schichten der Bevölkerung. Wichtig war aber vor allem, daß Sadat die islamischen Fundamentalisten für seinen Kampf gegen die Linke und Nasseristen zielstrebig einsetzte. Bis Mitte der siebziger Jahre wurden alle Moslembrüder aus den Gefängnissen entlassen, die Exilanten durften zurückkehren. Die Tätigkeit der Moslembruderschaft wurde gedul-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

det, ihre islamischen Vereinigungen an den Universitäten konnten legal arbeiten. Seit 1976 kann die Zeitung der Moslembruderschaft ,,Al-Dawa'' wieder erscheinen.

Sowohl während der Studentenunruhen 1972/73 als auch in den Brotunruhen 1977 spielte die Moslembruderschaft eine entscheidende Rolle. Ende 1977 gewannen die islamischen Gruppen fast alle Sitze in den Studentenvertretungen der Universitäten, ebenso in der Nationalen Studentenunion.

Schon kurz nach dem Amtsantritt Sadats traten neben der Moslembruderschaft, die zur Durchsetzung ihrer Ziele auf Veränderungen innerhalb der Regimes setzt, verschiedene extremistische Vereinigungen auf, die gegen die Zusammenarbeit von religiöser und politischer Führung opponieren und die Errichtung einer islamischen Ordnung durch Umsturz anstreben. Seit 1973 werden immer wieder Verhaftungswellen gegen Mitglieder dieser Organisationen durchgeführt, eine Vielzahl von Anschlägen und Attentate geht auf ihr Konto. Am häufigsten genannt werden: die ,,Gemeinschaft der Moslems'' (Takfir-Gruppe), die einen ehemaligen Minister für religiöse Angelegenheiten ermordet haben und an der Moschee-Besetzung in Mekka (1980) beteiligt gewesen sein soll, die ,,Partei der islamischen Befreiung'' und ,,Organisation des Heiligen Krieges' (Jihad), der das Attentat auf Sadat (6.10.81) zur Last gelegt wird. Die letzte Gruppe spielte bei den militanten Auseinandersetzungen mit den Kopten (1980/81) eine entscheidende Rolle. Sie wird auch bei den jüngsten Verhaftungswellen immer wieder genannt.

Sadat begann erst 1979 die Moslembruderschaft massiv zu kritisieren. In einem Gespräch mit führenden Mitgliedern machte er sie für Anschläge auf den Staat verantwortlich und drohte Repressionen an. Offensichtlich war ihm die Entwicklung aus den Hand geglitten: Die sorgsam gepäppelten islamischen Fundamentalisten hatten — nicht zuletzt wegen ihrer Kritik an der ,,Friedenspolitik'' Sadats, an der Hinwendung zu den USA — enorm an Boden gewonnen. Die Auseinandersetzungen zwischen der koptischen Minderheit und islamischen Fundamentalisten — von Sadat durch verschiedene öffentliche Stellungnahmen geschürt — mündeten in bürgerkriegsähnliche Unruhen. Mit Massenverhaftungen im Sommer 1981 versuchte er sich gleich jeder Opposition zu entledigen, was schließlich sein Schicksal besiegelte.

Mubarak versuchte zunächst den Ausgleich. Er ließ alle politischen und gemäßigt religiösen Führer frei. Die
Mubarak versuchte zunächst den Ausgleich. Er ließ alle politischen und gemäßigt religiösen Führer frei. Die
Entwicklung in Ägypten zeigt jedoch, daß es eine Illusion ist, auf die Mäßigung der islamischen Fundamentalisten zu setzen. Besonders die Verhaftungswellen im Juli 1985 zeigen, daß Mubarak sich durchaus von den islamischen Fundamentalisten bedroht sieht. Unter anderen wurde Omar Abdel Rahman verhaftet, der als religiöser Führer der ,,Organisation des Heiligen Krieges' gilt, und im Prozeß gegen die Sadat-Attentäter als Hintermann verurteilt, 1984 aber freigelassen wurde.

Sicher gibt es Verbindungen zwischen der Moslembruderschaft und den extremistischen Organisationen, auch wenn das gerade von der Moslembruderschaft bestritten wird. Die Moslembruderschaft ist in verschiedene Fraktionen gespalten, die führenden Mitglieder der radikalen Gruppen kommen aus der Moslembruderschaft. Das Ziel, die Errichtung einer islamischen Ordnung, ist allen gemeinsam; der Begründer der Moslembruderschaft hat ausdrücklich den Gebrauch von Gewalt und die Durchführung militärischer Aktionen zur Erreichung dieses Zieles gefordert, die Praxis der Moslembrüder hat dem nie entgegengestanden. Außerdem forderte er Geduld.

Daß sie sich von den extremistischen Organisationen distanzieren, hängt in erster Linie damit zusammen, daß sie

Fortsetzung

seit 1976 anstreben, sich als politische Partei zu etablieren. Weder Sadat noch Mubarak haben sich darauf eingelassen. Die Neo-Wafd-Partei allerdings, die zusammen mit der regierenden Nationaldemokratischen Partei und der radikalen Fundamentalisten nahestehenden Sozialistischen Arbeiterpartei im Parlament sitzt, hat zusammen mit den Moslembrüdern kandidiert. Der islamische Block des Parlamentes, der immerhin ein Fünftel der Abgeordneten aller Parteien umfaßt, plant die Bildung einer fundamentalistisch-islamisch ausgerichteten Partei, deren nächstes Ziel die Einführung des Scharia-Strafrechtes ist, das Lieblingskind aller islamischen Fundamentalisten (16).

Nahostkommission

Anmerkungen:

(1) Süddeutsche Zeitung, SZ, 25.3.86
(2) Le Monde, LM, 9./10.3.86
(3) SZ, 28.2.86
(4) SZ, 5.3.86
(5) LM, 4.3.86
(6) SZ, 28.2.86
(7) LM, 4.3.86
(8) Frankfurter Allgemeine Zeitung, FAZ, 10.3.86. Zur legalen Opposition zählen: die Nationaldemokratische Partei (Regierungspartei Mubaraks), die Neo-Wafd-Partei, die zusammen mit Moslembrüdern bei den Parlamentswahlen kandidierte, die Sozialistische Arbeiterpartei (Ibrahim Schukri), die mit den religiösen Fundamentalisten sympathisiert, die beiden ,,linken'', nicht im Parlament vertretenen Parteien, die Sozialistische Liberale Partei (Murad) und die Fortschrittliche Vereinigungspartei (Mohieddin).
(9) Frankfurter Rundschau, FR, 4.4.86
(10) LM, 2./3.3.86
(11) Nach Veröffentlichungen der ,,New York Times'' sollen die USA Ägypten im letzten Jahr mehrfach gedrängt haben, an einem gemeinsamen Waffengang gegen Libyen teilzunehmen, s. FR, 4.4.86
(12) SZ, 27.2.86
(13) SZ, 14.3.86
(14) The Middle East, Aug. u. Sept. 85, taz, 28.2.86
(15) FAZ, 10.3.86
(16) Angaben in diesem Kapitel nach: SZ, 28.2.86, The Middle East, Aug. 1985, Hamied Ansari, Sectarian Conflict in Egypt and the Political Expediency of Religion, aus: The Middle East Journal, Summer 1984, S. 397 - 418, Abd al-Monein Said Aly and Manfred W. Wenner, Modern Islamic Reform Movements: The Muslim Brotherhood in Contemporary Egyt, aus: The Middle East Journal, Summer 1982, S. 336-361, Martin Grzeskowiak, Extremistische islamische Gruppierungen in Ägypten nach 1970, aus: Asien, Afrika, Lateinamerika, 4/1980, S. 671-682

Willy Brandt nach seiner Südafrikareise:

Das Kreuz mit der Apartheid

Der Monat April brachte nicht nur die ersten Anzeichen des Frühlings, sondern auch spektakuläre Produkte der von der SPD schon lange angekündigten großen ,,Initiative für eine andere Politik'' gegenüber Südafrika hervor.

Auf Einladung Willi Brandts besuchte der ANC-Präsident Oliver Tambo die BRD. Er durfte u.a. vor einem ausgewählten Publikum in der Friedrich-Ebert-Stiftung die politische Perspektive und die Einschätzung der gegnwärtigen Kampfsituation des ANC vorstellen. Desweiteren traf er mit Rau, Vogel und dem DGB-Vorsitzenden Breit zusammen. Fazit dieser Gespräche: Die SPD könne sich am ANC nicht mehr ,,vorbeimogeln'', auch wenn dieser zum bewaffneten Kampf aufrufe. Die SPD verspreche sich zwar nichts von Wirtschaftssanktionen, nachdenklich aber stimme die SPD, daß Tambo die Bundesepublik wie die USA und Großbritannien als eine Dreiergruppe von ,,Nicht-Freunden'' einstufe.

Unmittelbar nach dem Tambo-Besuch fuhr Brandt zusammen mit SPD-Präsidiumsmitglied Koschnik und dem Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für das südliche Afrika, Verheugen, nach Südafrika. Koschnik ist seit kurzem Vorsitzender der Kommission für ,,internationale Beziehungen und Entwicklungspoltik'' der SPD, und damit verantwortlich für die Entwicklung außenpolitischer Strategien gegenüber ,,Konfliktregionen'' in der ,,Dritten Welt''.

Eigentliches Ziel der Reise war Botswanas Hauptstadt Gabarone. Dort tagte das Präsidium der Sozialistischen Internationale (SI) unter dem Vorsitz Brandts und beriet über ,,die Lage im südlichen Afrika''. Eingerahmt wurde dieses Treffen von Stippvisiten der Dreier-Crew nach Südafrika, wo sie zahlreiche Gespräche führten mit führenden Persönlichkeiten aus dem Spektrum des antirassistischen Widerstands. Ja selbst mit Nelson Mandela wollten sie im Knast sprechen, was von
Spektrum des antirassistischen Widerstands. Ja selbst mit Nelson Mandela wollten sie im Knast sprechen, was von
Botha prompt verweigert wurde.

Auf einer Pressekonferenz in Johannesburg kam Brandt nach diesen Gesprächen zu dem Schluß, daß er *,,hinsichtlich der Chancen für eine friedliche Lösung der Probleme nicht optimistischer''* geworden sei. Um zu verhindern, daß die Situation sich weiter radikalisiere, müsse Freiheit für alle politischen Gefangenen und politische Organisationen gewährt werden. Für eine friedliche Entwicklung sei nicht mehr viel Zeit. Geradezu deprimiert war Brandt nach seinem Besuch beim Rassistenchef Botha im Anschluß der SI-Konferenz, von deren Beschlüssen er sich hinsichtlich der Wirkung auf das Gespräch etwas versprochen hatte.

Immerhin hatte die SI sich ,,einmütig'' für Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika ausgesprochen. Darunter Konkretionen wie:
— **Ausweitung des Ölembargos**
— **Einfuhrstopp für landwirtschaftliche Produkte aus der RSA**
— **Ausweitung des Verbots von Waffenlieferungen an das Militär auf den Polizeibereich**
— **Stopp des Imports südafrikanischer Kohle und**
— **Beendigung (!) der Zusammenarbeit im nuklearen Bereich, einschließlich der Einfuhr von Uran und Uranprodukten. (nach FR, 21.4.86)**

Sichtlich unbeeindruckt ließ Botha Brandt abblitzen und — so Brandt — bestand auf seinen *,,bekannten Standpunkten mit großer Schärfe''*.

Für Brandt wurde auch erkennbar, daß *,,die Regierung Botha zu einem fundamentalen Wandel der menschenunwürdigen Apartheid-Gesellschaft offensichtlich nicht bereit ist''* (FR, 23.4.86). Besonders bestürzt zeigte sich Brandt darüber, daß die Sprecher der unterdrückten Mehrheit einhellig **,,vor allem die Bundesrepublik''** neben den USA und Großbritannien zu denjenigen Staaten zählen, von denen sich das Volk ,,im Stich gelassen'' fühle. Wegen der **,,bundesdeutschen Bremserrolle''** seien internationale Sanktionsmaßnahmen gegen das Rassistenregime unterblieben.

Und das sei eine *,,schwere Vorbelastung für kommende Zeiten''* (FR, 23.4.86)

Das Dilemma der SPD

Da alle Vertreter des Widerstandes unmißverständlich klar gemacht hatten, daß man bereit sei, die negativen Folgen eines totalen Wirtschaftsboykotts in Kauf zu nehmen, wenn dies dem Sturz des Rassisten-Regimes diene, und speziell die engen wirschaftlichen Beziehungen der BRD zur Stabilität des Regimes beitrügen, sitzt die SPD in der Klemme:
des Regimes beitrügen, sitzt die SPD in der Klemme:
Je länger die BRD das Regime abstützt, desto größer ist die Gefahr, daß ein befreites Südafrika dies zu würdigen weiß und sich dem politischen und ökonomischen Einfluß der BRD entzieht. Sich den kommenden Führern eines nichtrassistischen Südafrikas, also dem ANC und Umfeld, anzubiedern und ,,mäßigenden'' Einfluß auf ihn zu nehmen wird nicht ohne handfeste Zugeständnisse möglich sein. Für einen Wirtschaftsboykott mag Brandt sich nicht einmal jetzt aussprechen. Allerdings will er auf die Bundesregierung einwirken, keine Polizeihubschrauber mehr an die Rassisten zu liefern. Statt Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen, erwartet Brandt lediglich von den deutschen Firmen in Südafrika, daß sie sich *,,öffentlich und überzeugend gegen die Apartheid wenden und sie in ihren Betrieben vollständig überwinden''* (SZ, 23.4.86).

Für solch Almosen wird der ANC wohl nicht zu haben sein, zumal Brandt damit auch gleich noch hinter die Beschlüsse der SI zurückfällt. Besonders heikel wäre ja auch die Beendigung der ,,nuklearen Zusammenarbeit'' einschließlich der Einfuhr von Uran und Uranprodukten aus Namibia und Südafrika. Was ,,beendet'' werden soll, muß ja wohl existiert haben: 1974 hat das Staatsunternehmen STEAG mit der RSA einen Vertrag über den Bau einer Urananreicherungsanlage abgeschlossen, wodurch das Rassistenregime die Möglichkeit des Baus eigener Atombomben erhielt. Noch am 19.10.78 dementierte der damalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Klaus v. Dohnanyi, vor dem Bundestag den Vorwurf, die mittlerweile bekannte Atombombenforschung in Südafrika zu unterstüzen, mit der Bemerkung: *,,Diese Forschung ist eben im zivilen Bereich von großer Bedeutung''!*.

Noch heute bezieht die BRD ca. 40% ihrer Natururan-Einfuhr aus Südafrika. Diese Geschäfte aufzukündigen, zumal sie auch noch zur Zeit eigener Bonner Regierungsverantwortung angekurbelt wurden, wäre doch eine Anstrengung der SPD wert, um sich beim südafrikanischen Widerstand als ernstzunehmender Bündnispartner darzustellen ...



Sooo klein ist der Spielraum für die große ,,Initiative für eine andere Politik'' gegenüber Südafrika

Aber Willi Brandt spricht nicht für die gesamte SPD. Bis heute gilt das Wort des Hamburger Bürgermeisters Klaus v. Dohnanyi vom 21.7.85: *,,Ein Handelsboykott ist das falsche Instrument.''* Auch das Präsidiumsmitglied Koschnik war zumindest noch bis Beginn der jüngsten Reise ganz anderer Meinung als Brandt:

Er lehnt jeden Wirtschaftsboykott ab, da die Schwarzen am stärksten betroffen seien. *,,Verläßlichkeit und Zuverlässigkeit in den Wirtschaftsbeziehungen hätten letztlich auch eine friedensstiftende Funktion''* (FAZ, 4.4.86), spricht die zynische hanseatische Kaufmannsseele.

Im Januar dieses Jahres referierte er in Bremen vor der ,,Gesellschaft Südliches Afrika'' über ,,Probleme im Südlichen Afrika''. Demnach lehne er eine mit Terror erzwungene Alleinherrschaft der Schwarzen ab. Ebenso die sofortige und bedingungslose Einführung des allgemeinen Wahlrechts ,,One man — one vote''. Inkatha-Chef Buthelezi stehe — gemeinsam mit der liberalen Opposition — in der Tradition der Ziele der SI, die diese Mitte der sechziger Jahre entwickelt habe.

Im Unterschied zur jetzigen Regierung, die die deutschen Interessen in Südafrika am wirkungsvollsten gewahrt sieht durch Stabilisierung des noch scheinbar nicht umsturzreifen Rassitenregimes und bei gleichzeitigem Aufbau des für ,,freie Marktwirtschaft'' eintretenden, proimperialistischen Buthelezi als Alternative, will sich die SPD da nicht so eindeutig festlegen.

Das Dilemma der SPD ist nur, daß sie an handfesten deutschen Interessen rühren müßte, wenn sie als ernstzunehmender Apartheid-Gegner gelten will.

Das Dilemma kann nicht groß genug werden.

Bj. Hamburg

Die türkische Linke und die 'Demokratisierung'

— Ein Interview —

Mit den jüngsten Beschlüssen des Europarats wurde die Türkei vollends zurück in den Schoß der westlichen Demokratien genommen, im sechsten Jahr nach dem Militärputsch scheint das Regime international rehabilitiert.

In der Türkei ist einiges in Bewegung geraten: Auf der ersten großen offiziellen Gewerkschaftskundgebung im Februar in Izmir wurden neben der Forderung nach „Brot, Frieden und Freiheit" gewerkschaftsoppositionelle Stimmen laut. Unter den Studenten greift der Protest gegen die Reglementierung der Hochschulen um sich und die von der Militärjunta eingesetzten Regierungspolitiker erfreuen sich zunehmend weniger Beliebtheit.

Auf die politische Bühne zurückgekehrt sind auch die alten bürgerlichen Führer, die von den Militärs mit Funktionsverbot belegt worden waren. In der öffentlichen Debatte geht es um eine Amnestie für politische Gefangene, um die Folterpraktiken von Polizei und Militär, aber auch um eine neue Verfassung und um Demokratie. Die türkische Regierung unter Ministerpräsident Özal agiert weitgehend ungerührt durch die gesellschaftliche Opposition nach wie vor als Sachverwalter der Militärs. Diese wiederum haben sich nicht in die Kasernen zurückgezogen, sondern mischen weiterhin maßgeblich in der Politik mit. Tägliche Verhaftungen linker Oppositioneller, Folterungen und Knast und ein Krieg im Osten des Landes gegen die kurdische Bevölkerung sind die Gegenseite der gesellschaftlichen Realität in der Türkei heute.

Wir fragten den in Hamburg im Exil lebenden Türken Mehmet über seine Sicht der aktuellen Entwicklung in der Türkei und der Perspektiven der Linken. Mehmet ist einer der Mitbegründer von Devrimci Isci (Revolutionärer Arbeiter) der Auslandsorganisation von Devrimci Yol (Revolutionärer Weg), der vor dem Putsch wohl einflußreichsten radikalen linken Bewegung in der Türkei.

Heute gehört Mehmet nach der Spaltung von Devrimci Isci zu dem Kreis linker Türken und Kurden in Hamburg, zu dem auch der im Februar ermordete Kürsat Timoroglu zählte.

S., Hamburg

S., Hamburg

Ist die Türkei auf dem Weg zu einer bürgerlichen Demokratie?

Ja und nein. Ich mache einen Unterschied zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung einerseits und der Entwicklung der Staatsmacht. Das sind zwei Tendenzen. Was die gesellschaftliche Opposition betrifft, das gesellschaftliche Leben, da gibt es einen Demokratisierungsprozeß.

Es gibt Anzeichen für ein Wiederaufleben von Basisbewegungen, vor allem unter den Studenten und bei den Gewerkschaftern. Aber auch unter den Bauern, den Kleinproduzenten und Kleingewerbetreibenden, den Bewohnern der Gecekondus gibt es auf die jeweiligen Probleme beschränkten Protest gegen die Regierung. Weitergehende Forderungen sind bislang nur bei der Studentenbewegung erkennbar, deren Diskussionen nicht mehr nur die Demokratisierung der Hochschulen, sondern die Demokratisierung der Gesamtgesellschaft zum Inhalt haben.

Die Entwicklung der Basis schafft einen Bruch mit der Staatsmacht, die wiederum versucht, von oben Barrieren gegen eine Demokratisierung zu errichten. Darunter fallen eine Reihe neuer Gesetze, wie das Polizeigesetz, ein neues Moralgesetz, ein neues Wahlgesetz, das die Klausel für das Parlament auf 20 % hochschraubt, um die bürgerlichen oppositionellen Parteien aus dem Parlament fernzuhalten. Auch die Industrie- und Handelskammern sind in ihrem Spielraum eingeschränkt worden, um auch diese Kreise an der Äußerung oppositioneller Meinungen zu hindern. Von oben gibt es also eine entgegengesetzte Tendenz, gegen Demokratisierungsbestrebungen von unten.

Welche Rolle hat das Militär in der jetzigen Entwicklung?

Die Militärs haben nach dem 12. September ein System geschaffen, in dem die staatlichen Entscheidungsgremien, in denen zivile und militärische Bürokraten sitzen, nicht vom Volk direkt gewählt werden. Im heutigen System spielen das Parlament und die Parteien eine zweitrangige Rolle. Die Hauptrolle spielen der Präsident und vom Präsidenten kontrollierte Organe, die mit den Wahlen überhaupt nichts zu tun haben. Das heißt, heute spielt das Militär eine Hauptrolle. Dagegen richtet sich ja auch die Opposition bürgerlicher Kreise.

Es ist aber nicht richtig, den Widerspruch zwischen Militärs einerseits und bürgerlichen Politikern und Parteien andererseits zu sehen. Es ist ein Kampf zwischen zwei bürgerlichen Gesellschaftsvorstellungen. Eine, die sogar von Teilen der bürgerlichen Kräfte, der Großindustrie, ANAP und Militär vertreten wird, stützt die gegenwärtige Verfassung, vertritt ein System, in dem die Staatsmacht nicht alle vier Jahre gewählt wird, sondern außerhalb des Wahlsystems existiert. Dagegen steht die bürgerliche Opposition, die Grundprinzipien der bürgerlichen Demokratie vertritt.

Der Kampf wird geführt zwischen dem Systemverständnis des Militarismus, das mit klassischen bürgerlichen Vorstellungen nichts zu tun hat, und den bürgerlichen Kräften, die für bürgerliche Rechte eintreten (aber inwieweit sie die Rechte der gesellschaftlichen Opposition auf Meinungsfreiheit und Organisation anerkennen, ist eine andere Frage). Trotzdem ist dieser Kampf nicht determiniert, weil es einen weiteren, neuen Faktor gibt, nämlich die sich neu entwickelnde gesellschaftliche Opposition. Es gibt eine Opposition, die in Widerspruch zum herrschenden System steht, aber (noch) nicht von den bürgerlichen Kräften vertreten wird. Von der Radikalität dieser Bewegung wird es abhängen, ob die bürgerlichen Kräfte zu einem Konsens mit den Militärs finden, oder eine Entwicklung ähnlich wie in Spanien oder Griechenland zum Zerbrechen des herrschenden Systems und zu einer bürgerlichen Demokratie führen wird.

Es besteht eine große Gefahr, daß die sich neu entwickelnde gesellschaftliche Opposition von den bürgerlichen Kräften vereinnahmt wird, da die Linke nicht mehr auf der politischen Bühne ist, nicht von der physischen Kraft her, sondern ideologisch noch nicht vorbereitet ist, diese gesellschaftliche Opposition zu vertreten.

Von der heutigen Gesamtkonstellation her betrachtet, ist von dem, was die Militärs mit dem Putsch vom 12. September vorhatten, nurmehr das Skelett übriggeblieben. Das ist das rechtliche System, und selbst das ist von der gesellschaftlichen Opposition und von den bürgerlichen Kräften in die Ecke gedrängt. Die ANAP ist das letzte Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft, die einzige Basis für das neue System, das von der Junta geschaffen wurde. Wenn sie — wie zu erwarten ist — von der politischen Bühne abtritt, kommt etwas Neues. Wie das aussehen wird, weiß niemand, und hängt, wie gesagt, hauptsächlich von der Radikalität der Volksmassen ab. Aber das ganze System der Junta befindet sich heute in einem Zerfallsprozeß, der mit den Wahlen am 6. November begonnen hat.

Dabei muß man Kurdistan getrennt betrachten. Kurdistan ist ein anderes Land. Da herrscht Krieg. Ein von den Militärs ausgegangener Krieg gegen das Volk. Deswegen kann von einem Demokratisierungsprozeß von oben oder von unten nicht die Rede sein. Aber man sollte auch wissen, daß linke Sozialdemokraten und andere bürgerliche Oppositionelle ganz offen in Opposition zu einzelnen Aspekten beispielsweise der Zwangsumsiedlung; der Kurdistanpolitik der türkischen Regierung stehen. Das Wachsen und die Entwicklung der demokratischen Opposition in der Türkei wird natürlich indirekte Auswirkungen auf Kurdistan haben.

Wie ist die Lage der Linken?

Welche Schwierigkeiten haben die Linken? Zuallererst stehen die Linken vor dem Problem, daß die Militärs es geschafft haben, ihre Politik damit zu rechtfertigen, daß sie die Zeit vor dem 12. September als „schwarze Vergangenheit" darstellen, die Militärs eine Basis gefunden haben, auf der sie ohne jeglichen relevanten Protest so leicht die Linke zerschlagen konnte. Durch Propaganda, iedeologische Gehirnwäsche ist erreicht worden, alles, was vor dem Putsch war, schwarz zu malen. Mit dieser schwarzen Zeit soll man abrechnen. Die Militärs machen das so, daß sie Schuldige suchen, in den linken Kreisen. Das Interessante dabei ist, daß auch die bürgerlichen Kräfte diese Logik akzeptieren.

Auch für sie war das, was vor dem 12. September war, schwarz, schlimm, unvertretbar, aber daran hatten sie keine Schuld. Sie treten also nicht gegen das von der Junta geschaffene Bild an, wenden sich nicht gegen die z.T. auch in der Gesellschaft existierenden ideologischen Vorstellungen über Massenmorde, Terroranschläge und Brutalitäten und so weiter, sondern versuchen ihre Unschuld zu beweisen, indem sie wiederum den Linken die Schuld in die Schuhe schieben. Die Linken waren es, die Terroristen ...

Sie bewegen sich dabei auf einer von Schuhe schieben. Die Linken waren es, die Terroristen ...

Sie bewegen sich dabei auf einer von den Militärs geschaffenen Plattform. Das möchte ich besonders betonen, weil hier ein ausgesprochener Schwachpunkt der bürgerlichen Kräfte in der Türkei liegt, die sich ja zum Teil durchaus der Wertschätzung westeuropäischer bürgerlicher Kräfte erfreuen. Daß die bürgerliche Opposition in der Türkei heute in dieser Frage keine prinzipielle Haltung einnimmt, sondern mit derselben Logik wie das Militär an die Frage herangeht und die Linke zu Schuldigen erklärt, grenzt für ihre zukünftigen Systemvorstellungen die Linke aus.

In der Geschichte der türkischen Demokratie, der Republik, wird die Linke seit 1920 als ungeliebter Sohn von der politischen Bühne ferngehalten. Heute weiß jeder Liberale, jeder bürgerliche Demokrat, daß in einer Gesellschaft ein Konsens aller gesellscnaftlichen Kräfte bestehen sollte und niemand der Linken absprechen kann, legitime Vertreterin einer Opposition zu sein, die Bestandteil der Gesellschaft ist. Und daß man diese Kräfte nicht isolieren darf, wenn man eine bürgerliche Demokratie herstellen will.

Aber kommen wir wieder zurück zu den Problemen der Linken. Die Linke muß auf zweierlei Art mit dieser Ideologie kämpfen. Zuerst mit der Logik, einen Schuldigen zu suchen. Wenn man tatsächlich für Demokratie kämpft und für eine Gesellschaft, in der zwischen den verschiedenen Kräften ein Konsens besteht, dann muß man damit beginnen, daß es für gesellschaftliche Probleme keine „Schuldigen" gibt. Alles hat gesellschaftliche Ursachen und man muß sich mit ihnen auseinandersetzen. Die Linke muß sich mit dieser Logik, Schuldige zu suchen, auseinandersetzen und mit der herrschenden Ideologie brechen.

Zum zweiten müssen wir klarmachen, daß wir richtig gehandelt haben vor dem 12. September. Ich meine, vor allem innerhalb der Linken, weil sich eine Tendenz breitmacht in der Linken, alles, was vor dem 12. September war, samt und sonders für schlecht zu halten und der Linken die Verantwortung dafür anzulasten.

Ich will in diesem Zusammenhang eines betonen. Es gab verschiedene linke Strömungen, die auch ich stark kritisiert habe, wie die Revisionisten, also die TKP, die Albanienorientierten sowie kleine radikale Gruppen, die nach meiner Überzeugung keine richtige Politik entwickelt haben. Auch wenn die ganze Politik der Linken falsch gewesen sein könnte, ist das kein Grund, die Entwicklung vor dem Putsch schwarz zu malen und erst recht keine Rechtfertigung für den Militärputsch. Obwohl meiner Meinung nach diese falsche Politik nicht vorherrschend war, selbst wenn sie es gewesen wäre, ist das überhaupt kein Grund, den Militärputsch mit dieser Ideologie, daß eine falsche Politik der Linken zum Faschismus führt, zu rechtfertigen. Das muß zuallererst klar sein. Daß die Linke unter sich eine Abrechnung mit der Geschichte machen muß, ist etwas anderes.

Jetzt komme ich zu den inneren ideologischen Problemen der linken Bewegung, die auch dazu geführt haben, daß es den Militärs so leicht gemacht worden ist, in der Türkei eine Friedhofsruhe zu erzwingen. Was unsere Vergangenheit betrifft, möchte ich betonen, und dabei meine ich nicht nur Devrimci Yol, daß die Widerstandsaktionen der Bewegung verhindert haben, daß die Zivilfaschisten an die Macht kamen. Das ist ein Verdienst der linken Bewegung. Wir müssen dazu stehen, daß unser Kampf gegen die Faschisten richtig war, daß das kein Terrorismus war. Wir haben in allen Bereichen der Gesellschaft diesen Widerstand entwickelt und wir sollten uns vielleicht in dem Sinne kritisieren, daß wir diese gesellschaftliche Opposition nicht so verbreitern konnten, daß die Gesellschaft gegen den Militärputsch hätte bestehen können. Das wäre eine

nicht so verbreitern konnten, daß die Gesellschaft gegen den Militärputsch hätte bestehen können. Das wäre eine

Selbstkritik in dem Sinne, daß wir nicht genug getan haben.

Welche Demokratievorstellungen werden von der Linken vertreten?

Bei den ideologischen Problemen der Linken spielt die Demokratiefrage eine große Rolle. Heute geht es in der Türkei um Demokratie und um das Systemverständnis, um einen Kampf um das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Da haben Teile der Linken große Schwierigkeiten. Man muß heute von drei wichtigen linken Strömungen in der Türkei sprechen: den Moskauorientierten Kräften muß man ein gesellschaftliches Potential zugestehen ebenso wie den Albanien-orientierten Kräften, die zumindest vor dem 12. September ein wichtiges Potential der Linken bildeten, und drittens den undogmatischen linken Kräften, wie Dev Yol. Kräfte wie die TKP und die Albanien-orientierten haben Probleme mit dem Demokratieverständnis. Wie können sie es vereinbaren, heute für Gewerkschaftsrechte in der Türkei oder für das Streikrecht einzutreten, aber gleichzeitig für ein Verbot von Solidarnosc zu sein? Wie können sogenannte linke Kräfte in der Türkei für Demokratie auftreten und z.B. den Abzug türkischer Truppen von Zypern fordern, und gleichzeitig den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan befürworten? Ich betone das deshalb, weil diese Positionen in der Türkei durchaus eine gesellschaftliche Basis haben.

In der ideologischen Verbindung mit dem Kemalismus liegt ein weiteres Problem der Linken im Demokratieverständnis. Wir waren immer gute Partner der Kemalisten und haben in der Geschichte die Demokratie nicht daran gemessen, wieweit die Massen direkt beteiligt waren. Wir haben Fortschritt danach bemessen, ob es vom Programm her fortschrittlich war. Deswegen war für uns der Putsch 1960 ein fortschrittlicher, demokratischer Versuch, die Gesellschaft weiterzuentwickeln. Damit müssen wir uns jetzt auseinandersetzen und in unser Demokratieverständnis aufnehmen, daß die Beteiligung der Bevölkerung, der Volksmassen, das allererste Kriterium ist, Demokratie zu messen.

Das bedeutet zudem eine direkte Auseinandersetzung mit dem Widerspruch zwischen Herrschenden und Beherrschten. Ich nehme an, große Teile der Linken sehen sich als naturgemäße Vertreter des Volkes und erwarten vom Volk, diese Führer zu wählen.

Dieses Verständnis bedeutet aber nichts anderes, als die Ideologie von Herrschern und Beherrschten anzuerkennen und mit der herrschenden Ideologie nicht zu brechen.

Dieses Demokratieverständnis haben einige Gruppen vor dem 12. September in den Stadtteilen praktiziert, innerhalb der Organisation und in den Beziehungen zu der Bevölkerung. Da waren wir, im Türkischen sagt man, als „einziger Vogel", der keine anderen Vögel neben sich akzeptiert, die unumschränkten Herren. Mit dieser Ideologie des Avantgardismus müssen wir uns auseinandersetzen, weil diese Logik kein Abrechnen mit den bürgerlichen Demokratievorstellungen ermöglicht.

Wenn wir das Prinzip von Herrschern und Beherrschten, von „oben" und „unten" nicht infrage stellen, wenn wir nicht für die direkte Vertretung des Volkes selbst auftreten, für Volksorganisationen und Massenorganisationen, dann sind wir vom Inhalt her nicht anders als die bürgerlichen Kräfte und es gibt keinen Grund, daß die Bevölkerung uns und nicht diese wählen sollte. Die Schwierigkeit der linken Bewegung besteht darin, daß wir nur mit der Forderung nach bürgerlich-demokratischen Rechten auftreten und nicht die Beziehung von „oben'. und „unten", die Beziehung von Gesellschaft und Staat, infrage stellen, wir müssen die Forderung erheben, Macht an die Ge-

die Beziehung von Gesellschaft und Staat, infrage stellen, wir müssen die Forderung erheben, Macht an die Ge-

sellschaft zu geben, den Staat demokratisch zu konstituieren und für direkte Demokratie auftreten und das herrschende Staatsverständnis infrage stellen. Weil jetzt bürgerliche Kräfte für Demokratie eintreten, geraten Teile der Linken in Schwierigkeiten. Ihre einzigen Argumente gegenüber den bürgerlichen Kräften ist, diesen Verrat und Lüge vorzuwerfen, weil sie in der Vergangenheit keine Demokraten waren. Dies ist vom Inhalt her die alte Logik: Wir werden die Aufgaben der bürgerlichen Kräfte, die Vollendung der bürgerlichen Revolution, erfüllen, da in der Epoche des Imperialismus die bürgerlichen Kräfte ihre Fortschrittlichkeit eingebüßt haben und nicht mehr in der Lage sind, ihre historische Aufgabe zu erfüllen.

Wenn man nach diesem Etappenmodell denkt, nach dem die erste Aufgabe der Linken ist, die bürgerliche Demokratie, bürgerliche Rechte für die Volksmassen zu gewährleisten, dann verschiebt man auch den Kampf um den Sozialismus auf eine (ferne) Zukunft. Als linke Kräfte müssen wir heute anfangen, prinzipiell andere Demokratievorstellungen zu entwickeln, für direkte Demokratie eintreten, für die Selbstverwaltung des Volkes im Stadtteil, dort, wo wir sind, wo der Kampf sich entwickelt. Das bedeutet auch, es nicht nur mit einer Demokratiefrage zu tun zu haben, sondern mit einer umfassenden Vorstellung eines gesellschaftlichen Befreiungsprozesses.

Deswegen müssen wir als Linke ein Programm entwickeln, das das Machtproblem nicht nur im politischen Bereich ansiedelt, nach dem Motto: Alles an die Macht (und dann sehen wir weiter), sondern auf allen Ebenen der Gesellschaft direkte Vertretungsformen, direkte Organisationsmöglichkeiten entwickelt, die unseren Vorstellungen einer anderen Gesellschaft entsprechen. So eine gesellschaftliche Vorstellung soll radikal auftreten, Sozialismus nicht auf morgen verschieben, die totale Trennung von bürgerlicher Demokratie einerseits und Sozialismus andererseits aufgeben und endlich Abschied nehmen von der Etappentheorie. Sozialismus ist etwas, für das wir heute kämpfen, also für Emanzipation, wie man im Westen sagt.

Emanzipatorische Bewegungen auf allen Ebenen der Gesellschaft, in allen Bereichen des Lebens und nicht beschränkt auf die politische Ebene und überall für direkte Entscheidungsprozesse kämpfen, für die Methoden und Abläufe entwickelt werden müssen. In diesem Sinne radikale Forderungen zu stellen bedeutet, Radikalität nicht in den Mitteln, sondern in den Inhalten zu propagieren.

Wir stehen heute vor einer neuen Phase in der Türkei. Jetzt beginnt ein neuer Diskussionsprozeß in der Linken, wie immer zuerst um Organisation und Parteifragen, aber das wird darüber hinaus gehen.



Ausdruck der Studentenproteste: Die sozialdemokratische Wochenzeitschrift „Nokta" mit einer Montage des Vorsitzenden des Hochschulrates YÖK, Dogramaci, auf dem Titel (23.3.86). Herr Drogamaci klagte gegen Nokta auf eine Milliarde Lira Schadensersatz ...

Die Kritik des westdeutschen Revanchismus verbessern!

Anmerkungen zu einem Artikel im Arbeiterkampf 267

e. schreibt im AK 267, daß die Volksfront den Begriff des Revanchismus weit über das hinaus ausdehnt, „was gemeinhin darunter verstanden wird". Gemeinhin wird unter Revanchismus eine Politik verstanden, die auf Rückgewinnung der in einem Krieg verlorenen Gebiete mit militärischen und/oder friedlichen Mitteln gerichtet ist. Seit Bestehen der BRD ist diese „Rückgewinnung" Verfassungsgrundsatz und Verfassungsauftrag und damit Dreh- und Angelpunkt aller westdeutschen Außenpolitik. Die Position des „Offenseins der deutschen Frage" zielt auf die Liquidierung der DDR und eine Revision des status quo in Europa. Die jüngst erhobene Drohung von Bundeskanzler Kohl im „Bericht zur Lage der Nation", die deutsche Frage sei offen, bedeutet eine ständige Bedrohung der Staaten Osteuropas.

Die von e. ein wenig krampfhafte Beschreibung, es habe sich in den letzten Jahren keine Zunahme revanchistischer Aktivitäten gegeben, überzeugt nicht. Es hat Änderungen gegeben. Sie wurden von der jetzigen Bundesregierung eingeleitet. Gleich nach dem Antritt der Regierung erklärte Innenminister Zimmermann: „... Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Regierung nicht geben." (Deutscher Ostdienst, Bonn 3/1983) Das waren neue Töne aus Bonn nach zehn Jahren sozialdemokratischer Ostpolitik und eine Ermunterung anderer revanchistischer Kräfte und auch der Faschisten. Die Bundesregierung verstärkte die Förderung des Revanchismus. Von 1983 bis 1985 wurde der Etat des „Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen" von 458,3 auf 623,4 Mio. DM erhöht. Aus dem Etat des Bundesinnenministeriums fließen weitere Gelder, vor allem für „ostdeutsche Kulturarbeit". Ein Netz von „ostdeutschen Landesmuseen" wird seit 1981/82 aufgebaut. Keine größere Veranstaltung der Vertriebenenverbände verstreicht, ohne daß dort Regierungsmitglieder sprechen. Revanchistische Propaganda wird mit regierungsoffizieller Unterstützung an die Schulen gebracht.

Der Rüstungshaushalt steigt von Jahr zu Jahr, und der Wehrdienst wird verlängert. Wir können nicht ein Problem entdecken, daß der Begriff des Revanchismus „strapaziert" wird — wie es e. der Volksfront vorwirft. Im Gegenteil: Die Mobilisierung der Revanchisten muß stärker gestört werden. Öffentliche Auftritte der Reaktionäre sollen angegriffen werden — auch wenn es sich „nur" um „ostdeutsche Kulturgruppen" auf dem Hamburger Rathausplatz handelt. Der großdeutschen Propaganda muß mit der Forderung nach der Anerkennung der Grenzen entgegengetreten werden, um deutlich zu machen, daß die Zerschlagung des Deutschen Reiches 1945 ein Fortschritt war und die jetzigen Grenzen ein guter Zustand für die Staaten Osteuropas und die Lohnabhängigen in der BRD.

Revanchismus und europäische Einigung — ein Gegensatz?

Die Diskussion auf dem Seminar der Volksfront Anfang Februar in Hamburg drehte sich vor allem um „Europa". Die Fragestellung, die wir aufwarfen, hieß: Ist der Patriotismus heute in der Bundesrepublik erfolgreich zu bekämpfen, ohne Kritik der osteuropäischen Einigungspolitik! Wir meinen, daß die Parole von der „Europäisierung der deutschen Frage" heute alle revanchistischen Bestrebungen von den Faschisten bis zur SPD zusammenführt. Ist das zu grob, zu vereinfacht, wie e. im AK kritisiert? Ich meine nicht. Auch wenn es zwischen NPD, CDU und SPD unbestritten unterschiedliche Positionen und Begründungen gibt — ein „starkes und freies Europa" fordern sie alle und meinen damit eine großdeutsche Neuordnung Europas:

— Die NPD schreibt in ihren Düsseldorfer Thesen von 1973: „Europa (muß) den ihm gebührenden eigenständigen Platz wiedergewinnen ... Ein Europa der Europäer wird auch dem deutschen Volk seinen Anspruch auf seinen Teil dieser gemeinsamen Freiheit verwirklichen können." Der neue Programmentwurf hält an diesen Aussagen fest und bekräftigt sie.

— Die Faschisten, die sich Nationalrevolutionäre nennen, sprechen von „europäischer Nationalpolitik unter deutscher Führung".

— Die Neokonservativen propagieren die „Dekolonialisierung Osteuropas" als Beitrag zur Befreiung Europas.

— CDU-Bundesminister Windelen antwortete auf eine Frage im Deutschland-Archiv 6/1985: „Wenn ich für Selbstbestimmung bin, dann muß ich auch für entsprechende Grenzen eintreten (...) Durch eine europäische Friedenslösung eröffneten sich riesige Märkte und Möglichkeiten. Europa ist jetzt nur zur Hälfte frei. Das gilt auch für den Wirtschaftsaustausch. Gerade der gemeinsame Markt hat in Westeuropa zu einer intensiven Entwicklung geführt. Ein noch größerer Markt, ganz Europa umfassend, würde noch weitere Möglichkeiten bieten."

— Und der Bundesgeschäftsführer Glotz in seinem „Manifest für eine europäische Linke": „Europa wird nur eine selbstbewußtere Rolle spielen können, wenn es eine neue Partnerschaft von West- und Osteuropa zustande bringt. Grundlage einer solchen Partnerschaft ist die Garantie der bestehenden Grenzen ... aber gleichzeitig auch die Einsicht, daß das Verlangen dieser Völker nach Freiheit und Würde nicht erloschen ist ... Wir brauchen eine *zweite* Ostpolitik."

Zusammengefaßt: Die „Europäische Einigung" ist *das* Konzept der westdeutschen Reaktion zur Veränderung des status quo in Europa. Nicht eindeutige Positionen gegenüber dieser Politik machen die Linke nur hilflos. Warum betont e. im AK immer wieder den Unterschied zwischen dem „klassischen deutschen Nationalismus" der 60er Jahre und einer Politik mit dem Primat Europa? Ist eine solche Politik nicht revanchistisch? Oder weniger revanchistisch? Ist Revanchismus und europäische Einigung ein Gegensatz? Bleibt bei der Europapolitik irgendetwas fortschrittliches oder ist die „europäische Einigung" ein durch und durch reaktionäres Konzept? Das sind Fragen, die wir dem Arbeiterkampf stellen wollen.

Speziell die BRD verfolgt mit ihrer Europapolitik die Absicht, endlich die Kriegsziele des 1. und 2. Weltkrieges zu erreichen. Als stärkste Militärmacht in Westeuropa und ökonomisch führende Kraft in der EG kann sie auch damit kalkulieren, die Früchte eines erfolgreichen Waffenganges zu kassieren. Die BRD-Imperialisten wären die Kriegsgewinnler Nr. 1 — und nicht etwa die USA oder jemand anderes.

Die Reaktion arbeitet an den Voraussetzungen für die „Befreiung" Osteuropas!

e. betont in seinem Artikel, daß der Reaktion „griffige Formeln" für eine Revisionspolitik fehlen und sie nicht so weit ist, wie sie gerne wäre. Das sehen wir auch so! Aber: ist nicht gerade das Thema „Europa" ein Feld, auf dem die Reaktion dabei ist, griffige Formeln erfolgversprechend zu entwickeln und wirksam zu propagieren? Der CDU-Politiker Dregger hat in seinem Aufsatz „Sicherheitspolitische Aspekte der deutschen Frage" (in: Deutschland-Archiv 1/1985) dafür ei-

und wirksam zu propagieren? Der CDU-Politiker Dregger hat in seinem Aufsatz „Sicherheitspolitische Aspekte der deutschen Frage" (in: Deutschland-Archiv 1/1985) dafür ei-

ne Richtung angegeben: „In der Regel ist die Sowjetunion unterschätzt worden. Daß Hitler glaubte, das Patt im Westen 1940/41 durch einen Blitzkrieg gegen die Sowjetunion ausräumen zu können, war abenteuerlich. Daß dieser Krieg von Hitler zudem nicht als *Befreiungskrieg* (Hervorh. vom Verf.), sondern als Eroberungskrieg konzipiert wurde, war ebenso dumm wie verbrecherisch." Bundespräsident von Weizsäcker hat diese Idee eines Befreiungsfeldzuges gen Osten dann zu einer auserwählten (Friedens-)Aufgabe der Deutschen weitergesponnen: „Einheit der Europäer heißt ... ein gemeinsamer Weg zu einem menschenwürdigen Fortschritt der Geschichte. Die deutsche Frage ist in diesem Sinn eine europäische Aufgabe. Für ein solches Ziel in Europa ... zu wirken, ist vor allem Sache der Deutschen ... Erst wenn wir zur Gerechtigkeit überall beitragen, dann helfen wir wirklich, den Weg zum Frieden zu ebnen." (Weizsäcker auf dem evangelischen Kirchentag 1985) Das klingt zugegeben etwas anders als Artikel aus dem „Schlesier", in denen von Panzerdurchmärschen an den Ural fabuliert wird — aber bestehen Unterschiede in der Zielsetzung?

Jedenfalls ist die Weizsäcker-Propaganda bereits so „griffig", daß er auf dem Kirchentag für die Propaganda von Kriegszielen (Gerechtigkeit schaffen durch die Beseitigung von Grenzen) gefeiert wurde. Fatalerweise meinen auch Linke, daß dies nicht so schlimm sein kann, nur weil Hupka und Czaja bestimmte Passagen der Weizsäcker-Rede kritisierten. Gefährlich ist diese Propaganda vor allem auch, weil gewisse objektive Grundlagen vorhanden sein müssen, damit sie so wirksam sein kann wie es von Weizsäcker demonstriert. Wer kann schon Beifall spenden, wenn er als „Deutscher" aufgefordert wird, überall in der Welt für Gerechtigkeit zu sorgen? Leute, die hier nicht genug zu essen haben, wohl kaum. Für uns ist die Bemerkung im „Kommunistischen Manifest" immer noch zutreffend: die Besitzlosen haben kein Vaterland. Patriotische Neigungen entstehen mehr bei Leuten, die gewisse Möglichkeiten zur Eigentumsbildung haben und Interessen entwickeln, dieses Eigentum zu mehren, zu verteidigen, auszudehnen ... Und offensichtlich muß unter Leuten, die auf Kirchentage reisen, Menschen, die Frieden und Natur bewahren wollen, ein Boden für Patriotismus entstanden sein, sonst wäre der Erfolg Weizsäckers dort nicht erklärlich. Auf diesem Boden hat Weizsäcker jedenfalls angefangen, systematisch zu pflügen und zu säen. Da die Bundesregierung diese Anhangbildung der Reaktion z.B. mit ihrer Steuerpolitik fördert, kann die Linke nicht hoffen, daß es sich um eine Erscheinung handelt, die von alleine vorübergeht. Die antifaschistische Linke muß diese Anhangbildung der Reaktion stören!

SPD und Europa

Das zweite zentrale Thema auf dem Seminar der Volksfront war die Politik der SPD, genauer deren Europapolitik. Darüber würden wir gerne weiter mit dem KB diskutieren, weil es doch ein praktisches Erfordernis des antifaschistischen Kampfes ist, die Kritik an der SPD zu verbessern. Glotz legt in seinem „Manifest für eine europäische Linke" ein großdeutsches Programm vor, das an schlimme Traditionen der „Neuordnung Europas" anknüpft — so lautete unsere These auf dem Seminar. Der Versuch, diesem Programm eine sozialdemokratische Anhängerschaft in den Gewerkschaften und den Mittelklassen zu verschaffen, muß bekämpft werden.

Glotz spricht in seinem Buch nicht davon, daß Europa in Klassen gespalten ist, daß die BRD ökonomisch und militärisch die EG beherrscht und sie danach strebt, sich weitere Märkte und Arbeitskräfte anzueignen. Der Zusammenhang zur Europapolitik der Faschisten wäre zu deutlich. Auch der Zusammenhang zu den beiden Weltkriegen, die von den deutschen Imperialisten als europäische Einigungskriege geführt worden waren, wäre zu offensichtlich. Nein, Glotz propagiert Europa als eine Supermacht der Wissenschaft und Kultur. Er macht der Intelligenz große Versprechungen. In Glotzens „Manifest" heißt es dazu: „Kann die europäische Linke die geistig-moralischen Erstickungsanfäl-

senschaft und Kultur. Er macht der Intelligenz große Versprechungen. In Glotzens „Manifest" heißt es dazu: „Kann die europäische Linke die geistig-moralischen Erstickungsanfäl-

le, unter denen wir leiden, überwinden? Kann sie sich lösen von der tragischen Erinnerung, daß Demokratie und strikter Sozialismus bisher nicht gemeinsam realisiert werden konnten? Kann sie sie eingewurzelten Vorurteile gegen die als gefährlich empfundene Phantasie des Unternehmers und den Prozeß der schöpferischen Zerstörung, den er durch neue Ideen und Produkte auslöst, abbauen und gleichzeitig den keineswegs an sein Ende gekommenen Kapitalismus auf ein neues Leitbild der Investitionen, eine Strategie des qualitativen Wachstums, eine ökologische Buchhaltung verpflichten? Kann sie die alte Lagermentalität überwinden und bündnisfähig werden für neue soziale Bewegungen wie für Kernschichten des produzierenden, arbeitenden europäischen Kapitals?" So stellt Glotz sich den Weg zu einer „europäischen sozialen Demokratie" vor.

Dieses von Glotz propagierte Europa soll ein Eldorado für die Mittelklassen sein. Sie soll im Bündnis mit dem Kapitalisten für qualitatives Wachstum ringen, auf Ökologie achten, die soll sich in aufklärerischer Tradition frei entfalten können, um den Kapitalismus europaweit zu entfalten und zu bewahren. Insofern ist das Buch von Glotz ein Beitrag der SPD zur Zersetzung der Grünen, um antikapitalistische Bestrebungen in der Mittelklasse abzufangen.

Ob das nun der Sparte Revanchismus zuzurechnen ist oder nicht; es ist jedenfalls ein Beitrag der SPD zur Politik: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen! Es ist reaktionäre Propaganda, gedacht für Leute, bei denen Neigungen vorhanden sind, nicht ausschließlich sozial zu denken und zu handeln, sondern national oder deutsch.

Was bliebe, neben gründlicher Kritik daran, zu tun? Die Arbeiterklasse verhindere — so Glotz — durch ihren Kampf gegen die Flexibilisierung die „Modernisierung", und so ist der Kampf gegen die „Soziale Demokratie als europäisches Programm" gerichtet. Das sei hoffnungslose Blockadepolitik. Was bleibt den Antifaschisten anderes, als diese Kämpfe zu unterstützen, um einen Beitrag gegen die Volksgemeinschaftsbestrebungen der Reaktion zu leisten.

ana, Volksfront

Sudentendeutscher Tag in München

Am 17./18. Mai findet in München der 37. Sudetendeutsche Tag statt, zu dem 150.000 Teilnehmer erwartet werden. Zum ersten Mal wird ein Bundeskanzler auf dem Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) sprechen.

Nachdem Kohl letztes Jahr zusammen mit Hupka und Czaja eine Riesendebatte um das Motto des Schlesiertreffens entfacht hatte, um die „Offenheit der deutschen Frage" herauszustreichen, erscheint es sinnvoll, sich das „Motto" des Sudetendeutschen Tages genauer anzusehen. Es heißt: „Gerechtigkeit schafft Frieden". Der harmlose Klang der Losung beim ersten Hinhören ergib sich aus den zwei positiv besetzten Substantiven, sollte aber nicht über den aggressiven Kern der Aussage hinwegtäuschen. Der Sprecher der SL und Strauß' Schirmherrschaftsminister Neubauer argumentiert in der „Sudetendeutschen Rundschau": Im „Jahr des Friedens" müsse überlegt werden, was **echte** Friedenspolitik bedeute. „Gerechtigkeit schafft Frieden ... mit diesem Motto heben wir erneut auf einen Grundgedanken ab, der hinter allen Anstrengungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft steht: Das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Heimat als unerläßliche Bestandteile einer internationalen Friedensordnung geltend zu machen".

Das „Unrecht der Vertreibung" müsse im Rahmen der „Befreiung" Osteuropas beseitigt werden. Ganz im Sinne von Strauß: „Für uns endet Europa nicht an Elbe und und Böhmerwald ... Der jahrzehntelange ungebrochene Einsatz der sudetendeutschen Volksgruppe für ihr Heimatrecht, für ihr Selbstbestimmungsrecht ist deshalb keineswegs nur der egoistische Kampf um eigene Rechte ... Wir wollen ein kraftvolles, in Freiheit geeintes Europa".

Zurecht registriert das SS-HIAG-Organ „Der Freiwillige" (9/84) eine „geistige Wende ... Nicht mehr Frieden um jeden Preis, sondern Frieden in Freiheit ist die bestimmende Parole". Die Friedens**demagogie** kommt kraß zum Ausdruck in dem Satz von Neubauer auf dem Sudetendeutschen Tag 1984: „Die Landsmannschaften (seien) schon seit 1950 die größte Friedensbewegung überhaupt gewesen". Die zitierte geistige Wende bestätigt im übrigen gerade die verstärkte Unterstützung der Vertriebenenverbände durch die Bundesregierung. Windelen in der Debatte zur Lage der Nation 1984: „Wir haben auch die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Vertriebenen aus dem Rang des Nebensächlichen gehoben und versprechen uns ... eine Bereicherung der deutschlandpolitischen Situation". Neben Kohl nimmt am Sudetendeutschen Tag '86 auch Kanzlerberater Teltschik mit einem Vortrag zur deutschen Außenpolitik teil. Und natürlich ist Schirmherr Strauß dabei.

Eine Provokation besonderer Art sind zwei Veranstaltungen des Witikobundes zum Thema „Gerechtigkeit schafft Frieden" im Sudetendeutschen Haus, angekündigt in der „Sudetendeutschen Rundschau": Am 13.5. referiert der österreichische Nationalratsabgeordnete Prof. Dr. Felix Ermacora und am 14.5. CSU-MdB Hans Klein (im Festführer ist diese Veranstaltung angekündigt unter dem Thema: Das Sowjetimperium und die Zukunft Europas). Zur Erinnerung: Der Witikobund wurde 1949 als Geheimbund gegründet von ehemaligen Angehörigen und Funktionären der faschistischen Henlein-Partei des Sudetenlandes. Zu den bis 1.000 Mitgliedern dieser reaktionären Kadertruppe gehörten z.B.

— als Vorstandsmitglied Ernst Anrich, NPD-Mitbegründer und Verfasser des Parteiprogramms, vormals SS-Untersturmbannführer

— Herbert Böhme, Gründer des berüchtigten „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes" und Mitinitiator der Aktion Widerstand, vormals Hauptschriftleiter in der NSDAP-Reichsleitung und in der obersten SA-Führung zuständig für kulturelle Belange.

Auch die CSU ist im Witikobund vertreten, z.B. durch Siegfried Zoglmann, Ex-MdB, heute Vorstandsmitglied der Sudetendeutschen Stiftung, vormals HJ-Funktionär.

Der 2. Bundesvorsitzende des Witikobundes, Jörg Kudlich, ist bezeichnenderweise Bundesvorsitzender der SL.

Die Sudetendeutsche Stiftung ist Träger des Sudetendeutschen Hauses, das am 14.12.85 als bundesweite Propagandazentrale offiziell eingeweiht wurde und am heurigen Pfingsttreffen ganz im Zentrum des Geschehens steht.

Sie wurde 1970 vom Freistaat als Stiftung des öffentlichen Rechts gegründet. Vorsitzender im Stiftungsrat ist Strauß, Stellvertreter Neubauer. Im Lauf der Jahre flossen der Stiftung erhebliche Mittel durch das Westvermögensabwicklungsgesetz zu. Die 22 Mio. DM für das Sudetendeutsche Haus wurden schließlich wie folgt finanziert: 11,5 Mio. vom Freistaat Bayern, 3 Mio. von der Bayerischen Landesstiftung und durch hohe Zuschüsse von Kommunen. Der Rest wurde erbracht aus Erträgen des der Sudetendeutschen Stiftung zugeflossenen Vermögens.

Im Sudetendeutschen Haus sind vertreten: Adalbert-Stifter-Verein, Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Erzieher, Collegium Carolinum, Sudetendeutsche Akademie der Wissenschaften und Künste, Sudetendeutsche Landsmannschaft Bund, Land und Kreis, Sudetendeutsche Jugend — Bund, Sudetendeutscher Rat, Sudetendeutsches Sozialwerk, Sudetendeutsches Archiv, Verlagshaus Sudetenland.

Karl-Heinz Ziegler

"Die Zange mit den drei Backen"

Positionen vom "Widerstandskongreß", 31.1.-3.2.86 in Frankfurt

„Es geht um die Organisierung der internationalen Diskussion“, hatten die Initiator/inn/en des von ihnen so getauften Widerstandskongresses geschrieben. Über 500 Interessierte kamen.

Ungewöhnlich für die Gewohnheiten dieser Szene, verteidigten sie als erstes ihr demokratisches Recht auf freie öffentliche Versammlung und Diskussion. (Wir berichtete darüber in AK 267, S. 22)

Ungewöhnlich auch, lagen mehr als reichlich fotokopierte Diskussionspapiere vor, mindestens 500 Blatt von mehr als 5 verschiedenen Gruppen:

Zusammenfassungen der aktuellen RAF-Positionen zum einen, Kritikpapiere älteren und aktuellen Datums zum andern.

Bei der gegebenen Mischung aus gewollter Konspiration und üblicher Szene-Schlampigkeit auf und rund um den Kongreß ist uns eine genaue Zuordnung von Autor/inn/en zu bestimmten Gruppen nicht möglich, im übrigen auch unnötig. Entscheidend ist, daß in der Szene entgegen mancherleuts festgefahrener Meinung heiß diskutiert wurde, wo's lang geht bzw. lang gehen soll. Die „Front“ festigt sich, meinen die einen. Die heutige Generation der RAF muß sich politisch legitimieren, meinen die andern. Jedenfalls steht revolutionärer Anspruch in der Debatte, und zwar heftig.

Die Hauptlinie dieser Auseinandersetzung wollen wir anhand der Kongreßpapiere vorstellen. Unabhängig davon, ob und wie die zur Diskussion stehenden Probleme auf dem Kongreß beantwortet wurden, sind es doch Fragen, die auch die übrige Linke z.Zt. nicht oder nur durch Anpassung gelöst hat. Grund genug also, genau hinzusehen, was da läuft.

Laut Ankündigung der Initiator/innen/en war der Kongreß der fällige neue Schritt, um die seit dem Hungerstreik der RAF-Gefangenen 84/85 entstandenen Mobilisierungsimpulse einer europäischen „revolutionären Front“ politisch zu vertiefen und weiterzuentwickeln.

Wichtig für diese Vorstellung, schrieben sie in ihrem Einladungsflugblatt, „*waren die Erfahrungen während des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand im letzten Winter: Der gemeinsame Kampf von Guerilla, Widerstand und Gefangenen, in dem die revolutionäre Front für viele greifbar geworden ist, und die starke internationale Mobilisierung, die die nationalen Grenzen schnell durchbrochen hat — von Spanien bis Griechenland.*“

Mensch erinnert sich: Der am 4.12.84 begonnene Hungerstreik der RAF-Gefangenen zog um die Jahreswende 84/85 und in den ersten Monaten 85 eine Welle von größeren und kleineren Anschlägen hauptsächlich in Frankreich und der BRD nach sich. RAF und die französische „ACTION DIRECTE“ (im Folgenden: AD) erklärten in einem gemeinsamen Papier die „westeuropäische Front“ für eröffnet. Die Gefangenen der RAF brachen am 1.2.85 den Hungerstreik mit der Erklärung ab, das konkrete Ziel nach Zusammenlegung hätten sie zwar nicht erreicht, aber nach den großen Mobilisierungserfolgen sei der Streik über „*die ebene eines kampfes von Gefangenen um ihre lebensbedingungen raus*“. Nach dem „*Durchbruch zur westeuropäischen Dimension revolutionärer Praxis*“ sei jetzt der strategische Gegenschlag der NATO sicher zu erwarten, und zwar gegen das schwächste Glied, sie selbst, die Gefangenen, „*weil sie uns haben.*“ Die Forderungen nach Zusammenlegung blieben für sie auch zukünftig existentiell. Unter den Bedingungen der qualitativ neuen Konfrontation: „*westeuropäische guerilla — gesamtimperialistische räson*“ sei es aber richtiger, ihr Leben als Gefangene durch Abbruch zu schützen, um in Zukunft auf „neuer Grundlage“ um die „einheit des widerstandes“ im „internationalen klassenkrieg“ kämpfen zu können. (Anm.1)

„77 ist ein Einschnitt..“

„77 ist ein Einschnitt..“

Im Sinne dieses Grundverständnisses lagen, um es so auszudrücken, zwei offizielle Papiere vor:

Erstens: Ein gut 60seitiger Reader mit fotokopierten Textauszügen und Erklärungen der RAF von '71 bis heute.

Zweitens: Gut 100 Seiten „Arbeitspapier und Material“ unter dem Titel „Frontabschnitte im internationalen Klassenkrieg.“

Der Reader enthält einige Auszüge von Texten aus den Gründungsjahren der RAF, so die quasi-Gründungserklärung des „Konzept Stadtguerilla“ aus der Feder von Ulrike Meinhof, so eine weitere Standortbestimmung der neugegründeten RAF anläßlich der Chemiestreiks '71, so eine Agitationsschrift für den Aufbau der „Roten Armee“ anläßlich der „Aktion des Schwarzen September“ von 1972. (Anmerkung 2)

Die Auszüge ermöglichen allerdings weniger ein Studium der Gründungstheoreme der RAF. Sie dienen offenbar eher der Verdeutlichung einer neuen Etappe der RAF-Entwicklung seit 1977.

Ein vorangestelltes Zitat aus einem in dem Reader enthaltenen Positionspapier der RAF von 1982 gibt dafür auf der ersten Seite die programmatische Einstimmung: „*Wenn man so will, unterscheidet sich unsere aktionslinie bis 77 von der jetzt darin, daß es bis 77 immer auf das ankam, was direkt zum bewaffneten kampf gekommen ist oder diesen schritt vorbereitet hat und daß es jetzt darauf ankommt, daß guerilla, militante und politische kämpfe als integrale komponenten im perspektivischen fluchtpunkt der zu entfaltenden metropolenstrategie zusammenkommen.*“ Kurz: Bis '77 wurde die RAF aufgebaut. Seit '77 agiert sie.

Damit es jeder versteht, wird dieses Zitat durch jene — ebenfalls vorangestellte — Erklärung ergänzt, mit der 1982 einige Mitglieder des ‚2. Juni' nach dessen Selbstauflösung der RAF beitraten. Diese, mancher/m vielleicht noch in der Erinnerung haftende, berüchtigte Selbstkritik formulierte damals exemplarisch und offensichtlich bis heute als gültig anerkannt die Konsequenzen, die die illegal und bewaffnet operierenden Linken in der BRD aus dem Stammheim-Schock zogen:

„*77 ist ein Einschnitt*“, schrieben sie, „*sowohl in der Entwicklung der imperialistischen Strategie als auch in der Bestimmung der Metropolenguerilla.*“

Seit Mogadishu und Stammheim sei Europa unter BRD-Führung „*Projekt und Modell des Imperialismus in der Krise gegen die Befreiungskämpfe der 3. Welt und in der Metropole Westeuropa. Der bedingungslose Einschluß Westeuropas in die US-Militärstrategie und die Militarisierung der Metropolenstaaten nach innen über einen tendenziell einheitlichen Apparat ist die Reaktion der Imperialisten auf die zunehmende Gleichzeitigkeit der revolutionären Kämpfe weltweit.*“ Und damit das klar ist: „*Die Kriegsvorbereitungen zielen nicht auf die Aufteilung der Welt unter imperialistischen Kontrahenten. Ihr Inhalt ist Revolution oder Konterrevolution — und so der Abschnitt der Konfrontation, an dem die Entscheidung laufen wird.*“

Dieser politischen Einschätzung der

Abschnitt der Konfrontation, an dem die Entscheidung laufen wird.“

Dieser politischen Einschätzung der

Nach-Stammheim-Ära entsprach die Verarbeitung der Stammheim-Erfahrungen für die eigene neue Strategie. Nach selbstkritischer Verurteilung der von ihnen bis dahin angeblich verfolgten „*spalterischen*“ und „*populistischen Linie ohne politische Orientierung*“ definierten die RAF-Neulinge: „*Es ist nie die Aufgabe der Guerilla, sich der Bevölkerung gefällig zu zeigen, um ihren Beifall zu bekommen, sondern — in einem Land, in dem der Nazi-Faschismus und die vom US-Imperialismus eingebundene Sozialdemokratie die Arbeiterklasse um jede proletarische Organisation gebracht haben — die vorderste Front zu sein, die zentralen politischen Widersprüche durch den bewaffneten Angriff zu eskalieren, um den Staat in die politische Krise zu treiben.*“

Voila — das RAF-Konzept nach '77, wie es dieser Reader auf dem „Widerstandskongress“ 1986 als Geleitwort anbot.

Vom Papiertiger zum Gesamtsystem

Angesichts dieser Einleitung ist die Nachkopie von Teilen des „Konzept Stadtguerilla“ seitens der Verfasser/innen des Readers wohl eher eine Aufforderung zur Nostalgie als zur theoretischen Auseinandersetzung. Seht her! Damals mußten sie Stadtguerilla noch als „revolutionäre Interventionsmethode von insgesamt schwachen revolutionären Kräften“ definieren. Damals mußten sie erklären, Stadtguerilla ziele darauf, „*den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zu zerstören.*“

Aber das war eben alles vor „77“. Das war alles, bevor sich das „*imperialistische Gesamtsystem, mit seinem Kern, der politisch-militärisch-ökonomisch konzipierten machtstruktur der nato*“ in der Reaktion auf die „Offensive der RAF 77“ und vor dem Hintergrund der Restauration des US-Imperialismus nach dessen Niederlage in Vietnam, Iran, Türkei usw. formierte. Seit '77 ist dieses „*Gesamtsystem*“ zur Entscheidungsschlacht angetreten, „*weil es keine perspektive mehr vermitteln kann und der umsturz an verschiedenen brennpunkten möglich wird.*“ Seit '77 „*hängen alle Fronten so nah zusammen*“, daß das „*Gesamtsystem*“ keine mehr aufgeben kann, „*ohne sein ende zu antizipieren, ohne daß sich die alten formen von zurückversetzten linien wie entspannungspolitik, nord-süd-dialog und reformismus in einer totalisierung des kriegs auflösen, der alle regionen und lebensbereiche umfaßt.*“ So und ähnlich kann mensch es in dem Reader in diversen Variationen lesen.

Zwar nannte die RAF den Imperialismus in 1971 im „Konzept Stadtguerilla“ Mao-Tse-Tung folgend schon einen „Papiertiger“, der taktisch drohe, aber strategisch zum Untergang bestimmt sei, „*weil an allen Ecken der Welt der Kampf gegen ihn geführt wird*“ und er notwendig seine Kräfte zersplittere. Zwar hielt die RAF den Imperialismus auch 1971 schon für „*der Tendenz nach faschistisch*“, ebenso die Verhältnisse in der BRD. Aber sie sah Imperialismus noch nicht

„*der Tendenz nach faschistisch*“, ebenso die Verhältnisse in der BRD. Aber sie sah Imperialismus noch nicht

als einheitlichen Block, ebensowenig wie die Kämpfe gegen ihn als einheitliche Front. Damals konstatierte sie auch noch einen minimalen Legalitätsspielraum des Imperialismus, wenngleich sie schon formulierte, daß SPD-Politik nur versteckter Faschismus sei, der durch die akute Zuspitzung der imperialistischen Krise unaufhaltsam und sehr schnell umkippen werde.

Mit dieser Einschätzung lag die RAF allerdings noch durchaus im Trend damaliger Nach-APO-, speziell ML-orientierter Sichtweisen, die die SPD z.T. explizit zum Hauptfeind erklärten. Was die Erwartung schneller Krisenzuspitzung und drohender Faschisierung anbetrifft, gilt das auch für den KB. Die RAF zog aus ihrer, wie wir es damals charakterisierten, „*insgesamt skeptischen Einschätzung der Lage*“, allerdings sehr andere Schlußfolgerungen für die Möglichkeiten von Politik als z.B. der KB oder andere Teile der von der RAF sog. legalen Linken. (Anm. 3)

Aber schon in der Agitationsschrift zum „Schwarzen September“ von 1972 sind die anfänglich durchaus noch erkennbaren Differenzierungen verloren: „*Der Imperialismus ist die Einheit,*“ heißt es da klotzig als Überschrift und konsequent folgt: „*Er ist das System, das sich der politischen Form des Rechtsstaats ebenso bedient, wie der des Faschismus. Er hebt diese Widersprüche nicht auf, er* **koordiniert** *(Hervorh. — AK) sie nur, spielt sie gegeneinander aus, integriert sie als verschiedene, aufeinander abgestimmte Kapitalverwertungsbedingungen für seine Konzerntöchter.*“

Da ist von der Differenzierung zwischen taktischer Stärke, strategischer Schwäche, wie sie der Definition von Mao-Tse-Tungs Papiertiger-Bild entspricht, nichts mehr geblieben. Die Tendenz der RAF zur Verkürzung von politischer Entwicklung auf das Handeln omnipotenter internationaler Drahtzieher-Zentren wurde bereits unübersehbar.

Hieß es im „Konzept Stadtguerilla“ noch: „*Wir setzen nicht auf die spontane antifaschistische Mobilisierung durch Terror und Faschismus selbst.*“ Stadtguerilla stelle die „*Verbindung zwischen legalem und illegalem Kampf, zwischen nationalem und internationalem Kampf, zwischen politischem und bewaffneten Kampf, zwischen strategischer und taktischer Bestimmung der internationalen kommunistischen Bewegung*“ her. Wurde in der Analyse des Chemiestreiks '71 seitens der RAF — wie derzeit übrigens auch von anderen Linken, auch dem KB — eine „*Militarisierung der Klassenkämpfe*“, konstatiert, so wurden evtl. Schlußfolgerungen aus dieser Erkenntnis doch noch mit den Worten eingeschränkt: „*Es ist nicht die Frage, ob wir die reaktionäre Militarisierung wollen oder nicht, es ist die Frage, ob wir die Verhältnisse, die sie zur faschistischen Militarisierung zwingen, zur revolutionären Mobilisierung ausnutzen können, ob es uns gelingen kann, die reaktionäre Mobilisierung in eine revolutionäre umzuwandeln.*“

Seit '77 sind auch diese letzten Differenzierungen dahin. Die Begriffe, mit denen die RAF heute die „*neue Phase*“ seit „77“ beschreibt, die Strategie, die während des letzten Hungerstreiks in der „*Gemeinsamen Erklärung von RAF und ACTION DIRECTE*“ als gegenwärtiger Bestand festgezurrt wurde, sind durch und durch militarisiert. Politische Differenzierungen werden nicht mehr erfaßt. Widersprüchliche Entwicklungen existieren nurmehr als unversöhnlicher, zur militärischen Entscheidung anstehender Dualismus von Imperialismus oder Revolution, Sieg oder Niederlage, Schwein oder Nicht-Schwein.

Erfaßt von seiner unlösbaren „*globalen politisch-militärischen- krise*“ betreibt in diesem Gedankensystem die „*imperialistische Maschine*“ die Counter-Formierung der „*imperialistischen Staatenkette*“, eine „*Totalisierung des Krieges*“ nach außen und innen. „*Die imperialistischen staaten können aus ihrer substantiellen instabilität und dem fortschreitenden verlust ihrer legitimität heraus nur noch ihre Potenz zu herrschen demonstrieren. Sie sind heute mit der tatsache konfrontiert, daß sie für keine einzige ihrer maßnahmen einen passiven konsens haben.*“

„*Nackter Faschismus*“, „*Klassenkrieg*“, Absicht des Imperialismus, seinen „*Antagonismus auszurotten*“, „*Entscheidungsschlacht*“ *u.ä. — das sind die Begrifflichkeiten, die die Pa-*

krieg“, Absicht des Imperialismus, seinen „*Antagonismus auszurotten*“, „*Entscheidungsschlacht*“ *u.ä. — das sind die Begrifflichkeiten, die die Pa-*

piere der RAF seit '77 bestimmen.

In ihrer Legitimations-Erklärung für die Erschießung des GIs Pimental im Spätsommer '85 gab die RAF diesem Verständnis den bisher schärfsten und praktischen Ausdruck. Sie schrieb: „*Die Airbase in ihrer Funktion als Drehscheibe des imperialistischen Krieges und Geheimdienstzentrum steht unmittelbar in der Konfrontation zwischen internationalem Befreiungskampf und Imperialismus — die Krieg ist — und damit alle Soldaten, die dort sind ... Alle müssen begreifen, daß Krieg ist — und sich entscheiden ... die militärischen Militärischen Basen, Einrichtungen, Kommandostellen der US-Streitkräfte, der Nato sind Kriegsgebiet.*“

In der Logik dieser Einschätzung ist es konsequent, wenn sich die politischen Gefangenen der RAF — seit 1977 ausdrücklich — als Kriegsgefangene bezeichnen. Ganz von der Hand zu weisen ist dies angesichts der Knastpraxis der imperialistischen Staaten, vor allem der BRD, nicht. Weniger konsequent ist es allerdings, von einem Gegner, von dem man behauptet, daß er keinerlei demokratische und politische Handlungsspielräume mehr habe, eine Behandlung nach völkerrechtlichen Vereinbarungen der Genfer Konvention zu erwarten. — Ich will dieser Frage hier jedoch nicht weiter nachgehen.

Die RAF hat ihre eigene Geschichtsschreibung. In dem Papier „Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front“, aus dem das programmatische Eingangszitat des Readers stammt, erklärte sie 1982 durch die Niederschlagung ihrer „offensive von 77“ sei sie zwar kurzfristig in die Knie gegangen, aber indem die Regierung zur Entwicklung des „starken staates“ habe gezwungen werden können, sei „ironischerweise“ gerade dadurch die Situation geschaffen worden, in der Guerilla sich weiter- und besser entwickeln konnte als vorher: „*jetzt ist die frage, ob in der brd und westeuropa bewaffnet gekämpft werden soll und gekämpft wird, erledigt. es ist evident.*“

Ihre Niederlage im „deutschen Herbst“ gilt der jetzigen Generation der RAF — unglaublich, aber wahr — als positive Bestätigung der im „Konzept Stadtguerilla' 1971 aufgestellten These: „Die Rote Armee redet vom Primat der Praxis. Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich ist, (ob es möglich ist — Ergänz. AK) ist nur praktisch zu ermitteln.“

„...eine genauere Einschätzung der Situation...“

Das Arbeitspapier „*Frontabschnitte im internationalen Klassenkrieg*“ verspricht in seinem Vorwort „*eine genauere Einschätzung der Situation.*“ Tatsächlich enthält es eine ca. 30-seitige Analyse und noch einmal doppelt soviel Material, vor allem zu Befreiungskämpfen an verschiedensten Orten der Welt.

Genau besehen handelt es sich bei dem Arbeitspapier um eine Systematisierung der bekannten RAF-Metaphern. Wirklich Neues wird nicht angeboten. Immerhin gibt das Papier aber einen guten Einblick in das aktuelle Gedankengut der RAF, bzw. das, was ihre theoretischen Mitstreiter/inn/en für RAF-Positionen halten. Danach ist der gegenwärtige Stand von Revolution und Konterrevolution in der Welt der folgende:

1) „*Zuspitzung des Krieges weltweit und an allen ecken und enden*“, Begründung: „*internationales labiles kräftegleichgewicht zwischen den zwei tendenzen: gleichzeitigkeit der kämpfe und der imperialistischen blockbildung.*“

Gegen die „*zerrüttung des systems in der polit., ideolog. und ökonom. Krise*“, die seit dem Einbruch in vietnam noch verschärft worden sei, bleibe für die „*imperial. bourgeoisie nur die rekonstruktion ihrer weltherrschaft von den zentren ihrer macht aus.*“ Kernstück dieser Rekonstruktion sei der Versuch der Formierung eines „*militärisch., ökonom., polit. gesamtimperialistischen blocks*“.

Der Sturz des Schahs im Iran und die Revolution in Nicaragua werden als „schnittpunkt“ gesehen, „*nach dem sich die defensiven linien der imp. rollback-politik nach vietnam (entspannungspolitik, nord-süd-dialog, der reformismus über sozialdemokratie und sozialistische internationale) in der totalisierung des imperialistischen kriegs*

nungspolitik, nord-süd-dialog, der reformismus über sozialdemokratie und sozialistische internationale) in der totalisierung des imperialistischen kriegs

auflösten.“

Seitdem und für die Zukunft seien zwei tendenzen des weltrevolutionären prozesses bestimmend:

„— *die tendenz zur einheit der revolutionären kräfte in den einzelnen abschnitten.*

— *die gemeinsame wirkung der kämpfe an allen abschnitten, also der abschnitte zu- und miteinander.*“

Fazit: „*weil die imperialisten ... keine politischen oder sozialen lösungen mehr hervorbringen können, bleibt ihnen nur das nackte faschist. terrain ihrer militärmaschine: die us-/natomilitärstrategie.*“

2) „*Gleichzeitigkeit der kämpfe weltweit*“, sich „*tendenziell vereinheitlichende Fronten des revolutionären befreiungskrieges*“, die den Imperialismus „*jetzt schon*“ zur Aufsplitterung seiner Kräfte zwingt.

Es folgt eine Aufzählung sämtlicher relevanter bewaffneter Befreiungskämpfe auf dem Globus. Ihr gleichzeitiges Nebeneinander wird von den Verfasser/inn/en des „*Front*“papiers als politisches Zusammenwirken beschrieben, das den Imperialismus in seinem Machtgefüge bedrohe und ihn zu einem ständigen Balanceakt zwischen „*alles platt wälzender offensive und vorsichtigem taktieren*“ zwinge.

Der Imperialismus reagiere darauf mit der internationalen Anti-Terrorismus-Kampagne. Diese „*ist die durchsetzung des nackten faschismus auf allen ebenen. darin konkretisiert sich auch gesamtsystem: ein vereinheitlichter faschistischer gewaltapparat. es gibt da keine rücksicht auf irgendeinen ‚konsens', sondern bestimmend ist der druck, schneller zu sein als die tendenz zur umwälzung, die sich überall in revolten, angriffen und aufständen artikuliert.*“ — auch in der BRD, versteht sich. Der entsprechende Kampfruf ist ja bekannt: national und international, drinnen und draußen — ein Kampf!

Gegen die Entwicklung eines solchen überall sich gleichzeitig entwickelnden Widerstands fahre der Imperialismus eine „*offene militärische linie*“ — „*jetzt, wo sie es noch können.*“

Westeuropa entwickle sich unter

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Führung der NATO zum **homogenen Block**, der schon jetzt über nationale Konsense hinweg militärische Entscheidungen treffe.

Die Blockbildung erfasse ganz West-Europa und bestimme zusammen mit der „*zunehmenden faschisierung der ,inneren sicherheit', dem krieg gegen den widerstand und dessen ausdehnung auf alle gesellschaftlichen bereiche, die alltagswirklichkeit in den metropolen.*"

Westeuropa sei zugleich „*hebel für die aufrichtung des imperialismus und instabilster teil des trilateralen blocks*". Die Einflüsse „*der drei linien*" kämen in Westeuropa zusammen. An einer Stelle im Reader wurden diese drei Linien in unfreiwilliger Komik schon sehr einprägsam als „*die zange mit den drei backen*" bezeichnet. Darunter wird verstanden:

„*-nord/süd, die politischen rückwirkungen der befreiungskämpfe,*
- ost/west, wo an der sichtbaren eskalation imperialistischer kriegsführung das feindbild, der antikommunismus immer mehr zerfällt
- staat/gesellschaft, wo sie mittlerweile selbst sagen, ,daß die gesellschaftliche veränderung in den großen städten der brd verhältnisse geschaffen hat, in denen das konzept stadtguerilla besser verwirklich werden kann als früher.' (FAZ, 27.11.85)"

Nach dem „*einschnitt 77*" hätten die „*angriffe von RAF und AD auf die achse Bonn/Paris*" den Durchbruch geschaffen, um den „*revolutionären widerstand zur einheit zu entwickeln.*"

In Westeuropa habe sich im Prozess der letzten 8 — 15 Jahre „*die guerilla in fast allen staaten politisch verankern können, gibt es überall militante kämpfe, läuft der politische bruch mit dem system, dessen perspektive vernichtung ist.*"

Wenn auch noch schwach im Vergleich zu internationalen Befreiungskämpfen, sei der Kampf der „*westeuropäischen guerilla*" von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der internationalen Klassenkämpfe, denn „**hier ist das Zentrum**", die strategische Basis des imperialistischen Krieges. Vom „*widerstand hier*" hänge ab, welche Last der imperialistischen Kriegführung „*die genossen in mittelamerika und im nahen osten*" tragen müßten. „*Das ist ein ganz existenzielles verhältnis.*"

Zu der während der APO-Zeit oft engültig beantworteten, aber dennoch immer noch, bzw. wieder offenen Frage, wer angesichts des ja auch gerade von der RAF als desorganisiert und unpolitisch beklagten Proletariats das tragende **Subjekt** des so rosaartig skizzierten **Widerstands** in den Metropolen

„**hier ist das Zentrum**", die strategische Basis des imperialistischen Krieges. Vom „*widerstand hier*" hänge ab, welche Last der imperialistischen Kriegführung „*die genossen in mittelamerika und im nahen osten*" tragen müßten. „*Das ist ein ganz existenzielles verhältnis.*"
Zu der während der APO-Zeit oft engültig beantworteten, aber dennoch immer noch, bzw. wieder offenen Frage, wer angesichts des ja auch gerade von der RAF als desorganisiert und unpolitisch beklagten Proletariats das tragende **Subjekt** des so rosaartig skizzierten **Widerstands** in den Metropolen

ist und in Zukunft sein wird, schwieg sich das „*Front*"-Papier bedauerlicherweise aus.

Da mußten die Kongressteilnehmer/inn/en wieder bei dem Reader Zuflucht suchen. „*die strategie*", heißt es da in der schon erwähnten Erklärung der RAF von '82, habe „*ihre wurzel im existentiellen hunger nach einem anderen leben, in der erfahrung der totalität des imperialistischen zentrums ... der imperialismus verfügt über keine positive, produktive perspektive mehr, er ist nur noch die von zerstörung. das ist der kern der erfahrung, die wurzel der neuen militanz in allen lebensbereichen ist ... das heißt, radikal sich selbst in dem, wo man mit guerilla, kampf um befreiung verbunden ist, zum ausgangspunkt der entwicklung des antiimperialistischen kampfes zu machen.*" — „*Jeder kann anfangen*", schrieb Horst Mahler 1971 in der von ihm verfaßten, nicht in den Reader aufgenommenen Frühschrift ,Der bewaffnete Kampf in Westeuropa'. Wenn die RAF sich später auch von dem Pamphlet distanziert hat, so scheint in Sachen ,revolutionäres Subjekt' doch heute nach wie vor dasselbe zu gelten wie zu jenen besten Zeiten der Studentenaktivisten, von denen sich sich nicht wenige in Ermangelung eines aktiven revolutionären Proletariats kurzerhand selbst zum revolutionären Subjekt erklärten. Das galt und gilt übrigens keineswegs nur für die RAF.

„Die Reduzierung des bewaffneten Kampfes auf die militärische Ebene"

Wer erwartet hatte, daß sich der „Widerstandskongress" als bloßer legaler Verstärker aktueller RAF/AD Positionen oder billiges Rekrutierfeld für deren Praxis darbieten würde, sah sich — je nach Standpunkt — durch den Kongressverlauf eines Besseren oder Schlechteren belehrt.

Die aktuelle Position und Praxis der RAF/AD sowie auch die Systematisierung der RAF-Positionen in dem 'Front'-Papier bekamen reichlich Zunder — solidarisch zwar, d.h. die generelle Notwendigkeit und den Wunsch nach einer Metropolenguerilla als gegeben voraussetzend, im Ton moderat, jedoch in der Sache scharf, z.T. vernichtend für die aktuelle Politik der RAF.

Uns sind vier umfangreichere Kritikpapiere bekannt geworden, die auf dem Kongress verteilt wurden. Nur eins davon allerdings — unter dem Titel „Für den Kommunismus" — scheint direkt zum Kongress verfaßt worden zu sein. Die übrigen sind Kopien solcher Papiere, die schon vor dem Kongress in der Szene kursierten: So ein westberliner Papier aus dem Sommer '85 „Was kommt nach dem Hungerstreik?". So ein Bündel „Geschichte, Kritiken, Dokumente' vom bekannten Wisk-Vertrieb in Oberursel, eine mehr literarische Einlassung zum Thema. So ein „Diskussionspapier" der „Roten Zora", „Krise, Krieg und Friedensbewegung", mit dem sich Teile der Szene derzeit in die Strategiedebatten der Friedensbewegung einzuklinken versuchten.

Grundlinie aller Kritiken ist zum einen der Vorwurf der Oberflächlichkeit und des Schematismus in der Analyse. Begriffe wie „Gesamtsystem", „Gleichzeitigkeit der Kämpfe" „Frontabschnitt" u. ä. seien ungeeignet zur tatsächlichen Erfassung der sehr widersprüchlichen wirklichen Entwicklung von Imperialismus und Klassenkampf. Eine zutreffende Analyse könne mit einem solchem simplifizierten Begriffssystem nicht erzielt werden, eine marxistische schon gar nicht. Entgegen ihrem demonstrativ hochgehaltenen Anspruch habe die RAF/AD in ihrer Analyse und Theoriebildung den Boden marxistischer Methode längst verlassen.

Der theoretischen Schematisierung entspreche die Schematisierung der Praxis, in der der politische Kampf um die Überzeugung der Menschen von der RAF inzwischen auf die bloße militärische Auseinandersetzung reduziert worden sei. Diese Kritik wird bereits im dem Papier aus dem Jahr '85 vorgebracht, in dem es um die Perspektiven nach dem Hungerstreik 84/85 geht. Alle neueren Kritiken formulieren als Ausgangspunkt ihr Unbehagen an der Erschießung des GI Pimental im Sommer '85. Mit dieser Aktion wurde offensichtlich auch für die sich als Guerilla verstehende Szene die Grenze des von ihnen noch zu Akzeptierenden überschritten. (Anm. 4)

Exemplarisch kommt die Grundlinie der Kritiken in der Einleitung des Papiers „Für den Kommunismus" zum Ausdruck. Dort heißt es in der Einleitung: „*die sich in dem angriff auf die airbase und den gefreiten pimental materialisierende politik und praxis ist nicht das ergebnis eines fehlers, son-*

le neueren Kritiken formulieren als Ausgangspunkt ihr Unbehagen an der Erschießung des GI Pimental im Sommer '85. Mit dieser Aktion wurde offensichtlich auch für die sich als Guerilla verstehende Szene die Grenze des von ihnen noch zu Akzeptierenden überschritten. (Anm. 4)
Exemplarisch kommt die Grundlinie der Kritiken in der Einleitung des Papiers „Für den Kommunismus" zum Ausdruck. Dort heißt es in der Einleitung: „*die sich in dem angriff auf die airbase und den gefreiten pimental materialisierende politik und praxis ist nicht das ergebnis eines fehlers, son-*

dern sie ist der (vorläufige?) höhepunkt einer langen entwicklung, an der die gesamte antiimperialistische bewegung, nicht nur die RAF teilhat(te). Die versimplifizierung von komplexen, vielschichtigen und komplizierten zusammenhängen (z.b. ,gesamtsystem'), d.h. die verflachung der politischen analyse, gar keine oder mangelhafte auseinandersetzung mit marxistischen grundlagen, außer acht lassen des historischen prozesses, aus denen die aktuellen angriffe, kämpfe und projekte auch heraus entwickelt werden (was zu brüchen in der kontinuität der kämpfe führt), subjektivismus und wunschdenken wirken schon seit langem in unsere politische arbeit, unser denken und fühlen, unseren politischen kampf. insofern ist es nur eine logische entwicklung, daß sich diese fehler heute auch in der politik der guerilla fortsetzen."

RAF in Kautskys Stiefeln

Im Einzelnen treffen sich die Kritiken desweiteren an ein paar Kernpunkten, von denen ich die wesentlichen kurz vorstellen will.

Allem voran steht die Kritik des RAF-Begriffes vom „**Gesamtsystem**". Mit Verweis auf Lenins Imperialismus-Analyse wird der RAF ein Revisionismus nach Art Kautskys vorgehalten. Kautsky hatte behauptet, daß die Konkurrenz der Kapitale im Stadium der höchsten Entfaltung des Monopolismus in einem einzigen, gemeinsam handelnden 'Ultraimperialismus' aufgehoben würde. Nichts anderes behaupte auch die RAF mit ihrem „Gesamtsystem ".

Demgegemnüber wird die RAF an die von Lenin dargestellte „Ungleichzeitigkeit der Entwicklung" der imperialistischen Länder erinnert. „*Worauf wir hinauswollen,*" heißt es in dem Papier „Für den Kommunismus", „*daß wir, der revolutionäre widerstand, endlich kapieren müssen, daß die herrschenden nicht so einfach nur vom planquadrat ihrer chefetagen aus strategien und projekte entwerfen können und sie dann auch punkt für punkt durchsetzen können (was schnell die horrorvision von ,entscheidungsschlacht', ,eliminierung des antagonismus', ,weltfaschismus' usw. hervorbringt), sondern daß in der wirklichkeit des kapitalismus und dessen krisenlösungsstrategien immer wieder neue widersprüche aufreißen, die die imperialistischen projekte behindern, infrage stellen, verändern.*"

In einem andern Papier wird der RAF-Vorstellung vom „homogenen Block" Westeuropas die Ungleichzeitigkeit und Widersprüchlichkeit innerhalb der EG-Entwicklung, darüberhinaus der Interessengegensätze von EG- und US-Imperialismus in diversen Fragen der Ökonomie und Politik entgegengehalten.

Mit ihrer Methode der Leugnung imperialistischer Konkurrenz, darüberhinaus der Reduzierung des so definierten „Gesamtsystem" auf seinen militärischen Ausdruck, habe die RAF ein vollkommen verzerrtes Bild der Realität entwickelt, das eine falsche Strategie und Praxis notwendig nach sich ziehen müsse.

Nicht minder scharf wird von den Kritiker/inn/en zum zweiten die Behauptung der „Gleichzeitigkeit der Kämpfe" in der Welt und in Europa attackiert. Wieder unter Bezug auf Lenin, desweiteren unter Hinweis auf historische Erfahrungen der Klassenkämpfe in Europa werden die RAF-Theoretiker/inn/en daran erinnert, daß für das Proletariat, das europäische, wie erst recht für das „weltproletariat", mehr noch als für das Kapital das Gesetz der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung gelte. Von einer „Gleichzeitigkeit", auch nur einer „Angleichung" der Kämpfe des europäischen, oder gar internationalen Proletariats zu reden, sei einfach realitätsfremd. Die Kritiken verweisen auf die Nord-Süd-Differenzen in Europa, auf die Schwierigkeiten des EG-Agrarmarktes u.a.m.

Als oberflächlicher Schematismus wird der Versuch der RAF-Theoretiker/inn/en bezeichnet, aus einer ja keineswegs zu bezweifelnden einfachen „gleichzeitigkeit" verschiedener Kämpfe auf dem Globus Nebeneinander auf ein Miteinander verschiedenen „Fronten" zu schließen, die den Imperialismus koordiniert in der Strategie eines gemeinsam geführten „internationalen klassenkrieges" in Bedrängnis brächten.

Was für das „weltproletariat" wie für die Kämpfe im Rahmen der EG gelte, gelte selbstverständlich auch für die BRD selbst, in der das zersplitterte Nebeneinander der verschiedenen Kämpfe ebenfalls eine Realität sei, die mensch zur Kenntnis nehmen müsse.

Scharf werden die Positionen der RAF zu den Kämpfen in El Salvador,

Kämpfe auf dem Globus Nebeneinander der auf ein Miteinander verschiedenen „Fronten" zu schließen, die den Imperialismus koordiniert in der Strategie eines gemeinsam geführten „internationalen klassenkrieges" in Bedrängnis brächten.
Was für das „weltproletariat" wie für die Kämpfe im Rahmen der EG gelte, gelte selbstverständlich auch für die BRD selbst, in der das zersplitterte Nebeneinander der verschiedenen Kämpfe ebenfalls eine Realität sei, die mensch zur Kenntnis nehmen müsse.
Scharf werden die Positionen der RAF zu den Kämpfen in El Salvador,

im Libanon, in den Philippinen u.a.m. auseinandergenommen, die in RAF-Papieren durchgehend als Beleg für den enger werdenden Spielraum, die wachsende Front, die zunehmende Entscheidungsreife des „internationalen klassenkrieges" angeführt werden.

„*Was wollt ihr mit diesen offensichtlich falschen Behauptungen belegen?*", fragen die Kritiker in „Für den Kommunismus" „*Wir sehen uns zu dieser Frage gezwungen, weil das offensichtlich falsche an teilen (wichtigen teilen) der ,analysen' für uns nicht mehr erklärbar ist und wir uns dadurch des eindrucks nicht mehr erwehren können, daß diese art der ,analysen' in erster linie dazu dienen sollen, eine militaristische politik mit dem anschein der legitimation/der notwendigkeit zu versehen.*" (Anm. 5)

„Der revolutionäre Krieg ist ein politischer Krieg"

Unter diesem Hinweis auf einen Satz der Tupamaros nehmen sich die Kritiker/inn/en als dritten Kernpunkt die politischen Schlußfolgerungen vor, die die RAF aus der von ihr so gesehenen Situation einer aktuell anstehenden globalen Entscheidungsschlacht zwischen „imperialistischem gesamtsystem' und der internationalen revolutionären Front zieht.

Kritisiert wird die Behauptung der RAF, das „gesamtsystem" befinde sich heute in einer **grundsätzlichen Legitimationskrise.** Die imperialistischen Staaten könnten nur noch mit Gewalt ihre Herrschaft erhalten. Ihre Herrschaft sei **nackter Faschismus** usw. „Diese Einschätzungen", schreiben die Kritiker/inn/en, „ gehen unseres Erachtens völlig an der Realität vorbei. Sie zeugen davon, daß sich die Analyse bisher auf die Situation der Imperialisten (MIK, Gesamtsystem etc.) beschränkt hat und eine genauere Klassenanalyse fehlt. Die Ableitung des revolutionären Kampfes aus der objektiven, politisch, ökonomisch, militärischen Analyse wird solange unzureichend bleiben, solange die tatsächliche soziale Bewegung der Klassen nicht zum Bezugspunkt der revolutionären Strategie, der Front gemacht werden. Die Front braucht nicht nur ein Konzept für die militärische Stärke des Klassenkampfes, sondern in erster Linie eins für die politische."

Nach einer realistischen Analyse.

Brigitte Mohnhaupt behauptete in einer von ihr im Dezember 1984 zusammen mit Christian Klar verfaßten „Erklärung der Gefangenen der RAF zu 77": „*Weil die Militärstrategie zum Angelpunkt geworden ist, ist auch die Politik gestorben — bzw. darin kommt sie auf ihren ,reinen' Begriff.*"

Die Kritiker/inn/en erklären, dies stimme in Bezug auf die Guerilla seit 1977. Diese besondere Konfrontation lasse sich aber nicht auf das ganze gesellschaftliche Geschehen verlängern. Insgesamt gesehen verfüge der Staat sehr wohl über ein sehr differenziertes Instrumentarium politischer wie militärisch-polizeilicher Instrumentarien zur Konfliktbewältigung im „Vorfeld möglicher Unruhen". „*Was sich entwickelt hat, ist der ,präventive Staatsschutzstaat'. Mit Ausnahmegesetzen, Notstandsgesetzen in der Schublade, die bei Bedarf angewendet werden. Aber alles ist völlig ,gesetzmäßig', durch Parlamente, dem wichtigsten Organ der bürgerlichen Demokratie, legalisiert und legitimiert.*" Was sich da entwickelt habe, sei die „Normalität" des bürgerlichen Staates, habe bisher nichts mit „faschistischem Staatsschutzstaat" zu tun.

Die Mehrheit der Bevölkerung, speziell auch des Proletariats, habe auf Grundlage einer Serie von historischen Niederlagen, das Herrschaftsmonopol dieser Demokratie verinnerlicht. Dies aufzubrechen, könne nur durch Entwicklung, „*kollektiver, antagonistischer Arbeitermacht*" geschehen. Da aber liege angesichts der Lage und des Bewußtseins der Arbeiterklasse das eigentliche Problem.

Mit dieser Kritik ist implizit auch der Einschätzung der RAF zur Bedeutung der Stammheimer Wende als angebliches Ende der Möglichkeit von Integrationspolitik des BRD-Imperialismus und damit Eröffnung neuer günstiger Voraussetzungen für die eskalierende Entlarvungsstrategie der RAF widersprochen. Explizit allerdings geht keines der Kritikpapiere auf den neuralgischen Punkt der RAF-Interpretation der Stammheimer Wende ein. Die entscheidende Frage, ob — wie die RAF glauben machen möchte — seit Stammheim die Notwendigkeit und Möglichkeit des bewaffneten Kampfes in Westeuropa „evident" sei, wurde auf dem Kongress nicht gestellt.

Das Schärfste, was dazu vorgebracht wurde, war schließlich, daß der von

mus und damit Eröffnung neuer günstiger Voraussetzungen für die eskalierende Entlarvungsstrategie der RAF widersprochen. Explizit allerdings geht keines der Kritikpapiere auf den neuralgischen Punkt der RAF-Interpretation der Stammheimer Wende ein. Die entscheidende Frage, ob — wie die RAF glauben machen möchte — seit Stammheim die Notwendigkeit und Möglichkeit des bewaffneten Kampfes in Westeuropa „evident" sei, wurde auf dem Kongress nicht gestellt.
Das Schärfste, was dazu vorgebracht wurde, war schließlich, daß der von

RAF/AD propagierte „Aufbau einer proletarischen Front" zwar ein ehrenwerter Anspruch sei, aber mit der Realität des Klassenkampfes nicht viel zu tun habe: „*Die Arbeiterbewegung*", heißt es in einem der Papiere, „*hat in den letzten 10 Jahren eine Serie von Niederlagen hinter sich, das Selbstbewußtsein der Proleten ist ganz schön angekratzt. Die Arbeiterklasse ist zwar weiterhin objektiv das revolutionäre Subjekt, aber ihre revolutionären Kampferfahrungen sind ... verschüttet ... Die Frage ist also, wie kommen wir wieder zu einem organisierten Klassenkampf von unten? Unter welchen Bedingungen rekonstruiert sich die Arbeiterbewegung wieder zur antagonistischen Klasse?*"

Mit der „*Reduzierung auf die militärische Ebene*" gehe die RAF der Frage aus dem Wege, wie denn der Klassenkampf hier in der BRD wieder offen geführt werden und was die militante Linke dazu beitragen könne. Damit werde die Möglichkeit des politischen Eingreifens verschenkt: „*Der Angriff dieser Avantgarde läuft ausnahmslos auf dem ,Niveau der Konterrevolution', gegen die NATO und die Einrichtungen des Staatsschutzstaates*". Genau eine solche Strategie lasse sich aber derzeit ungeheuer schwer „den Massen", dem „westeuropäischen Proletariat" vermitteln.

Damit wurde der RAF von ihren Szene-Kritiker/inn/en durchaus mehr als deutlich gesagt, daß ihre Aktionen — wie es linksmodern so unschön heißt — im Sinne ihrer eigenen Zielsetzung kontraproduktiv sei. An eine klare Aussage über die im Gegensatz zur RAF-Interpretation geradewegs *integrative* und diese präventive Staatsschutz-Demokratie **stabilisierende** Funktion der Vorgänge der Stammheimer Ereignisse mochte auf dem Kongress offensichtlich niemand eingehen.

Bemerkenswert ist allerdings, daß der von RAF/AD für die Zeit seit dem Hungerstreik 84/85 behauptete „*Durchbruch der westeuropäischen Guerilla*" deutlich in Zweifel gezogen wurde. Die Diskussions- und Aktionszusammenhänge seien inzwischen wieder zerfallen. Nur gelegentlich komme man bei Demos oder Teilkämpfen zusammen. Die „Einheit im Widerstand" müsse immer wieder mühsam neu hergestellt werden.

Summa summarum hat der Kongreß Fragen berührt, die nicht nur für das Kongress-Spektrum, sondern auch für die übrige Linke seit Jahren offen sind, auch wenn sie dort anders oder gar nicht behandelt werden. Die wesentlichen Fragen, um die weiter zu streiten wäre, sind:

— Die Frage des Krieges: Droht ein 3. Weltkrieg oder wird er bereits geführt? Hat der Imperialismus noch Alternativen zum Weltkrieg? Was heißt unter heutigen Bedingungen Krieg? Was bedeutet die „Reagan Doktrin" des „low intensity war"? Welchen Stellenwert hat in diesem Zusammenhang die aktuelle Eskalation des US-Imperialismus im Fall Libyen?

— Die Frage des Faschismus: Sind die Legitimationsmöglichkeiten des Imperialismus, seine Ressourcen und Fähigkeiten zur Massenkonsensbildung erschöpft? Wie stabil ist der herrschende Konsens des „präventiven Staatsschutzstaates" in der BRD? Haben imperialistische Staaten, das „der Imperialismus" nur noch die faschistische Alternative zur Bewältigung seiner ökonomischen, politischen und militärischen Krise?

— Die Frage des Internationalismus: Gibt es die Offensive einer internationalistischen Front? Können die Metropolen ein „Zentrum" des internationalen Klassenkampfes sein? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang realsozialistische Länder? Was ist heute aktiver und effektiver Internationalismus in den Metropolen?

— Fragen nach dem revolutionären Subjekt: Wer sind die aktuellen und die potentiellen Träger möglichen internationalen oder nationalen Widerstands? Wie, wodurch, unter welchen Umständen entwickelt sich Klassenbewußtsein und Einsicht in die Unvermeidlichkeit bewaffneten Widerstands in den Peripherien des Imperialismus, in den „Zentren"?





Der Kongress hat Ansätze geliefert, diese und weitere Fragen über Szene-Abgrenzungen hinweg zu diskutieren. Über dies hinaus muß aber, soll eine Auseinandersetzung einen Sinn haben, auch das Tabu Stammheim auf den Tisch, u.a. in der Form der auch auf dem Kongress scheu umgangenen Form der RAF-Behauptung, seit Stammheim sei die Notwendigkeit und die Möglichkeit des bewaffneten Kampfes in der BRD und Westeuropa „evident".

Weit entfernt davon, evident zu sein, ist die Frage, welche Kampfformen zur Entwicklung von Widerstand in den Metropolen heute adäquat sind, offener denn je: Reformistische Strategien, bewaffneter Kampf, Terrorismus sind in der BRD und in Westeuropa voneinander isolierte Strategien voneinander isolierter Teile der Linken.

Dies zu erkennen wäre gewissermaßen der erste Schritt zur Besserung für alle Beteiligten — keineswegs nur für die RAF.

F.

Anmerkungen

1) Siehe dazu:
— AK 256, S. 14: „Nach dem Hungerstreik — die RAF versucht sich zu erklären", Dok. der Abbrucherklärung und Kommentar,
— AK 255, S. 8ff: „Hungerstreikpolitik und Anschläge (Teil 2)";
— AK 256, S.3ff „Chronologie der Hungerstreiks seit 1973", „Anschläge" (Teil 1);
— AK 253, S.23: Dokumentation der Hungerstreikerklärung

2) gemeint ist die Geiselnahme jüdischer Sportler durch arabische Terroristen während der Olympiade 1972, die von Sondereinheiten des BGS mit einem Massaker der arabischen Geiselnehmer in Fürstenfeldbruck beendet wurde. Der Vorfall wurde zur verstärkten Legitimation des Aufbaus von antiterroristischen Sonderkommandos, sowie der generellen Polizeiaufrüstung zur „Inneren Sicherheit" genommen.

3) Siehe dazu u.a. AK 2o, Juli 1972: „Bilanz der RAF"

4) Siehe dazu AK 262, Sept. 85, S.9: „Eine neue Qualität des Terrorismus?"

5) Dieser Punkt kann von mir hier nur angedeutet werden. Die Lehren der RAF aus den aktuellen Befreiungskämpfen wie aus denen der letzten Jahrezehnte sind eine gründliche Auseinandersetzung wert.

Wir sind uns bewußt, daß dieses Papier nur der Anfang unserer Diskussion ist; einer Diskussion, die noch weitgehend auf (allerdings notwendige) Kritik beschränkt ist. Da diese Kritik aber vom Willen zur revolutionären Veränderung diktiert ist, wird sie nicht auf Dauer auf bloße Kritik beschränkt bleiben.

Für den Kommunismus

Dokumentation einer Kritik am Konzept der RAF vorgelegt auf dem 'Widerstandskongreß' in Frankfurt

„Der revolutionäre Krieg ist ein politischer Krieg." (Tupamaros)

Wir wollen mit diesem Papier hier, mit unseren Überlegungen und Argumenten in die Auseinandersetzung eingreifen, die sich zwar an dem letzten Angriff der RAF entwickelt hat, die aber nicht nur darauf (auf diesen Angriff) zu reduzieren ist.

Die sich in dem Angriff auf die Air Base und den Gefreiten Pimental materialisierende Politik und Praxis ist nicht das Ergebnis *eines* Fehlers, sondern sie ist der (vorläufige?) Höhepunkt einer langen Entwicklung, an der die gesamte antiimperialistische Bewegung und nicht nur die RAF Anteil hat(te).

Die Versimplifizierung von Komplexen, vielschichtigen und komplizierten Zusammenhängen (z.B. „Gesamtsystem"), d.h. die Verflachung der politischen Analyse, gar keine oder mangelhafte Auseinandersetzung mit marxistischen Grundlagen, außer acht lassen des historischen Prozesses, aus dem die aktuellen Angriffe, Kämpfe und Projekte *auch* heraus entwickelt werden (was zu Brüchen in der Kontinuität der Kämpfe führt), Subjektivismus und Wunschdenken wirken schon seit langem in unsere politische Arbeit, unserem Denken und Fühlen, unserem politischen Kampf. Insofern ist es nur eine logische Entwicklung, daß sich diese Fehler heute auch in der Politik der Guerilla fortsetzen. Das zu erkennen und zu beseitigen muß eine der Konsequenzen unserer Auseinandersetzung sein — da sich ansonsten die Fehler der Vergangenheit in fataler Weise weiterpotenzieren und die ganze revolutionäre Kraft, die im Kampf der Guerilla und der Organisierung der antiimperialistischen Front steckt, sich

Guerilla und der Organisierung der antiimperialistischen Front steckt, sich

nicht entfalten kann, letztendlich sogar die Praxis kontraproduktiv zu den proklamierten Zielen werden kann.

Eine Voraussetzung für die jetzt anstehenden und auch schon laufenden Auseinandersetzungen (die für die Fortentwicklung der antiimperialistischen Front/für die gesamte revolutionäre Bewegung in der BRD existentiell sein wird) ist ein befreites und besitzloses Verhältnis zu Kritik und Selbstkritik. Ein Verhältnis, daß wir gegenwärtig weder in den Diskussionen unter uns (d.h. innerhalb der antiimperialistischen Bewegung) noch in den Erklärungen der RAF der letzten Zeit finden können.

In diesem Papier wollen wir unsere wichtigsten Widersprüche zu zentralen politischen Thesen/Aussagen, die gegenwärtig die Diskussion *und* politische Praxis der ‚Front' bestimmen, rausarbeiten und sie zur Diskussion stellen.

> „.... die imperialistischen Staaten können aus ihrer substantiellen Instabilität und dem fortschreitenden Verlust ihrer Legitimität nur noch ihre Potenz zu herrschen demonstrieren.
> *Sie sind heute mit der Tatsache konfrontiert; daß sie für keine einzige ihrer Maßnahmen einen passiven Konsens haben. Politische Agonie — das ist die andere Seite ihrer Macht ...*" (Gemeinsame Erklärung von AD und RAF, Unterstreichung von uns)

> „.... weil die Militärstrategie zum Angelpunkt geworden ist, ist auch die Politik gestorben — bzw. darin kommt sie auf ihren ‚reinen Begriff'." (Erklärung der Gefangenen aus der RAF zu 77)

> „.... ihre Macht ist Militärstrategie, Aufstandsbekämpfung, Maschine — aber hohl, nur Gewalt, sonst nichts. Es ist ihre Reaktion auf die sich vereinheitlichende Kraft der internationalen Kämpfe für Befreiung. Auch in Westeuropa ..." (Hungerstreikerklärung, Dezember 1984)

Trotz fortschreitendem Verlust seiner Legitimation, ist es offensichtlich, daß der Kapitalismus in den Metropolen noch über einen „Konsens" in der Bevölkerung verfügt. Dieser Konsens ist zwar äußerst labil und wird immer öfter durch kurzfristige und begrenzte Revolten unterbrochen, aber er ist dennoch vorhanden. Er wird auch weiterhin bestehen bleiben, wenn wir, die antagonistische Linke, die Komplexität der Metropolenwirklichkeit und die des revolutionären Kampfes negieren.

Wenn man die imperialistische Macht nur noch in der Militärstrategie zu erkennen glaubt und den revolutionären Kampf auf „Strategie gegen ihre Strategie" reduziert, ist eine militaristische Politik/Praxis die zwangsläufige Folge und damit auch die politische und militärische Niederlage der Kommunisten.

> „.... der Begriff der veränderten Bedingung ist: die Ausbildung des Gesamtsystems mit seinem Kern ...: der NATO ... Das heißt Gesamtsystem, das unter der unaufhebbaren Hegemonie des US-Kapitals die konkurrierenden Interessen von Teilfraktionen des Ganzen, ob national oder ökonomisch als Teilfraktion definiert, in der umfassenden Krise der Kapitalverwertung reguliert und gegen den weltweiten revolutionären Prozeß zur Aggression, d.h. zum Versuch der Sicherung der Herrschaft auf neuer Stufe zusammenfaßt ..." (Gefangener aus der RAF am 10.4. zu den Aktionen 1981)

Der Begriff Gesamtsystem, wie er hier gebraucht wird, negiert völlig die auch heute bestehenden innerimperialistischen Widersprüche.

Natürlich hat der Begriff seine Berechtigung, aber in einer Definition, die von der hier gebrauchten grundsätzlich abweicht.

Lenin hat in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" die Tendenz zur Monopolisierung als grundsätzliche Eigenschaft des Imperialismus analysiert. Er betonte dabei allerdings, daß gerade durch die Monopolisierung die Konkurrenz auf höherer (Welthandels-)Ebene fortgesetzt wird, da dadurch auch die nationalen Interessen, eben durch die Monopolisierung, mit mehr Macht, besser durchgesetzt werden können. Das hat zur Folge, daß sich weltweit die Bedingungen der einzelnen Länder noch schärfer auseinander entwickeln, denn wie könnte die Verschärfung der Ausbeutung (also das ärmer machen des einen Teils durch einen anderen) eine Angleichung der Bedingungen zur Folge haben? „.... das Finanzkapital und die Trusts schwächen die Unterschiede im Tempo des Wachstums der verschiedenen Teile der Weltwirtschaft nicht ab, sondern verstärken sie ..." (Lenin, s.o.) Das gilt auch heute noch, z.B. auch für die EG-Staaten. Die BRD ist die wirtschaftlich stärkste Macht, Frankreich hat den wirtschaftlichen Anschluß an die BRD nicht geschafft, England ist noch schwächer.

Dazu kommt, daß der Unterschied zwischen den stärksten Wirtschaftsmächten (BRD, Frankreich, England) einerseits und den schwachen Peripherie-Staaten (Irland, Belgien, Portugal, Spanien, Griechenland) andererseits immer weiter aufreißt. Die Schwächeren driften unter dem mörderischen Konkurrenzdruck immer weiter ab. Trotz ähnlicher Maßnahmen gegen die Ausgebeuteten, die sich u.a. auch in der zunehmenden Monopolisierung und der gleichzeitig dazu laufenden Vernichtung ganzer Industriezweige ausdrückt und wodurch auch in der Tat eine *teilweise* „Angleichung der Bedingungen für das europäische Proletariat" (Zusammenschlußerklärung AD und RAF) geschaffen wird, wirkt sich die reaktionäre Krisenlösungsstrategie *aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen* im konkreten Endeffekt nochmal extrem unterschiedlich aus. Kürzungen im sozialen Bereich oder Lohnverluste bedeuten hier in der BRD nochmal was ganz anderes als z.B. in Spanien oder Belgien. Deshalb ist es auch unzulässig, so oberflächlich von einer „Angleichung der Bedingungen für das europäische Proletariat" zu reden. Die gesamten materiellen Lebensbedingungen (die ja wohl als wichtiges Moment in einer revolutionären Entwicklung anerkannt sind und bleiben) z.B. der englischen Arbeiterklasse waren denjenigen der deutschen Arbeiterklasse in den 60ger Jahren weitaus angeglichener als sie es heute sind.

Die Eigendynamik des Kapitalismus, der permanente Druck von Konkurrenz und Effektivität, erzeugt außerdem entscheidende Entwicklungen quasi ‚aus sich selbst heraus' (Automation, Massenentlassungen, Neue Technologien, Umstrukturierung etc.), die sie für alle wirtschaftlich miteinander in Beziehung stehenden Länder ebenfalls unausweichlich machen. Das führt jedoch auch gleichzeitig immer wieder zu neuen und sich z.T. vertiefenden Widersprüchen innerhalb des „Gesamtsystems". Es ist für uns, die revolutionäre Linke, unbedingt notwendig, diese Widersprüche, Eigendynamik des kapitalistischen Systems und seiner Organisationsformen und Strategien zu begreifen, weil auch darin immer wieder Ansatzpunkte und Möglichkeiten liegen, die wir in unserer Praxis zu beachten haben/die wir u.U. für uns nutzen können.

Das schematische Erklärungsmuster der planmäßigen Schaffung einer „Zwei-Drittel-Gesellschaft" oder des „europaweiten Angriffs auf das Proletatiat" vermitteln nur die eine Hälfte der Wahrheit.

So hat z.B. die Ausgrenzung und massenhafte Verarmung eines Drittels der Metropolengesellschaft zur Folge, daß diese Menschen auch nicht oder nur wenig konsumieren können, ergo der europäische Markt wiederum noch enger und die Absatzprobleme der Kapitalisten noch größer werden. Wo sollen sie ihren Scheiß dann noch loswerden?

Vielleicht nähern wir uns mal dem Gedanken, daß eine solche Entwicklung selbst unter kapitalistischen Ausbeutungs-Gesichtspunkten von einem gewissen Zeitpunkt an kontraproduktiv wird und so auch wieder andere Entwicklungen eintreten werden oder zumindest Versuche dazu.

Worauf wir rauswollen: Daß wir, der revolutionäre Widerstand, endlich kapieren müssen, daß die Herrschenden nicht so einfach nur vom Planquadrat ihrer Chefetagen aus Strategien und Projekte entwerfen können und sie dann auch Punkt für Punkt durchsetzen können (was schnell die Horrorvisionen von „Entscheidungsschlacht", „Eliminierung des Antagonismus", „Weltfaschismus" usw. hervorbringt), sondern daß in der Wirklichkeit des Kapitalismus und dessen Krisenlösungsstrategien immer wieder neue Widersprüche aufreißen, die die imperialistischen Projekte behindern, in Frage stellen, verändern.

Die Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Entwicklung und die unterschiedlich starke Auswirkung der Krise in den verschiedenen europäischen Staaten können z.B. auch zur unterschiedlichen Entwicklung oder besser: zu noch unterschiedlicheren Entwicklungen von Klassenkämpfen und Tendenzen zur revolutionären Umwälzung führen. Die Situation in Spanien ist z.B. heute schon extrem verschieden zu der in anderen europäischen Ländern, die Konfrontation am weitesten zugespitzt ...

Diese Realitäten müssen wir zur Kenntnis nehmen, wenn wir wirklichkeitsnahe und realistische politische Strategien für unseren Kampf hier in der BRD entwickeln wollen.

Der schematische Begriff von „Gesamtsystem" und „Angleichung der Bedingungen" erschlägt alle diese notwendigen Differenzierungen und verstellt den Weg für genauere Analysen. Gleichzeitig entstehen daraus abstrakte und schematische Vorstellungen von revolutionärer Praxis in der Metropole, wonach die Entwicklung der Kämpfe, die Entwicklung von Klassenbe-

le, wonach die Entwicklung der Kämpfe, die Entwicklung von Klassenbe-

wußtsein im jeweiligen Land weder als Ausgangspunkt noch als Ziel für die konkrete revolutionäre Praxis begriffen werden. Was dann nur noch zählt, ist ein genauso schematischer und undifferenzierter Bezug auf „Frontabschnitt" im internationalen Klassenkrieg. Unklar bleibt, wie wir in der BRD, als Teil des „Frontabschnitts Westeuropa", überhaupt auf diese Weise zu einer politisch-militärischen Kraft werden können, die in der Lage ist, *tatsächlich* mal ne Rolle im internationalen Kräfteverhältnis einzunehmen. Mehrmals aufgefallen ist uns darüberhinaus, daß in vielen Papieren, egal ob sie aus dem Widerstand, von der RAF oder Gefangenen aus der RAF stammen, Beispiele für die Entwicklung des Gesamtsystems angeführt werden, die lediglich die Ebene der Repression betreffen. Z.B.: „.... seit sich gegen die Offensiven der Guerilla hier 77 und in Italien 78, dann 80 gegen die Volkskämpfe in der Türkei das US-Interesse und der Imperialismus als Gesamtsystem aufgerichtet hatte ..." (Gefangener aus der RAF am 10.4. zu den Aktionen 1981). Wir wissen aber, daß es keine Entwicklung aus den letzten Jahren oder Jahrzehnten ist, daß das Kapital gegen einen gemeinsamen Feind gemeinsam vorgeht. Schon 1871, während des deutsch-französischen Kriegs, wurde die Pariser Commune gemeinsam vom deutschen und französischen Staat zerschlagen. Danach bildete sich die sog. „Heilige Allianz" gegen den internationalen Sozialismus. Wenn wir daran erinnern (es ließen sich unendlich viele weitere Beispiele anführen) negieren wir dabei nicht die ständig zunehmende Zusammenarbeit der imperialistischen Staaten bei der Bekämpfung revolutionärer Organisationen. Kein Revolutionär ist nicht mit der Tatsache konfrontiert, daß die konterrevolutionäre Zusammenarbeit gerade auch in Westeuropa heute schon auf allen Ebenen (Gesetzgebung, Justiz, Propaganda und natürlich erst recht in der Exekutive) ein sehr hohes Niveau erreicht hat und daß die NATO dabei eine wichtige Rolle einnimmt. Aber auch diesen Prozeß muß man differenzierter untersuchen: Nach Jahrzehnten der relativen Ruhe entwickelte sich seit dem Ende der 60ger Jahre in vielen westeuropäischen Ländern erneut der politisch-militärische Kampf für den Kommunismus. Aus dieser revolutionären Entwicklung ergab sich für alle westeuropäischen Staaten nach kurzer Zeit die Notwendigkeit einer möglichst weitgehend koordinierten konterrevolutionären Zusammenarbeit. Da zwischen den westeuropäischen Staaten bei der gemeinsamen Bekämpfung der westeuropäischen Guerilla eine weitgehende *Inter-*



essensidentität vorherrscht, bleiben und blieben die real existierenden innerkapitalistischen Widersprüche *in dieser Frage* relativ unbedeutend — relativ! Denn selbst im gemeinsamen Kampf gegen revolutionäre Organisationen und Bewegungen und Staaten sind die imperialistischen Staaten nicht ein widerspruchsfreier und per se interessensgleicher Block.

Interessengegensätze treten bei ihnen — wie schon gesagt — zwar nur im geringen Maße bei der Bekämpfung der westeuropäischen Guerilla auf, werden aber von der Einschätzung und Bekämpfung revolutionärer Organisationen/Bewegungen/Staaten ökonomische und politischen Interessen tangiert, machen sich oft „Risse" innerhalb des imperialistischen Lagers bemerkbar; Risse, die nicht nur verbaler und propagandistischer Art sind, sondern die sich oft auch sehr materiell auf die Verhaltensweisen einzelner Staaten/Regierungen auswirken. Beispiel dafür ist der Konflikt um die Frage der offenen militärischen Interventionen der USA in Nicaragua innerhalb der NATO, aber auch die letzten Monate haben das mehrmals deutlich gemacht (Achille Lauro/Italien, Ausweisung von Palästinensern aus Griechenland, Libyen). Selbst die aktuellen Milliardengeschäfte zwischen Unternehmen aus der BRD und der Sowjetunion (es geht dabei um 15 Milliarden DM) wirken sich mit Sicherheit auf die Haltung der BRD-Regierung aus, die Eskalation gegen Libyen mitzutragen oder nicht.

Warum das alles negieren? Zumal die Konsequenz aus der Existenz der innerimperialistischen Widersprüche für Revolutionäre in der BRD und WE heute nicht heißen kann, unsere Praxis auf das Aufspüren und Ausnutzen dieser Widersprüche auszurichten. Ohne Abstriche an ihrer revolutionären Politik und Praxis zu machen, nutzte die RAF in der Mitte der 70ger Jahre die damals auch unter den kapitalistischen Regierungen Westeuropas bestehenden Widersprüche gegen die Vorherrschaft der BRD in WE in der europaweiten Kampagne gegen die „Germanisierung Europas" aus und behinderte damit die Pläne des BRD-Imperialismus erheblich.

Heute gibt es weitere/andere innerimperialistische Widersprüche, morgen entwickeln sich neue ... Sie negieren nutzt den Imperialisten, schadet den Revolutionären!

Wir denken, daß das „Gesamtsystem" und die „Gleichzeitigkeit der antiimperialistischen Kämpfe" innerhalb der ‚Front' gleichermaßen oberflächlich ‚analysiert' werden.

Vorab: Die Wirkung der Gleichzeitigkeit der antiimperialistischen Kämpfe ist ein beständiger Bestandteil aller antikapitalistischen und antiimperialistischen Kämpfe. Sie ist keine Entwicklung der letzten Jahre, sie ist ein immanenter Bestandteil aller Kämpfe gegen die Bourgeoisie.

So wurde der Nazi-Faschismus z.B. durch die Gleichzeitigkeit der Kämpfe der albanischen und jugoslawischen Partisanen, des französischen und niederländischen, des norwegischen und polnischen Widerstands, des Kampfes der sowjetischen Partisanen und der Roten Armee und ... und ... zerschlagen. Weitere Beispiele lassen sich in der gevolutionären Geschichte viele finden.

Allerdings sehen diese Beispiele anders aus als die von den Genossen aus der RAF beschriebenen:

> „.... ihr Zusammenschluß zum homogenen konterrevolutionären Block, den sie brauchen, um die militärischen Offensive politisch durchzuhalten, ist aber weder ganz vollzogen noch ist er abgesichert.
> Gleichzeitig ist es so, daß die revolutionären Kämpfe, so unterschiedlich die Bedingungen und verschieden weit sie entwickelt sind, in ihrer Wirkung schon zusammen in diese Offensive eingreifen und ihren konkreten Zielen zuvorkommen.
> Die New Jersey, die im Libanon mit den schwersten Bombardierungen seit dem Vietnamkrieg doch noch einen amerikanischen Sieg erzwingen sollten — hinterher hat ein Pentagon-Beamter gesagt, daß es dort jetzt aussehen müßte wie auf dem Mond — haben sie dafür aus El Salvador abgezogen, wo sie kurz vorher hinverlegt worden war, um die Zivilbevölkerung zusammenzuschießen und so die Guerilla zu isolieren ... " (Erklärung der Gefangenen aus der RAF zu 77)

Behauptet wird in dieser Erklärung also folgendes: Wenn die Eskalation 1982 im Libanon (die auch die Verlegung der New Jersey von El Salvador hin zum Libanon ‚notwendig' gemacht haben soll) nicht aufgetreten wäre, dann hätten die USA damals in El Salvador direkt und unmittelbar militärisch interveniert („.... um die Zivilbevölkerung zusammenzuschießen ...").

Diese Behauptung ist nicht nur durch nichts belegt, sondern im Gegenteil: alle Tatsachen sprechen eindeutig dagegen. Diese Behauptung negiert völlig die *damalige* (die Beschießung des Libanon durch die New Jersey fand 1982 statt) und auch noch gegenwärtige US-Strategie gegen El Salvador, Nicaragua und den gesamten mittelamerikanischen Raum. Die USA gründen die Contra-Banden und Todesschwadrone, sie bilden und rüsten sie aus, sie rüsten und bilden die reaktionären Armeen Mittelamerikas aus, darunter auch die El Salvadors, sie intervenieren in den Krieg gegen das El Salvadorianische Volk darüber, daß sie mittels Militärberater diesen Krieg bestimmen und leiten, aber sie vermieden und vermeiden bislang (was nicht für alle Zeiten bedeutet, d.h. aufgrund bestimmter Entwicklungen sich unter Umständen auch relativ schnell ändern kann) die eigene offene militärische Intervention — was eine solche wie oben beschriebene Beschießung durch die New Jersey bedeutet hätte. Eine offfene und direkte militärische Intervention versuchen die USA u.a. auch wegen der Existenz der innerimperialistischen Widersprüche (selbst von der Gefahr eines Auseinanderbrechens der NATO wird in diesem Zusammenhang geredet!) zu verhindern, *vor allem aber* wegen der unüberschaubaren Eskalation des revolutionären Widerstandes im gesamten latein- und mittelamerikanischen Kontinent.

Die revolutionären Kämpfe in verschiedenen Ländern der Erde wirken also sehr wohl zusammen, aber nicht in der wie oben (Zitat) versimplifizierten Art und Weise. Eine Intervention in El Salvador/in Mittelamerika wurde *bislang* durch die oben genannten Faktoren verhindert; Faktoren, die für den Libanon in der Art nicht existent waren und sind und in denen die Kämpfe im Libanon nur eine *sehr* untergeordnete Rolle spielen konnten.

Mit Sicherheit bestand während der ganzen Phase (1982) für den US-Imperialismus das Problem nicht in seinem zu schwachen Militärpotential, wie die angebliche Notwendigkeit der Verlegung der New Jersey glauben machen soll.

Wir sind der Ansicht, daß die politische Situation in Mittelamerika und des Nahen Ostens, hier auch nochmal speziell Libanon, in keinster Weise zu vergleichen ist. In Mittelamerika ist die revolutionäre Entwicklung so weit vorangeschritten, daß eine US-Intervention in El Salvador sich zumindest zu einem „Steppenbrand" in der gesamten Region ausdehnen kann, im Nahen Osten ist die Revolution sehr viel schwächer entwickelt. Wenn man feststellt, daß die revolutionären Kämpfe in ihrer Wirkung zusammenkommen und mechanisch daraus folgert, daß eine militärische Intervention im Libanon eine (gleichzeitige) in El Salvador unmöglich macht, leugnet man im Grunde diese Unterschiede.

Wir fragen uns daher, wie weit die Behauptung fundiert ist, daß die revolutionären Kämpfe ... ihren konkreten Zielen zuvorkommen? Gerade im Libanon, auf den ja hier Bezug genommen wird, kann davon ja wohl keine Rede sein. Sicher, das langfristige Ziel, die Befriedung und gleichzeitige Beherrschung, ist nicht voll erreicht. Was aber erreicht ist, ist die weitgehende Zerschlagung von Strukturen, die von palästinensischen Revolutionären und ihren Organisationen über Jahre hinweg aufgebaut wurden (Bekaa-Ebene z.B.). In diesem Zusammenhang sehen wir auch den Abzug der multinationalen ‚Friedenstruppe'. Diese Einheit und die Stärke der Kämpfe, die aus ihr heraus möglich wurden, hat schließlich zum Abzug der Truppen geführt. Ein Erfolg des libanesischen und palästinensischen Volkes, der keinesfalls in Frage gestellt werden kann. Nach dem Abzug der Truppen ist aber durch den Imperialismus eine Situation im Libanon geschaffen worden, in der die revolutionären Kräfte in der Auseinandersetzung mit islamischen Fundamentalisten, christlichen Faschisten etc. absorbiert werden.

Vom völligen Scheitern und einer vollständigen Niederlage der Imperialisten im Libanon kann also keinesfalls gesprochen werden.

Wir fragen daher die Genossen aus der RAF und den Teilen des Widerstands (die die hier hinterfragten und kritisierten ‚Analysen' in vielfältiger Art aufgegriffen haben), was wollt ihr mit diesen oft offensichtlich falschen Behauptungen belegen?

Wir sehen uns zu dieser Frage gezwüngen, weil das offensichtlich Falsche an Teilen (wichtigen Teilen) der ‚Analysen' für uns nicht mehr erklärbar ist und wir uns dadurch des Eindrucks nicht mehr erwehren können, daß diese Art der ‚Analysen' in erster Linie dazu dienen sollen, eine militaristische Politik mit dem Anschein der Legitimation/der Notwendigkeit zu versehen.

Dadurch, daß
- das militärische Potential des Imperialismus im Zusammenhang mit dem „Zusammenwirken der Kämpfe" heruntergespielt wird,
- das „Zusammenwirken der Kämpfe" auf die militärische Ebene reduziert wird (TWA z.B.),
- insgesamt eine *ganz neue* Entwicklungsphase der internationalen Kämpfe und ihres Zusammenwirkens behauptet wird (die als Folgeerscheinung die Kriterien für counter und revolutionäre Aktion auf den Kopf stellen sollen — siehe eines der Vorbereitungspapiere zum Kongreß, in dem Bezug auf die Anschläge der Faschisten auf US-Soldaten genommen wird),
- die gesamte Reorganisation des kapitalistischen Systems/des Imperialismus als eine Entwicklung dagestellt wird, die alleine der militärischen Lösung untergeordnet sei („Entscheidungsschlacht", „Kriegsökonomie")
- die politische Ebene der imperialistischen Strategien und seine Integrationsfähigkeit (zumindest in den Metropolen) völlig negiert und sogar abgestritten wird (siehe Erklärung zu 77),
- die Totalität des „Gesamtsystems" wiederum weit überhöht und die innerimperialistischen Widersprüche als irrelevant oder als nicht vorhanden dargestellt werden,

dadurch wird zwingend der Eindruck erweckt, daß es möglich sei, den imperialistischen Krieg/das gesamte imperialistische System ausschließlich auf ‚seiner' Ebene, nämlich der militärischen, zu bekämpfen und schließlich zu besiegen.

Eine Illusion, die verheerende Folgen haben muß.

> „.... die Härte, mit der die Imperialisten jetzt auf allen Ebenen und an allen Fronten Krieg führen, liegt in ihrem Ziel: sie begreifen ihn als Entscheidungsschlacht, weil sie nach dem Einbruch in Vietnam die Sicherung ihrer Macht nur noch in der vollständigen Elliminierung des Antagonismus für möglich halten ... " (Gefangene aus der RAF zu 77)

Auch diese Aussage kann ja nur bedeuten, daß, wenn die Schweine *jetzt* den Antagonismus ausrotten wollen, wir jetzt gefordert sind: entweder oder ...

Wie man zu einer solchen Einschätzung kommen kann, bleibt ein Rätsel, wissen wir doch spätestens seit Karl Marx, daß es zum Wesen des Kapitalismus gehört, seinen Antagonismus selbst zu produzieren. Denn zur Ausbeutung gehört auch der, der ausgebeutet wird *und aus dieser Ausbeutungssituation heraus immer wieder den Widerstand dagegen organisiert/entwickelt* ... so ist es also eine in sich widersprüchliche Aussage, daß der Imperialismus seinen Antagonismus ausrotten könne, was ja damit gemeint sein muß; denn daß er es will, aber nicht kann, ist ebenso alt wie in diesem Zusammenhang bedeutungslos. Uns darf es also nicht darum gehen, irgendeine „Entscheidungsschlacht" zu gewinnen, sondern die Revolution im eigenen Land (als Teil des weltrevolutionären Prozesses) voranzutreiben. Dabei ist die Frage, ob ‚nationale Revolutionen möglich sind oder nicht' für uns überhaupt *keine* Frage. Diese Frage ist für Kommunisten in jeder Hinsicht bedeutungslos. Entscheidend ist nämlich, daß wir nur aus der Revolutionierung *unserer* Realität und Gegenwart, d.h. aus unseren nationalen Bedingungen und Kämpfen zu einer Kraft werden können, die national *und* international eine revolutionäre Rolle einzunehmen in der Lage sein wird.

Wir halten daher die Frage nach der Möglichkeit einer ‚nationalen Revolution' für ablenkend und irreführend und möchten vorschlagen, daß die hier versammelten Genossen eine Diskussion (hier und zu Hause) darüber einleiten, ob wir uns zukünftig nicht das Debattieren von und Orientieren an belanglosen Fragen grundsätzlich ersparen sollten.

Leider haben wir die Arbeitspapiere zum Kongreß erst vor wenigen Tagen erhalten, daher konnten wir uns mit diesen Papieren noch nicht in der notwendigen ausführlichen Art und Weise auseinandersetzen.

Das gleiche Problem hatten wird im Grunde mit der gesamten Kongreßvorbereitung. Die Kurzfristigkeit, die nicht geführten Diskussionen in größeren Zusammenhängen, das alles erschwerte eine konstruktive (Mit-)Arbeit an dieser Phase zum Aufbau der antiimperialistischen Front. Wir stellen uns den Kampf um die „Einheit" und um's „Zusammenkommen" grundsätzlich anders vor und erwarten (von uns und anderen, daß daraus für die Zukunft in jeder Hinsicht Konsequenzen gezogen werden. Wir werden uns jetzt darauf beschränken müssen, uns mit den wichtigsten Punkten der (uns vorliegenden) Arbeitspapiere auseinanderzusetzen — und zwar mit den Punkten, über die wir in den Arbeitsgruppen diskutieren wollen.

Zusammenwirken der Kämpfe weltweit...

Daß revolutionäre Kämpfe/Entwicklungen weltweit die Kräfte des Imperialismus zersplittern können und so auch seiner Fähigkeit zur militärischen Intervention und Eskalation Grenzen gesetzt werden, ist eine grundsätzlich richtige — aber auch nicht neue — Tatsache.

Allerdings hat dieses „Zusammenwirken" bestimmte Kriterien, die erfüllt sein müssen, sonst ist weder objektiv noch subjektiv ein Zusammenwirken vorhanden. Nicht die Tatsache, daß Kämpfe in verschiedenen Regionen *zum gleichen Zeitpunkt* laufen, macht bereits ihr Zusammenwirken aus, sondern die Frage nach der politischen *Identität* ist dafür bestimmend. Also, gegen wen sich die Kämpfe richten *und* für was gekämpft wird, um welche Klassenpositionen, welche gesellschaftlichen Ziele, gegen welchen Feind *und* für welche eigenen Vorstellungen — das ist nicht voneinander zu trennen und macht die politische Identität der Kämpfe aus. *Dann erst* erst ist die „objektiv antiimperialistische Wirkung" gegeben. (Damit beziehen wir uns z.B. auf die Auseinandersetzung um die TWA-Entführung — wem nützt sie?)

Nach diesem Kriterium kann man auch nicht einfach Kämpfe von ganz unterschiedlicher politischer Identität zusammenwerfen und behaupten, sie würden sich aufeinander beziehen. Das brauchen wird doch nur mal an uns selbst überlegen (Diskussion 1982 um die Anschläge der Faschisten gegen die US-Soldaten).

Das „Zusammenwirken" ist darüberhinaus auch ne Frage, wie weit der revolutionäre Prozeß in den jeweiligen Regionen tatsächlich entwickelt und verankert ist. Also, wie gefährlich der jeweilige Prozeß in seiner aktuellen Entwicklung und seiner perspektivischen Explosionskraft für den Imperialismus ist. Und genau bei dieser Frage sind wir mit uns selbst konfrontiert, wenn wir von dem was richtig ist am „Zusammenwirken der Kämpfe" ausgehen, müssen wir uns selbstkritisch fragen, *wie* wir *hier* in der Metropole BRD überhaupt so stark werden können, daß wir unseren (richtigen) internationalistischen Anspruch erfüllen können und uns stattdessen nicht in Wunschvorstellungen ergeben. Nur wenn wir uns diese Frage *politisch* beantworten, werden wir in der Lage sein, sie auch praktisch zu beantworten, d.h. auch: irgendwann ein relevanter Faktor (auch) im internationalen Kräfteverhältnis sein. Und an dieser Stelle kommen wir nicht an der Frage vorbei, ob die Aktionen im August (Pimental und Air Base) neue Bestimmung und neuer Weg für den revolutionären Prozeß hier sein kann — oder ob sie nicht vielmehr diesem Prozeß schaden. Wir meinen, letzteres.

Der Bezug auf die weltweite Entwicklung der Kämpfe bringt uns nicht weiter, wenn wir es nicht schaffen, in der Strategie der antiimperialistischen Front die *nationalen und* die *internationalen* Bedingungen miteinander zu verbinden. Genau das war die Bestimmung der Politik der RAF von Anfang an. Sie ist immer noch richtig!

Wir können nicht verstehen, daß in Papieren zum Kongreß seitenlage Analysen über die internationale Situation, über das Gesamtsystem und über die Enwicklung des Widerstands hier bis zum Sommer 85 entwickelt werden — und an der entscheidenen Frage, die für uns / für die ganze weitere Entwicklung *hier* existenziell ist (eben weil die gesamte antiimperialistische Front / jede revolutionäre Politik und Praxis davon berührt ist), nach nem halben Jahr dazu nur kommt: „....womit wir Schwierigkeiten haben, ist die genaue Bestimmung für den Prozeß hier, wohin die Eskalation und Polarisierung in die Tiefe der Gesellschaft genau laufen soll..." und gleichzeitig Kritik an den Aktionen sich reduziert auf das Vermittlungsproblem und das Verhältnis der Guerilla zum Widerstand, was sich darin ausdrückt. Es ist einfach ein absoluter Widerspruch zwischen dem Verhältnis, mit dem die Genossen sich mit der internationalen Situation und den Strategien der Herrschenden auseinandersetzen und dem Verhältnis, mit dem die politischen Auswirkungen der neuen Bestimmung / des neuen Weges auf die Situation hier in der Metropole BRD diskutiert wird. Daüber wollen wir auch auf dem Arbeitskreis sprechen.

Wie in verschiedenen Papieren zum Kongreß formuliert wurde, geht es nicht um die bornierte Vorstellung von „nationaler Revolution". Das verfälscht das eigentliche Problem. Weil ganz unabhängig von der Relevanz der Frage, ob eine „nationale Revolution" in der Metropole (oder auch in der sog. 3. Welt) noch möglich ist oder nicht, es eine unumstößliche Tatsache ist, daß wir die Kräfte für ne revolutionäre Entwicklung hier aus der Situation und den Bedingungen der BRD entwickeln müssen.

Auch da, wo wir uns mit dem „imperialistischen Gesamtsystem" auseinandersetzen, kommen wir zu den gleichen Fragen, wenn wir konsequent an den Ergebnissen der Analysen weiterüberlegen.

In Erklärungen und Texten von Gefangenen, von der Guerilla und dem Widerstand und in den ersten Kongreßpapieren wurde das „imperialistische Gesamtsystem" als eine Art monolithischer Block beschrieben. Die Tatsache, daß das kapitalistische System aus seiner Eigendynamik zahlreiche Widersprüche gesetzmäßig und ständig neu hervorbringt, die sich auf alle anderen Ebenen auswirken, daß es nationale, historische usw. Widersprüche innerhalb der imperialistischen Mächte gibt, wurde überwiegend negiert, übersehen oder für nicht relevant gehalten,bzw. einfach die Unterordnung dieser Widersprüche unter die gesamtimperialistischen Interessen behauptet. Der Imperialismus wurde darauf reduziert, daß seine Strategie nur noch auf militärische Lösungen abzielte, daß er nicht mehr in der Lage sei, für die Durchsetzung seiner Interessen auch politische Mechanismen anzuwenden. Die konsequente Folge einer solchen schematischen (und falschen) Analyse besteht in der Vorstellung, daß nun die Zeit gekommen sei, für die Revolutionäre in den Metropolen, nur noch auf militärischer Ebene (Strategie gegen ihre Strategie) gegen den US-Imperialismus zu kämpfen. Ergo: Airbase und Pimental. Ein solches Weltbild / eine solche „Analyse" bildet den politischen Hintergrund für das Abgleiten der revolutionäre in militärische Strategien.

In den neuesten Papieren zum Kongreß ist eine an vielen Stellen differenzierte Auseinandersetzung mit der „imperialistischen Gesamtsystem, dessen Macht nur noch Militärstrategie ist" wiedergegeben. Angefangen bei der Erkenntnis, daß „die großen Sprüche der Imperialisten und das, was sie in bestimmten Situationen tatsächlich verwirklichen können, zwei verschiedene Dinge sind..." (was uns sicher auch von der erdrückenden Welle von Shultz- und Weinberger-Zitaten befreien wird) bis dazu, daß „das Kräfteverhältnis immer in konkreten Kämpfen entschieden wird, und so auch die harte Haltung nichts Endgültiges ist..." oder daß „die Imperialisten einfach an jeder einzelnen Stelle neu kalkulieren müssen, ob der politische Schaden, die kurz- und längerfristigen Folgen einer militärischen Vergeltungsaktion, einer Intervention oder die Durch- bzw. Nichtdurchsetzung eines Projekts in den Zentren größer sind als der Nutzen..."

Diese Einschätzungen kommen der Wirklichkeit schon einiges näher. Vor allem ist daran wichtig für uns, daß die Widersprüche innerhalb des Imperialismus oder auch die politischen, ökonomischen Grenzen, an die er stößt, oder die Gratwanderung zwischen militärischen/repressiven Strategien einerseits und polischen Auswirkungen andererseits ...., daß das alles Bereiche sind, in denen sich für uns, für die revolutionären Kräfte, immer wieder Raum eröffnet, wo wir auch Wirkung erzielen können/müssen. Damit meinen wir nicht ne Politik, die sich nur an den Widersprüchen der Imperialisten orientiert. Aber wenn wir an den einzelnen Widersprüchen weiter überlegen, nehmen wir als *ein* Beipiel das Problem der politischen Grenzen, an die der Imperialismus stößt, dann wird daran deutlich, daß für die revolutionären Kräfte genau auch dieses Terrain wichtig ist, wo wir ebenfalls Siege erringen können und durch die *politische* Wirkung unseres *Handelns*, der Aktion, der Mobilisierung, der täglichen Kleinarbeit. Und so verstehen wir den Satz der Tupamaros: „*Der revolutionäre Krieg ist ein politischer Krieg.*" *Das* ist die ‚Schärfe' des Krieges in den Metropolen, wie wir sie begreifen.

Was jedoch in den Papieren zum Kongreß auffällt, daß auch beim Bereich „Gesamtsystem" die Schlußfolgerungen aus den inzwischen differenzierteren Einschätzungen nicht gezogen werden oder nicht als Kriterien in die Auseinandersetzung mit den Aktionen im August mit einbezogen werden. Würden sie das, wäre auch an *dieser* Stelle der Widerspruch zu dieser neuen Bestimmung eine zwangsläufige Folge. Gerade da brechen die Überlegungen jedoch ab.



Simone de Beauvoir:

Eine Frau, Schriftstellerin und Philosophin

„Mystifikation zu beseitigen, die Wahrheit zu sagen, ist eines der Ziele, die ich in allen meinen Büchern am hartnäckigsten verfolgt habe. Diese Hartnäckigkeit hat ihre Wurzeln in meiner Kindheit; ich haßte das, was meine Schwester und ich ‚Dummheit' nannten: eine gewisse Art, das Leben und seine Freuden unter Vorurteilen, Gewohnheiten, Täuschungen und sinnlosen Vorschriften zu ersticken. Ich wollte dieser Unterdrückung entrinnen und habe mir fest vorgenommen, sie rücksichtslos aufzuzeigen."

Jene Passage aus „Alles in Allem", dem letzten Band aus ihrem Memoirenzyklus, charakterisiert am besten Simone de Beauvoirs Werk *und* Leben (1).

Wir alle sind jetzt Waisen. Mit diesem Satz drückten französische Frauen ihre Erschütterung und Trauer über den Verlust von Simone de Beauvoir aus.

Die Dame mit dem Turban — eine liebgewonnene Gewohnheit aus der friseurlosen Besetzungszeit — wurde am 9.1.1908 im Pariser Montparnasse geboren, wo sie auch bis zuletzt wohnte.

Ihre Familie, der Vater war Jurist, gehörte zwar zu einer wohlhabenden französischen Bourgeoisie, verarmte allerdings aufgrund von Fehlspekulationen nach den ersten Weltkrieg. Als sie fünfeinhalb Jahre alt war, beschlossen ihre Eltern, sie in ein katholisches Mädcheninstitut zu schicken. Ihr Vater war Agnostiker, ihre Mutter fromm: *„Sobald ich gehen konnte, hat Mama mich in die Kirche mitgenommen; sie hatte mir in Wachs, aus Gips geformt, an die Wände gemalt, die Bilder des Jesuskindes, des Herrgotts, der Jungfrau Maria, der Engel gezeigt."* (2)

An jenem „Cours Désir" blieb sie bis zum Abitur eine Musterschülerin, die viel las und besonders den französischen Aufsatz beherrschte. 1914 — der Krieg war erklärt worden — lernte sie das Böse, die „Prussiens" oder auch „Boches", erkennen und der Sache des Guten dienen: Sie strickte einen Wollschal für die Front, malte an Wände „Hoch Frankreich!"; die Erwachsenen kommentierten entzückt „Simone ist furchtbar chauvinistisch" (3); sie sammelte Spenden auf den Pariser Boulevards, alles in allem „eine bezaubernde kleine Patriotin" (4).

Fromm war sie ohnehin; sie steigerte die Tugend noch, als ihre erklärt wurde, Frankreichs Errettung hänge auch

de, Frankreichs Errettung hänge auch

von ihrer persönlichen Bravheit und Frömmigkeit ab; sie trat dem Kinderorden „Engel der Passion" bei, ging drei Mal die Woche zur Kommunion und erwog gar eine Zeit lang, Karmeliterin zu werden. Mit 14 Jahren verlor sie ihren Glauben: *„Ich hatte eine Stunde damit zugebracht, die verbotenen Äpfel zu verspeisen und in einem ebenfalls verbotenen Balzacband von dem seltsamens Liebesidyll eines Mannes mit einer Pantherkatze zu lesen; vor dem Einschlafen gedachte ich, mir selbst noch Geschichten zu erzählen, die mich in sonderbare Zustände versetzen würden. ‚Das ist Sünde', sagte ich mir. Es war mir unmöglich, mich länger selbst zu betrügen: systematischer Ungehorsam, Lüge, unreine Träumereien waren kein Verhalten, das man als harmlos bezeichnen konnte ... Mit einem Male war ich mir klar darüber, daß nichts mich zum Verzicht auf die irdischen Freuden vermögen würde. ‚Ich glaube nicht mehr an Gott', sagte ich mir ohne allzu großes Erstaunen. Es war vollkommen klar: Wenn ich an ihn geglaubt hätte, wäre ich nicht freudigen Herzens bereit gewesen, ihn zu beleidigen."* (5)

Etwa zur gleichen Zeit begann sie ihre Zukunft zu entwerfen: *„Eines Nachmittags half ich Mama beim Geschirrspülen; sie wusch die Teller, ich trocknete ab; durchs Fenster sah ich die Feuerwehrkaserne und andere Küchen, in denen Frauen Kochtöpfe scheuerten oder Gemüse putzten. Jeden Tag Mittagessen, Abendessen, jeden Tag schmutziges Geschirr! Unaufhörlich neu begonnene Stunden, die zu gar nichts führten — würde auch das mein Leben sein? Ein Bild entstand in meinem Kopf und zeichnete sich mit so trostloser Klarheit ab, daß ich mich noch heute daran erinnere: eine Reihe von grauen Vierecken erstreckte sich, nur nach den Gesetzen der Perspektive verkleinert, bis zum Horizont, alle identisch, alle eben und platt: das waren die Tage, die Wochen und die Jahre. (...) Nein, sagte ich mir, während ich einen Tellerstapel in den Wandschrank schob: Mein eigenes Leben wird zu etwas führen."*(6)

Ein Erlebnis radikaler Bedeutung war das Entdecken der Notwendigkeit von Freundschaft, von Austausch mit dem Anderen: damals mit ihrer Mitschülerin Zaza. Sie bewunderte, verehrte ihre Ironie, ihre Kühnheit, ihre Originalität und ihre umstürzlerischen Gedanken. *„(Zaza) zog oft eine Parallele zwischen ihrer Lässigkeit und meinem Arbeitseifer, zwischen ihren Fehlern und meiner Vollkommenheit, über die sie sich gern mokierte ... ‚Ich habe keine Persönlichkeit', gestand ich mir traurig ein. Meine Neugier gab sich allem hin: ich glaubte an die Absolutheit des Wahren und an die Notwendigkeit des Sittengesetzes; meine Gedanken formten sich je nach Objekt; wenn manchmal einer von ihnen mich überraschte, so deshalb, weil er etwas Überraschendes widerspiegelte. Ich zog das Bessere dem Guten, das Schlechte dem Schlimmeren vor, ich verachtete, was verachtenswert war. Ich entdeckte keine Spur einer subjektiven Haltung in mir."* (7)

Zaza und sie siezten sich und unterhielten sich über Liebe, über Zukunftspläne. Simone de Beauvoir, die zunächst hatte Lehrerin werden wollen, beschloß mit fünfzehn Jahren, Schriftstellerin zu werden. Einerseits weil Schriftsteller in ihren Augen ein ungeheures Prestige besaßen, andererseits weil sie von Natur aus mitteilsam war; schließlich würde ihr die Literatur eine Unsterblichkeit sichern, die ein Ausgleich für die verlorene ewige Seligkeit wäre und außerdem: *„Zugleich würde ich der Menschheit dienen: mit welchem schöneren Geschenk als Büchern konnte man sie bedenken?"* (8) Ihr Auserwählter, so befand sie, müßte eine ihr völlig evidente Überlegenheit aufweisen, müßte ihr „unbegrenzt imponieren" durch seine Klugheit, Kultur, Autorität; er solle nicht von ihr verschieden, sondern ihresgleichen, „eine Art Doppelgänger" sein (9). Und wie sämtliche jungen Mädchen (und Jungen) lehnte sie sich allmählich gegen elterliche Vorschriften und familiäre Konventionen auf.

Als Endvierzigerin begann Simone de Beauvoir ihre Memoiren zu schreiben. Dieses Werk besteht aus vier Bänden: „Memoiren einer Tochter aus gutem Hause" (1958) endet mit dem Studienabschluß, der Lösung vom Elternhaus und der Begegnung mit Sartre. „In den besten Jahren" (1960) umfaßt den Zeitraum von 1929 bis zur Befreiung Frankreichs 1944. „Der Lauf der Dinge" (1963) betrifft die Nachkriegsjahre bis zum Ende des Algerienkriegs; sie berichtet von ihren Reisen (USA 1947-1950, Afrika und Südamerika 1950, Sowjetunion und China 1955, Brasilien und Kuba 1960; später, von 1962 bis 1966 fuhr sie jedes Jahr in die UdSSR) und von zwei weiteren wichtigen Liebesbeziehungen, zum amerikanischen Schriftsteller Nelson Algren und zu Claude Lanzmann. Schließlich hält sie in „Alles in Allem" eine Art Gesamtrückschau ihres Lebens unter Einbeziehung der Jahre 1962-1970, das heißt unter anderem ihre Eindrücke anläßlich einer Nahostreise sowie das Engagement im Mai 68 und in der Frauenbewegung.

Simone de Beauvoir, die bedauerte, daß die „nichtkommunistische Linke" (nicht KPF-gebunden ist gemeint; Anm. AK) *„fast genauso monolithisch geworden ist wie die Kommunistische Partei. Ein ‚Linker' muß China bedingungslos bewundern, muß Partei ergreifen für Nigeria und gegen Biafra, für die Palästinenser und gegen Israel"* und erklärte, *„solchen Bedingungen füge ich mich nicht"* (Alles in Allem, S.411), erhielt 1975 den Jerusalem-Preis. Sie, die keineswegs palästinenser- oder araberfeindlich war, fand andererseits den Gedanken, „Israel könne eines Tages wieder von der Landkarte verschwinden, einfach verabscheuungswürdig ... Dies um so mehr, als der Antisemititsmus in ganz Europa auch weiterhin schwelt und für die von ihm ausgehenden Bedrohungen Israel für die Juden die einzige sichere Zuflucht bleibt." (ebd.)

Kennzeichnend für die Memoiren ist die Ablehnung jeglicher Schnörkelei, jeglicher Selbst-Stilisierung und das unbedingte Bemühen um Aufrichtigkeit, Authentizität, also Wahrheit, um Vollständigkeit und Transparenz. Sie selber schreibt: *„Ich wollte das Geschehen in seiner Willkür, seinen Zufällen, seiner zuweilen ungereimten Kombination so darstellen, daß es der Wirklichkeit entspricht. Diese Treue gibt deutlicher als die geschickteste Transponierung zu verstehen, wie die Dinge auf den Menschen zukommen ... Ich bin keine virtuose Schriftstellerin gewesen. Ich habe nicht — wie Virginia Woolf, wie Proust oder wie Joyce — das schillernde Spiel der Empfindungen wieder zum Leben erweckt und die Außenwelt in Worten eingefangen. Aber das ist auch nicht meine Absicht gewesen. Ich wollte mich existent machen für die anderen, indem ich ihnen auf die unmittelbarste Weise mitteile, wie ich mein eigenes Leben empfand: das ist mir in etwa geglückt ... Nichts anderes wünschte ich mir."* (10) Simone de Beauvoir studierte 1925-26 französische Philologie und Mathematik an katholischen Instituten. 1926 begann sie ihr Philosophiestudium an der Sorbonne.

„An der Philosophie zog mich vor allem an, daß sie meiner Meinung nach unmittelbar auf das Wesentliche ging. Ich hatte mich nie für Einzelheiten interessiert; ich nahm den globalen Sinn der Dinge weit mehr als ihre Besonderheiten in mich auf; ich begriff lieber, als ich sah: immer hatte ich alles erkennen wollen: Die Philosophie würde mir möglich machen, dieses mein Verlangen zu erfüllen, denn die Gesamtheit des Wirklichen war das Ziel, das ich im Auge hatte." (11) Mit einer Arbeit über Leibniz besteht sie 1928 das Examen, und gemeinsam mit Maurice Merleau-Ponty und Claude Lévi-Strauss (12) legt sie ihre Referendarzeit an einem Pariser Gymnasium ab. Gleichzeitig bereitet sie sich an der Sorbonne und der Ecole Normale Supérieure auf die Philosophie der „Agrégation" vor. Damals erhält sie von einem Studienfreund, Herbaud, jenen Namen, der bleiben sollte: Castor. *„Eines Tages schrieb er in großen Buchstaben auf mein Heft BEAUVOIR = BEAVER. ‚Sie sind ein Biber', sagte er, ‚die Biber leben in Gemeinschaften und haben eine konstruktiven Geist'."* (13)

Herbaud, Sartre und Nizan (14) bildeten an der Normale Supérieure einen geschlossenen Kreis: *„Sie hatten einen schlechten Ruf. Es hieß, es fehle ihnen an ‚Sympathie für die Dinge' ... Sartre sah nicht übel aus, aber es hieß von ihm, er sei der Schlimmste der drei; man sagte sogar, er tränke."* (15) In „Memoiren einer Tochter aus gutem Hause" schilderte Simone de Beauvoir ihren ersten Besuch bei Sartre: *„Ich war etwas aufgeregt, als ich Sartres Zimmer betrat; ich fand außer einem riesigen Durcheinander von Büchern und Papieren überall umherliegende Zigarettenstummel und dicken Rauch vor. Sartre empfing mich als Weltmann; er rauchte Pfeife."* (16) Der neue Kreis, in den sie aufgenommen wurde, schüchterte sie zunächst ein:

neue Kreis, in den sie aufgenommen wurde, schüchterte sie zunächst ein:

Nizan, Aron, Politzer (17), Sartre besaßen ihrer Meinung nach einen beträchtlichen Vorsprung vor ihr, sie waren auch das Diskutieren gewöhnt. Sie folgerte: *„Ich würde Zeit brauchen und Anstrengungen machen müssen, um auch nur zum Teil die Versprechungen zu halten, die ich mir selbst gegeben hatte: doch das erschreckte mich nicht. Nichts war freilich gewonnen, aber alles blieb möglich."* Nun: als Zweitbeste hinter Sartre bestand sie die Philosophie-„Agrégation". Von 1931 bis 1943 unterrichtete sie Philosophie in Marseille, später in Rouen, schließlich Paris, bevor sie sich völlig aus dem Schulbetrieb zum Schreiben zurückzog.

Von 1929 bis 1931 „faulenzte" sie in Sartres Nähe. Der hatte vorgeschlagen: *„Schließen wir einen Zwei-Jahres-Pakt ..."* (19) Sie geriet, wie sie selber schrieb, zum ersten Mal in Widerspruch zu sich selbst und sprach von der Falle des Glücks: *„Wie recht hatte ich gehabt, dem Glück zu mißtrauen. Unter welcher Maske es auch auftrat, immer brachte es mich dazu, jeden Verzicht zu leisten. Als ich Sartre begegnet war, hatte ich geglaubt, nun sei alles gewonnen. An seiner Seite konnte meine Selbstverwirklichung nicht mißlingen. Jetzt sagte ich mir: Auf das Heil eines anderen mitzusetzen, ist der sicherste Weg zum Untergang."* — *„Ich war doch keine Frauenrechtlerin, ich hatte keine Theorie über Rechte und Pflichten der Frau,"* erläutert sie weiter. *„So wie ich mich früher geweigert hatte, mich als ‚Kind' bezeichnen zu lassen, so hielt ich mich jetzt nicht für eine ‚Frau': ich war ich ... Ein Leben als ‚Zweitwesen', als ‚relatives' Wesen hätte für mich geheißen, mich in meiner Eigenschaft als menschliches Geschöpf zu erniedrigen."* (Anm. 20; Hervorhebung AK) Simone de Beauvoir und Sartre hatte ihre Beziehung früh definiert: *„Sartre war nicht zur Monogamie berufen; er war gern in Gesellschaft von Frauen, die er weniger kurios als Männer fand* (kurios meint hier bürgerlich, spießig, langweilig eben — Anmerkung AK). *‚Bei uns beiden', erklärte er mir unter Anwendung seines Lieblingsvokabulars, ‚handelt es sich um eine notwendige Liebe: es ist unerläßlich, daß wir auch die Zufallsliebe kennenlernen' ... Wir würden einander nie fremd werden, keiner würde je vergebens an den anderen appellieren und nichts würde dieser Allianz den Rang ablaufen; aber sie durfte weder in Zwang noch in Gewohnheit ausarten. Um jeden Preis mußten wir sie vor der Zersetzung bewahren."* (21)

In „Der Lauf der Dinge" ging Simone de Beauvoir später auf gewisse Kriterien gewisser junger Frauen ein, sie habe die „relative Rolle" für sich selbst akzeptiert, der auszuweichen sie ihnen gerade empfohlen hatte: *„Das trifft nicht zu. Sartre ist in ideologischen Fragen schöpferisch — ich nicht ... Wenn ich mich geweigert hätte, diese Überlegenheit anzuerkennen, hätte ich meine Freiheit verraten; ich hätte mich in die trotzige und mißtrauische Haltung verrannt, die der Kampf der Geschlechter mit sich bringt und die das Gegenteil geistiger Ehrlichkeit sind. Ich habe meine Unabhängigkeit erhalten, weil ich meine Verantwortung nie auf Sartre abgewälzt habe. Ich habe keine Idee, keine Entschluß übernommen, ohne sie zu analysieren und mir selber Rechenschaft zu geben ... Sartre hat mir geholfen, wie ich ihm geholfen habe."* (22)

Eben. Sartre selber hat wiederholt in Interviews Simone de Beauvoirs Rolle bei dem Entwurf und der Ausarbeitung seines Werkes genannt: *„Ich betrachte mich Ihnen (S.d.B.) gegenüber nicht als überlegen oder intelligenter oder aktiver, also stelle ich uns auf die gleiche Ebene. Wir waren **ebenbürtig**."* (Anmerkung 23; Hervorhebung AK) In einem weiteren Interview, 1975, sagte er: *„Ich habe ihr die Grundgedanken von ‚Das Sein und das Nichts' auseinandergesetzt, bevor das Buch geschrieben wurde ... Sie war der ideale Gesprächspartner, ein Partner, wie man ihn kaum jemals findet. Es war ein großartiges Glück ... Aber das Einzigartige bei Simone de Beauvoir und mir ist unser Verhältnis absoluter Gleichberechtigung."* (24) In der Zwischenzeit hatte Nazideutschland den Krieg begonnen; Sartre wurde einberufen, und vom Juli 1940 bis zum März 1941 war er deutscher Kriegsgefangener in Trier. Erstmals empfand sie die Notwendigkeit eines politischen Engagements, wenngleich sie, wie sie selber dargestellt hat, keine glanzvolle Rolle während der Besetzungszeit gespielt hat. So unterzeichnete sie, um weiter unterrichten zu können, daß sie „keine Jüdin" sei. Als Sartre 1941 nach Paris zurückkam, wollte er handeln und gründete mit anderen zusammen die Résistance Gruppe „Socialisme et Liberté". Diese brach bald zusammen, und beide widmeten sich wieder dem Schreiben.

berté". Diese brach bald zusammen, und beide widmeten sich wieder dem Schreiben.

„Die Reden Pétains trafen mich mehr als die Reden Hitlers. Ich verdammte alle Kollaborateure. Aber Leute meiner Art, vor Intellektuellen, Journalisten, Schriftstellern empfand ich tiefen, klaren, schmerzhaften Abscheu. Wenn Literaten und Maler nach Deutschland fuhren, um die Sieger unseren geistigen ‚Anschlusses' zu versichern, fühlte ich mich persönlich verraten." Sie faßt den Hintergrund ihres damaligen Lebens zusammen in Angst, Wut und blinde Ohnmacht. Als einziger Ausweg, bemerkte sie kritisch, war ihr die „abstrakte Moral, als eine letzte Zitadelle des bürgerlichen Idealismus" geblieben.

Sie schrieb also, und 1943 erscheint ihr erster Roman „Sie kam und blieb", die autobiographisch inspirierte Geschichte eines Dreiecksverhältnisses. Die Schriftstellerin Francoise, streng und rein, lebt mit dem Schauspieler und Regisseur Pierre, bis ihre jüngere Freundin Xavière, launig, kapriziös, spontan in ihr Leben eintritt. Xavière gewinnt nicht nur Macht über Pierre, sondern auch über Francoise, die schließlich die alte Frage ‚Sie oder Ich' stellt und zur eigenen Befreiung Xavière tötet. Ein Hegel-Zitat steht dem Roman voran: *„Ebenso muß jedes Bewußtsein auf den Tod des anderen gehen."*

Ihrem zweiten Buch „Das Blut der anderen" (1945) stellt Simone de Beauvoir ein Dostojewski-Zitat voran: *„Jeder Mensch ist für alle und alles verantwortlich."* Jean Bromart, Sohn reicher Eltern, will Vorbestimmtheit und Schuld entkommen, indem er Arbeiter wird. Immer wieder erfährt er, daß sein eigenes Leben ein Eingreifen ins Leben anderer bedeutet. Um auch diese Verantwortung und die daraus resultierende Schuld loszuwerden, verläßt er seine schwangere Freundin Hélène. Der Krieg, die Notwendigkeit eines Engagements, verändert sie: Gemeinsam gehören sie einer Résistance-Gruppe an. Hélène aber kommt bei einer Aktion um. Erneut überfällt Bromart die Schuld. Sie dagegen aber sagt: *„Mach dir keine Gewissensbisse ... Ich habe*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

getan, was ich wollte. Du warst nicht mehr als ein Stein. Und Steine braucht man, damit Straßen entstehen können — wie könnte man sich sonst einen Weg entscheiden?''(26) So auch Paul, eine weitere Romanfigur: ,,*Ich fühle mich nur für mich selbstverantwortlich, und diese Verantwortung konnte ich ruhig tragen: ich war das, was ich sein wollte.''*

Ein Jahr später erscheint ,,Alle Menschen sind sterblich''. Die Hauptfigur Fosca ist unsterblich, die junge Schauspielerin Régine wünscht sich eine ewige, unvergleichliche Liebe. Fosca erzählt seine wechselhaften Schicksale durch die Jahrhunderte. Seine Unsterblichkeit verunmöglicht ihm das Leben: nichts ist ihm dringend, nichts ist ihm bedeutend, nichts ist ihm unersetzlich. — Kurz zuvor veröffentlichte Simone de Beauvoir ihr erstes philosophisches Essay ,,Pyrrhus und Cinéas'' (1944). Nach einer Plutarch-Erzählung erklärt König Pyrrhus seinem Ratgeber Cinéas, er wolle die ganze Welt erobern. Und dann? fragt Cinéas. Dann würde er sich ausruhen, antwortet Pyrrhus. Wieso sich dann nicht gleich ausruhen?, fragt Cinéas. Warum dies, warum gerade bis dahin, warum nicht weiter, wozu überhaupt? Jede menschliche Tat kann spöttisch verachtet werden oder anders ausgedrückt: ,,*Der Reflexion scheint also jeder menschliche Entwurf absurd zu sein.''* (27) Und doch hat Pyrrhus, der Handelnde, gegen Cinéas, der letztendlich die tote Existenz der Sachen lebt, recht. ,,*Die Freiheit, Fundament aller menschlichen Werte, ist das einzige Ziel, das die Handlungen der Menschen rechtfertigen kann.''* (28)

1945 wurde die Zeitschrift ,,Les Temps Modernes'' von Sartre gegründet. Als einzige Frau gehörte Simone de Beauvoir der Redaktionsgruppe an. Existentialismus — der Begriff war in aller Munde, war Mode: die Rechten meinten Jazzkeller, Verdorbenheit der Jugend, Orgien und Rausch; aus marxistischer, (KPF-) kommunistischer Ecke hieß es Subjektivismus, Idealismus, Ahistorismus, Philosophie der Verzweiflung, der Hoffnungslosigkeit und Einsamkeit. Der Kernpunkt der Differenz zwischen Marxismus und Existentialismus wurde (wird) in der Konzeption des Individuums angesiedelt. Das heißt: soll man vom autonomen Individuum ausgehen, der für sein Verhalten verantwortlich ist, und gesellschaftliches Leben schafft oder von der Gesellschaft, die das Individuum schafft und die Art seines Verhaltens bestimmt. So ungefähr lautet(e) die marxistische Polemik gegen den allerersten Grundsatz des Existentialismus: **Der Mensch ist, wozu er sich macht.** In einem Aufsatz ,,Der Existentialismus und die Weisheit der Na-

rersten Grundsatz des Existentialismus: **Der Mensch ist, wozu er sich macht.** In einem Aufsatz ,,Der Exi-

stentialismus und die Weisheit der Nationen'' (,,Les Temps Modernes'' 3/1945) setzte sich Simone de Beauvoir mit derlei Kritiken auseinander:

,,*Den Menschen als Freiheit zu definieren, schien schon immer den optimistischen Philosophen eigen zu sein. Daher ist es völlig falsch, den Existentialismus für eine Verzweiflungsdoktrin zu halten; ganz im Gegenteil. Er verurteilt den Menschen nicht zu einem unwiderruflichen Elend; ist der Mensch nicht natürlich gut, so ist er auch nicht natürlich böse; er ist zunächst überhaupt nichts;* ***ihm obliegt es, sich als gut oder böse zu wählen,*** *je nachdem, ob er seine Freiheit verantwortet oder diese verrät... Kein einziger Erfolg rettet mich, ... und kein einziges Scheitern entbindet mich von der Fortführung des Kampfes... Man sieht: wenn der Existentialismus beunruhigt, liegt es nicht daran, daß er am Menschen verzweifelt, sondern von diesem eine permanente Anstrengung abverlangt... Genau dies ist das allgemeine Ziel des Existentialismus: Er will dem Menschen die Enttäuschung und das grimmige Schmollen ersparen, die der Kult falscher Idole hervorruft; er will den Menschen davon überzeugen, authentisch ein Mensch zu sein und er behauptet den Wert dieser Verwirklichung. Eine solche Philosophie kann es sich leisten, den Trost der Lüge und den Trost der Resignation abzulehnen: sie vertraut dem Menschen.''* (Hervorhebung AK)

1946 begann sie die Arbeit an ,,Das andere Geschlecht'', das 1200seitige Buch wurde 1949 veröffentlicht; gleich in der ersten Woche wurden 22.000 Exmplare verkauft. Im ersten Abschnitt ,,Fakten und Mythen'' stellt sie die biologischen, psychologischen, anthropologischen und sozioökonomischen Mythen und Denktraditionen zusammen, die die jahrtausendealte Abhängigkeit der Frau von der männlichen Vorherrschaft rechtfertigen sollen. **Die Frau ist nicht natur-, sondern kulturbedingt benachteiligt, man wird nicht als Frau geboren, man wird dazu gemacht.** Der zweite Teil, ,,Gelebte Erfahrung'', zeichnet das weibliche Leben der Kindheit bis zum Alter nach und die verschiedenen Möglichkeiten und Begrenzungen, die die Welt den Frauen bietet. Sie kommt zum Schluß: ,,*Die Tatsache des Menschseins ist unendlich viel wichtiger als alle Besonderheiten, die Menschenwesen auszeichnen... In beiden Geschlechtern spielt sich dasselbe Drama von Körper und Geist, von Endlichkeit und Transzendenz ab. An beiden nagt die Zeit, beiden lauert der Tod auf, sie sind beide gleich aufeinander angewiesen. Und ihre Freiheit kann zu gleichem Ruhm führen, Wenn sie sie zu kosten verständen, fühlten sie sich nicht mehr versucht, sich um trügerische Vorrechte zu streiten. Und dann könnte die Brüderlichkeit zwischen ihnen entstehen.''* (29)

Brüderlich reagierte damals ein Teil der Welt ganz und gar nicht. Die Zeitung ,,Le Figaro littéraire'' redete von Pornographie, der katholische Schriftsteller François Mauriac schrieb an die ,,Les Temps Modernes'', nun wisse er ,,alles über die Vagina ihrer Chefin'' und auch Albert Camus äußerte sich völlig degoutiert. 1972, in einem Gespräch mit Alice Schwarzer, kam Simone de Beauvoir auf ,, Das andere Geschlecht'' zurück: ,,*Ich dachte, die Probleme der Frauen (würden sich) in einer Entwicklung zum Sozialismus von selbst lösen. Feministen sind Frauen — oder auch sogar Männer —, die (vielleicht in Verbindung mit dem Klassenkampf, aber doch außerhalb) für die Frau kämpfen, ohne die erstrebte Veränderung unbedingt von der Gesamtgesellschaft abhängig zu machen. In diesem Sinne bin ich heute Feministin... Wir müssen also für die konkrete Situation der Frau kämpfen, bevor der erträumte Sozialismus kommt.''* (30)

1970 gehörte Simone de Beauvoir zu den Gründerinnen der MLF-Frauenbefreiungsbewegung. Beim Marsch für die freie Abtreibung im November 1971 war sie ebenfalls dabei. Im gleichen Jahr unterschrieb sie das berühmte Manifest ,,Ich habe abgetrieben''. In ,,Les Temps Modernes'' führte sie eine regelmäßige Rubrik zum alltäglichen Sexismus ein. 1974 wurde die französiche Liga für Frauenrechte gegründet, der sie präsidierte.

Man wird nicht als Frau geboren, man wird dazu gemacht: an dieser Aussage, die in der Konsequenz auch Ablehnung der Theorien der ,,Neuen Weiblichkeit'' bedeutet, hielt Simone de Beauvoir allerdings fest: ,,*Wenn man uns sagt: ,Immer schön Frau bleiben. Überlaßt uns nur all diese lästigen Sachen: Macht, Ehre, Karriere... Seid zufrieden, daß ihr so seid: erdverbunden, befaßt mit menschlichen Aufgaben...', wenn man uns das sagt, sollten wird auf der Hut sein! Einerseits ist es richtig, daß Frauen sich nicht mehr ih-*

den, befaßt mit menschlichen Aufgaben...', wenn man uns das sagt, sollten wird auf der Hut sein! Einerseits ist es richtig, daß Frauen sich nicht mehr ih-

res Körpers schämen, nicht ihrer Schwangerschaft und ihrer Periode. Richtig, daß sie ihren Körper kennenlernen... Aber man darf keinen Wert an sich daraus machen, nicht glauben, der weibliche Körper verleihe einem eine neue Vision der Welt. Das ist lächerlich und absurd. Das hieße einen Gegen-Penis daraus machen. Frauen, die das glauben, fallen ins Irrationale, ins Mystische, ins Kosmische zurück... Das Ewig Weibliche ist eine Lüge, denn die Natur spielt bei der Entwicklung eines Menschen eine sehr geringe Rolle. Wir sind soziale Wesen. Außerdem: Da ich nicht denke, daß die Frau von Natur aus dem Manne unterlegen ist, denke ich auch nicht, daß sie ihm von Natur aus überlegen ist.'' (31, Hervorhebung AK) Stets gab Simone de Beauvoir den Frauen den Rat, sich durch Arbeit und Beruf unabhängig zu machen — als Voraussetzung zur Unabhängigkeit gemäß ihrer Vorstellung, **sich nicht als Frau, sondern als ganzes, vollständiges menschliches Wesen Anerkennung zu schaffen.** Immer warnte sie vor der Falle der Mutterschaft und der Ehe.

,,Die Mandarins von Paris'' (1954) wurde mit dem höchsten französichen Literaturpreis, dem Prix Goncourt ausgezeichnet. Claude Lanzmann, der übrigens beide, Sartre und Simone de Beauvoir, zur Wendung zum Marxismus ermunterte, hat sie zu jenem Roman ermutigt: Die Pariser Intellektuellen von 1944 bis 1948 sind wie die chinesischen Mandarine vom Volk abgeschnitten, obwohl sie es zu führen meinen, und schließlich enttäuscht. Als Widerstand und Engagement scheinbar nicht mehr nötig sind, zerfällt die politische Geschlossenheit jener Pariser Linksintelligenz in Privatintrigen. Kommunismus, Atombombe, engagierte Literatur, Friedenskampagne, Sowjet-Union, Hunger in der Welt, all diese Themen werden behandelt — und nicht bewältigt. Auch dieses Buch ist autobiographisch inspiriert, ein politisches Tagebuch wie auch ein Frauenroman und endet damit, daß es nicht genüge, ,,*wenn man sich sagt: ,Die Geschichte ist auf jeden Fall unglücklich', um sich für berechtigt zu halten, seine Hände in Unschuld zu waschen: wichtig ist, daß sie mehr oder weniger unglücklich ist.''*(32)

Ihre eigenen polischen Aktivitäten: Sie nahm Stellung gegen die sowjetische Intervention in Ungarn und in der Tschechoslowakei, gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam, den Gaullismus und den Algerienkrieg: ,,*Meine Landsleute wurden mir unerträglich... Ich hatte die Menschen so gern gemocht; jetzt waren mir sogar die Straßen feindlich. Ich fühlte mich genauso verstoßen wie in der ersten Zeit der Besetzung... Ich sah mich mit den Augen der zwanzigmal vergewaltigten Frauen, der Männer mit den zerbrochenen Knochen, der wahnsinnigen Kinder: eine Französin.''* (33)

Gemeinsam mit der Rechtsanwältin Gisèle Halimi startete sie eine Dokumentations- und Pressekampagne zum Fall der FNLerin Djamila Boupacha, die von französichen Soldaten vergewaltigt und gefoltert worden war. Sie

mentations- und Pressekampagne zum Fall der FNLerin Djamila Boupacha, die von französichen Soldaten vergewaltigt und gefoltert worden war. Sie

unterzeichnete das ,,Manifest der 121'' gegen den Algerienkrieg; wie Sartre beteiligte sie sich Jahre später am Mai 68 und verteilte die verbotene ,,La Cause du Peuple''.

Zu weiteren Romanen von Simone de Beauvoir gehören ,,Die Welt der schönen Bilder'' (1966) und ,,Eine gebrochene Frau'' (1967). In drei Erzählungen porträtiere sie die Frau als ,,relatives Wesen'' — drei Frauen, die am Alter, am Überdruß, an der Liebe gescheitert sind, die keine eigene Identität verwirklicht haben. Simone de Beauvoir setzte sich auch wiederholt mit dem Alter und dem Tod auseinander. 1964 beschrieb sie in ,,Ein sanfter Tod'' die letzten Lebenstage ihrer Mutter mit der ihr üblichen schonungslosen Präzision, die einige kritisieren, weil sie anderes übersehen: ,,*Wenn jemand uns Nahestehendes davongeht, büßen wir die Schuld des Überlebens mit tausend quälenden Gewissensbissen. Sein Tod enthüllt uns seine Eigenart und seine Einmaligkeit... Uns scheint, daß er in unserem Leben einen größeren Platz hätte einnehmen müssen, vielleicht sogar allen Platz.''* — ,,*Alle Menschen sind sterblich, aber für jeden Menschen ist sein Tod ein Unfall und selbst, wenn er sich seiner bewußt ist und sich mit ihm abfindet, ein unverschuldeteer Gewaltakt.''* 1970 erschien ihr wissenschaftliches Essay ,,Das Alter''. Sie geht ähnlich vor wie in ,,Das andere Geschlecht'' und trägt ethnologische, geschichtliche, soziologische Tatbestände und Mythen zusammen, sie zieht Erkenntnisse aus der Gerontologie und Geriatrie hinzu und kommt auch zu einer ähnlichen Schlußfolgerung: ***,,Das Alter ist nicht nur eine biologische Tatsache, sondern auch eine kulturelle.''***

Schließlich erschien 1981 ,,Die Zeremonie des Abschieds''. Anhand von Tagebuchaufzeichnungen beschreibt sie die letzten zehn Jahre mit Sartre und dessen allmähliche Hinfälligkeit. Im Vorwort sagt sie: ,,*Als wir jung wa-*

Fortsetzung nächste Seite

Übersetzte Werke

Alle Menschen sind sterblich, 1949

Amerika — Tag und Nacht (Reportagen), 1950

Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau, 1951

Sie kam und blieb, 1953

Die Mandarins von Paris, 1955

China — das weitgesteckte Ziel (Reportage), 1955

Memoiren einer Tochter aus gutem Hause, 1958

In den besten Jahren, 1961

Das Blut der anderen, 1963

Ein sanfter Tod, 1965

Der Lauf der Dinge, 1966

Eine gebrochene Frau, 1969

Das Alter, 1972

Alles in allem 1974

Marcelle, Chantal, Lisa ... ein Roman in Erzählungen, 1981

Die Zeremonie des Abschieds — Gespräche mit Jean-Paul Sartre, August bis September 1974; 1983

(alles bei Rowohlt erschienen)

Christiane Zehl-Romero, ,,Simone de Beauvoir'', rororo Bildmonographie, 1978

Alice Schwarzer, ,,Simone de Beauvoir heute — Gespräche aus zehn Jahren'', Rowohlt 1983

''Den Menschen erfinden''

Sartre zum Kennenlernen, Lesebuch hrsg von Traugott König



Jean Paul Sartre, 1946 (Foto: Henri Cartier-Bresson)

Jean Paul Sartre, 1946 (Foto: Henri Cartier-Bresson)

,,Den Menschen erfinden'' ist ein neues Sartre-Lesebuch betitelt, was sich auf Sartres Überzeugung bezieht, ,,*daß der Mensch mit seiner Geburt lediglich seine Existenz erhalten hat, aber noch nicht sein Wesen. Sein Leben lang hat er die Chance und weiß sich zugleich verdammt dazu, durch die ununterbrochene Kette seiner Entscheidungen in ständig wechselnden Situationen sich selbst zu erfinden und damit den Menschen überhaupt erst zu entwerfen. Er ist zu der Freiheit verurteilt, in voller Verantwortung darüber zu entscheiden, was Menschsein ist. Mit diesem Appell zur Selbstverantwortung wurde Sartre zu einem der einflußreichsten Denker des 20. Jahrhunderts''*. So heißt es im Klappentext, dem ein sehr typisches Sartre-Zitat vorangestellt ist: ,,*Mit der Hoffnungslosigkeit beginnt der wahre Optimismus: der Optimismus dessen, der weiß, daß er keinerlei Recht hat und ihm nichts zukommt ...''*

Der erste Text ist ein Auszug aus Sartres weltberühmtem Roman ,,Der Ekel'' von 1938. Jene Sartresche Grunderfahrung, daß die bloße Existenz sowohl von uns selbst als auch von der uns umgebenden Welt allein noch keinen Sinn hat und wir ihr einen solchen Sinn erst geben müssen, erzeugt bei dem ,,Helden'' dieses in Tagebuchform geschriebenen Romans zunächst Ekel.

Mit seinem Theaterstück ,,Geschlossene Gesellschaft'', aus dem das Lesebuch den Anfang und den Schluß bringt, gelang Sartre das Kunststück, ein spannendes Bühnenstück zu schreiben, das keinerlei philosophische Kenntnisse voraussetzt, obwohl jeder Satz eine Aussage seiner Philosophie ist, ohne daß das Ganze dadurch zu einem trockenen Thesenstück würde. Dem Zuschauer wird Sartres Philosophie sozusagen untergemogelt: Das Stück spielt in der Hölle. Wie sieht diese Hölle aus? Drei Menschen, die sich zu Lebzeiten nie begegnet sind, werden für immer in einem fensterlosen Hotelzimmer zusammen sein. Ein Folterknecht oder Teufel ist nicht nötig, weil jeder für den anderen die Hölle ist. Sartre wollte damit unsere totale Abhängigkeit vom anderen vorführen und indirekt dazu ermutigen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen und sich der Tatsache zu stellen, daß wir ganz allein die volle Verantwortung für unser Handeln übernehmen müssen, ohne uns auf das Urteil anderer zu verlassen oder die Schuld für ein Versagen auf andere zu schieben.

Sartre steht mit dieser Philosophie so gut wie allein da, denn kurioserweise — oder vielmehr bezeichnenderweise — behaupten und beweisen alle anderen Philosophien der ,,Freien Welt'' die fast totale Unfreiheit des Menschen, der von seiner Erbmasse, seiner Sozialisation, der Gesellschaft völlig determiniert sei. Natürlich war Sartre nicht so naiv zu glauben, Unterdrückte, Ausgebeutete, Arbeitslose bräuchten nur zu erkennen, daß sie frei seien, um sich durch ihr eigenes Handeln zu befreien. Eine solche Naivität wurde ihm häufig von Vulgärmarxisten unterstellt. Sartre hat in einer hier vollständig abgedruckten ,,Klarstellung'' darauf geantwortet: ,,*Der Klassenkampf ist eine Tatsache ... Aber wieso sehen Sie nicht, daß er sich auf der Ebene der Freiheit abspielt? Man nennt uns Sozialverräter: mit diesem Freiheitsbegriff hindern Sie den Menschen, seine Ketten abzuschütteln. Was für ein Blödsinn! Wenn wir sagen, daß ein Arbeitsloser frei ist, so wollen wir damit nicht sagen, daß er tun und lassen kann, was er will, und sich augenblicklich in einen reichen und friedlichen Bürger verwandeln.* ***Er ist frei, weil er immer wählen kann, ob er sein Los in Resignation hinnimmt oder sich dagegen auflehnt.*** *Natürlich wird es ihm nicht gelingen, aus dem Elend herauszukommen, aber mitten in diesem Elend, an dem er klebt, kann er wählen, in seinem Namen und im Namen aller anderen gegen alle Formen des Elends zu kämpfen; er kann wählen, der Mensch zu sein, der es ablehnt, daß das Elend das Los der Menschen sei.''*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Simon de Beauvoir

ren und wenn einer von uns am Ende einer hitzigen Diskussion lauthals triumphierte, sagte er zum anderen: ‚Sie sind in ihrer kleinen Kiste!' Sie sind in Ihrer kleinen Kiste; Sie werden nicht herauskommen, und ich werde Ihnen nicht dorthin folgen: selbst wenn man mich bei Ihnen beerdigt, wird kein Weg von Ihrer Asche zu meinen sterblichen Überresten führen.'' (34) Kritiken, die sicher zum guten Teil etablierten Vorstellungen von „Weiblichkeit'' und „Menschlichkeit'' verhaftet sind, wurden wieder geübt: „Voyeurismus'', „erbarmungslose Überinformation'', bis hin zu „Leichenfledderei''. Kritik des „Voyeurismus'' — weil sie Sartres organischen Zerfall schildert; Kritik des „Voyeurismus'' paradoxerweise — weil sie dabei wenig von sich selbst berichtet. Ebenfalls im Vorwort hat Simone de Beauvoir letzteres in einer umfassenden Knappheit beantwortet: *„Einmal, weil das nicht mein Thema ist; und zum anderen trifft zu, was ich auf die Frage von Freunden, wie ich es aufnähme, als Antwort notierte: ‚Das kann man nicht sagen, das kann man nicht schreiben, das kann man nicht denken; das lebt man, das ist alles.''* (35)

Nicht zufällig geht jene Schilderung dem zweiten, aus ihren eigenen Interviews mit Sartre bestehenden Teil voraus: Sartre äußert sich zu Kindheit, Frauen, Essen, Politik, Freiheit, Lesen, Tod und Gott u.a. Ein lebendiges Porträt schließt sich so der Beschreibung seiner letzten Jahre an.

Im letzten Band ihrer Memoiren, „Alles in Allem'', hatte sie geschrieben: *„Wenn ich die Grundlinie meines Lebens verfolge, so springt mir ihre ungebrochene Kontinuität in die Augen... Vor allem zwei Dinge haben meinem Dasein seine Einheit verliehen: der Platz, den Sartre niemals aufgehört hat in ihm einzunehmen. Und die Treue, mit der ich immer an meinem ursprünglichen Projekt festgehalten habe: Erkennen und Schreiben.''* (36)

E.

Anmerkungen

1 Alles in Allem, Rowohlt 1976, S. 469
2 Memoiren einer Tochter aus gutem Hause, Rowohlt 1968, S. 11
3 ebd. S. 28
4 ebd. S. 28
5 ebd. S. 130
6 ebd. S. 99
7 ebd. S. 107
8 ebd. S. 135
9 ebd. S. 138f
10 Alles in Allem, S. 470
11 Memoiren einer Tochter aus gutem Hause, S. 151
12 Maurice Merleau-Ponty (1908-1961), französischer Philosoph, gehörte der ersten Redaktionsgruppe der „Les Temps Modernes'' an; im Zusammenhang mit dem Korea-Krieg (1952) entzweiten sich Sartre und Merleau-Ponty, letzterer warf ersterem eine zu freundliche Haltung gegenüber den Kommunisten vor. Auf deutsch u.a. „Humanismus und Terror'' (1966). Siehe auch hierzu in „Sartre über Sartre'', Rowohlt 1983, den Aufsatz „Freundschaft und Widersprüche'', S. 61
Claude Lévi-Strauss, geb. 1908; französischer Ethnologe. Autor von „Traurige Tropen'', dt. 1970 und „Das Ende des Totemismus'' dt. 1965 u.a.
13 Memoiren einer Tochter aus gutem Hause, S. 311
14 Paul Nizan, engster Schul- und Studienfreund Sartres, verließ angeekelt über den bürgerlichen Lehrbetrieb die Ecole Normale Supérieure und ging als Hauslehrer nach Aden, von wo er als überzeugter Kommunist zurückkehrte. Trat 1931 der KPF bei, aus der er 1939 aus Protest gegen den Stalin-Hitlerpakt austrat. Er fiel 1940. Nach dem Krieg wurde er von der KPF als Agent hingestellt. Sartre verteidigte ihn und führte ihn als Brunet in seine Romane ein.
15 Memoiren einer Tochter aus gutem Hause, S. 299
16 ebd. S. 321
17 Raymond Aron, einer der bekanntesten Soziologen, Gaullist der ersten Stunde, in der Studienzeit eng mit Sartre befreundet, nach dem Krieg Mitarbeiter von „Les Temps Modernes'', nach dem Bruch mit Sartre aus politischen Gründen dessen Antipode, kritisierte vor allem Sartres linksradikales Engagement.
Georges Politzer, kritischer Marxist der KPF, der Sartre, Simone de Beauvoir und ihren Kreis für den Marxismus interessierte. Wurde 1942 als Résistancekämpfer von den Deutschen erschossen.
18 Memoiren einer Tocher aus gutem Hause, S. 330
19 In den besten Jahren, Rowohlt 1969, S. 23
20 ebd. S. 56 - 57
21 ebd. S. 23
22 Der Lauf der Dinge, Rowohlt 1970, S. 611
23 Sartre über Sartre, autobiographische Schriften, Rowohlt 1977, S. 170
24 ebd. S. 221
25 In den besten Jahren, S. 429
26 Das Blut der anderen, Rowohlt 1963, S. 219 - 220
27 Pyrrhus und Cinéas, in: Soll man de Sade verbrennen?, Rowohlt 1983, S. 195
28 In den besten Jahren, S. 468
29 Das andere Geschlecht, Rowohlt 1951, S. 678
30 Simone de Beauvoir heute, v. Alice Schwarzer, Gespräche aus zehn Jahren, Rowohlt 1983, Interview 1972, S. 30
31 ebd. Interview 1978, S. 81
32 Die Mandarins von Paris, Rowohlt 1955, S. 535
33 Der Lauf der Dinge, S. 187
34 Die Zeremonie des Abschieds, Rowohlt 1983, Vorwort
35 ebd.
36 Alles in Allem, S. 35

"Den Menschen erfinden" Sartre

Fortsetzung von vorheriger Seite

Eine Moral der Freiheit, der Verantwortung und der Revolte ergibt sich also aus Sartres Philosophie. Das wird auch in der Schluß-Passage aus Sartres philosophischen Hauptwerk „Das Sein und das Nichts'' deutlich, in dem Sartre den bekannten Anspruch tätigt: *„Im Krieg gibt es keine unschuldigen Opfer''*. 1946 schrieb Sartre seine berühmten „Überlegungen zur Judenfrage'', von denen hier die wichtigsten Passagen in einer neuen Übersetzung abgedruckt sind. Sartre macht sofort deutlich: *„Das Judenproblem ist aus dem Antisemitismus entstanden; den Antisemitismus muß man also aus der Welt schaffen, wenn man es lösen will.''* Der Antisemit ist für ihn *„ein Mensch, der Angst hat. Nicht vor den Juden natürlich: vor sich selbst, vor seinem Bewußtsein, vor seiner Freiheit, vor seinen Trieben, vor seinen Verantwortlichkeiten, vor der Einsamkeit, vor der Veränderung, vor der Gesellschaft und vor der Welt; vor allem, außer vor den Juden. Er ist ein Feigling, der sich seine Feigheit nicht eingestehen will; ein Mörder, der seine Mordlust verdrängt oder zensiert, ohne sie zügeln zu können, und der trotzdem nur* **in effigie** *oder in der Anonymität einer Menge zu töten wagt; ein Unzufriedener, der sich nicht aufzulehnen wagt aus Angst vor den Folgen seiner Auflehnung.''* Der Antisemitismus verschleiert also außerdem die Klassenverhältnisse — wie man auch an den Argumenten der Befürworter der Aufführung des Faßbinderstücks sehen konnte. *„Wir stellen fest, daß der Antisemitismus eine leidenschaftliche (als Gegensatz zu „rationale'' — A.K.) Anstrengung ist,* **gegen** *die Spaltung der Gesellschaften in Klassen eine nationale Einheit zu verwirklichen ... Und da diese Spaltungen weiter bestehen, da ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen nicht angetastet worden sind, strebt man danach, sie alle auf eine einzige zu reduzieren: die Unterscheidungen zwischen Reichen und Armen, zwischen arbeitenden Klassen und besitzenden Klassen, zwischen legaler Gewalt und okkulter Gewalt, zwischen Stadt und Land usw. usw. faßt man alle in der zwischen dem Juden und dem Nichtjuden zusammen. Das bedeutet, daß der Antisemitismus eine mythische und bürgerliche Vorstellung vom Klassenkampf ist und in einer klassenlosen Gesellschaft nicht existieren könnte.''* Daraus ergibt sich folgerichtig, daß der Kampf gegen den Antisemitismus nicht nur Sache der Juden sein kann, sondern aller Linken im weitesten Sinn des Wortes — *„weil der Antisemitismus geradewegs zum Nationalsozialismus führt ... wenn wir voller Scham unsere unfreiwillige Komplizenschaft mit den Antisemiten, die uns zu Henkern gemacht hat, erlebt haben, werden wir vielleicht langsam begreifen, daß wir nicht mehr und nicht weniger für den Juden kämpfen müssen als für uns ...'' „Kein Franzose wird frei sein''*, so endet Sartres Schrift, *solange die Juden nicht im Besitz ihrer vollen Rechts sind. Kein Franzose wird in Sicherheit sein, solange noch ein Jude in Frankreich und in der ganzen Welt um sein Leben wird fürchten müssen.''*

Etwa zur gleichen Zeit hatte Sartre die ersten beiden Bände seines unvollendet gebliebenen Romanzyklus' „Die Wege der Freiheit'' veröffentlicht, dessen unabgeschlossener 4. Band, „Die letzte Chance'' gerade zum erstenmal als rororo-Bändchen auf deutsch erschienen ist und aus dessen 2. Band, dem, wie ich finde gelungendsten, das Lesebuch zwei Auszüge bietet: „Der Aufschub''. Das Spannende an diesem Romanzyklus ist, daß Sartre den Plan für dieses großangelegte Romanwerk unter dem Einfluß seiner eigenen zeitgeschichtlichen Erfahrungen — er wurde, während er am ersten Band schrieb, eingezogen und kam in deutsche Kriegsgefangenschaft, aus der er floh — ständig verändert und auf diese Weise die unmittelbare Gegenwart in es eingehen läßt. Im 1. Band, „Zeit der Reife'', schilderte er *„wenige Tage aus dem Leben einiger Pariser Intellektueller und Bohemiens auf der Suche nach Selbstverwirklichung''*. An der Front schrieb er diesen Roman so um, daß überall unausgesprochen die Passivität der französischen Gesellschaft gegenüber den Gefahren des Zweiten Weltkriegs und des Faschismus deutlich wird. *„Im zweiten Band, ‚Der Aufschub', stürzt er seine Figuren in derselben Art in das Zeitgeschehen wie er in den Krieg gestürzt worden war. Zeit der Handlung sind einige Tage vor und nach dem Münchner Abkommen vom 29. September 1938 zwischen Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien, in dem die beiden westlichen Demokratien ... ihre Zustimmung zur Abtretung des Sudentenlands an das deutsche Reich geben und damit Hitler die Tschechoslowakei ausliefern. Dieses Münchner Abkommen, das von Hitler bereits am 15. März 1939 durch den Einmarsch deutscher Truppen nach Böhmen gebrochen wurde, führte letztlich zum Krieg und war also nur ein Aufschub.''* So heißt es im Vorspann zu diesen Auszügen, die zudem die von Dos Passos übernommene Erzähltechnik der Gleichzeitigkeit verdeutlichen, das heißt: die Handlung springt oft mitten in einem Satz von einem Schauplatz, z.B. der Tschechoslowakei, zu einem anderen, z.B. nach Bad Godesberg, wo Chamberlain mit Hitler verhandelt, oder nach Frankreich zu den Figuren aus dem ersten Band — eine Erzähltechnik, deren Angemessenheit zur Wiedergabe unserer Zeitgeschichte er in seiner hier ebenfals in einem Auszug abgedruckten programmatischen Schrift „Was ist Literatur?'' begründet hatte.

1952 veröffentlichte Sartre ein Vorwort von 578 engbedruckten großen Seiten zu den gesammelten Werken von Jean Genet, der einen einzigartigen Fall in der Literatur darstellt: *„Ein Findelkind zeigt von frühester Kindheit an böse Instinkte, bestiehlt die armen Bauern, die es adoptiert haben. Obwohl es bestraft wird, beharrt es auf seinem Verhalten, flieht aus der Erziehungsanstalt, in die es gesteckt werden mußte, stiehlt und plündert mehr denn je und prostituiert sich obendrein. Es lebt im Elend von Bettelei, Diebstahl, schläft mit jedem und verrät jeden, aber nichts kann seinen Eifer entmutigen; diesen Augenblick wählt es, um sich wissentlich dem Bösen zu verschreiben; es beschließt, bei jeder Gelegenheit das Schlimmste zu tun, und als es gemerkt hat, daß das schlimmste Vergehen keineswegs darin besteht, Böses zu tun, sondern das Böse zu manifestieren, schreibt es im Gefängnis abscheuliche Werke, die die Apologie des Verbrechens sind und gegen das Gesetz verstoßen. Genau aus diesem Grund wird es aus der Verworfenheit, dem Elend, dem Gefängnis herauskommen. Seine Bücher werden gedruckt und gelesen, ein Regisseur, der mit dem Kreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet wurde, inszeniert in seinem Theater eines seiner Stücke, das zum Mord anstiftet; der Präsident der Republik erläßt ihm die Strafe, die es für seine letzten Delikte noch verbüßen mußte, gerade weil es sich in seinen Büchern rühmte, sie begangen zu haben; und als man ihm eines seiner ehemaligen Opfer vorstellt, sagt dieses: ‚Sehr geehrt, mein Herr, machen Sie nur weiter so'. Man wird diese Geschichte für unwahrscheinlich halten: und doch ist genau das Genet passiert.''* So faßt Sartre den Fall Genet zusammen. Der hier zitierte Auszug aus diesem Werk, das vielleicht Sartres originellstes ist, verdeutlicht, daß es Sartre außer um eine Analyse moderner Literatur auch um eine Analyse von Marginalität und Kriminalität in unserer Gesellschaft geht, die vieles von den späteren Analysen Michel Foucaults vorausnimmt.

Aber auch der politische Sartre kommt in diesem Lesebuch in angemessenem Umfang zu Wort. Die Auswahl seiner politischen Äußerungen beginnt mit einem Artikel über die Résistance: „Die Republik des Schweigens''. Es folgt sein erster Artikel gegen die Gefahr eines Atomkriegs durch die Angstpsychosen der Panikmache des kalten Kriegs. Dieser Artikel stammt von 1946. Zehn Jahre später beginnt dann Sartres Engagement gegen den Algerienkrieg, das hier durch seinen grundlegenden Aufsatz „Der Kolonialismus ist ein System'' dokumentiert wird. Dann ist seine Eröffnungsrede als Präsident des ersten Russell-Tribunals von 1967 gegen die Kriegsverbrechen der USA in Vietnam abgedruckt. Es folgen ein Interview über Sartres Einschätzung der Ereignisse vom Mai 1968, an denen er sich ja aktiv beteiligte, und seine vernichtende Abrechnung mit der sowjetischen Politik anläßlich des Einmarsches von Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei zur Vernichtung der Reformbewegung, die 1968 unter dem Namen „Prager Frühling'' die Hoffnung vieler Linker auf eine „Liberalisierung'' der Staats- und Gesellschaftssysteme nach sowjetischem Modell erregt hatten. Im Gegensatz zu so vielen anderen führte Sartres Kritik am sowjetischen System jedoch nicht zu einem Renegatentum oder der Aufgabe linker Politik. So endet sein Aufsatz mit folgendem Aufruf: *„Die revolutionären Kräfte des Westens haben heute nur eine Möglichkeit, der Tschechoslowakei auf lange Sicht, aber wirksam zu helfen. Sie müssen die Stimmen hören, die uns von ihr berichten, die Dokumente sammeln, die Ereignisse rekonstruieren und versuchen, über den Anlaß hinausgehend gründlich zu analysieren, inwiefern sie die Strukturen der sowjetischen Gesellschaft sowie die der Volksdemokratien und die Beziehungen zwischen beiden manifestieren, und sie müssen die Analyse dazu benutzen, um ohne Vorurteile oder Parteinahme die europäische Linke, ihre Ziele, Aufgaben und Möglichkeiten, ihre verschiedenen Organisationstypen im Hinblick auf eine Antwort auf die grundlegende Frage dieser Zeit zu überdenken: Wie sich vereinigen, wie die alten, verknöcherten Strukturen beseitigen, in welcher Richtung die neuen entwerfen, um zu verhindern, daß die nächste Revolution einen solchen Sozialismus zur Welt bringt.''*

Zwischen diesen politischen Artikeln sind noch zwei Passagen aus seinen berühmten Kindheitserinnerungen „Die Wörter'' abgedruckt, in denen sich Sartre angesichts seines politischen Engagements nach dem Sinn von Literatur gefragt und sein eigenes Schreiben als eine bürgerliche Neurose analysiert hatte, wie er es später auch in seinem 2.800 Seiten starken Spätwerk über die Jugend Flauberts in „Der Idiot der Familie'' tat, und ein Auszug aus einem zweiten philosophischen Hauptwerk „Kritik der dialektischen Vernunft''. In diesem Werk, in dem Sartre den Existentialismus ausdrücklich als eine Enklave innerhalb des Marxismus bezeichnet, zieht er die Summe aus seinen seit 1941 gemachten politischen Erfahrungen. Im Vorspann heißt es dazu: *„Dabei waren für ihn folgende Fragen entscheidend: 1. Wie konnte die sozialistische Oktoberrevolution zum Stalinismus entarten? 2. Wie konnte die kritische Theorie von Marx zur dogmatischen Ideologie des Marxismus werden? Wie erklären sich Hunger und Unterentwicklung der Dritten Welt? Was ist der Motor der menschlichen Geschichte, und wohin führt sie?''*

t.

Wer war Jean Genet?



Jean Genet, 1955 (Foto: Brassaï)

Jean Genet, der am 15. April, einen Tag nach Simone de Beauvoir, unter noch ungeklärten Umständen in seinem Pariser Hotelzimmer starb, war der ungewöhnlichste französische Schriftsteller der Nachkriegszeit. Schon durch seine Biographie unterscheidet er sich von allen anderen Autoren.

Jean Genet wurde 1910 geboren und von seiner Mutter ausgesetzt. Mit sieben Jahren gibt ihn die Fürsorge zu einer Bauernfamilie in Pflege. Wegen wiederholten Diebstahls kommt er in eine Erziehungsanstalt, aus der er mit 18 Jahren ausbricht. Er meldet sich zur Fremdenlegion, aus der er nach kurzer Zeit desertiert. Von 1929 an schlägt er sich als Bettler, Strichjunge, Dieb und Rauschgiftschmuggler in Spanien, Marokko, Italien, Frankreich, Holland, Deutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien durch und wird wegen seiner Delikte immer wieder eingesperrt und ausgewiesen. Da er die französische Gesellschaft als seinen Hauptfeind erfährt, ist er voller Schadenfreude, als die Nazis die französischen Truppen schlagen und Frankreich besetzen. 1942 schreibt er im Gefängnis auf Packpapier zum Tütenkleben seinen ersten Roman „Notre-Dame-des-Fleurs''.

Auf äußerst suggestive, den Leser zur Identifikation verführende Weise beschwört er in seinen vier Romanen und in seinem „Tagebuch eines Diebes'' die Welt der Strichjungen, Zuhälter, Bettler, Schmuggler, Diebe, Einbrecher, Denunzianten, Zuchthäusler, Mörder, Richter, Bullen, Gefängniswärter herauf, in der er lebt, ohne auch nur ein einziges Mal die Gesellschaft dafür anzuklagen. Er läßt den Leser einfach in einer totalen Gegenwelt leben, wo er die Freude am Stehlen, am Töten, an Selbstdemütigungen, am Denunziantentum — und vor allem an homosexuellen Liebesbeziehungen erfährt. Er zwingt den Leser, moralische und ästhetische Werte, Leidenschaften, Gefühle, Begierden zu teilen, die er normalerweise zutiefst verabscheut. Er verführt ihn zum Beispiel dazu, sich mit der Liebe zu einem Mörder zu identifizieren, der enthauptet wird. Das gelingt Genet, weil er nicht die vulgären Jargons benutzt, die in diesem Milieu gesprochen werden, sondern eine äußerst blumige, sensible, poetische Sprache voll überraschender und faszibierender Bilder, mit der er das, was als abstoßend, pervers und böse gilt, verklärt. So entlarvt er indirekt die Brüchigkeit und Verlogenheit der offiziellen moralischen und ästhetischen Wertesysteme.

Fortsetzung auf Seite 44



Haymarket 1886

Hundert Jahre 1.Mai

Vom internationalen Kampftag zum nationalen Feiertag

„Solidarität statt Spaltung der Gesellschaft! Solidarität statt Aufrechterhaltung von Vorrechten!" heißt es im Mai-Aufruf des DGB 1986. Der gesetzliche Feiertag der Arbeit am 1. Mai stand ganz im Zeichen des Wahlkampfs und war eng orientiert an Johannes Raus Devise „versöhnen statt spalten". Da ist viel von der derzeitigen Bundesregierung und fast gar nicht vom Kapital die Rede. Auch der US-Überfall auf Libyen hat im DGB keine Tendenz deutlich gemacht, die Gewerkschaften in den Kampf gegen die imperialistischen Kriegspläne einzureihen. Nicht, daß dieses zu erwarten gewesen wäre. Doch angesichts des hundertsten Jahrestages des 1. Mai daran zu erinnern, daß es in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung einmal eine immer schon umkämpfte internationalistische und klassenkämpferische Tradition gegeben hat, kann nicht schaden. Besonders, da aktuell viele Linke über die derzeitige Schwäche der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der BRD mit tröstlichen Betrachtungen über eine angebliche neue Qualität des gewerkschaftlichen Kampfes bei der Abwehr der Änderung des § 116 hinwegsehen. Der 1. Mai in der Bundesrepublik ist nur noch ein müder Abklatsch dieser Tradition, bzw. konsequentes Produkt des sozialdemokratischen Opportunismus.

Vom Haymarket zur II.Internationale

Der 1. Mai 1886 war von den amerikanischen Gewerkschaften zum Kampftag für den Achtstundentag ausgerufen worden. Eine Forderung, die bereits mehr als zwanzig Jahre vorher erhoben, aber nicht durchgesetzt war. Dem Generalstreik schlossen sich in den größeren Industriezentren der USA 350.000 Arbeiter in 11.500 Betrieben an. Besonders heftig waren die Auseinandersetzungen in Chicago, wo bewaffnete Streikbrecherbanden und Pinkerton-Detektive unter dem Schutz der Polizei die Arbeiter terrorisierten. Am 3. Mai griffen Streikbrecher Arbeiter der Landmaschinenfabrik McCormick an, die den Betrieb für die Durchführung einer Versammlung der Holzgewerkschaft verließen. Die Polizei griff bewaffnet ein, sechs Arbeiter wurden getötet. Tausende kamen am 4. Mai zu einer Protestkundgebung auf dem Haymarket in Chicago zusammen, auf der bekannte, meist anarchi-

zei griff bewaffnet ein, sechs Arbeiter wurden getötet. Tausende kamen am 4. Mai zu einer Protestkundgebung auf dem Haymarket in Chicago zusammen, auf der bekannte, meist anarchi-

stische Arbeiterführer sprachen. Als die Kundgebung beendet war, stürmten 150 Polizisten auf die wenige hundert noch Versammelten zu und befahlen, den Platz zu räumen. Eine von einem Unbekannten geworfene Bombe explodierte, die Polizei eröffnete sofort das Feuer. Sieben Tote und angeblich 67 verletzte Polizisten waren Anlaß für eine beispiellose Repression gegen die amerikanische Arbeiterbewegung. Daß mehr als dreimal so viele Arbeiter getötet wurden und vermutlich 150 verletzt, spielte dabei keine Rolle. Bis heute sind die genauen Vorgänge nicht aufgeklärt, weder wer die Bombe warf (verschiedene Quellen vermuten einen bezahlten Provokateur), noch die genaue Zahl der getöten Arbeiter, noch ob nicht Polizisten Opfer der blindwütigen Schießerei eigener Leute wurden.

Die Bourgeoisie forderte ihre Rache. Acht anarchistische Arbeiterführer — darunter sechs deutsche Emigranten — wurden unter haltlosen Verdächtigungen verhaftet und des Mordes angeklagt. Sieben wurden nach einem Schauprozeß zum Tode verurteilt, zwei später zu lebenslänglich Gefängnis begnadigt. Der Zimmermann Louis Lingg wurde einen Tag vor der Hinrichtung mit von einer Dynamitpatrone zerschmettertem Kopf in der Zelle gefunden. Mysteriöse Todesumstände vermuten die einen, Selbstmord die anderen. August Spies, Georg Engel, Adolph Fischer und Albert Parsons wurden am 11. November 1887 gehenkt. Der Herausgeber der anarchistischen Tageszeitung „Arbeiter-Zeitung" — August Spies — rief unter dem Galgen: „Die Zeit wird kommen, da unser Schweigen im Grabe mächtiger sein wird als unsere Reden". Internationale Proteste halfen nichts. 250.000 Menschen beteiligten sich am Begräbnis der Hingerichteten.

Sechs Jahre später wurde der Justizmord offen zugegeben. Der Gouverneur von Illinois rehabilitierte die Hingerichteten. Sie seien Opfer allgemeiner Hysterie und bestochener Geschworener geworden.

1888 beschloß die „American Federation of Labour" trotz der Repressalien am 1. Mai 1890 eine internationale Kundgebung für den Achtstundentag durchzuführen. Der französische Gewerkschaftsführer Raymond Lavigne übernahm auf dem Internationalen Arbeiterkongreß in Paris 1889 (II. Internationale) diesen Beschluß, der umstritten war und mit dem Kompromiß angenommen wurde: „Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die (1. Mai-) Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen".

Der 1. Mai 1890 in Deutschland

Vom gesetzlichen Feiertag war der 1. Mai allerdings noch weit entfernt. Der Pariser Beschluß fand in Deutschland dennoch großen Anklang. Ein Jahr vor dem internationalen Kampftag hatte der Kampf für den Achtstundentag durch den Streik von 150.000 Bergarbeitern einen Aufschwung genommen. Mit der Aufhebung der Sozialistengesetze im Januar 1890 und 1,4

hatte der Kampf für den Achtstundentag durch den Streik von 150.000 Bergarbeitern einen Aufschwung genommen. Mit der Aufhebung der Sozialistengesetze im Januar 1890 und 1,4

Millionen Wählerstimmen für die Sozialdemokratie wuchs auch die Begeisterung für die Arbeitsruhe am 1. Mai.

Doch die sozialdemokratische Führung — in den Händen der Reichstagsfraktion — riet davon ab, den 1. Mai „zu einem Tag der allgemeinen Arbeitsruhe" zu machen. Nur dort, wo dies ohne Konflikte ginge, sollten die Arbeiter zu Hause bleiben, ansonsten am Abend feiern.

Die Kapitalisten allerdings trafen trotzdem Vorsorge. Knapp zwei Wochen vor dem 1. Mai wurde in Hamburg-Altona der Arbeitgeberverband gegründet. Verbandszweck: Entlassung aller Arbeiter, die es wagen, am 1. Mai der Arbeit fernzubleiben. Auch in anderen Städten wurde mit solchen Maßregelungen gedroht.

Etwa 100.000 Arbeiter erschienen trotz Abratens und Drohungen nicht am Arbeitsplatz. In Hamburg waren es etwa ein Drittel der damals 25.000. Im Gegenzug sperrten die Kapitalisten 20.000 aus und forderten alle organisierten Arbeiter auf, sich per Unterschrift zum Gewerkschaftsaustritt zu verpflichten. Einige Gewerkschaften riefen dagegen zum Streik auf. Die Auseinandersetzungen mit zeitweise 20.000 Streikenden zogen sich bis zum Sommer hin, unterstützt von einer Spendenkampagne im ganzen Reich, bei der über 100.000 Mark gesammelt wurden.

Vormarsch der Opportunisten

1891 versuchte die deutsche Sozialdemokratie auf dem Brüsseler Kongreß der Internationale erfolglos, ihr neues Maifeier-Modell durchzusetzen. Sie sollte am ersten Sonntag im Mai stattfinden wie es in Deutschland in den nachfolgenden Jahren auch praktiziert wurde. Im Zusammenhang mit der „Verparlamentarisierung" der SPD verlor der 1. Mai in den neunziger Jahren immer mehr den Charakter eines Kampftags. SPD-Führer Eduard Bernstein propagierte, daß die Arbeiterbewegung als „der eigentlich staatserhaltende Faktor" definiert werden müsse, wenn sie nur „bestimmenden Einfluß auf die Gesetzgebung" erlange, um so „die Produktions- und Besitzverhältnisse.... im sozialistischen Sinne zu gestalten". Gewerkschaften sollten zu Verfechtern „des ausschließlichen und nächstliegenden Lohnarbeiterinteresses" werden. Ein auf kämpferische Durchsetzung von Arbeiterinteressen angelegter 1. Mai paßte nicht in dieses Konzept. Ganz auf dieser Linie befanden sich die Führer des „Deutschen Metallarbeiterverbandes" (DMV, Vorläufer der IGM), die in den Wochen vor dem 1. Mai 1901 in einem vertraulichen Rundschreiben an Funktionäre darauf einzuschwören versuchten, den 1. Mai nicht als arbeitsfreien Tag zu begehen. Die Finanzen der Gewerkschaft dürften „nicht leeren Demonstrationen" geopfert werden, wo es doch darum gehe, auf „gütlichem Wege" positive Verbesserungen für die Arbeiter zu erreichen. Eine Position, die bei Veröffentlichung erhebliche Proteste hervorrief.

Auf den Treffen der Internationale war die deutsche Sozialdemokratie fortan bemüht, gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai zu agieren. 1904 scheiterte

Auf den Treffen der Internationale war die deutsche Sozialdemokratie fortan bemüht, gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai zu agieren. 1904 scheiterte

sie in Amsterdam mit 20 gegen 36 Stimmen, den 1. Mai in Form von Abendveranstaltungen oder in einer anderen Form, „die von jeder Form der Arbeitsruhe absieht" durchzuführen. Die Gelder sollten lieber für die „Arbeitersache" verwendet werden.

Ein Jahr später — 1905 — wurde dieser Antrag wiederholt, diesmal mit der zusätzlichen chauvinistischen Begründung, wohin es denn führen sollte, „wenn Engländer, Botokuden und Chinesen auf internationalen Kongressen bestimmen, was wir in Deutschland zu tun haben". Auf diesem Kongreß scheiterte die SPD erneut, konnte sich aber mit der Verurteilung des „politischen Massenstreiks" als „verwerflich" durchsetzen.

Rosa Luxemburg: Opposition gegen den „rein demonstrativen Charakter"

Ab 1906 bis 1909 wurde in der Sozialdemokratie verstärkt die Debatte um die Mai-Unterstützungskassen für die Gemaßregelten geführt. Die rechten Sozialdemokraten setzten sich schließlich mit der Position durch, daß „das Ziel einer allgemeinen und wirksamen Arbeitsruhe am 1. Mai ... auf Grund gemachter Erfahrungen ohne schwere wirtschaftliche Kämpfe und dadurch bedingter Schädigungen sowie auch mangels völliger Übereinstimmung innerhalb der Arbeiterschaft über die Zweckmäßigkeit der Arbeitsruhe am 1. Mai überhaupt nicht zu erreichen ist" (Beschluß des DMV im Juni 1909).

Die Bewertung der Wirkungen einer Politik, die bewußt deeskalierte und die Streikenden im Stich ließ, wurde in den Debatten um die Unterstützungskassen von Rosa Luxemburg scharf angegriffen. Sie wies darauf hin, daß es gegenüber dem Geldargument bei Lohnausfällen „nur einen einzigen Weg gibt, um den Opfern der Maifeier vorzubeugen. Das ist ... die möglichste Ausdehnung der Maifeier" (Rede vor dem SPD-Parteitag, 1908). Ein Jahr später beschrieb sie im „Vorwärts": „Die Verteidiger der bedächtigen Abzahlungspolitik und der kleinen, schrittweisen Errungenschaften erweisen sich merkwürdigerweise gerade in der Maifeierfrage als Anhänger des sonst so verpönten Grundsatzes: Alles oder nichts. Wo die Maifeier sich nicht durchsetzen läßt, so soll sie überhaupt fallengelassen werden".

Schon 1907 hatte sie im „Vorwärts" angesichts der Entwicklung des 1. Mai darauf hingewiesen: „Aber bald beruhigten sich die herrschenden Klassen und erkannten den demonstrativen Charakter der Maifeier", da diese „allmählich zu einem friedlichen Volksfest (wird), dem die bürgerliche Gesellschaft mit ziemlicher Seelenruhe zuschaut". Beim größten Teil der Sozialdemokratie hatte dieser Tag seinen kämpferischen Charakter bereits verloren. Die Linken wie Rosa Luxemburg warben für diesen Tag weiter unter dem Motto: „Achtstundentag, Weltfrieden, Sozialismus, Arbeitsruhe als Machtmittel des Proletariats".

Vom Burgfrieden zum „Blutmai"

Vom Burgfrieden zum „Blutmai"

Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten von 1914 war nicht der Beginn des Rechtsopportunismus, sondern dessen Durchsetzung und Höhepunkt. Die deutschen Gewerkschaftsführer gehörten zu den konsequentesten sozialdemokratischen Unterstützern des Angriffskrieges Deutschlands. Während des Krieges verzichteten die Gewerkschaften gänzlich auf Arbeitsruhe und größere Maifeiern. Noch 1917 erklärten SPD-Vorstand und Generalkommission der Gewerkschaften, es wäre verbrecherisch, am 1. Mai die Arbeit niederzulegen, während Väter, Brüder und Söhne „mit ihren Leibern die deutschen Gaue vor feindlichen Einfällen schützen". Die Arbeiter sollten die Organisationsdisziplin wahren und auf einen imperialistischen Verständigungsfrieden warten.

Allein die „vaterlandslosen Gesellen" um die Spartakus-Gruppe in der SPD nutzten den 1. Mai für Antikriegsarbeit. „Burgkrieg nicht Burgfrieden" forderte der SPD-Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht 1915. „Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung heißt das sozialistische Gebot der Stunde". Im von Liebknecht verfaßten illegalen Maiaufruf 1916 gibt er dem „Verrat am Sozialismus, an der internationalen Solidarität der Arbeiter" die Schuld daran, daß der Weltkrieg die Völker ins Verderben stürzt. Er fordert die „Rückkehr zur völkerbefreienden Internationale. „Brot! Freiheit! Frieden!" lauten die Losungen der Spartakisten.

10.000 Berliner Arbeiter folgen mitten im Krieg, 1916, dem illegalen Maiaufruf und hörten Liebknechts Rede, in der er „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" ausrief. Er wurde verhaftet und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nach dem ersten Weltkrieg scheiterte die SPD in der Nationalversammlung mit ihrem Gesetzentwurf, den 1. Mai zum Nationalfeiertag zu machen. Er sollte, so hieß es in der Begründung, fortan „ein Mittel zur Vereinigung und Zusammenführung des gesamten Volkes" sein. In einigen Ländern des Deutschen Reichs wurde er dennoch gesetzlicher Feiertag. Aus sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Sicht diente dies dem Ziel der Einbindung der Arbeiterbewegung in die neue Republik nach dem Scheitern der Novemberrevolution.

Es waren die Kommunisten, die den klassenkämpferischen Charakter des 1. Mai zu erhalten versuchten. Der berüchtigte „Blutmai" in Berlin 1929 war der deutlichste Ausdruck der zunehmenden Konfrontation in der Arbeiterbewegung und des Frontenwechsels der Sozialdemokratie. Der preußische SPD-Innenminister erließ angesichts einer sich radikalisierenden Arbeiterbewegung ein Demonstrationsverbot am 1. Mai. Der ADGB unterstützte dieses Verbot. Die KPD und andere linke Gruppen riefen dennoch auf und etwa 200.000 demonstrierten in Berlin. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel scheute nicht den Versuch, das Verbot mit Waffengewalt durchzusetzen. 31 Demonstranten wurden getötet, hunderte verwundet. Teile der Berliner Arbeiterklasse wehrten sich in einem mehrtägigen bewaffneten Widerstand. 1.200 wurden verhaftet, die „Rote Fahne" der KPD und der „Rotfrontkämpferbund" verboten.

„Tag der nationalen Arbeit"

So nannten die Nazis ab 1933 den 1. Mai, den sie zum gesetzlichen Feiertag erklärten. Damit war dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse sein antikapitalistischer Charakter gänzlich geraubt. Außer der RGO hatten alle Gewerkschaften im letzten Augenblick noch versucht, die eigene Haut durch Anpassung an die „deutsche Volksgemeinschaft", deren „vollberechtigtes Mitglied" „der deutsche Arbeiter" werden sollte, wie der sozialdemokratische ADGB in seinem Maiaufruf vom 15.4.33 schrieb. Es nützte nichts, am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt und die Führer verhaftet. „Die Leiparts und Graßmänner mögen Hitler noch so viel Ergebenheit heucheln, es ist besser, sie befinden sich in Schutzhaft", verhöhnte Robert Ley, der spätere Führer der faschistischen „Gewerkschaft" DAF (Deutsche Arbeitsfront) die ADGB-Führer.

Tag der Arbeit

So wurde der 1. Mai nach der Niederlage des Faschismus üblicherweise bezeichnet. Seit 1946 ist er gesetzlicher Feiertag und in der BRD so integrierter

So wurde der 1. Mai nach der Niederlage des Faschismus üblicherweise bezeichnet. Seit 1946 ist er gesetzlicher Feiertag und in der BRD so integrierter

Bestandteil als Feiertag, wie Ostern, Pfingsten und der 17. Juni. Zunehmend wurde er sichtbarer Ausdruck staatsangepaßter Sozialpartnerschaftspolitik. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Entscheidung des DGB 1970, die gewerkschaftlichen Maifeiern in die Festsäle am Vorabend des 1. Mai zu verbannen. Es war die radikale Linke der Nach-APO-Zeit, darunter die vielgeschmähten „K-Gruppen", die den 1. Mai als internationalen Kampftag der Arbeiterbewegung wiederentdeckten und durch zum Teil DGB-unabhängige Demonstrationen Druck auf die Gewerkschaften ausübten, den 1. Mai wieder auf die Straße zu legen. Neben dem „superradikalen" Ökonomismus (Maiparole des KB-Vorläufers SALZ 1971: „Beim Kampf um den Pfennig, beim Kampf um die Mark, in der Gewerkschaft, da sind wir stark") war das Bemühen um eine internationalistische Orientierung vorherrschend, deren Höhepunkt der 1. Mai 1976 war: „1. Mai, Saigon ist frei". Verbunden damit war ein bewußt gewerkschaftsoppositionelles Vorgehen gegen Sozialpartnerschaft und die unter SPD-Regierung erfolgte zunehmende Anpassung des DGB an die Regierungsparteien.

In den letzten Jahren, besonders seit der Bonner Regierungswende, hat sich dieser Charakter zunehmend abgeschwächt. Die Gewerkschaften sind heute selber wieder stärker (sozialdemokratische) Opposition. Und die Linke ist auch nicht mehr, was sie mal war. Sie hat die letzten Sätze des „Kommunistischen Manifest" weitgehend vergessen:

„Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.
Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Wer war Jean Genet?

Fortsetzung von Seite 42

1944 erscheinen dieser Roman und sein erstes Theaterstück ,,Unter Aufsicht'' ohne Verlagsangabe und werden unter dem Ladentisch gehandelt. Dasselbe geschieht 1947 mit zwei weiteren Romanen. Nach dem Krieg lernt Genet Sartre, Simone de Beauvoir und ihren Kreis kennen, die von seinen Werken fasziniert sind, obwohl sein Roman ,,Das Totenfest'' die Liebe zwischen einem französischen Milizionär und einem deutschen Soldaten während der Besatzungszeit zum Thema hat und eine makabre Verklärung Hitlers, des Henkers von Berlin und anderer Naziverbrecher darstellt. Im selben Jahr 1947 wird sein zweites Theaterstück, ,,Die Zofen'' in Paris uraufgeführt. 1948 wird Genet zu lebenslänglicher Verbannung in eine Strafkolonie verurteilt. Auf Eintreten Sartres und Cocteaus wird er jedoch begnadigt. Sartre und Cocteau behaupten in ihrem Brief an den Staatspräsidenten, ,,daß es zu seiner letzten und endgültigen Verurteilung gekommen ist, weil er beschlossen hat, ein Vergehen von Jean de Carnin, der auf den Barrikaden der Befreiung gefallen ist, auf sich zu nehmen, damit dessen Name makellos bleibt.''

Tatsächlich spricht Genet in ,,Das Totenfest'' davon, daß die Vorstellung, der junge Milizionär, den er in einer Wochenschau sah, könne den Resistance-Kämpfer, zu dem er eine Beziehung hatte, erschossen haben, ihn dazu inspiriert habe, sich ausgerechnet mit diesem Milizionär zu identifizieren und dessen Liebe zu einem deutschen Soldaten zu beschreiben. Das geschah in der Zeit unmittelbar nach dem Krieg, als ganz Frankreich, also Genets Hauptfeind, jede Kollaboration mit den Nazis verurteilte. 1951 war Genet bereits so berühmt, daß der Verlag Gallimard beschloß, eine Gesamtausgabe seiner Werke zu veröffentlichen, wenn Genet bereit war, als allzu obszön und anstößig angesehene Passagen zu streichen. Sartre wurde gebeten, ein Vorwort dazu zu schreiben, und dieses Vorwort wuchs zu einem Buch von 578 engebedruckten Seiten an und erschien 1952 unter dem Titel ,,Saint Genet, Komödiant und Märtyrer.''

Sartre deutet in diesem Werk den Fall Genet so, daß dieser, als er als Junge mit dem Wort ,,Dieb'' gebrandmarkt worden war, beschlossen habe, die Verwerflichkeit und Bosheit, die man ihm zuschrieb, bewußt auf sich zu nehmen und sich ihrer zu rühmen, und daß er zu schreiben angefangen habe, als er sich klar wurde, das Schlimmste, was er den ,,anständigen'' Leuten antun könne, sei, sie zu zwingen, sich über Literatur mit dem absoluten ,,Bösen'' zu identifizieren. Sartre vermag jedoch mit seiner Interpretation nicht zu erklären, wie es Genet gelungen ist, aus seiner autistischen Knastsituation heraus völlig isoliert und im Alleingang noch einmal die moderne Literatur zu erfinden mit ihrer Auflösung der chronologischen Erzählweise und der unveränderlichen Identität der Personen, mit ihrer nicht logisch, sondern assoziativ vorghenden Schreibtechnik, so daß Literaturkritiker sich nicht vorstellen konnten, daß Genet nicht Faulkner oder Joyce gelesen haben sollte.

Durch diese Werkausgabe mit Sartres Vorwort wurde Genet über Nacht weltweit berühmt. Er hat jedoch danach außer drei Theaterstücken und einer Reihe von Artikeln nicht mehr geschrieben, an unbekannten Orten gelebt und keinen festen Wohnsitz gehabt. Allerdings hat er sich aktiv für andere unterdückte Gruppen eingesetzt: die nicht-europäischen Arbeitsimmigranten, die Schwarzen der USA, die Palästinenser der PLO und generell die verelendeten Bevökerungen der ehemaligen Kolonien. 1958 erregte er Skandal mit seinem Stück ,,Die Neger'', in dem er die gewalttätige Revolte der Schwarzen gegen ihre weißen Unterdrücker besang. Bis zur Inszenierung von Peter Stein an der Berliner Schaubühne 1983, an der Genet mitwirkte, durfte dieses Stück nur von Schwarzen gespielt werden.

1961 veröffentlichte Genet sein Stück ,,Die Wände'' über den französischen Algerienkrieg, das nicht in Frankreich, sondern in Westberlin uraufgeführt wurde. Erst 1966, also vier Jahre nachdem Algerien seine Unabhängigkeit erkämpft hatte, kam eine französische Aufführung zustande, die einen noch größeren politischen Skandal auslöste als ,,die Neger''. Rechtsradikale Gruppen versuchten die Aufführung des Stücks, die in einem staatlich subventionierten Theater stattfand, zu verhindern. In der Nationalversammlung verlangte der Innenminister, daß die Subventionen für dieses Stück gestrichen oder an den Frontkämpferverein überwiesen werden sollten. Als Gipfel der Verhöhnung der französischen Armee galt die Beerdigungsszene eines französischen Soldaten, dem seine Kameraden ins Gesicht furzen, damit er die Luft Frankreichs mit ins Grab nehme. 1968 protestiert Genet mit anderen beim demokratischen Parteitag in Chicago gegen den Vietnamkrieg und 1969 hält er sich bei den Black Panthers auf, setzt sich für Angela Davis und George Jackson und für die Ziele dieser Bewegung ein. 1970/71 verbringt er mehrere Monate in einem Palästinenserlager der PLO. 1977 erklärt er sich mit der RAF solidarisch. 1982 wird er Zeuge der Massaker in den libanesischen Palästinenserlagern Chatila und Sabra.

Genet schließt sich jedoch nie einer politischen Partei oder Gruppe an, sondern identifiziert sich mit jeder Form von individueller Gewalt gegen staatliche Unterdrückung. In seinem Interview mit Hubert Fichte sagte er: *,,wenn ich ehrlich bin, liegt mir gar nicht daran, daß eine Revolution stattfindet. Die aktuelle Situation, die augenblicklichen Regime erlauben mir die Revolte. Aber die Revolution würde mir wahrscheinlich keine individuelle Revolte gestatten. Ich kann dagegen sein. Aber wenn es sich um eine wirkliche Revolution handeln würde, könnte ich nicht dagegen sein. Ich würde ein Anhänger werden, und ein Mann wie ich ist kein Anhänger von irgendwas, er ist ein Mann der Revolte. Mein Standpunkt ist sehr egoistisch. Ich möchte, daß die Welt sich nicht verändert, damit ich mir erlauben kann, gegen die Welt zu sein.''* Nach seiner Meinung über die Abschaffung der Todesstrafe in Frankreich befragt, sagte er 1982: *,,Das hat mich völlig gleichgültig gelassen, weil die Abschaffung der Todesstrafe eine politische Entscheidung ist. Solange Frankreich nicht die Politik macht, die man Nord-Süd nennt, solange es sich nicht stärker um die Arbeitsimmigranten oder um die ehemaligen Kolonien kümmert, interessiert mich die französische Politik überhaupt nicht. Ob man Weißen den Kopf abschlägt oder nicht, interessiert mich nicht besonders. Abrechnungen zwischen jenen, die man Ganoven und Richter nennt, das hat für mich keine Bedeutung ... Eine Demokratie in dem Land, das früher Mutterland hieß, ist letztlich wieder eine Demokratie gegen die schwarzen oder arabischen Länder ... Die Franzosen sind nicht arm. Wirklich arm in Frankreich ist der Arbeitsimmigrant. Die Franzosen sind nicht arm. Sie profitieren von der Tatsache, daß Frankreich ein Kolonialreich gewesen ist ...''* **,,Sie machen also einen eindeutigen Unterschied zwischen dem Elend der Weißen und dem Elend der anderen?''** *,,Nicht ich mache diesen Unterschied.''* **,,Wenn es sich um Weiße handelt, scheint Ihnen das weniger ungerecht, berührt Sie das weniger?''** *,,Das heißt, Schwarze haben mir bisher noch nichts getan.''* **,,Man könnte sagen, wenn ein Weißer**

weniger?'' ,,Das heißt, Schwarze haben mir bisher noch nichts getan.''

,,Man könnte sagen, wenn ein Weißer unterdrückt wird, ist das für Sie nicht so schlimm.'' *,,So ist es.''* **,,Macht einen das schuldig, weiß zu sein? Eine Art Erbsünde?''** *,,Ich glaube nicht, daß es die Erbsünde ist; jedenfalls nicht die, von der die Bibel spricht. Nein, das ist eine völlig gewollte Sünde.''* **,,Sie haben nie weiß sein wollen, soweit ich weiß?''** *,,Dadurch, daß ich als Weißer geboren wurde und gegen die Weißen bin, habe ich auf beiden Ebenen zugleich gespielt. Ich bin begeistert, wenn es den Weißen schlecht geht, und ich bin durch die weiße Macht gedeckt, weil ja auch ich eine weiße Haut habe und blau-grün-graue Augen habe.''* **,,Sie sind auf beiden Seiten?''** *,,Ich bin auf beiden Seiten. Ja.''* **,,Gefällt Ihnen diese Situation?''** *,,Jedenfalls ist das eine Situation, die es mir ermöglicht hat, Unruhe in mich zu bringen.''*

,,Er stand nie an der Seite der Armen. Er gehörte zu ihnen. Am Anfang wie am Ende seines Lebens (...) Sein Verzweiflungsruf, sein Kriegsruf ist, in diesem Jahrhundert, der Ruf der Mengen'', schrieb die ,,Humanite'' der KPF (23.4.86) in einem Nachruf. Ein, zwei Male hatte Genet dort publiziert, ein Mal zur Unterstützung von Angela Davis, ein weiteres Mal zur Frage des Rassismus in Frankreich gegen Ausländer.

Seine Verklärung Hitlers und der Naziverbrecher aber, die Genet mit der eigenen damaligen politischen Dummheit und seinem Haß auf Frankreich erklärte, bleibt dort unerwähnt und sie bleibt auch unentschuldbar.

t.

Jean Genet auf deutsch

Tagebuch eines Diebes, rororo 5116
Notre-Dame-des-Fleurs, rororo 1870
Wunder der Rose, rororo 1966
Das Totenfest, rororo 1913
Querelle, rororo 1684
Alle Dramen (Unter Aufsicht, Die Zofen, Der Balkon, Die Wände, Die Neger), rororo 5115
Briefe an Roger Blin, Der Seiltänzer, Das kriminelle Kind, rororo 4030
Ein Liebesgesang, Merlin Verlag
Die Neger. Neuübersetzung von Peter Stein, Merlin Verlag
4 Stunden in Chatila, Merlin Verlag

Inhalt

Imperialismus